

Deutsche Bank

Finanzbericht 2010

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	2010	2009
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode ¹	€ 39,10	€ 44,98
Aktienkurs höchst ¹	€ 55,11	€ 53,05
Aktienkurs tiefst ¹	€ 35,93	€ 14,00
Ergebnis je Aktie (basic) ²	€ 3,07	€ 7,21
Ergebnis je Aktie (verwässert) ²	€ 2,92	€ 6,94
Ausstehende Aktien (basic, Durchschnitt), in Mio ²	753	689
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio ²	791	717
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	5,5 %	14,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	9,5 %	15,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	9,6 %	15,1 %
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ³	€ 52,38	€ 52,65
Aufwand-Ertrag-Relation ⁴	61,6 %	72,0 %
Personalaufwandsquote ⁵	44,4 %	40,5 %
Sachaufwandsquote ⁶	37,3 %	31,5 %
	in Mio €	in Mio €
Erträge insgesamt	28.567	27.952
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.274	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	23.318	20.120
Ergebnis vor Steuern	3.975	5.202
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	2.330	4.958
	31.12.2010	31.12.2009
	in Mrd €	in Mrd €
Bilanzsumme	1.908	1.501
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	45,9	36,6
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ⁷	8,7 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote ⁸	12,3 %	12,6 %
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	3.083	1.964
davon in Deutschland	2.087	961
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	102.062	77.053
davon in Deutschland	40.265	27.321
Langfristrating		
Moody's Investors Service	Aa3	Aa1
Standard & Poor's	A+	A+
Fitch Ratings	AA-	AA-

¹ Zu Vergleichszwecken wurde der Aktienkurs für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegebenen Bezugsrechte zu berücksichtigen.

² Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (basic und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

³ Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

⁴ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁵ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁶ Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge.

⁷ Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Die Tier-1-Kapitalquote enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

⁸ Die Tier-1-Kapitalquote setzt das Tier-1-Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Das Tier-1-Kapital enthält keine Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 –

Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrats

Überblick über die Geschäftsentwicklung – 4

Bericht des Aufsichtsrats – 43

Risikobericht – 50

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 118

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 123

Vergütungsbericht – 128

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung – 138

Ausblick – 141

02 –

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 151

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 152

Konzernbilanz – 153

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 154

Konzern-Kapitalflussrechnung – 156

Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 157

03 –

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers – 372

Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 374

04 – Erklärung zur Unternehmensführung / Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 376
Rechnungslegung und Transparenz – 386
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 387
Wirtschaftsprüfung und Controlling – 387
Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 389

05 – Ergänzende Informationen

Vorstand – 392
Aufsichtsrat – 393
Advisory Boards – 395
Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 400
Patronatserklärung – 401
Glossar – 402
Impressum – Publikationen – 408

01 -

Lagebericht und Bericht des Aufsichtsrats

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Der Deutsche Bank-Konzern – 4

Wirtschaftliche Entwicklung – 5

Geschäftsergebnisse – 9

Vermögenslage – 28

Liquiditäts- und Kapitalmanagement – 40

Wertorientierte Steuerung – 42

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 42

Bericht des Aufsichtsrats – 43

Risikobericht

Risikomanagement – Überblick – 50

Risiko- und Kapitalmanagement – 52

Risiko- und Kapitalstrategie – 55

Arten von Risiken – 55

Risikosteuerungsinstrumente – 58

Kreditrisiko – 60

Marktrisiko – 88

Operationelles Risiko – 101

Liquiditätsrisiko Deutsche Bank-Konzern (ohne Postbank) – 105

Kapitalmanagement – 113

Bilanzmanagement – 115

Gesamtrisikoposition – 116

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung – 118

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht – 123

Vergütungsbericht

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands – 128

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats – 136

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung

Mitarbeiter und soziale Verantwortung – 138

Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility) – 139

Ausblick – 141

Überblick über die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Erläuterungen (Notes) gesehen werden. Unsere Konzernabschlüsse für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Deutsche Bank-Konzern

Geschäftstätigkeit

Die Deutsche Bank, die ihren Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.906 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2010) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2010 beschäftigte die Bank 102.062 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von Vollzeitkräften), die in 74 Ländern und 3.083 Niederlassungen (68 % davon in Deutschland) tätig sind. Wir bieten Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Konzernbereiche

Die Deutsche Bank gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate & Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI).

Corporate & Investment Bank

In CIB betreiben wir das Kapitalmarktgeschäft einschließlich Emission, Verkauf und Handel von Kapitalmarktprodukten wie Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren, das Beratungs- und das Kreditgeschäft sowie das Geschäft mit Transaktionsdienstleistungen. Unsere institutionellen Kunden kommen sowohl aus dem öffentlichen Sektor – wie souveräne Staaten und supranationale Einrichtungen – als auch aus der Privatwirtschaft, von mittelständischen Unternehmen bis hin zu multinationalen Großkonzernen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB).

CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance, die im Deutsche Bank-Konzern weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie die Corporate-Finance-Geschäfte abdecken.

Zu GTB gehört unser Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

Private Clients and Asset Management

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert.

AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Asset Management (AM) und Private Wealth Management (PWM). AM beinhaltet das weltweite Publikumsfondsgeschäft unserer Tochtergesellschaft DWS Investments. An institutionelle Kunden, einschließlich Pensionsfonds und Versicherungen, wenden wir uns mit einer breiten Produktpalette, die von klassischen Anlagen über Hedgefonds bis zu speziellen Immobilienanlagen reicht. PWM betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden, deren Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die

individuelle Vermögensverwaltung, einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen, gehört.

PBC richtet sich an Privatkunden und kleine bis mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung zur Verfügung stellen. In unserem deutschen Heimatmarkt haben wir mit der Akquisition der Postbank unsere führende Marktposition gefestigt. Außerhalb Deutschlands ist PBC seit Langem in Italien, Spanien, Belgien und Portugal sowie seit einigen Jahren in Polen aktiv. Darüber hinaus investieren wir gezielt in die Erschließung aufstrebender Märkte in Asien, beispielsweise in China und Indien.

Corporate Investments

Der Konzernbereich CI betreut unsere wesentlichen globalen Beteiligungen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft

Nach dem deutlichen wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2009 mit einem Rückgang des globalen Bruttoinlandsprodukts um fast 1 % dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2010 wieder um 4,75 % gewachsen sein. Dabei spielten drei Faktoren eine entscheidende Rolle: die Impulse der expansiven Geld- und Fiskalpolitik, Effekte aus im Jahr 2009 aufgeschobenen und in 2010 nachgeholtten Investitionen sowie der Aufbau von Vorratsbeständen. Allerdings hat sich die Wachstumsdynamik etwa seit Herbst 2010 verlangsamt, da sich die Faktoren abgeschwächt haben.

Während die Wirtschaft der USA im Jahresdurchschnitt 2010 wohl um fast 3 % gewachsen ist, blieb die Eurozone mit einer realen Zunahme von nur 1,75 % der Nachzügler im internationalen konjunkturellen Vergleich. In einigen Ländern der Eurozone machten sich die Dämpfungseffekte der massiven Konsolidierungsprogramme sowie strukturelle Anpassungen, insbesondere im Immobiliensektor, bemerkbar. Zudem hat die Besorgnis an den Finanzmärkten hinsichtlich der langfristigen Zahlungsfähigkeit einiger Länder der Eurozone trotz der Finanzierungshilfen für Griechenland und Irland sowie der geplanten Einrichtung eines dauerhaften Krisenmechanismus bis zum Jahresende zugenommen. Entsprechend haben sich die Renditeabstände von Staatsanleihen dieser Länder gegenüber deutschen Bundesanleihen extrem ausgeweitet. Dagegen erreichte die deutsche Wirtschaft, gestützt von Außenhandel und einer sich erholenden Binnenkonjunktur, mit 3,6 % das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung. Die im internationalen Vergleich außergewöhnlich gute Arbeitsmarktentwicklung setzte sich fort.

Die Schwellenländer dürften im vergangenen Jahr um 7,5 % gewachsen sein, nach 2,5 % in 2009. Das Wachstum der asiatischen Schwellenländer dürfte sogar nahezu 9,5 % betragen haben. Die Wirtschaft Chinas, deren Wachstum sich 2009 nur leicht auf 8,7 % abgeschwächt hatte, hat 2010 um 10,3 % zugelegt.

Die Bankenbranche

Das vergangene Jahr war für die Bankenbranche weltweit vor allem von drei Themen geprägt: der Erholung des Geschäfts nach dem tiefen Einbruch während der Finanzkrise, der Vorbereitung auf die umfassendsten Reformen des rechtlichen und regulatorischen Rahmenwerks seit Jahrzehnten und schließlich den wachsenden Risiken aus der hohen Staatsverschuldung zahlreicher Industrieländer.

Operativ erreichten die Banken insgesamt gute Fortschritte, allerdings kommend von einem niedrigen Niveau. Im klassischen Kreditgeschäft konnte die Risikovorsorge deutlich verringert werden, die absoluten Belastungen blieben aber weiterhin hoch. Gleichzeitig stabilisierte sich im Jahresverlauf durch eine etwas anziehende Nachfrage auch das Kreditvolumen, nachdem es im Vorjahr noch rückläufig war. Hierzu trug nicht zuletzt die anhaltend expansive Geldpolitik der Notenbanken bei.

Im Kapitalmarktgeschäft fiel der Vergleich mit dem sehr guten Jahr 2009 unterschiedlich aus. Das Volumen von Anleiheemissionen von Unternehmen und Staaten ging im Vergleich zu einem hohen Vorjahreswert etwas zurück. High-Yield-Emissionen konnten gegen diesen Trend zulegen. Aktienemissionen erwiesen sich als robust, mit Wachstum vor allem bei Börsengängen. Das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen verbesserte sich, blieb aber schwach. Insgesamt war das Investment Banking von einer Rückkehr von Marktteilnehmern gekennzeichnet, die ihre Aktivitäten in der Finanzkrise reduziert hatten. Dadurch wurde der Wettbewerb intensiver und die Margen sanken.

In der Vermögensverwaltung profitierten die Banken von einer positiven Wertentwicklung der meisten Anlageklassen und von wachsenden Mittelzuflüssen. Im Transaktionsgeschäft wirkten sich die wieder steigende wirtschaftliche Aktivität und die dynamische Rückkehr des Welthandels auf nahezu das Vorkrisenniveau positiv aus.

Insgesamt war die Bankenbranche trotz dieser Zuwächse weiterhin nur mäßig profitabel. Die Eigenkapitalrenditen erreichten überwiegend einstellige Werte. Fast alle europäischen und US-amerikanischen Großbanken erreichten die Gewinnzone, während der Marktanteil der unprofitablen kleineren Institute deutlich sank.

Neben den operativen Fortschritten prägten vor allem die weitreichenden Regulierungsvorhaben der Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden das Jahr 2010. Die Reform der Eigenkapitalregeln, Basel III, dürfte sich langfristig als wichtigste Neuerung erweisen. Deren Details wurden bereits zum Großteil ausgearbeitet und stehen nun vor der Umsetzung in fast allen wichtigen Finanzmärkten der Welt. Noch ist allerdings unklar, ob es gelingen wird, in allen Ländern harmonisierte Vorschriften einzuführen, und wie sich das neue Rahmenwerk konkret auf das Geschäft der Banken auswirken wird.

Darüber hinaus war das Umfeld für die Bankenbranche im Jahr 2010 ebenfalls stark durch die europäische Staatsschuldenkrise sowie von der Sorge um einen schwachen Aufschwung oder sogar einen Rückfall bedeutender Volkswirtschaften in die Rezession bestimmt. Während sich die Konjunktur in den letzten Monaten robust zeigte und sich damit auch die Aussichten für das Bankgeschäft aufhellten, belasteten die Schuldenproblematik insbesondere einiger Euroländer und deren mangelnde Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft die Märkte. Dies führte zeitweise auch zu Belastungen im Bankensektor. Die Refinanzierungsmärkte für Institute der am stärksten betroffenen Länder trockneten aus und es kam zu Kritik an den umfangreichen grenzüberschreitenden Aktivitäten vor allem europäischer Banken sowie generell zu hoher Volatilität an den Finanzmärkten.

Deutsche Bank

In diesem Umfeld hat die Deutsche Bank im Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss von 2,3 Mrd € erzielt. Unter Berücksichtigung signifikanter Sonderfaktoren ist das ein sehr solides Ergebnis im Vergleich zu 5,0 Mrd € im Jahr 2009. Zu diesen Sonderfaktoren zählen erstens bestimmte bewertungs- und integrationsbezogene Aufwendungen im Zusammenhang mit den Akquisitionen des Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO in den Niederlanden, der Sal. Oppenheim/BHF-BANK und der Postbank, inklusive einer Belastung von 2,3 Mrd € bezüglich der Postbank. Zweitens haben wir im Jahresverlauf gezielte Investitionen in die CIB-Integration, in unsere IT-Plattform und in andere Wachstumsinitiativen getätigt und drittens waren im Jahr 2010 die Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungen aufgrund von im Vorjahr vorgenommenen Änderungen in der Vergütungsstruktur deutlich erhöht. Darüber hinaus führte die Konsolidierung der vorgenannten Akquisitionen zu

einem Anstieg sowohl unserer laufenden Erträge und Aufwendungen als auch unserer Bilanzsumme, der risikogewichteten Aktiva und der Invested Assets. Aufgrund von Wechselkursveränderungen, insbesondere zwischen dem US-Dollar und dem Euro, stiegen im Jahr 2010 unsere in Euro berichteten Erträge und Aufwendungen deutlich an, mit einer insgesamt positiven Auswirkung auf den Jahresüberschuss.

Die Erträge im Geschäftsjahr 2010 gehören mit 28,6 Mrd € zu den höchsten je erwirtschafteten Erträgen. Dies entspricht einem Anstieg von 615 Mio € gegenüber 28,0 Mrd € im Vorjahr. In CIB stiegen die Erträge von 18,8 Mrd € im Jahr 2009 auf 20,9 Mrd € im Jahr 2010. Sales & Trading verzeichnete im Gesamtjahr 2010 Erträge von 12,8 Mrd € nach 12,2 Mrd € im Vorjahr. Diese Entwicklung spiegelt hauptsächlich niedrigere negative Marktwertanpassungen aus Altbeständen, geringere Handelsverluste im Aktienderivategeschäft sowie eine höhere Kundenaktivität bei standardisierten Produkten und strukturierten Lösungen im Handel mit Kreditprodukten wider. Dem standen im Geldmarkt- und Zinsgeschäft Effekte aus der Normalisierung der Geld-/Briefspannen und aus einer verhalteneren Kundenaktivität in Money Markets und Rates gegenüber. Die Erträge im Emissions- und Beratungsgeschäft beliefen sich im Berichtsjahr auf 2,5 Mrd € nach 2,2 Mrd € im Vorjahr. In PCAM stiegen die Erträge im Jahr 2010 um 1,8 Mrd € auf 10,0 Mrd €. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf die erstmalige Konsolidierung der Postbank und die Akquisition von Sal. Oppenheim/BHF-BANK zurückzuführen. Außerdem stiegen die Erträge von PBC infolge höherer Margen im Einlagengeschäft. AWM verzeichnete einen Ertragsanstieg, der auf im Vorjahr vorgenommene Abschreibungen bei RREEF Investments sowie auf im Berichtsjahr höhere Provisionseinnahmen aufgrund eines günstigeren Marktumfelds zurückzuführen war. In CI beliefen sich die Erträge 2010 auf negative 2,0 Mrd € gegenüber positiven Erträgen in Höhe von 1,0 Mrd € im Jahr 2009. In beiden Jahren waren die Erträge im Wesentlichen durch die Beteiligung an der Postbank beeinflusst und enthielten im dritten Quartal 2010 die vorgenannte Belastung. Im Vorjahr waren mehrere positive Effekte im Zusammenhang mit der Postbank entstanden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich 2010 auf 1,3 Mrd € gegenüber 2,6 Mrd € im Vorjahr. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus deutlich geringeren Wertberichtigungen für gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte.

Im Gesamtjahr 2010 beliefen sich die Zinsunabhängigen Aufwendungen auf 23,3 Mrd €, verglichen mit 20,1 Mrd € im Vorjahr. Rund die Hälfte des Anstiegs entfiel auf die Akquisitionen im Jahr 2010. Darüber hinaus ergaben sich im Personalaufwand höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten infolge der Ende 2009 vorgenommenen Änderungen in der Vergütungsstruktur (einschließlich des Effekts aus der beschleunigten Erfassung von Aufwendungen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren). Der übrige Anstieg war auf die vorgenannten Investitionen in die CIB-Integration, in unsere IT-Plattform und in andere Wachstumsinitiativen zurückzuführen.

Das Ergebnis vor Steuern belief sich im Jahr 2010 auf 4,0 Mrd €. Darin enthalten war die vorgenannte bewertungsbezogene Belastung im Zusammenhang mit der Postbank im dritten Quartal 2010 in Höhe von 2,3 Mrd €. Dies vergleicht sich zu einem Ergebnis vor Steuern von 5,2 Mrd € im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) belief sich im Jahr 2010 auf 9,6 % beziehungsweise auf 9,5 % (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital). Im Jahr 2009 betrug die Eigenkapitalrendite (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) 15,1 % beziehungsweise 15,3 % (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital). Das Ergebnis je Aktie (verwässert) belief sich im Berichtsjahr, nach Sondereffekten, auf 2,92 € im Vergleich zu 6,94 € im Vorjahr.

Die vorgenannten Umrechnungseffekte trugen auch zu einem Anstieg der Aktiva, Passiva und der Invested Assets im Vergleich zum 31. Dezember 2009 bei. Nach erfolgreichem Abschluss unserer Kapitalerhöhung lag die Tier-1-Kapitalquote zum 31. Dezember 2010 bei 12,3 %. Die Tier-1-Kernkapitalquote betrug zum selben Zeitpunkt 8,7 %. Die risikogewichteten Aktiva lagen zum Bilanzstichtag bei 346 Mrd € im Vergleich zu 273 Mrd € am Jahresende 2009. Hauptursache für den Anstieg war mit 60 Mrd € die erstmalige Konsolidierung der Postbank.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2010 und 2009.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.583	12.459	3.124	25
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.274	2.630	- 1.356	- 52
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14.309	9.829	4.480	46
Provisionsüberschuss	10.669	8.911	1.758	20
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	- 3.755	- 53
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	201	- 403	604	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	- 2.004	59	- 2.063	N/A
Sonstige Erträge	764	- 183	947	N/A
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	12.984	15.493	- 2.509	- 16
Summe Erträge insgesamt	27.293	25.322	1.971	8
Personalaufwand	12.671	11.310	1.361	12
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	10.133	8.402	1.731	21
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	485	542	- 57	- 11
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	- 134	163	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	23.318	20.120	3.198	16
Ergebnis vor Steuern	3.975	5.202	- 1.227	- 24
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.645	244	1.401	N/A
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	2.330	4.958	- 2.628	- 53
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	20	- 15	35	N/A
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	2.310	4.973	- 2.663	- 54

N/A – nicht aussagefähig

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die nachfolgenden Erläuterungen sind im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss zu sehen.

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Zinsüberschuss.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	28.779	26.953	1.826	7
Summe der Zinsaufwendungen	13.196	14.494	- 1.298	-9
Zinsüberschuss	15.583	12.459	3.124	25
Verzinsliche Aktiva im Jahresdurchschnitt ¹	993.780	879.601	114.179	13
Verzinsliche Passiva im Jahresdurchschnitt ¹	933.537	853.383	80.154	9
Zinsertragssatz ²	2,90 %	3,06 %	- 0,16 Ppkt.	-5
Zinsaufwandssatz ³	1,41 %	1,70 %	- 0,29 Ppkt.	-17
Zinsspanne ⁴	1,48 %	1,37 %	0,11 Ppkt.	8
Zinsmarge ⁵	1,57 %	1,42 %	0,15 Ppkt.	11

Ppkt. – Prozentpunkte

¹ Der durchschnittliche Jahreswert wird jeweils auf Basis der Monatsendwerte ermittelt.

² Der Zinsertragssatz ist der durchschnittlich erzielte Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

³ Der Zinsaufwandssatz ist der durchschnittlich gezahlte Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁴ Die Zinsspanne ist die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zins auf unsere verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zins auf unsere verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt.

⁵ Die Zinsmarge ist der Zinsüberschuss im Verhältnis zu unseren verzinslichen Aktiva im Jahresdurchschnitt.

Der Zinsüberschuss belief sich 2010 auf 15,6 Mrd € und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mrd € (25%). Dieser Anstieg war in erster Linie auf rückläufige Zinsaufwendungen zurückzuführen, da höher verzinsliche Verbindlichkeiten aus Vorjahren durch Verbindlichkeiten zu einem niedrigeren aktuellen Marktzins ersetzt wurden. Darüber hinaus lag das Marktzinsniveau zu Beginn des Jahres 2009 auf höherem Niveau. Außerdem erhöhte sich der Zinsertrag infolge einer Zunahme der durchschnittlichen verzinslichen Aktiva um 114 Mrd € (hauptsächlich im Konzernbereich Corporate Banking & Securities), die damit stärker wuchsen als die durchschnittlichen verzinslichen Passiva. Insgesamt führten diese Entwicklungen zu einer Ausweitung unserer Zinsspanne um 11 Basispunkte und einem Anstieg unserer Nettozinsmarge um 15 Basispunkte.

Die Entwicklung unseres Zinsüberschusses wird von der Bilanzierung einiger unserer zu Absicherungszwecken abgeschlossenen Derivategeschäfte beeinflusst. Derivategeschäfte, die keinen Handelszwecken dienen, werden vorwiegend zur wirtschaftlichen Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken unserer Nichthandelsaktiva beziehungsweise -passiva abgeschlossen. Einige dieser Derivategeschäfte erfüllen die Anforderungen an eine Bilanzierung als Absicherungsgeschäft. In diesem Fall werden erhaltene oder gezahlte Zinsen aus den Derivaten in den Zinserträgen beziehungsweise -aufwendungen ausgewiesen, wo sie die Zinsströme aus den abgesicherten Finanzinstrumenten ausgleichen („Hedge Accounting“). Erfüllen Derivate die bilanziellen Anforderungen an Absicherungsgeschäfte nicht, werden die Zinsströme aus diesen Derivaten dem Handelsergebnis zugerechnet.

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle enthält Informationen zu unserem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
CIB – Sales & Trading (Equity)	451	1.125	–674	–60
CIB – Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.912	4.130	–1.218	–29
Sonstige	–9	1.854	–1.863	N/A
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	–3.755	–53

N/A – nicht aussagefähig

Der Rückgang im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen um 3,8 Mrd € gegenüber dem Vorjahr wurde durch einen Anstieg des Zinsüberschusses weitgehend ausgeglichen. Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) verzeichnete im Jahr 2010 einen Gewinn aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in Höhe von 2,9 Mrd € nach 4,1 Mrd € im Jahr 2009. Ursächlich für diesen Rückgang waren in erster Linie im Vergleich zum Vorjahr schwierigere Marktbedingungen im Geldmarkt- und Zinsgeschäft sowie im Geschäft mit Schwellenländern. Dem standen niedrigere Marktwertanpassungen aus Altbeständen im Handel mit Kreditprodukten gegenüber. Sales & Trading (Equity) verzeichnete ein Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen von 451 Mio € gegenüber 1,1 Mrd € in 2009. Dieser Rückgang war vor allem auf gesunkene Handelserträge aus dem Cash Trading infolge einer rückläufigen Kundenaktivität zurückzuführen, wurde aber teilweise durch geringere Handelsverluste im Geschäft mit Aktienderivaten ausgeglichen. Das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen unter der Position „Sonstige“ belief sich 2010 auf negative 9 Mio € gegenüber positiven 1,9 Mrd € im Vorjahr. Diese Entwicklung beinhaltete folgende Faktoren: Im Vorjahr waren in CI Marktwertgewinne im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Postbank angefallen. Im Vorjahr beinhaltete C&A Gewinne aus Derivaten, mit denen Auswirkungen aus aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert worden waren. Außerdem fielen im Kreditgeschäft von CIB Marktwertverluste aus neu begebenen, zum Fair Value bewerteten Krediten und Kreditzusagen an.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Unsere Handels- und Risikomanagementaktivitäten umfassen wesentliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handeinstrumenten und zum Fair Value klassifizierten Finanzinstrumenten (zum Beispiel Coupon- und Dividendenerträge) sowie die Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus unseren Handelsaktivitäten entweder unter Zinsen und ähnlichen Erträgen oder im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, untergliedern wir im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
Zinsüberschuss	15.583	12.459	3.124	25
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	-3.755	-53
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.937	19.568	-631	-3
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:¹				
Sales & Trading (Equity)	2.266	2.047	218	11
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.204	9.725	-521	-5
Sales & Trading insgesamt	11.469	11.772	-302	-3
Kreditgeschäft ²	778	777	1	0
Transaction Services	1.497	1.180	317	27
Übrige Produkte ³	336	240	97	40
Corporate & Investment Bank insgesamt	14.081	13.969	112	1
Private Clients and Asset Management	4.708	4.157	550	13
Corporate Investments	-184	793	-977	N/A
Consolidation & Adjustments	331	649	-317	-49
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.937	19.568	-631	-3

N/A – nicht aussagefähig

¹ Diese Aufgliederung reflektiert lediglich den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten erfolgt im Abschnitt „Segmentberichterstattung“.

² Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen im Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

³ Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie aus sonstigen Produkten.

Corporate & Investment Bank (CIB). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus Sales & Trading belief sich im Jahr 2010 auf 11,5 Mrd € nach 11,8 Mrd € im Vorjahr. Haupttreiber dieses Rückgangs waren niedrigere Erträge im Geldmarkt- und Zinsgeschäft, die vor allem auf deutlich gesunkene Geld-/Briefspannen und eine verhaltene Kundenaktivität infolge der Staatsschuldenkrise zurückzuführen waren. Darüber hinaus war die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen im Geschäft in Schwellenländern rückläufig, was aus gegenüber dem Vorjahr verschlechterten Marktbedingungen resultierte. Dem standen niedrigere Marktwertanpassungen aus Altbeständen im Handel mit Kreditprodukten und im Vergleich zu 2009 niedrigere Handelsverluste im Geschäft mit Aktienderivaten gegenüber. Im Kreditgeschäft blieb die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nahezu unverändert, während sie bei Transaction Services um 317 Mio € anstieg. Diese Zunahme spiegelt das Geschäftswachstum in allen Bereichen von Global Transaction Banking (inklusive der vorgenannten Akquisition) wider. Der Anstieg bei den Übrigen Produkten um 97 Mio € war hauptsächlich auf das Emissions- und Beratungsgeschäft zurückzuführen.

Private Clients and Asset Management (PCAM). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen stieg gegenüber 2009 um 550 Mio € (13 %) auf 4,7 Mrd €. Diese Zunahme war in erster Linie auf die erstmalige Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Daneben beinhaltete die Zunahme auch höhere Zinserträge aus dem Kredit- und Einlagengeschäft sowie aus dem Zahlungsverkehr.

Corporate Investments (CI). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2010 auf negative 184 Mio € nach positiven 793 Mio € im Vorjahr. Im Vorjahr waren hier Gewinne im Zusammenhang mit unserer Minderheitsbeteiligung an der Postbank angefallen.

Consolidation & Adjustments (C&A). Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich 2010 auf 331 Mio € nach 649 Mio € im Vorjahr. Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus den 2009 bilanzierten Gewinnen aus Derivaten, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden. Zudem enthielt das Vorjahr einen höheren Zinsüberschuss für nicht bereichsbezogene Aktiva und Passiva, einschließlich Steuerpositionen.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2010 auf 1,3 Mrd €, verglichen mit 2,6 Mrd € im Vorjahr. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in CIB betrug 488 Mio €, verglichen mit 1,8 Mrd € im Jahr 2009. Darin spiegelt sich insbesondere ein deutlicher Rückgang der Risikovorsorge für gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte wider. Die Risikovorsorge in PCAM belief sich auf 789 Mio € einschließlich 56 Mio € bei der Postbank. Ohne die Postbank belief sich die Risikovorsorge auf 733 Mio € nach 806 Mio € im Vorjahr. Diese Verbesserung wurde durch Maßnahmen beeinflusst, die auf Portfolio- und Länderebene getroffen wurden. Im Vorjahr war die Risikovorsorge im Kreditgeschäft durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € in CIB und um 146 Mio € in PCAM führte.

Weitere Informationen über die Risikovorsorge im Kreditgeschäft enthält der Risikobericht im Abschnitt „Kreditrisiko – Veränderungen im Wertberichtigungsbestand“.

Übrige zinsunabhängige Erträge

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Übrigen zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
Provisionsüberschuss ¹	10.669	8.911	1.758	20
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	201	-403	604	N/A
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-2.004	59	-2.063	N/A
Sonstige Erträge	764	-183	947	N/A
Übrige zinsunabhängige Erträge	9.630	8.384	1.246	15

N/A – nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2010	2009	in Mio €	in %
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften				
Provisionsüberschuss aus Verwaltungstätigkeiten	491	392	99	25
Provisionsüberschuss aus Vermögensverwaltung	2.833	2.319	514	22
Provisionsüberschuss aus sonstigen Wertpapiergeschäften	205	214	-9	-4
Insgesamt	3.529	2.925	604	21
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts				
Provisionsüberschuss aus Emissions- und Beratungsgeschäft	2.148	1.767	381	22
Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften	1.725	1.682	43	3
Insgesamt	3.873	3.449	424	12
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	3.267	2.537	730	29
Provisionsüberschuss insgesamt	10.669	8.911	1.758	20

Provisionsüberschuss. Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2010 mit 10,7 Mrd € um 1,8 Mrd € (20 %) über dem Vorjahreswert. Der Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften stieg gegenüber dem Vorjahr um 604 Mio €. Ursächlich dafür waren höhere volumen- und erfolgsabhängige Provisionen in AM. Der Provisionsüberschuss aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft erhöhte sich um 381 Mio € (22 %), vor allem infolge unserer Beteiligung bei zahlreichen großen Börsengängen (IPOs). Der Provisionsüberschuss aus Maklergeschäften wuchs um 43 Mio € (3 %), im Wesentlichen infolge der erstmaligen Konsolidierung von Sal. Oppenheim/BHF-BANK sowie eines gegenüber dem Vorjahr verbesserten Ergebnisses in PBC. Dieser positiven Entwicklung stand teilweise ein Rückgang in CB&S gegenüber. Der Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen stieg infolge einer höheren Geschäftsaktivität um 730 Mio € (29 %).

Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Die Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten beliefen sich 2010 auf 201 Mio € nach Verlusten von 403 Mio € im Vorjahr. Die Gewinne im Berichtsjahr resultierten vor allem aus dem Verkauf von Aktien der Axel Springer AG in CB&S, die als Kreditsicherheit verpfändet wurden, sowie aus dem Verkauf einer Wertpapierposition in PBC. Die Verluste im Vorjahr waren vor allem auf Wertberichtigungen auf Positionen in CB&S sowie im Immobilieninvestmentgeschäft von AM zurückzuführen.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Der Verlust aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen betrug im Berichtsjahr 2,0 Mrd € nach einem Gewinn von 59 Mio € in 2009. Der Verlust im Jahr 2010 resultierte aus unserer Beteiligung an der Postbank und beinhaltete eine Belastung von 2,3 Mrd €, die teilweise durch anteilige Gewinne kompensiert wurde. Im Vorjahr beinhaltete das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ebenfalls Gewinne aus unserer Beteiligung an der Postbank, die teilweise durch Abschreibungen auf nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen im gewerblichen Immobiliengeschäft von CB&S kompensiert wurden.

Sonstige Erträge. Die Sonstigen Erträge beliefen sich in 2010 auf positive 764 Mio € nach negativen 183 Mio € im Jahr 2009. Diese Entwicklung war hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen: deutlich niedrigere Abschreibungen im Jahr 2010 bezüglich der Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas, höhere Erträge aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten und ein Sonderertrag aus negativem Goodwill im Zusammenhang mit den von ABN AMRO übernommenen Aktivitäten im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden.

Zinsunabhängige Aufwendungen

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen zu den Zinsunabhängigen Aufwendungen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009	Veränderung 2010 gegenüber 2009	
			in Mio €	in %
Personalaufwand	12.671	11.310	1.361	12
Sachaufwand und sonstiger Aufwand ¹	10.133	8.402	1.731	21
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	485	542	-57	-11
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	-134	163	N/A
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	23.318	20.120	3.198	16

N/A – nicht aussagefähig

¹ beinhaltet:

	2010	2009	in Mio €	in %
EDV-Aufwendungen	2.274	1.759	515	29
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.665	1.457	208	14
Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	1.616	1.088	528	49
Kommunikation und Datenadministration	785	672	113	17
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	558	408	150	37
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	406	12	3
Marketingaufwendungen	341	278	63	23
Sonstige Aufwendungen	2.476	2.334	142	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	10.133	8.402	1.731	21

Personalaufwand. Der Anstieg des Personalaufwands um 1,4 Mrd € (12 %) im Berichtsjahr gegenüber 2009 beinhaltete 660 Mio € im Zusammenhang mit den vorgenannten Akquisitionen im Jahr 2010. Darüber hinaus reflektierte die Zunahme höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten infolge von Änderungen der Vergütungsstruktur im Jahr 2009, vor allem im Hinblick auf einen höheren Anteil aufgeschobener Vergütungskomponenten (einschließlich des Effekts aus der beschleunigten Erfassung von Aufwendungen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren).

Sachaufwand und sonstiger Aufwand. Die Zunahme des Sachaufwands und sonstigen Aufwands von 1,7 Mrd € gegenüber 2009 enthielt 1,0 Mrd € aus den Akquisitionen im Berichtsjahr, inklusive höherer Aufwendungen für Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen. Der übrige Anstieg im Jahr 2010 war auf Effekte von Wechselkursänderungen sowie auf höhere Investitionen in unsere IT-Plattform und in das Geschäftswachstum im Jahr 2010 zurückzuführen. Daneben beinhaltete der Anstieg auch höhere operative Kosten aus konsolidierten Beteiligungen, insbesondere für die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas, die im Dezember 2010 eröffnet wurde. Im Jahr 2009 beinhaltete der Sachaufwand und sonstige Aufwand 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. sowie Aufwendungen von 200 Mio € für ein Angebot zum Rückkauf bestimmter Produkte von Privatanlegern.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft beliefen sich 2010 auf 485 Mio €. Der Rückgang um 57 Mio € gegenüber dem Vorjahr stand vor allem mit unserem Abbey Life-Versicherungsgeschäft in Zusammenhang. Diesen versicherungsbezogenen Aufwendungen lagen Erträge aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen zugrunde.

Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte. Im Geschäftsjahr 2010 wurde in GTB eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen Wertpapierverwahrungsgeschäfts bilanziert. Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte in AM eine Wertaufholung für eine Abschreibung von 291 Mio € auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals: DWS Scudder). Dieser positive Effekt wurde durch Goodwillabschreibungen von 151 Mio € auf ein konsolidiertes RREEF-Infrastrukturinvestment teilweise kompensiert.

Ertragsteueraufwand

Der Ertragsteueraufwand von 1,6 Mrd € im Berichtsjahr führte zu einer effektiven Ertragsteuerquote von 41,4 %. Im Jahr 2009 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 244 Mio € mit einer effektiven Ertragsteuerquote von 4,7 %. Die Ertragsteuerquoten waren in beiden Jahren von Sonderfaktoren beeinflusst: Im Jahr 2010 hatte die Belastung im Zusammenhang mit der Postbank in Höhe von 2,3 Mrd €, mit der kein entsprechender Steuerertrag verbunden war, einen wesentlichen Einfluss. Verbesserte Ertragsteuerpositionen in den USA und eine vorteilhafte geografische Verteilung des Konzernergebnisses wirkten zum Teil gegenläufig. Im Jahr 2009 war die Ertragsteuerquote dagegen durch die Wertaufholung aktiver latenter Steuern in den USA sowie den Abschluss von Steuerprüfungen für vorangegangene Jahre begünstigt.

Segmentergebnisse

Im Folgenden werden die Ergebnisse unserer Konzernbereiche dargestellt. Informationen zu folgenden Sachverhalten sind in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen in unserer Organisationsstruktur,
- Auswirkungen wesentlicher Akquisitionen und Desinvestitionen auf die Segmentergebnisse,
- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung,
- Rahmenwerk unserer Managementberichtssysteme,
- Überleitungsposition zum Konzernabschluss und
- Definitionen der für die Geschäftsergebnisse unserer Segmente verwendeten Finanzzahlen.

Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2010 gültige Konzernstruktur. Die Ergebnisse der Bereiche wurden auf Basis unserer Managementberichtssysteme ermittelt.

2010 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consoli- dation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt	20.929¹	10.043	-2.020²	28.953	-386	28.567
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	488	789	-4	1.273	0	1.274
Zinsunabhängige Aufwendungen	14.422	8.258	637	23.318	1	23.318
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	0	–	486	–	485
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	–	–	29	–	29
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	6	-2	24	-24	–
Ergebnis vor Steuern	5.999	989	-2.649	4.339	-363	3.975
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	82 %	N/A	81 %	N/A	82 %
Aktiva ³	1.519.983	412.477	17.766	1.894.282	11.348	1.905.630
Durchschnittliches Active Equity ⁴	18.644	10.635	4.168	33.446	7.907	41.353
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁵	32 %	9 %	-64 %	13 %	N/A	10 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. in Höhe von 208 Mio € im zweiten Quartal, der nicht in Zielgrößendefinition berücksichtigt ist.

² Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.

³ Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

⁴ Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem ökonomischen Kapital zugewiesen.

⁵ Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 05 „Segmentberichterstattung“. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 10 %.

2009	Corporate & Investment Bank	Private Clients and Asset Management	Corporate Investments	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)						
Erträge insgesamt	18.807	8.261	1.044	28.112	- 159	27.952
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.816	806	8	2.630	- 0	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.679	6.803	581	20.063	57	20.120
davon/darin:						
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	-	-	541	2	542
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-291	151	-134	-	-134
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-2	-7	-1	-10	10	-
Ergebnis vor Steuern	4.314	658	456	5.428	-226	5.202¹
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	82 %	56 %	71 %	N/A	72 %
Aktiva ²	1.343.824	174.739	28.456	1.491.108	9.556	1.500.664
Durchschnittliches Active Equity ³	19.041	8.408	4.323	31.772	2.840	34.613
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	23 %	8 %	11 %	17 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

² Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.

³ Für Zwecke der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.

⁴ Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Note 05 „Segmentberichterstattung“. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 15 %.

Konzernbereiche

Konzernbereich Corporate & Investment Bank

Die nachstehende Tabelle enthält die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate & Investment Bank (CIB) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	3.108	2.650
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.740	9.557
Emissionsgeschäft (Equity)	706	663
Emissionsgeschäft (Debt)	1.199	1.127
Beratung	573	402
Kreditgeschäft	1.736	1.949
Transaction Services	3.223	2.609
Sonstige Produkte	644	-151
Summe Erträge insgesamt	20.929	18.807
davon/darin:		
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	14.081	13.969
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	488	1.816
Zinsunabhängige Aufwendungen	14.422	12.679
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	-2
Ergebnis vor Steuern	5.999	4.314
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	67 %
Aktiva	1.519.983	1.343.824
Durchschnittliches Active Equity ¹	18.644	19.041
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	32 %	23 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Nachfolgend stellen wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs CIB dar.

Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities (CB&S) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Sales & Trading (Equity)	3.108	2.650
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.740	9.557
Emissionsgeschäft (Equity)	706	663
Emissionsgeschäft (Debt)	1.199	1.127
Beratung	573	402
Kreditgeschäft	1.736	1.949
Sonstige Produkte	428	-151
Summe Erträge insgesamt	17.490	16.197
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	348	1.789
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.028	10.891
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	5
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	-2
Ergebnis vor Steuern	5.094	3.520
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	67 %
Aktiva	1.468.863	1.308.222
Durchschnittliches Active Equity ¹	17.096	17.881
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	30 %	20 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

In 2010 stiegen die Erträge in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) von 9,6 Mrd € im Jahr 2009 um 2 % auf 9,7 Mrd €. Die Erträge im Vorjahr waren durch negative Marktwertanpassungen von 1,0 Mrd € belastet, die hauptsächlich auf Vorsorgen für Monolineversicherer zurückzuführen waren. Demgegenüber beinhaltete das Berichtsjahr keine wesentlichen negativen Marktwertanpassungen. In den Erträgen waren Belastungen in Höhe von 360 Mio € im Zusammenhang mit Ocala Funding LLC verkraftet, hier waren im Vorjahr Belastungen von 350 Mio € angefallen. Die Erträge im Geldmarkt- und Zinsgeschäft waren aufgrund deutlich gesunkener Geld-/Briefspannen und einer verhalteneren Kundenaktivität vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise wesentlich niedriger. Im Handel mit Kreditprodukten konnten deutlich höhere Erträge erzielt werden, die auf niedrigere negative Marktwertanpassungen aus Altbeständen und eine erhöhte Kundenaktivität hinsichtlich standardisierter und strukturierter Kreditlösungen zurückzuführen waren. Die Erträge im Devisengeschäft waren stabil und reflektierten starke Marktanteile (Quelle: Euromoney) sowie höhere Volumina, die den Rückgang der Geld-/Briefspannen in einem sich normalisierenden Marktumfeld kompensierten. Die Erträge im Rohstoffhandel lagen trotz eines schwierigeren Marktumfelds über jenen des Vorjahres. Im Anleihegeschäft in Schwellenländern waren die Erträge rückläufig, was ungünstigere Marktbedingungen im Vergleich zum Vorjahr widerspiegelte.

Die Erträge in Sales & Trading (Equity) stiegen von 2,7 Mrd € im Jahr 2009 um 458 Mio € (17 %) auf 3,1 Mrd € im Geschäftsjahr 2010. Im Aktienhandel lagen die Erträge leicht unter dem Wert des Vorjahres, da eine geringere Aktivität während der Sommermonate nicht vollständig durch eine Erholung gegen Ende des Jahres ausgeglichen wurde. Die Erträge im Aktienderivategeschäft waren wesentlich höher und spiegelten die Neuausrichtung des Geschäfts wider, in dem sich die Handelsverluste des ersten Quartals 2009 nicht wiederholten. In Prime Finance lagen die Erträge aufgrund gestiegener Volumina im Kundengeschäft, einer besseren Wettbewerbsposition (Quelle: Global Custodian) und der Platzierung neuer Produkte und Dienstleistungen leicht über

dem Vorjahresniveau. Im designierten Eigenhandel ergaben sich im Berichtsjahr keine materiellen Erträge und das Geschäft wurde im dritten Quartal 2010 eingestellt.

Im Emissions- und Beratungsgeschäft konnten die Erträge im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 286 Mio € (13 %) auf 2,5 Mrd € gesteigert werden. Im Geschäftsjahr 2010 haben wir unser Ziel erreicht, einen Platz unter den besten fünf Investmentbanken weltweit einzunehmen und diese Position zu behaupten. So verbesserten wir uns von Platz sieben weltweit im Geschäftsjahr 2009 auf Platz fünf. Wir konnten zudem in allen Produktbereichen des Emissions- und Beratungsgeschäfts einen Platz unter den weltweit besten fünf Marktteilnehmern einnehmen. Im Beratungsgeschäft wurden Erträge von 573 Mio € erzielt, was gegenüber 2009 einem Anstieg von 43 % entsprach. Im M&A-Geschäft erreichten wir in den Ranglisten Platz eins in der Region EMEA, Platz sechs in Nord- und Südamerika und Platz fünf weltweit. Dies stellt eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr dar. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Debt) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6 % auf 1,2 Mrd €. In den Ranglisten für Investment-Grade- und High-Yield-Anleihen erreichten wir Platz vier und für Leveraged Loans Platz fünf. Die Erträge im Emissionsgeschäft (Equity) stiegen trotz geringerer Marktaktivität im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6 % auf 706 Mio €. Wir belegten in den Ranglisten Platz eins in der Region EMEA und Platz fünf in den USA. Weltweit verbesserten wir uns von Platz neun 2009 auf Platz fünf 2010 (Quelle für alle Positionen und Marktanteile: Dealogic).

Für das Gesamtjahr 2010 wurden Erträge aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 1,7 Mrd € erzielt, was einem Rückgang um 213 Mio € (11 %) gegenüber 2009 entsprach. Diese Entwicklung war in erster Linie auf Marktwertverluste auf zum Fair Value bewertete Kredite und Kreditzusagen im Zusammenhang mit Neugeschäft zurückzuführen.

Die Erträge aus Sonstigen Produkten beliefen sich im Berichtsjahr auf 428 Mio € und stiegen damit um 579 Mio € gegenüber dem Vorjahr, das eine Abschreibung von 500 Mio € auf die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas sowie Verluste aus Private-Equity-Beteiligungen im ersten Quartal 2009 beinhaltete.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Gesamtjahr 2010 auf 348 Mio € nach 1,8 Mrd € im Jahr 2009. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war in erster Linie auf niedrigere Nettoneubildungen für gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2010 stiegen die zinsunabhängigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd € (10 %) auf 12,0 Mrd €. Der Personalaufwand im Jahr 2010 spiegelte höhere Aufwendungen für aufgeschobene Vergütungskomponenten infolge von Änderungen in den Vergütungsstrukturen (einschließlich des Effekts aus der beschleunigten Erfassung von Ansprüchen für Mitarbeiter, deren Ansprüche zum Zeitpunkt der Begebung aufgrund der für sie geltenden Planbedingungen unverfallbar waren) wider. Demgegenüber war das Vorjahr von Änderungen in der Vergütungsstruktur, die einen höheren Anteil aufgeschobener Vergütungskomponenten zur Folge hatten, positiv beeinflusst. Der Anstieg war darüber hinaus auf das Geschäftswachstum, Kosten für strategische Initiativen und Maßnahmen zur Komplexitätsreduktion sowie auf Auswirkungen von Wechselkursänderungen zurückzuführen. Diese Entwicklung wurde teilweise durch Effekte aus Sonderfaktoren im Vorjahr kompensiert. Diese umfassten 316 Mio € aus dem Abschluss eines Vergleichs sowie 200 Mio € für ein Angebot zum Rückkauf bestimmter Produkte von Privatanlegern.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, die im Oktober 2008 veröffentlicht worden waren, wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Umgewidmet wurde jeweils, wenn nach Einschätzung der Bank zum Umwidmungsstichtag die erwartete Rückzahlung der Vermögenswerte den aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten niedrigen Fair Value der umgewidmeten Vermögenswerte überstieg und durch ein Halten der Position die Rendite optimiert wurde. Da zum Umwidmungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestand, spiegelt die geänderte Bilanzierung den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider.

Die nachfolgenden Tabellen stellen den von uns ermittelten Einfluss der Umwidmung auf den Unternehmensbereich CB&S dar. Im Geschäftsjahr 2010 führte die Umwidmung zu einem zusätzlichen Verlust von 753 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung und zu einem zusätzlichen Verlust von 325 Mio € im „Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income)“. Für das Geschäftsjahr 2009 führte die Umwidmung zu einem zusätzlichen Verlust von 273 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie zu einem zusätzlichen Verlust von 1,2 Mrd € im „Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income)“. Die hieraus resultierenden Auswirkungen auf Marktrisikopositionen sind im Abschnitt „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“ dargestellt.

Auswirkungen in 2010 aus der Umklassifizierung	31.12.2010		2010	
	Buchwert in Mrd €	Fair Value in Mrd €	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern in Mio €	Auswirkungen auf das Sonstige Ergebnis (Other comprehensive income) in Mio €
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	16,6	14,7	- 582	-
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	8,7	7,8	2	- 325
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft ¹	1,4	1,2	- 173	-
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-	-	-	-
Insgesamt	26,7	23,7	- 753²	- 325

¹ Der signifikante Rückgang des Buchwerts und des Fair Value im Emissions- und Beratungsgeschäft seit Dezember 2009 ist hauptsächlich auf eine Restrukturierung von Forderungen gegenüber Actavis im Geschäftsjahr 2010 mit einem Buchwert von 4,2 Mrd € zurückzuführen. Es wurde kein Gewinn oder Verlust aus dieser Restrukturierung verbucht. Für weitere Details zu dieser Restrukturierung verweisen wir auf die Note 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“.

² Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S verringerte sich der Gewinn vor Steuern um 3 Mio € in PBC.

	31.12.2009		2009	
	Buchwert in Mrd €	Fair Value in Mrd €	Auswirkungen auf den Gewinn vor Steuern in Mio €	Auswirkungen auf das Sonstige Ergebnis (Other comprehensive income) in Mio €
Auswirkungen in 2009 aus der Umklassifizierung				
Sales & Trading – Debt				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18,2	15,9	407	–
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9,3	8,2	– 16	– 1.102
Emissions- und Beratungsgeschäft				
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	6,1	5,7	– 664	–
Kreditgeschäft				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	–	–	–	– 114 ¹
Insgesamt	33,6	29,8	– 273²	– 1.216

¹ Der negative Betrag in der Position Auswirkungen auf das Sonstige Ergebnis (Other comprehensive income) resultiert aus der Abschreibung eines finanziellen Vermögenswerts im Geschäftsjahr. Wäre der Vermögenswert nicht umklassifiziert worden, hätte die Wertminderung zu einer Umgliederung der Veränderung des Fair Value aus dem Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung geführt.

² Zusätzlich zur Auswirkung auf CB&S erhöhte sich der Gewinn vor Steuern um 18 Mio € in PBC.

In 2010 wurden reklassifizierte Vermögenswerte mit einem Buchwert von 2,0 Mrd € verkauft. Die Verkäufe führten zu einem Veräußerungsverlust von 3 Mio € und wurden aufgrund von zum Zeitpunkt der Umwidmung unvorhergesehenen Ereignissen durchgeführt.

Bei den umgewidmeten Vermögenswerten handelt es sich zum einen um Kredite im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen mit einem Fair Value von 7,5 Mrd € am Umwidmungsstichtag, welche im Rahmen einer Originate-to-Distribute-Strategie begeben wurden. Zum anderen wurden Vermögenswerte in konsolidierten Asset-backed Commercial Paper Conduits mit einem Fair Value von 9,4 Mrd € und gewerbliche Immobilienkredite mit einem Fair Value von 9,1 Mrd € umgewidmet. Diese Forderungen sollten ursprünglich zum Zeitpunkt der Begebung oder des Erwerbs verbrieft werden. Die verbleibenden umgewidmeten Vermögenswerte, zu denen sonstige zum Zweck der Verbriefung erworbene oder begebene Vermögenswerte gehörten, hatten am Umwidmungsstichtag einen Fair Value von 11,9 Mrd €.

Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB)

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Global Transaction Banking für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Transaction Services	3.223	2.609
Sonstige Produkte	216	–
Summe Erträge insgesamt	3.439	2.609
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	140	27
Zinsunabhängige Aufwendungen	2.394	1.788
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–	–
Ergebnis vor Steuern	905	795
Aufwand-Ertrag-Relation	70 %	69 %
Aktiva	71.877	47.414
Durchschnittliches Active Equity ¹	1.548	1.160
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	58 %	68 %

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Im Gesamtjahr erreichten die Erträge in GTB mit 3,4 Mrd € einen neuen Rekord, was einem Anstieg um 830 Mio € (32 %) gegenüber dem Vorjahr entsprach. Auch nach Bereinigung der Effekte aus dem von der ABN AMRO übernommenen Firmenkundengeschäft in den Niederlanden, zu denen auch Erträge in Höhe von 216 Mio € im Zusammenhang mit einem negativen Goodwill aus der erstmaligen Konsolidierung des 2010 erworbenen Geschäfts gehörten, erwirtschaftete GTB Erträge auf Rekordniveau. Diese gute Performance war vor allem auf die Zunahme der Provisionserträge in den Bereichen Trust & Securities Services, Trade Finance und Cash Management zurückzuführen, welche die Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus besonders im letztgenannten Bereich ausgleichen konnte. Der Bereich Trust & Securities Services konnte dabei von der positiven Geschäftsentwicklung, insbesondere in Asien im vierten Quartal, profitieren.

Im Gesamtjahr 2010 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 140 Mio €. Ursächlich für die Zunahme um 113 Mio € gegenüber dem Vorjahr war auch hier vor allem das von ABN AMRO erworbene Firmenkundengeschäft.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen im Berichtsjahr stiegen gegenüber dem Vorjahr um 606 Mio € (34 %) auf 2,4 Mrd €. Diese Zunahme war sowohl auf die vorgenannte Akquisition als auch auf um 130 Mio € erheblich höhere Abfindungszahlungen zurückzuführen. Letztere waren vor allem im vierten Quartal infolge spezifischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Neuausrichtung von Infrastrukturbereichen und Vertriebseinheiten angefallen.

Konzernbereich Private Clients and Asset Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Konzernbereichs Private Clients and Asset Management (PCAM) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.560	2.083
Beratungs-/Brokeragegeschäft	1.745	1.531
Kreditgeschäft	2.708	2.605
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.029	1.875
Sonstige Produkte	1.001	167
Summe Erträge insgesamt	10.043	8.261
davon/darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.708	4.157
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	789	806
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.258	6.803
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	–	–
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	–	– 291
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	6	– 7
Ergebnis vor Steuern	989	658
Aufwand-Ertrag-Relation	82 %	82 %
Aktiva	412.477	174.739
Durchschnittliches Active Equity ¹	10.635	8.408
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	9 %	8 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	1.179	880

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessenswahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Nachfolgend erläutern wir den Beitrag der einzelnen Unternehmensbereiche zum Gesamtergebnis des Konzernbereichs PCAM.

Unternehmensbereich Asset and Wealth Management

Die nachstehende Tabelle zeigt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Asset and Wealth Management (AWM) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (AM)	1.733	1.562
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management (PWM)	515	264
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management insgesamt	2.247	1.826
Beratungs-/Brokeragegeschäft	857	689
Kreditgeschäft	383	255
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	138	169
Sonstige Produkte	282	-255
Summe Erträge insgesamt	3.907	2.685
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	43	17
Zinsunabhängige Aufwendungen	3.765	2.475
davon/darin:		
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-	-
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	-291
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-1	-7
Ergebnis vor Steuern	100	200
Aufwand-Ertrag-Relation	96 %	92 %
Aktiva	65.508	43.761
Durchschnittliches Active Equity ¹	6.737	4.791
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	1 %	4 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	873	686

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

Im Gesamtjahr 2010 lagen die Erträge von AWM in Höhe von 3,9 Mrd € um 1,2 Mrd € (46 %) über dem Wert des Vorjahres und enthielten einen Beitrag von 646 Mio € aus der Akquisition von Sal. Oppenheim/BHF-BANK. Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) war dieser Beitrag ursächlich für den Anstieg der Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management (Anstieg um 250 Mio € beziehungsweise 95 %), aus dem Kreditgeschäft (Anstieg um 128 Mio € beziehungsweise 50 %) und aus Sonstigen Produkten (Anstieg um 537 Mio € nach negativen 255 Mio € im Geschäftsjahr 2009). Zudem stiegen die Erträge in AWM aufgrund höherer volumen- und erfolgsabhängiger Provisionen im Diskretionären Portfolio Management/Fund Management im Geschäftsbereich Asset Management (AM) (Anstieg um 171 Mio € beziehungsweise 11 %). Das Beratungs-/Brokeragegeschäft (Anstieg um 168 Mio € beziehungsweise 24 %) profitierte von einer stärkeren Kundenaktivität und einem verbesserten Marktumfeld. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr sanken die Erträge im Vergleich zum Vorjahr um 31 Mio € (18 %), was in erster Linie auf niedrigere Margen zurückzuführen war.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Gesamtjahr 2010 auf 43 Mio €. Die Erhöhung um 27 Mio € gegenüber dem Vorjahr war hauptsächlich auf Sal. Oppenheim/BHF-BANK zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen 2010 mit 3,8 Mrd € um 1,3 Mrd € (52 %) über dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung resultierte aus einer Wertaufholung für eine Abschreibung von 291 Mio €, die im Geschäftsjahr 2009 in AM auf immaterielle Vermögenswerte bei DWS Investments in den USA (vormals: DWS Scudder) vorgenommen worden war. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen 2010 enthielten ferner 986 Mio € aus der Akquisition von Sal. Oppenheim/BHF-BANK.

Im Gesamtjahr 2010 verzeichnete AWM einen Zuwachs der Invested Assets von 188 Mrd € auf 873 Mrd €. In dem Anstieg waren 112 Mrd € im Zusammenhang mit Sal. Oppenheim/BHF-BANK (68 Mrd € Sal. Oppenheim und 45 Mrd € BHF-BANK) enthalten. Der verbleibende Anstieg war auf positive Marktwertentwicklungen sowie die Abschwächung des Euro zurückzuführen. AWM verzeichnete im Gesamtjahr 2010 Nettomittelabflüsse von 2,5 Mrd €, im Wesentlichen durch Abflüsse in Nord- und Südamerika, welche weitestgehend durch Zuflüsse in Europa und im amerikanischen Versicherungsgeschäft ausgeglichen wurden.

Unternehmensbereich Private & Business Clients

Die nachstehende Tabelle stellt die Geschäftsergebnisse unseres Unternehmensbereichs Private & Business Clients (PBC) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme dar.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt:		
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	313	257
Beratungs-/Brokeragegeschäft	887	841
Kreditgeschäft	2.325	2.350
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	1.891	1.706
Sonstige Produkte	720	422
Summe Erträge insgesamt	6.136	5.576
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	746	790
Zinsunabhängige Aufwendungen	4.493	4.328
davon/darin:		
Restrukturierungsaufwand	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	8	0
Ergebnis vor Steuern	890	458
Aufwand-Ertrag-Relation	73 %	78 %
Aktiva	346.998	131.014
Durchschnittliches Active Equity ¹	3.897	3.617
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	23 %	13 %
Invested Assets ² (in Mrd €)	306	194
Kreditvolumen (in Mrd €)	255	96
Einlagenvolumen (in Mrd €)	229	109

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

² Wir definieren Invested Assets als (a) Vermögen, das wir im Namen unserer Kunden zu Anlagezwecken betreuen, und/oder (b) als Vermögenswerte der Kunden, die von uns verwaltet werden. Wir verwalten Invested Assets interessewahrend, auf Beratungsbasis oder als Einlagen.

In PBC stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 560 Mio € (10 %) auf 6,1 Mrd €. Die erstmalige Konsolidierung der Postbank zum 3. Dezember 2010 führte zu zusätzlichen Erträgen von 414 Mio €, die bis auf Weiteres unter den Erträgen aus Sonstigen Produkten ausgewiesen werden. Die Konsolidierung der Postbank war der Hauptgrund für den Anstieg der Erträge aus Sonstigen Produkten um 298 Mio €. Diese Verbesserung wurde durch im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Erträge aus der Aktiv- und Passivsteuerung teilweise ausgeglichen. Die Erträge aus dem Diskretionären Portfolio Management/Fund Management stiegen um 56 Mio € (22 %) und im Beratungs-/Brokeragegeschäft war eine Verbesserung um 46 Mio € (5 %) zu verzeichnen. Beide Produktkategorien profitierten sowohl von einer erhöhten Aktivität der privaten Anleger in einem günstigeren Marktumfeld als auch von höheren Erträgen bei Versicherungsprodukten. Die Erträge aus dem Kreditgeschäft gingen aufgrund geringerer Margen gegenüber dem Vorjahr um 25 Mio € (1 %) zurück. Im Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr waren die Erträge um 185 Mio € (11 %) besser, hauptsächlich infolge verbesserter Margen im Einlagengeschäft.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug 746 Mio €, von denen 56 Mio € auf die Postbank entfielen. Ohne die Postbank ging die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, verglichen mit 2009, um 100 Mio € (13 %) zurück. Dies war hauptsächlich auf die Maßnahmen, die auf Portfolio- und Länderebene ergriffen wurden, zurückzuführen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen waren mit 4,5 Mrd € um 165 Mio € (4 %) höher als im Jahr 2009. Der wesentliche Grund für den Anstieg war mit 320 Mio € die bereits erwähnte erstmalige Konsolidierung der Postbank. Ohne die Postbank gingen die Zinsunabhängigen Aufwendung um 155 Mio € (4 %) zurück. Hauptursache hierfür waren geringere Abfindungszahlungen.

Die Invested Assets beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 306 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg von 112 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2009, der insbesondere auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen war. Ohne diese Konsolidierung stiegen die Invested Assets um 7 Mrd €. Darin enthalten waren 5 Mrd € infolge positiver Marktwertentwicklungen und 2 Mrd €, die im Wesentlichen auf Nettomittelzuflüsse im Einlagengeschäft zurückzuführen waren.

Die Kundenzahl von PBC belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 28,8 Millionen, einschließlich 14,2 Millionen Kunden der Postbank.

Konzernbereich Corporate Investments

In der nachfolgenden Tabelle sind die Ergebnisse unseres Konzernbereichs Corporate Investments (CI) für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 auf Basis unserer Managementberichtssysteme aufgeführt.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Erträge insgesamt	-2.020	1.044
darin: Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	-184	793
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-4	8
Zinsunabhängige Aufwendungen	637	581
darin:		
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	151
Restrukturierungsaufwand	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-2	-1
Ergebnis vor Steuern	-2.649	456
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	56 %
Aktiva	17.766	28.456
Durchschnittliches Active Equity ¹	4.168	4.323
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-64 %	11 %

N/A – nicht aussagefähig

¹ Eine Beschreibung der Allokation des durchschnittlichen Active Equity auf die Segmente ist in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Im Konzernbereich Corporate Investments betragen die Erträge in 2010 negative 2,0 Mrd € gegenüber positiven 1,0 Mrd € im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2010 waren die Erträge hauptsächlich durch die im dritten Quartal verzeichnete Belastung in Bezug auf die Postbank in Höhe von 2,3 Mrd € beeinflusst. Zudem enthielten die Erträge eine Abschreibung von 124 Mio € auf die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas. Im Geschäftsjahr 2009 waren in den Erträgen 1,0 Mrd € im Zusammenhang mit der Postbank-Transaktion, Marktwertgewinne von 83 Mio € aus der Option zur Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. und eine Abschreibung von 75 Mio € auf die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas enthalten.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen von 637 Mio € lagen um 56 Mio € über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg resultierte im Wesentlichen aus höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Optimierung der Flächen- und Gebäudenutzung sowie aus höheren operativen Kosten bei unserer konsolidierten Beteiligung an der Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas, die im Dezember 2010 eröffnet wurde. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Jahr 2009 beinhalteten eine Goodwillabschreibung in Höhe von 151 Mio € auf unsere Beteiligung an Maher Terminals.

Consolidation & Adjustments

Erläuterungen zu „Consolidation & Adjustments“ im Rahmen unserer Segmentberichterstattung sind in Note 05 „Segmentberichterstattung“ des Konzernabschlusses enthalten.

Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt Informationen zur Entwicklung der Vermögenslage.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Barreserve	17.157	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	92.377	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	49.281	50.329
Handelsaktiva	271.291	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	657.780	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte ¹	171.926	134.000
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	407.729	258.105
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	103.423	93.452
Übrige Aktiva	134.666	76.879
Summe der Aktiva	1.905.630	1.500.664
Einlagen	533.984	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	31.198	51.059
Handelsspassiva	68.859	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	647.171	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen ²	130.154	73.522
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	64.990	42.897
Langfristige Verbindlichkeiten	169.660	131.782
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	116.146	110.797
Übrige Passiva	93.076	66.944
Summe der Verbindlichkeiten	1.855.238	1.462.695
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss	50.392	37.969

¹ Beinhaltet zum Fair Value klassifizierte Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) in Höhe von 108.912 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2009: 89.977 Mio €) und zum Fair Value klassifizierte Forderungen aus Wertpapierleihen in Höhe von 27.887 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2009: 19.987 Mio €).

² Beinhaltet zum Fair Value klassifizierte Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Höhe von 107.999 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2009: 52.795 Mio €).

Aktiva und Verbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Summe der Aktiva 1.906 Mrd €. Mehr als die Hälfte des Anstiegs von 405 Mrd € (27 %) gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2009 steht in Verbindung mit unseren Akquisitionen. Währungskursbewegungen, insbesondere zwischen US-Dollar und Euro, trugen weitere 20 % zum Gesamtanstieg unseres Bilanzvolumens in 2010 bei.

Der Anstieg unserer Bilanzsumme resultierte im Wesentlichen aus der Ausweitung unseres Kreditbuchs, das um 150 Mrd € über dem Wert zum Vorjahresende lag. Unsere Akquisitionen, insbesondere die der Postbank, trugen mit 141 Mrd € (94 %) zu dieser Erhöhung bei.

Positive Marktwerte derivativer Finanzinstrumente stiegen um 61 Mrd €, davon entfielen 23 Mrd € auf Währungsumrechnungseffekte und 21 Mrd € auf Akquisitionen.

Ferner haben sich unsere verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten vom Jahresende 2009 zum Jahresende 2010 fast verdoppelt, vorrangig um unsere Liquiditätsreserve zu verstärken.

Die Summe der Verbindlichkeiten stieg im Berichtszeitraum um 393 Mrd € auf 1.855 Mrd €.

Im Wesentlichen resultierte diese Ausweitung aus einer Erhöhung der Einlagen um 190 Mrd €, zu der in erster Linie unsere Akquisitionen mit 146 Mrd € (77 %) beitrugen.

Negative Marktwerte derivativer Finanzinstrumente erhöhten sich um 70 Mrd €, ebenfalls überwiegend bedingt durch Währungsumrechnungseffekte und neue Akquisitionen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital stieg zum 31. Dezember 2010 auf 50,4 Mrd € und lag damit um 12,4 Mrd € (33 %) über dem Wert zum 31. Dezember 2009 von 38,0 Mrd €. Dieser Anstieg resultierte in erster Linie aus der Kapitalerhöhung von 10,1 Mrd € (nach Kosten von etwa 0,1 Mrd €), dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis von 2,3 Mrd € und aus im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfassten Gewinnen von 1,2 Mrd €. Diese positive Entwicklung wurde durch Dividendenzahlungen in Höhe von 465 Mio € sowie durch eine Erhöhung unseres Bestands in Eigenen Aktien, die vom Eigenkapital abgezogen werden, um 403 Mio € teilweise ausgeglichen. Die vorgenannten, im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfassten Gewinne waren vorwiegend auf positive Effekte aus Wechselkursänderungen in Höhe von 1,2 Mrd € (vor allem US-Dollar) zurückzuführen.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Das gemäß Basel II ausgewiesene aufsichtsrechtliche Kapital insgesamt (Tier-1- und Tier-2-Kapital) betrug 48,7 Mrd € zum Jahresende 2010 gegenüber 37,9 Mrd € am Jahresende 2009. Der Anstieg reflektierte im Wesentlichen die durchgeführte Kapitalerhöhung über 10,2 Mrd € im vierten Quartal sowie unsere Akquisitionen in 2010. Das Tier-1-Kapital erhöhte sich auf 42,6 Mrd € zum Jahresende 2010 gegenüber 34,4 Mrd € am Jahresende 2009. Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente erhöhte sich zum 31. Dezember 2010 auf 30,0 Mrd € im Vergleich zu 23,8 Mrd € am Jahresende 2009.

Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung bestimmter Risikopositionen an den Kreditmärkten (einschließlich erworbener Monolineabsicherungen) in jenen CB&S-Geschäftsbereichen, für die wir bereits in Vorperioden zusätzliche Risikoangaben gemacht haben. Es handelt sich dabei um die Positionen, die während der Finanzmarktkrise die Performance der CB&S-Geschäftsbereiche wesentlich beeinflusst haben. Zusätzlich zu diesen CB&S-Positionen haben wir außerdem Informationen zu den im Rahmen der Postbank-Akquisition erworbenen Positionen dargestellt.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten: Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten in einigen unserer Geschäftsbereiche, einschließlich unseres CDO-Handels- und Emissionsgeschäfts sowie des US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkts, stellt die nachfolgende Tabelle unter Berücksichtigung von Hedges und sonstigen Absicherungsgeschäften dar. Hedges bestehen aus einer Vielzahl verschiedener Finanzinstrumente darunter Monolineabsicherungen, Single-Name Credit Default Swaps mit Marktkontrahenten und indexbasierte Verträge.

Risikopositionen aus Wohnungsbaukrediten im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft, im US-amerikanischen und europäischen Hypothekenmarkt

in Mio €	31.12.2010			31.12.2009		
	Brutto-Risikopositionen	Hedges und sonstige Absicherungsgeschäfte	Netto-Risikopositionen	Brutto-Risikopositionen	Hedges und sonstige Absicherungsgeschäfte	Netto-Risikopositionen
Subprime¹- und Alt-A²-Risikopositionen im CDO-Handels- und -Emissionsgeschäft:						
CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)	420	75	345	688	371	317
CDO-Subprime-Risikopositionen (zur Veräußerung verfügbar bilanziert)	34	–	34	34	–	34
CDO-Alt-A-Risikopositionen (Handelsbestand)	56	49	7	77	55	22
Hypothekenmarkt (Handelspositionen):						
Sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt ^{3,4}	3.428	3.153	275	4.315	3.201	1.114
Risikopositionen im europäischen Hypothekenmarkt	169	–	169	179	–	179

¹ Zur Bestimmung von Subprime-Risikopositionen wenden wir bankspezifische Standards wie FICO-Bewertungen (Kreditwürdigkeit) und Loan-to-Value-Kennzahlen (Beleihungswerte), an. In begrenztem Umfang klassifizieren wir Risikopositionen auch als Subprime, wenn 50 % oder mehr der jeweils zugrunde liegenden Sicherheiten Subprime-Wohnungsbaukredite darstellen.

² Alt-A-Kredite sind Kredite, die an Kreditnehmer vergeben werden, die grundsätzlich eine gute Kreditwürdigkeit haben. Auf diese Kredite bezogene Kennzahlen oder andere Charakteristika entsprechen jedoch nicht dem Standard für erstklassige Hypothekenkredite. Diese beinhalten niedrigere FICO-Bewertungen, höhere Beleihungswerte sowie einen prozentual höheren Anteil an Krediten mit geringer oder gar keiner Dokumentation.

³ Von den Netto-Risikopositionen entfielen am 31. Dezember 2010 minus 267 Mio € auf Alt-A, 10 Mio € auf Subprime, 52 Mio € auf Sonstige und 480 Mio € auf Handelspositionen (netto). Zum 31. Dezember 2009 entfielen 202 Mio € auf Alt-A, 71 Mio € auf Subprime, 244 Mio € auf Sonstige und 597 Mio € auf Handelspositionen (netto).

⁴ Die in den Sonstigen Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt enthaltenen Wertanpassungen wurden adjustiert und berücksichtigen eine aktualisierte Berechnung des Kreditrisikos, die den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte besser abbildet. Wir haben die Risikoposition zum 31. Dezember 2009 entsprechend neu berechnet, was zu einer Reduzierung um 187 Mio € auf 1,1 Mrd € führte. Die Netto-Risikopositionen zum 31. Dezember 2010 wurden ebenfalls auf dieser Basis berechnet, was zu einer Reduzierung um 320 Mio € auf 275 Mio € führte.

In der obigen Tabelle gibt die Nettorisikoposition den theoretisch möglichen Verlust für den Fall an, dass die Wertpapiere und entsprechenden Hedges komplett ausfallen und keine Verwertungsgewinne erzielt werden können. Sie liefern keinen Anhaltspunkt für unsere um das „Net Delta“ adjustierte Risikoposition im Handel. Diese „Net-Delta“-adjustierte Risikoposition im Handel ist eine Kennzahl, die die Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Risikopositionen herstellt. Sie gibt für jede Position die Position in den entsprechenden Wertpapieren an, welche die gleiche Sensitivität gegenüber Marktveränderungen hat.

Die oben angeführte Tabelle bezieht sich auf wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten, die erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden. Handelsaktiva oder zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte, die aufgrund der Änderungen von IAS 39 in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, sind nicht enthalten. Der Buchwert dieser Risikopositionen belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 1,8 Mrd € (davon entfielen 1,0 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 339 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 402 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)). Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2009 betrug 1,9 Mrd € (davon entfielen 1,1 Mrd € auf den europäischen Hypothekenmarkt, 370 Mio € auf sonstige Risikopositionen im US-amerikanischen Hypothekenmarkt und 432 Mio € auf CDO-Subprime-Risikopositionen (Handelsbestand)).

Zusätzlich zu diesen CB&S-Positionen hat die Postbank Risikopositionen aus Wertpapieren auf den europäischen gewerblichen Hypothekenmarkt in Höhe von 192 Mio € und Risikopositionen aus Wertpapieren auf Wohnungsbaukredite in Höhe von 428 Mio € (davon 398 Mio € in Europa und 27 Mio € in den USA). Außerdem hat die Postbank Risikopositionen aus non-corporate CDOs in Höhe von 69 Mio € mit Basiswerten teilweise im gewerblichen Hypothekenmarkt und teilweise im Wohnungsbaumarkt. Diese Positionen sind hauptsächlich als Forderungen aus dem Kreditgeschäft beziehungsweise als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Die Tabelle enthält weder verbrieft Forderungen öffentlich-rechtlicher Emittenten noch Kredite, die grundsätzlich zum Ankauf durch solche Institutionen qualifizieren, da wir diese als nicht kreditrisikosensitive Engagements erachten. Auch tilgungsfreie und inverse tilgungsfreie Positionen, die negativ mit der Verschlechterung der Marktsituation korrelieren, sind aufgrund des Effekts eines reduzierten Anteils vorzeitiger Tilgungen auf die Position nicht enthalten. Durch eine niedrigere Rückzahlungsrate verlängert sich die durchschnittliche Tilgungsdauer dieser tilgungsfreien Positionen, was wiederum zu einem höheren Wert infolge des längeren Zinszahlungszeitraums führt.

Die einzelnen Bruttobestandteile unserer oben genannten Nettorisikopositionen beinhalten Positionen aus verschiedenen Jahren der Kreditvergabe, Lokationen und Bonitätsklassen der Schuldner sowie weitere marktabhängige Faktoren. Während die vorgenannten Werte das maximale Risiko im Fall extremer Marktentwicklungen beschreiben, hängen die effektiven zukünftigen Gewinne und Verluste aus diesen Positionen von den tatsächlichen Marktbewegungen ab, inklusive der Basisbewegungen zwischen den verschiedenen Komponenten unserer Risikopositionen und der Möglichkeit, entsprechende Absicherungsgeschäfte diesen Umständen anzupassen.

Ocala Funding LLC: Wir halten 71,4 % der von Ocala Funding LLC (Ocala) emittierten Commercial Paper. Ocala ist eine von Taylor Bean & Whitaker Mortgage Corp. (TBW) gesponserte Commercial-Paper-Gesellschaft, die im August 2009 ihre Pfandbriefaktivitäten einstellte und Insolvenz beantragte. Wir klassifizieren die Commercial Paper als Handelsaktiva und bewerten sie erfolgswirksam zum Fair Value. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Nominalwert der von Ocala emittierten und von uns gehaltenen Commercial Paper 904 Mio €. Als Ergebnis der beantragten Insolvenz und basierend auf den zum damaligen Zeitpunkt vorliegenden Informationen, realisierten wir im Jahr 2009 einen Verlust aus der Fair-Value-Bewertung der Ocala Commercial Paper in Höhe von circa 350 Mio €. Zum 1. Juli 2010 beinhaltete ein beim Insolvenzgericht eingereichter Asset Reconciliation Report über den TBW-Besitz zusätzliche Informationen über die durch Ocala gehaltenen Sicherheiten. Auf Basis dieser Informationen und bestimmter Einschätzungen des Managements zur Werthaltigkeit von Forderungen, die gegenüber dem Insolvenzverwalter angemeldet wurden, wiesen wir im zweiten Quartal 2010 einen zusätzlichen Verlust aus der Fair-Value-Bewertung in Höhe von circa 270 Mio € aus. Im dritten Quartal 2010 wurde ein weiterer Verlust aus der Fair-Value-Bewertung in Höhe von circa 90 Mio € berichtet, so dass aus der Fair-Value-Bewertung für 2010 insgesamt ein Verlust in Höhe von circa 360 Mio € resultierte.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern: Die Verwerfungen am US-amerikanischen Subprime-Hypothekenmarkt und an mit diesem verbundenen Märkten haben bei Anbietern von Finanzgarantien wie Monolineversicherern zu hohen Risikopositionen geführt, wenn sie den Wert eines Pools von Sicherheiten, auf den CDOs oder andere gehandelte Wertpapiere referenzieren, versichert oder garantiert haben. Ansprüche gegenüber Monolineversicherern werden nur dann fällig, wenn der Bank Verluste dadurch entstehen, Aktiva (oder Kreditsicherheiten) ausfallen. Es besteht weiterhin eine gewisse Verunsicherung darüber, ob abgesicherte manche Monolineversicherer ihre Verpflichtungen gegenüber Banken und anderen Käufern von Absicherungen erfüllen können. Unter bestimmten Umständen, beispielsweise bei der Liquidation, können wir Forderungen unabhängig von tatsächlichen Verlusten aus den abgesicherten Aktiva vorzeitig geltend machen.

Die folgenden Tabellen fassen unser Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf Aktivitäten in US-amerikanischen Wohnungsbaukrediten und anderen Aktivitäten, zusammen. Die gezeigten Beträge basieren auf den aktuellen Marktwerten der Vermögenspositionen, denen die von Monolineversicherern garantierten Nominalwerte gegenübergestellt werden. Die sonstigen Risikopositionen, die in der zweiten Tabelle beschrieben sind, resultieren aus verschiedenen kunden- und handelsbezogenen Aktivitäten und umfassen Collateralized Loan Obligations, gewerbliche verbriefte Hypothekenkredite, Trust Preferred Securities, Studentenkredite und Schuldtitel des öffentlichen Sektors. Die Tabellen zeigen die zugehörigen kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen, die wir für diese Positionen vorgenommen haben. Die Bewertungsanpassungen werden anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern für jeden Kontrahenten ermittelt, einschließlich potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz. Die Zuordnung zu den unten genannten Ratingklassen basiert jeweils auf dem niedrigeren verfügbaren Rating von Standard & Poor's, Moody's oder unserem internen Rating zum 31. Dezember 2010 beziehungsweise 31. Dezember 2009.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern,
bezogen auf US-amerikanische
Wohnungsbaukredite

in Mio €	31.12.2010				31.12.2009			
	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen
AA Monolines:								
Sonstige Subprime	139	60	-6	54	142	70	-6	64
Alt-A	4.069	1.539	-308	1.231	4.337	1.873	-172	1.701
AA Monolines insgesamt	4.208	1.599	-314	1.285	4.479	1.943	-178	1.765

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern		31.12.2010				31.12.2009			
in Mio €	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	Nominalwert	Fair Value vor Bewertungs- anpassungen	Bewertungs- anpassungen	Fair Value nach Bewertungs- anpassungen	
AA Monolines:									
TPS-CLO	2.988	837	-84	753	2.717	925	-85	840	
CMBS	1.084	12	-1	11	1.004	68	-6	62	
Corporate Single Name/Corporate CDO	602	-1	-	-1	2.033	-3	-	-3	
Studentenkredite	295	19	-2	17	232	39	-4	35	
Sonstige	925	226	-23	203	902	249	-23	226	
AA Monolines insgesamt	5.894	1.093	-110	983	6.888	1.277	-117	1.160	
Nicht-Investment Grade Monolines:									
TPS-CLO	917	215	-49	166	876	274	-100	174	
CMBS	6.024	547	-273	274	5.932	813	-355	458	
Corporate Single Name/Corporate CDO	2.180	12	-6	6	4.366	26	-12	14	
Studentenkredite	1.308	597	-340	257	1.221	560	-319	241	
Sonstige	1.807	226	-94	132	1.645	278	-102	176	
Nicht-Investment Grade Monolines insgesamt	12.236	1.597	-762	835	14.040	1.950	-887	1.063	
Insgesamt	18.130	2.690	-872	1.818	20.928	3.227	-1.004	2.223	

Die Tabellen berücksichtigen nicht das Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten „Wrapped Bonds“. Dies sind Schuldverschreibungen, die von Dritten versichert oder garantiert werden. Solche Risikopositionen beliefen sich, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite, zum Ende des Berichtsjahres auf 67 Mio € (2009: 100 Mio €). Die Risikopositionen von „Wrapped Bonds“, die sich nicht auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite beziehen, betragen 58 Mio € (2009: 54 Mio €). In jedem Fall stellen die Werte eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch Credit Default Swaps mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert.

Zum 31. Dezember 2010 betragen die Bewertungsanpassungen auf Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern insgesamt 1.186 Mio € (2009: 1.182 Mio €).

Risikopositionen im Bereich Commercial Real Estate: Im Commercial-Real-Estate-Geschäft entstehen Risiken aus gewerblichen Immobilienkrediten, die entweder zum Zweck des Verkaufs, der Syndizierung, Verbriefung oder sonstiger Strategien beziehungsweise gehalten oder als Forderungen aus dem Kreditgeschäft bilanziert werden. Die folgende Tabelle beinhaltet eine Zusammenfassung unserer Risikoposition für gewerbliche Immobilienkredite zum 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009. Unser Handelsportfolio aus Sekundärmarktpositionen in CMBS-Papieren, die aktiv gehandelt und bewertet werden, ist nicht enthalten.

Commercial-Real-Estate-Kredite in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Zum Fair Value bewertete Kredite, nach Risikoabbaumaßnahmen ¹	2.265	1.806
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ²	4.941	6.453
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ³	2.186	2.083
Andere Kredite, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden ⁴	15.814	–

¹ Risikoabbaumaßnahmen umfassen Derivate und sonstige Transaktionen, die zum Zweck der Risikoreduzierung bei gewerblichen Krediten eingegangen wurden. Der darauf bezogene Fair Value belief sich auf 689 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2009: 1,0 Mrd €).

² Buchwert zum jeweiligen Stichtag.

³ Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

⁴ Buchwert der Kredite, die im Rahmen der Postbank-Akquisition erworben wurden.

Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich: Die folgende Tabelle ist eine Zusammenfassung unserer Risikopositionen im Leveraged-Finance-Bereich zum 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009, die sich aus Krediten und Kreditzusagen im Zusammenhang mit der Finanzierung von Unternehmensübernahmen (inklusive Private-Equity-Transaktionen und sonstiger Buy-out-Vereinbarungen) ergeben. In der nachfolgenden Tabelle sind Kredite, die vor dem 1. Januar 2007 begeben und vor den Marktverwerfungen vereinbart wurden, sowie Kredite, die seit Entstehung unter den Forderungen aus dem Kreditgeschäft ausgewiesen wurden, nicht enthalten.

Leveraged Finance in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Zum Fair Value bewertete Kredite	2.263	505
davon: seit 1. Januar 2008 begebene Kredite	2.230	385
Im Zusammenhang mit den Änderungen von IAS 39 umklassifizierte Kredite ¹	1.367	6.152
Kredite im Zusammenhang mit dem Verkauf von Vermögenspositionen ²	5.863	5.804

¹ Buchwert zum jeweiligen Stichtag. Der signifikante Rückgang des Buchwerts ist hauptsächlich auf die Restrukturierung der Kredite mit dem Actavis-Konzern zurückzuführen, die in der Note 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ beschrieben wird.

² Buchwert der Finanzierungen, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten seit dem 1. Januar 2008 bestehen, zum jeweiligen Stichtag.

Zweckgesellschaften

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzen wir unter anderem sogenannte Zweckgesellschaften („SPEs“), die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. SPEs ermöglichen in erster Linie den Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten und Risiken und stellen ihnen durch die Verbriefung von Vermögenswerten Marktliquidität bereit. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden.

SPEs, die wir gegründet oder gesponsert haben beziehungsweise mit denen wir eine Vertragsbeziehung unterhalten, sind unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Wir konsolidieren eine SPE, wenn wir ihre Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen können. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn wir direkt oder indirekt über mehr als die Hälfte der Stimmrechte verfügen. Wenn die Geschäftsaktivitäten sehr eng umrissen sind oder es nicht eindeutig ist, wer die Finanz- und Geschäftspolitik der betreffenden SPE bestimmt, berücksichtigen wir eine Reihe weiterer Faktoren, um festzulegen, ob uns die Mehrheit der verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Wir überprüfen unsere Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich die Vereinbarungen mit der SPE ändern oder sich die Geschäftsbeziehung zwischen uns und einer SPE substantiell verändert. Für weitere Informationen zu unseren Rechnungslegungsgrundsätzen bezüglich der Konsolidierung

von SPEs sowie der Überprüfung getroffener Konsolidierungsentscheidungen siehe Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ unseres Konzernabschlusses.

In einigen wenigen Fällen konsolidieren wir bestimmte SPEs für Zwecke sowohl des Handelsrechts als auch des deutschen Aufsichtsrechts. In allen anderen Fällen unterlegen wir sämtliche SPE-bezogenen Transaktionen wie Derivategeschäfte, Kreditzusagen oder Garantien und die mit ihnen verbundenen Risiken mit regulatorischem Eigenkapital. Bislang hatten die Risikopositionen gegenüber nicht konsolidierten Zweckgesellschaften keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bedingungen unserer Finanzierungsvereinbarungen, Kapitalkennziffern, Bonitätsbeurteilungen oder Dividenden.

Die folgenden Abschnitte zeigen Details zu den Vermögenswerten (nach Konsolidierungsbuchungen) der von uns konsolidierten SPEs sowie die maximal verbleibenden zu finanzierenden Risikopositionen gegenüber bestimmten nicht konsolidierten SPEs. Diese sollten zusammen mit dem Abschnitt „Wesentliche Risikopositionen an den Kreditmärkten“, der Teil des Abschnitts „Vermögenslage“ ist, gelesen werden.

Vermögenswerte von konsolidierten SPEs

31.12.2010	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	–	431	15.304	–	59	15.794
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	3.168	369	1.250	20	23	4.830
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	189	–	507	2	18	716
Repackaging und Investmentprodukte	6.606	1.053	206	2.211	664	10.740
Investmentfonds	4.135	9	–	465	654	5.263
Strukturierte Transaktionen	2.533	269	5.315	386	381	8.884
Operative Einheiten	1.676	3.522	3.309	514	3.582	12.603
Sonstige	199	300	556	117	304	1.476
Insgesamt	18.506	5.953	26.447	3.715	5.685	60.306

¹ Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 158 Mio €.

31.12.2009	Art des Vermögenswerts					
	Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Sonstige Aktiva	Summe der Aktiva
in Mio €						
Kategorie:						
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	30	279	15.222	–	33	15.564
Vom Konzern gesponserte Verbriefungen	3.409	–	1.175	4	57	4.645
Von Dritten gesponserte Verbriefungen	200	–	516	3	73	792
Repackaging und Investmentprodukte	5.789	1.973	36	661	557	9.016
Investmentfonds	5.163	–	–	1.313	35	6.511
Strukturierte Transaktionen	2.531	108	5.207	26	423	8.295
Operative Einheiten	1.603	3.319	1.898	501	2.416	9.737
Sonstige	610	240	786	59	453	2.148
Insgesamt	19.335	5.919	24.840	2.567	4.047	56.708

¹ Der Fair Value der Derivatepositionen beträgt 250 Mio €.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir arrangieren, sponsern und verwalten unsere eigenen Asset-backed-Commercial-Paper-Programme („ABCP“). Diese Programme gewähren unseren Kunden Zugang zu Liquidität am Commercial-Paper-Markt und schaffen neue Investmentprodukte für unsere Kunden. Als Verwalter von Commercial-Paper-Programmen unterstützen wir den Kauf von nicht vom Deutsche Bank-Konzern gewährten Krediten sowie von Wertpapieren und sonstigen Forderungen durch ein Commercial Paper Conduit („Conduit“), das anschließend zur Finanzierung dieses Kaufs kurzfristige Commercial Paper hoher Bonität am Markt verkauft. Diese sind durch die zugrunde liegenden Vermögenswerte besichert. Um ein hohes Rating („Investment Grade Rating“) für die Commercial Paper aufrechtzuerhalten, benötigen die Conduits ausreichende Sicherheiten, Kreditverbesserungen („Credit Enhancements“) und Liquiditätsfazilitäten. Wir stellen diesen Conduits Liquidität bereit und sind deshalb Schwankungen des Buchwerts der Vermögenswerte der Conduits ausgesetzt. Wir konsolidieren die Mehrzahl der von uns gesponserten Conduitprogramme, da wir über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Liquiditätszusagen gegenüber den Conduits entsprechen dem Gesamtvolumen der in 2010 begebenen Commercial Paper von 16,3 Mrd €, von denen wir zum 31. Dezember 2010 2,2 Mrd € hielten. Das Gesamtvolumen der in 2009 begebenen Commercial Paper betrug 16,2 Mrd €, von dem wir zum 31. Dezember 2009 8,2 Mrd € hielten. Der Rückgang der gehaltenen Commercial Paper ist durch die im Laufe des Jahres verbesserte Liquidität im Markt begründet.

Zu den als Sicherheiten dienenden, in den Conduits enthaltenen Vermögenswerten gehören verbriefte Kredite und Wertpapiere, darunter Flugzeugleasing, Studentenkredite, Trust Preferred Securities sowie verbriefte private und gewerbliche Immobilienkredite. Im Berichtszeitraum gab es keine wesentlichen Veränderungen bei den Sicherheiten in den Conduits.

Vom Konzern gesponserte Verbriefungen

Wir sponsern SPEs, für die wir Vermögenswerte generieren oder kaufen. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um private und gewerbliche Immobilienkredite sowie deren Verbriefungen. Die SPEs finanzieren solche Käufe durch die Begebung verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Zweckgesellschaft geknüpft ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten behalten, wird anhand der relevanten Faktoren geprüft, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Ist das der Fall, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns bei diesen Verbriefungen zurückbehaltenen Risikopositionen belief sich am 31. Dezember 2010 auf 3,2 Mrd € (2009: 3,0 Mrd €).

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

In Verbindung mit unseren Handelsaktivitäten und Emissionsgeschäften erwerben wir von konzernfremden Verbriefungsgesellschaften begebene Wertpapiere. Diese Gesellschaften investieren die Mittel in diversifizierte Pools von gewerblichen und privaten Immobilienkrediten sowie deren Verbriefungen. Die Gesellschaften finanzieren solche Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Wertpapieren, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der von ihnen gehaltenen Vermögenswerte gebunden ist. In den Fällen, in denen wir einen nachrangigen Anspruch an den verbrieften Vermögenswerten haben, ist zu prüfen, ob ein beherrschender Einfluss vorliegt. Liegt dieser vor, sind die SPEs zu konsolidieren. Der Fair Value der von uns zurückbehaltenen Risikopositionen bei diesen Verbriefungen belief sich am 31. Dezember 2010 auf 0,7 Mrd € (2009: 0,7 Mrd €).

Repackaging und Investmentprodukte

Das Repackaging ist konzeptionell mit der Verbriefung vergleichbar. Der Hauptunterschied besteht darin, dass die zugrunde liegenden Produkte keine unverbrieften finanziellen Vermögenswerte, sondern Wertpapiere und Derivate sind, die in anderer Form neu zusammengesetzt werden, um bestimmte Anlegerbedürfnisse zu erfüllen. Wir konsolidieren diese SPEs, wenn uns die Mehrheit der mit ihnen verbundenen Risiken und Chancen zuzurechnen ist. Investmentprodukte ermöglichen Kunden den Zugang zu bestimmten Portfolios von Vermögenswerten und Risiken durch den Kauf unserer strukturierten Anleihen. Wir sichern unser Engagement durch den Kauf von Anteilen an den SPEs ab, deren Rendite der für die Anleihen festgelegten Rendite entspricht. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. In 2010 nahmen die konsolidierten Vermögenswerte infolge von Neugeschäft in der Berichtsperiode um 1,7 Mrd € zu.

Investmentfonds

Wir bieten Kunden Investmentfonds und investmentfondsbezogene Produkte an, deren Rendite an die Performance der in den Fonds gehaltenen Vermögenswerte geknüpft ist. Wir geben Garantien für ausgewählte Fonds, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten ein bestimmtes Nettofondsvermögen garantieren. Unser Risiko als Garantiegeber besteht darin, dass wir die Anleger entschädigen müssen, falls die Marktwerte dieser Produkte an den Garantiestichtagen unter dem garantierten Niveau liegen. Für die Vermögensverwaltung dieser Produkte erhalten wir Management- und teilweise erfolgsabhängige Gebühren. Wir sind zur Unterstützung solcher Fonds nicht vertraglich verpflichtet und haben in diesem Geschäftsjahr auch keine solche Unterstützung geleistet. Im Jahr 2009 haben wir uns entschlossen, die Erreichung der für diese Fonds angestrebten Zielrenditen durch eine Zuführung von Barmitteln in Höhe von 16 Mio € zu unterstützen.

Im Geschäftsjahr 2010 gingen die Vermögenswerte in den konsolidierten Investmentfonds um 1,2 Mrd € zurück. Der Rückgang war im Wesentlichen auf den Abfluss von Barmitteln zurückzuführen.

Strukturierte Transaktionen

Wir beteiligen uns an ausgewählten Transaktionen, die Kunden Finanzierungsmöglichkeiten zu günstigen Konditionen bieten. Die Finanzierung erfolgt vorwiegend auf besicherter Basis. Die strukturierten Transaktionen sind speziell auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten. Wir konsolidieren die SPEs, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder über Residualansprüche und/oder eine Liquiditätsfazilität die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen. Die Bilanzstruktur der von uns konsolidierten SPEs wird zum einen durch das Eingehen neuer Transaktionen beeinflusst. Zum anderen wirken sich Endfälligkeiten, Restrukturierungen und die vorzeitige Abwicklung infolge der Ausübung von Optionen auf die bestehenden Transaktionen aus.

Operative Einheiten

In einigen für uns vorteilhaften Fällen gründen wir SPEs, um über sie einen Teil unseres operativen Geschäfts durchzuführen. Zu den damit verbundenen Aktivitäten, bei denen sich unser Engagement auf unsere Investition in die SPE beschränkt, gehören das Halten von Beteiligungen und die Begebung von Credit Default Swaps. Wir konsolidieren diese Einheiten, wenn wir einen beherrschenden Einfluss besitzen oder die Mehrheit der Risiken und Chancen an der SPE halten. Im Jahr 2009 wurde unsere Risikoposition von Maher Terminal LLC und Maher Terminal of Canada Corp. aus Repackaging und Investmentprodukten zu Operativen Einheiten umgegliedert. Im Jahr 2010 stieg der Betrag der in Operativen Einheiten gehaltenen Aktiva um 2,9 Mrd € an. Diese Veränderung resultierte im Wesentlichen aus der Konsolidierung der Postbank-SPEs in Höhe von 1,4 Mrd € sowie in Höhe von 1,1 Mrd € aus der Fertigstellung der The Cosmopolitan of Las Vegas.

Risikopositionen mit nicht konsolidierten SPEs

in Mrd €	31.12.2010	31.12.2009
Maximal verbleibende zu finanzierende Risikopositionen		
Vom Konzern gesponserte ABCP-Conduits	2,5	2,7
ABCP-Conduits Dritter ¹	2,4	2,5 ¹
Von Dritten gesponserte Verbriefungen		
US-amerikanische	1,5	3,9
Nicht US-amerikanische	1,2	2,5
Garantierte Investmentfonds ²	10,7	12,4
Immobilienleasingfonds	0,8	0,8

¹ Zum 31. Dezember 2010 beinhaltet dies eine als Sicherheitsleistung zu erbringende Kreditlinie in Höhe von 1,8 Mrd € (2009: 1,6 Mrd €) infolge der Restrukturierung des kanadischen Asset-backed-Commercial-Paper-Programms im Januar 2009. Es gab keine Inanspruchnahme aus dieser Sicherheitsleistung.

² Nominalbetrag der Garantien.

Vom Konzern gesponserte Asset-backed Commercial Paper („ABCP“) Conduits

Wir sponsern und verwalten fünf in Australien gegründete ABCP-Conduits, die nicht konsolidiert werden, da wir nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen halten. Solche Conduits ermöglichen unseren Kunden den Zugang zu Liquidität im Commercial-Paper-Markt in Australien. Die Aktiva der Conduits, die sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 1,9 Mrd € (2009: 2,3 Mrd €) beliefen, bestehen aus Wertpapieren, die durch Hypotheken auf Wohnimmobilien außerhalb der USA unterlegt sind und die von Warehouse SPEs begeben werden, welche die Kunden gegründet haben, um den Erwerb dieser Vermögenswerte durch die Conduits zu unterstützen. Diese Wertpapiere verfügen über ein Rating von mindestens AA-. Das zur Erreichung des Ratings erforderliche Credit Enhancement wird in der Regel über eine Hypothekenversicherung erreicht, die ein Drittversicherer gegenüber den SPEs übernimmt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte beträgt fünf Jahre. Die durchschnittliche Laufzeit der Commercial Paper, die durch außerbilanziell erfasste Conduits emittiert werden, beträgt einen Monat bis drei Monate.

Unser Engagement bei diesen Gesellschaften ist auf die zugesagten Liquiditätsfazilitäten beschränkt, die sich zum 31. Dezember 2010 auf insgesamt 2,5 Mrd € (2009: 2,7 Mrd €) beliefen. Keine dieser Liquiditätsfazilitäten ist bisher in Anspruch genommen worden. Da die Inanspruchnahme von Liquiditätsfazilitäten durch die in den Conduits gehaltenen Vermögenswerte besichert ist, ist eine in Anspruch genommene Fazilität den Wertschwankungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte ausgesetzt. Sollten die Vermögenswerte deutlich im Wert zurückgehen, könnten nicht mehr genügend Mittel zur Rückzahlung der ausgezahlten Gelder zur Verfügung stehen. Zum 31. Dezember 2010 hatten wir keine materiellen Bestände an Commercial Paper oder an Wertpapieren, die durch solche Conduits begeben wurden.

ABCP-Conduits Dritter

Neben dem Sponsoring unserer Commercial-Paper-Programme unterstützen wir Dritte bei der Auflegung und dem fortlaufenden Risikomanagement ihrer Commercial-Paper-Programme. Wir konsolidieren keine ABCP-Conduits Dritter, da wir bei diesen nicht über einen beherrschenden Einfluss verfügen.

Unsere Leistungen für Conduits Dritter dienen vorwiegend Finanzierungszwecken und bestehen in der Zusage von Liquiditätsfazilitäten und Wertpapierpensionsgeschäften, die für den Fall von Störungen am Commercial-Paper-Markt bereitgestellt werden. Die Liquiditätsfazilitäten und zugesagten Wertpapierpensionsgeschäfte werden außerbilanziell erfasst. Dies gilt nicht, wenn eine eventuelle Zahlung wahrscheinlich sowie deren Höhe abschätzbar ist, sodass eine Verbindlichkeit bilanziert werden muss. Zum 31. Dezember 2010 belief sich der Nominalwert der von uns zugesagten und gegenwärtig nicht in Anspruch genommenen Fazilitäten auf 2,4 Mrd € (2009: 2,5 Mrd €). Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert. Die Veränderung des Fair Value der entsprechenden Vermögenswerte beeinflusst die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags.

Von Dritten gesponserte Verbriefungen

Bei von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, für die wir und in einigen Fällen auch Dritte Finanzierungsmittel bereitstellen, handelt es sich um von Dritten verwaltete Investmentgesellschaften, die diversifizierte Pools von Vermögenswerten kaufen, darunter festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset-backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Forderungen aus Kreditkartengeschäften) sowie Forderungen aus Filmrechten. Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Wertentwicklung der Vermögenswerte der Zweckgesellschaften geknüpft ist.

Der Nominalbetrag der von uns bereitgestellten Liquiditätsfazilitäten, einschließlich des nicht in Anspruch genommenen Anteils, belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 7,0 Mrd € (2009: 11,1 Mrd €). Davon wurden 4,3 Mrd € (2009: 4,7 Mrd €) in Anspruch genommen. Damit standen 2,7 Mrd € (2009: 6,4 Mrd €), wie in der Tabelle aufgeführt, noch zur Verfügung. Der Rückgang des Nominalwerts in der Berichtsperiode war hauptsächlich auf endfällige Fazilitäten zurückzuführen. Alle Fazilitäten stehen für eine Inanspruchnahme zur Verfügung, sobald bestimmte Kriterien hinsichtlich der Vermögenswerte erfüllt und die Performanceziele nicht erreicht sind. Diese Fazilitäten sind durch die Vermögenswerte der SPEs besichert, sodass die Veränderung des Fair Value dieser Vermögenswerte die Rückzahlung des in Anspruch genommenen Betrags beeinflusst.

Investmentfonds

Wir übernehmen Fondsgarantien, in deren Rahmen wir den Anlegern zu bestimmten Zeitpunkten einen bestimmten Wert des Nettofondsvermögens garantieren. Solche Garantien führen nicht zu einer Konsolidierung der Fonds. Die Garantien werden bilanzwirksam als Derivate zum Fair Value erfasst und Fair-Value-Änderungen werden erfolgswirksam ausgewiesen. Der Fair Value der Garantien betrug zum 31. Dezember 2010 5,3 Mio € (2009: 2,5 Mio €). Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich die von diesen nicht konsolidierten Fonds verwalteten Vermögenswerte auf 12,0 Mrd € (2009: 13,7 Mrd €) und die von ihnen begebenen Garantien auf 10,7 Mrd € (2009: 12,4 Mrd €). Der Rückgang der verwalteten Vermögenswerte wurde in erster Linie durch Liquiditätsabflüsse in der Berichtsperiode verursacht.

Immobilienleasingfonds

Wir begeben Garantien für SPEs, die in Immobilienvermögen (Gewerbe- und Wohnimmobilien sowie Infrastrukturinvestitionen in Deutschland) investieren, das von Dritten finanziert und an unsere Kunden vermietet wird. Derartige Garantien werden nur in Anspruch genommen, falls das Immobilienvermögen zerstört wurde und das Versicherungsunternehmen nicht für den daraus resultierenden Verlust aufkommt. Wird die Garantie in Anspruch genommen, haben wir eine Forderung gegenüber dem Versicherungsunternehmen. Darüber hinaus schreiben wir Verkaufsoptionen für von uns aufgelegte geschlossene Immobilienfonds, die Gewerbeimmobilien oder Infrastrukturinvestitionen in Deutschland erwerben, welche dann von Dritten geleast werden. Die Verkaufsoption gibt dem Anteilseigner das Recht, die Immobilie am Ende der Leasingfrist zu einem festen Preis an uns zu verkaufen. Der Nominalbetrag der von uns begebenen Garantien betrug zum 31. Dezember 2010 514 Mio €

(2009: 525 Mio €) und der Nominalwert der geschriebenen Verkaufsoptionen belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 246 Mio € (2009: 246 Mio €). Der Fair Value der begebenen Garantien und der geschriebenen Verkaufsoptionen ist nicht materiell. Wir konsolidieren diese SPEs nicht, da wir bei ihnen nicht die Mehrheit der Risiken und Chancen tragen.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zu unserem Liquiditätsrisikomanagement sind im Risikobericht und in Note 36 „Aufsichtsrechtliches Kapital“ des Konzernabschlusses enthalten.

Langfristratings

Die Beibehaltung unserer Kreditwürdigkeit ist wesentlicher Teil des Mehrwerts, den wir unseren Kunden, Anleihegläubigern und Aktionären bieten. Die nachfolgende Tabelle zeigt unsere Langfristratings, die im Jahr 2010 mit Ausnahme von Moody's unverändert geblieben sind.

Am 4. März 2010 stufte Moody's Investors Service das Langfristrating der Deutschen Bank AG von Aa1 auf Aa3 herab. Moody's nannte als Gründe für die Herabstufung die erhebliche Abhängigkeit der Bank vom Kapitalmarktgeschäft und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für das Risikomanagement, die Verzögerung der Akquisition der Deutschen Postbank AG und den damit einhergehenden Aufschub der positiven Effekte dieser Akquisition, sowie den volatiler als erwartet ausgefallenen Ergebnisbeitrag der anderen Geschäftsbereiche der Deutschen Bank.

	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Moody's Investors Service, New York ¹	Aa3	Aa1	Aa1
Standard & Poor's, New York ²	A+	A+	A+
Fitch Ratings, New York ³	AA-	AA-	AA-

¹ Das „Aa“-Rating von Moody's kennzeichnet Anleihen, die in allen Kriterien hohe Qualitätsanforderungen erfüllen. Moody's stuft „Aa“-Anleihen niedriger ein als die höchstbewerteten Anleihen (die ein „Aaa“ erhalten), da Sicherheitsmargen eventuell nicht so hoch wie bei „Aaa“-Papieren sind, die Schwankungsbreite schützender Faktoren größer ist oder es sonstige Kriterien gibt, die die langfristigen Risiken höher erscheinen lassen als bei „Aaa“-Papieren. Die Zahl 1 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am oberen Ende der „Aa“-Kategorie einstuft. Die Zahl 3 zeigt an, dass Moody's die Anleihe am unteren Ende der „Aa“-Kategorie einstuft.

² Standard & Poors beschreibt Anleihen der A-Ratingkategorie als anfälliger für negative Entwicklungen im Markt- und wirtschaftlichen Umfeld, verglichen mit denen höherer Ratingkategorien. Allerdings gilt die Fähigkeit des Schuldners, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen, nach wie vor als gut.

³ Ein „AA“-Rating von Fitch Ratings belegt eine sehr hohe Bonität. Das „AA“-Rating von Fitch Ratings kennzeichnet die sehr geringe Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos. Fitch Ratings zufolge deuten „AA“-Ratings auf eine sehr hohe Fähigkeit hin, finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen. Die Beeinträchtigung dieser Fähigkeit durch vorhersehbare Ereignisse ist gering. Die „AA“-Kategorie ist die zweithöchste Ratingkategorie von Fitch Ratings, das Minuszeichen zeigt die Einstufung am unteren Ende der „AA“-Kategorie an.

Jedes Rating verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem uns das Rating mitgeteilt wurde. Es wird empfohlen, jedes Rating getrennt zu bewerten und für die Bedeutung der einzelnen Ratings die Erklärungen der Ratingagenturen heranzuziehen. Die Ratingagenturen können ihre Ratings jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätsratings dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf unserer Wertpapiere.

Vertragliche Verpflichtungen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die am 31. Dezember 2010 bestehenden, aber noch nicht fälligen Barleistungsverpflichtungen aus vertraglichen Verpflichtungen.

Vertragliche Verpflichtungen

in Mio €	Zahlungsfälligkeit nach Periode				
	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten	169.660	28.870	44.296	35.703	60.791
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	12.250	1.334	2.736	1.745	6.435
Langfristige zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen ¹	16.383	3.675	4.711	3.040	4.957
Finanzleasingverpflichtungen	155	17	29	36	73
Operating-Lease-Verpflichtungen	5.221	831	1.341	975	2.074
Kaufverpflichtungen	2.643	578	1.407	585	73
Langfristige Einlagen	58.729	–	22.461	12.969	23.299
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	13.298	662	732	1.044	10.860
Insgesamt	278.339	35.967	77.713	56.097	108.562

¹ Beinhaltet im Wesentlichen zum Fair Value klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.

In den oben genannten Zahlen sind die Erträge aus nicht kündbaren Untervermietungen in Höhe von 248 Mio € für Operating Leases nicht enthalten. Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung. Einige der unter Kaufverpflichtungen ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum Fair Value klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Notes) des Konzernabschlusses: Note 12 „Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“, Note 23 „Leasingverhältnisse“, Note 27 „Einlagen“ und Note 30 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)“.

Wertorientierte Steuerung

Die Deutsche Bank hat seit 2009 ihre wertorientierte Steuerung (Value-based Management) weiterentwickelt. Sie stellt dabei den Total Shareholder Return (TSR) in den Mittelpunkt. Auf Basis eines TSR-Modells, das die Determinanten der Wertentwicklung der Bank empirisch fundiert, wurden die zentralen Kennzahlen für die interne Steuerung abgeleitet und mit geschäftsmodellspezifischen Werttreibern verbunden.

Die zentralen Kennzahlen umfassen Indikatoren für Profitabilität und Wachstum, und betrachten die Entwicklung des Konzerns und der Unternehmensbereiche unter Beachtung der Einhaltung bestimmter Restriktionen (zum Beispiel hinsichtlich des gebundenen Kapitals und des Bilanzhebels).

Übersicht der zentralen Kennzahlen

1	Eigenkapitalrendite vor Steuern	5	Ertragswachstum	9	Tier 1-Kapitalquote (ohne Hybrid-Instrumente)	13	Anteil des klassischen Bankgeschäfts
2	Ergebnis vor Steuern	6	Ergebniswachstum	10	Bilanzhebel	14	Erträge in Wachstumsregionen
3	Aufwand/Ertrag-Relation	7	Wachstum der Aktiva	11	Liquidität		
4	Wertbeitrag	8	Wachstum des Wertbeitrags	12	Ökonomisches Kapital		

Die Ableitung von geschäftsmodellspezifischen Werttreibern, zusätzlich zu den genannten Kennzahlen, wurde für jeden Geschäftsbereich individuell vorgenommen. Als Werttreiber werden hierbei die wesentlichen internen und externen Einflussfaktoren für die geschäftliche Entwicklung verstanden. Sie umfassen finanzielle und nichtfinanzielle Indikatoren wie zum Beispiel die Kundenanzahl, Geschäftsvolumina, Margen, Marktanteile, externe Indizes oder volkswirtschaftliche Parameter. Die Selektion der Werttreiber erfolgte dabei auf Basis von empirischen Analysen. Sie wurden im Dialog mit der jeweiligen Geschäftsbereichsleitung festgelegt.

Das weiterentwickelte Konzept wurde im Berichtsjahr in den Planungsprozess eingebracht und stellt künftig die Basis für Plan-Ist-Vergleiche im Rahmen der monatlichen Finanzberichterstattung sowie für die quartalsweise stattfindende Diskussion über die geschäftlichen Erwartungen der einzelnen Bereiche dar.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf unsere Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hatten.

Bericht des Aufsichtsrats

Im Jahr 2010 hat sich das wirtschaftliche Umfeld über unsere ursprünglichen Erwartungen hinaus weiter stabilisiert. Insbesondere unser Heimatmarkt Deutschland hat davon profitiert. In den wichtigsten Schwellenländern in Lateinamerika und Asien setzte sich das Wachstum fort. In der Eurozone wirkten sich straffere fiskalpolitische Maßnahmen und strukturelle Anpassungen belastend auf einige Länder aus. Weiterhin gibt es Unsicherheiten über die Stabilität des Finanzsystems, die angesichts der zu hohen Staatsverschuldungen an den Kapitalmärkten für große Schwankungen sorgten. Darüber hinaus konkretisieren sich die neuen regulatorischen Anforderungen nach der Krise. Das jüngst von der G 20 gebilligte Regelwerk „Basel III“ ist jedoch erst der Anfang.

Für die Deutsche Bank war 2010 ein Jahr der Investitionen, in dem wir den Wandel vorangetrieben und unsere Wettbewerbsposition deutlich verbessert haben. Die Bank ist heute in vielerlei Hinsicht stärker als vor der Krise und hervorragend für neues Wachstum positioniert. Mit der Übernahme von Teilen der ABN AMRO Bank in den Niederlanden sowie von Sal. Oppenheim und der Postbank in Deutschland wurde die Marktpräsenz erheblich ausgebaut. Die Bank verbessert damit zugleich die Ertragskraft besonders im Privat- und Mittelstandskundengeschäft und ergänzt das weltweit erfolgreiche Investment Banking durch eine zweite starke Ertragssäule.

Gleichzeitig hat sie die Kapitalbasis gestärkt. Aufgrund des gut gewählten Zeitpunkts konnte die Kapitalerhöhung mit einem Bruttoemissionserlös von 10,2 Mrd € im September sehr erfolgreich durchgeführt werden, um die entscheidende Phase der Übernahme der Postbank einzuleiten. Die Kapitalkraft der Bank hat für Vorstand und Aufsichtsrat auch in der Zukunft weiterhin hohe Priorität. Dies haben wir wie auch schon bei unserem Vorschlag im Vorjahr bei dem diesjährigen Dividendenvorschlag berücksichtigt. Die Integration der Postbank wird die Bank neben den neuen regulatorischen Vorgaben weiterhin vor große Herausforderungen stellen. Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren großen persönlichen Einsatz.

Auch im Jahr 2010 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst. Eingehend behandelten wir im Berichtsjahr die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank, ihr Umfeld, das Risikosystem, die Planung und das interne Kontrollsystem sowie die Veränderungen des Vergütungssystems für den Vorstand. Ausführlich erörterten wir mit dem Vorstand die Strategie und die weitere Umsetzung der Maßnahmen von Phase 4 der Managementagenda. Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung und -planung, die finanzielle Entwicklung und Ertragslage der Bank, das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse, die für die Bank von erheblicher Bedeutung waren. Wir haben den Vorstand beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir eingebunden. Wichtige Themen und anstehende Entscheidungen wurden zudem in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dem Vorsitzenden des Vorstands erörtert. Zwischen den Sitzungen wurden wir über wichtige Vorgänge schriftlich informiert. Beschlüsse wurden, soweit zwischen den Sitzungen erforderlich, im Umlaufverfahren herbeigeführt.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2010 haben neun Sitzungen des Aufsichtsrats stattgefunden.

In der ersten Sitzung des Jahres am 3. Februar 2010 erörterten wir die Geschäftsentwicklung im Jahr 2009, die Eckdaten des Jahresabschlusses 2009 und den Plan-Ist-Vergleich 2009. Den Dividendenvorschlag für das Jahr 2009 sowie die Unternehmensplanung für die Jahre 2010 bis 2012 haben wir zustimmend zur Kenntnis genommen. Außerdem erörterten wir den Prüfungsbericht von PricewaterhouseCoopers zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsorganisation des Bereichs Corporate Security sowie den Corporate-Governance-Bericht und die Erklärung zur Unternehmensführung. Wir beschlossenen, dass Herr Dr. Börsig und Herr Dr. Eick im Geschäftsbericht als Finanzexperten nach deutschem und US-amerikanischem Recht benannt werden und prüften die Unabhängigkeit der Mitglieder des Prüfungsausschusses. Schließlich beschlossenen wir eine Fassungsänderung der Satzung und nach umfassender Erörterung auf Empfehlung des Präsidialausschusses die Neustrukturierung der Vorstandsvergütung.

In zwei weiteren Sitzungen am 10. Februar und 18. Februar 2010 erörterten wir die Bemessungsgrundlagen der variablen Vorstandsvergütung für das Geschäftsjahr 2009 unter anderem nach den Vorschriften des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) und legten die Vorstandsvergütung anschließend unter Einbindung externer, unabhängiger Rechts- und Vergütungsberater unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Präsidialausschusses fest.

In der Bilanzsitzung am 12. März 2010 billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses und nach Erörterung mit dem Abschlussprüfer den Konzern- und Jahresabschluss 2009. Ferner wurde der Compliance- und Antigeldwäschebericht vorgestellt und eine mögliche Aufstockung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in China erörtert. Herr Lamberti informierte uns über die Vergütungsstrukturen und -praktiken der Bank (Vergütungsbericht) nach den neuen Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Über die wichtigsten Risikopositionen und das Risikomanagement im Konzern wurden wir ebenfalls eingehend unterrichtet. Veränderungen in den Regional Advisory Boards und den Bezirksbeiräten in Deutschland wurden uns vorgestellt und die Beschlussvorschläge für die Tagesordnung der Hauptversammlung 2010 verabschiedet.

In der Sitzung am Tag vor der Hauptversammlung erörterten wir den Ablauf der Hauptversammlung und die angekündigten Gegenanträge sowie den Stand der Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen der Jahre 2004 bis 2009. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst. Außerdem berichtete Herr Dr. Ackermann zusammenfassend über das Engagement der Bank in Griechenland und die weitere Vorgehensweise.

In einer außerordentlichen Sitzung am 15. Juni 2010 nahmen wir den Wunsch von Herrn Cohrs, sein Vorstandsmandat zum 30. September 2010 niederzulegen, zur Kenntnis und stimmten der Beendigung seines Anstellungsverhältnisses auf Basis bestimmter Eckdaten grundsätzlich zu. Außerdem stimmten wir den daraus resultierenden Anpassungen im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand auf Vorschlag des Präsidialausschusses grundsätzlich zu. Herr Dr. Ackermann informierte uns über die vorgesehenen Stresstests für Finanzinstitute.

In der Sitzung am 27. Juli 2010 wurden wir über die Entwicklung der Bank im ersten Halbjahr unterrichtet. Aufgrund der von der Regierungskommission im Mai 2010 beschlossenen Ergänzungen im Deutschen Corporate Governance Kodex wurden Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Nominierungsausschusses mit dem Ziel beschlossenen, sämtliche neuen Kodexempfehlungen umzusetzen. Außerdem stimmten wir einer Anpassung der Planbedingungen für im Jahr 2010 ausgegebene Restricted

Incentive und Equity Awards der Vorstandsmitglieder zu. Herr Lamberti berichtete uns über die IT-Infrastruktur der Bank, die GTO-Governance sowie die weiteren Herausforderungen für die Bankenbranche. Herr Krause stellte die strategischen und finanziellen Ziele des Programms zur Reduzierung der Komplexität vor und gab Fortschrittsberichte zur Integration von Sal. Oppenheim und dem von der ABN AMRO Bank übernommenen Firmenkundengeschäft in den Niederlanden. Außerdem stimmten wir dem Beschluss des Vorstands, im Rahmen einer Kapitalerhöhung der Hua Xia Bank in China unsere Beteiligung auf 19,99% aufzustoßen, und dem Vorschlag des Präsidialausschusses hinsichtlich der Vertragsbeendigung mit Herrn Cohrs zu.

In einer außerordentlichen Sitzung am 12. September 2010 stimmten wir auf Vorschlag des Präsidialausschusses den Beschlüssen des Vorstands vom selben Tag zur Abgabe eines öffentlichen Übernahmeangebots an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG und zur Erhöhung des Grundkapitals der Bank zu.

In der letzten Sitzung des Jahres am 27. Oktober 2010 wurden wir über die geschäftliche Entwicklung im dritten Quartal und den Stand des Übernahmeangebots an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG unterrichtet. Wir erörterten ausführlich mit dem Vorstand die strategische Weiterentwicklung der Bank mit den entsprechenden Zielen und geplanten Maßnahmen. Herr Lamberti stellte uns den Personalbericht der Deutschen Bank vor. Darüber hinaus wurden Anpassungen in der Geschäftsordnung für den Vorstand einschließlich des Geschäftsverteilungsplans sowie in der Geschäftsordnung für den Prüfungsausschuss aufgrund der neuen Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion erörtert und beschlossen. Schließlich haben wir die Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats festgelegt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum zehnmal. Außerdem fanden zwei Telefonkonferenzen statt. Zwischen den Sitzungen besprach der Vorsitzende des Präsidialausschusses mit den Ausschussmitgliedern regelmäßig Themen von besonderer Bedeutung. Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit den neuen gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen an die Vorstandsvergütung und deren Umsetzung, der Vorbereitung zur Festlegung der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009, mit Fragen zur Nachfolgeplanung sowie der Beendigung der Vorstandsbestellung von Herrn Cohrs. Erforderliche Anpassungen in den Geschäftsordnungen des Vorstands, des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand wurden ebenfalls thematisiert. Zudem bereitete der Präsidialausschuss Beschlüsse des Aufsichtsrats vor und stimmte der Übernahme von Nebentätigkeiten sowie Mandaten von Vorstandsmitgliedern bei anderen Unternehmen zu. Außerdem hat er aufgrund einer entsprechenden Ermächtigung des Aufsichtsrats der finalen Ausgestaltung der Kapitalerhöhung der Bank zugestimmt. Schließlich behandelte er die Umsetzung der neuen Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Der Risikoausschuss befasste sich in sechs Sitzungen mit den nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Der Ausschuss befasste sich mit Kredit-, Liquiditäts-, Länder-, Markt- und operationellen Risiken sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Ausführlich erörterte er die Risikosituation der Bank, die Entwicklungen der Staatsfinanzkrisen in Europa sowie deren Auswirkungen auf die Bank. Neben der Entwicklung der Risiken in den Bereichen Leveraged Finance, gewerbliche Immobilienfinanzierung und Monoline-Versicherer wurden auch die Auswirkungen der neuen aufsichtsrechtlichen Regeln auf die Bank und deren Risikopositionen eingehend diskutiert. Des Weiteren standen die Risikotragfähigkeit, das heißt das Verhältnis von Kapitalbedarf zu verfügbarem Kapital (ICAAP-Berichterstattung), einschließlich einer Gegenüberstellung der ökonomischen Risiken zum Risikodeckungspotenzial und dessen konsequente Verankerung im Risikomanagement sowie die Entwicklung der Refinanzierungs- und Liquiditäts-

lage der Bank im Mittelpunkt. Ferner wurden globale Branchenportfolios nach einem festgelegten Plan vorgestellt und eingehend besprochen.

Der Prüfungsausschuss tagte 2010 sechsmal. Vertreter des Abschlussprüfers nahmen regelmäßig teil. Gegenstand der Sitzungen waren die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2009, die Quartalsabschlüsse, die Berichte 20-F und 6-K für die US-amerikanische Securities and Exchange Commission (SEC) sowie die Zwischenberichte. Der Ausschuss befasste sich mit dem Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2010, erteilte den Prüfungsauftrag, legte Prüfungsschwerpunkte fest, beschloss die Vergütung des Abschlussprüfers und überprüfte dessen Unabhängigkeit nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex sowie den Vorschriften des US-amerikanischen Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB). Der Prüfungsausschuss ist wie in den Vorjahren davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen. Er hat ausführlich überprüft, inwiefern unsere internen Kontrollsysteme den Vorgaben des Sarbanes-Oxley Act entsprechen. Von der Wirksamkeit des internen Kontroll-, des Risikomanagement- und des internen Revisionssystems hat er sich überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst oder dem Aufsichtsrat Empfehlungen zur Beschlussfassung gegeben. Regelmäßig wurde dem Prüfungsausschuss über die Beauftragung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften einschließlich des Abschlussprüfers mit prüfungsfremden Aufträgen, über die Arbeit der internen Revision und Fragen der Compliance, über Rechts- und Reputationsrisiken sowie über Sonderprüfungen und wesentliche Beanstandungen von Aufsichtsbehörden berichtet. Der Jahresplan der internen Revision wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Beschwerden in Bezug auf das Rechnungswesen, die internen Prüfverfahren zur Rechnungslegung und zu Fragen der Abschlussprüfung wurden dem Prüfungsausschuss nicht angezeigt. In der letzten Sitzung des Jahres ließ er sich die Schwerpunktthemen des bevorstehenden Jahresabschlusses 2010 vom Vorstand und vom Abschlussprüfer erläutern. Hierzu gehörten insbesondere die Erstkonsolidierungen der Deutschen Postbank AG, der Sal. Oppenheim und von Teilen der ABN AMRO Bank in den Niederlanden, die prüfungsvorbereitenden Maßnahmen zum Jahresabschluss und die Prüfungsschwerpunkte nach § 30 KWG. Außerdem wurde ihm über die Ablösung von IAS 39 und die Einführung von IFRS 9 für Finanzinstrumente sowie die erfolgten Schritte und weiteren Planungen des Programms zur Reduzierung der Komplexität berichtet.

Im Nominierungsausschuss fanden zwei Besprechungen zu Nachfolgefragen im Aufsichtsrat statt.

Sitzungen des nach den Vorschriften des Mitbestimmungsgesetzes gebildeten Vermittlungsausschusses waren im Jahr 2010 nicht erforderlich.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2010 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen (durchschnittliche Präsenz: 95 %) teil.

Corporate Governance

Die Umsetzung der neuen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex wurde in den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Präsidialausschusses im Juli 2010 erörtert. Der Aufsichtsrat beschloss, alle neuen Empfehlungen des Kodex umzusetzen, und passte die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Nominierungsausschusses sowie des Vorstands, soweit erforderlich, entsprechend an.

Der Präsidialausschuss und der Aufsichtsrat befassten sich ferner in mehreren Sitzungen mit der Umsetzung der neuen Regelungen zur Vorstandsvergütung. Der Aufsichtsrat beschloss zur Überprüfung der Struktur der Vorstandsvergütung sowie der Angemessenheit der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 je einen unabhängigen Rechts- und Vergütungsberater zu mandatieren.

Außerdem haben wir in der Sitzung im Oktober 2010 auf Vorschlag des Präsidialausschusses gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex die Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats festgelegt (siehe Seiten 375 ff. des Corporate-Governance-Berichts im Finanzbericht 2010).

Wie im Oktober 2009 beschlossen, wurden im Frühjahr 2010 sowohl im Plenum als auch im Präsidial-, Prüfungs- und Risikoausschuss Effizienzprüfungen mit unternehmensspezifischen Fragebögen durchgeführt und die Ergebnisse in den anschließenden Sitzungen im Detail präsentiert und erörtert. Wir sind der Auffassung, dass die Arbeit des Aufsichtsrats effizient erfolgt und ein hoher Standard erreicht wurde. Anregungen und Maßnahmen, die in der letzten Effizienzprüfung des Aufsichtsrats vorgeschlagen wurden, sind wirkungsvoll umgesetzt worden und haben zu einer weiteren Steigerung der Effizienz der Aufsichtsrats- und Ausschusstätigkeit geführt. Darüber hinaus wurden erste Anregungen aus den Effizienzprüfungen im Jahr 2010 bereits realisiert.

Wir haben festgestellt, dass dem Aufsichtsrat eine nach unserer Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört. Außerdem haben wir festgestellt, dass alle Mitglieder des Prüfungsausschusses gemäß Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission (SEC) zum Sarbanes-Oxley Act 2002 unabhängig sind. Als Finanzexperten im Prüfungsausschuss wurden nach den Vorschriften der SEC sowie nach §§ 107 Absatz 4 und 100 Absatz 5 AktG Herr Dr. Börsig und Herr Dr. Eick benannt.

Die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz, die Aufsichtsrat und Vorstand zuletzt im Oktober 2009 abgegeben und im Januar 2010 aktualisiert hatten, wurde in der Aufsichtsratssitzung am 27. Oktober 2010 erneuert. Die Deutsche Bank AG entspricht allen Empfehlungen der Kodexfassung vom 26. Mai 2010 ohne Ausnahmen.

Eine zusammenfassende Darstellung der Corporate Governance der Bank einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 27. Oktober 2010 ist im Finanzbericht 2010 auf den Seiten 375 ff. und auf unserer Homepage im Internet unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/corporate_governance.htm veröffentlicht. Dort finden sich auch die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse sowie die des Vorstands in der jeweils aktuellen Fassung.

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der Deutschen Bank angemessen unterstützt. Die im Jahr 2010 neu in den Aufsichtsrat eingetretenen Mitglieder erhielten auf den individuellen Kenntnisstand zugeschnittene Einführungen, ein Informationspaket sowie Angebote für interne und externe Fortbildungsmaßnahmen, von denen Gebrauch gemacht wurde. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Rahmen eines Workshops durch einen externen Rechtsanwalt über die rechtlichen Grundlagen der Aufsichtsrats Tätigkeit informiert. Außerdem wurde ihnen von einem weiteren externen Rechtsanwalt über die Verantwortung und Aufgaben des Aufsichtsrats berichtet. Es fanden im Berichtsjahr zwei interne Workshops mit den Mitgliedern des Risikoausschusses zu den Themen Kredit-, Markt- und operationelle Risiken sowie zum Modell des Ökonomischen Kapitals (ICAAP) statt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erörterten mit Mitarbeitern der Finance-Abteilung und des Abschlussprüfers neue Vorschriften zur Rechnungslegung und zur Bilanzierung.

Zusätzlich wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Corporate Governance informiert.

Interessenkonflikte und deren Behandlung

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren.

Herr Prof. Kagermann nahm im September 2010 an der Abstimmung und der Diskussion zur Abgabe eines öffentlichen Übernahmeangebots an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG aufgrund seiner Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Post AG und eines damit verbundenen möglichen Interessenkonflikts nicht teil.

Gelegentlich bestanden bei einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern latente Interessenkonflikte. So waren im Berichtszeitraum Frau Förster und Frau Ruck als Arbeitnehmervertreterinnen auch Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG. Sie haben an Beratungen und Abstimmungen zu den entsprechenden Themen, die sich aus ihrer Tätigkeit ergaben, wie zum Beispiel Beschlüsse nach § 32 MitbestG, nicht teilgenommen. Besonderer weiterer Maßnahmen im Hinblick auf diese latenten und lediglich punktuellen Interessenkonflikte bedurfte es nicht.

Rechtsstreitigkeiten

Der Aufsichtsrat informierte sich wie in den Vorjahren regelmäßig über wichtige Rechtsstreitigkeiten und beriet über die weitere Vorgehensweise. Hierzu zählten die Anfechtungs- und Auskunftsklagen im Zusammenhang mit den Hauptversammlungen 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009 und 2010 sowie die Verfahren Dr. Kirch und KGL Pool GmbH gegen die Deutsche Bank und gegen Dr. Breuer. Die am 29. Mai 2008 durch die Hauptversammlung erfolgte Wahl der Anteilseignervertreter wurde von mehreren Aktionären angefochten. Das Verfahren liegt derzeit dem Bundesgerichtshof vor, der über die Zulassung der Revision gegen das klageabweisende Urteil des OLG Frankfurt am Main entscheiden wird.

Darüber hinaus ließen wir uns fortlaufend im Aufsichtsrat sowie detailliert im Prüfungs- und Risikoausschuss über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten.

Jahresabschluss

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2010 sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) und der Konzernlagebericht für das Jahr 2010 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss unter Berücksichtigung des Prüfberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat uns hierüber in der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers und der Jahres- und Konzernabschlussunterlagen sowie eingehender Diskussion und auf Empfehlung des Prüfungsausschusses zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss haben wir heute gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung schließen wir uns an.

Personalia

Herr Cohrs ist mit Wirkung zum Ablauf des 30. September 2010 aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Ressortzuständigkeiten wurden von Herrn Jain zusätzlich zu seinen bestehenden Aufgaben übernommen.

Veränderungen haben sich auch im Aufsichtsrat ergeben. Herr Wunderlich war bis zum 30. Juni 2010 Mitglied des Aufsichtsrats. Er wurde für den Rest seiner Amtszeit durch Herrn Kazmierczak ersetzt. Frau Förster war bis zum 31. Juli 2010 Mitglied des Aufsichtsrats. Sie wurde für den Rest der Amtszeit durch Herrn Viertel ersetzt.

Wir danken den ausgeschiedenen Mitgliedern für ihr großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre.

Frankfurt am Main, den 11. März 2011

Für den Aufsichtsrat



Dr. Clemens Börsig
Vorsitzender

Risikobericht

Der folgende Abschnitt über quantitative und qualitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken enthält Informationen, die Bestandteil des Konzernabschlusses der Deutschen Bank sind und daher durch Referenzierung in den Konzernabschluss dieses Berichts einbezogen werden. Diese Informationen sind in diesem Berichtsteil durch eine seitliche Klammer markiert.

Mit Wirkung zum 3. Dezember 2010 hat der Deutsche Bank-Konzern die Deutsche Postbank-Gruppe („Postbank“) konsolidiert. Der folgende Abschnitt über quantitative und qualitative Risikoangaben vermittelt ein umfassendes Bild des Risikoprofils des Deutsche Bank-Konzerns nach Integration der Postbank. Insbesondere die quantitativen Informationen spiegeln in der Regel den Deutsche Bank-Konzern inklusive der Postbank zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2010 oder den entsprechenden Berichtszeitraum seit dem 3. Dezember 2010 wider. In einzelnen Fällen, in denen eine konsolidierte Darstellung nicht erfolgt, werden, sofern angemessen, separate Risikoangaben zur Postbank oder entsprechend qualitative Kommentare gegeben.

Die Postbank führt entsprechend der gesetzlichen Regelungen ihre Risikomanagementaktivitäten eigenverantwortlich durch. Der Deutsche Bank-Konzern berät die Postbank in bestimmten Bereichen des Risikomanagements. Es ist beabsichtigt, im Laufe der Zeit die Risikomanagementprinzipien des Deutsche Bank-Konzerns und der Postbank anzugleichen. Dies entspricht auch den regulatorischen Anforderungen, denen die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft des Gesamtkonzerns gerecht werden muss.

Risikomanagement – Überblick

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements im Jahr 2010 darauf, unser Risikoprofil im Rahmen unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und die strategischen Initiativen des Konzerns gemäß der 4. Phase unserer Managementagenda zu unterstützen. Dieser Ansatz spiegelt sich wie folgt in den unterschiedlichen, unten dargestellten Risikometriken wider.

Kreditrisiko

- Die gewissenhafte Einhaltung unserer zentralen Kreditprinzipien eines proaktiven und umsichtigen Risikomanagements zusammen mit der wirtschaftlichen Erholung unserer Hauptmärkte in 2010 führte zu niedrigeren Kreditverlusten und einer weiter verbesserten Qualität unseres Kreditportfolios vor Berücksichtigung der Postbank. Dies wurde erreicht durch die stringente Anwendung unserer existierenden Managementphilosophie von strikten Standards bei der Eingehung von Risiken, einem aktiven Management von Konzentrationsrisiken sowie Strategien zur Reduzierung von Risiken mittels Sicherheiten, Hedging, Netting und Credit-Support-Vereinbarungen.
- Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Jahr 2010 1,3 Mrd € und sind damit deutlich niedriger als 2,6 Mrd € in 2009. Die 1,3 Mrd € beinhalteten 278 Mio € an neuen gebildeten Wertberichtigungen für die nach IAS 39 reklassifizierten Aktiva. Unsere Wertberichtigungen für die Nicht-IAS 39-Vermögenswerte verringerten sich ebenfalls im Laufe des Jahres auf 996 Mio € (einschließlich 56 Mio € an Wertberichtigungen in 2010, die auf die Postbank entfielen) verglichen mit 1,4 Mrd € in 2009.
- Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating in unserem Firmenkreditbuch erhöhte sich von 61 % am 31. Dezember 2009 auf 69 % am 31. Dezember 2010. Dieses spiegelt positive Ratingbewegungen und die erstmalige Einbeziehung der Postbank wider.

- Ohne Berücksichtigung von Akquisitionen ist unser Kreditportfolio um 3 % oder 8 Mrd € unter Beachtung strikter Risiko-Ertrags-Anforderungen gewachsen.
- Mit Konsolidierung der Postbank per 3. Dezember 2010 wuchs unser Kreditportfolio um 129 Mrd €, überwiegend im deutschen Retailgeschäft, aber mit einem Anteil von 15 Mrd € auch im Bereich gewerblicher Immobilienkredite.

Marktrisiko

- In 2010 haben wir Anzahl und Spezialisierung unserer Mitarbeiter im Marktrisikomanagement weiter erhöht.
- Der ökonomische Kapitalbedarf für das handelsbezogene Marktrisiko betrug 6,4 Mrd € am Jahresende 2010, verglichen mit 4,6 Mrd € am Jahresende 2009. Dieser Anstieg reflektiert Modellanpassungen und konservativere Liquiditätsannahmen. Diese wurden teilweise durch einen Rückgang in unseren gehandelten Altbestandskreditportfolios ausgeglichen.
- Der Rückgang in unserem durchschnittlichen Value-at-Risk in 2010 wurde im Wesentlichen bestimmt durch eine reduzierte Risikoübernahme und niedrigere historische Volatilitäten. Ergänzend haben wir unser Geschäftsmodell im Handelsbereich weiter dahin gehend verändert, weniger Risiken in illiquiden oder komplexen Strukturen einzugehen.

Operationelle Risiken

- Unser ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken stieg um 189 Mio € oder 5 % auf 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und lässt sich vollständig über die getätigten Akquisitionen erklären.

Liquiditätsrisiken

- Unsere Liquiditätsreserve am 31. Dezember 2010 überstieg 145 Mrd € (ohne Berücksichtigung von Postbank).
- 2010 haben wir Kapitalmarktinstrumente in Höhe von 22,9 Mrd € begeben, während unser Emissionsplan 19 Mrd € vorsah (ohne Berücksichtigung von Postbank).
- Die Akquisition der Postbank führte zu einer signifikanten Zunahme der stabilen Refinanzierungsquellen.

Kapitalmanagement

- Wir haben die Kapitalerhöhung im Oktober 2010 mit Nettozuflüssen in Höhe von 10,1 Mrd € erfolgreich abgeschlossen.
- Die Kern-Tier-1-Kapitalquote, die keine hybriden Instrumente beinhaltet, lag am Jahresende 2010 bei 8,7 % und damit auf gleichem Niveau wie am Jahresende 2009.
- Die Tier-1-Kapitalquote lag mit 12,3 % zum Jahresende 2010, (12,6 % am Jahresende 2009) deutlich über unserem veröffentlichten Zielniveau von mindestens 10,0 %.
- Die risikogewichteten Aktiva stiegen um 73 Mrd € auf 346 Mrd € am Jahresende 2010, hauptsächlich durch die Konsolidierung der Postbank.

Bilanzmanagement

- Zum 31. Dezember 2010 war unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition mit 23 auf dem gleichen Stand wie zum 31. Dezember 2009 und damit unter unserer Zielgröße von 25. Bezogen auf die Leverage Ratio, wurden die Auswirkungen unserer Akquisitionen auf unser gesamtes Forderungsvolumen hierbei vollständig durch unsere Kapitalerhöhung kompensiert.

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund unserer breit gefächerten Geschäftsaktivitäten ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, messen, aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Wir steuern unsere Risiken und unser Kapital mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und proaktiven Überwachungsprozessen, die eng auf die Tätigkeiten der Konzernbereiche ausgerichtet sind. Die Bedeutung eines starken Risiko- und Kapitalmanagements und die kontinuierliche Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurde insbesondere während der Finanzmarktkrise deutlich. Obwohl wir kontinuierlich bestrebt sind, unser Risiko- und Kapitalmanagement zu verbessern, ist es möglich, dass wir nicht alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremen Art vorhersehen können.

Grundsätze für das Risiko- und Kapitalmanagement

Unser Risiko- und Kapitalmanagementansatz baut auf den folgenden Grundsätzen auf:

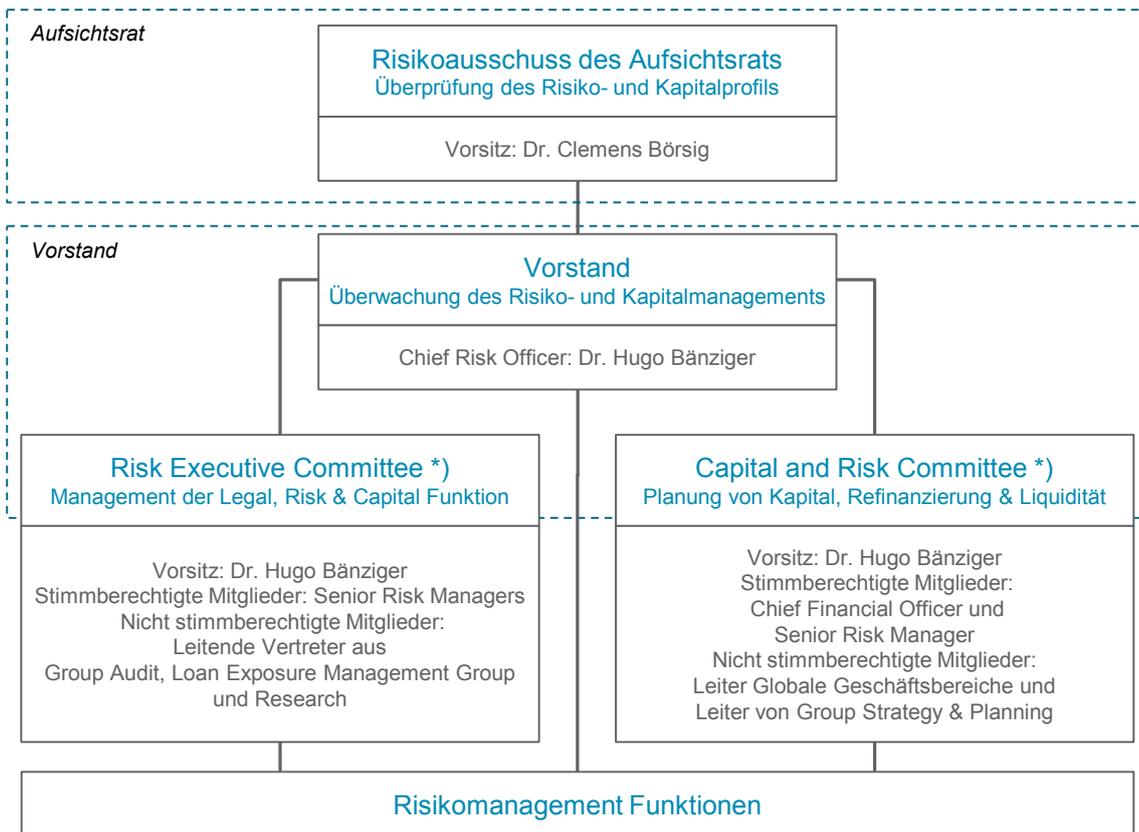
- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Überwachung des Risiko- und Kapitalmanagements im Konzern. Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig unser Risiko- und Kapitalprofil.
- Wir managen Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle, Geschäfts- und Reputationsrisiken sowie unser Kapital in einem koordinierten Prozess auf allen relevanten Ebenen der Bank. Das gilt auch für komplexe Produkte, die wir üblicherweise innerhalb unseres Rahmenwerks für Handelsengagements steuern.
- Die Struktur unserer integrierten Legal, Risk & Capital-Funktion ist eng auf die Struktur der Konzernbereiche ausgerichtet.
- Die Legal, Risk & Capital-Funktion ist unabhängig von den Konzernbereichen.

Vergleichbare Risikomanagementgrundsätze bestehen bei der Postbank innerhalb der eigenen Organisationsstrukturen.

Organisation des Risiko- und Kapitalmanagements

Die folgende Grafik gibt einen schematischen Überblick über die Risikomanagement-Überwachungsstruktur des Deutsche Bank-Konzerns.

Risiko und Kapitalmanagement – Schematischer Überblick der Governance-Struktur des Konzerns



*) Unterstützt durch mehrere Unterkomitees

Der Chief Risk Officer, ein Mitglied unseres Vorstands, trägt die Verantwortung für das konzernweite Risikomanagement in Bezug auf unsere Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Geschäfts-, Rechts- und Reputationsrisiken sowie für die Kapitalmanagementaktivitäten. Er leitet unsere integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion.

Zwei funktionale Komitees, deren Vorsitz bei unserem Chief Risk Officer liegt, sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion.

— Unser Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig. Bei der Umsetzung dieser Aufgabe wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für bestimmte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören unter anderem Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.

— Die Verantwortlichkeiten des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung. Zudem beaufsichtigt es unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen.

Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an. Dadurch wird eine enge Kooperation zwischen beiden Gremien sichergestellt, da das Group Investment Committee Vorschläge für strategische Beteiligungen beurteilt. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Beteiligung muss diese durch das Group Investment Committee, den Vorstand oder sogar den Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft.

Es sind spezifische Legal, Risk & Capital-Einheiten mit den folgenden Aufgaben etabliert:

- Steuerung der Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche im Einklang mit der vom Capital and Risk Committee festgelegten Risikoneigung, die sich im Rahmen der Vorstandsvorgaben befindet;
- Formulierung und Umsetzung angemessener Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Konzernbereiche;
- Genehmigung von Kreditrisiko-, Marktrisiko- und Liquiditätsrisikolimiten;
- regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen; sowie
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Konzernbereiche.

Die Leiter der Legal, Risk & Capital-Einheiten, die auch dem Risk Executive Committee angehören, sind für die Performance der Risikomanagementeinheiten verantwortlich und berichten unmittelbar an den Chief Risk Officer.

Unsere Finance- und Revisionsabteilungen sind unabhängig von den Konzernbereichen und der Legal, Risk & Capital-Funktion. Finance hilft bei der Quantifizierung und Verifizierung der von uns eingegangenen Risiken und ist für die Sicherstellung der Qualität und Korrektheit der risikorelevanten Daten zuständig. Die Revision überprüft risikoorientiert den Aufbau und die operative Effektivität unseres internen Kontrollsystems.

Die konzernweite Risikomanagementorganisation der Postbank misst und bewertet unabhängig alle wesentlichen Risiken und Risikotreiber. In 2010 berichtete der Chief Risk Officer direkt an den Vorstand der Postbank. Mit Wirkung vom 1. März 2011 hat die Postbank die Funktion des Chief Risk Officer auf Vorstandsebene etabliert.

Die wesentlichen Risikomanagement Komitees der Postbank, in denen der Chief Risk Officer der Postbank ein stimmberechtigtes Mitglied ist, sind:

- Das in 2010 neu gegründete Bank Risk Committee, das den Vorstand mit Blick auf die Festlegung der Risikoneigung und Risikozuordnung berät.
- Das Credit Risk Committee, das für die Limitzuordnung und die Festlegung eines angemessenen Limit-Rahmenwerks verantwortlich ist.
- Das Market Risk Committee, das über die Limitzuordnung und die strategische Positionierung des Bankbuchs und das Management des Liquiditätsrisikos entscheidet.
- Das Operational Risk Committee, das ein angemessenes Risiko-Rahmenwerk und die Kapitalzuordnung für die verschiedenen Geschäftsbereiche definiert.

Risiko- und Kapitalstrategie

Die Legal, Risk & Capital-Funktion entwickelt jedes Jahr in einem integrierten Prozess zusammen mit den Konzernbereichen und Finance eine Risiko- und Kapitalstrategie. Dadurch wird eine konzernweite Koordination der Risiko- und Performanceziele gewährleistet. Die Strategie wird in letzter Instanz dem Vorstand vorgelegt und von ihm genehmigt. Anschließend wird der Plan ebenfalls dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgestellt und mit ihm diskutiert.

Unser Risikoappetit ist in verschiedenen Parametern und auf unterschiedlichen Ebenen des Konzerns ausgedrückt. Die Zielerreichung wird regelmäßig überprüft und dem Chief Risk Officer, dem Capital and Risk Committee und/oder dem Vorstand in Form eines Berichts über ausgewählte Ziele von vorrangiger Bedeutung direkt zur Kenntnis gebracht. Im Fall einer signifikanten Abweichung von den Zielen obliegt es den divisionalen Legal, Risk & Capital-Einheiten, diese ihren Vorgesetzten und in letzter Instanz dem Chief Risk Officer zu melden, wenn auf untergeordneter Ebene keine sofortige Risikominderung erreicht beziehungsweise keine Strategie zur zukünftigen Risikominderung gefunden werden kann.

Änderungen der Risiko- und Kapitalstrategie sind je nach Bedeutung vom Chief Risk Officer beziehungsweise vom gesamten Vorstand zu genehmigen.

Bei der Postbank sind vergleichbare fundamentale Prinzipien etabliert in dem Sinne, dass der Vorstand der Postbank für das Risikoprofil und die Risikostrategie der Postbank verantwortlich ist und diese regelmäßig an den Aufsichtsrat der Postbank berichtet. Mit Beginn des Jahres 2011 wird der Kapitalbedarf der Postbank in der Risiko- und Kapitalstrategie des gesamten konsolidierten Konzerns abgebildet.

Arten von Risiken

Im Rahmen unserer Geschäftsaktivitäten sind wir einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, von denen die wesentlichsten, beginnend mit dem Kreditrisiko, im Folgenden in eigenen Sektionen beschrieben werden. Diese Risiken können in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Aus aufsichtsrechtlicher Sicht unterlegen wir drei Arten von Risiken, das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko, mit regulatorischem Eigenkapital. Als Teil unseres internen Kapitaladäquanzprozesses berechnen wir die Menge Ökonomischen Kapitals, die benötigt wird, um die aus unseren Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. Wir berechnen und überwachen auch das Liquiditätsrisiko, das wir mittels eines separaten Risikomanagementrahmenwerks steuern.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit allen Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner“ genannt) ergeben, einschließlich von Forderungen, für die ein Weiterverkauf vorgesehen ist. Diese Transaktionen gehören in der Regel zu unserem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft (wie Kredite und Eventualverbindlichkeiten) oder unseren direkten Handelsaktivitäten mit Kunden (wie OTC-Derivate, FX Forwards und Forward Rate Agreements) oder stehen im Zusammenhang mit unseren Positionen in gehandelten Kreditprodukten (wie Anleihen). Dieses letztgenannte Risiko, das wir „gehandeltes Ausfallrisiko“ nennen, wird sowohl anhand von Kredit- als auch Marktrisikoparametern gesteuert. Wir unterscheiden drei Arten von Kreditrisiken:

- Ausfallrisiko ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen.
- Länderrisiko ist das Risiko, dass uns in einem beliebigen Land aus einem der folgenden Gründe ein Verlust entsteht: eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, politische und soziale Unruhen, Verstaatlichung und Enteignung von Vermögenswerten, staatliche Nichtanerkennung von Auslandsschulden, Devisenkontrollen und Ab- oder Entwertung der Landeswährung. Das Länderrisiko beinhaltet das Transferrisiko. Dieses entsteht, wenn Schuldner aufgrund direkter staatlicher Intervention nicht in der Lage sind, Vermögenswerte zur Erfüllung ihrer fälligen Verpflichtungen an Nichtgebietsansässige zu übertragen.
- Abwicklungsrisiko ist das Risiko, dass die Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen scheitert. Es entsteht immer dann, wenn liquide Mittel, Wertpapiere und/oder andere Werte nicht zeitgleich ausgetauscht werden.

Marktrisiko

Das Marktrisiko resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen), den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitäten. Im Rahmen unserer Risikomanagementprozesse unterteilen wir das Marktrisiko ferner in

- Marktrisiko aus Handelspositionen, das in erster Linie durch Marketmaking und Handelsaktivitäten in den unterschiedlichen Cash- und Derivatemärkten entsteht
- Marktrisiko aus Nichthandelspositionen, das durch Aktiva und Passiva entsteht, die in der Regel für längere Zeit in unseren Büchern enthalten sind (das heißt unkonsolidierte strategische Beteiligungen, Investments in alternative Assets, Sicht- und Sparguthaben und aktienbasierte Vergütung), deren inhärenter Wert jedoch immer noch von der Bewegung der Finanzmärkte und Parameter abhängig ist. Wir schließen das Risiko aus der Laufzeitmodellierung von Sicht- und Sparguthaben und das Risiko aus unserem Deutsche Bank Bauspargeschäft in unser nichthandelsbezogenes Marktrisiko mit ein. Ebenfalls enthalten sind die entsprechenden Risiken, die die Postbank als Geschäfts- beziehungsweise Kollektivrisiken bezeichnet.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche wie auch aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine Geschäfts- und das Reputationsrisiko.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass wir möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet das Risiko, das aufgrund von möglichen Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsteht. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf veränderte Bedingungen einstellen, können diese unsere Geschäftsergebnisse beeinträchtigen.

Neben den oben genannten gibt es eine Reihe weiterer Risiken wie das Reputationsrisiko, das Versicherungsrisiko sowie das Konzentrationsrisiko. Diese stehen im Wesentlichen in Zusammenhang mit einer oder mehreren der oben genannten Risikoarten.

Reputationsrisiko

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in unser Unternehmen negativ beeinflusst wird.

Eine Reihe von Konzernrichtlinien und Vorschriften bildet das Rahmenwerk für unser Reputationsrisikomanagement. Die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Eskalation und Klärung von Fragen, die das Reputationsrisiko betreffen, liegt bei den Geschäftsbereichen. Die Risikomanagementeinheiten unterstützen und beraten die Geschäftsbereiche bei der Identifizierung, Eskalation und Lösung von Problemen, die das Reputationsrisiko betreffen.

Das höchste spezialisierte Gremium für Fragen zu Reputationsrisiken ist das Group Reputational Risk Committee (GRRC). Es ist ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Das GRRC prüft und entscheidet alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Versicherungsrisiko

Unser Versicherungsrisiko entsteht durch Abbey Life Assurance Company Limited (ALAC) sowie den Verpflichtungen aus der leistungsdefinierten Versorgungszusage des Konzerns. Im Rahmen unseres Risikomanagements betrachten wir die versicherungsbezogenen Risiken in erster Linie als Marktrisiko aus Nichthandelspositionen. Wir überwachen die zugrundeliegenden Annahmen in der Berechnung dieses Risikos regelmäßig und suchen risikomindernde Maßnahmen wie Rückversicherungen, wenn wir diese für angemessen halten. Wir sind insbesondere folgenden versicherungsbezogenen Risiken ausgesetzt:

- **Langlebigkeitsrisiko** – Das Risiko, dass die Lebenserwartung schneller oder langsamer steigt als angenommen und sich sowohl auf gegenwärtige als auch zukünftige Rentenzahlungen auswirkt. Zu Risikomanagementzwecken werden im Rahmen unseres Marktrisiko-Rahmenwerks und der Marktrisikoprozesse sowohl für ALAC als auch für unsere Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge des Konzerns monatlich Stresstests durchgeführt und auf deren Basis Ökonomisches Kapital allokiert. Das Langlebigkeitsrisiko für ALAC wird durch Abschluss von Rückversicherungen gemildert. Untersuchungen zu Sterblichkeitsverlauf und Sensitivitäten der Verpflichtungen aus Veränderungen der Lebensdauer werden einmal jährlich von ALAC und dem globalen Aktuar TowersWatson zur Verfügung gestellt.
- **Sterblichkeits- und Invaliditätsrisiken** – Das Risiko, dass die Anzahl der Versicherungsansprüche aus Todesfällen oder Berufsunfähigkeit höher oder niedriger als erwartet ist und ein oder mehrere umfangreiche Ansprüche geltend gemacht werden.
- **Kostenrisiko** – Das Risiko, dass die Verwaltung von Versicherungsverträgen höhere oder niedrigere Kosten als erwartet verursacht.

— **Bestandsrisiko** – Das Risiko, dass der Prozentsatz der stornierten Verträge höher oder niedriger als erwartet ist.

Sofern die tatsächlichen Erfahrungen ungünstiger als die zugrunde gelegten Annahmen sind oder aufgrund verschlechterter Annahmen mehr Rückstellungen erforderlich sind, kann dies zu Änderungen in der Höhe des benötigten Kapitals der Versicherungsgesellschaften führen.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen sind keine isolierten Risikoarten, sondern sind im Wesentlichen in das Management von Kredit-, Markt-, operationelle und Liquiditätsrisiken integriert. Risikokonzentrationen beschreiben das Verlustpotenzial der Bank aus der unausgewogenen Verteilung von Abhängigkeiten von spezifischen Risikotreibern. Risikokonzentrationen treten innerhalb von oder über Kunden, Regionen/Länder, Industrien, und Produkte hinweg auf und beeinflussen die vorgenannten Risiken. Risikokonzentrationen werden aktiv gesteuert, zum Beispiel durch das Eingehen von ausgleichenden oder risikobegrenzenden Transaktionen. Das Management von Risikokonzentrationen über Risikoarten hinweg bezieht Expertengruppen, qualitative Einschätzungen, quantitative Instrumente (wie Ökonomisches Kapital und Stresstests) und umfassende Berichterstattung ein.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung von Risiken verwenden wir ein umfassendes Instrumentarium quantitativer Kenngrößen und Messinstrumente. Es gehört zu unseren Grundsätzen, dass wir die Angemessenheit und Zuverlässigkeit der quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente mit Blick auf das sich ändernde Risikoumfeld ständig überprüfen. Manche dieser Instrumente sind auf mehrere Risikoarten anwendbar, andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten. Nachstehend sind die wichtigsten quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente aufgeführt, die wir derzeit zur Messung, Steuerung und Berichterstattung der Risiken verwenden:

— **Ökonomisches Kapital.** Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße zur Ermittlung der Höhe des Eigenkapitals, das benötigt wird, um extreme unerwartete Verluste aus unserem Portfolio aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos, für das Marktrisiko, einschließlich des gehandelten Ausfallrisikos, sowie für das operationelle und das allgemeine Geschäftsrisiko. Wir überprüfen und erweitern unser Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals kontinuierlich, wie es angemessen ist. Insbesondere haben wir über die Jahre 2009-2010 das Korrelationsmodell, das unserem Kreditrisikoportfoliomodell zugrunde liegt, angepasst, um es in engere Übereinstimmung mit den feststellbaren Ausfallkorrelationen zu bringen. Zusätzlich ist das Modell jetzt in der Lage, unser Verlustpotenzial für mehrere Zeitscheiben abzuleiten. Dies sollte es dem Modell erwartungsgemäß auch ermöglichen, zukünftig die regulatorische „Incremental Risk Charge“ zu bestimmen. Innerhalb des Rahmenwerks für unser Ökonomisches Kapital erfassen wir die Auswirkungen von Ratingmigrationen sowie Gewinne und Verluste aus der Anwendung der Fair-Value-Bewertung. Wir verwenden das Ökonomische Kapital zur zusammenfassenden Darstellung der Risikopositionen der Bank von einzelnen Geschäftssparten bis zur Konzernebene. Ferner nutzen wir das Ökonomische Kapital (sowie Goodwill und sonstige nicht amortisierende immaterielle Vermögenswerte) für die Zuweisung des Buchkapitals an die Geschäftssparten. Dadurch können wir die risikobereinigte Profitabilität der einzelnen Geschäftseinheiten beurteilen, die eine zentrale Rolle im Rahmen der Steuerung unserer Finanzressourcen darstellt. Zudem setzen wir das Ökonomische Kapital

– insbesondere für Kreditrisiken – zur Messung der risikobereinigten Profitabilität unserer Kundenbeziehungen ein. Für Konsolidierungszwecke wurde das Ökonomische Kapital für die Postbank auf einer Basis kalkuliert, die konsistent ist mit der von der Deutschen Bank verwendeten Methodik. Allerdings können Limitierungen in der Datenverfügbarkeit dazu führen, dass Portfolioeffekte nicht vollständig abgeschätzt werden können, was zu einer Über- oder Unterschätzung führen kann. Eine quantitative Darstellung unseres Ökonomischen Kapitalbedarfs findet sich im Abschnitt „Gesamtrisikoposition“.

Mit einem ähnlichen Konzept quantifiziert die Postbank ihren „Risikokapital“ genannten Kapitalbedarf, der ihr aus schweren unerwarteten Verlusten entsteht. Hierzu verwendet die Postbank einheitliche Parameter um Risiken zu messen, die als materiell eingestuft werden. Diese Parameter orientieren sich am Value-at-Risk-Ansatz, das heißt an dem Verlust (abzüglich dem erwarteten Gewinn oder Verlust), der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % innerhalb der vorgegebenen Halteperiode nicht überschritten wird. Die Halteperiode ist üblicherweise ein Jahr, für Marktrisiken jedoch 90 Tage.

— **Erwarteter Verlust.** Wir nutzen den Erwarteten Verlust zur Messung unseres Kredit- und operationellen Risikos. Der Erwartete Verlust misst auf der Grundlage historischer Verlustdaten den Verlust, der innerhalb eines Jahres zum jeweiligen Berichtstermin aus diesen Risiken zu erwarten ist. Für die Berechnung des Erwarteten Verlusts aus dem Kreditrisiko werden Kreditrisikoratings, erhaltene Sicherheiten, Fälligkeiten und statistische Durchschnittsverfahren berücksichtigt, um die Risikoeigenschaften unserer unterschiedlichen Arten von Engagements und Fazilitäten zu erfassen. Alle Parameterannahmen basieren auf bis zu siebenjährigen statistischen Durchschnittswerten unserer historisch erlittenen Ausfälle und Verluste sowie auf externen Orientierungsgrößen. Wir setzen den Erwarteten Verlust als Instrument in unseren Risikomanagementprozessen ein und er ist auch Bestandteil unseres Management-Reporting-Systems. Die relevanten Ergebnisse der Berechnung des Erwarteten Verlusts werden darüber hinaus zur Ermittlung der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Betracht gezogen, die in unserem Jahresabschluss enthalten sind. Für das operationelle Risiko bestimmen wir den Erwarteten Verlust aus statistischen Durchschnitten unserer internen Verlusthistorie, jüngeren Risikoentwicklungen sowie zukunftsgerichteten Expertenschätzungen.

— **Value-at-Risk.** Wir verwenden ein Value-at-Risk-Verfahren, um ein quantitatives Maß für unsere Marktrisiken im Handelsbuch unter normalen Marktbedingungen abzuleiten. Die Value-at-Risk-Werte sind Teil sowohl der internen als auch der externen aufsichtsrechtlichen Berichterstattung. Für ein bestimmtes Portfolio misst der Value-at-Risk den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen mit einem vorher definierten Konfidenzniveau in einer bestimmten Periode nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk für ein Gesamtportfolio misst unser diversifiziertes Marktrisiko (aggregiert unter Verwendung zuvor ermittelter Korrelationen) in diesem Portfolio.

Bei der Postbank wird der Value-at-Risk sowohl für das Handelsbuch als auch für das Anlagebuch verwendet. Die Postbank hat die materielle Basis gelegt, um das interne Marktrisikomodell, das für die Messung und das Management der Marktrisiken in Übereinstimmung mit der deutschen Solvabilitätsverordnung („SolvV“) eingesetzt wird, nach aufsichtsrechtlicher Genehmigung für die Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen zu verwenden.

- **Stresstests.** Unsere Analyse der Kredit-, Markt-, operationellen und Liquiditätsrisiken ergänzen wir um Stresstests. Für das Kreditrisikomanagement führen wir Stresstests durch, um den Einfluss von Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder spezifischer Parameter auf unser Kreditengagement beziehungsweise auf Teile davon einzuschätzen. Auch der Einfluss auf die Bonitätsbeurteilung unseres Portfolios wird berücksichtigt. Für das Marktrisikomanagement führen wir Stresstests durch, da die Value-at-Risk-Berechnung auf Daten der jüngeren Vergangenheit basiert, ausschließlich Risiken bis zu einem bestimmten Konfidenzniveau ermittelt und von einer guten Verwertbarkeit der Aktiva ausgeht. Sie spiegelt daher nur das Verlustpotenzial unter relativ normalen Marktbedingungen wider. Stresstests helfen uns, die Auswirkungen von potenziellen extremen Marktbewegungen auf die Werte unserer marktrisikosensitiven Aktiva einzuschätzen. Das betrifft sowohl unsere hochliquiden als auch unsere weniger liquiden Handelspositionen sowie unsere Investments. Die Schätzung der Korrelationen zwischen den in unseren aktuellen Stresstests genutzten Marktrisikofaktoren ist von volatilen Marktverhältnissen abgeleitet. Hierzu wird ein Algorithmus genutzt und die angenommenen Korrelationen entsprechen im Wesentlichen denen, die während der jüngsten Stresssituationen an den Märkten beobachtet wurden. Mithilfe von Stresstests ermitteln wir die Höhe des Ökonomischen Kapitals, das zur Unterlegung der Marktrisiken unter extremen Marktbedingungen, die wir für unsere Simulationen auswählen, erforderlich ist. Für das operationelle Risikomanagement führen wir Stresstests in Bezug auf unser Ökonomisches Kapitalmodell durch, um dessen Sensitivitäten bei Änderungen wesentlicher Modellkomponenten, einschließlich externer Verluste, einzuschätzen. Für das Liquiditätsrisikomanagement verwenden wir Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Im Jahr 2010 haben wir die Einführung unseres konzernweiten Rahmenwerks für Stresstests über die verschiedenen Risikoarten hinweg abgeschlossen. Dies beinhaltet auch Reverse Stresstests, das heißt Analysen, in denen Szenarien beschrieben werden, unter denen das Geschäftsmodell nicht fortgeführt werden kann. Bei der Postbank werden alle wesentlichen und aktiv gemanagten Risikokategorien (Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelles Risiko) definierten Stresstests unterworfen.
- **Aufsichtsrechtliche Risikobeurteilung.** Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die deutschen Aufsichtsbehörden erfolgt über unterschiedliche Kenngrößen, die in Note 36 „Aufsichtsrechtliches Kapital“ des Konzernabschlusses näher erläutert werden.

Kreditrisiko

Wir messen und steuern unser Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Philosophie und Grundsätze:

- Das Grundprinzip für Kreditrisikomanagement ist die Kundenanalyse, welche zugleich ausgerichtet ist an unseren Portfoliostrategien für Länder- und Branchen. In Zusammenarbeit mit den Partnern aus den Geschäftsbereichen wird als erste Verteidigungslinie eine umsichtige Kundenselektion erreicht. In allen unseren Konzernbereichen werden einheitliche Standards für die jeweiligen Kreditentscheidungsprozesse angewandt.
- Unser aktiv angestrebtes Ziel ist die Sicherstellung eines diversifizierten und handelsfähigen Kreditportfolios, um unangemessene Konzentrationen und Langzeitrisiken (große unerwartete Verluste) zu verhindern, um damit das Kapital der Bank in allen Marktsituationen effektiv zu schützen. Kunden-, Branchen-, Länder- und produktspezifische Konzentrationen werden aktiv im Vergleich zu unserer Risikoneigung bewertet und gesteuert.

- Durch Anwendung stringenter Genehmigungsstandards, kombiniert mit einem proaktiven Absicherungs- und Verteilungsmodell und mit dem Ziel, unser Bestandsportfolio zu besichern, wollen wir große gebündelte Kreditrisiken auf Kreditnehmer- und Portfolioebene vermeiden.
- Wir sind selektiv mit Blick auf das Eingehen offener Barrisiken, sofern sie nicht mit Sicherheiten unterlegt, garantiert und/oder angemessen abgesichert sind. Ausnahmen zu diesem Grundprinzip gibt es bei geringerem Risiko, kurzfristigen Transaktionen und Linien, in Verbindung mit speziellen Handelsfinanzierungen sowie Geschäfte geringen Risikos, wenn die Margen eine angemessene Verlustabdeckung gewährleisten.
- Für unser Derivateportfolio streben wir nach einer Absicherung durch angemessene Besicherungsvereinbarungen und schließen möglicherweise auch zusätzliche Sicherungsgeschäfte gegen Konzentrationsrisiken ab um Kreditrisiken aus Marktbewegungen weiter zu reduzieren.
- Jede Kreditgewährung und jegliche materielle Veränderung einer Kreditfazilität gegenüber einem Geschäftspartner (wie zum Beispiel Laufzeit, Sicherheitenstruktur oder wichtige Vertragsbedingungen) erfordern eine Kreditgenehmigung auf der angemessenen Kompetenzebene. Kreditgenehmigungskompetenzen erhalten Mitarbeiter, die über eine entsprechende Qualifikation, Erfahrung und Ausbildung verfügen. Diese Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft.
- Wir messen unsere gesamten Kreditengagements gegenüber einer Kreditnehmergruppe und fassen sie weltweit in Übereinstimmung mit dem deutschen Kreditwesengesetz konzernweit auf konsolidierter Basis zusammen.

Bei der Postbank sind vergleichbare einheitliche Standards aufgestellt.

Kreditrisikoeinstufung

Ein wichtiges Grundelement des Kreditgenehmigungsprozesses ist eine detaillierte Risikobeurteilung jedes Kreditengagements eines Geschäftspartners. Wir verfügen über interne Bewertungsmethoden, Score Cards und unsere 26-stufige Ratingskala zur Beurteilung der Bonität unserer Geschäftspartner. Der Großteil unserer Methoden zur Risikobeurteilung sind zur Nutzung im fortgeschrittenen internen ratingbasierten Ansatz unter Basel II-Regeln genehmigt. Unsere Ratingskala ermöglicht uns eine Vergleichbarkeit sowohl unserer internen Ratings mit der Marktpraxis als auch eine verbesserte Vergleichbarkeit unserer verschiedenen Teilportfolios untereinander. Mehrere Ausfallratingstufen ermöglichen uns auch, die erwarteten Rückflüsse von ausgefallenen unbesicherten Engagements auszudrücken. Wir bewerten unsere Kreditengagements generell einzeln. Eine Ausnahme stellen bestimmte Portfolios verbriefter Forderungen dar, die auf Pool-Ebene bewertet werden.

In unserem Retailgeschäft werden die Kreditrisikoprüfungen und Kreditnehmereinstufungen in den homogenen Portfolios über die Nutzung einer automatisierten Decision Engine ermittelt. Diese Decision Engine integriert quantitative Aspekte (wie zum Beispiel Finanzdaten), Verhaltensinformationen, Kreditauskünfte (wie SCHUFA in Deutschland) und allgemeine Kundendaten. Diese Eingangsfaktoren werden von unserer Decision Engine zur Ermittlung der Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers verwendet und unter Einbeziehung der Sicherheitenbewertung wird der erwartete Verlust berechnet sowie die weiter notwendigen Schritte zur Bearbeitung der abschließenden Kreditentscheidung bestimmt. Die etablierten Ratingmethoden, die wir in unserem Retailgeschäft einsetzen, basieren auf multivariaten statistischen Methoden und werden zur Unterstützung unserer individuellen Kreditentscheidungen für dieses Portfolio und auch zum Management des Retailportfolios eingesetzt.

Die Algorithmen der Ratingverfahren werden immer wieder auf Basis der Ausfallhistorie sowie weiterer externer und interner Faktoren und Schätzungen neu justiert.

Die Postbank verwendet interne Ratingsysteme, die für die Verwendung im auf internen Ratings basierenden Basisansatz unter Basel II zugelassen sind. Ähnlich wie bei uns basieren die internen Ratings und Einstufun-

gen auf einer einheitlichen Masterskala, die jedem Rating oder Einstufungsergebnis die für die jeweilige Stufe festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet.

Kreditlimite und Genehmigungen

Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Bei der Festlegung der Kreditlimite für einen Geschäftspartner berücksichtigen wir die Bonität des Geschäftspartners mit Blick auf seine interne Bonitätseinstufung (Rating). Kreditlimite werden von der Kreditrisikomanagementfunktion in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine Kreditgenehmigungskompetenz wird generell als persönliche Kreditgenehmigungskompetenz in Abhängigkeit von fachlicher Qualifikation und Erfahrung vergeben. Alle erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung auf Angemessenheit mit Blick auf die individuelle Leistung des Kompetenzträgers. Die Ergebnisse dieser Überprüfung werden dem Group Credit Policy Committee präsentiert und dem Risk Executive Committee berichtet.

Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz nicht ausreichend ist, um ein notwendiges Kreditlimit einzurichten, wird die Transaktion an einen Mitarbeiter mit einer höheren Kreditgenehmigungskompetenz weitergeleitet oder, falls notwendig, an ein angemessenes Kreditkomitee wie das CRM Underwriting Committee. Wenn die persönliche Kreditgenehmigungskompetenz und die von Komitees nicht ausreicht, um angemessene Limite einzurichten, wird der Fall dem Vorstand zur Genehmigung vorgelegt.

Die Postbank wendet vergleichbare Kreditlimitrichtlinien an.

Kreditrisikoreduzierungen

In Ergänzung zur Festlegung der Kreditwürdigkeit der Geschäftspartner und der eigenen Risikoneigung verwenden wir auch verschiedene Risikoreduzierungstechniken, um das Kreditrisikoengagement zu optimieren und potenzielle Kreditverluste zu reduzieren. Kreditrisikoreduzierungsinstrumente, die nachstehend näher beschrieben werden, können die folgenden Formen annehmen:

- Gehaltene Sicherheiten, um durch Erhöhung der Rückflüsse Verluste zu reduzieren.
- Risikotransfers, mit denen die Wahrscheinlichkeit des Ausfallrisikos eines Schuldners auf eine dritte Partei übertragen wird einschließlich der Absicherungen durch unsere Loan Exposure Management Group.
- Netting- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko aus Derivaten sowie Repo- und repoähnlichen Transaktionen reduzieren.

Für Kredite gehaltene Sicherheiten

Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig die Hereinnahme oder das Stellen von Sicherheiten. In Verträgen mit Kreditnehmern wird regelmäßig das Stellen von Sicherheiten vereinbart. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse erhöhen. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Wir unterteilen erhaltene Sicherheiten in die folgenden zwei Kategorien:

- Finanzielle und andere Sicherheiten, die es uns ermöglichen, das ausstehende Engagement vollständig oder in Teilen zurückzuführen, indem der als Sicherheit hinterlegte Vermögenswert verwertet wird, wenn der Kreditnehmer seine Hauptverpflichtungen nicht erfüllen kann oder will. Zu dieser Kategorie gehören in der Regel Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherungsübereignungen von Forderungen oder Beständen, Sachmittel (zum Beispiel Anlagen, Maschinen, Flugzeuge) sowie Immobilien.
- Garantiesicherheiten, die die Fähigkeit des Kreditnehmers ergänzen, seine Verpflichtungen gemäß dem Kreditvertrag zu erfüllen, und die von Dritten bereitgestellt werden. Zu dieser Kategorie gehören üblicherweise Akkreditive, Versicherungsverträge, Exportkreditversicherungen, erhaltene Garantien und Risikobeteiligungen.

Risikotransfers

Risikotransfers an dritte Parteien bilden eine Hauptfunktion unseres Risikomanagementprozesses und werden in verschiedenen Formen durchgeführt. Dazu gehören Kompletterkäufe, Einzeladressen- und Portfoliohedging und Verbriefungen. Sie werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und durch unsere Loan Exposure Management Group („LEMG“) in Übereinstimmung mit speziell genehmigten Vollmachten durchgeführt.

LEMG ist vor allem für die Steuerung des Kreditrisikos für Kredite und ausleihebezogene Zusagen des internationalen Investment-Grade-Kreditportfolios sowie des Portfolios für Kredite an Unternehmen des deutschen Mittelstands innerhalb unseres Konzernbereichs Corporate & Investment Bank zuständig.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt die LEMG den jeweiligen Geschäftsfeldern des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für neue Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich die LEMG auf zwei wesentliche Initiativen, die zur Verbesserung der Risikomanagementdisziplin, zur Renditesteigerung sowie zum effizienteren Kapitaleinsatz beitragen sollen:

- Verringerung der einzeladressen- und branchenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb des Kreditportfolios sowie
- aktives Management der Kreditengagements durch Anwendung von Techniken wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefung von Kreditforderungen mittels Collateralized Loan Obligations, Ausfallversicherungen sowie Einzeladressen- und Portfolio Credit Default Swaps.

Netting und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate

Um das Kreditrisiko aus Transaktionen mit OTC-Derivaten zu reduzieren, wenn kein OTC Clearing erfolgen kann, sind wir grundsätzlich bemüht, Rahmenverträge mit unseren Kunden abzuschließen (wie beispielsweise den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Ein Rahmenvertrag ermöglicht, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivatetransaktionen zu netten, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sodass eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt („Close-out Netting“). Für bestimmte Teile unseres Derivategeschäfts (wie etwa Devisengeschäfte) schließen wir auch Rahmenverträge ab, im Rahmen derer wir am gleichen Tag in derselben Währung fällige Beträge für Transaktionen verrechnen, die unter solchen Verträgen geschlossen wurden („Payment Netting“), was zur Verringerung unseres Abwicklungsrisikos führt. Im Rahmen unserer Risikomess- und Risikobeurteilungsprozesse wenden wir das Netting nur in dem Maße an, in dem wir uns von der rechtlichen Validität und Durchsetzbarkeit des Rahmenvertrags in allen betreffenden Jurisdiktionen überzeugt haben.

Darüber hinaus vereinbaren wir Credit Support Annexes („CSA“) zu Rahmenverträgen, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Anhänge mit den entsprechenden Sicherheitenvereinbarungen bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die CSA verbiefen darüber hinaus das Recht auf Kündigung der zugrunde liegenden Derivatetransaktionen, falls der Kontrahent einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn wir davon ausgehen, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch beim Netting, in unserer Beurteilung der besicherten Position wider.

Bestimmte CSA zu Rahmenverträgen legen ratingabhängige Grenzen fest, die die Stellung von zusätzlicher Besicherung auslösen, wenn ein Partner herabgestuft wird. Wir schließen auch Rahmenverträge ab, die als weiteren Kündigungsgrund die Herabstufung eines Partners festlegen. Wir analysieren und überwachen in unserem Stresstestansatz für Liquiditätsrisiken laufend mögliche Eventualzahlungsverpflichtungen, die aus einer Herabstufung resultieren.

Um das Kreditrisiko aus OTC-Derivatetransaktionen zu reduzieren, strebt die Postbank regelmäßig den Abschluss von Rahmenverträgen an, (wie beispielsweise den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte). Die Postbank wendet das Netting nur in dem Maße an, wie sie sich vom rechtlichen Bestand und der Durchsetzbarkeit in den relevanten Jurisdiktionen überzeugt hat. Mit den meisten der Hauptgeschäftspartner in ihrem Financial-Markets-Portfolio hat die Postbank CSA zu den Rahmenverträgen abgeschlossen, um ihr auf Derivate bezogenes Kreditrisiko weiter zu reduzieren. Wie auch beim Netting reflektiert die Postbank dies in ihrer Berechnung der Kapitalanforderung, sofern sie davon überzeugt ist, dass der Anhang durchsetzbar ist.

Zum Zweck der Berechnung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen für ihr Derivateportfolio nutzt die Postbank die „Current Exposure Methode“, das heißt sie berechnet ihr „Exposure At Default“ als Summe des positiven Fair Value ihrer Derivatepositionen und des aufsichtsrechtlichen Zuschlags.

In Einzelfällen hat die Postbank Klauseln in ihren CSA zu den Rahmenvereinbarungen vereinbart, welche zu einer Erhöhung der Sicherheitenstellung bei einer Verschlechterung des externen Ratings der Postbank führen. Die Ratingverschlechterung durch Moody's (von Aa3 auf A1) im ersten Halbjahr 2010 hatte jedoch keinen direkten Einfluss auf die notwendige Stellung von Sicherheiten und damit keinen Einfluss auf die Risikotragfähigkeit der Postbank.

Überwachung des Ausfallrisikos

Eine anhaltende aktive Überwachung und Verwaltung der Kreditrisikopositionen sind integrale Bestandteile des Kreditrisikomanagements. Die Überwachung erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit der Portfolio-Management-Funktion.

Die Geschäftspartner im Kreditgeschäft werden den Mitarbeitern des Kreditrisikomanagements innerhalb bestimmter divisionaler Risikoeinheiten zugewiesen, die entsprechend den Kundenarten (wie etwa Kreditinstitute oder Firmenkunden) zugeordnet sind. Die einzelnen Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements in den divisionalen Risikoeinheiten verfügen über die höchste Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung von Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Geschäftspartnern und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. Darüber hinaus stehen uns Verfahren zur Verfügung, mit denen wir versuchen, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten Verlustrisiko ausgesetzt sind. Wenn wir Kreditnehmer identifizieren, bei denen Probleme entstehen könnten, werden die betroffenen Engagements generell auf eine Watchlist gesetzt. Wir sind bestrebt, Geschäftspartner, bei denen auf Basis der Anwendung unserer Risikosteuerungsinstrumente potenzielle Probleme erkannt werden, frühzeitig zu identifizieren, um das Kreditengagement effektiv zu steuern und die Rückflüsse zu maximieren. Der Zweck dieses Frühwarnsystems liegt darin, potenzielle Probleme anzugehen, solange adäquate Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung potenzieller Risiken ist ein Grundprinzip unserer Kreditkultur und soll sicherstellen, dass größere Aufmerksamkeit auf solche Engagements gelenkt wird.

Bei der Postbank sind weitgehend ähnliche Prozesse implementiert.

Ein zentraler Schwerpunkt unseres Risikomanagementansatzes ist die Vermeidung von unangemessenen Konzentrationen in unserem Portfolio. Erhebliche Konzentrationen des Kreditrisikos liegen vor, wenn wir wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Geschäftspartnern mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten, wobei diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, falls sich wirtschaftliche oder branchenbezogene Rahmenbedingungen ändern. Eine Konzentration des Kreditrisikos kann auch gegenüber einem einzelnen Geschäftspartner bestehen. Unser Portfolio-Management-Rahmenwerk stellt ein direktes Maß für Konzentrationen innerhalb unseres Kreditrisiko Portfolios bereit.

Die Steuerung von Branchen- und Länderrisiken ist eine der wichtigsten Komponenten unseres Managementansatzes für Risikokonzentrationen für unsere Portfolios außerhalb der Postbank. Abwicklungsrisiken berücksichtigen wir im Rahmen aller unserer Kreditrisikomanagement-Aktivitäten.

Im Jahr 2010 hat die Postbank die Steuerung von Konzentrationen im Kreditbereich verbessert durch die systematische Identifizierung von Kreditkonzentrationen auf Basis einzelner Kundenbeziehungen wie auch auf Basis von Sektoren (zum Beispiel Branchen, Regionen, Sicherheitenarten).

Management von Branchenrisiken

Für die Steuerung von Branchenrisiken haben wir unsere aus Unternehmen und Finanzinstitutionen bestehenden Geschäftspartner in verschiedene Branchen-Unterportfolios gruppiert. Für jedes dieser Unterportfolios wird üblicherweise auf Jahresbasis ein „Industry Batch Report“ erstellt. Dieser Bericht zeigt Branchenentwicklungen, Trends und Risiken für unser Kreditportfolio, zeigt Risikokonzentrationen, umfasst Stresstests zur Bestimmung der Sensitivitäten des jeweiligen Unterportfolios gegenüber einem wirtschaftlichen Abschwungsszenario. Die Auswertung wird genutzt bei der Festlegung von Strategien sowohl für Branchenportfolios wie auch einzelne Geschäftspartner innerhalb des Portfolios, basierend auf ihrem jeweiligen Chance/Risiko-Profil und Potenzial.

Die Industry Batch Reports werden dem Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, präsentiert und danach an den Vorstand geleitet. In Übereinstimmung mit einem vereinbarten Zeitplan wird eine selektierte Anzahl dieser Industry Batch Reports auch dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats zugeleitet. In Ergänzung zu diesen Industry Batch Reports wird die Entwicklung der Branchen-Unterportfolios während des Jahres konstant überwacht und mit den genehmigten Strategien für die Unterportfolios verglichen. Regelmäßig werden Überblicke für das Group Credit Policy Committee erstellt, um die aktuellsten Entwicklungen zu besprechen und Maßnahmen einzuleiten, sofern dies notwendig erscheint.

Steuerung des Länderrisikos

Die Vermeidung von unerwünschten Konzentrationen auf regionaler Ebene ist ein integraler Bestandteil unseres Kreditrisikomanagementkonzepts. Zur Steuerung des Länderrisikos stützen wir uns auf eine Reihe von Risikomessinstrumenten und -limiten. Dazu gehören insbesondere:

- **Gesamtengagement gegenüber Geschäftspartnern.** Hierzu zählen wir alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten an Geschäftspartner, die in einem beliebigen Land ansässig sind und die wir für gefährdet halten, falls wirtschaftliche oder politische Ereignisse eintreten („Country Risk Event“). Es schließt Tochterunternehmen ausländischer Muttergesellschaften ein, die nicht durch Patronatsklärung abgedeckt sind, sowie ausländische Niederlassungen von lokalen Geschäftspartnern.
- **Transferrisikoengagement.** Das Kreditrisiko, das entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte an Nichtgebietsansässige übertragen kann („Transfer Risk Event“). Dazu zählen alle Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowie Forderungen aus OTC-Derivaten, die von einer unserer Stellen in einem Land an einen Geschäftspartner in einem anderen Land ausgereicht werden.
- **Event-Risk-Szenarien mit hohem Stressfaktor.** Wir verwenden Stresstests zur Messung von potenziellen Risiken unserer Handelspositionen und betrachten diese als Marktrisiken.

Unsere Länderrisikoratings sind ein wesentliches Instrument für das Länderrisikomanagement. Sie werden von einem unabhängigen Länderrisiko-Research-Team im Kreditrisikomanagement ermittelt und beinhalten:

- **Sovereign Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt.
- **Transferrisikoring.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass ein „Transfer Risk Event“ eintritt.
- **Event Risk Rating.** Eine Messgröße der Wahrscheinlichkeit, dass es zu wesentlichen Störungen der Markt- risikofaktoren eines Landes kommt.

Sämtliche Sovereign- und Transferrisikoratings werden mindestens einmal im Jahr vom Group Credit Policy Committee, einem Unterkomitee des Risk Executive Committee, überprüft. Zudem überprüft unser Länderrisiko-Research-Team mindestens vierteljährlich unsere Ratings für die wichtigsten Emerging-Markets-Länder. Ratings für Länder, die wir für besonders volatil halten, sowie sämtliche Event Risk Ratings werden einer laufenden Überprüfung unterzogen.

Ferner vergleichen wir unsere internen Risikoeinstufungen regelmäßig mit den Einschätzungen der wichtigsten internationalen Ratingagenturen.

Länderrisikolimite werden in gemeinsam mit Länderrisikoratings mindestens einmal im Jahr überprüft. Länder- risikolimite werden entweder durch den Vorstand oder unser Cross Risk Review Committee, ein Unterkomitee unseres Risk Executive Committee, in Übereinstimmung mit delegierten Befugnissen, festgelegt.

Unsere Konzernbereiche sind für die Steuerung ihrer Länderrisiken innerhalb der genehmigten Limite verantwort- lich. Die regionalen Einheiten im Kreditrisikomanagement überwachen unser Länderrisiko auf der Grund- lage von Daten, die Finance zur Verfügung stellt. Das Group Credit Policy Committee überprüft ebenfalls Informationen zum Transferrisiko.

Wichtige Elemente der Länderrisikosteuerung in der Postbank sind Country Risk-Ratings und Country Risk- Limite. Die Ratings werden mit Hilfe eines Ratings-Tools monatlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Country- Risk-Limite und Sovereign-Risk-Limite für alle relevanten Länder werden vom Gesamtvorstand einmal im Jahr genehmigt. Bei Bedarf findet unterjährig eine Anpassung der Limite statt. Forderungen werden als Brutto- Nominalwerte auf die Limite angerechnet und dem Sitz des Kreditnehmers entsprechend einzelnen Ländern zugeordnet.

Abwicklungsrisiko

Bei unseren Handelsaktivitäten können wir zum Zeitpunkt der Abwicklung dieser Geschäfte Risiken ausgesetzt sein. Das Abwicklungsrisiko (Settlement Risk) ist das Risiko, einen Verlust zu erleiden, wenn ein Kontrahent seinen vertraglichen Verpflichtungen zur Lieferung von liquiden Mitteln, Wertpapieren oder anderen Werten nicht nachkommt.

Für viele Transaktionsarten verringern wir das Abwicklungsrisiko, indem wir das Geschäft über eine Clearing- stelle abschließen, die als Vermittler im Sinne beider Parteien handelt und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragspflichten erfüllt haben.

Steht ein solches Abwicklungssystem nicht zur Verfügung, stellt die simultane Initialisierung der Zahlung und Lieferung im Rahmen der Transaktion die übliche Praxis unter Geschäftspartnern dar (Free Settlement). In solchen Fällen versuchen wir das Abwicklungsrisiko dadurch zu senken, dass wir bilaterale Nettingvereinbarungen für Zahlungen eingehen. Außerdem beteiligen wir uns aktiv an Brancheninitiativen zur Reduzierung des Abwicklungsrisikos. Die Übernahme eines Abwicklungsrisikos für Geschäfte im „Free-Settlement“-Verfahren bedarf der Zustimmung aus dem Kreditrisikobereich, und zwar entweder in Form vorab genehmigter Abwicklungsrisikolimits oder durch Einholung einer gesonderten Genehmigung für den jeweiligen Geschäftsvorfall. Für Kreditgenehmigungszwecke aggregieren wir Abwicklungsrisikolimits nicht mit anderen Kreditengagements, berücksichtigen jedoch das gesamte Engagement bei der Überlegung, ob ein bestimmtes Abwicklungsrisiko annehmbar ist.

Kreditrisikoinstrumente – Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Wir berechnen das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Transfer- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit dem Rahmenwerk des Konzerns für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Per 31. Dezember 2010 haben wir die Postbank in unsere Berechnung des Ökonomischen Kapitals auf einer mit der Deutschen Bank-Methode konsistenten Basis einbezogen. Einschränkungen bei der Verfügbarkeit von Daten können aber in Portfolioeffekten resultieren, die nicht vollständig abgeschätzt werden und daher zu Über- oder Unterschätzung führen können.

Das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken richtet sich nach der Verlustverteilung des Konzernportfolios, die mithilfe einer Monte Carlo-Simulation von korrelierten Ratingmigrationen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default“ (Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default“ (Verlustschwere) bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Ratingmigrationen und Laufzeiteffekte berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong Way“) Derivatrisiken (d.h. das Kreditexposure eines Derivats ist im Ausfall höher, als in einem Szenario ohne Ausfall) wird modelliert durch Anwendung unseres eigenen Alpha-Faktors, festgelegt für unsere Nutzung der Basel II-Interne-Modell-Methode. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Mit einem ähnlichen Ansatz ermittelt die Postbank einen Kredit-Value-at-Risk („CVaR“) mit einem Konfidenzniveau von 99,93 % über einen Zeitraum von einem Jahr für alle dem Kreditrisiko unterliegenden Engagements der Postbank.

Kreditrisikoengagement

Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern resultieren aus dem traditionellen nicht handelsbezogenen Kreditgeschäft, wozu Kredite und Eventualverbindlichkeiten zählen. Kreditengagements gegenüber Geschäftspartnern sind auch das Ergebnis unserer direkten Handelsaktivitäten mit Kunden in bestimmten Instrumenten wie OTC-Derivaten, FX Forwards und Forward Rate Agreements. Ausfallrisiken entstehen auch im Zusammenhang mit unseren Positionen in gehandelten Kreditprodukten wie beispielsweise Anleihen.

Wir definieren unser Kreditengagement, indem wir sämtliche Transaktionen berücksichtigen, bei denen Verluste, verursacht durch die Nichteinhaltung der Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners, eintreten können.

Maximales Kreditrisiko

Die folgende Tabelle zeigt unser maximales Kreditrisiko ohne Berücksichtigung etwaiger gehaltener Sicherheiten oder sonstiger Kreditverbesserungen (Credit Enhancements), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz des Konzerns infrage kommen.

in Mio € ¹	31.12.2010	31.12.2009
Täglich fällige Forderungen gegenüber Banken	17.157	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	92.377	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	20.365	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.916	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ²	1.026.494	900.800
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	48.587	14.852
Forderungen aus dem Kreditgeschäft ³	411.025	261.448
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko	61.441	52.457
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten ⁴	68.055	52.183
Unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen ⁴	123.881	104.125
Maximales Kreditrisiko	1.898.297	1.492.773

¹ Alle Beträge zum Buchwert, sofern nicht anders angegeben.

² Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.

³ Forderungen aus dem Kreditgeschäft brutto abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge vor Abzug der Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

⁴ Finanzgarantien, sonstige kreditbezogene Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen (einschließlich zum Fair Value bewerteter Zusagen) sind mit den Nominalbeträgen wiedergegeben.

In der Kategorie, der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten sind Wertpapiere in Höhe von 109 Mrd € enthalten, für die Rückkaufsvereinbarungen bestanden sowie für 28 Mrd € geliehene Wertpapiere, beide mit nur geringem Kreditrisiko aufgrund sehr hoher Besicherungen. Daneben sind in dieser Position Schuldtitel in Höhe von 171 Mrd € enthalten, die zu mehr als 83 % als „Investment Grade“ eingestuft sind. Die oben genannte Kategorie der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte reflektierte überwiegend Schuldtitel, die zu mehr als 83 % als „Investment Grade“ eingestuft waren.

Der Anstieg des maximalen Kreditrisikos zum 31. Dezember 2010 war vornehmlich getrieben durch Akquisitionen, die per 31. Dezember 2010 einen Betrag von 235 Mrd € widerspiegeln, davon 211 Mrd €, die auf die Postbank zurückzuführen sind. Ein signifikanter Anteil dieses Beitrags der Postbank ist in den Forderungen aus dem Kreditgeschäft reflektiert.

Ohne den Einfluss der Akquisitionen erhöhte sich das maximale Kreditrisiko um 171 Mrd € überwiegend in den verzinslichen Einlagen bei Kreditinstituten und den zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten.

In den folgenden Tabellen zeigen wir Details zu mehreren unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien, und zwar Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate:

- „Kredite“ sind Nettoforderungen aus dem Kreditgeschäft wie in unserer Bilanz ausgewiesen, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle.
- „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen.
- „Eventualverbindlichkeiten“ umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen.
- „OTC-Derivate“ bezeichnen unser Kreditengagement aus Over-the-Counter(OTC)-Derivatetransaktionen nach Netting und erhaltenen Barsicherheiten. Diese werden in unserer Bilanz entweder als Handelsaktiva oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall aber vor Netting und erhaltenen Barsicherheiten.

Die nachstehende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach geografischen Regionen. Hierbei wurde das Kreditrisikoengagement den verschiedenen Regionen entsprechend dem Sitz des Geschäftspartners zugeordnet, ungeachtet etwaiger Zugehörigkeiten zu Konzernen mit anderweitigem Firmensitz.

Kreditrisikoprofil nach Regionen in Mio €	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Deutschland	207.129	105.297	24.273	14.112	15.758	12.126	3.018	3.455	250.178	134.990
Westeuropa (ohne Deutschland)	110.930	81.954	30.239	27.006	18.019	13.128	22.213	21.081	181.401	143.169
Osteuropa	8.103	6.986	1.844	1.306	1.319	1.428	836	690	12.102	10.410
Nordamerika	54.887	45.717	59.506	55.337	22.063	17.018	26.765	30.805	163.221	148.877
Mittel- und Südamerika	4.121	3.325	575	214	1.427	777	1.792	831	7.915	5.147
Asien/Pazifik	23.562	16.921	6.651	5.793	8.532	7.086	7.247	7.060	45.992	36.860
Afrika	961	947	419	233	911	620	421	458	2.712	2.258
Sonstige ⁴	1.332	301	373	124	27	–	13	160	1.745	585
Insgesamt	411.025	261.448	123.880	104.125	68.056	52.183	62.305	64.540	665.266	482.296

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 6,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Beinhaltet supranationale Organisationen und andere Engagements, die wir keiner bestimmten Region zugeordnet haben.

Die größten Konzentrationen des Kreditrisikos im Zusammenhang mit Krediten bestehen gegenüber Westeuropa und Nordamerika, wobei der bedeutendste Anteil auf private Haushalte entfällt. Die Konzentration in Westeuropa lag in erster Linie im Heimatmarkt Deutschland, der auch den Großteil des Immobilienfinanzierungsgeschäfts umfasst. Bei OTC-Derivaten bestanden die größten Konzentrationen ebenfalls in Nordamerika und Westeuropa mit einem signifikanten Anteil bei Banken und Versicherungen mit gutem Rating, bei denen wir von einem begrenzten Kreditrisiko ausgehen.

Der Anstieg bei Krediten zum Jahresende 2010 ist vorwiegend auf die erstmalige Konsolidierung der Postbank zurückzuführen. Der Beitrag der Postbank zu unserem Kreditvolumen zum 31. Dezember 2010 betrug 129 Mrd €, von denen mit 103 Mrd € der Hauptteil auf Deutschland entfällt.

Zum 31. Dezember 2010 können auf Seiten der Postbank Risikokonzentrationen bei Banken mit gutem Rating und dem strukturierten Kreditportfolio erkannt werden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt einen Überblick über unser Nettokreditengagement gegenüber den Staaten verschiedener europäischer Länder.

Nettorisikoposition gegenüber Staaten in Mio €	31.12.2010
Portugal	– 12
Irland	237
Italien	8.011
Griechenland	1.601
Spanien	2.283
Insgesamt	12.120

Die oben gezeigten Zahlen reflektieren insoweit eine Netto-„Rechnungslegungssicht“ gegenüber Staaten, da sie auf den Brutto-IFRS-Werten beruhen, welche zusätzlich mit Blick auf zum Beispiel Netting und zugrunde liegende Risiken bereinigt wurden, um so ein Netto-Engagement zeigen zu können. Von unseren Nettokreditengagements in Höhe von 12,1 Mrd € gegenüber den Sovereigns der Länder Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien entfallen 6,9 Mrd € auf die Konsolidierung der Postbank. Ebenso wie die Postbank überwachen wir diese Engagements zeitnah.

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien nach Branchen-zugehörigkeit unserer Geschäftspartner.

Kreditrisikoprofil nach Branchen in Mio €	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Banken und Versicherungen	38.798	22.002	22.241	25.289	17.801	11.315	32.315	27.948	111.155	86.554
Fund Management	27.964	26.462	6.435	11.135	2.392	540	9.318	12.922	46.109	51.059
Verarbeitendes Gewerbe	20.748	17.314	31.560	24.814	18.793	16.809	3.270	2.169	74.371	61.106
Handel	13.637	10.938	7.369	6.027	5.022	3.443	517	604	26.545	21.012
Private Haushalte	167.352	85.675	9.573	4.278	2.537	1.820	842	801	180.304	92.574
Gewerbliche Immobilien	44.119	28.959	3.210	1.876	2.196	2.194	1.577	1.286	51.102	34.315
Öffentliche Haushalte	24.113	9.572	858	520	57	19	6.510	5.527	31.538	15.638
Sonstige ⁴	74.294	60.526	42.634	30.186	19.258	16.043	7.956	13.283	144.142	120.038
Insgesamt	411.025	261.448	123.880	104.125	68.056	52.183	62.305	64.540	665.266	482.296

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 6,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 7,2 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Kredite in der Kategorie „Sonstige“ beinhalten Leasingfinanzierungen.

Die Zusammensetzung unseres Kreditrisikoprofils nach Branchen blieb in 2010, abgesehen von den Effekten durch die Konsolidierung der Postbank, vorwiegend unverändert. Die Effekte der Postbankkonsolidierung beinhalteten in Höhe von 75 Mrd € Kredite an private Haushalte, 21 Mrd € Kredite an Banken und Versicherungsunternehmen, 15 Mrd € Kredite für gewerbliche Immobilienfinanzierungen sowie 8 Mrd € Kredite an den öffentlichen Sektor.

Unsere auf Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten und OTC-Derivate bezogenen Kreditengagements gegenüber unseren zehn größten Kreditnehmern umfassten 5 % unseres gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien zum 31. Dezember 2010 gegenüber 7 % am 31. Dezember 2009. Diese Engagements gegenüber den zehn größten Kreditnehmern bestehen mehrheitlich gegenüber gut gerateten Kreditnehmern oder beziehen sich auf strukturierte Transaktionen, die einen hohen Grad an Besicherung aufweisen, mit Ausnahme eines Kreditengagements in Leveraged Finance.

Ausleihebezogene Kreditrisikoengagements

Einige Kreditarten tragen ein höheres Rückzahlungsrisiko als andere. In unserem Portfolio aus Krediten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ordnen wir daher die Ausleihungen auf Basis relevanter Kriterien bestimmten Kategorien zu. Diese beinhalten die Verlustermittlung über den Kreditlebenszyklus, die Stabilität des Verhältnisses von Risiko und Ertrag und die Markteinschätzung einer bestimmten Anlageklasse.

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Kategorien unseres Kreditbuchs und die Unterscheidung nach niedrigem, mittlerem und höherem Risiko.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Segment niedrigere Risiken		
PBC-Immobilienfinanzierungen	140.727	67.311
Investment Grade/German Mid-Cap	69.436	32.615
GTB	38.353	19.823
PWM	24.468	17.977
PBC Kleinbetrieb	17.550	15.127
Staatsbesicherte Transaktionen/strukturierte Transaktionen	9.074	7.674
Corporate Investments	7.966	12.774
Zwischensumme Segment niedrigere Risiken	307.574	173.301
Segment moderate Risiken		
PBC Konsumentenfinanzierungen	18.902	15.032
Asset Finance (DB-gesponserte Conduits)	18.465	19.415
Besicherte gehegte strukturierte Transaktionen	12.960	14.564
Finanzierung von Pipeline Assets	8.050	7.886
Zwischensumme Segment moderate Risiken	58.377	56.897
Segment höhere Risiken		
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	29.024	12.990
CF Leveraged Finance	7.018	11.768
Sonstige	9.032	6.492
Zwischensumme Segment höhere Risiken	45.074	31.250
Kreditbuch insgesamt	411.025	261.448

Der Hauptteil unseres Kreditvolumens mit geringerem Kreditrisiko entsteht aus unserem Private & Business Clients-Retailgeschäft. Zum 31. Dezember 2010 waren 75 % unserer Kredite im Segment mit niedrigerem Kreditrisiko, deutlich mehr als die 66 % zum 31. Dezember 2009. Der Anstieg in diesem Segment wurde bestimmt durch die erstmalige Einbeziehung der Postbank-Engagements, die 109 Mrd € zum Anstieg beitrugen. Die Mehrheit dieser Engagements der Postbank besteht aus Immobilienfinanzierungen.

Das Wachstum unseres Private & Business Clients-Portfolios (ohne Postbank-Konsolidierung) in 2010 war fokussiert auf besicherte Kredite innerhalb des Segments mit geringerem Kreditrisiko, insbesondere Immobilienfinanzierungen, während das Konsumentenkreditportfolio sich reduzierte. Der gezeigte Anstieg des Konsumentenkreditportfolios ist ebenfalls auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen, deren Konsumentenkreditportfolio 4 Mrd € zum 31. Dezember 2010 betrug. Ohne die Postbank sank unser Konsumentenkreditgeschäft in Übereinstimmung mit unserer festgelegten Strategie und umfasste insbesondere Kunden in Deutschland und Italien.

Unser Segment mit höherem Risiko wird dominiert durch unsere gewerblichen Immobilienfinanzierungen und Leveraged Finance. Unser Kreditrisikomanagement-Ansatz legt großes Augenmerk besonders auf die Portfolios, die aus unserer Sicht höhere Risiken beinhalten. Wir haben für diese spezielle Portfoliostrategien und eine sorgfältige Kreditüberwachung etabliert. Der Anstieg der gewerblichen Immobilienfinanzierungen ist auf die Konsolidierung der gewerblichen Immobilienfinanzierungen der Postbank mit einem Volumen von 15 Mrd € zum 31. Dezember 2010 zurückzuführen. Eine Kundengruppenkonzentration trug rund 50 % zum Kreditengagement in der Kategorie CF Leveraged Finance bei.

Die folgende Übersicht zeigt die wertgeminderten Kredite und die entsprechenden Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer höheren Kreditrisikokategorie.

in Mio €	31.12.2010		31.12.2009	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungen für Kreditausfälle
Gewerbliche Immobilienfinanzierungen	421	297	460	274
CF Leveraged Finance	336	180	2.122	815
Sonstige	798	466	934	377
Insgesamt	1.555	943	3.516	1.466

Der oben gezeigte Rückgang wertgeminderter Kredite und der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Kategorie Kredite mit höherem Risiko wurde hauptsächlich verursacht durch die Restrukturierung einer einzelnen Kundenbeziehung im Leveraged-Finance-Portfolio unseres Firmenkreditgeschäfts.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement zudem in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst persönliche Kredite, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Ratenkredite an Selbstständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Die folgende Tabelle zeigt mehrere unserer wesentlichen Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach den Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner.

Firmenkreditengagement Kreditrisikoprofil nach Bonitätsklasse	Kredite ¹		Unwiderrufliche Kreditzusagen ²		Eventual- verbindlichkeiten		OTC-Derivate ³		Insgesamt	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
AAA–AA	62.603	28.134	23.068	22.211	7.334	6.573	23.967	23.966	116.972	80.884
A	48.467	29.634	31.945	22.758	21.318	13.231	16.724	13.793	118.454	79.416
BBB	56.096	46.889	36.542	28.814	20.391	15.753	8.408	7.600	121.437	99.056
BB	44.809	43.401	22.083	23.031	11.547	9.860	7.905	12.785	86.344	89.077
B	12.594	9.090	7.775	5.935	5.454	4.290	2.960	1.952	28.783	21.267
CCC und schlechter	17.425	14.633	2.467	1.376	2.012	2.476	2.341	4.444	24.245	22.929
Insgesamt	241.994	171.781	123.880	104.125	68.056	52.183	62.305	64.540	496.235	392.629

¹ Beinhaltet vor allem in der Kategorie „CCC und schlechter“ wertgeminderte Kredite von 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 4,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 4,5 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 2,9 Mrd € zum 31. Dezember 2009 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen Anstieg in unserem Firmenkreditbuch und den unwiderruflichen Kreditzusagen, der vornehmlich auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen ist. Der Anteil der Kredite mit Investment Grade Rating an unserem Firmenkreditbuch erhöhte sich von 61 % am 31. Dezember 2009 auf 69 % am 31. Dezember 2010 und reflektierte die erstmalige Einbeziehung der Postbank-Positionen sowie die Verbesserung in der Kreditrisikoeinstufung, nachdem Geschäftspartner sich von der Kreditkrise erholten, und auch proaktive Risikomanagementaktivitäten. Das in der Tabelle dargestellte Kreditvolumen berücksichtigt jedoch weder Kreditsicherheiten, Kreditverbesserungen noch andere Maßnahmen zur Reduzierung des Kreditrisikos.

Wir sind der Meinung, dass wir nach Berücksichtigung solcher risikoreduzierender Maßnahmen ein gut diversifiziertes Kreditportfolio haben. Der leichte Rückgang des Engagements in OTC-Derivaten, insbesondere in der Kategorie „BB“ war weitgehend auf straffere Aktivitäten zur Risikoreduzierung zurückzuführen. Das in der Tabelle dargestellte Volumen aus OTC-Derivaten berücksichtigt weder Risikoreduzierungsmaßnahmen (außer Master-Netting-Vereinbarungen) noch Kreditsicherheiten (außer erhaltenen Barsicherheiten). Nach Berücksichtigung solcher Risikoreduzierungen verringert sich das verbleibende Kreditrisiko signifikant, ist adäquat strukturiert, nach unserer Beurteilung gut diversifiziert und besteht überwiegend gegenüber Geschäftspartnern im Investment-Grade-Rating-Bereich.

Unsere Loan Exposure Management Group (LEMG) hilft, unser Firmenkreditengagement einzuschränken. Der Nominalbetrag der Aktivitäten der LEMG zur Risikoreduzierung ist um 4 % von 52,9 Mrd € am 31. Dezember 2009 auf 54,9 Mrd € am 31. Dezember 2010 gestiegen.

Zum Jahresende 2010 hatte die LEMG Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 34,6 Mrd € im Bestand. Zum 31. Dezember 2009 betrug diese Position 32,7 Mrd €.

Die im Rahmen unserer Portfoliomanagementaktivitäten verwendeten Kreditderivate werden mit dem Fair Value bewertet.

Zudem hat die LEMG zum 31. Dezember 2010 das Kreditrisiko von Krediten und ausleihebezogenen Zusagen in Höhe von 20,3 Mrd € vorwiegend durch mit Finanzgarantien und in geringerem Maße auch mit Kreditderivaten unterlegte synthetische besicherte Kreditverbriefungen abgesichert, bei denen die Erstverlustpositionen verkauft wurden. Zum 31. Dezember 2009 betrug diese Position 20,2 Mrd €.

LEMG hat sich entschlossen, die Fair Value Option gemäß IAS 39 für die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value zu nutzen, sofern die Kriterien dieses Standards erfüllt werden. Das Nominalvolumen der zum Fair Value ausgewiesenen Kredite und Kreditzusagen der LEMG stieg im Jahresverlauf auf 54,1 Mrd € am 31. Dezember 2010 (31. Dezember 2009: 48,9 Mrd €). Durch die Bewertung von Krediten und Kreditzusagen zum Fair Value hat die LEMG die Volatilität der Gewinne und Verluste aus der Inkonsistenz bei Bewertung oder Ansatz (Accounting Mismatch) erheblich reduziert. Diese war entstanden, als derivative Hedges bereits zum Fair Value, Kredite und Kreditzusagen jedoch noch zu ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet wurden.

Konsumentenkreditengagement

Die nachstehende Tabelle zeigt unser Konsumentenkreditengagement insgesamt, die sich mindestens 90 Tage im Zahlungsverzug befindlichen Konsumentenkredite sowie die Nettokreditkosten des Konzerns. Letztere stellen die im Abrechnungszeitraum gebuchten Nettowertberichtigungen nach Eingängen auf abgeschriebene Kredite dar. Die Angaben zu Krediten, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und zu den Nettokreditkosten sind in Prozent des Gesamtengagements ausgedrückt. Unabhängig vom Überfälligkeitsstatus individueller Kredite wurden das Baufinanzierungsgeschäft und die Kredite an kleine Geschäftskunden in unserem Konsumentenkreditportfolio bezüglich der Kreditqualität der Kategorie geringer Risiken zugeordnet. Darüber hinaus wird das Konsumentenkreditengagement zum Segment moderater Risiken allokiert. Dieser Aspekt der Kreditrisikoqualität wird ebenfalls reflektiert durch unsere Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements, die das Hauptinstrument im Kreditrisikomanagement dieser Engagements ist.

	Gesamtengagement in Mio €		Gesamtengagement exklusive Postbank in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % exklusive Postbank		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements exklusive Postbank	
	31.12.2010	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	
Konsumentenkreditengagement Deutschland	130.317	60.706	59.804	1,77 %	1,73 %	0,56 %	0,55 %	
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	19.055	12.733	13.556	3,16 %	2,72 %	1,92 %	1,69 %	
Immobilienfinanzierungen	111.262	47.973	46.248	1,41 %	1,44 %	0,20 %	0,22 %	
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.713	33.027	29.864	3,84 %	3,37 %	0,86 %	1,27 %	
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	169.030	93.733	89.668	2,50 %	2,28 %	0,66 %	0,79 %	

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 2,7 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 2,3 Mrd € zum 31. Dezember 2009.

Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements erhöhte sich in 2010 aufgrund der Konsolidierung der Postbank um 75,3 Mrd € (89 %) im Wesentlichen in Immobilienfinanzierungen. Nachdem diese Kredite zu ihrem Fair Value konsolidiert wurden, die unsere erwarteten zukünftigen Cash Flows reflektierte, wurden zum 31. Dezember 2010 keine der konsolidierten Kredite als 90 Tage oder mehr überfällig betrachtet. Die Nettokreditkosten für die Konsumentenkredite der Postbank seit Konsolidierung waren verglichen zum konsolidierten Kreditvolumen unbedeutend. Das Volumen unseres Konsumentenkreditengagements ohne Postbank erhöhte sich um 4 Mrd € (4,5 %) vom Jahresende 2009 zum 31. Dezember 2010. Dieser Anstieg erfolgte in Deutschland (902 Mio €), Polen (1.034 Mio €), Italien (949 Mio €) und Portugal (547 Mio €), überwiegend im Bereich der Immobilienfinanzierungen. Auf Portfolio- und Länderebene getroffene Maßnahmen führten zu einer deutlichen Reduzierung der Nettokreditkosten in Spanien und Indien, die teilweise durch Erhöhungen in unserem Konsumentenkreditgeschäft in Polen kompensiert wurden. Überarbeitete Parameter und Modellannahmen in 2009 führten zu einer einmaligen Sonderauflösung von Wertberichtigungen im ersten Quartal 2009 in Höhe von 60 Mio € und zu einer um 28 Mio € niedrigeren Risikovorsorge im Kreditgeschäft im ersten Quartal 2010.

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Die folgende Tabelle zeigt die Nominalbeträge und Bruttomarktwerte von OTC- und börsengehandelten Derivatekontrakten für Handels- und Nichthandelszwecke zum 31. Dezember 2010. Die Tabelle enthält die OTC- und börsengehandelte Derivatekontrakte der Postbank, die nur einen vernachlässigbaren Einfluss auf die Gesamtsummen haben.

in Mio €	Nominalbetrag nach Laufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto- marktwert
	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte	16.942.302	15.853.777	11.080.457	43.876.536	419.196	401.179	18.017
Börsengehandelte Produkte	1.120.579	276.258	2.272	1.399.109	128	110	18
Zwischensumme	18.062.881	16.130.035	11.082.729	45.275.645	419.324	401.289	18.035
Währungsbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte	3.805.544	1.325.473	607.743	5.738.760	110.440	118.452	-8.012
Börsengehandelte Produkte	13.113	970	-	14.083	104	221	-117
Zwischensumme	3.818.657	1.326.443	607.743	5.752.843	110.544	118.673	-8.129
Aktien-/indexbezogene Geschäfte:							
OTC-Produkte	362.294	333.108	95.785	791.187	31.084	38.297	-7.213
Börsengehandelte Produkte	256.942	100.475	4.332	361.749	2.933	1.995	938
Zwischensumme	619.236	433.583	100.117	1.152.936	34.017	40.292	-6.275
Kreditderivate	308.387	2.545.673	537.759	3.391.819	81.095	73.036	8.059
Sonstige Geschäfte:							
OTC-Produkte	143.323	150.068	8.831	302.222	18.587	17.879	708
Börsengehandelte Produkte	72.437	41.874	839	115.150	2.742	2.621	121
Zwischensumme	215.760	191.942	9.670	417.372	21.329	20.500	829
OTC-Geschäft insgesamt	21.561.850	20.208.099	12.330.575	54.100.524	660.402	648.843	11.559
Börsengehandeltes Geschäft insgesamt	1.463.071	419.577	7.443	1.890.091	5.907	4.947	960
Insgesamt	23.024.921	20.627.676	12.338.018	55.990.615	666.309	653.790	12.519
Positive Marktwerte nach Nettingvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten					63.942		

Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten (beispielsweise Futures und Optionen) werden regelmäßig über einen zentralen Kontrahenten (zum Beispiel LCH Clearnet Ltd. oder Eurex Clearing AG) abgewickelt, dessen Richtlinien und Vorschriften einen täglichen Sicherheitennachschuss für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Wir nehmen auch bei Transaktionen mit OTC-Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen eines zentralen Kontrahenten („OTC Clearing“) in Anspruch. Dabei profitieren wir von der durch das Abwicklungssystem des zentralen Kontrahenten erzielten Kreditrisikominderung.

Da die Wiederbeschaffungswerte von Derivateportfolios aufgrund von Marktpreisbewegungen und Änderungen der Transaktionen im Portfolio schwanken, berechnen wir auch potenzielle künftige Wiederbeschaffungskosten der Portfolios über die gesamte Laufzeit beziehungsweise bei besicherten Portfolios über angemessene Verwertungszeiträume. Unser potenzielles künftiges Engagement messen wir anhand von separaten Limiten. Die Analyse des potenziellen künftigen Engagements wird durch Stresstests ergänzt, mit denen die unmittelbare Auswirkung extremer Marktereignisse auf unser Gesamtengagement geschätzt werden kann (wie beispielsweise Eventrisiken im Emerging-Markets-Portfolio).

Als Messgröße für potenzielle zukünftige Beträge wenden wir in der Regel ein Zeitprofil simulierter positiver Marktwerte des Derivateportfolios jedes Kontrahenten an, bei dem das Netting und die Besicherung berücksichtigt werden. Für die Überwachung von Limiten wenden wir ein Konfidenzniveau von 95 % dieser simulierten Verteilung von Marktwerten an, intern bezeichnet als Potential Future Exposure („PFE“). Die im Rahmen desselben Verfahrens generierten durchschnittlichen Engagementprofile werden zur Ermittlung des sogenannten Average Expected Exposure („AEE“) verwendet. Dieses nutzen wir, um potenzielle zukünftige Wiederbeschaffungskosten in unserem Ökonomischen Kapital für das Kreditrisiko abzubilden. Das Expected Positive Exposure („EPE“) als wesentlicher Treiber unserer aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen wird ebenfalls auf Basis dieses Verfahrens ermittelt. Während AEE und EPE grundsätzlich auf einem Einjahreszeithorizont berechnet werden, wird das PFE über die Gesamtlaufzeit einer Transaktion oder Nettingkonstruktion gemessen. Die zuvor erwähnten Berechnungsmethoden setzen wir auch ein, um damit gestresste Risikopositionen für unsere Kreditportfolio-Stresstests abzuleiten.

Nichtderivative Handelsaktiva

Die nachfolgende Tabelle macht Angaben zur Zusammensetzung unserer nichtderivativen Handelsaktiva für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Staatspapiere und staatlich geförderte Unternehmen	92.866	76.318
Finanzinstitute und Unternehmen	73.711	69.408
Aktien	66.868	58.798
Handelbare Kredite	23.080	21.847
Sonstige	14.766	8.539
Nichtderivative Handelsaktiva	271.291	234.910

Gehandelte Kreditprodukte, wie zum Beispiel Anleihen in unserem Handelsbuch Developed Markets (ohne Postbank), werden durch eine spezialisierte Risikomanagement-Einheit gesteuert, die unsere Kredit- und Marktexpertise vereinigt. Wir nutzen angemessene Portfoliolimite und ratingbasierte Schwellenwerte auf Einzelermitteltenbasis in Kombination mit unseren Marktrisikomanagementinstrumenten zur Risikosteuerung solcher Positionen. Die Risikosteuerung für gehandelte Kreditprodukte Emerging Markets erfolgt unter Nutzung von Fachwissen, welches in unseren jeweiligen Emerging-Markets-Kreditrisikomanagement und Marktrisikomanagement-Einheiten vorhanden ist.

Steuerung des Weiterverkaufsrisikos

Wir gehen häufig Verpflichtungen mit der Intention ein, diese zu verkaufen oder Teile der Risiken an Drittparteien zu verteilen. Diese Verpflichtungen beinhalten die Vorhaben des Funding von Bankkrediten und Überbrückungskrediten für die Auflage öffentlicher Anleihen. Das daraus resultierende Risiko besteht darin, dass wir gegebenenfalls keinen Erfolg haben bei der Verteilung der Kreditlinien. In diesem Fall müssten wir mehr des zugrunde liegenden Risikos für einen längeren Zeitraum halten als ursprünglich vorgesehen.

Zum Zweck der Risikosteuerung behandeln wir den Gesamtbetrag all dieser Verpflichtungen als Kreditengagement, welches einer Kreditgenehmigung bedarf. Die Genehmigung beinhaltet auch den angestrebten final zu haltenden Betrag. Beträge, die zum Verkauf vorgesehen sind, werden als Handelsaktiva klassifiziert und unterliegen dem Fair Value Accounting. Die Preisschwankungen werden über unseren Marktrisikoprozess überwacht. Wir schützen den Wert dieser Aktiva gegen negative Marktbewegungen über angemessene Kreditdokumentation der Transaktionen und Marktrisiko-Hedges (meistens über entsprechende Indizes), die ebenfalls in unseren Marktrisikoprozess einbezogen sind.

Problemkredite

Unsere Problemkredite bestehen in erster Linie aus wertgeminderten Krediten. Unser Kreditrisikomanagement beurteilt regelmäßig, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung in Zusammenarbeit mit Group Finance. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden an ein Aufsichtskomitee berichtet und von diesem genehmigt. Es setzt sich aus der höheren Führungsebene von Group Finance und Legal, Risk & Capital zusammen.

Der Wertminderungsverlust wird in der Regel auf Basis der erwarteten künftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Bei notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung (zur Definition siehe unten) wird der ursprüngliche Effektivzinssatz vor einer Anpassung der Konditionen angewandt.

Während wir die Wertminderungen für unsere Firmenkreditengagements individuell bewerten, nehmen wir in unserem Konsumentenkreditengagement eine kollektive Beurteilung der Wertminderung der Kredite vor.

Bei der Mehrheit unseres Private & Business Client Portfolios basiert die Methode der Wertberichtigungsermittlung auf statistischen Modellen. Unser Kreditportfolio wird in homogene und nicht-homogene Anteile unterteilt. Diese Anteile werden weiter in Teilportfolios unterschieden, je nach Art des Engagements und Klassifizierung des Kunden. Unter Verwendung historischer Daten wird die Höhe der Wertberichtigung für das homogene Portfolio automatisiert auf Basis von statistischen Modellen kalkuliert, die auf Wertberichtigungskennzahlen für einzelne Überfälligkeitsklassen beruhen (Tage überfällig). Das nicht-homogene Portfolio ist gekennzeichnet durch große Kreditlinien oder bestimmte Kreditkategorien, die aufgrund von Größe, Komplexität oder Qualität nicht vergleichbar sind. Diese Kreditfazilitäten unterliegen einer regelmäßigen fallweisen Prüfung und sofern eine Wertminderung festgestellt wurde, wird eine Wertberichtigung auf Basis des erwarteten Verlusts festgesetzt.

Die bei der Postbank verwendete Methodik zur Wertberichtigungsermittlung ist ähnlich zu unserer Vorgehensweise. Ausnahmen bestehen einerseits darin, dass die Postbank direkte Abschreibungen ohne vorherige Wertberichtigungsbildung vornimmt und andererseits, dass die Wertberichtigungen im Hypothekengeschäft mit Privatkunden einzeln ermittelt werden für Kredite, die 180 Tage oder länger überfällig sind. In unseren konsolidierten Ergebnissen, einschließlich Postbank, wurden die genannten Unterschiede für Berichtszwecke an unsere Grundsätze angeglichen.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die vor Konsolidierung von Postbank, Sal. Oppenheim/BHF-BANK und Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO gebildet wurden, sind nicht in unseren Wertberichtigungsbestand konsolidiert worden. Vielmehr wurden diese Wertberichtigungen bei der Bestimmung des Fair Value, der die Bemessungsgrundlage der neu konsolidierten Kredite repräsentiert, berücksichtigt. Spätere Verbesserungen in der Kreditqualität dieser Kredite werden als Wertaufholung in ihrem Buchwert reflektiert, wobei der korrespondierende Gewinn in sonstigen Erträgen ausgewiesen wird. Wertberichtigungen für Kreditausfälle, die nach Konsolidierung von Postbank, Sal. Oppenheim/BHF-BANK und Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO gebildet wurden, sind dagegen in unseren Wertberichtigungen für Kreditausfälle und unserem Wertberichtigungsbestand enthalten.

Die zweite Komponente unserer Problemkredite umfasst nicht wertgeminderte Problemkredite, für die kein Wertminderungsverlust festgestellt wurde, bei denen jedoch entweder das Management aufgrund bekannter Informationen über mögliche Kreditprobleme der Kreditnehmer erheblich daran zweifelt, dass diese ihre vertraglichen Rückzahlungsvereinbarungen erfüllen können, oder Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen aber noch Zinsen abgegrenzt werden.

Im Einklang mit der Industry Guidance der Securities and Exchange Commission setzen wir darüber hinaus die Überwachung und die Berichterstattung der nachstehenden Kategorien in unseren Problemkrediten fort.

- **Kredite ohne Zinsabgrenzung.** Die Zinsabgrenzung für Kredite wird eingestellt, wenn die vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind und der Kredit weder hinreichend abgesichert ist, noch sich im Inkassoprozess befindet oder es nach Einschätzung des Managements hinsichtlich der Einbringlichkeit der vertraglichen Cashflows ratsam ist, die Zinsabgrenzung einzustellen. Im Fall von Krediten ohne Zinsabgrenzung wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dabei wird jedoch der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst. Auf Kredite ohne Zinsabgrenzung eingehende Zinsen buchen wir als Ermäßigung der Kapitalforderung.
- **Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung.** Hier handelt es sich um Kredite, bei denen die vertraglich vereinbarten Zins- oder Tilgungszahlungen 90 Tage oder mehr überfällig sind, bei denen wir aber noch Zinsen abgrenzen, da sie nicht wertgemindert sind.
- **Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung.** Hierbei handelt es sich um Kredite, die wir aufgrund einer Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers restrukturiert haben. Dabei wurden Konditionen vereinbart, die wir sonst nicht in Betracht gezogen hätten. Wenn ein Kreditnehmer einen restrukturierten Kredit ein Jahr lang zufriedenstellend bedient, behandeln wir den Kredit nicht länger als notleidenden Kredit im Prozess der Restrukturierung – es sei denn, der zum Zeitpunkt der Restrukturierung vereinbarte neue Zinssatz war niedriger als der Marktzins für ähnliche Kreditrisiken.

Mit Konsolidierung der Postbank, der Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO und Sal. Oppenheim/BHF-BANK haben wir bestimmte Kredite angekauft, für die zuvor eine spezifische Einzelwertberichtigung bei der Postbank, ABN AMRO oder Sal. Oppenheim/BHF-BANK gebildet worden war. Diese Kredite haben wir zu Fair Values in unsere Bilanz übernommen, die anhand der erwarteten Cash Flows ermittelt wurden und die die Qualität dieser Kredite zum Zeitpunkt der Akquisition widerspiegeln. Sofern sich unsere Cash Flow-Erwartungen für diese Kredite seit der Akquisition nicht verschlechtert haben, werden diese Kredite nicht als wertgeminderte oder als Problemkredite berücksichtigt.

Die nachfolgenden beiden Tabellen zeigen unsere Problemkredite zum angegebenen Stichtag.

31.12.2010	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
in Mio €							
Einzeln ermittelt	996	2.556	3.552	239	1.635	1.874	5.426
Kredite ohne Zinsabgrenzung	902	2.374	3.276	153	897	1.051	4.327
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	36	8	44	44
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	94	182	276	50	729	779	1.055
Kollektiv ermittelt	1.010	1.703	2.713	267	29	296	3.009
Kredite ohne Zinsabgrenzung	1.009	1.583	2.591	–	–	–	2.591
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	252	5	258	258
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	1	120	121	15	24	38	160
Problemkredite insgesamt	2.006	4.258	6.265	506	1.664	2.170	8.435
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	84	1.150	1.234	–	979	979	2.213

31.12.2009	Wertgeminderte Kredite			Nicht wertgeminderte Kredite			Problemkredite
	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Inländische Kunden	Ausländische Kunden	Insgesamt	Insgesamt
in Mio €							
Einzeln ermittelt	758	4.145	4.903	304	1.037	1.341	6.244
Kredite ohne Zinsabgrenzung	707	4.027	4.734	200	1.003	1.203	5.937
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	50	5	55	55
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	51	118	169	54	29	83	252
Kollektiv ermittelt	907	1.391	2.298	274	97	371	2.669
Kredite ohne Zinsabgrenzung	905	1.281	2.186	–	–	–	2.186
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	–	–	–	260	6	266	266
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	2	110	112	14	91	105	217
Problemkredite insgesamt	1.665	5.536	7.201	578	1.134	1.712	8.913
davon: gemäß IAS 39 reklassifizierte Problemkredite	28	2.750	2.778	–	159	159	2.937

Der Gesamtbestand unser Problemkredite reduzierte sich im Berichtsjahr 2010 um insgesamt 478 Mio € oder 5 %, bedingt durch Abschreibungen in Höhe von 1,4 Mrd €, die teilweise durch einen Bruttoanstieg von Problemkrediten in Höhe von 716 Mio € und einen Wechselkursbedingten Anstieg von 248 Mio € ausgeglichen wurden.

Der Rückgang der Problemkredite insgesamt war überwiegend auf eine Restrukturierung von Krediten an einen Geschäftspartner zurückzuführen, die aus einer gescheiterten Syndizierung hervorgingen und zu den gemäß IAS 39 umklassifizierten Krediten gehörten. Dies führte zu einer Reduzierung an wertgeminderten Krediten in Höhe von 1,4 Mrd €, wovon 545 Mio € auf Abschreibungen zurückzuführen waren. Nach der Restrukturierung haben wir weiterhin erst- und nachrangige Fremdfinanzierungen ausgereicht, aber bestimmte Minderheitsbeteiligungsrechte, Einwilligungen und Veto-Rechte über finanzielle und operative Entscheidungen der Gesellschaft behalten. Die nachrangige Finanzierungsvereinbarung haben wir in der Rechnungslegung als Investment nach der Equitymethode behandelt und wiesen sie nicht als Problemkredit aus.

Einzelne ermittelte wertgeminderte Kredite verzeichneten einen Rückgang um insgesamt 1,4 Mrd €, bedingt durch Abschreibungen in Höhe von 934 Mio € und Bruttoreduzierungen in Höhe von 609 Mio €, die teilweise durch einen Wechselkursbedingten Anstieg von 191 Mio € ausgeglichen wurden. Hauptursache für den Rückgang an einzelnen ermittelten wertgeminderten Krediten war die oben erwähnte Restrukturierung. Unsere kollektiv ermittelten wertgeminderten Kredite erhöhten sich um 415 Mio €, bedingt durch unsere Akquisition der Postbank sowie Erhöhungen in den Portfolios in Italien und Polen. Der Bruttoanstieg an kollektiv ermittelten wertgeminderten Krediten in Höhe von 909 Mio € sowie ein Wechselkursbedingter Anstieg von 15 Mio € wurden teilweise durch 509 Mio € Abschreibungen kompensiert.

Diese Effekte führten insgesamt zu einem Rückgang an wertgeminderten Krediten in Höhe von 937 Mio € oder 13 %, während sich die nicht wertgeminderten Problemkredite um 459 Mio € erhöhten, verursacht durch zahlreiche Kredite, die als ausgefallen eingestuft wurden, für die wir aber vorwiegend wegen werthaltiger Besicherung keinen Verlust erwarteten.

Unsere Problemkredite beinhalten 2,2 Mrd € an Problemkrediten, die gemäß IAS 39 als Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden. Für diese Kredite verzeichneten wir Abschreibungen von 607 Mio € und Bruttoreduzierungen in Problemkrediten von 219 Mio €, die teilweise durch Wechselkursbedingten Anstieg von 101 Mio € ausgeglichen wurden.

Unsere Zusagen, neue Gelder an Kreditnehmer mit Problemkrediten zu geben, beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 184 Mio €, was einem Rückgang von 7 Mio € (4 %) gegenüber dem 31. Dezember 2009 entspricht. Von diesen Zusagen entfielen 40 Mio € auf Kreditnehmer mit notleidenden Krediten im Prozess der Restrukturierung. Dies entspricht einem Rückgang von 11 Mio € gegenüber dem 31. Dezember 2009.

Zusätzlich beliefen sich zum 31. Dezember 2010 unsere leistungsgestörten Leasingfinanzierungen auf 8 Mio €. Das entspricht einem Anstieg um 1 Mio € (14 %) gegenüber dem 31. Dezember 2009. Diese Beträge sind nicht in unseren Problemkrediten enthalten.

Die folgende Tabelle liefert einen Überblick über unsere nicht wertgeminderten notleidenden Kredite im Prozess der Restrukturierung, deren Bedingungen neu verhandelt wurden und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Nicht wertgeminderte notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	818	188

Die folgende Tabelle unterteilt die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten nicht wertgeminderten Kredite nach Anzahl der überfälligen Tage, einschließlich nicht wertgeminderte Kredite mit einer Überfälligkeit von mehr als 90 Tagen, bei denen keine Zweifel hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Kunden bestehen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Kredite, weniger als 30 Tage überfällig	4.092	6.192
Kredite 30 Tage oder mehr, aber weniger als 60 Tage überfällig	973	941
Kredite 60 Tage oder mehr, aber weniger als 90 Tage überfällig	384	558
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig	981	925
Überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	6.430	8.616

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen –, die wir zur Absicherung unserer überfälligen, aber nicht wertgeminderten Kredite halten.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Finanzielle und andere Sicherheiten	3.484	3.965
Erhaltene Garantien	244	330
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für überfällige Kredite ohne Wertminderung insgesamt	3.728	4.295

Wertgeminderte Kredite

Die folgende Tabelle zeigt unsere wertgeminderten Kredite, die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle und die dazugehörigen Abdeckungsgrade nach Regionen, basierend auf dem Sitz des Geschäftspartners, zu den angegebenen Stichtagen.

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Impaired loan coverage ratio in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
31.12.2010							
Deutschland	996	1.010	2.006	559	453	1.012	50
Westeuropa (ohne Deutschland)	1.153	1.441	2.594	640	997	1.637	63
Osteuropa	22	245	267	6	186	192	72
Nordamerika	1.146	4	1.150	339	4	343	30
Mittel- und Südamerika	43	–	43	27	–	27	63
Asien/Pazifik	169	13	182	68	13	81	45
Afrika	23	–	23	4	–	4	17
Sonstige	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	3.552	2.713	6.265	1.643	1.653	3.296	53

in Mio €	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Impaired loan coverage ratio in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
31.12.2009							
Deutschland	758	907	1.665	498	454	952	57
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.457	1.245	3.702	1.035	741	1.776	48
Osteuropa	30	121	151	17	94	111	74
Nordamerika	1.392	3	1.395	397	3	400	29
Mittel- und Südamerika	84	1	85	21	1	22	26
Asien/Pazifik	136	21	157	51	21	72	46
Afrika	27	–	27	7	–	7	26
Sonstige	19	–	19	3	–	3	16
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.029	1.314	3.343	46

Die folgende Tabelle stellt unsere wertgeminderten Kredite, die Komponenten unserer Wertberichtigung für Kreditausfälle und die dazugehörigen Abdeckungsgrade nach Branchenzugehörigkeit unserer Geschäftspartner zu den angegebenen Stichtagen dar.

31.12.2010	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Impaired loan coverage ratio in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
in Mio €							
Banken und Versicherungen	81	–	81	82	–	82	100
Fund Management	841	–	841	298	97	395	41
Verarbeitendes Gewerbe	603	139	742	332	125	457	62
Handel	199	113	312	147	111	258	83
Private Haushalte	163	1.810	1.973	105	965	1.070	54
Gewerbliche Immobilien	740	229	969	259	83	342	35
Öffentliche Haushalte	–	–	–	–	–	–	–
Sonstige	925	422	1.347	420	272	692	56
Insgesamt	3.552	2.713	6.265	1.643	1.653	3.296	53

31.12.2009	Wertgeminderte Kredite			Wertberichtigung für Kreditausfälle			Impaired loan coverage ratio in %
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	
in Mio €							
Banken und Versicherungen	101	–	101	82	–	82	81
Fund Management	848	–	848	281	–	281	33
Verarbeitendes Gewerbe	582	116	698	307	116	423	61
Handel	255	91	346	117	71	188	54
Private Haushalte	103	1.556	1.659	49	750	799	48
Gewerbliche Immobilien	710	250	960	314	92	406	42
Öffentliche Haushalte	45	–	45	6	–	6	13
Sonstige ¹	2.259	285	2.544	873	285	1.158	46
Insgesamt	4.903	2.298	7.201	2.029	1.314	3.343	46

¹ Zum 31. Dezember 2009 beinhaltete die Kategorie „Sonstige“ in erster Linie eine wertgeminderte nachrangige Forderung im Leveraged Finance-Geschäft, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden war.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der von uns zur Absicherung unserer wertgeminderten Kredite gehaltenen Sicherheiten – mit einer Fair-Value-Obergrenze beim besicherten Kreditvolumen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Finanzielle und andere Sicherheiten	1.502	1.757
Erhaltene Garantien	77	57
Sicherheiten mit Fair-Value-Obergrenze für wertgeminderte Kredite insgesamt	1.579	1.814

Der Abdeckungsgrad für wertgeminderte Kredite unter Hinzunahme von Sicherheiten und Wertberichtigungen für Kreditausfälle betrug 78 % zum 31. Dezember 2010 und 72 % zum 31. Dezember 2009. Der Anstieg war primär verursacht durch eine Reduzierung der gemäß IAS 39 umklassifizierten Kredite. Diese erforderten einen geringeren Wertberichtigungsbedarf durch ihren Fair-Value-Abschlag vor ihrer Reklassifizierung und führten dadurch zu einem geringeren durchschnittlichen Abdeckungsgrad.

Übernommene Sicherheiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den aggregierten Wert der Sicherheiten, die wir während der Berichtsperioden in die Bilanz aufgenommen haben, indem wir zur Risikominderung dienende Sicherheiten übernommen oder andere Kreditverbesserungen in Anspruch genommen haben.

in Mio €	2010	2009
Gewerbliche Immobilien	32	78
Private Immobilien	47	10
Sonstige	1	–
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	80	88

Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzen wir übernommene Gebäude nicht für eigene geschäftliche Zwecke.

In 2010 haben wir in Bezug auf zwei Kreditengagements in unserem Portfolio in den USA Gewerbeimmobilien übernommen, während die Übernahme von privaten Immobilien sich überwiegend auf Engagements in Spanien und ein paar Fälle in den USA erstreckte, wo wir die Sicherheit in Ausübung der Zwangsvollstreckung übernommen haben.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen privaten Immobilien beinhalten keine der infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß SIC-12 sowie IAS 27 übernommenen Sicherheiten. Die Jahresendwerte, bezogen auf diese Trusts, beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 25 Mio € nach 33 Mio € zum 31. Dezember 2009.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderungen in unserem Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen.

in Mio €	2010			2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	562	751	1.313	1.789	808	2.597
Nettoabschreibungen	–896	–404	–1.300	–637	–419	–1.056
Abschreibungen	–934	–509	–1.443	–670	–552	–1.222
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	38	104	143	33	133	166
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–52	–8	–60	–101	–36	–137
Bestand am Jahresende	1.643	1.653	3.296	2.029	1.314	3.343

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung unserer Wertberichtigungen für Kreditausfälle in den angegebenen Zeiträumen unter besonderer Berücksichtigung von Abschreibungen und Eingängen auf abgeschriebenen Forderungen. Inländische Kreditnehmer werden zusätzlich nach Branchen aufgeteilt. Die Zuordnung zu inländischen und ausländischen Kreditnehmern richtet sich nach dem Sitz des Geschäftspartners.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2010	2009
Bestand am Jahresanfang	3.343	1.938
Abschreibungen:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	–5	–2
Fund Management	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	–43	–43
Handel	–32	–23
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	–338	–340
Private Haushalte – Hypothekenkredite	–26	–23
Gewerbliche Immobilien	–22	–6
Öffentliche Haushalte	–	–
Sonstige	–49	–72
Inländische Kunden insgesamt	–515	–509
Ausländische Kunden insgesamt	–928	–713
Abschreibungen insgesamt	–1.443	–1.222
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten:		
Inländische Kunden:		
Banken und Versicherungen	1	1
Fund Management	–	–
Verarbeitendes Gewerbe	14	11
Handel	6	7
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	63	83
Private Haushalte – Hypothekenkredite	4	1
Gewerbliche Immobilien	4	7
Öffentliche Haushalte	–	–
Sonstige	20	25
Inländische Kunden insgesamt	112	135
Ausländische Kunden insgesamt	31	31
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten insgesamt	143	166
Nettoabschreibungen	–1.300	–1.056
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.313	2.597
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	–60	–137
Bestand am Jahresende	3.296	3.343
Anteil der Nettoabschreibungen insgesamt an den Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Jahresdurchschnitt	0,45 %	0,39 %

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle betrug 3,3 Mrd € am 31. Dezember 2010. Dies entspricht einem Rückgang von 1 % im Vergleich zum Vorjahr. Diese Reduzierung resultierte in erster Linie aus Abschreibungen, Rückgängen aufgrund von Währungskurs- und Wertaufholungseffekten, die unsere Wertberichtigungen übertrafen.

Unsere Nettoabschreibungen im Jahr 2010 betragen 1,3 Mrd €. Davon entfielen 896 Mio € auf unser Firmenkreditgeschäft, von denen 607 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren Portfolios in Großbritannien und Asien/Pazifik betrafen. Weitere 404 Mio € entfallen auf unser Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus unseren deutschen Portfolios.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen im Berichtsjahr 1,3 Mrd €. Dabei entfielen 562 Mio € auf unsere Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 278 Mio € für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte gebildet wurden, die in erster Linie Positionen im Corporate Banking & Securities darstellen. Die übrige Neubildung ist zurückzuführen auf Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika und in Europa vor dem Hintergrund eines günstigeren globalen Kreditumfelds. Die kollektiv ermittelten Wertberichtigungen beliefen sich auf 751 Mio €. Sie zeigen eine signifikante Reduzierung unserer Nettokreditkosten in Spanien und Indien, welche teilweise durch entsprechende Anstiege in Polen ausgeglichen wurden. Sie sind damit niedriger als die 808 Mio €, die im Vorjahr eingestellt wurden und im Wesentlichen das schwierige Kreditumfeld in Spanien und Polen im Jahr 2009 widerspiegeln.

Am 31. Dezember 2010 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 1,6 Mrd €. Die Reduzierung um 386 Mio € ergab sich aus Nettozuführungen von 562 Mio € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 896 Mio € und einem Rückgang von 52 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2010 bei 1,7 Mrd € und damit um 339 Mio € über dem Stand zum Ende des Vorjahres (1,3 Mrd €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 751 Mio €. Den Wertberichtigungen standen Nettoabschreibungen von 404 Mio € und ein Rückgang von 8 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber.

Unser Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle betrug am 31. Dezember 2009 3,3 Mrd € und lag somit um 72 % über dem zum Ende 2008 ausgewiesenen Bestand von 1,9 Mrd €. Dieser Anstieg resultiert in erster Linie aus Wertberichtigungen, die unsere Abschreibungen deutlich übertrafen.

Unsere Bruttoabschreibungen im Jahr 2009 betragen 1,2 Mrd €. Davon entfielen 637 Mio € auf unser Firmenkreditgeschäft, von denen 414 Mio € gemäß IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren Portfolios in den USA und Großbritannien betrafen, sowie 419 Mio € auf unser Konsumentenkreditengagement, hier vor allem resultierend aus unseren deutschen Portfolios.

Unsere Wertberichtigungen für Kreditausfälle betragen 2,6 Mrd € in 2009. Davon entfielen 1,8 Mrd € auf unsere Firmenkreditengagements, bei denen Wertberichtigungen in Höhe von 1,3 Mrd € für Vermögenswerte gebildet wurden, die gemäß IAS 39 umklassifiziert worden waren. Dabei handelte es sich in erster Linie um Risikopositionen im Bereich Leveraged Finance. Der übrige Anstieg entstand durch die Neubildung von Vorsorgen gegenüber einer Vielzahl von Engagements in Nord- und Südamerika und Europa infolge eines sich verschlechternden Kreditumfelds. Die Wertberichtigungen in PCAM beliefen sich auf 805 Mio € und spiegelten im Wesentlichen das schwierigere Kreditumfeld in Spanien und Polen wider. Die Risikovorsorge war im Gesamtjahr 2009 durch eine Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen positiv beeinflusst, was zu einer Reduzierung der Risikovorsorge um 87 Mio € im Bereich CIB und 146 Mio € im Bereich PCAM führte.

Am 31. Dezember 2009 betrug unser Bestand an einzeln ermittelten Wertberichtigungen 2,0 Mrd €. Der Anstieg um 1,1 Mrd € in 2009 ergab sich aus Nettozuführungen von 1,8 Mrd € (einschließlich der vorgenannten Auswirkungen der Umklassifizierungen gemäß IAS 39), Nettoabschreibungen von 637 Mio € und einem Rückgang von 101 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten.

Der Bestand an kollektiv ermittelten Wertberichtigungen lag am 31. Dezember 2009 bei 1,3 Mrd € und damit um 353 Mio € über dem Stand zum Ende des Jahres 2008 (961 Mio €). Diese Veränderung reflektiert Zuführungen zu Wertberichtigungen in Höhe von 808 Mio €, einschließlich eines positiven Effekts durch Überarbeitung bestimmter Parameter und Modellannahmen, die zu einer Reduzierung der Risikovorsorge von 87 Mio € führte. Den Wertberichtigungen standen Nettoabschreibungen von 419 Mio € und ein Rückgang von 36 Mio € aus Wechselkursänderungen und Wertaufholungseffekten gegenüber.

Ausländische Komponente des Wertberichtigungsbestands

Die nachstehende Tabelle enthält eine Analyse der Veränderungen in der ausländischen Komponente der Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Zum 31. Dezember 2010 entfielen 69 % unseres gesamten Wertberichtigungsbestands auf ausländische Kunden im Vergleich zu 72 % zum 31. Dezember 2009.

in Mio €	2010	2009
Bestand am Jahresanfang	2.391	995
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	820	2.182
Nettoabschreibungen	-897	-682
Abschreibungen	-928	-713
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	31	31
Andere Veränderungen (zum Beispiel Wechselkursänderungen, Veränderungen des Konsolidierungskreises)	-30	-104
Bestand am Jahresende	2.284	2.391

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft, in denen Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogene Zusagen enthalten sind.

in Mio €	2010			2009		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-18	-21	-39	21	12	33
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-45	-	-45
Veränderung des Konsolidierungskreises	42	-	42	-	-	-
Wechselkursveränderungen	1	7	8	10	-	10
Bestand am Jahresende	108	110	218	83	124	207

In 2010 hat der Konzern aufgrund der Konsolidierung von Akquisitionen Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft als Veränderung des Konsolidierungskreises verzeichnet, für die Postbank 34 Mio € und für Sal. Oppenheim/BHF-BANK 8 Mio €.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in unserem Standardkreditgeschäft haben wir in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei unseren OTC-Derivaten zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten der Derivatetransaktionen und das Verhalten unserer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen sind wir bei den üblichen Verträgen häufig in der Lage, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Transaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung kurzfristig zu kündigen.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für OTC-Derivatetransaktionen nehmen wir eine Bewertungsanpassung beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird an jedem Bilanzstichtag bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Nettingeffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos jedes Geschäftspartners basierend auf den historischen Ausfällen.

Die Bewertungsanpassungen beim Ausfallrisiko sind für einige Monolineversicherer signifikant. Diese Bewertungsanpassungen werden auf Basis eines internen Modellansatzes ermittelt, der verschiedene Inputfaktoren für jeden Kontrahenten berücksichtigt. Diese umfassen Marktdaten, die Wahrscheinlichkeit eines Ereigniseintritts (entweder Restrukturierung oder Insolvenz), die Beurteilung einer möglichen Glattstellung im Fall einer Restrukturierung und auch mögliche Rückflüsse im Fall der Restrukturierung oder Insolvenz. In 2010 haben wir Bewertungsanpassungen in Höhe von 1,2 Mrd € auf unser Engagement gegenüber Monolineversicherern vorgenommen, verglichen mit 1,2 Mrd € in 2009.

Die mit unseren Kunden geschlossenen Rahmenvereinbarungen sehen in der Regel eine breite Palette an Standard- oder spezifischen Kündigungsrechten vor, sodass wir bei Ausfällen eines Geschäftspartners oder in anderen Fällen, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hinweisen, schnell reagieren können. Führt unsere Entscheidung, Derivatetransaktionen beziehungsweise die entsprechende Rahmenvereinbarung zu kündigen, dazu, dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturieren wir die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen unseres regulären Work-out-Prozesses abgewickelt. Infolgedessen weisen wir in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Marktrisiko

Ein Großteil unserer Geschäftsaktivitäten unterliegt Marktrisiken, das heißt dem Risiko, dass sich der Marktwert unserer Handels- und Anlagepositionen verändert. Risiken können aus nachteiligen Änderungen bei Zinssätzen, Credit Spreads, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern, wie der Marktvolatilität, entstehen.

Marktrisiko, welches sich aus der Postbank ergibt, ist ebenfalls berücksichtigt und soweit möglich wird unser Risikomethoden-Rahmenwerk angewandt. Jedoch steuert die Deutsche Bank hiermit in keinerlei Hinsicht ein Risiko der Postbank.

Oberstes Ziel von Market Risk Management ist es, sicherzustellen, dass die Geschäftseinheiten der Bank das Chance-Risiko-Verhältnis optimieren und die Bank nicht unannehmbaren Verlusten ausgesetzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (den Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Supportfunktionen zusammen. Diese Aktivitäten sind auf die Deutsche Bank-Gruppe beschränkt und schließen die Postbank aus.

Wir unterscheiden zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Marktrisiken:

- Das Marktrisiko aus Handelspositionen entsteht in erster Linie durch Marketmaking im Konzernbereich Corporate & Investment Bank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohwaren sowie in entsprechenden Derivaten.
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in verschiedenen Formen: Das Aktienkursänderungsrisiko entsteht vorwiegend durch nicht konsolidierte strategische Beteiligungen im Portfolio des Konzernbereichs Corporate Investments, Alternative Asset Investments und Aktienvergütungen. Das Zinsrisiko der Nichthandelsaktivitäten entsteht aus unseren Aktiva und Passiva. Andere Elemente des nicht handelsbezogenen Marktrisikos entstehen in Verbindung mit unseren Asset Management- und Fondsaktivitäten sowie durch Modellrisiken in PBC, GTB und PWM, die sich aus Stressannahmen zum Kundenverhalten in Verbindung mit Zinsschwankungen ableiten. Die Postbank klassifiziert das Risiko aus der Modellierung von Einlagen als Geschäftsrisiko und das Risiko aus ihrer Bausparkasse BHW als Kollektivrisiken während die Deutsche Bank-Gruppe ohne die Postbank diese Risiken als Teil des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten ansieht.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos innerhalb der Deutsche Bank Gruppe (ohne Postbank)

Unser wichtigstes Instrument zur Steuerung unseres Marktrisikos aus Handelspositionen besteht in der Festlegung von Limiten, die jedoch nicht für die Postbank gelten. Der Vorstand legt, unterstützt von Market Risk Management als Teil unserer unabhängigen Legal, Risk & Capital-Funktion, ein konzernweites Value-at-Risk-Limit sowie ein Risikolimit für das Ökonomische Kapital für die Marktrisiken im Handelsbuch fest. Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf die Geschäftsbereiche und einzelne Geschäftssparten innerhalb von CIB (zum Beispiel Global Rates, Equity, etc.) auf. Grundlage hierfür sind voraussichtliche Geschäftspläne und Risikoneigung. Innerhalb der einzelnen Geschäftssparten können die Geschäftsleiter geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festlegen, indem sie das von Market Risk Management festgelegte Limit auf einzelne Portfolios oder geografische Regionen aufteilen.

Value-at-Risk-Limite und Limite für das Ökonomische Kapital werden für das Management aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene verwendet. Zusätzlich wendet Market Risk Management Sensitivitäts- und Konzentrations-/Liquiditätslimite als ein weiteres und ergänzendes Instrument zur Steuerung bestimmter Portfolios und Risikoarten an. Unterschieden wird zwischen den von Market Risk Management festgelegten Limiten und den Business Limits für Sensitivitäten und Konzentration/Liquidität. In der Praxis handelt es sich bei den von Market Risk Management festgelegten Limiten um eine relativ kleine Zahl wesentlicher Limite, die für die Erfassung bestimmter Risikofaktoren erforderlich sind und eher global als nur für eine bestimmte geografische Region oder für spezifische Portfolios gelten.

Zur Steuerung ihrer Risikopositionen innerhalb der vorgegebenen Limite wenden die Risikonehmer unterschiedliche Maßnahmen zur Risikominderung an. Dazu zählen insbesondere:

- **Portfoliomanagement.** Risikodiversifikation entsteht in Portfolios, welche aus einer Vielfalt von Positionen bestehen. Da einige Positionen voraussichtlich an Wert zunehmen, während andere an Wert verlieren, kann Diversifikation dazu beitragen, das Gesamtrisikoprofil für ein bestimmtes Portfolio zu reduzieren.
- **Absicherungsgeschäfte („Hedging“).** Hedging beinhaltet das Eingehen von Positionen in verwandten Wertpapieren, einschließlich derivativer Produkte, wie Terminkontrakten, Swaps und Optionen. Hedgingaktivitäten sind nicht immer ein effektiver Schutz vor Verlusten, da es zwischen dem Sicherungsinstrument und der abzusichernden Position Unterschiede bei den Konditionen, spezifischen Merkmalen oder anderen Basisrisiken geben kann.

In 2010 haben wir weiterhin deutlich in unsere Market Risk Management-Funktion investiert und den Personalstand um nahezu 30 % erhöht. In wesentlichen Forderungsklassen wurde spezifische Expertise in Marktrisikomanagement hinzugefügt, die zentralen Teams wurden weiter ausgebaut und eine dedizierte Managementfunktion zur Durchführung von Veränderungen eingeführt.

Grundkonzept der Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos bei der Postbank

Das Marktrisikomanagement-Rahmenwerk der Postbank-Gruppe basiert auf den folgenden wesentlichen Prinzipien: Grundsätzlich erfolgt die Steuerung des handelsbezogenen Marktrisikos zentral im Bereich Financial Markets der Deutsche Postbank AG, basierend auf separat definierten Risikolimiten für Deutsche Postbank AG und ihre ausländische Tochtergesellschaft Luxemburg.

Die Gesamtlime werden vom Gesamtvorstand der Postbank beschlossen und vom Marktrisikokomitee als Sublime den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Allokationsmechanismen für Marktrisikolime bei der Postbank-Gruppe ähneln dem Deutsche Bank-Ansatz des Ökonomischen Kapitals. Die den spezifischen Geschäftsaktivitäten zugewiesenen Risikokapitallime stellen den Umfang der Marktrisiken dar, der für die Postbank verträglich und unter Ertragsgesichtspunkten gewünscht ist.

Auf täglicher Basis überwacht die Postbank die Marktrisiken auf Basis eines Limitsystems, welches auf der Value-at-Risk-Methode beruht. Zusätzlich hat das Market Risk Committee der Postbank Sensitivitätslime für das Handels- und Bankbuch wie auch für spezifische Sub-Portfolios definiert.

Quantitative Risikosteuerungsinstrumente

Value-at-Risk innerhalb der Deutschen Bank-Gruppe (ohne Postbank)

Value-at-Risk ist ein quantitatives Maß für den potenziellen Wertverlust einer Handelsposition aufgrund von Marktschwankungen, der über einen vorgegebenen Zeitraum und mit einem bestimmten Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Unser Value-at-Risk für die Handelsgeschäfte erfolgt auf Basis unseres eigenen internen Value-at-Risk-Modells. Im Oktober 1998 hat das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, eines der Vorgängerinstitute der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, unser Value-at-Risk-Modell zur Berechnung des regulatorischen Kapitalbedarfs für das allgemeine und spezifische Marktrisiko genehmigt, dies wird jedoch nicht auf die Postbank angewandt. Das Modell wurde seitdem regelmäßig überarbeitet und die Genehmigung aufrechterhalten.

Wir berechnen den Value-at-Risk mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag. Das bedeutet, wir gehen von einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 aus, dass ein Mark-to-Market-Verlust aus unseren Handelspositionen mindestens so hoch sein wird wie der berichtete Value-at-Risk-Wert. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke beträgt die Haltedauer zehn Tage.

Wir verwenden historische Marktdaten, um den Value-at-Risk zu bestimmen. Als Basis dient eine historische Beobachtung über 261 gleich gewichtete Handelstage. Bei der Berechnung wird ein Monte Carlo-Simulationsverfahren angewandt, wobei wir davon ausgehen, dass Änderungen in den Risikofaktoren einer bestimmten Verteilung folgen, zum Beispiel der Normalverteilung oder logarithmischen Normalverteilung. Zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk benutzen wir über denselben 261-Tages-Zeitraum beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren.

Unser Value-at-Risk-Modell ist auf die Erfassung der folgenden Risikofaktoren ausgerichtet: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohwarenpreise sowie deren implizite Volatilitäten und das allgemeine Basisrisiko. Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nicht lineare Einflüsse der Risikofaktoren auf den Wert eines Portfolios.

Mithilfe des Value-at-Risk-Ansatzes können wir ein konstantes und einheitliches Risikomaß auf sämtliche Handelsgeschäfte und Produkte anwenden. Der Value-at-Risk ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und die Verrechnung (Netting) von Positionen in einem Portfolio, um Korrelationen und Ausgleichswirkungen zwischen verschiedenen Vermögensklassen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich unseres Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch gegenüber unseren täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von Value-at-Risk-Schätzungen ist eine Reihe von Faktoren in Betracht zu ziehen. Diese beinhalten:

- Die Verwendung historischer Marktdaten ist unter Umständen kein guter Indikator für zukünftige Ereignisse, vor allem wenn diese extrem sind. Diese auf die Vergangenheit bezogene Betrachtungsweise kann im Value-at-Risk zu einer Unterbewertung der Risiken führen (wie 2008). Sie kann aber auch zu einer Überbewertung führen.
- Annahmen in Bezug auf die Verteilung von Änderungen der Risikofaktoren und die Korrelation zwischen verschiedenen Risikofaktoren können sich als falsch erweisen, insbesondere bei extremen Marktereignissen. Es gibt für den Value-at-Risk keine Standardmethode und die Zugrundelegung anderer Annahmen würde zu anderen Ergebnissen führen.
- Die Haltedauer von einem Tag führt in Zeiten erhöhter Illiquidität zu einer unvollständigen Erfassung des Marktrisikos, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können.
- Der Value-at-Risk gibt keinen Hinweis auf den potenziellen Verlust jenseits des 99 %-Quantils.
- Das Intradayrisiko wird nicht erfasst.
- Es kann Risiken in Handelsbüchern geben, die unser Value-at-Risk-Modell nicht oder nicht vollständig einbezieht.

Wir analysieren fortlaufend potenzielle Schwächen unseres Value-at-Risk-Modells unter Anwendung statistischer Verfahren wie Backtesting, berücksichtigen aber auch Erfahrungen aus dem Risikomanagement und Einschätzungen von Risikoexperten. Beim Backtesting wird die Prognosegüte unserer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme (entsprechend den deutschen aufsichtsrechtlichen Vorgaben) mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten.

Ein Komitee, unter Beteiligung von Market Risk Management, Market Risk Operations, Risk Analytics and Instruments, Finance und anderer Bereiche trifft sich vierteljährlich, um die Backtestingergebnisse für den Konzern und die verschiedenen Geschäftsbereiche zu überprüfen. Das Komitee analysiert die aufgetretenen Ertragsschwankungen und überprüft die Prognosegüte des Value-at-Risk-Modells. Dies wiederum erlaubt es uns, den Prozess der Risikoeinschätzung zu verbessern und anzupassen.

Wir sind verpflichtet, unsere eigenen Risikomodelle ständig weiterzuentwickeln, und stellen umfangreiche Ressourcen zur Überprüfung und Verbesserung dieser Modelle bereit. Ein besonderer Fokus wird auf die Verbesserung jener Bestandteile des Value-at-Risk-Modells gelegt, die sich auf Bereiche beziehen, in denen in der jüngeren Vergangenheit Verluste aufgetreten sind. In 2010 wurden die Methoden zur Berechnung des Value-at-Risk verbessert, unter anderem durch:

- Berücksichtigung von Aktiendividendenrisiken
- Verfeinerte Methode für Verbriefungspositionen
- Berücksichtigung des Marktrisikos von Sal. Oppenheim und BHF-BANK.

Darüber hinaus haben wir einen Prozess zur systematischen Erfassung und Evaluierung immaterieller Risiken eingeführt, die derzeit nicht in unserem Value-at-Risk-Modell erfasst werden.

Value-at-Risk bei der Postbank

Die Postbank verwendet ebenfalls ein Value-at-Risk-Konzept, um die eingegangenen Marktrisiken zu quantifizieren und zu überwachen. Der Value-at-Risk im Handelsbuch wird auf Basis einer Monte Carlo-Simulation ermittelt, die heterogene Arten von Marktrisiken in eine einzelne Messung des Risikos überführt. Die berücksichtigten Risikofaktoren im Value-at-Risk umfassen Zinskurven, Aktienkurse, Fremdwährungen und Volatilitäten zusammen mit Risiken, die sich aus Veränderungen von Credit Spreads ergeben. Die Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren werden aus historischen Daten abgeleitet.

Der Value-at-Risk der Postbank wird derzeit noch nicht in den Value-at-Risk des Deutsche Bank-Konzerns konsolidiert.

Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Das Ökonomische Kapital für Marktrisiko misst die Höhe des benötigten Kapitals, um extreme unerwartete Verluste aus unseren Risikopositionen über einen Zeithorizont von einem Jahr aufzufangen. „Extrem“ bedeutet hier, dass das berechnete Ökonomische Kapital mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,98 % die innerhalb eines Jahres aggregierten unerwarteten Verluste abdeckt. Die Marktrisiken der Postbank sind in unser Ökonomisches Kapital aufgenommen worden.

Wir berechnen das Ökonomische Kapital mithilfe von Stresstests und Szenarioanalysen. Die Stresstests werden aus in der Vergangenheit beobachteten gravierenden Marktereignissen abgeleitet. Die aus diesen Stressszenarien resultierenden Verluste werden unter Berücksichtigung von Korrelationen aggregiert, die in Krisenzeiten beobachtet wurden, um den Anstieg der Korrelationen widerzuspiegeln, der bei einem gravierenden Abschwung auftritt.

Diese Stresstests werden mit subjektiven Einschätzungen angereichert, wenn nur begrenzte historische Daten zur Verfügung stehen oder wenn die Beurteilung der Marktentwicklungen zu der Erkenntnis führt, dass historische Daten ein mangelhafter Indikator für potenzielle künftige Marktszenarien sind.

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken aus den Handelsbereichen wird wöchentlich durchgeführt. Das Modell berücksichtigt die folgenden Risikofaktoren: Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Wechselkurse und Rohstoffpreise. Volatilität, Kreditkorrelation und allgemeine Basisrisiken werden ebenfalls einbezogen.

Im Jahresverlauf 2010 haben wir signifikante Methodenverbesserungen für das Ökonomische Kapitalmodell implementiert. Diese beinhalten:

- Erweiterung der Stresstest um Verbriefungs- und Korrelationsrisiken
- Verbesserte Granularität für Aktiendividenden- und Wertpapierleiherisiken
- Verbesserte Abdeckung von Basisrisiken

Die Ergebnisse unserer Stresstests und Berechnungen des Ökonomischen Kapitals sind in ihrer Aussagekraft zwangsläufig durch die Zahl der durchgeführten Stresstests und die Tatsache begrenzt, dass nicht alle „Downside“-Szenarien vorhergesagt und simuliert werden können. Obwohl Worst-Case-Szenarien von unseren Risikomanagern nach bestem Ermessen und unter Berücksichtigung extremer historischer Marktbewegungen definiert werden, ist es dennoch möglich, dass der Wertverlust aus den Marktrisikopositionen selbst die Schätzungen für unser Ökonomisches Kapital übersteigt. Darüber hinaus arbeiten wir fortlaufend an der Überprüfung und Verfeinerung unserer Stresstests, um sicherzustellen, dass wesentliche Risiken erfasst und eventuelle extreme Marktveränderungen abgebildet werden.

Die Postbank führt ebenso Szenarioanalysen und Stresstests zusätzlich zu ihren Value-at-Risk-Berechnungen durch. Die Annahmen, die diesen Stresstests unterliegen, werden auf fortlaufender Basis validiert.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank

Die folgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank, ohne Berücksichtigung des Value-at-Risks der Postbank. Das handelsbezogene Marktrisiko des Konzerns außerhalb dieser Handelsbereiche ohne Berücksichtigung der Postbank ist unwesentlich. „Diversifikationseffekt“ bezeichnet den Effekt, dass an einem beliebigen Tag der aggregierte Value-at-Risk niedriger ausfällt als die Summe der Value-at-Risk-Werte für die einzelnen Risikoklassen. Würde man zur Berechnung des aggregierten Value-at-Risk einfach die Value-at-Risk-Werte der einzelnen Risikoklassen addieren, so müsste davon ausgegangen werden, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig auftreten.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Value-at-Risk der Handelsbereiche		
Zinsrisiko	77,4	111,0
Aktienkursrisiko	21,3	37,0
Währungsrisiko	29,0	23,9
Rohwarenpreisrisiko	13,3	14,8
Diversifikationseffekt	-70,1	-65,7
Insgesamt	70,9	121,0

Die folgende Tabelle zeigt den maximalen, minimalen und durchschnittlichen Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) der Handelsbereiche im Konzernbereich Corporate & Investment Bank nach Risikokategorie für die angegebenen Zeiträume, jedoch ohne Berücksichtigung der Postbank.

Value-at-Risk der Handelsbereiche in Mio €	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko		Rohwarenpreisrisiko	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Durchschnitt	95,6	126,8	-48,6	-61,6	86,8	117,6	21,9	26,9	22,9	28,7	12,7	15,1
Maximum	126,4	180,1	-88,5	-112,3	113,0	169,2	33,6	47,3	46,4	64,4	21,2	34,7
Minimum	67,5	91,9	-26,4	-35,9	65,8	83,2	13,6	14,5	10,8	11,9	6,2	8,5

Unser Value-at-Risk für die Handelsbereiche bewegte sich in einer Bandbreite von € 67,5 Mio bis € 126,4 Mio. Der durchschnittliche Value-at-Risk im Jahr 2010 lag mit 95,6 Mio € um 25 % unter dem Vorjahresdurchschnittswert von 126,8 Mio €.

Die 2010 verzeichnete Abnahme des durchschnittlichen Value-at-Risk wurde primär getrieben durch geringere eingegangene Risiken und niedrigere historische Volatilitäten. Zusätzlich haben die Handelsbereiche die Weiterentwicklung ihres Geschäftsmodells fortgeführt, hin zu geringeren Risikopositionen in illiquiden oder komplexen Engagements.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk des Handelsbuchs der Postbank (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer eintägigen Haltedauer). Der „Diversifikationseffekt“ reflektiert den Umstand, dass der gesamte Value-at-Risk an einem gegebenen Tag geringer sein wird, als die Summe des Value-at-Risk bezogen auf die einzelnen Risikoklassen. Einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoklassen zur Erlangung eines aggregierten Value-at-Risk würde die Annahme zugrundelegen, dass die Verluste in allen Risikokategorien gleichzeitig eintreten.

in Mio €	31.12.2010
Value-at-Risk der Postbank	
Zinsrisiko	1,8
Aktienkursrisiko	0,2
Währungsrisiko	0,0
Rohwarenpreisrisiko	–
Diversifikationseffekt	–0,0
Insgesamt	2,0

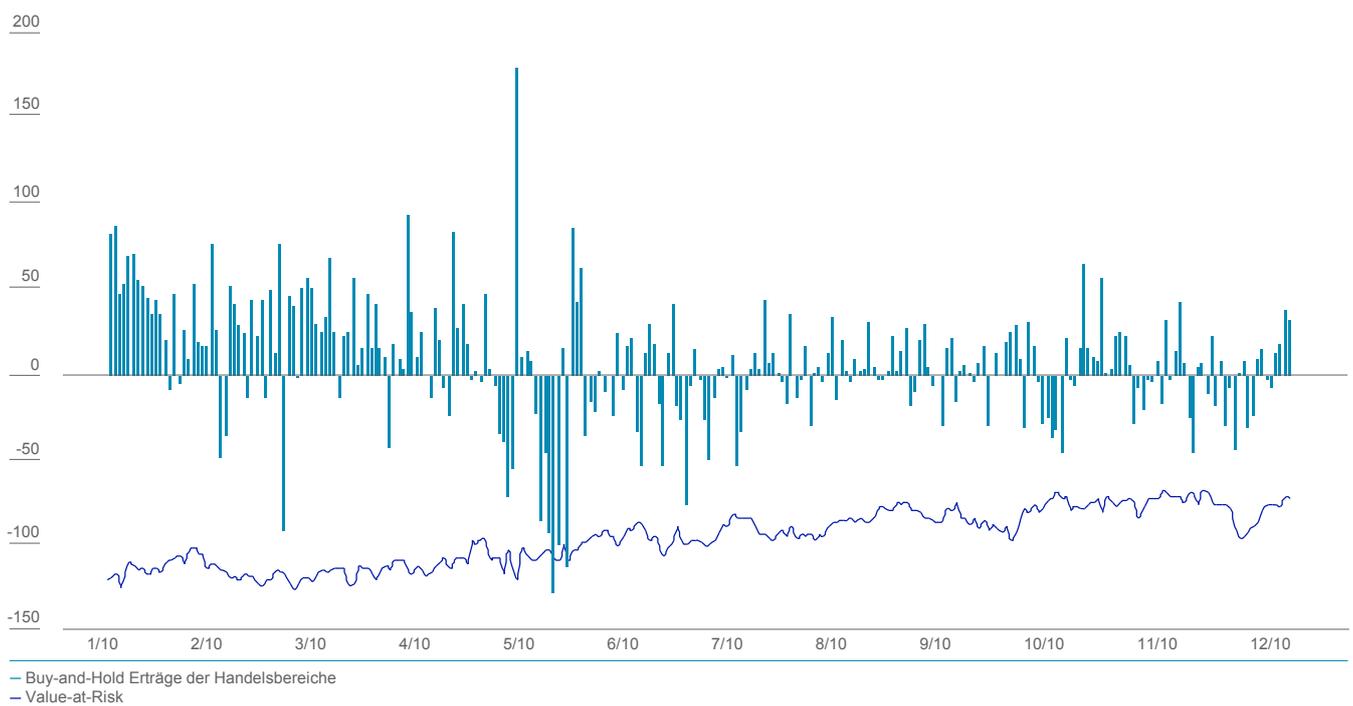
Aufsichtsrechtliches Backtesting des Trading Market Risk

Beim Backtesting wird die Prognosegüte unserer Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis der tatsächlichen Erfahrungen überprüft. Wir vergleichen die hypothetischen täglichen Gewinne und Verluste nach der Buy-and-Hold-Annahme mit den durch unser Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten. Ein Ausreißer ist ein hypothetischer Buy-and-Hold-Verlust, der unsere Value-at-Risk-Schätzungen übersteigt. Im Durchschnitt würden wir bei einem Konfidenzniveau von 99 % zwei oder drei Ausreißer während eines beliebigen Jahres erwarten. Im Durchschnitt würden wir bei einem Konfidenzniveau von 99 % zwei bis drei Ausreißern pro Jahr erwarten. Im Rahmen unseres aufsichtsrechtlichen Backtesting 2010 wurden zwei Ausreißer gegenüber einem Ausreißer in 2009 beobachtet. Beide Ausreißer wurden Ende Mai im Rahmen erhöhter Marktvolatilität beobachtet. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass durch die deutlich verbesserte Methodologie, der Berechnungsparameter und Modellgüte, die seit den Marktunruhen erzielt wurden, unser Value-at-Risk Modell weiterhin ein angemessenes Maß für unser Trading Market Risk unter normalen Marktbedingungen darstellt.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Handelsergebnisse im Vergleich zum Value-at-Risk gegenüber dem jeweiligen Vortag. Beide Zahlen werden in Mio € angegeben und umfassen nicht den für die Postbank separat berechneten Value-at-Risk.

Buy-and-hold Erträge der Handelsbereiche und Value-at-Risk in 2010

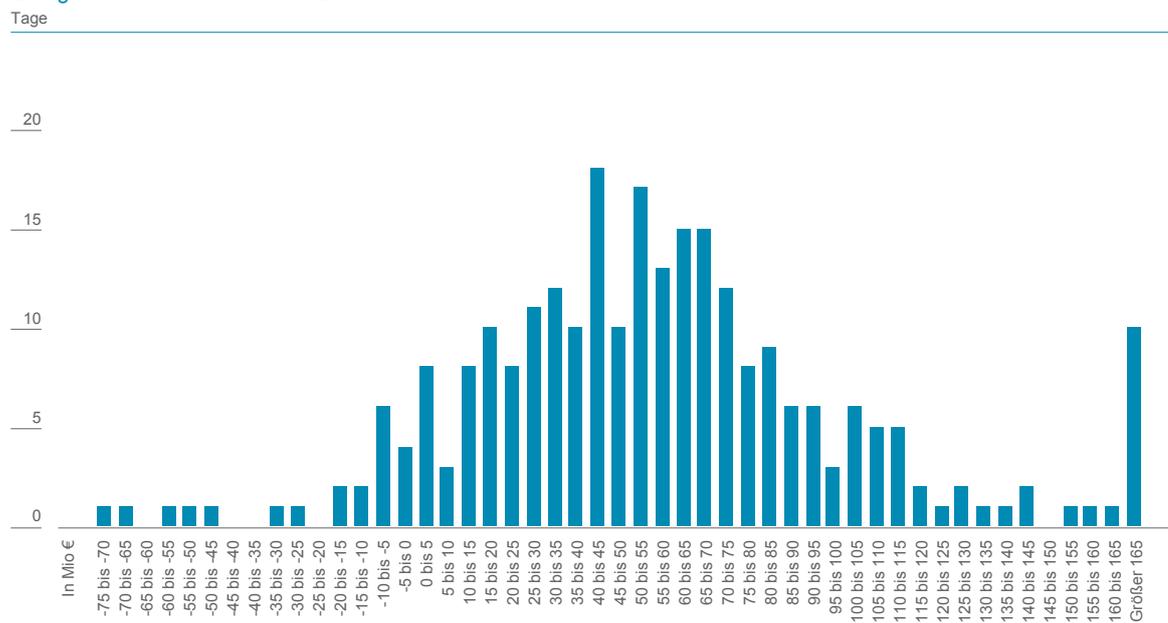
in Mio €



Erträge der Handelsbereiche in 2010

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge unserer Handelsbereiche, ohne Postbank, im Jahr 2010. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Erträge der Handelsbereiche in 2010



Im Jahr 2010 erzielten unsere Handelsbereiche an 92 % der Handelstage einen positiven Ertrag (versus 91 % in 2009).

Ökonomischer Kapitalbedarf für unser Trading Market Risk

Der aus unseren Handelsbereichen resultierende Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko betrug 6,4 Mrd € zum Jahresende 2010 gegenüber 4,6 Mrd € zum Jahresende 2009. Das gehandelte Ausfallrisiko stieg um 1,0 Mrd €, in erster Linie aufgrund von Modellverbesserungen und konservativerer Liquiditätsannahmen. Das Traded Market Risk stieg um 0,8 Mrd €, getrieben durch Modellverbesserungen, teilweise ausgeglichen durch einen Abbau von Altbestandsportfolios (Legacy Portfolios). Der Beitrag der Postbank zu unserem Ökonomischen Kapitalbedarf für unser Trading Market Risk war minimal.

Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Unsere Nontrading Market Risk Management-Teams sind verantwortlich für eine Anzahl von Marktrisiken, die aus verschiedenen Geschäftsaktivitäten und Initiativen hervorgehen. Aufgrund der Komplexität und Vielfalt der Risiken, die im Bereich Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten abzudecken sind, teilen sich drei Teams die Verantwortung für das Management dieser Risiken:

- Das Nontrading Market Risk Management-Team innerhalb unserer Market Risk Management-Funktion deckt Marktrisiken in PBC, GTB, PWM, Corporate Investments sowie strukturelle Risiken aus Währungsgeschäften, Aktienvergütungen und Pensionsverpflichtungen ab.
- Das Principal Investments-Team innerhalb der Kreditrisikomanagement-Funktion ist auf die Risikoaspekte unserer Nichthandelsaktivitäten im Bereich Alternative Assets spezialisiert und überprüft monatlich das Risikoprofil der diesbezüglichen Portfolios.
- Die Asset Management Risk-Einheit innerhalb unserer Kreditrisikomanagement-Funktion konzentriert sich auf die Risikoaspekte unseres Asset Management- und Fondsgeschäfts. Beachtenswerte Risiken in diesem Bereich entstehen beispielsweise aus Erfolgs- und/oder Kapitalgarantien sowie Reputationsrisiken im Zusammenhang mit der Verwaltung von Kundengeldern.

Die Konsolidierung der Postbank im Dezember 2010 hat zu einer signifikanten Änderung in unserem Aktienkursrisikoprofil aus Nichthandelsaktivitäten geführt. Früher wurde, einzig basierend auf der Höhe unseres Minderheitsanteils, ein Zuschlag für Ökonomisches Kapital auf unser Strategic Investment Portfolio gerechnet. Seit der Konsolidierung, wird das Ökonomische Kapital für alle Risikokategorien (Kreditrisiko, Marktrisiko auf Handels- und Nichthandelsaktivitäten, Operationelles Risiko und Allgemeines Geschäftsrisiko) für die gesamte Postbank eingerechnet.

Der überwiegende Teil der Zins- und Währungsrisiken aus nicht handelsbezogenen Aktiva und Passiva, exklusive Postbank, wurde durch interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher im Konzernbereich Corporate & Investment Bank übertragen. Somit wird das Risiko dort auf Value-at-Risk-Basis gesteuert und in unseren handelsbezogenen Value-at-Risk-Zahlen wiedergegeben. Hinsichtlich der verbleibenden Risiken, die durch diese Absicherungsgeschäfte nicht übertragen wurden, werden Währungsrisiken in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, sodass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. Ferner sind bei diesen verbleibenden Positionen nur moderate Zinsrisiken vorhanden, die sich aus Fristeninkongruenzen zwischen Verbindlichkeiten und Investments ergeben. Im Gegensatz zu diesem Vorgehen führt die Postbank den überwiegenden Teil der offenen Zinsrisikoposition im Anlagebuch. Obwohl dieses Zinsrisiko für sich betrachtet als materiell einzustufen ist, wird der Einfluss vernachlässigbar, wenn es mit den Risikopositionen der Deutschen Bank verbunden wird.

Es gibt jedoch eine wichtige Ausnahme bezüglich des Währungsrisikos, den wir als strukturelles Währungsrisiko bezeichnen. Diese Risikoposition ergibt sich aus Kapital- und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften, vorwiegend in den USA und Großbritannien. Sie repräsentiert den Großteil des Währungsrisikos in unseren Nichthandelsaktivitäten.

Abgesehen von den genannten Risikoarten hat unsere Nontrading Market Risk Management-Funktion auch die Aufgabe, andere Risikopositionen zu überwachen und zu steuern, die sich aus der Aktienvergütung und Pensionsverpflichtungen ergeben. Sie managt zudem die Risiken aus den Asset Management-Aktivitäten, insbesondere resultierend aus Garantiefonds. Zudem unterliegen unsere Geschäfte in PBC, GTB und PWM hinsichtlich der Kundeneinlagen einem Modellrisiko. Dieses Risiko tritt zutage, wenn das Kundenverhalten bei Zinsschwankungen substanziell von den historischen Erfahrungswerten abweicht.

Das Capital and Risk Committee beaufsichtigt unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikopositionen. Das Group Investment Committee beurteilt strategische Beteiligungsvorschläge. Je nach Größe der vorgeschlagenen strategischen Akquisitionen müssen diese vom Group Investment Committee, vom Vorstand oder sogar vom Aufsichtsrat genehmigt werden. Die Entwicklung unserer strategischen Beteiligungen wird vom Group Investment Committee regelmäßig überprüft. Mehrere Mitglieder des Capital and Risk Committee gehören auch dem Group Investment Committee an, wodurch eine enge Verknüpfung der beiden Gremien gewährleistet wird.

Bewertung des Marktrisikos in unseren Nichthandelsportfolios

Aufgrund der grundsätzlich statischen Eigenschaften dieser Positionen benutzen wir den Value-at-Risk nicht als Risikomaß für unsere Nichthandelsportfolios. Stattdessen verwenden wir zur Bewertung des Risikos Stresstestverfahren, die für jede Risikoklasse spezifisch sind und die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse und Änderungen des Kundenverhaltens im Zusammenhang mit Einlagenprodukten berücksichtigen. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Berechnung des Ökonomischen Kapitals, mithilfe dessen wir das Marktrisiko in unseren Nichthandelsportfolios aktiv überwachen und steuern. Zum Jahresende 2009 wurden mehrere Verbesserungen bezüglich der Abdeckung unseres nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios durch das Ökonomische Kapitalmodell eingeführt. Im Jahr 2010 wurde die Abdeckung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten durch Ökonomisches Kapital durch Einbeziehung einer Belastung mit Ökonomischem Kapital für die Pensionsverpflichtungen der Deutschen Bank vervollständigt.

Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios nach Geschäftsbereich

Die folgende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf für unsere Nichthandelsportfolios nach Geschäftsbereichen und schließt den Bedarf an ökonomischem Kapital für die Postbank, berechnet auf Basis unserer Methodologie, mit ein.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios		
CIB	1.351	890
PCAM	3.524	2.246
Corporate Investments	1.051	5.043
Consolidation & Adjustments	814	-277
Insgesamt	6.740	7.902

Der Anstieg im Bereich CIB um 461 Mio € beruhte auf verschiedenen neuen Investitionen.

Der überwiegende Teil der Änderungen in 2010 ist auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen, die zu einer Verminderung des nicht handelsbezogenen Ökonomischen Kapitals um 3,3 Mrd € führte. In diesem Zusammenhang wurde der Ökonomische Kapitalbedarf für die Postbank von Corporate Investments (4,3 Mrd €) auf Private & Business Clients (1 Mrd €) übertragen. Zusätzlich führte die Integration von Sal. Oppenheim zu einem Anstieg von 313 Mio € in PCAM.

Der überwiegende Teil der Consolidation & Adjustment-Änderung beruht auf einem Anstieg des strukturellen Währungsrisikos um 625 Mio €.

Buchwert und Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und den Ökonomischen Kapitalbedarf separat für unsere Nichthandelsportfolios.

in Mrd €	Buchwert		Ökonomischer Kapitalbedarf	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
Nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios				
Strategische Beteiligungen	1,8	7,6	0,6	4,9
Wichtigste Unternehmensbeteiligungen ¹	0,2	0,2	–	–
Sonstige Unternehmensbeteiligungen	4,4	0,9	1,8	0,2
darunter: neu integrierte Geschäftsbereiche	2,6	–	1,3	–
Alternative Assets	4,4	3,8	1,6	1,3
Principal Investments	2,0	2,0	0,7	0,7
Immobilien	2,3	1,7	0,9	0,6
Hedgefonds ²	0,1	0,1	–	–
Sonstige nichtgehandelte Marktrisiken ³	N/A	N/A	2,7	1,5
Insgesamt	10,8	12,5	6,7	7,9

¹ Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 4 Mio € am 31. Dezember 2010 und von 28 Mio € am 31. Dezember 2009.

² Es bestand ein geringfügiger Ökonomischer Kapitalbedarf in Höhe von 13 Mio € am 31. Dezember 2010 und von 17 Mio € am 31. Dezember 2009.

³ N/A gibt an, dass das Risiko mehrheitlich bezogen ist auf außerbilanzielle Positionen oder Verbindlichkeiten.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für diese nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios belief sich zum Jahresende 2010 auf insgesamt 6,7 Mrd € und war damit um 1,2 Mrd € oder 15 % niedriger als der Ökonomische Kapitalbedarf zum Jahresende 2009.

- **Strategische Beteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2010 in Höhe von 0,6 Mrd € resultierte hauptsächlich aus unseren Beteiligungen an der Hua Xia Bank Company Ltd. sowie Abbey Life Assurance Company.
- **Wichtigste Industriebeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2010 betrug 4 Mio €. Da die meisten dieser wichtigsten Industriebeteiligungen in den Vorjahren veräußert wurden, markieren die verbleibenden Positionen für uns kein materielles Risiko mehr.
- **Sonstige Unternehmensbeteiligungen.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für unsere sonstigen Unternehmensbeteiligungen zum Jahresende 2010 belief sich auf 1,8 Mrd €. Von dem Anstieg von insgesamt 1,6 Mrd € entfielen 1,3 Mrd € auf das neu konsolidierte Geschäft der Postbank und von Sal. Oppenheim/BHF-BANK. Der ökonomische Kapitalbedarf wurde an unsere Methodologie für das Ökonomische Kapital angepasst. Neu hinzugerechnet zu dieser Kategorie wurde eine restrukturierte nachrangige Kreditfazilität mit signifikantem Eigenmittelcharakter. Nach Diversifikation entfielen auf diese 253 Mio €.
- **Alternative Assets.** Unsere Alternative Assets umfassen Principal Investments, Immobilieninvestments (einschließlich Mezzanine Debt) sowie kleine Investments in Hedgefonds. Principal Investments setzen sich zusammen aus direkten Investments in Private Equity, Mezzanine Debt, kurzfristigen Investments in Financial Sponsor Leveraged Buy-out-Fonds, Bridge Capital für Leveraged Buy-out-Fonds sowie Private-Equity-bezogenen Geschäften. Das Alternative-Asset-Portfolio weist eine gewisse Konzentration bei Infrastruktur- und Immobilienanlagen auf. Die jüngsten Marktentwicklungen haben jedoch die Möglichkeiten zur Reduzierung dieses Portfolios limitiert. Dies bleibt dennoch unsere Absicht – vorausgesetzt, günstige Marktbedingungen ermöglichen es.

— **Sonstige nicht handelsbezogene Marktrisiken:**

- **Zinsrisiko.** Das Zinsrisiko ist hauptsächlich getrieben durch die Fristentransformation der vertraglich kurzfristigen Einlagen. Die effektive Laufzeit der vertraglich kurzfristigen Einlagen basiert auf beobachtbarem Kundenverhalten, der Elastizität der Einlagen bezüglich der Marktzinssätze (DRE), der Volatilität der Einlagenhöhe und der eigenen Deutsche Bank Credit Spreads. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird abgeleitet durch Stressen der Modellannahmen, insbesondere des DER, für die effektive Laufzeit täglich fälliger Einlagen. Am 31. Dezember 2010 betrug unser Ökonomischer Kapitalbedarf 435 Mio € und wurde hauptsächlich durch PBC, unter Einbeziehung der DB Bauspar, getrieben. Verhaltens- und wirtschaftliche Profile werden bei der Berechnung der effektiven Laufzeit berücksichtigt, ebenso wie optionale Ziehungen in unserem Baufinanzierungsgeschäft.
- **Aktienvergütungsrisiken.** Risiko aufgrund einer strukturellen Shortposition in Bezug auf den Kurs der Deutsche Bank-Aktie aus Restricted Equity Units. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2010 betrug minus 272 Mio € auf diversifizierter Basis. Der negative Beitrag zu unserem diversifizierten Ökonomischen Kapital leitet sich daraus ab, dass eine Reduzierung unseres Aktienkurses in einem Downsideszenario, wie es durch das Ökonomische Kapital dargestellt wird, zu einem verringerten negativen Einfluss der Verpflichtungen zur Aktienvergütung auf unser Kapital führen würde.
- **Pensionsrisiken.** Das Risiko resultierend aus unseren leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Kreditmargenrisiko, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf, ohne Postbank, betrug 146 Mio € zum 31. Dezember 2010. Der Ökonomische Kapitalbedarf auf der Ebene der Deutsche Bank Gruppe für die Pensionsrisiken der Postbank betrug 33 Mio €.
- **Strukturelle Währungsrisiken.** Unser Währungsrisiko aus nicht währungskursgesicherten Kapital und Gewinnrücklagen in Nicht-Euro-Währungen in bestimmten Tochtergesellschaften. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf auf diversifizierter Basis betrug 927 Mio € zum 31. Dezember 2009.
- **Asset Management-Garantiefonds.** Unser Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 1,4 Mrd €.

In den Gesamtzahlen des Ökonomischen Kapitals für nichthandelsbezogene Marktrisiken ist gegenwärtig kein Diversifikationseffekt zwischen diesen unterschiedlichen Vermögensklassen berücksichtigt, mit Ausnahme von Aktienvergütungsprogrammen und strukturellen Währungsrisiken sowie Risiken aus Pensionsverpflichtungen.

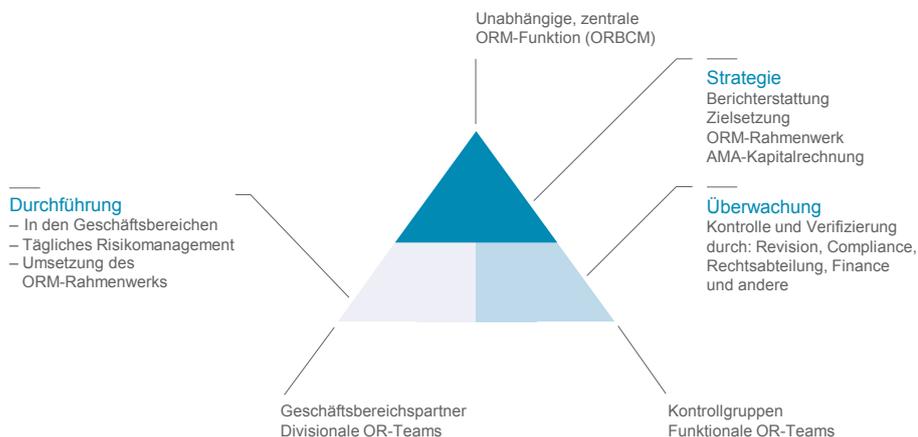
Operationelles Risiko

Organisationsstruktur

Der Head of Operational Risk & Business Continuity Management führt den Vorsitz im Operational Risk Management Committee, das ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee ist und sich aus den Operational Risk Officers unserer Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen zusammensetzt. Es ist das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements.

Während die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen für das tägliche Management operationeller Risiken verantwortlich sind, ist die Operational Risk & Business Continuity Management-Funktion für die Steuerung bereichs- und regionenübergreifender operationeller Risiken sowie Risikokonzentrationen und die einheitliche Anwendung der Strategie für das operationelle Risikomanagement in allen Bereichen der Bank zuständig. Auf der Grundlage des nachfolgend dargestellten Business-Partnership-Modells gewährleisten wir eine enge Überwachung und ein verstärktes Bewusstsein für operationelle Risiken.

Business-Partnership-Modell des Operationellen Risikomanagements



Steuerung unseres operationellen Risikos

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikoneigung bestimmen und operationelle Risikothemen und -konzentrationen systematisch identifizieren, um Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definieren zu können.

Wir wenden verschiedene Techniken zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos an. Einige Beispiele:

- Wir führen systematische Risikoanalysen, Ursachenanalysen und Lessons-Learned-Aktivitäten bei Ereignissen von über 1 Mio € durch, um risikobehaftete Bereiche festzustellen und angemessene risikomindernde Maßnahmen zu definieren, deren Umsetzung anschließend überwacht wird. Voraussetzung für diese eingehenden Analysen und die zeitnahe Weitergabe von Informationen über die Entwicklung operationeller Risikoereignisse und über größere Einzelereignisse an den Konzernvorstand ist die kontinuierliche Erfassung sämtlicher Verluste über 10.000 €, die aus operationellen Risikoereignissen entstanden sind, in unserem „db-Incident Reporting System“.
- Wir nutzen systematisch Informationen über externe Ereignisse in der Bankenbranche, um sicherzustellen, dass vergleichbare Vorfälle nicht bei uns vorkommen.
- Wir verwenden Key Risk Indicators („KRI“), um unsere Organisation zeitnah auf mögliche bevorstehende Probleme aufmerksam zu machen. Sie ermöglichen uns die Überwachung der Kontrollkultur und des operationellen Risikoprofils und lösen risikomindernde Maßnahmen aus. Im KRI-System erfassen wir Daten auf Detailebene. Dies ermöglicht die Überwachung des geschäftlichen Umfelds und die vorausschauende Steuerung operationeller Risiken auf Basis von Frühwarnsignalen, die durch die KRIs angezeigt werden. Wir erfassen und überwachen wichtige operationelle Risikoindikatoren mit unserem System „db-Score“.
- In unserem Risk-and-Control-Self-Assessment („RCSA“-)Prozess, den wir mindestens jährlich und nach einem Bottom-up-Ansatz durchführen, werden Bereiche mit hohem Risikopotenzial identifiziert und Maßnahmen zur Risikominderung festgelegt. In der Regel werden RCSAs in unserem System „db-SAT“ durchgeführt. Wir führen regelmäßig Country Risk Workshops durch, um Risiken zu bewerten, die für Länder, in denen der Konzern operiert, und für lokale rechtliche Einheiten spezifisch sind, sowie um entsprechende Maßnahmen zur Risikominderung einzuleiten.
- Wir führen Szenarioanalysen durch, um interne und externe Verlustinformationen zu ergänzen und Maßnahmen aus diesen abzuleiten. Desgleichen führen wir regelmäßig Stresstests durch, um die Auswirkungen von extremen Situationen auf unser Kapital und unsere Gewinn- und Verlustrechnung zu analysieren.
- Die für die Geschäftsbereiche, die Länder, in denen der Konzern operiert, und ausgewählte Infrastrukturgruppen regelmäßig erstellten Berichte über unser operationelles Risikoprofil werden mit dem Senior Management der Abteilung besprochen und diskutiert. Die regelmäßige Überprüfung des Risikoprofils ermöglicht es uns, Änderungen des Risikoprofils der Geschäftseinheiten sowie Risikokonzentrationen im Konzern frühzeitig zu erkennen und entsprechende Korrekturmaßnahmen einzuleiten.
- Wir bewerten die Auswirkung von Änderungen unseres Risikoprofils zum Beispiel durch neue Produkte, Outsourcing und Akquisitionen.
- Mit unserem System „db-Track“ überwachen wir die Abarbeitung der identifizierten Maßnahmen zur Risikominderung, die über dieses System identifiziert wurden.
- Aufgrund des heterogenen Charakters von operationellen Risiken können diese in bestimmten Fällen nicht vollständig reduziert werden. In diesen Fällen werden operationelle Risiken dem „so niedrig wie wirtschaftlich sinnvoll“-Prinzip folgend reduziert, wobei die Kosten der Risikominderung den sich ergebenden Vorteilen gegenübergestellt und die Restrisiken formell akzeptiert werden.

— Wir führen sogenannte „Top-Risk“-Analysen durch, in denen die Ergebnisse der vorgenannten Aktivitäten berücksichtigt werden. Die „Top-Risk“-Analysen tragen vor allem zum jährlichen Strategie- und Planungsprozess für das operationelle Risikomanagement bei. Neben der strategischen und taktischen Planung des operationellen Risikomanagements legen wir Zielgrößen für unser Kapital und unseren erwarteten Verlust fest, die im Rahmen unseres vierteljährlichen Prognoseprozesses regelmäßig überwacht werden.

Messung unseres operationellen Risikos

Im Jahr 2010 haben wir Sal. Oppenheim (außer für die Teile, die zum Verkauf stehen) und die von der ABN AMRO erworbenen Commercial Banking Aktivitäten in den Niederlanden sowie das Global Agency Securities Lending-Geschäft der Dresdner Bank in unseren Prozess zum Management operationeller Risiken mit einbezogen. Obwohl die Postbank selbst ihr operationelles Risiko steuert, wurde die Postbank bereits in die Berechnung unseres Ökonomischen Kapitals auf einer mit der Methodologie der Deutschen Bank konsistenten Basis einbezogen. Begrenzungen der Datenverfügbarkeit können jedoch zu Portfolioeffekten führen, die nicht vollständig abgeschätzt werden können und dadurch zu Über- beziehungsweise Unterschätzung führen können. Die nachstehende Tabelle zeigt den Bedarf an ökonomischem Kapital für operationelle Risiken unserer Geschäftsbereiche für die angegebenen Perioden.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Ökonomischer Kapitalbedarf (für operationelle Risiken)		
CIB	2.735	2.822
PCAM	939	654
CI	8	17
Insgesamt	3.682	3.493

Das Ökonomische Kapital des Konzerns für operationelle Risiken erhöhte sich per 31. Dezember 2010 um 189 Mio € oder 5 % auf 3,7 Mrd €. Der insbesondere durch Akquisitionen (Postbank, BHF-BANK, die von der ABN AMRO erworbenen Commercial Banking-Aktivitäten in den Niederlanden sowie Sal. Oppenheim) erhöhte Bedarf an Ökonomischem Kapital wurde nur teilweise durch niedrigere Verlusthäufigkeiten aufgrund pro-aktiven operationellen Risikomanagements ausgeglichen.

Wir berechnen und messen das Ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken mittels des internen AMA-Modells. Das Ökonomische Kapital wird dabei aus dem 99,98%-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt und bietet einen Anreiz zum Management operationeller Risiken und zur Optimierung des Ökonomischen Kapitalbedarfs. Das aufsichtsrechtliche Kapital für operationelle Risiken basiert auf dem 99,9%-Quantil. Unsere interne Berechnung des AMA-Kapitals basiert auf dem Verlustverteilungsansatz. Bruttoverluste bereinigt um direkte Rückerstattungen aus historischen internen und externen Verlustdaten (vom Operational Riskdata eXchange Association „ORX“ Konsortium und einer öffentlichen Datenbank) sowie Szenariodaten werden für die Bewertung des Risikoprofils (das heißt Verteilung von Verlusthäufigkeit und -höhe) genutzt. Anschließend wird die Verteilung von Verlusthäufigkeit und Verlusthöhe in einer Monte Carlo-Simulation zusammengeführt, um über einen Zeitraum von einem Jahr Verluste zu prognostizieren. Schließlich werden die risikomindernden Versicherungseffekte auf jeden in der Monte Carlo-Simulation generierten Verlust angewandt. Die positiven Effekte aus der Korrelation und Diversifikation werden gemäß aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf den Nettoverlust angewandt, um eine Verteilung von Nettoverlusten auf Konzernebene zu ermitteln, die erwartete und unerwartete Verluste abdeckt. Das Kapital wird anschließend den Geschäftsbereichen zugeordnet und es werden sowohl die qualitative Anpassung (QA) als auch der Abzug erwarteter Verluste vorgenommen.

Die QA spiegelt die Effektivität und den Erfolg der täglichen Steuerung operationeller Risiken durch KRIs und RCSAs wider, die auf das Geschäftsumfeld und interne Kontrollfaktoren fokussieren. Die QA wird als prozentuale Anpassung an den finalen Kapitalwert angewandt. Dieser Ansatz macht die QA für das Management der Geschäftsbereiche erkennbar und gibt Feedback zu deren Risikoprofil und Erfolg bei der Steuerung operationeller Risiken. Er schafft damit einen Anreiz für die Geschäftsbereiche, das Management der operationellen Risiken in ihren Bereichen kontinuierlich zu verbessern.

Der erwartete Verlust aus dem operationellen Risiko basiert auf der historischen Verlusterfahrung und Expertenmeinung, wobei geschäftliche Veränderungen berücksichtigt werden, welche die erwarteten Kosten von operationellen Verlusten der Geschäftstätigkeit kennzeichnen. Soweit der erwartete Verlust in den Geschäftsbereichsplänen berücksichtigt wurde, wird dieser vom AMA-Kapitalwert abgezogen.

Die unerwarteten Verluste für die Geschäftsbereiche (nach QA und erwartetem Verlust) werden zusammengefasst, um den AMA-Kapitalwert des Konzerns zu ermitteln.

Seit dem Geschäftsjahr 2008 haben wir die Genehmigung der BaFin für den Advanced Measurement Approach („AMA“) aufrechterhalten. Die aufsichtsrechtliche Genehmigung zur Integration der Postbank in unsere Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals wird unsererseits noch erwartet.

Unser Stresstestkonzept für das Operationelle Risikomanagement

Im Rahmen unseres Stresstestkonzepts sorgen wir dafür, dass operationelle Risiken hinreichenden und angemessenen Tests unterzogen werden. Unsere AMA-Methodik beinhaltet bereits Stresstestelemente wie externe Daten, die extreme Datenpunkte sowie historische Verlusterfahrung aus mindestens 25 Jahren enthalten. Beide Faktoren werden herangezogen, um die Verteilung der Verlusthöhe darzustellen. Ergänzend führen wir Sensitivitätsanalysen und konzernweite Stresstests einschließlich Reverse Stresstests durch.

Aufgabe von Corporate Insurance/Deukona

Für die Definition der Versicherungsstrategie des Konzerns und die Erstellung der dazugehörigen Konzernrichtlinien und Vorschriften zeichnet unser Expertenteam von Corporate Insurance/Deukona („CI/D“) verantwortlich. CI/D ist für die Erstellung der Konzernrichtlinie Corporate Insurance verantwortlich, die vom Konzernvorstand genehmigt wird.

CI/D ist für den Erwerb von Versicherungsschutz und die Verhandlung von Vertragsbedingungen sowie Versicherungsprämien verantwortlich. Zu den Aufgaben von CI/D gehört darüber hinaus die Zuordnung von Versicherungsprämien auf die Geschäftsbereiche. Die Experten von CI/D unterstützen bei der Entwicklung der Methode zur Darstellung des Versicherungsschutzes in den Kapitalberechnungen und bei der Ermittlung von Parametern, welche die aufsichtsrechtlichen Anforderungen widerspiegeln. Sie validieren die Einstellungen der Versicherungsparameter, die im AMA-Modell genutzt werden und liefern relevante Aktualisierungen. CI/D beteiligt sich aktiv an den Initiativen der Branche, den Versicherungseffekt in den Ergebnissen der Kapitalberechnungen zu reflektieren.

Wir erwerben Versicherungsschutz, um uns gegen unerwartete und erhebliche unvorhersehbare Verluste abzusichern. Die eingesetzten Verfahren zur Feststellung sowie Definition und Schätzung des Versicherungsumfangs basieren auf den anerkannten sinnvollsten, aktuellsten und/oder Vergleichsmaßstäbe setzenden Versicherungsbedingungen. Die maximale Leistung für ein versichertes Risiko berücksichtigt die Verlässlichkeit des Versicherers und das Kosten-Nutzen-Verhältnis, insbesondere in Fällen, in denen der Versicherungsmarkt versucht, den Versicherungsschutz mithilfe von einschränkenden/eingrenzenden Formulierungen in Versicherungsverträgen und spezifischen Ausschlussklauseln einzuschränken.

Wir betreiben eine Reihe von eigenen Versicherungsunternehmen, die sowohl Erst- als auch Rückversicherer sind. Die Versicherungsverträge werden jedoch erst dann zur Modellierung/Berechnung der versicherungsbezogenen Verringerung von Kapitalanforderungen für das operationelle Risiko herangezogen, wenn das Risiko am externen Versicherungsmarkt rückversichert ist.

Das regulatorische Kapital beinhaltet eine Reduzierung aufgrund von Versicherungsdeckung in Höhe von 467 Mio €. Aktuell werden außer Versicherungen keine anderen Risikotransfertechniken im AMA-Modell berücksichtigt.

CI/D wählt die Versicherungspartner unter strenger Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen gemäß der Solvabilitätsverordnung und der „Empfehlung des Fachgremiums Operationelle Risiken zur Berücksichtigung von Versicherungen im fortgeschrittenen Messansatz“. Das Versicherungsportfolio sowie CI/D-Aktivitäten werden von Group Audit regelmäßig geprüft.

Operationelle Risiken der Postbank

Der Ansatz der Postbank bezüglich des Managements operationeller Risiken ist weitgehend mit dem Ansatz der Deutschen Bank vergleichbar. Der Vorstand der Postbank ist alleinverantwortlich für das Management, die Kontrolle und die Überwachung der operationellen Risiken. Das Operational Risk Committee („ORK“), das vom Vorstand der Postbank eingesetzt wurde, definiert die Strategie und das Rahmenwerk zur Überwachung operationeller Risiken. Das tägliche Management operationeller Risiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Geschäftseinheiten der Postbank. Strategische Parameter zum Management operationeller Risiken, sowohl qualitative als auch quantitative, sind Teil der Gesamtstrategie.

Innerhalb der Postbank wurde der Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken sowohl für die Postbank als Ganzes als auch für die vier Geschäftsbereiche individuell unter Nutzung eines internen Kapitalmodells zur Berechnung der Kapitalanforderungen für operationelle Risiken bestimmt. Die Postbank hat für ihr AMA-Modell im Dezember 2010 die Genehmigung der BaFin erhalten.

Im Rahmen der Konsolidierung der Postbank wurde der Bedarf an Ökonomischem Kapital für operationelle Risiken unter Nutzung der Deutsche Bank Methodik zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken neu berechnet. Diese Berechnung basiert auf zusammengefassten Daten der Deutsche Bank Gruppe und der Postbank. Das Ergebnis dieser Berechnung wird in diesem Bericht in aggregierter Form im Kapitel „Gesamtrisikoposition“ wiedergegeben.

Liquiditätsrisiko Deutsche Bank-Konzern (ohne Postbank)

Das Liquiditätsrisikomanagement stellt sicher, dass wir stets in der Lage sind, unsere Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen. Im Jahr 2010 hat unser Liquiditätsrisikomanagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Liquidität und zum Management einer soliden Finanzierungsstruktur geleistet.

Konzept des Liquiditätsrisikomanagements

Der Vorstand legt die Liquiditätsrisikostategie fest, die im Besonderen die Risikotoleranz für Liquiditätsrisiken enthält, die von der Treasury und dem Capital and Risk Committee vorgeschlagen wird. Mindestens einmal im Jahr überprüft und genehmigt der Vorstand die gruppenweiten Limite zur Messung und Kontrolle von Liquiditätsrisiken sowie den langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplan.

Wie in der Liquiditätsrisikostrategie dargelegt, ist unsere Treasury-Funktion für die Steuerung des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos der Deutschen Bank weltweit verantwortlich. Aufgabe des Liquiditätsrisikomanagements ist es, die Liquiditätsrisikoposition der Gruppe zu identifizieren, zu messen und zu steuern. Treasury berichtet die Liquiditäts- und Refinanzierungslage der Bank mindestens wöchentlich im Rahmen der Liquidity Scorecard an den Vorstand. Unser Liquiditätsrisikomanagement beginnt regelmäßig mit der Steuerung der täglichen Zahlungen, der Planung erwarteter Cashflows und der Sicherstellung unseres Zugangs zu Zentralbanken (operative Liquidität). Anschließend folgt das taktische Liquiditätsrisikomanagement, das sich mit dem Zugang zu besicherten und unbesicherten Marktfinanzierungsquellen beschäftigt. Schließlich findet im Rahmen der strategischen Komponente das Aufstellen eines Fälligkeitenprofils sämtlicher Aktiva und Passiva in unserer Bilanz (Liquiditätsablaufbilanz) sowie die Festlegung unserer Emissionsstrategie statt.

Unser cashflowbezogenes Reportingsystem liefert tägliche Liquiditätsrisikoinformationen für das globale und regionale Management.

Stresstests und Szenarioanalysen spielen in unserem Konzept des Liquiditätsrisikomanagements eine zentrale Rolle. Hierzu gehört auch eine Bewertung der Liquidität der Aktiva, das heißt der Liquiditätseigenschaften unseres Bestands an Vermögenswerten, unter verschiedenen Stressszenarien, sowie die Analyse von bedingten Zahlungsverpflichtungen aus außerbilanziellen Verpflichtungen. Die monatlichen Stresstestergebnisse dienen dazu, unsere kurzfristigen Wholesale-Refinanzierungslimits (sowohl für unbesicherte als auch für besicherte Refinanzierung) festzulegen, und somit sicherzustellen, dass die Bank innerhalb der generellen Liquiditätsrisikotoleranz des Vorstands bleibt.

Kurzfristige Liquidität und Refinanzierung über den Wholesalemärkte

Unser gruppenweites Reportingsystem verfolgt alle vertraglichen Cashflows aus der Refinanzierung über den Wholesalemärkte auf täglicher Basis über eine Zeitspanne von 12 Monaten. Das System erfasst sämtliche Cashflows sowohl aus unseren unbesicherten als auch aus unseren besicherten Finanzierungstransaktionen. Die Limits für eine Refinanzierung über den Wholesalemärkte, die von den Ergebnissen unserer Stresstests abgeleitet und vom Vorstand genehmigt werden, stellen unsere Maximaltoleranz für Liquiditätsrisiken dar. Diese Limits werden auf die globalen Nettoabflüsse angewandt und täglich überwacht. Unsere Liquiditätsreserven stellen die primären Gegensteuerungsmaßnahmen für Stress in den kurzfristigen Wholesale Refinanzierungsmärkten dar. Auf Ebene der rechtlichen Einheiten können wo es zweckmäßig und angemessen erscheint einzelne Liquiditätsabflusslimits gesetzt werden, die ein breiteres Spektrum an Cashflows begrenzen.

Unbesicherte Finanzierungsmittel

Die Aufnahme unbesicherter Finanzierungsmittel ist nur in begrenztem Umfang möglich. Unbesicherte Finanzierungsmittel setzen sich zusammen aus allen externen am Markt aufgenommenen Verbindlichkeiten, unabhängig von Instrument, Währung oder Laufzeit. Die unbesicherten Finanzierungsmittel werden auf regionaler Basis erfasst und in einem globalen Bericht zusammengeführt. Im Rahmen der Liquiditätsrisikostrategie genehmigt der Vorstand Limits, um unseren Zugang zu unbesicherten Finanzierungsmitteln zu attraktiven Konditionen zu sichern.

Diversifikation der Finanzierungsmittel

Die Diversifikation unseres Refinanzierungsprofils nach Anlegerkategorien, Regionen, Produkten und Instrumenten ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Liquiditätsrisikomanagements. Unsere Kernfinanzierungsmittel stammen von Privatkunden, langfristigen Kapitalmarktinvestoren und den Kunden von Transaction Banking. Andere Kundeneinlagen sowie Geldaufnahmen von anderen Banken sind weitere Finanzierungsquellen.

Letztere werden primär zur Finanzierung der liquiden Aktiva eingesetzt. Um die weitgehende Diversifizierung der Refinanzierungsmittel sicherzustellen, halten wir eine Pfandbrieflizenz die uns die Emission von Hypothekendarlehen ermöglicht.

In 2010 haben wir unseren Schwerpunkt weiterhin auf den Ausbau unserer stabilen Kernfinanzierungsquellen gesetzt, und die Nutzung der kurzfristigen diskretionären Wholesalerefinanzierung dessen ungeachtet auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten. Der Anteil der diskretionären Wholesalerefinanzierung ist über verschiedene Produkte (zum Beispiel CD, CP sowie Termin, Call- und Tagesgelder) sowie Laufzeiten diversifiziert. Die Akquisition der Postbank erhöhte deutlich das Volumen der stabilsten Refinanzierungsmittel. Der Status der Postbank als regulierte Bank und gelistetes Unternehmen, kann unseren Zugang zu dieser Liquidität einschränken.

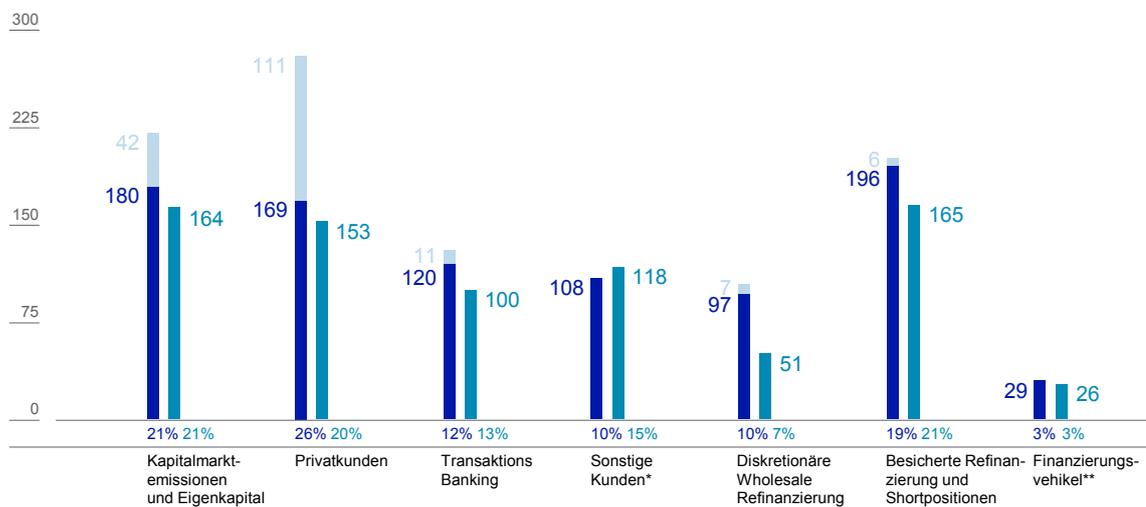
Das Gesamtvolumen an diskretionärer Wholesalerefinanzierung und besicherter Refinanzierung schwankte zwischen den Berichtszeitpunkten basierend auf den zugrunde liegenden Geschäftsaktivitäten. Die höheren Volumina, vor allem in der besicherten Refinanzierung sind größtenteils durch höhere kundenbezogene Wertpapierfinanzierungsgeschäfte sowie einen Anstieg der Handelsbestände zwischen den Quartalsenden getrieben. Der Anstieg innerhalb der diskretionären Wholesalerefinanzierungen im Jahr 2010 reflektierte im Wesentlichen den Anstieg in Geldanlagen und liquiden Handelsaktiva im Konzernbereich Corporate Banking & Securities.

Um eine ungewollte Abhängigkeit von diesen kurzfristigen Refinanzierungsquellen zu vermeiden und ein gesundes Refinanzierungsprofil am kurzen Ende sicherzustellen, das im Einklang mit der definierten Risikotoleranz steht, haben wir Limite (über die Zeitachse) für diese Finanzierungsquellen implementiert, die von der Stresstestanalyse abgeleitet sind.

Die folgende Grafik zeigt die Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen (auf konsolidierter Basis unter Berücksichtigung der Postbank, die separat in der Grafik ausgewiesen ist), die zur Liquiditätsrisikoposition zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2009 beitragen. Sie sind jeweils in Mrd € sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt dargestellt.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen

in Mrd €



am 31. Dezember 2010: ■ Deutsche Bank 897 Mrd €, ■ Postbank 178 Mrd €; gesamt 1.075 Mrd €;
am 31. Dezember 2009: ■ gesamt 777 Mrd €

* Sonstige Kunden enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime Brokerage-Geschäft (netto).

** Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme: Derivative & Abwicklungssalden 706 Mrd € (620 Mrd €), Hinzurechnung Nettingeffekte für Margin & Prime Brokerage Barsalden (auf Nettobasis) 61 Mrd € (51 Mrd €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 63 Mrd € (53 Mrd €), jeweils zum 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009; Beträge können aufgrund Rundungen Summenabweichungen ergeben.

Liquiditätsablaufbilanz

In die Liquiditätsablaufbilanz (Funding Matrix) stellen wir alle für das Refinanzierungsprofil relevanten Aktiva und Passiva nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder ein. Da handelbare Wertpapiere in der Regel liquider sind, als ihre vertraglichen Laufzeiten erkennen lassen, haben wir individuelle Liquiditätsprofile erstellt, die deren relativen Liquiditätswert zeigen. Aktiva und Passiva aus dem Retail Banking, die üblicherweise unabhängig von den geltenden Kapitalmarktbedingungen erneuert oder verlängert werden (Immobilienfinanzierungen und Retail-einlagen), ordnen wir entsprechend der erwarteten Prolongation bestimmten Zeitbändern zu. Wholesaleprodukte stellen wir entsprechend ihren vertraglichen Laufzeiten ein.

Die Liquiditätsablaufbilanz zeigt für jedes Zeitband einen Überschuss beziehungsweise Fehlbestand an Finanzierungsmitteln und ermöglicht die Steuerung offener Liquiditätspositionen. Die Liquiditätsablaufbilanz bildet zusammen mit der strategischen Liquiditätsplanung, die das Angebot und die Nachfrage nach Refinanzierungsmitteln über alle Geschäftsbereiche hinweg prognostiziert, eine wichtige Grundlage für unseren jährlichen Emissionsplan. Nach Genehmigung durch das Capital and Risk Committee und den Vorstand werden unsere

Emissionsziele nach Laufzeit, Volumen und Instrument festlegt. Per Jahresende 2010 haben wir in allen jährlichen Laufzeitbändern der Liquiditätsablaufbilanz (Jahr 2 – 10) Überschüsse ausgewiesen.

Insgesamt hat Treasury im Jahr 2010 Kapitalmarktinstrumente in Höhe von etwa 22,9 Mrd € begeben, 3,9 Mrd € mehr, als im ursprünglichen Emissionsplan vorgesehen.

Für Informationen bezüglich des Laufzeitprofils unserer langfristigen Verbindlichkeiten verweisen wir auf Note 30 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)“ des Konzernabschlusses.

Transfer Pricing

Wir unterhalten ein Transfer-Pricing-Konzept, das für alle Geschäftsbereiche bindend ist. Somit wird sicherstellt, dass die Preise (i) für Aktiva im Einklang mit deren zugrunde liegendem Liquiditätsrisiko, (ii) für Passiva im Einklang mit deren Liquiditätswert und (iii) für bedingte Zahlungsverpflichtungen im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung von ausreichenden Liquiditätsreserven gestellt werden, die benötigt werden, um die unerwarteten Zahlungsrisiken abzudecken.

In diesem Transfer-Pricing-Konzept allozieren wir die Refinanzierungs- und Liquiditätskosten und Beiträge an alle Geschäftsbereiche und setzen im Rahmen der Liquiditätsrisikorichtlinien finanzielle Anreize. Transferpreise unterliegen den Laufzeitaufschlägen in Abhängigkeit der Marktbedingungen. Die Liquiditätsprämien werden von Treasury festgelegt und in einem segregierten Liquiditätskonto ausgewiesen. Das Treasury-Liquiditätskonto spiegelt die aggregierten langfristigen Liquiditätskosten wider. Die Steuerung und Kostenallokation des Liquiditätskontos ist die wichtigste Stellgröße für die Transferpreis-Refinanzierungskosten in der Deutschen Bank.

Stresstests und Szenarioanalysen

Wir verwenden Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf unsere Liquiditätsposition. Diese Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen (wie dem Börsencrash des Jahres 1987, dem US-amerikanischen Liquiditätsengpass von 1990 und den Terrorangriffen des 11. September 2001), auf Fallstudien von Liquiditätskrisen oder auf hypothetischen Modellen.

Diese Szenarien berücksichtigen auch neue Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich aus der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: länger anhaltende Disfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, eingeschränkte Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, und sonstige systemische Nebenwirkungseffekte. Die Szenario-Typen umfassen institutsspezifische Ereignisse (zum Beispiel Bonitätsherabsetzung), marktbedingte Ereignisse (zum Beispiel systemisches Marktschockszenario) sowie die Kombination beider Ereignisse. Dieses Szenario analysiert ein systemisches Marktschockszenario in Kombination mit einer mehrstufigen Bonitätsherabsetzung.

Bei jedem dieser Szenarien wird angenommen, dass alle fällig werdenden Forderungen an Kunden vollständig prolongiert und refinanziert werden müssen, wobei die Prolongation der Verbindlichkeiten teilweise eingeschränkt ist und somit eine Finanzierungslücke entsteht. Darüber hinaus analysieren wir den potenziellen Refinanzierungsbedarf aus außerbilanziellen Verbindlichkeiten (zum Beispiel Ziehungen unter Kreditfazilitäten und gestiegene Besicherungsanforderungen), die unter Stress entstehen können. Danach werden die notwendigen Schritte bestimmt, um den Nettobedarf an Finanzierungsmitteln auszugleichen. Die Gegenmaßnahmen beinhalten den Bestand an unbesicherten Vermögenswerten in den Geschäftsbereichen, die verfügbaren liquiden Zahlungsmittel (die zusätzlich zu den liquiden Zahlungsmitteln vorhanden sind, die integraler Bestandteil der Clearing- und Settlement-Aktivitäten sind), sowie die strategische Liquiditätsreserve.

Die Analyse der Liquidität der Aktiva ist daher ein integraler Bestandteil von Stresstests, mithilfe derer wir die Volumina und Verbuchungsorte unseres konsolidierten Bestands an ohne Sicherheiten refinanzierten liquiden Aktiva bestimmen, die wir zur Generierung von Liquidität über besicherte Finanzierungstransaktionen einsetzen können. Die Wertpapierbestände setzen sich aus einer breiten Palette unterschiedlicher Wertpapierklassen zusammen. Zunächst trennen wir in jedem Bestand die illiquiden von den liquiden Wertpapieren. Anschließend werden den liquiden Wertpapierklassen Liquiditätswerte zugeordnet. Die Liquidität dieser Aktiva ist ein entscheidender Schutz vor kurzfristigen Liquiditätsengpässen.

Darüber hinaus hält die Bank vorwiegend mit Zentralbanken umfangreiche liquide Mittel, die zusätzlich zu den erforderlichen Reserven zur Unterstützung ihrer Clearingaktivitäten in Euro, US-Dollar und anderen Währungen weltweit vorgehalten werden.

Als separate Gegensteuerungsmaßnahme unterhalten wir eine spezielle strategische Liquiditätsreserve in Form hochliquider und zentralbankfähiger Wertpapiere in den führenden Weltwährungen zur Unterstützung unseres Liquiditätsprofils für den Fall potenziell sich verschlechternder Marktbedingungen. Das Volumen dieser strategischen Liquiditätsreserve ist eine Funktion der erwarteten Stresstestergebnisse. Die Größe und Komposition unterliegen der regelmäßigen Überprüfung durch den Konzernvorstand.

Die kurzfristig liquidesten Bestandteile mit der höchsten Qualität innerhalb der oben beschriebenen drei Kategorien werden aggregiert und separat als Liquiditätsreserven identifiziert. Diese Liquiditätsreserven beinhalten freie liquide Zahlungsmittel, hochliquide Staatsanleihen und andere zentralbankfähige Aktiva. Zum 31. Dezember 2010 überstiegen unsere Liquiditätsreserven ein Volumen von 145 Mrd €.

Stresstests sind vollständig in unser Liquiditätsrisikomanagement-Konzept integriert. Wir verfolgen unsere vertraglich vereinbarten Zahlungsströme pro Währung und Produkt über einen achtwöchigen Zeitraum (welchen wir als die kritischste Zeitspanne in einer Liquiditätskrise einschätzen) und wenden den jeweiligen Stressfall auf alle potenziellen Treiber der Risiken aus bilanziellen und außerbilanziellen Produkten an. Über den achtwöchigen Zeitraum hinaus bis zu zwölf Monate analysieren wir quartalsweise die Auswirkungen einer erweiterten Stressperiode, zusammen mit Gegensteuerungsmaßnahmen, die eine Veränderung des Geschäftsmodells beinhalten können. Die Stresstests des Liquiditätsrisikos liefern die Basis für unsere vom Vorstand genehmigten Notfallrefinanzierungspläne.

Unsere Stresstestanalysen geben Aufschluss darüber, ob wir unter kritischen Umständen genügend Liquidität aufbringen könnten, und liefern wichtige Informationen für die Festlegung unserer angestrebten Liquiditätsrisikoposition. Wir führen die Analyse monatlich durch. Die nachstehende Übersicht veranschaulicht diese angewandten Stresstestergebnisse zum 31. Dezember 2010. Für jedes Szenario zeigt sie unsere kumulative Finanzierungslücke über einen achtwöchigen Zeitraum nach Eintritt des auslösenden Ereignisses, die Liquidität, die wir zur Schließung der Lücke hätten aufbringen können, sowie die resultierende Nettoliquiditätsposition.

Szenario

in Mrd €	Finanzierungslücke ¹	Positionsschließung ²	Netto Liquiditätsposition
Systemisches Marktrisiko	50	164	114
Emerging Markets	14	169	155
Ereignisschock	15	138	123
Operationelles Risiko (DB-spezifisch)	12	167	155
Ratingherabstufung um eine Stufe (DB-spezifisch)	33	169	136
Ratingherabstufung auf A-2/P-2 (DB-spezifisch)	135	186	51
Kombiniert ³	142	173	31

¹ Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse.

² Liquiditätsgenerierung durch Gegensteuerung.

³ Kombiniertes Effekt aus systemischen Marktrisiken und Herabstufung auf A-2/P-2.

Angesichts der wachsenden Bedeutung des Liquiditätsmanagements im Finanzsektor betrachten wir es als wichtigen Beitrag zur Finanzstabilität, liquiditätsrisikobezogene Themen mit Zentralbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Marktteilnehmern zu diskutieren. Wir sind in einer Reihe von Liquiditätsarbeitsgruppen engagiert und beteiligen uns an Initiativen zur Schaffung eines Branchenstandards zur angemessenen Bewertung und Steuerung des Liquiditätsrisikos bei Finanzdienstleistern. Neben der internen Liquiditätssteuerung unterliegt die Liquidität deutscher Banken den Bestimmungen des Kreditwesengesetzes sowie den Vorschriften der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Wir halten alle anwendbaren Liquiditätsbestimmungen ein.

Liquiditätsrisiko – Postbank

Die operative Liquiditätsrisikosteuerung erfolgt grundsätzlich zentral im Ressort Financial Markets der Deutschen Postbank AG. Die BHW Bausparkasse AG, die ausländischen Tochtergesellschaften in New York und Luxemburg sowie die Niederlassung London steuern ihre Risiken eigenständig im Rahmen konzernweit einheitlicher Verfahren und Prozesse. Im Liquiditätsnotfall besteht eine eindeutige Verantwortung und Weisungsbefugnis des Liquiditätsnotfall-Krisengremiums gegenüber sämtlichen Bestandsverantwortlichen der Postbank sowie den Bestandsverantwortlichen der Tochtergesellschaften und Auslandsniederlassungen.

Der Postbank-Konzern hat in der übergreifenden Risikostrategie unter anderem die Grundlagen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken definiert. Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank nicht nur unter Normalbedingungen, sondern auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekenpfandbriefen.

In der Postbank analysiert der Bereich Markt Risiko Controlling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank-Konzerns auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung neben einer regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung sowie regelmäßigen Stresstests. Basierend auf den Stresstestergebnissen ist die Postbank der Auffassung, dass die Liquiditätsposition solide ist. Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis eines Anstiegs der Kundeneinlagen und des erheblichen Bestandes an EZB-fähigen Wertpapieren.

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verpflichtungen

Die folgenden Tabellen zeigen eine Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen zum 31. Dezember 2010 beziehungsweise 31. Dezember 2009.

31.12.2010

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	89.068	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	120.154	233.469	32.564	35.430	23.299
Handelspassiva ¹	68.859	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	647.171	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	32.332	101.163	8.474	8.056	3.736
Investmentverträge ²	–	572	888	1.367	5.071
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ³	852	141	256	1.113	4.257
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	4.456	1.848	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	2.384	14.570	3.056	1.585	23
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.024	54	–	–	198
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	49.904	13.439	1.495	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.695	11.647	16.879	80.713	58.153
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	2.434	4.481	5.335
Sonstige Finanzpassiva	119.693	6.160	268	516	22
Unwiderrufliche Kreditzusagen	100.273	–	–	–	–
Finanzgarantien	28.941	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.268.806	383.063	66.314	133.261	100.094

¹ Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Für das Hedge Accounting designierte Derivate sind mit ihrem Fair Value verzeichnet und werden in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung in unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

31.12.2009

in Mio €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	51.731	–	–	–	–
Verzinsliche Einlagen	117.960	126.598	14.649	21.362	11.987
Handelsspassiva ¹	64.501	–	–	–	–
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ¹	576.973	–	–	–	–
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	64.920	33.785	4.806	5.797	4.826
Investmentverträge ²	–	514	806	1.247	4.710
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen für Hedge Accounting erfüllen ³	946	–	10	392	2.455
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	3.824	1.884	–	–	–
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	1.349	38.292	104	37	5
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.028	54	16	–	466
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.830	17.370	632	–	–
Langfristige Verbindlichkeiten	1.856	2.044	20.373	67.837	41.011
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	–	–	746	3.991	5.840
Sonstige Finanzpassiva	120.731	6.705	375	233	60
Unwiderrufliche Kreditzusagen	63.662	–	–	–	–
Finanzgarantien	21.719	–	–	–	–
Insgesamt⁴	1.120.030	227.246	42.517	100.896	71.360

¹ Handelsspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden zum Fair Value ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Hedge Accounting nicht erfüllen, werden der Kategorie täglich fällig zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

³ Für das Hedge Accounting designierte Derivate sind mit ihrem Fair Value verzeichnet und werden in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung in unserer Erwartung auslaufen wird.

⁴ Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Wir halten die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering. Zinszahlungsströme sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Kapitalmanagement

Unsere Treasury-Funktion managt das Kapital konzernweit sowie lokal in jeder Region, mit Ausnahme der Postbank. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, profitable Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen. Aus diesem Grund ordnet unsere Treasury-Funktion den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert unsere Kapitalstrategie, die durch das Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist unser Ziel, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalnachfrage und -angebot werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Kapitalbedarf unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Seit Oktober 2008 liegt die Zielgröße des Konzerns für die Tier-1-Kapitalquote weiterhin bei oder über 10%.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung unseres Finanzierungsplans und ähnliche Fragen werden vom Capital and Risk Committee erörtert.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten unserer Tochtergesellschaften unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury-Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen ab. Insgesamt wurden 308,6 Millionen neue registrierte nennwertlose Stammaktien ausgegeben, die zu einem Bruttoemissionserlös in Höhe von 10,2 Mrd € führten. Der Nettoemissionserlös betrug 10,1 Mrd € (nach Abzug der Aufwendungen von annähernd 0,1 Mrd € nach Steuern) und wurde vorwiegend zur Abdeckung des Kapitalbedarfs für die Konsolidierung der Postbank sowie ergänzend zur Erhöhung des bestehenden Kapitals verwendet.

Treasury führt den Rückkauf von Aktien durch. Zum 1. Januar 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 0,6 Millionen. Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. In der Zeit vom 1. Januar 2010 bis zur ordentlichen Hauptversammlung 2010 wurden 11,1 Millionen Aktien (2 % der emittierten Aktien) zurückgekauft. Davon wurden 10,6 Millionen Aktien zu Aktienvergütungszwecken eingesetzt. Zur ordentlichen Hauptversammlung 2010 am 27. Mai 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 1,0 Millionen. Die ordentliche Hauptversammlung 2010 erteilte dem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende November 2014 zurückzukaufen. Davon können 31,0 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2010 bis zum 31. Dezember 2010 wurden 18,8 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 0,5 Millionen über verkaufte Put-Optionen, die von der Gegenpartei zum Fälligkeitstermin ausgeübt wurden. 9,8 Millionen Aktien der insgesamt 18,8 Millionen zurückgekauften Aktien wurden in 2010 zu Aktienvergütungszwecken und 9,0 Millionen Aktien zur Erhöhung unseres Treasury-Bestands für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne verwendet. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 10,0 Millionen.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2010 auf 12,6 Mrd €, verglichen mit 10,6 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf die Konsolidierung von 1,6 Mrd € durch die Postbank emittiertem hybridem Kapital sowie auf Währungskurseffekte auf unser in US-Dollar begebenes hybrides Tier-1-Kapital infolge des Anstiegs des US-Dollars zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2010 hat der Konzern durch die Aufstockung einer ausstehenden Emission hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 0,1 Mrd € begeben.

In 2010 hat der Konzern nachrangiges Tier-2-Kapital in Höhe von 1,2 Mrd € begeben (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten). Die Konsolidierung von durch die Postbank begebenem Tier-2-Kapital erhöhte das nachrangige Tier-2-Kapital um 2,2 Mrd € und das Genussscheinkapital um 1,2 Mrd €. Das Genussscheinkapital betrug nach der Konsolidierung 1,2 Mrd € und war vor der Konsolidierung der Postbank null. Die anrechenbaren nachrangigen Verbindlichkeiten beliefen sich am 31. Dezember 2010 auf 10,7 Mrd €, verglichen mit 7,1 Mrd €

zum 31. Dezember 2009. Die kumulativen Vorzugsanteile betragen 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und waren unverändert gegenüber dem Vorjahresende.

Kapitalmanagement der Postbank

Entsprechend managed die Postbank ihr Kapital im Rahmen einer kontinuierlichen Überwachung des verfügbaren und benötigten Kapitals. Bei der Steuerung des Kapitals im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung und die ökonomische Kapitalanforderungen gleichberechtigte Zielgrößen dar. Die Allokation des Kapitals wird auf Basis einer Mehrjahresplanung vom Gesamtvorstand beschlossen.

Der Kapitalbedarf (regulatorisch und ökonomisch) wird permanent überwacht, um das verfügbare Kapital nötigenfalls anzupassen. Hierfür werden laufend auf Basis geplanter Entwicklungen von Geschäftsvolumen und Ergebnissen sowie Erwartungen von Veränderungen der Risikoparameter Prognosen des Kapitalbedarfs erstellt und fortgeschrieben. Das operative Management der Eigenkapitalquoten im Rahmen der vom Gesamtvorstand verabschiedeten Vorgaben erfolgt durch Steuerung des Bestands- und Neugeschäfts, die Emission von Tier-1- oder Tier-2 Anleihen oder durch den Abschluss von Transaktionen am Kapitalmarkt, die sich entlastend auf den Eigenkapitalbedarf auswirken.

Bilanzmanagement

Wir steuern unsere Bilanz auf konsolidierter Gruppenebene (exklusive Postbank) und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen auf lokaler Basis. Bei der Allokation von Finanzressourcen steht die Unterstützung profitabler Geschäftsbereiche, die den größtmöglichen positiven Effekt auf unsere Rentabilität und unseren Shareholder Value aufweisen, im Vordergrund. Unsere Bilanzmanagementfunktion hat das Mandat zur Überwachung und Analyse von Bilanzentwicklungen sowie zur Beobachtung bestimmter vom Markt wahrgenommener Bilanzkennzahlen. Auf dieser Basis initiieren wir Diskussionen und Managemententscheidungen des Capital and Risk Committee. Wir beobachten die Entwicklungen der Bilanz nach IFRS, fokussieren unser Bilanzmanagement jedoch in erster Linie auf angepasste Werte, auf deren Basis die Relation der angepassten Bilanzsumme zum angepassten Eigenkapital (Leverage Ratio) gemäß Zielgrößendefinition bestimmt wird.

Die Postbank betreibt ebenfalls ein an der Geschäftsstrategie ausgerichtetes wertorientiertes Finanzmanagement, das das Bilanzmanagement umfasst.

Auf konsolidierter Basis am 31. Dezember 2010 war unsere Leverage Ratio gemäß Zielgrößendefinition mit 23 auf dem gleichen Stand wie zum 31. Dezember 2009, und damit unter unserer Zielgröße von 25. Die Auswirkungen unserer Akquisitionen auf unser gesamtes Forderungsvolumen wurden hierbei vollständig durch den Effekt unserer Kapitalerhöhung auf das zugrunde liegende Eigenkapital kompensiert. Unsere Leverage Ratio berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 38 zum 31. Dezember 2010. Dies entspricht einem leichten Rückgang gegenüber 40 zum Jahresende 2009.

Gesamtrisikoposition

Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht. Eine Ausnahme ist das Geschäftsrisiko, welches wir durch einfache Addition hinzuzählen.

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2009, gemessen am Ökonomischen Kapital, das für Kredit-, Markt-, Geschäfts- und operationelle Risiken berechnet wird.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	12.785	7.453
Marktrisiko	13.160	12.515
Marktrisiko aus Handelspositionen	6.420	4.613
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	6.740	7.902
Operationelles Risiko	3.682	3.493
Diversifikationseffekte zwischen Kredit-, Markt- und operationellem Risiko	-3.534	-3.166
Zwischensumme Kredit-, Markt- und operationelle Risiken	26.093	20.295
Geschäftsrisiko	1.085	501
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	27.178	20.796

Zum 31. Dezember 2010 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 27,2 Mrd €, was einem Anstieg um 6,4 Mrd € (31 %) gegenüber den 20,8 Mrd € an Ökonomischem Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2009 entspricht. Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitals reflektierte die Effekte aus den Akquisitionen der Postbank, von Sal. Oppenheim/BHF-BANK und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO, aus erhöhten Risikopositionen sowie aus Änderungen aufgrund verschiedener Verfeinerungen der Modelle für das Kreditrisiko und das Marktrisiko.

Zum 31. Dezember 2010 entfielen 4,6 Mrd € des Ökonomischen Kapitals auf die Postbank, das auf Basis einer mit der Deutschen Bank konsistenten Methodik berechnet wurde. Einschränkungen bezüglich der Verfügbarkeit von Daten können zu Effekten auf Ebene des Gesamtportfolios führen, die nicht vollständig abgeschätzt wurden und somit zu einer Über- beziehungsweise Unterschätzung des Ökonomischen Kapitals führen. Zum 31. Dezember 2009 entfielen 4,2 Mrd € des Ökonomischen Kapitals auf die Postbank.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Kreditrisiko betrug 12,8 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Der Anstieg um 5,3 Mrd € (72 %) war im Wesentlichen auf die Akquisitionen zurückzuführen. Die Konsolidierung der Postbank sowie von Sal. Oppenheim/BHF-BANK und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO erhöhte den Ökonomischen Kapitalbedarf um 3,7 Mrd €. Die übrigen Änderungen waren auf erhöhte Risikopositionen, den Einfluss der regelmäßigen Neukalibrierung der Kreditrisikoparameter sowie weitere Verfeinerungen des Kreditrisikomodells zurückzuführen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das gesamte Marktrisiko stieg um 645 Mio € (5 %) auf 13,2 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Dieser Anstieg reflektierte unser Marktrisiko aus Handelspositionen, das sich um 1,8 Mrd € (39 %) erhöhte, und spiegelte im Wesentlichen Methodenänderungen wider. Der Rückgang des Ökonomischen Kapitalbedarfs aus Nichthandelspositionen um 1,2 Mrd € (minus 15 %) ist vor allem durch die Eliminierung unserer bisherigen Minderheitsbeteiligung an der Postbank im Zuge der Konsolidierung der Postbank begründet, das mit 3,3 Mrd € zum Rückgang beitrug. Demgegenüber führten Veränderungen in anderen Nichthandelsmarktrisiken zu einem Anstieg von 1,8 Mrd € sowie die Akquisition von Sal. Oppenheim/BHF-BANK zu weiteren 313 Mio €.

Der Anstieg des Ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko zum 31. Dezember 2010 um 189 Mio € (5%) auf 3,7 Mrd € reflektierte vollständig den Effekt aus den Akquisitionen.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das allgemeine Geschäftsrisiko, bestehend aus dem strategischen Risiko und einer Steuerrisikokomponente, betrug 1,1 Mrd € zum 31. Dezember 2010. Die Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Strategische Risiko um 450 Mio € resultierte hauptsächlich aus der Akquisition der Postbank, welche 400 Mio € zum Anstieg beitrug.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs über das Kredit-, Markt- und operationelle Risiko hinweg stieg zum 31. Dezember 2010 um 368 Mio € (12%).

Die nachstehende Tabelle zeigt den Ökonomischen Kapitalbedarf unserer Geschäftssegmente zum 31. Dezember 2010.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Corporate & Investment Bank	16.119	11.974
Corporate Banking & Securities	14.828	11.242
GTB	1.291	732
Private Clients and Asset Management	9.394	4.434
Asset and Wealth Management	2.717	1.878
Private & Business Clients	6.677	2.556
Corporate Investments	902	4.641
Consolidation & Adjustments	762	-253
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	27.178	20.796

Die zukünftige Allokation des Ökonomischen Kapitals kann sich im Zeitablauf durch eine Verfeinerung unserer Methoden zur Risikomessung verändern.

Eine von uns verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer Risikotragfähigkeit ist das Verhältnis des Active Book Equity zum Ökonomischen Kapital (siehe vorhergehende Tabelle) zuzüglich Goodwill und immaterieller Vermögenswerte (42,8 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und 31,0 Mrd € zum 31. Dezember 2009). Das Active Book Equity, das sich zum 31. Dezember 2010 auf 48,4 Mrd € und zum 31. Dezember 2009 auf 36,4 Mrd € belief, wird ermittelt, in dem das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital um unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cashflow Hedges, sowie um abgegrenzte zukünftige Dividenden bereinigt wird (für weitere Informationen siehe Note 36 „Aufsichtsrechtliches Kapital“). Eine Quote von mehr als 100% bestätigt, dass das Active Book Equity die zuvor genannten Risikopositionen angemessen übersteigt. Diese Quote betrug 113% zum 31. Dezember 2010 im Vergleich mit 118% zum 31. Dezember 2009, da Effekte auf das Ökonomische Kapital und den Goodwill aus der Akquisition der Deutsche Postbank AG, von Sal. Oppenheim/BHF-BANK und bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO die Erhöhungen des Active Book Equity, im Wesentlichen beruhend auf der Kapitalerhöhung, Gewinnrücklagen und Effekten aus Währungskursänderungen, mehr als kompensierten.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem steht unter der Aufsicht unseres Vorstandsvorsitzenden und unseres Chief Financial Officer. Es soll hinreichende Sicherheit darüber gewähren, dass die Aufstellung des Konzernabschlusses im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) steht und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist. Unser IKSRL umfasst dabei alle diejenigen Kontrollen und Prozesse, die zur Vermeidung und Entdeckung von Fehlern im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht eingerichtet wurden.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigt wird. Darüber hinaus können sie Sanktionen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von den korrekten Angaben abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet, um diese Risiken zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine angemessene und keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von Fehlern sind. Die Ausgestaltung unseres Kontrollsystems basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“). COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Ziele für das IKSRL festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Rechte, Verpflichtungen und Eigentum** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögenswerten** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher Fehler oder Betrugsfälle nicht vollständig ausschließen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen eines Kontrollsystems soll in einem angemessenen Verhältnis zu den anfallenden Kosten stehen.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess eingebundene Funktionen

Da die Führung der Handelsbücher die Grundlage für die Abschlüsse bildet, sind die Kontrollen im Rahmen des IKSRL von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen durchzuführen, die an den Prozessen und Kontrollen zur Erstellung der Handelsbücher beteiligt sind. Die Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems obliegt überwiegend den Mitarbeitern aus den Funktionen Finance, Group Technology and Operations, Legal, Risk & Capital sowie Tax.

Finance ist dabei als eine von den Geschäftsbereichen unabhängige Funktion für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich. Die Verantwortlichkeiten im Rahmen des Kontrollprozesses sind im Bereich Finance wie folgt unterteilt:

- **Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften zuständige Mitarbeiter** von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Durch ihre spezifischen Kenntnisse über den betreffenden Geschäftsbereich, die Infrastrukturfunktion oder die Konzerngesellschaft sind sie in der Lage, eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung dieser Bereiche zu identifizieren. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Bewertungen. Sie überprüfen ferner die Durchführung von Kontrollen über einzelne Transaktionen und Kontensalden. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- **Group Reporting** verantwortet die Konzernberichterstattung, einschließlich der Erstellung konzernweiter Finanz- und Managementinformationen, Plandaten und Plananpassungen sowie der Risikoberichterstattung. Group Reporting legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung und Genehmigung von Korrekturprozessen. Kommentare der Geschäftsleitung, von Mitgliedern des SOx and Disclosure Steering Committee und von externen Beratern zu Inhalt und Darstellung werden von Group Reporting bei der Erstellung der Konzernberichte berücksichtigt und verarbeitet.
- **Die Accounting Policy and Advisory Group („APAG“)** ist für die Erarbeitung der konzernweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards sowie für deren einheitliche Anwendung im Konzern zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- **Die Global Valuation Oversight Group („GVO“)** sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards für die Bewertung sowie die Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsfragen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfer).

Der operative Betrieb des IKSRL wird durch Group Technology and Operations, Legal, Risk & Capital und Group Tax unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle der Finanzinformationen:

- **Group Technology and Operations („GTO“)** bestätigt die Transaktionen mit unseren Kontrahenten und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depot- und Börsengeschäften zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und ist für die Abstimmung der Nostrokonten verantwortlich.
- **Legal, Risk & Capital („LRC“)** ist für die Entwicklung von Richtlinien und Standards für das Kredit-, Markt- und operationelle Risikomanagement zuständig. LRC ermittelt die Notwendigkeit beziehungsweise überprüft die Angemessenheit etwaiger Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kreditrisiken und operationelle Risiken. Die Rechtsabteilung ist für das Management und die Identifizierung von Rechtsrisiken verantwortlich. Darüber hinaus bestimmt die Rechtsabteilung den Ansatz und die Höhe etwaiger Rückstellungen für Rechtsrisiken.
- **Group Tax** ist mit Unterstützung von Finance für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Finanzdaten verantwortlich. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die:

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschluss-erstellung;
- der Fehlervermeidung oder nachträglichen Fehlerfeststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;
- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in einen Kontrollprozess eingebunden wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung, automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen. Manuelle interne Kontrollen, wie die Genehmigung von Transaktionen, werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die sich daraus ergebende Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen der für das Hauptbuch, die bilanziellen und außerbilanziellen Positionen sowie für die Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depot- und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung, einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden durch die vom Front Office unabhängige Global Valuation Oversight Group geprüft und einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögenswerten und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern ordnungsgemäß durchgeführt werden und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst sind.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Konsolidierungskontrollen und andere Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung.** Zum Meldestichtag übermitteln alle Geschäftsbereiche und Regionen ihre Finanzdaten zwecks Konsolidierung an den Konzern. Konsolidierungskontrollen umfassen die Validierung von Buchungen zur Eliminierung von konzerninternen Transaktionen. Bei den Kontrollen im Rahmen der Abschlusserstellung werden die Prozesse zum Abschluss von Hauptbuchkonten am Monatsende und Korrekturbuchungen überprüft.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Bearbeitung und Zertifizierung von Checklisten zu den Offenlegungspflichten. Der vom Vorstand aufgestellte Konzernabschluss und -lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand überprüft jedes Jahr die Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems. Diese Prüfung beinhaltet nicht die internen Kontrollen der Deutschen Postbank AG. Die Deutsche Postbank AG wurde zum 3. Dezember 2010 erstmalig in den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG einbezogen. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der Kontrolle unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Managementbewertung, da sie dem Management Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte von der Konzernrevision;
- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung mit der oben angesprochenen Ausnahme und die Informationen aus anderen Quellen führten im Geschäftsjahr 2010 zu der Feststellung, dass das IKSRL geeignet ist und die Kontrollen wirksam sind.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführten risikoorientierten Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Angaben nach § 315 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2010 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 2.379.519.078,40 €, eingeteilt in 929.499.640 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2010 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3%. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10% der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. Wenn Mitglieder des Vorstands nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche Sachkunde besitzen oder wenn ihnen wesentliche Verstöße gegen die Grundsätze einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung verborgen geblieben sind oder sie festgestellte Verstöße nicht beseitigt haben, kann die BaFin dem Sonderbeauftragten die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands insgesamt übertragen. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG).

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist derzeit nicht ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geld- oder Sacheinlagen zu erhöhen.

Von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigelegt sind oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigelegt sind oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 9. September 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 230.400.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 13. September 2010 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2014 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. November 2014 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde auch ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder indirekter Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 30. November 2014 enden.

Der bei Ausübung der Put-Optionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie. Eine Ausübung der Call-Optionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im nachfolgenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 314 Absatz 1 Nr. 6 HGB, des Deutschen Rechnungslegungs Standards („DRS“) 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Zuständigkeit

Die Entscheidungen über das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder werden seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) am 5. August 2009 vom Aufsichtsrat als Plenum getroffen. Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze

Das Vergütungssystem berücksichtigt die gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Der Aufsichtsrat hat sich bereits 2009 intensiv mit den Neuerungen des VorstAG befasst und die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder entsprechend angepasst. In jüngster Zeit wurden eingehend die zum 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Vorschriften der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) sowie deren Auswirkungen auf das geltende Vergütungssystem geprüft. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder wurden entsprechend modifiziert und die variable Vergütung für 2010 bereits auf Basis dieser neuen Anforderungen festgelegt.

Zentrale Kriterien der Ausgestaltung der Vergütungsstruktur für die Vorstandsmitglieder sind die Angemessenheit und Nachhaltigkeit, verbunden mit dem Ziel, Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Hierzu ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festzulegen. Gleichzeitig ist die variable Vergütung jedoch so zu bemessen, dass sie die Vorstandsmitglieder wirksam motiviert, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und damit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen. Die Vergütung für den Vorstand wird anhand mehrerer Kriterien festgelegt. Dazu zählen der Gesamterfolg der Deutschen Bank AG sowie die relative Performance der Deutschen Bank-Aktie gegenüber ausgewählten Vergleichsinstituten. Ferner werden auch Risikoaspekte, Kapitalkosten, Erfolgsbeiträge der jeweiligen Organisationseinheit sowie individuelle Erfolgsbeiträge der Vorstandsmitglieder, die anhand finanzieller wie nichtfinanzieller Parameter bemessen werden, berücksichtigt. Die variablen Bezüge-Komponenten werden unter Berücksichtigung von mehrjährigen Bemessungsgrundlagen festgesetzt.

Die Vergütungsstruktur der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat regelmäßig überprüft und erforderlichenfalls angepasst. Der Aufsichtsrat bedient sich dabei – ebenso wie für die Festlegung der variablen Vergütung – auch der Expertise externer unabhängiger Vergütungs- und Rechtsberater.

Vergütungsstruktur

Die Vergütungsstruktur ist in den Anstellungsverträgen mit den Vorstandsmitgliedern geregelt und sieht erfolgsunabhängige sowie erfolgsabhängige Komponenten vor.

Erfolgsunabhängige Komponenten

Bei den erfolgsunabhängigen Komponenten handelt es sich in erster Linie um das Grundgehalt. Darüber hinaus zählen hierzu die sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt eines ordentlichen Vorstandsmitglieds beträgt 1.150.000 € brutto pro Jahr, das des Vorstandsvorsitzenden 1.650.000 € brutto pro Jahr. Die Grundgehälter werden jeweils in gleichen monatlichen Raten ausgezahlt und wurden das letzte Mal zum 1. Januar 2010 angepasst.

Die sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern, sowie steuerpflichtige Aufwandsersatzungen.

Erfolgsabhängige Komponenten (Variable Vergütung)

Hierzu zählen der Bonus und der Long-Term Performance Award („LTPA“). Vorstandsmitgliedern, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, wird zusätzlich noch eine bereichsbezogene Vergütungskomponente („Division Incentive“) gewährt.

Der Bonus, für den eine individuelle Zielgröße (ordentliches Vorstandsmitglied 1.150.000 €, Vorstandsvorsitzender 4.000.000 €) definiert ist, setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, die eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben und deren Höhe jeweils anhand der hälftigen Zielgröße und einem Faktor berechnet wird. Der eine Faktor wird von dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite im Vergleich zu der jeweils geplanten Eigenkapitalrendite bestimmt. Der zweite Faktor bestimmt sich nach dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite, an dessen Höhe ein vorab bestimmter Multiplikator geknüpft ist. Für das Geschäftsjahr 2010 wird für den zweiten Faktor nur die Eigenkapitalrendite für das Jahr 2010 berücksichtigt, da für das Vorjahr noch keine entsprechende Messgröße vertraglich festgelegt worden war. Bei der Bestimmung der den Faktoren zugrunde liegenden Eigenkapitalrendite bleiben außerordentliche Effekte unberücksichtigt. Für den so berechneten Bonus besteht eine Obergrenze (Cap) von 150 % der Zielgröße. Bei Unterschreiten bestimmter vorab definierter Untergrenzen entfällt die Zahlung eines Bonus. Insbesondere zur Berücksichtigung individueller Erfolgsbeiträge sowie risikobezogener Faktoren kann der rechnerisch ermittelte Betrag um bis zu 50 % erhöht oder gekürzt werden. Maximal kann der Bonus demnach 225 % der Zielgröße betragen.

Der LTPA basiert auf der Performance der Deutschen Bank-Aktie. Er wird – bezogen auf einen Dreijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert der Aktienrenditen einer ausgewählten Vergleichsgruppe von sechs führenden Banken berechnet. Von diesen stammen zwei aus dem Euro-Raum, zwei aus dem europäischen Nicht-Euro-Raum sowie zwei weitere aus den USA (Euro-Raum: Banco Santander und BNP Paribas; europäischer Nicht-Euro-Raum: Barclays und Credit Suisse; USA: Goldman Sachs und J.P. Morgan Chase). Ausgehend von einer individuellen Zielgröße (ordentliches Vorstandsmitglied 2.175.000 €, Vorstandsvorsitzender 4.800.000 €) und abgeleitet aus der erreichten relativen Aktienrendite, bestimmt sich der auszuzahlende Betrag des LTPA für die Vorstandsmitglieder. Für den Fall einer Überperformance existiert eine Obergrenze in Höhe von 125 % der Zielgröße. Sofern die beschriebene Aktienrendite der Bank geringer als der entsprechende Durchschnitt der Vergleichsgruppe ist, vermindert sich die Auszahlung des LTPA überproportional. Unterschreitet das vorbeschriebene Verhältnis einen definierten Mindestwert, entfällt eine Auszahlung vollständig.

Die Höhe des Division Incentive wird unter Berücksichtigung des individuellen Erfolgsbeitrags des berechtigten Vorstandsmitglieds und des Erfolgs des Konzernbereichs CIB (gemessen zum Beispiel am Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zum Wettbewerb und zu den gesetzten Zielen, sowie anhand von Risikoaspekten (gemessen zum Beispiel an der Entwicklung der risikogewichteten Aktiva oder des Value-at-Risk) festgelegt.

Langfristige Anreizwirkung

Mindestens 60 % der variablen Vergütung (Bonus, LTPA und gegebenenfalls Division Incentive) werden aufgeschoben gewährt, das heißt über einen längeren Zurückbehaltungszeitraum gestreckt, und können, solange sie zurückbehalten sind, verfallen. Mindestens 50 % der aufgeschobenen Vergütung werden dabei als aktienbasierte Vergütung (Restricted Equity Awards) gewährt. Der endgültige Wert der Restricted Equity Awards bestimmt sich nach dem Wert der Deutschen Bank-Aktie bei Zuteilung. Der Teil der aufgeschobenen Vergütung, der nicht aktienbasiert gewährt wird, wird als aufgeschobene Barvergütung (Restricted Incentive Awards) vergeben.

Sowohl die Restricted Equity Awards als auch die Restricted Incentive Awards werden in vier gleichen Tranchen, beginnend etwa eineinhalb Jahre nach Vergabe und dann im Abstand von jeweils einem Jahr, damit insgesamt über einen Zeitraum von etwa viereinhalb Jahren gestreckt, unverfallbar. Alle zurückbehaltenen Vergütungskomponenten (Restricted Equity Awards und Restricted Incentive Awards) erzielen eine langfristige Anreizwirkung, da sie bis zu deren Unverfallbarkeit bestimmten Verfallbedingungen unterliegen. Die Awards können bei einem negativen Ergebnis des Konzerns, aber auch bei individuellem Fehlverhalten (zum Beispiel bei Verstoß gegen Regularien) oder individuellen negativen Erfolgsbeiträgen verfallen. Den Mitgliedern des Vorstands ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung der aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Haltefristen (Retention Periods)

Die einzelnen Tranchen der Restricted Equity Awards sind im Anschluss an den Eintritt der Unverfallbarkeit zusätzlich noch mit einer weiteren Haltefrist versehen, nach deren Verstreichen frühestens über die jeweilige Tranche verfügt werden darf. Die Haltefrist der ersten Tranche der Restricted Equity Awards, die nach etwa eineinhalb Jahren unverfallbar wird, beträgt drei Jahre, die Haltefrist der zweiten Tranche, die nach etwa zweieinhalb Jahren unverfallbar wird, beträgt zwei Jahre und die Haltefrist der dritten und vierten Tranche, die nach etwa dreieinhalb beziehungsweise viereinhalb Jahren unverfallbar werden, beträgt jeweils ein Jahr. Demzufolge können die Vorstandsmitglieder über die ersten drei Tranchen der Restricted Equity Awards erst etwa vier einhalb Jahre nach der Gewährung und über die vierte Tranche sogar erst nach etwa fünf einhalb Jahren verfügen. Die Restricted Equity Awards unterliegen nicht nur bis zur Unverfallbarkeit, sondern auch während der Haltefristen der Kursentwicklung der Deutschen Bank-Aktie und hängen damit von einer nachhaltigen Wertentwicklung ab.

Von dem Teil der variablen Vergütung, der sofort unverfallbar ist, also maximal 40 % der Summe aller variablen Vergütungskomponenten, werden maximal 50 % sofort bar ausgezahlt und wiederum mindestens 50 % als aktienbasierte Vergütung in Form von Equity Upfront Awards gewährt. Die Equity Upfront Awards unterliegen, im Gegensatz zu den Restricted Equity Awards, keinen Verfallbedingungen; sie sind jedoch mit einer Haltefrist von drei Jahren versehen, nach deren Verstreichen erst über die Awards verfügt werden darf. Sie unterliegen in dieser Zeit durch die Bindung an die Entwicklung der Deutschen Bank-Aktie ebenfalls der nachhaltigen Wertentwicklung.

Die Gewährung der Restricted Equity Awards sowie der Equity Upfront Awards erfolgt auf Basis des DB Equity Plan, die Gewährung der Restricted Incentive Awards auf Basis des DB Restricted Incentive Plan. Weitere Informationen zu dem DB Equity Plan und dem DB Restricted Incentive Plan sind in Note 32 „Aktienbasierte Vergütung“ und Note 33 „Leistungen an Arbeitnehmer“ des Konzernabschlusses enthalten.

Begrenzungen

Im Fall außergewöhnlicher Entwicklungen ist die Gesamtvergütung jedes Vorstandsmitglieds einschließlich aller variablen Komponenten auf einen Maximalbetrag begrenzt. Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Vorstehend wurde die Vergütungsstruktur für das Geschäftsjahr 2010 dargestellt. Die Vergütungsstruktur für das Geschäftsjahr 2009 unterscheidet sich davon in einzelnen Aspekten und wurde in der letztjährigen Veröffentlichung beschrieben. Für die Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 galt unter anderem, dass für die Bemessung des Bonus die tatsächlich erreichte Eigenkapitalrendite im Vergleich zu einer vorab festgelegten Plangröße relevant war, dass für den damaligen MTI der Durchschnittswert der Aktienrendite auf der Basis eines Zweijahreszeitraums errechnet wurde, dass der Zurückbehaltungszeitraum für die Restricted Equity Awards und die Restricted Incentive Awards jeweils knapp unter vier Jahren lag, wobei die Restricted Equity Awards überwiegend als Einmaltranche im November 2013 (der verbleibende geringere Teil in neun gleichen Tranchen) und die Restricted Incentive Awards in drei gleichen Tranchen fällig wurden, und dass es zudem keine zusätzlichen Haltefristen gab.

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Mitglieder des Vorstands erhielten für das Geschäftsjahr 2010 für ihre Vorstandstätigkeit Bezüge in Höhe von insgesamt 32.434.836 € (2009: 34.174.619 €). Davon betrafen 9.412.500 € (2009: 5.950.000 €) das Grundgehalt, 17.816.227 € (2009: 18.637.350 €) erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und 5.206.109 € (2009: 9.587.269 €) erfolgsabhängige Komponenten ohne langfristige Anreizwirkung. Hinzu kommen sonstige Leistungen in Höhe von insgesamt 795.338 € (2009: 849.346 €), sodass sich für die Vorstandsmitglieder Gesamtbezüge in Höhe von insgesamt 33.230.174 € (2009: 35.023.965 €) ergeben. Die einzelnen Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre 2010 und 2009 die nachstehenden Bezüge für ihre Tätigkeit im Vorstand.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgs-unabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten		
		Grundgehalt	ohne langfristige Anreizwirkung ¹	mit langfristiger Anreizwirkung		Summe
				Equity Upfront Award(s) (mit Haltefrist) ²	Restricted Equity Award(s) (zurückbehalten mit zusätzlicher Haltefrist) ²	
in €						
Dr. Josef Ackermann	2010	1.650.000	1.034.322	1.086.038	2.534.089	6.304.449
	2009	1.150.000	1.575.000	–	4.747.500	7.472.500
Dr. Hugo Bänziger	2010	1.150.000	523.428	549.599	824.399	3.047.426
	2009	800.000	1.231.425	–	1.657.500	3.688.925
Michael Cohrs ³	2010	862.500	577.533	606.410	1.350.943	3.397.386
	2009	600.000	905.428	–	1.546.575	3.052.003
Jürgen Fitschen ⁴	2010	1.150.000	507.790	533.180	799.770	2.990.740
	2009	600.000	923.569	–	1.243.125	2.766.694
Anshuman Jain ⁴	2010	1.150.000	992.752	1.042.390	4.367.413	7.552.555
	2009	600.000	1.565.428	–	4.884.525	7.049.953
Stefan Krause	2010	1.150.000	539.066	566.019	849.029	3.104.114
	2009	800.000	1.231.425	–	1.657.500	3.688.925
Hermann-Josef Lamberti	2010	1.150.000	507.790	533.180	799.770	2.990.740
	2009	800.000	1.231.425	–	1.657.500	3.688.925
Rainer Neske ⁴	2010	1.150.000	523.428	549.599	824.399	3.047.426
	2009	600.000	923.569	–	1.243.125	2.766.694
Summe	2010	9.412.500	5.206.109	5.466.415	12.349.812	32.434.836
Summe	2009	5.950.000	9.587.269	–	18.637.350	34.174.619

¹ Unmittelbar ausgezahlt.

² Die Anzahl der im Jahr 2011 für das Geschäftsjahr 2010 den Mitgliedern des Vorstands in Form von Equity Upfront Awards (EUA) und Restricted Equity Awards (REA) gewährten Aktienanwartschaften wurde mittels Division der jeweiligen Eurobeträge durch den Betrag von 44,42 €, dem Xetra-Schlusskurs der Deutschen Bank-Aktie am 2. Februar 2011, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewährter Aktienanwartschaften (gerundet): Herr Dr. Ackermann: 24.449 EUA und 57.048 REA, Herr Dr. Bänziger: 12.372 EUA und 18.559 REA, Herr Cohrs: 13.651 EUA und 30.412 REA, Herr Fitschen: 12.003 EUA und 18.004 REA, Herr Jain: 23.466 EUA und 98.320 REA, Herr Krause: 12.742 EUA und 19.113 REA, Herr Lamberti: 12.003 EUA und 18.004 REA und Herr Neske: 12.372 EUA und 18.559 REA.

³ Mitglied des Vorstands vom 1. April 2009 bis zum 30. September 2010. Aufgrund steuerrechtlicher Bestimmungen in den USA, denen Herr Cohrs unterliegt, wurden bei seinem Ausscheiden alle für das Geschäftsjahr 2009 vergebenen Awards fällig gestellt, unmittelbar versteuert und dann mit dem Netto-Euro-Betrag in ein zugunsten der Bank gesperrtes Konto und mit der Netto-Aktien-Anzahl in ein zugunsten der Bank gesperrtes Depot eingebucht. Dort unterliegen sie den Auszahlungs- und Verfallbedingungen, die bereits zuvor für die Awards ohne die vorzeitige Fälligkeit gegolten haben. Dieses Verfahren gilt entsprechend auch für die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr 2010 zugesagten Awards.

⁴ Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

Im Februar 2011 wurden den Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2010 insgesamt 401.077 Aktien in Form von Restricted Equity Awards und Equity Upfront Awards gewährt (2009: 405.349 Aktien nur in Form von Restricted Equity Awards).

Nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 17 sind Ansprüche aus hinausgeschobener Barvergütung, die Bedingungen unterliegen, nicht mit der Zusage, sondern erst im Geschäftsjahr der Gewährung (das heißt bedingungsfreie Auszahlung) in die Gesamtbezüge einzubeziehen. Dies wurde auch bei der jetzigen Darstellung der letztjährigen Vergütungsdaten entsprechend berücksichtigt.

Mit Bedingungen versehene hinausgeschobene Barvergütungen wurden den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 als Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 12.349.812 € zugesagt. Sie werden dem jeweiligen Vorstandsmitglied ab August 2012 in jeweils vier gleichen jährlichen Tranchen gewährt, die in folgender Gesamthöhe zugesagt wurden: Herrn Dr. Ackermann 2.534.089 €, Herrn Dr. Bänziger 824.399 €, Herrn Cohrs 1.350.943 € (Verfahrensweise wie oben unter Fußnote 3 der Tabelle beschrieben), Herrn Fitschen 799.770 €, Herrn Jain 4.367.413 €, Herrn Krause 849.029 €, Herrn Lamberti 799.770 € und Herrn Neske 824.399 €.

Für das Geschäftsjahr 2009 wurden den Mitgliedern des Vorstands insgesamt Restricted Incentive Awards in Höhe von insgesamt 3.955.007 € zugesagt, die dem jeweiligen Vorstandsmitglied ab Februar 2011 in jeweils drei gleichen jährlichen Tranchen gewährt werden und in folgender Gesamthöhe zugesagt wurden: Herrn Dr. Ackermann 1.925.000 €, Herrn Dr. Bänziger 268.575 €, Herrn Cohrs 130.210 € (Verfahrensweise wie oben unter Fußnote 3 der Tabelle beschrieben), Herrn Fitschen 201.431 €, Herrn Jain 691.210 €, Herrn Krause 268.575 €, Herrn Lamberti 268.575 € und Herrn Neske 201.431 €.

Die folgende Tabelle zeigt die sonstigen erfolgsunabhängigen Leistungen für die Geschäftsjahre 2010 und 2009.

Mitglieder des Vorstands in €	Sonstige Leistungen	
	2010	2009
Dr. Josef Ackermann	148.723	154.030
Dr. Hugo Bänziger	54.833	51.388
Michael Cohrs ¹	56.218	39.661
Jürgen Fitschen ²	130.171	131.111
Anshuman Jain ²	77.671	52.697
Stefan Krause	136.953	58.267
Hermann-Josef Lamberti	91.505	102.123
Rainer Neske ²	99.264	260.069
Insgesamt	795.338	849.346

¹ Mitglied des Vorstands vom 1. April 2009 bis zum 30. September 2010.

² Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

Aus Mandaten für konzern-eigene Gesellschaften erhalten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Alters-/Übergangsleistungen

Die Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60. Ab dem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann unter bestimmten Bedingungen auch vor Eintritt eines der Regel-Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar. Vorstandsmitglieder, die einen Division Incentive erhalten, nehmen an diesem Plan nicht teil.

Aufgrund früherer vertraglicher Regelungen gibt es für einzelne Vorstandsmitglieder noch zusätzliche Ansprüche:

Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht unter bestimmten Voraussetzungen nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand jeweils ein zusätzliches monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer früheren Pensionszusage zu.

Den Herren Dr. Ackermann, Dr. Bänziger und Lamberti steht unter bestimmten Voraussetzungen für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2010 oder zum 31. Dezember 2009 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern Herr Dr. Ackermann und Herr Lamberti nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheiden, steht ihnen unter bestimmten Voraussetzungen im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Die folgende Tabelle zeigt die jährlichen Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen für Altersleistungen und Übergangszahlungen für die Jahre 2010 und 2009 sowie die entsprechende Verpflichtungshöhe jeweils zum 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009 für die einzelnen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen und den vorher beschriebenen weiteren individuellen Ansprüchen.

Mitglieder des Vorstands¹

in €		Zu den Rückstellungen für Altersleistungen und Übergangszahlungen zugeführter Betrag im Geschäftsjahr	Barwert der Verpflichtung am Ende des Geschäftsjahres aus zugesagten Altersleistungen und Übergangszahlungen
Dr. Josef Ackermann	2010	1.263.161	13.236.187
	2009	– ³	11.973.026
Dr. Hugo Bänziger	2010	670.727	2.161.491
	2009	342.949	1.490.764
Jürgen Fitschen ²	2010	244.364	307.348
	2009	62.984	62.984
Stefan Krause	2010	550.405	825.181
	2009	166.891	274.776
Hermann-Josef Lamberti	2010	1.223.474	11.177.275
	2009	2.488.164	9.953.801
Rainer Neske ²	2010	461.013	575.398
	2009	114.385	114.385

¹ Andere Mitglieder des Vorstands erhielten keine Zusagen auf entsprechende Leistungen nach ihrer Bestellung in den Vorstand.

² Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

³ Im Geschäftsjahr 2009 war keine Zuführung erforderlich.

Sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Die Vorstandsmitglieder haben bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung. Diese beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheiden, haben sie unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich ebenfalls Anspruch auf eine Abfindung. Diese beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags. Als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr.

Die Festlegung einer Abfindung in den vorgenannten Fällen erfolgt nach billigem Ermessen durch den Aufsichtsrat. Die Auszahlung der Abfindung erfolgt grundsätzlich in zwei Raten, wobei die zweite Rate bis zur Fälligkeit bestimmten Verfallregelungen unterliegt.

Aufwand für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung

In der folgenden Tabelle wird der in den jeweiligen Geschäftsjahren gebuchte Aufwand für die für die Vorstandstätigkeit gewährten Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung dargestellt.

Mitglieder des Vorstands in €	Aufgewandter Betrag	
	2010	2009
Dr. Josef Ackermann	2.822.092	2.013.402
Dr. Hugo Bänziger	710.357	810.967
Michael Cohrs ^{1,2}	1.610.543	–
Jürgen Fitschen ^{2,3}	399.153	–
Anshuman Jain ^{2,3}	2.227.846	–
Stefan Krause ²	529.864	–
Hermann-Josef Lamberti	729.448	902.559
Rainer Neske ^{2,3}	399.153	–

¹ Mitglied des Vorstands vom 1. April 2009 bis zum 30. September 2010.

² Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung für Vorstandstätigkeit wurden vor dem Jahr 2009 nicht gewährt.

³ Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 18. Februar 2011 beziehungsweise 19. Februar 2010 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften.

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl Aktienanwartschaften ¹
Dr. Josef Ackermann	2011	560.589	259.596
	2010	355.474	197.260
Dr. Hugo Bänziger	2011	55.531	100.520
	2010	36.116	89.402
Jürgen Fitschen	2011	169.008	92.671
	2010	98.339	86.747
Anshuman Jain	2011	457.192	414.906
	2010	338.717	433.046
Stefan Krause	2011	–	71.363
	2010	–	36.049
Hermann-Josef Lamberti	2011	125.291	98.626
	2010	97.740	78.190
Rainer Neske	2011	60.509	90.875
	2010	42.547	75.395
Insgesamt	2011	1.428.120	1.128.557²
Insgesamt	2010	968.933	996.089

¹ Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstand bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im August 2016 zugeteilt.

² Davon 89.904 unverfallbar.

Die durch die im September 2010 vorgenommene Kapitalerhöhung eingetretenen wirtschaftlichen Nachteile für die Inhaber von Aktienanwartschaften wurden durch die Vergabe von zusätzlichen Aktienanwartschaften ausgeglichen. Hierzu erhielt jedes im September 2010 bestellte Vorstandsmitglied auf seine per 21. September 2010 ausstehenden Aktienanwartschaften zusätzlich rund 9,59 % Aktienanwartschaften gleicher Ausstattung (in Summe für alle Vorstandsmitglieder zusammen 76.767 Aktienanwartschaften). Die entsprechenden Aktienanwartschaften sind in der Anzahl der in der obigen Tabelle für 2011 genannten Aktienanwartschaften enthalten.

Die derzeitigen Mitglieder des Vorstands hielten zum 18. Februar 2011 insgesamt 1.428.120 Aktien, was rund 0,16 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 19. Februar 2010 hielten sie insgesamt 968.933 Aktien, was rund 0,16 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Die Anzahl der den im Geschäftsjahr 2010 tätigen Mitgliedern des Vorstands in diesem Geschäftsjahr aus in früheren Jahren gewährten Aktienanwartschaften zugeteilten Aktien betrug 726.208.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Plänen der in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Aktienanwartschaften sind in Note 32 „Aktienbasierte Vergütungen“ des Konzernabschlusses enthalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen. Danach gelten die folgenden Regelungen:

Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeiter-

vergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben wie schon in den Vorjahren auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre, einschließlich des Sitzungsgelds, verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2011 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2010 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält grundsätzlich jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2011 für seine Tätigkeit im Jahr 2010 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2011 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat keine variable Vergütung für 2010. Die Gesamtvergütung beträgt demzufolge 2.453.000 € (2009: 2.561.316 €).

Die individuelle Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 setzt sich wie folgt zusammen (ohne gesetzliche Umsatzsteuer).

Mitglieder des Aufsichtsrats in €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2010				Vergütung für das Geschäftsjahr 2009			
	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt	Fest	Variabel	Sitzungs- geld	Insgesamt
Dr. Clemens Börsig	240.000	–	31.000	271.000	240.000	13.733	28.000	281.733
Karin Ruck	210.000	–	25.000	235.000	210.000	12.017	23.000	245.017
Wolfgang Böhr	60.000	–	9.000	69.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Dr. Karl-Gerhard Eick	180.000	–	13.000	193.000	180.000	10.300	16.000	206.300
Heidrun Förster ¹	70.000	–	14.000	84.000	120.000	6.867	14.000	140.867
Alfred Herling	85.000	–	12.000	97.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Gerd Herzberg	60.000	–	9.000	69.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Sir Peter Job	180.000	–	14.000	194.000	180.000	10.300	22.000	212.300
Prof. Dr. Henning Kagermann	120.000	–	13.000	133.000	120.000	6.867	12.000	138.867
Peter Kazmierczak ²	30.000	–	3.000	33.000	–	–	–	–
Martina Klee	60.000	–	9.000	69.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Suzanne Labarge	120.000	–	13.000	133.000	120.000	6.867	12.000	138.867
Maurice Lévy	60.000	–	7.000	67.000	60.000	3.433	6.000	69.433
Henriette Mark	120.000	–	15.000	135.000	120.000	6.867	16.000	142.867
Gabriele Platscher	60.000	–	9.000	69.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Dr. Theo Siegert	120.000	–	12.000	132.000	120.000	6.867	12.000	138.867
Dr. Johannes Teyssen	60.000	–	8.000	68.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Marlehn Thieme	120.000	–	13.000	133.000	120.000	6.867	15.000	141.867
Tilman Todenhöfer	120.000	–	18.000	138.000	120.000	6.867	14.000	140.867
Stefan Viertel ³	25.000	–	2.000	27.000	–	–	–	–
Werner Wenning	60.000	–	8.000	68.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Leo Wunderlich ⁴	30.000	–	6.000	36.000	60.000	3.433	7.000	70.433
Insgesamt	2.190.000	–	263.000	2.453.000	2.190.000	125.316	246.000	2.561.316

¹ Mitglied bis 31. Juli 2010.

² Mitglied seit 1. Juli 2010.

³ Mitglied seit 1. August 2010.

⁴ Mitglied bis 30. Juni 2010.

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung

Mitarbeiter und soziale Verantwortung

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2010 beschäftigte die Bank insgesamt 102.062 Mitarbeiter, verglichen mit 77.053 zum 31. Dezember 2009. Wir berechnen unsere Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt, Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl unserer Vollzeitkräfte zum 31. Dezember 2010, 2009 und 2008.

Mitarbeiter ¹	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008
Deutschland	49.265	27.321	27.942
Europa (ohne Deutschland), Mittlerer Osten und Afrika	23.806	22.031	23.073
Asien/Pazifik	17.779	16.518	17.120
Nordamerika ^{2,3}	10.811	10.815	11.947
Mittel- und Südamerika	401	368	374
Mitarbeiter insgesamt³	102.062	77.053	80.456

¹ Vollzeitkräfte. In 2010 wurden die Mitarbeiter von Kasachstan, die zuvor in Asien/Pazifik ausgewiesen wurden, der Region Europa (ohne Deutschland, Mittlerer Osten und Afrika) zugeordnet; die Angaben für 2009 (6 Mitarbeiter) und 2008 (6 Mitarbeiter) wurden rückwirkend angepasst.

² Vorwiegend USA.

³ Die nominelle Zahl der Beschäftigten von The Cosmopolitan of Las Vegas beträgt 4.147 zum 31. Dezember 2010 und umfasst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte und ist nicht Teil der Vollzeitkräfte.

Die Zahl unserer Mitarbeiter stieg 2010 um 25.009 oder 32,5%. Diese Entwicklung beruht auf folgenden Faktoren:

- Die Anzahl der Mitarbeiter im Konzernbereich Corporate & Investment Bank stieg um 1.752. Dies ist größtenteils auf den Kauf von Teilen von ABN AMRO in den Niederlanden zurückzuführen (1.195). Darüber hinaus erhöhte sich im Bereich Markets der Personalbestand um 374 Mitarbeiter vor dem Hintergrund der Erholung an den internationalen Finanzmärkten.
- Die Anzahl unserer Mitarbeiter in Private Clients and Asset Management stieg um 21.973 vor allem aufgrund der Akquisitionen der Deutschen Postbank in Deutschland (20.361) und der Sal. Oppenheim-Gruppe (2.910 per Jahresende 2010).
- Im Bereich Infrastruktur erhöhte sich die Anzahl der Mitarbeiter in unseren globalen Service Centern, insbesondere in Indien, auf den Philippinen, in Birmingham (U.K.) und in Jacksonville (US) um rund 1.200 Mitarbeiter. In unseren übrigen Infrastrukturbereichen blieb der Personalbestand insgesamt auf Vorjahresniveau.

Der Commitment-Index, der die Verbundenheit unserer Mitarbeiter mit ihrem Arbeitgeber misst und der seit mehr als 10 Jahren durch ein unabhängiges Institut konzernweit auf anonymer Basis erhoben wird, lag 2010 bei 74 weiter auf hohem Niveau. Das ist der zweithöchste Wert der Messreihe und Ausdruck der weiterhin starken Identifikation mit der Deutschen Bank und der ausgeprägten Bereitschaft zur Leistung. In der leichten Abschwächung gegenüber dem vorangegangenen Rekordwert von 77 (2009) spiegelt sich vor allem die Entspannung beziehungsweise Normalisierung nach Überwindung der Finanzkrise wider.

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Wir bieten eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

Unser global koordinierter Rechnungslegungsprozess umfasst leistungsdefinierte Pläne mit einer Verpflichtungshöhe im Sinne der Defined Benefit Obligation (DBO) von mehr als 2 Mio €. Die Bewertungen durch lokale Aktuar in den einzelnen Ländern werden von unserem globalen Aktuar nachgeprüft.

Durch die Anwendung globaler Grundsätze zur Festlegung der ökonomischen und demografischen Bewertungsparameter stellen wir sicher, dass diese gemäß den Grundsätzen der bestmöglichen Einschätzung und Planfortführung unvoreingenommen gewählt und aufeinander abgestimmt sind.

Eine weiter gehende Erörterung unserer Pläne für Leistungen an Mitarbeiter ist in den Erläuterungen des Finanzberichts unter Note 33 „Leistungen an Arbeitnehmer“ zu finden.

Gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility)

Soziales Kapital schaffen

Als einer der Hauptinitiatoren und Erstunterzeichner hat sich die Deutsche Bank im November 2010 dem „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“ verpflichtet, das 21 deutsche Unternehmen ins Leben gerufen haben. Damit wollen wir die gesellschaftliche Verantwortung noch stärker in unsere Geschäftspolitik und unsere Geschäftsprozesse integrieren und sie bei allen Entscheidungen gebührend berücksichtigen.

Gesellschaftliches Engagement bedeutet für uns mehr, als Geld zu geben: Wir wollen soziales Kapital schaffen – zu unserem eigenen Wohl. Im Berichtsjahr haben sich Bank und Mitarbeiter bei einer Vielzahl gesellschaftlicher Projekte im In- und Ausland eingesetzt. Für Bildung, Soziales, Kunst & Musik sowie das ehrenamtliche Engagement unserer Mitarbeiter haben wir mit fast 100 Mio € – mehr als je zuvor – aufgewendet.

Nachhaltigkeit: Zukunftsfähigkeit sichern

Die Deutsche Bank setzt das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung konsequent um. Auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität all unserer betrieblichen Aktivitäten ab 2013 haben wir unser CO₂-Reduktionsziel für 2010 planmäßig erreicht. Unsere Unternehmenszentrale in Frankfurt am Main, die nach einer dreijährigen Modernisierung zu einem der umweltfreundlichsten Hochhäuser der Welt geworden ist, konnten wir zur Jahreswende 2010/2011 wieder beziehen. Die internen Richtlinien für unser Risikomanagement haben wir um einen „Green Filter“ erweitert, mit dem wir die CO₂-Auswirkungen von Transaktionen in unsere geschäftlichen Entscheidungen einbeziehen. Die hohe Bedeutung, die wir der Nachhaltigkeit beimessen, belegen auch unsere langjährige Mitgliedschaft beim UN Global Compact und die Unterzeichnung der Principles for Responsible Investment (PRI) der Vereinten Nationen.

Tragfähige und nachhaltige Wirtschaftskonzepte für Metropolenregionen standen 2010 im Mittelpunkt des Global Metro Summit der Alfred Herrhausen Gesellschaft. Die Konferenz erweiterte unser bereits seit 2005 etabliertes Urban-Age-Netzwerk, in dem internationale Experten die Herausforderungen von Megametropolen diskutieren.

Bildung: Talente fördern

Nicht die Begabung, sondern die Herkunft entscheidet vielfach auch heute noch über den persönlichen Bildungserfolg. Die Deutsche Bank engagiert sich weltweit für mehr Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Mit der 2010 gestarteten Initiative „FairTalent“ unterstützen wir sozial benachteiligte Kinder durch einen ganzheitlichen individuellen Förderplan. Auch Mitarbeiter der Deutschen Bank begleiten als Mentoren das Programm.

Um den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu intensivieren, hat die Deutsche Bank an der Bocconi Universität in Mailand und an der Luxembourg School of Finance je einen Lehrstuhl für Finanzen geschaffen. Im House of Finance der Goethe-Universität Frankfurt haben wir eine neue Stiftungsprofessur ermöglicht. Gleichzeitig haben wir unsere Unterstützung für die European School of Management and Technology in Berlin deutlich ausgebaut.

Soziales: Chancen eröffnen

Die Deutsche Bank hat 2010 erfolgreich den Eye Fund aufgelegt, einen innovativen Investmentfonds über 14,5 Mio US-Dollar, der Anschubfinanzierungen für den Ausbau von Augenkliniken in armen Weltregionen leistet. Mit Krediten und Investitionen haben wir die Verbesserung der Infrastruktur in einkommensschwachen Gemeinden in den USA unterstützt. Dafür erhielten wir von der US-Notenbank zum 19. Mal in Folge das Prädikat „outstanding“.

Das Jahr 2010 wurde von mehreren Naturkatastrophen überschattet, darunter Erdbeben in Haiti und Chile sowie die Flut in Pakistan. Die Deutsche Bank, ihre Stiftungen, Kunden und Mitarbeiter haben zusammen mehr als 5 Mio € für die Opfer zur Verfügung gestellt. Wo immer möglich, unterstützen unsere Mitarbeiter die Hilfsaktionen vor Ort und erfüllen damit unseren Anspruch, mehr als Geld zu geben.

Kunst und Musik: Kreativität entwickeln

Jünger und internationaler als je zuvor präsentiert sich die Sammlung Deutsche Bank in der modernisierten Unternehmenszentrale in Frankfurt am Main. Rund 1.500 Kunstwerke von 100 Künstlern aus über 40 Ländern laden zu einer Entdeckungsreise durch die zeitgenössische globale Kunstszene ein. Unser kontinuierliches Engagement für Kunst am Arbeitsplatz an weltweit über 900 Standorten wurde 2010 mit dem Art & Work Award ausgezeichnet.

Die in Kenia geborene und in New York lebende Künstlerin Wangechi Mutu war 2010 als erste „Künstlerin des Jahres“ mit einer Einzelausstellung im Deutsche Guggenheim, Berlin, vertreten. Mit dieser neuen Auszeichnung wollen wir gezielt junge Künstler fördern.

Eine exklusive Partnerschaft verbindet die Deutsche Bank seit Langem mit den Berliner Philharmonikern. 2010 besuchte das Orchester erstmals Australien und realisierte dort ein Zukunft@BPhil-Projekt. Zukunft@BPhil führt Kinder und Jugendliche über Workshops und Tanzprojekte an klassische Musik heran und eröffnet ihnen neue, kreative Erfahrungsräume. Weltweit haben seit 2002 über 18.000 Kinder und Jugendliche teilgenommen.

Ehrenamtliche Tätigkeit: Engagement beweisen

Im Berichtsjahr haben sich weltweit mehr als 17.000 unserer Mitarbeiter in über 3.000 Projekten für die Gesellschaft engagiert. Die Deutsche Bank unterstützt diesen ehrenamtlichen Einsatz durch Spenden oder bezahlte Freistellung.

Das Programm „Partners in Leadership“, in dem Führungskräfte der Deutschen Bank Schulleiter zu Managementthemen beraten, wurde mit dem „European Employee Volunteering Award – Deutschland“ ausgezeichnet. In Großbritannien haben wir im Rahmen der Initiative „Charity of the Year 2010“ die Rekordsumme von 1 Mio GBP für das Programm „AfriKids“ zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen zu unserem gesellschaftlichen Engagement finden Sie in dem Bericht „Gesellschaftliche Verantwortung 2010“ und unter www.deutsche-bank.de/csr.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die durch eine V-Form charakterisierte Erholung in wichtigen Industrie- und vor allem Schwellenländern ist etwa seit dem Herbst 2010 beendet, als der Einfluss der Sonderfaktoren nachließ und sich das Wachstum normalisierte. Zudem haben einige Länder, insbesondere in der Peripherie der Eurozone, eine restriktivere Fiskalpolitik begonnen und viele andere werden im Verlauf des Jahres 2011 folgen. Das Gleiche gilt auch für die Geldpolitik. Einige Länder haben die geldpolitische Kehrtwende schon vollzogen, wie beispielsweise Australien, Norwegen, China und viele andere Schwellenländer. Die Europäische Zentralbank dürfte den Ausstieg aus ihrer extrem lockeren Geldpolitik etwa zur Jahresmitte einleiten und die amerikanische Notenbank könnte gegen Jahresende folgen. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich daher im laufenden Jahr auf rund 4,25 % abschwächen. Damit würde das globale Wachstum allerdings noch merklich über dem Durchschnitt der letzten drei Jahrzehnte liegen. Die Risiken für das Wachstum in den USA haben sich zuletzt angesichts besserer Konjunkturindikatoren merklich verringert. Die amerikanische Wirtschaft könnte im laufenden Jahr um rund 3,75 % zulegen. Ein ausgewogeneres und langfristig tragbares Wachstum von rund 8 % nach 9,5 % in 2010 erwarten wir für die asiatischen Schwellenländer.

Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich aus der außergewöhnlichen Situation der Geld- und Fiskalpolitik infolge der Krise ergeben. Ein reibungsloser Ausstieg aus der stark expansiven Geld- und Fiskalpolitik wäre zwar wünschenswert, um Inflationsrisiken zu begegnen, stellt allerdings eine große Herausforderung dar, solange große Unsicherheiten über die zugrunde liegende wirtschaftliche Situation, die Stabilität einzelner Bereiche des Finanzsystems und die Reaktionen der Märkte auf konkrete Ausstiegsmaßnahmen bestehen. Die Kreditwürdigkeit einzelner Staaten könnte weiter ein Thema sein, sollte es den Regierungen nicht gelingen, die Finanzmärkte zu überzeugen, dass sie ihre Staatshaushalte langfristig stabilisieren können. Eine Verschärfung der Schuldenkrise in einzelnen Euroländern könnte zudem zu einer Destabilisierung der Bankensysteme führen, was den Kurswechsel in der Geldpolitik erheblich belasten würde. In China und einigen anderen Schwellenländern besteht die Gefahr, dass es zu Preisblasen im Immobiliensektor oder aber auch zu einer generellen Beschleunigung der Inflation kommt. Diese Faktoren könnten Verwerfungen an den Finanzmärkten zur Folge haben, die wiederum die Geschwindigkeit der weltweiten Konjunkturerholung schwächen würden.

In den Industrieländern dürften die noch immer nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten den Preisauftrieb in Grenzen halten, der vor allem aus der Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln resultiert. In den USA erwarten wir 2011 einen Anstieg der Inflationsrate auf gut 2 %. Auch in der Eurozone dürfte sich der Preisanstieg von 1,6 % auf 2,25 % beschleunigen, teilweise bedingt durch kräftige Steuererhöhungen in den Peripherieländern.

Das Wirtschaftswachstum in der Eurozone dürfte sich 2011 auf knapp 1,5 % verlangsamen, wobei sich hier weiterhin eine uneinheitliche Entwicklung zeigt. Während die Wirtschaften Griechenlands und Portugals im laufenden Jahr mit Blick auf die drastischen Konsolidierungsmaßnahmen wohl schrumpfen werden und die Spaniens und Irlands mehr oder weniger stagnieren, dürfte Deutschland unter den größeren Euroländern mit 2,5 % erneut das höchste Wachstum aufweisen und weiter mehr als die relevante Potenzialrate wachsen. Dabei dürfte der private Konsum um fast 1,5 % expandieren, nachdem er in den vergangenen Jahren nahezu stagnierte. Die Arbeitslosigkeit wird sich in Deutschland voraussichtlich weiter zurückbilden. Die Zahl der Arbeitslosen könnte im Jahresdurchschnitt 2011 unter die 3-Millionen-Grenze sinken und die Arbeitslosenquote in Richtung 7 % fallen, nach 7,7 % in 2010. Die kräftige Konjunktur sowie die Wirkungen des Sparpakets dürften dafür sorgen, dass das gesamtstaatliche Budgetdefizit in Deutschland schon im laufenden Jahr unter die Maastrichter 3 %-Marke fällt.

Für Deutschland gehen wir 2011 von einem Preisanstieg von 2% aus, nach 1,1% in 2010. Steigende Nahrungsmittelpreise stellen insbesondere für einige Schwellenländer ein Risiko für die Inflation dar, da der Anteil von Nahrungsmitteln am Warenkorb dort höher ist als in den Industrieländern.

Für 2012 erwarten wir eine leichte Erhöhung des Wachstums der Weltwirtschaft um circa 0,25 Prozentpunkte auf 4,5% wobei alle wesentlichen Regionen einen Zuwachs verzeichnen dürften. Unter den Industrieländern dürfte Japan den größten Aufschwung erleben, während sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft Richtung Potenzialrate verlangsamen dürfte. In den Schwellenländern dürfte das Wirtschaftswachstum in Asien und Lateinamerika im Vergleich zu 2011 mehr oder weniger unverändert bleiben, aber in den EMEA-Ländern leicht stärker sein.

Nach der diesjährigen, durch Energie- und Nahrungsmittelpreise verursachten Spitze erwarten wir für 2012 eine leicht verringerte Inflationsrate. Die Industrieländer dürften, mit Ausnahme von Japan, ihre Geld- und Fiskalpolitik weiter verschärfen. In den Schwellenländern sollte sich mit Blick auf die aktivere Politik in 2010 und 2011 die Geldpolitik 2012 im Allgemeinen nicht deutlich verändern.

Die Bankenbranche

Die Banken stehen 2011 und 2012 weltweit vor entscheidenden Weichenstellungen. Zum einen liegt ihr Fokus auf der weiteren Steigerung von Erträgen und Profitabilität im neuen makroökonomischen Umfeld bei gleichzeitiger Wahrung der Kostendisziplin. Zum anderen müssen sich die Institute auf die Einführung einer Vielzahl neuer regulatorischer Bestimmungen vorbereiten, die teilweise substantielle Anpassungen der Geschäftsmodelle erfordern werden.

Im Kreditgeschäft mit privaten Haushalten und Unternehmen dürfte sich die bereits abzeichnende Erholung fortsetzen. Angesichts auch weiterhin niedriger Zinsen und besserer Einkommens- beziehungsweise Ertragsperspektiven könnte die Risikoneigung zunehmen und das Kreditvolumen erstmals seit der Finanzkrise wieder nennenswert ansteigen. Gleichzeitig bleibt das Wachstumspotenzial begrenzt, da der Privatsektor in vielen Ländern weiterhin stark verschuldet ist und sich bei einer beginnenden Zinsnormalisierung die Schuldendienstzahlungen wieder erhöhen werden. Zudem dürfte eine immer noch recht hohe Arbeitslosigkeit in einer Reihe von Ländern auf die Kreditnachfrage drücken.

Das Einlagengeschäft wird voraussichtlich von mehreren gegenläufigen Entwicklungen geprägt sein. Zum einen steigt aufgrund der über die nächsten Jahre umzusetzenden Liquiditäts- und Refinanzierungsbestimmungen unter Basel III die Bedeutung stabiler Finanzierungsquellen für Banken, deren Nachfrage nach Einlagen des Privatsektors damit zunehmen dürfte. Zum anderen sinkt mit einem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung und einem steigenden Inflationsrisiko die Attraktivität dieser stabilen, aber wenig rentablen Anlageform für Privathaushalte und Unternehmen. Das Resultat dürften in jedem Fall höhere Kosten der Einlagenfinanzierung für Banken sein.

Die vorstehend beschriebenen Faktoren sollten auch für die Entwicklung der Vermögensverwaltung in den nächsten beiden Jahren ausschlaggebend sein: Die bessere gesamtwirtschaftliche Lage mit höheren Einkommen und fallender Arbeitslosigkeit, steigende Bewertungen und eine zunehmende Risikobereitschaft dürften zu wachsenden Mittelzuflüssen führen und diese wiederum selbst einen positiven Effekt auf die Bewertungen haben.

Im Gegensatz dazu werden die Einnahmen und Gewinne im Investment Banking vorerst wahrscheinlich unter Druck bleiben, auch wenn die Kundenaktivitäten relativ günstig sein dürften. Die Konsolidierung der Anbieter ist trotz der Finanzkrise bislang kaum vorangekommen. Im Gegenteil haben manche Marktteilnehmer nach dem Ende der Krise wieder in einen Ausbau ihrer Kapazitäten investiert und sorgen für einen intensiven Wettbewerb. Darüber hinaus hat sich die Kostenbasis der Institute nicht zuletzt aufgrund regulatorischer Vorgaben in Richtung einer weniger flexiblen Struktur und eines höheren Fixkostenanteils verschoben, der die Banken anfälliger für eine volatile Ertragsentwicklung macht. Hinzu kommen die von Banken wie Aufsehern und Gesetzgebern befürwortete Rückführung des Eigenhandels und eine Konzentration auf das Auftragsgeschäft für Kunden. Schließlich werden die unter Basel 2,5 und Basel III zusammengefassten neuen Regulierungen zweifelsohne zu höheren (Kapital-) Kosten, niedrigeren Margen (etwa im Derivategeschäft) und höheren Hürden für Verbriefungen führen und die Volumina in bestimmten Marktsegmenten deutlich verringern.

Auch der generelle Marktausblick für das Kapitalmarktgeschäft ist gemischt. Obwohl das Geschäft mit Fremdkapitalemissionen bei Finanzinstituten und Firmenkunden stark sein dürfte, bestehen erhebliche Risiken einer Verschlechterung insbesondere im High-Yield-Segment. Auf der anderen Seite dürften sich Eigenkapitalplatzierungen weiterhin auf einem hohen Niveau halten und Firmen ihre Fusions- und Übernahmeaktivitäten deutlich intensivieren.

Globale Risiken für die Bankenbranche ergeben sich vor allem aus einer unerwartet schwachen Erholung der Weltwirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise, einem möglichen Ausfall eines staatlichen Schuldners und einer übermäßig kostenintensiven und international zersplitterten neuen Regulierung. Im letzteren Fall geht es nicht nur um eine möglichst einheitliche Einführung der neuen Baseler Regelungen, sondern auch um klare Vorgaben mit Blick auf bessere Abwicklungsmöglichkeiten für gescheiterte Finanzinstitute sowie die Vermeidung von diskriminierenden spezifischen Bankenabgaben.

Der Deutsche Bank-Konzern

Das Management der Deutschen Bank hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, damit die Bank gut aufgestellt ist und die sich nach der Krise ergebenden Geschäftsmöglichkeiten nutzt. Wir haben Fortschritte bei allen vier Elementen der Phase 4 unserer Management-Agenda gemacht und somit sind die Grundlagen für das Erreichen der Ziele für 2011 gegeben. Insbesondere in den Unternehmensbereichen von CIB haben wir die Integration der Investmentbank weiter vorangetrieben, was im Jahr 2011 zu einer Entlastung von 0,5 Mrd € netto führen sollte. Außerdem haben wir mit der Übernahme des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO unsere Marktpräsenz in den Niederlanden vergrößert. Diese Fortschritte wurden unter Wahrung unserer Risikodisziplin erreicht. Im Konzernbereich PCAM haben wir mit der Übernahme der Postbank unsere führende Position im Heimatmarkt gefestigt, sowie den Erwerb von Sal. Oppenheim und die Restrukturierung unseres Asset Management-Geschäfts abgeschlossen. Zwischenzeitlich haben wir unsere Geschäftsplattform in Asien, wo wir in allen unseren Kerngeschäftsfeldern bereits gut positioniert sind, weiter ausgebaut und uns entschieden, unseren Anteil an der Hua Xia Bank zu erhöhen. Wir konzentrieren uns weiterhin auf unsere Performance sowie die Verbesserung unserer Effizienz und der Verantwortlichkeiten durch unser Programm zur Komplexitätsreduktion. Dieses Programm wurde auf den Weg gebracht, um Ende 2011 sicherzustellen, dass beginnend 2012 Effizienzgewinne in Höhe von 1 Mrd € pro Jahr erzielt werden können. Im Jahr 2011 dürfte das Programm zu einer Entlastung von 0,6 Mrd € netto führen.

Der sich verändernde Wettbewerb und ein strengeres aufsichtsrechtliches Umfeld werden die Deutsche Bank, ebenso wie vergleichbare Institute des Bankensektors, weiterhin beeinflussen. Die Auswirkung eventueller Bankenabgaben, die derzeit in einigen Ländern diskutiert werden, kann noch nicht mit hinreichender Genauigkeit prognostiziert werden. Wir werden die Diskussionen mit Gesetzgebern und Aufsichtsbehörden weiter konstruktiv begleiten und einen global abgestimmten Ansatz unterstützen. Nachdem wir erfolgreich unser bilanzielles und regulatorisches Kapital erhöht haben, fühlen wir uns gut mit Eigenkapital ausgestattet. Wir gehen davon aus, dass wir die neuen Kapitalanforderungen gemäß Basel III, die bis 2019 umgesetzt werden sollen, bereits ab 2013 erfüllen werden. Die Eigenkapitalausstattung sowie die Risikomanagement- und Bilanzeffizienz werden weiterhin eine wichtige Rolle als Differenzierungsfaktoren im Wettbewerb spielen. Die Deutsche Bank wird eine ausgewogene Dividendenpolitik beibehalten, die auch diese Faktoren berücksichtigt.

Als Teil der Phase 4 der Deutsche Bank-Management-Agenda setzten wir ein Ziel von 10 Mrd € für den Jahresüberschuss vor Steuern aus unseren Kerngeschäftsbereichen CIB und PCAM. Die Zielerreichung hängt von der erfolgreichen Umsetzung des Programms zur Komplexitätsreduktion, der Integration der Investmentbank sowie von bestimmten Faktoren hinsichtlich des Wettbewerbsumfelds ab. Diese Faktoren beinhalten neben einer anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Erholung das Ausbleiben weiterer Marktverwerfungen und eine Normalisierung bei der Bewertung von Vermögenswerten. Während die Zinssätze auf dem derzeitigen niedrigen Niveau verbleiben dürften, erwarten wir einen Anstieg des globalen Provisionsaufkommens und der Margen auf Vorkrisenniveau. Weitere Faktoren und die Beiträge der einzelnen Geschäftsbereiche zum Gesamtziel sind den unten stehenden Abschnitten zu entnehmen.

Unser Konzernbereich Corporate Investments, der nicht in unser Ziel für 2011 einbezogen ist, hat die Managementverantwortung für bestimmte Vermögenswerte, die von anderen Geschäftsbereichen übertragen wurden. Dieser Bereich ist den Chancen und Risiken des wirtschaftlichen Umfelds, in dem diese Firmen agieren, sowie dem Aktienkursänderungsrisiko nicht konsolidierter Beteiligungen ausgesetzt.

Über 2011 hinaus sollten wir von unserer starken Aufstellung als Marktführer im Heimatmarkt und als weltweit agierende Investmentbank weiter profitieren. Die neue Deutsche Bank wird mit einer erwarteten Tier-1-Kernkapitalquote von mehr als 8 % eine gute Kapitalausstattung aufweisen. Wir erwarten außerdem eine ausgeglichene Verteilung unserer Gewinne mit 40 % des Vorsteuerergebnisses aus unserem klassischen Bankgeschäft in PCAM und GTB und eine höhere operative Effizienz mit einer Aufwand-Ertrag-Relation um 65 %.

Corporate Banking & Securities

Im Investment Banking wird das Umfeld 2011 und 2012 wahrscheinlich relativ günstig bleiben, obwohl die anhaltende Unsicherheit über die Folgen der regulatorischen Reformen und der Schuldenkrise sich auf die Geschäftsaktivität in diesem Bereich auswirken dürfte. Dennoch sollten die Aktivitäten an den Kapitalmärkten, insbesondere in den Schwellenländern, stabil bleiben. Das Provisionsaufkommen in Corporate Finance wird sich 2011 und 2012 voraussichtlich weiter erholen, da die Unternehmen solide Bilanzen vorweisen können und Unternehmen im High-Yield-Segment und Finanzinstitute weiterhin Anleihen ausgeben. Die Handelsvolumina sollten stabil bleiben und möglicherweise ansteigen, wenn das Vertrauen der Anleger wieder wächst. Außerdem dürfte die Zentralisierung des Clearings von OTC-Derivaten die Anzahl der Transaktionen in diesen Produkten ebenfalls ansteigen lassen. Nach signifikanter Normalisierung auf ein niedrigeres Niveau in den letzten zwei Jahren sollten die Margen stabil bleiben, könnten aber auch steigen, falls regulatorische Reformen den Zugang zur Branche einschränken.

Corporate Banking & Securities (CB&S) dürfte von der weiteren Integration der Investmentbank profitieren. Diese wird uns helfen, unseren Firmenkunden für eine breite Produktpalette einen besseren Service anzubieten, Doppelaktivitäten im Front Office und in den Supportfunktionen zu vermeiden und die Zusammenarbeit zwischen allen Geschäftsbereichen, einschließlich Global Transaction Banking, zu verbessern. Unser Schwerpunkt wird weiterhin auf einer guten Effizienz der Vermögenswerte und einem sorgfältigen Management der Risikopositionen liegen, insbesondere derjenigen, die durch das sich verändernde regulatorische Umfeld in den kommenden zwei Jahren beeinflusst werden.

Im Bereich Sales & Trading werden die Erträge im kundenbezogenen Geschäft, unter anderem mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten und im Aktienkassageschäft, durch die weltweit zunehmenden Marktaktivitäten unterstützt. Wir erwarten, dass wir weiterhin hohe Erträge erzielen können, da wir bei diesen Produkten eine führende Position im kundenbezogenen Geschäft einnehmen. Ferner gehen wir davon aus, dass wir von unseren kontinuierlichen Investitionen in den elektronischen Handel und in Plattformen mit direktem Marktzugang profitieren werden. Da wir unseren strategischen Schwerpunkt auf die Prime Finance-Plattform gelegt haben, konnten wir in diesem Bereich die Marktführerschaft erringen. Der Handel mit Anleihen aus Schwellenländern und das Rohstoffgeschäft bleiben die wichtigsten Wachstumsfelder, da die Nachfrage nach diesen Produkten steigt. Wir haben den Handel mit Kreditprodukten und das Geschäft mit Aktienderivaten nach erheblichen Verlusten während der Krise neu ausgerichtet und den Schwerpunkt auf den kundenbezogenen Handel und Lösungen mit angemessener Risikoneigung und Ressourcennutzung gelegt. Nach der Einstellung des designierten Eigenhandels mit Kreditprodukten in 2009 haben wir uns 2010 aus dem designierten Aktieneigenhandel zurückgezogen. In der vor Kurzem integrierten Corporate & Investment Bank wird unsere einzigartige anlageklassenübergreifende Strukturierungsgruppe eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Sales & Trading-Produkten sowie von Lösungen für Firmen- und institutionelle Kunden spielen.

Unter der Voraussetzung, dass das gesamtwirtschaftliche Umfeld stabil bleibt, wird das Provisionsaufkommen in Corporate Finance ansteigen. Wir erwarten hohe Volumina bei den Anleiheemissionen von Finanzinstituten und Unternehmen, da diese weiterhin einen hohen Refinanzierungsbedarf haben und die günstigen Marktbedingungen nutzen wollen, um Akquisitionen zu finanzieren. Bei den Aktienemissionen erwarten wir aufgrund der geplanten Börsengänge, des Wachstums in Asien und der anhaltenden Rekapitalisierung der Finanzinstitute ebenfalls hohe Volumina. Die M&A-Aktivitäten dürften zunehmen, da wir eine zyklische Erholung durchlaufen und Firmenkunden sich neu positionieren. Die Deutsche Bank ist bestrebt, von diesen Trends zu profitieren und auf der zunehmenden Dynamik im Geschäftsbereich Corporate Finance aufzubauen, der 2010 sein Ziel erreicht hat, gemessen am Provisionsaufkommen, zu den besten fünf zu gehören (Quelle: Dealogic).

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen verfolgt CB&S das Ziel, im Jahr 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 6,4 Mrd € zu erreichen. Diese Prognose unterliegt unter anderem dem Risiko niedrigerer Margen und der Fluktuation von wichtigen Fachkräften aufgrund gesteigerten Wettbewerbs, des Risikos geringerer Volumina und der anhaltenden Unsicherheit eines sich verändernden regulatorischen Umfelds und dessen potenzieller Auswirkungen, einschließlich höherer Kosten oder Kapitalanforderungen. Eine massive Veränderung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds hätte ebenfalls Auswirkungen auf die Emittenten- und Anlegeraktivität. Obwohl bereits Fortschritte bei der weiteren Integration der Investmentbank erzielt wurden, würde ein Ausbleiben des erfolgreichen Abschlusses dieses Programms zu geringeren Ertrags- und Kostensynergien führen.

Global Transaction Banking

Die Entwicklung im globalen Transaction Banking dürfte in den nächsten zwei Jahren durch negative wie positive Faktoren beeinflusst werden. Das niedrige Zinsniveau, das die meisten Märkte 2009 und 2010 geprägt hat, dürfte die Zinserträge auch kurzfristig weiter belasten, während die anhaltende Erholung des globalen BIP, der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen der Unternehmen die oben genannte Entwicklung teilweise kompensieren sollte. Eine erneute Rezession mit zwei Talsohlen würde die Wachstumsprognosen jedoch gefährden. Außerdem stellt die neue Basel-Regulierung eine Herausforderung für die gesamte Bankenbranche dar.

Das beschriebene schwierige Marktumfeld dürfte sich ebenfalls auf Global Transaction Banking auswirken. Durch das anhaltende profitable Wachstum und die Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie aufgrund der führenden Position in wichtigen Märkten ist Global Transaction Banking gut aufgestellt, um auch unter schwierigen Bedingungen neue Kunden zu gewinnen. Der Bereich legt seinen Schwerpunkt auf die Vertiefung seiner Geschäftsbeziehungen mit komplexen Unternehmen und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen und das verstärkte Wachstum des Geschäfts in Asien. Zusätzlich wurden Initiativen ergriffen, um unseren Ertragsmix noch ausgewogener zu gestalten und dadurch die Abhängigkeit vom Zinsniveau zu reduzieren. Die erfolgreiche Konsolidierung von Teilen des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden in 2010 wird die Position von Global Transaction Banking in Europa weiter stärken, da der Bereich einen zweiten Heimatmarkt für Firmenkunden aufbauen, seine Kundenbetreuung intensivieren und komplementäre Produkte anbieten kann. Der Bereich erwartet, von Synergien aus der Integration der Aktivitäten im Corporate and Investment Banking zu profitieren. Als Teil der Integration wird die engere Zusammenarbeit mit anderen Bereichen der Corporate & Investment Bank sicherstellen, dass eine größere Zahl von Kunden die Dienstleistungen von Global Transaction Banking in Anspruch nehmen kann.

Global Transaction Banking ist gut aufgestellt, um seinen Beitrag zum Konzernziel für 2011 und 2012 zu leisten, und verfolgt auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen das Ziel, im Jahr 2011 ein Ergebnis vor Steuern von 1,0 Mrd € zu erreichen.

Asset and Wealth Management

Der Ausblick für das Vermögensverwaltungsgeschäft wird 2011 und 2012 durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die Erholung der Aktienmärkte, die Ende 2009 einsetzte und sich 2010 beschleunigte, dürfte, sofern sie in den kommenden zwei Jahren anhält, zu einer Zunahme der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen beitragen. Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wieder auszugleichen, dürfte das Anlegerinteresse an Multi-Asset-Produkten, alternativen Anlagen und Aktienprodukten stimulieren. Ferner sollten die ersten Anzeichen einer umfassenden Erholung des Immobilienmarkts auch im Laufe der kommenden zwei Jahre die Aussichten für alternative Anlagen verbessern. Langfristige Trends, einschließlich der anhaltenden Verschiebung der Abhängigkeit von staatlichen Rentenversicherungssystemen hin zu privat finanzierter Altersvorsorge, des demografischen Wandels in den entwickelten Volkswirtschaften und des steigenden Wohlstands in Schwellenländern, werden sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirken und in den kommenden zwei Jahren neue Möglichkeiten für Geschäfte mit Vermögensanlagen schaffen. Allerdings könnten die Erträge kurzfristig unter Druck geraten, falls die Märkte wieder volatil werden und die Flucht der Kunden in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen anhält.

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) der Deutschen Bank ist auch weiterhin ein führender und gut diversifizierter Dienstleister mit globaler Präsenz, der dank seiner starken Position von den genannten Marktindikatoren profitieren sollte.

Der Unternehmensbereich AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management und Private Wealth Management.

Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) hat mit seiner 2008 begonnenen und 2009 sowie 2010 fortgesetzten Restrukturierung der Geschäftsplattform sowie seinen Bemühungen um Kosteneffizienz und Umsatzrentabilität seine Fähigkeit gestärkt, die verbesserte Kapitalmarktlage und das Wirtschaftswachstum zu nutzen und das Risiko von Schwankungen an den Märkten beziehungsweise eines verstärkten Anlegerinteresses an Rentenfonds und anderen Produkten mit niedrigen Provisionserträgen aufzufangen. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich AM gut aufgestellt, um von den vorgenannten langfristigen Branchentrends profitieren zu können.

Der Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) wird voraussichtlich 2011 bis 2012 von wachsenden Märkten im Vermögensverwaltungsgeschäft profitieren und seinen Marktanteil in einem fragmentierten wettbewerbsintensiven Umfeld halten oder sogar steigern können. Angesichts der Tatsache, dass die Invested Assets zum Jahresende 2010 das Vorkrisenniveau überstiegen hatten, ist es das Ziel von PWM, mittelfristig hauptsächlich durch die Beschaffung von Vermögenswerten und Allokationsverlagerungen zu wachsen. Die grundlegende wirtschaftliche Erholung in den vergangenen Monaten zeigt jedoch erhebliche Divergenzen zwischen Regionen und Märkten. In der Eurozone wird PWM dank seiner beiden starken Marken Deutsche Bank und Sal. Oppenheim von seiner führenden Position im Heimatmarkt profitieren. Die Wachstumsstrategie in der Region Asien/Pazifik ist an der Management-Agenda der Deutschen Bank ausgerichtet, wonach organisches Wachstum durch Neueinstellungen und eine intensive Kooperation mit CIB erreicht werden soll. Dank des Geschäftsmodells von PWM, das insbesondere auf Schwellenmärkte fokussiert, können Herausforderungen in etablierten Märkten, der strengere Regulierungsrahmen und das zunehmend schwierige politische Umfeld ausgeglichen werden. Die Fiskalpolitik wird einen entscheidenden Einfluss auf die Finanzmärkte im Jahr 2011 haben. Die Regionen Nord- und Südamerika sowie Großbritannien werden weiterhin ein solides Wachstum erzielen, während die restliche Eurozone (mit Ausnahme des Heimatmarkts) weitere Abflüsse von Invested Assets verzeichnen dürfte.

Der Trend im Anlageverhalten der Kunden hin zu einfacheren Produkten mit niedrigeren Provisionserträgen und zu Produkten mit Kapitalgarantien wurde 2010 bestätigt und eine kurzfristige Umkehr dieser Situation für PWM ist unwahrscheinlich. Unwägbarkeiten im Euro- und US-Dollar-Raum hinsichtlich erwarteter nachhaltiger Kundenerträge werden sich auf das Ergebnis von PWM im Segment der sehr vermögenden Kunden auswirken. Der Schwerpunkt auf das Segment der sehr vermögenden Kunden und der Key Clients wird das Ergebnis aufgrund der intensiven Nutzung bestehender Plattformen im Deutsche Bank-Konzern und der engen Zusammenarbeit mit Corporate & Investment Bank (CIB) erheblich beeinflussen. Für alle Kundensegmente wird PWM einen flexibleren Vermögensallokationsprozess bereitstellen, um auf neue Chancen vorbereitet zu sein, aber auch um Risiken zu begrenzen. Durch die Implementierung einer globalen Plattform, die in regionalen Märkten Beratung und diskretionäres Portfolio-Management anbietet, wird PWM kundenorientierte Bereiche unterstützen und Empfehlungen des Group Investment Committee (GIC) umsetzen. Diese Anpassungen werden zu einer Verringerung der Komplexität und Verbesserung der Effizienz beitragen. Margenverbesserungen werden ausschließlich für selektive Produkte erwartet. Der Zuwachs an Invested Assets durch sehr vermögende Kunden und Key Clients wird zusammen mit Effizienz- und Produktivitätsverbesserungen die wichtigsten Treiber für den Geschäftserfolg darstellen.

Die Integration von Sal. Oppenheim und deren Positionierung innerhalb des Deutsche Bank-Konzerns wurden 2010 erfolgreich abgeschlossen und dürften sich ab 2011 positiv auf die Erträge auswirken.

Die beschriebene Entwicklung, insbesondere die hohen Nettozuflüsse an neuen Vermögenswerten und das gesteigerte Aktivgeschäft mit verbessertem Risikoprofil und einem Schwerpunkt auf operativer Effizienz, sollten die Kostenbasis von PWM verändern und so das Erreichen des Ziels von 0,4 Mrd € als Ergebnis vor Steuern ermöglichen.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen verfolgt der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management im Jahr 2011 das Ziel, ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1 Mrd € zu erreichen.

Private & Business Clients

Der Erfolg im Privat- und Firmenkundengeschäft basiert auf einem soliden Geschäftsmodell mit einer führenden Stellung in unserem Heimatmarkt Deutschland, einer starken Positionierung in anderen wichtigen europäischen Märkten und Wachstumsoptionen in den asiatischen Kernmärkten. Dank unserer hervorragenden Angebotspalette im Beratungsgeschäft sollten wir in Deutschland Marktanteile durch Gewinnung neuer Kunden und Volumensteigerung erzielen können, insbesondere im risikoarmen Hypothekengeschäft. Auf der Kosten- seite sollten positive Ergebnisse aus dem im Jahr 2009 gestarteten Effizienzprogramm realisiert werden. Zudem wird die Akquisition der Postbank eine wichtige Säule im deutschen Markt schaffen, durch die wir wesentliche Synergien generieren können.

Das profitable europäische Geschäft von PBC wollen wir mittels unserer Stärke im Beratungsgeschäft auf vermögende Kunden in wohlhabenden Regionen ausrichten. Die Erweiterung unseres Filialnetzes in Indien und die Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in China auf 19,99% werden die Chancen auf starkes Wachstum in Asien noch verbessern.

PBC wird 2011 und 2012 weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung bei Anlageprodukten, obgleich sich diese 2010 weiter stabilisiert haben. Aus makroökonomischer Sicht ist der Ausblick für das BIP-Wachstum im Heimatmarkt für 2011 und 2012 generell positiv, jedoch könnte ein starker Rückgang des Wirtschaftswachstums zu einer höheren Arbeitslosenquote und einer steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft führen. Anhaltend niedrige Zinsen könnten 2011 die Erträge in PBC ebenfalls weiterhin beeinträchtigen.

Zu den künftigen Prioritäten von PBC gehört es, innerhalb einer Zeitspanne von fünf Jahren Ertrags- und Kostensynergien zwischen der Deutschen Bank und der Postbank zu realisieren. Die Generierung von Synergien hat sich bisher sehr günstig entwickelt. Gleichwohl bestehen die oben genannten wirtschaftlich begründeten Risiken auch für die Kooperation zwischen der Deutschen Bank und der Postbank. Bezüglich der Kosten besteht das Risiko, dass Synergien nicht oder später als prognostiziert realisiert werden können. Außerdem besteht das Risiko, dass die mit der Schaffung der Synergien verbundenen Kosten höher als prognostiziert sind. Diese Risiken werden durch eine ständige Neubewertung der Synergiemaßnahmen gemäß dem Bottom-up-Ansatz sowie durch Überwachung und Bericht an das Senior Management gemindert.

Auf der Grundlage der vorgenannten Annahmen, unter Einbeziehung der Postbank und mit höheren Beiträgen der Hua Xia Bank verfolgt PBC im Jahr 2011 das Ziel ein Ergebnis vor Steuern von 1,6 Mrd € zu erreichen. Nach erfolgreicher vollständiger Integration der Postbank strebt PBC ein Ergebnis vor Steuern von 3 Mrd € an.

02 -

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 151

Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 152

Konzernbilanz – 153

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 154

Konzern-Kapitalflussrechnung – 156

Konzernanhang mit Inhaltsverzeichnis – 157

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Notes	2010	2009	2008
Zinsen und ähnliche Erträge	6	28.779	26.953	54.549
Zinsaufwendungen	6	13.196	14.494	42.096
Zinsüberschuss	6	15.583	12.459	12.453
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	1.274	2.630	1.076
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		14.309	9.829	11.377
Provisionsüberschuss	7	10.669	8.911	9.741
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	6	3.354	7.109	-9.992
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8	201	-403	666
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	17	-2.004	59	46
Sonstige Erträge	9	764	-183	699
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		12.984	15.493	1.160
Personalaufwand	32, 33	12.671	11.310	9.606
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	10	10.133	8.402	8.339
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft		485	542	-252
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	24	29	-134	585
Restrukturierungsaufwand	28	-	-	-
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		23.318	20.120	18.278
Ergebnis vor Steuern		3.975	5.202	-5.741
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	34	1.645	244	-1.845
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)		2.330	4.958	-3.896
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		20	-15	-61
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis		2.310	4.973	-3.835

Ergebnis je Aktie

in €	Notes	2010	2009	2008
Ergebnis je Aktie:¹	11			
Basic		€ 3,07	€ 7,21	€ -6,87
Verwässert ²		€ 2,92	€ 6,94	€ -6,87
Anzahl der Aktien in Millionen:¹				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		753,3	689,4	558,5
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		790,8	716,7	558,6

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (basic und verwässert) wurde für alle Perioden vor dem 6. Oktober 2010 angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Einschließlich Effekt auf den Zähler aus angenommener Wandlung. Weitere Informationen sind in Note 11 „Ergebnis je Aktie“ enthalten.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio €	2010	2009	2008
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (–)	2.330	4.958	–3.896
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	106	–679	–1
Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income)			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten: ¹			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	83	523	–4.516
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	39	556	–666
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern: ¹			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	–78	118	–263
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	4	6	2
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, vor Steuern ²	–25	–	–
Anpassungen aus der Währungsumrechnung: ¹			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	920	40	–1.144
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	–6	11	–3
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ¹	–26	85	–15
Steuern auf Gewinne/Verluste (–) im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income)	240	–254	731
Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income), nach Steuern	1.151³	1.085⁴	–5.874⁵
Gesamtergebnis, nach Steuern	3.587	5.364	–9.771
Zurechenbar:			
den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	4	–1	–37
den Deutsche Bank-Aktionären	3.583	5.365	–9.734

¹ Unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen werden ab dem 31. Dezember 2009 separat ausgewiesen. In Vorperioden wurden die entsprechenden Beträge innerhalb der anderen Kategorien im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) mit ausgewiesen.

² Für weitere Informationen wird auf Note 25 „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ verwiesen.

³ Stellt die Veränderung des in der Bilanz ausgewiesenen kumulierten sonstigen Ergebnisses (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) und dem 31. Dezember 2010 (minus 2.601 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss in Höhe von minus 28 Mio €.

⁴ Stellt die Veränderung des in der Bilanz ausgewiesenen kumulierten sonstigen Ergebnisses (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) und dem 31. Dezember 2009 (minus 3.780 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss in Höhe von 14 Mio €.

⁵ Stellt die Veränderung des in der Bilanz ausgewiesenen kumulierten sonstigen Ergebnisses (nach Steuern) zwischen dem 31. Dezember 2007 (1.047 Mio €) und dem 31. Dezember 2008 (minus 4.851 Mio €) dar, angepasst um die Veränderung von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss in Höhe von 24 Mio €.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio €	Notes	31.12.2010	31.12.2009
Aktiva:			
Barreserve		17.157	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten		92.377	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	20, 21	20.365	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	20, 21	28.916	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		271.291	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		657.780	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		171.926	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt			
davon zum 31.12.2010 91 Mrd € (2009: 79 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	12, 14, 21, 35	1.100.997	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
davon zum 31.12.2010 3,9 Mrd € (2009: 0,5 Mrd €) als Sicherheit hinterlegt, frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung durch den Sicherungsnehmer	16, 20, 21	54.266	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	17	2.608	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	18, 19	407.729	258.105
Sachanlagen	22	5.802	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	24	15.594	10.169
Sonstige Aktiva	25, 26	149.229	121.538
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	34	2.249	2.090
Steuerforderungen aus latenten Steuern	34	8.341	7.150
Summe der Aktiva		1.905.630	1.500.664
Passiva:			
Einlagen	27	533.984	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20, 21	27.922	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	20, 21	3.276	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	12, 14, 35		
Handelsspassiva		68.859	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		647.171	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		130.154	73.522
Investmentverträge		7.898	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt		854.082	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	29	64.990	42.897
Sonstige Passiva	25, 26	181.827	154.281
Rückstellungen	19, 28	2.204	1.307
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	34	2.736	2.141
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	34	2.307	2.157
Langfristige Verbindlichkeiten	30	169.660	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	30	12.250	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		–	–
Summe der Verbindlichkeiten		1.855.238	1.462.695
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	31	2.380	1.589
Kapitalrücklage		23.515	14.830
Gewinnrücklagen		25.999	24.056
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	31	–450	–48
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien		–	–
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (Accumulated other comprehensive income), nach Steuern		–2.601	–3.780
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		48.843	36.647
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1.549	1.322
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		50.392	37.969
Summe der Passiva		1.905.630	1.500.664

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinn- rücklagen ¹	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungs- kosten	Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien
Bestand zum 31. Dezember 2007	1.358	15.808	26.051	-2.819	-3.552
Gesamtergebnis ²	–	–	-3.835	–	–
Begebene Stammaktien	102	2.098	–	–	–
Gezahlte Bardividende	–	–	-2.274	–	–
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	226	–	–
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	–	–	-1	–	–
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	–	225	–	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	–	–	–	1.072	–
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	–	-136	–	–	–
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	–	-1.815	–	–	2.690
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	1	17	–	–	–
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	-366
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	1.225
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	–	3	-4	–	–
Kauf Eigener Aktien	–	–	–	-21.736	–
Verkauf Eigener Aktien	–	–	–	22.544	–
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	-1.191	–	–	–
Sonstige	–	-48	-89	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2008	1.461	14.961	20.074	-939	-3
Gesamtergebnis ²	–	–	4.973	–	–
Begebene Stammaktien	128	830	–	–	–
Gezahlte Bardividende	–	–	-309	–	–
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	–
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	–	–	-679	–	–
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	–	-688	–	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	–	–	–	1.313	–
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	–	35	–	–	–
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	–	–	–	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	–	–	–	–	–
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	-5
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	8
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	–	-149	–	–	–
Kauf Eigener Aktien	–	–	–	-19.238	–
Verkauf Eigener Aktien	–	–	–	18.816	–
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	-177	–	–	–
Sonstige	–	18	-3	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.589	14.830	24.056	-48	–
Gesamtergebnis ²	–	–	2.310	–	–
Begebene Stammaktien	791	9.413	–	–	–
Gezahlte Bardividende	–	–	-465	–	–
Dividende bezüglich der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	–
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	–	–	94	–	–
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	–	-296	–	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	–	–	–	1.439	–
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	–	-11	–	–	–
Veränderung derivativer Finanzinstrumente auf Deutsche Bank-Aktien	–	–	–	–	–
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	–	–	–	–	–
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	-93
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–	–	93
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	–	-115	–	–	–
Kauf Eigener Aktien	–	–	–	-15.366	–
Verkauf Eigener Aktien	–	–	–	13.525	–
Gewinne/Verluste (–) aus dem Verkauf Eigener Aktien	–	–	–	–	–
Sonstige	–	-306	4	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2010	2.380	23.515	25.999	-450	–

¹ Der Bestand zum 31. Dezember 2007 wurde in 2008 aufgrund einer Änderung der Bilanzierungsmethode (unmittelbare Berücksichtigung von versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital im Gegensatz zu der „Korridor“-Methode) sowie aufgrund einer rückwirkenden Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern um 935 Mio € erhöht.

² Ohne versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach darauf entfallenden Steuern und sonstigen Anpassungen ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Cash-flows absichern, nach Steuern ³	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern	Anpassungen aus der Währungs-umrechnung, nach Steuern ^{3,4}	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (Accumulated other comprehensive income), nach Steuern	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss
3.629	-52	-	-2.524	-6	1.047	37.893	1.422	39.315
-4.484	-294	-	-1.104	-16	-5.898	-9.733	-37	-9.770
-	-	-	-	-	-	2.200	-	2.200
-	-	-	-	-	-	-2.274	-	-2.274
-	-	-	-	-	-	226	-	226
-	-	-	-	-	-	-1	-	-1
-	-	-	-	-	-	225	-	225
-	-	-	-	-	-	1.072	-	1.072
-	-	-	-	-	-	-136	-	-136
-	-	-	-	-	-	875	-	875
-	-	-	-	-	-	18	-	18
-	-	-	-	-	-	-366	-	-366
-	-	-	-	-	-	1.225	-	1.225
-	-	-	-	-	-	-1	-	-1
-	-	-	-	-	-	-21.736	-	-21.736
-	-	-	-	-	-	22.544	-	22.544
-	-	-	-	-	-	-1.191	-	-1.191
-	-	-	-	-	-	-137	-174	-311
-855	-346	-	-3.628	-22	-4.851	30.703	1.211	31.914
669	212	-	107	83	1.071	6.044	-1	6.043
-	-	-	-	-	-	958	-	958
-	-	-	-	-	-	-309	-	-309
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-679	-	-679
-	-	-	-	-	-	-688	-	-688
-	-	-	-	-	-	1.313	-	1.313
-	-	-	-	-	-	35	-	35
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-5	-	-5
-	-	-	-	-	-	8	-	8
-	-	-	-	-	-	-149	-	-149
-	-	-	-	-	-	-19.238	-	-19.238
-	-	-	-	-	-	18.816	-	18.816
-	-	-	-	-	-	-177	-	-177
-	-	-	-	-	-	15	112	127
-186	-134	-	-3.521	61	-3.780	36.647	1.322	37.969
73	-45	-11	1.188	-26	1.179	3.489	-8	3.481
-	-	-	-	-	-	10.204	-	10.204
-	-	-	-	-	-	-465	-	-465
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	94	12	106
-	-	-	-	-	-	-296	-	-296
-	-	-	-	-	-	1.439	-	1.439
-	-	-	-	-	-	-11	-	-11
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-93	-	-93
-	-	-	-	-	-	93	-	93
-	-	-	-	-	-	-115	-	-115
-	-	-	-	-	-	-15.366	-	-15.366
-	-	-	-	-	-	13.525	-	13.525
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-302	223	-79
-113	-179	-11	-2.333	35	-2.601	48.843	1.549	50.392

³ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung.

⁴ Der Bestand zum 31. Dezember 2007 wurde in 2008 aufgrund einer Änderung der Bilanzierungsmethode (unmittelbare Berücksichtigung von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten im Eigenkapital im Gegensatz zu der „Korridor“-Methode) sowie aufgrund einer rückwirkenden Anpassung der Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern um 86 Mio € vermindert.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio €	2010	2009	2008
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	2.330	4.958	-3.896
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.274	2.630	1.076
Restrukturierungsaufwand	-	-	-
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-363	-656	-1.732
Latente Ertragsteuern, netto	315	-296	-1.525
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	4.255	1.782	3.047
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-457	-189	-53
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	7.354	8.229	-3.083
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	-34.806	4.583	-3.964
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	26.368	-4.203	24.363
Handelsaktiva und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-27.237	726.237	-472.203
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-24.502	24.890	169.423
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-2.823	17.213	-37.981
Sonstige Aktiva	-5.894	21.960	38.573
Einlagen	22.656	-57.330	-56.918
Handelspassiva und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.549	-686.214	655.218
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge	53.450	-7.061	-159.613
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	-40.709	-40.644	-97.009
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.509	2.592	-14.216
Sonstige Passiva	2.851	-15.645	-15.482
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten	-3.457	-7.150	12.769
Sonstige, per Saldo	-4.985	-1.243	-2.760
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-3.676	-13.786	37.117
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	10.652	9.023	19.433
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	4.181	8.938	18.713
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	250	574	680
Verkauf von Sachanlagen	108	39	107
Erwerb von:			
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-14.087	-12.082	-37.819
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-145	-3.730	-881
Sachanlagen	-873	-592	-939
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	8.580	-20	-24
Sonstige, per Saldo	-1.189	-1.749	-39
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	7.477	401	-769
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	1.341	457	523
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-229	-1.448	-659
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten (Trust Preferred Securities)	90	1.303	3.404
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	-51	-	-
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen begebene Stammaktien	-	-	19
Kapitalerhöhung	10.060	-	2.200
Kauf Eigener Aktien	-15.366	-19.238	-21.736
Verkauf Eigener Aktien	13.519	18.111	21.426
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-7	-5	-14
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	200	109	331
Gezahlte Bardividende	-465	-309	-2.274
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	9.092	-1.020	3.220
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.911	690	-402
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	14.804	-13.715	39.166
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	51.549	65.264	26.098
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	66.353	51.549	65.264
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (-) Ertragsteuern, netto	784	-520	-2.495
Gezahlte Zinsen	13.740	15.878	43.724
Erhaltene Zinsen und Dividenden	29.456	28.211	54.549
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserve	17.157	9.346	9.826
Verzinsliche Sichteinlagen bei Banken (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 43.181 Mio € per 31.12.2010 (31.12.2009: 5.030 Mio €, 31.12.2008: 9.301 Mio €))	49.196	42.203	55.438
Insgesamt	66.353	51.549	65.264

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Der Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG in 2009, einschließlich des nicht zahlungswirksamen Teils, ist in Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ beschrieben. Die Restrukturierung der von der Deutschen Bank an den isländischen Generikahersteller Actavis Group hF ausgegebenen Kredite führte für die Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung zu einer nicht zahlungswirksamen Umgliederung der nachrangigen Finanzierungen von operativer Geschäftstätigkeit zu Investitionstätigkeit. Die Transaktion ist im Einzelnen in Note 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ beschrieben.

Konzernanhang

Konzernanhang

- 01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze – 158
- 02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – 188
- 03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften – 196
- 04 – Akquisitionen und Veräußerungen – 198
- 05 – Segmentberichterstattung – 216

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

- 06 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen – 228
- 07 – Provisionsüberschuss – 230
- 08 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten – 231
- 09 – Sonstige Erträge – 231
- 10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand – 232
- 11 – Ergebnis je Aktie – 232

Anhangangaben zur Bilanz

- 12 – Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen – 235
- 13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ – 238
- 14 – Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente – 240
- 15 – Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden – 254
- 16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte – 257
- 17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 258
- 18 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft – 260
- 19 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft – 261
- 20 – Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten – 262
- 21 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte – 263
- 22 – Sachanlagen – 264
- 23 – Leasingverhältnisse – 265
- 24 – Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte – 267
- 25 – Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte – 278
- 26 – Sonstige Aktiva und Passiva – 282
- 27 – Einlagen – 283
- 28 – Rückstellungen – 284
- 29 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen – 288
- 30 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) – 289

Zusätzliche Anhangangaben

- 31 – Stammaktien – 290
- 32 – Aktienbasierte Vergütungen – 291
- 33 – Leistungen an Arbeitnehmer – 296
- 34 – Ertragsteuern – 303
- 35 – Derivative Finanzinstrumente – 307
- 36 – Aufsichtsrechtliches Kapital – 309
- 37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 314
- 38 – Informationen zu Tochtergesellschaften – 317
- 39 – Versicherungs- und Investmentverträge – 319
- 40 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten – 322
- 41 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB – 324
- 42 – Anteilsbesitz – 326

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft („Deutsche Bank“ oder „Muttergesellschaft“) ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern“) weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen der Konzernbereiche Corporate & Investment Bank sowie Private Clients and Asset Management an. Einzelheiten zu den Unternehmensbereichen des Konzerns sind in Note 05 „Segmentberichterstattung“ dargestellt.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Risikoangaben gemäß IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, für das Geschäftsjahr 2010 zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind durch Verweis auf durch seitliche Klammern entsprechend gekennzeichnete Teile des Risikoberichts weiterhin Bestandteil des Konzernanhangs.

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Wertberichtigung für Kreditausfälle, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, von Goodwill und sonstigen immateriellen Vermögenswerten, den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Eine Beschreibung der bei der Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen ist in Note 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen“ enthalten.

Finanzgarantien

Im zweiten Quartal 2009 wurde die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf das Ergebnis nach Steuern oder das Eigenkapital, aber einen Anstieg der Sonstigen Erträge und des Sachaufwands und sonstigen Aufwands in Höhe von jeweils 36 Mio € im Geschäftsjahr 2009 sowie jeweils 131 Mio € im Geschäftsjahr 2008 zur Folge.

Zuordnung von Ertragskomponenten in CIB

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Darstellung der Vorperiodenerträge des Konzernbereichs CIB infolge einer Überprüfung der Zuordnung von bestimmten Ertragskomponenten zu den Produktkategorien angepasst. Die Überprüfung führte für das Geschäftsjahr 2009 zu einem Transfer von 325 Mio € negativen Erträgen sowie für das Geschäftsjahr 2008 zu einem Transfer von 97 Mio € Erträgen von Kreditgeschäft zu Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte). Die Erträge aus Sales & Trading (Equity) wurden für das Geschäftsjahr 2009 um 83 Mio € beziehungsweise für das Geschäftsjahr 2008 um 105 Mio € reduziert, mit entsprechenden Gegenwirkungen in Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte). Diese Anpassungen hatten keine Auswirkungen auf die Gesamterträge des Konzernbereichs CIB.

Versicherungsgeschäft

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Darstellung der Gebühren und der Nettoausgleiche im Zusammenhang mit Langlebigekeitsversicherungs- und Langlebigekeitsrückversicherungsverträgen. Es wurde festgestellt, dass eine Nettodarstellung von Cashflows aus individuellen Langlebigekeitsversicherungs- und Langlebigekeitsrückversicherungsverträgen der tatsächlichen Regulierung dieser Cashflows entspricht und daher den Charakter solcher Verträge reflektiert. Diese Änderung des Ausweises führte zu einem Transfer von Aufwendungen in Höhe von 117 Mio € im Geschäftsjahr 2010 aus den Sonstigen Erträgen in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft.

Abschreibungsdauern für Software

Im zweiten Quartal 2010 änderte der Konzern die Abschreibungsdauern für aktivierte Aufwendungen für bestimmte erworbene oder selbst erstellte Software von drei Jahren auf fünf oder zehn Jahre. Die Änderung hatte im Geschäftsjahr 2010 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen. Entsprechende Anpassungen im Geschäftsjahr 2009 führten in 2010 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 28 Mio € sowie in 2009 zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 145,8 Mio €.

Wechsel der funktionalen Währung eines wesentlichen Geschäftsbetriebs

Am 1. Januar 2010 wechselte die funktionale Währung der Filiale London der Deutschen Bank Aktiengesellschaft („Filiale London“) und bestimmter anderer in London ansässiger Tochtergesellschaften von Britischem Pfund zu Euro.

Die funktionale Währung dieser Tochtergesellschaften war zuvor auf das Britische Pfund festgelegt, da es sich hierbei um die Währung des primären Wirtschaftsumfelds handelte. Während des Geschäftsjahres 2009 stellte man jedoch fest, dass sich das wirtschaftliche Umfeld, die Struktur der Geschäftsfelder und der Bilanz der Filiale London im Laufe der Zeit sukzessive gewandelt haben. Um dieser Änderung gerecht zu werden, führt das Management der Filiale London deren Geschäfte seit dem 1. Januar 2010 in Euro durch. Zur Implementierung dieser Entscheidung wurden in der Filiale London Maßnahmen zur Absicherung aller Nicht-Euro-Risiken, zur Umwandlung von Gewinnen in Euro und zur Umstellung der internen Managementberichterstattung auf Euro ergriffen.

Die Änderung der funktionalen Währung in Euro wurde prospektiv für diesen Konzernabschluss angewandt. Der Konzern hat alle Sachverhalte mit dem Wechselkurs am 1. Januar 2010 in die neue funktionale Währung umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung des ausländischen Geschäftsbetriebs, die zuvor im „Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income)“ erfasst wurden, verbleiben im „Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income)“ und werden erst im Fall einer Veräußerung des Geschäftsbetriebs ergebniswirksam berücksichtigt.

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Diese Grundsätze wurden in den Geschäftsjahren 2008, 2009 und 2010 mit Ausnahme der zuvor beschriebenen Änderungen konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft zusammen mit ihren Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter Zweckgesellschaften („SPEs“), dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm beherrschten Einheiten. Der Konzern verfügt über einen beherrschenden Einfluss auf Tochtergesellschaften, wenn er deren Finanz- und Geschäftspolitik bestimmen kann. Dies wird in der Regel bei einer direkten oder indirekten Kapitalbeteiligung von mehr als der Hälfte der Stimmrechte an den Unternehmen angenommen. Das Bestehen potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, wird bei der Prüfung, ob der Konzern ein anderes Unternehmen beherrscht, berücksichtigt.

Der Konzern unterstützt die Gründung von SPEs und interagiert mit nicht von ihm gesponserten SPEs aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht. Um festzustellen, ob eine SPE zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Faktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung, (1) ob die Aktivitäten der SPE zugunsten des Konzerns entsprechend seinen spezifischen Geschäftsbedürfnissen durchgeführt werden, sodass dieser aus der Geschäftstätigkeit der SPE Nutzen zieht; (2) ob der Konzern über die Entscheidungsmacht zur Erzielung der Mehrheit des Nutzens verfügt; (3) ob der Konzern die Mehrheit des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der SPE zieht oder (4) ob der Konzern die Mehrheit der mit den Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken behält, um Nutzen aus ihrer Geschäftstätigkeit zu ziehen. Eine SPE ist zu konsolidieren, wenn die Prüfung der wesentlichen Faktoren zeigt, dass die SPE durch den Konzern beherrscht wird.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine beherrschende Einflussnahme mehr vorliegt.

Der Konzern überprüft mindestens zu jedem Quartalsabschluss die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen. Entsprechend werden etwaige organisatorische Veränderungen unmittelbar berücksichtigt. Dazu gehören neben Änderungen der Eigentumsverhältnisse jegliche Änderungen von bestehenden oder mit einer Einheit neu abgeschlossenen vertraglichen Verpflichtungen des Konzerns.

Der Konzern überprüft die Konsolidierungsentscheidung für SPEs, wenn sich eine Änderung in den Vereinbarungen der SPE ergibt oder wenn eine substantielle Änderung der Geschäftsbeziehungen zwischen dem Konzern und einer SPE vorliegt. Zu den Sachverhalten, die Anlass zur Notwendigkeit einer Überprüfung der Konsolidierungsentscheidung geben würden, gehören unter anderem:

- substantielle Veränderungen der Eigentumsverhältnisse der SPE, beispielsweise Kauf eines nicht unwesentlichen zusätzlichen Anteils oder Verkauf eines nicht unwesentlichen Anteils an der SPE;
- Veränderungen der vertraglichen Vereinbarungen oder Unternehmensführungsstrukturen der SPE;
- zusätzliche Aktivitäten in Bezug auf die Struktur der Gesellschaft, beispielsweise die Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität über die ursprünglich vereinbarten Bedingungen hinaus, oder der Abschluss ursprünglich nicht geplanter Geschäfte mit einer SPE und
- Veränderungen in der Finanzierungsstruktur der Einheit.

Ferner wird die Angemessenheit einer Konsolidierungsentscheidung erneut überprüft, wenn der Konzern feststellt, dass die SPE zusätzlicher, ursprünglich nicht vorgesehener Unterstützung zur Weiterführung ihres Geschäfts bedarf und der Konzern eine solche Unterstützung aus Reputations- oder sonstigen Gründen leisten würde.

Die Neueinschätzung des Vorliegens eines beherrschenden Einflusses über bestehende SPEs führt nicht zwangsläufig zu einer Konsolidierung oder Entkonsolidierung. Bei einer solchen Überprüfung muss der Konzern unter Umständen seine Wahrscheinlichkeitsannahmen für Verluste, die Möglichkeit einer zukünftigen Inanspruchnahme zusätzlicher Liquiditätsfazilitäten sowie für künftige, aus Reputations- oder anderen Gründen resultierende Maßnahmen anpassen. Eine Neueinschätzung der Konsolidierungspflicht wird auf der Grundlage aller gegenwärtig verfügbaren Informationen, einschließlich aktueller Marktparameter und Erwartungen (wie zum Beispiel Erwartungen zu Verlusten aus Vermögenswerten), sowie unter Berücksichtigung jeglicher Änderungen der Marktbedingungen seit Gründung der SPE vorgenommen.

Alle konzerninternen Transaktionen, Salden und nicht realisierten Gewinne aus Transaktionen zwischen Konzerngesellschaften werden bei der Konsolidierung eliminiert. Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung kommen konzernweit einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze zur Anwendung. Die Ausgabe von Aktien einer Tochtergesellschaft an Dritte wird als Anteile ohne beherrschenden Einfluss behandelt.

Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen verliert, werden a) die Vermögenswerte (einschließlich des Goodwill) und Verpflichtungen des Tochterunternehmens zu deren Buchwerten ausgebucht, b) der Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen (inklusive aller diesen zuzuordnenden im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) ausgewiesenen Bestandteile) ausgebucht, c) der Fair Value der erhaltenen Gegenleistung sowie eventuelle Ausschüttungen der Anteile des Tochterunternehmens erfasst, d) die Anteile, die am ehemaligen Tochterunternehmen behalten werden, zum Fair Value erfasst und e) jede daraus resultierende Differenz als ein Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dieser Tochtergesellschaft stehen, werden zu dem Zeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, an dem der Konzern den beherrschenden Einfluss verliert.

Im Rahmen eines Beratungs- oder Treuhandverhältnisses gehaltene Vermögenswerte gelten nicht als Vermögenswerte des Konzerns und sind nicht in der Konzernbilanz ausgewiesen.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum Fair Value der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Goodwill bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Goodwill), kann ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst werden. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb“) wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum Fair Value neubewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern die zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteile veräußert hätte.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Assoziierte Unternehmen und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20 % und 50 % der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20 % der Stimmrechte umfasst.

Ein gemeinschaftlich geführtes Unternehmen besteht, wenn der Konzern mit einer Partei oder mehreren Parteien Verträge über Geschäftsaktivitäten geschlossen hat, die durch von ihnen gemeinschaftlich geführte Unternehmen wahrgenommen werden.

Anteile an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter und gemeinschaftlich geführter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen. Der Anteil des Konzerns an den Gewinnen und Verlusten des assoziierten Unternehmens, die aus konzerninternen Verkäufen resultieren, wird bei der Konsolidierung eliminiert.

Wenn der Konzern zuvor einen Eigenkapitalanteil (zum Beispiel einen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswert) gehalten hat und nun maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben kann, wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zum Fair Value Neubewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalanteil stehen, werden zum Erwerbszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, wie dies erforderlich wäre, wenn der Konzern den zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteil veräußert hätte.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Goodwill, der bei der Akquisition eines assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens entsteht, ist im Buchwert der Beteiligung (abzüglich aufgelaufener Verluste aus Wertminderungen) enthalten. Daher erfolgt keine separate Überprüfung des Goodwill auf Wertminderung. Stattdessen wird die Beteiligung insgesamt auf eine etwaige Wertminderung hin überprüft.

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Ein in Vorperioden erfasster Wertminderungsverlust wird nur rückgängig gemacht, wenn sich die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags der Beteiligung zugrunde liegenden Annahmen seit der letzten Erfassung eines Wertminderungsverlusts geändert haben. In diesem Fall wird der Bilanzwert der Beteiligung auf ihren höheren erzielbaren Betrag zugeschrieben. Diese Erhöhung stellt eine Wertaufholung des zuvor erfassten Wertminderungsverlusts dar.

Übersteigen die Verluste den Buchwert der jeweiligen Beteiligung, werden sie mit anderen Vermögenswerten des Konzerns, die dem Beteiligungsunternehmen zuzuordnen sind, verrechnet. Falls diese anderen Vermögenswerte vollständig abgeschrieben sind, wird geprüft, ob zusätzlich Verluste auszuweisen sind, weil der Konzern verpflichtet ist, diese auszugleichen.

Wenn der Konzern den maßgeblichen Einfluss auf ein assoziiertes oder gemeinschaftlich geführtes Unternehmen verliert, wird ein Gewinn oder Verlust aus der Veräußerung der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung erfasst, der der Differenz zwischen der Summe aus dem Fair Value des zurückbehaltenen Investments und den Veräußerungserlösen und dem Buchwert des Investments zu diesem Zeitpunkt entspricht. In früheren Perioden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit dem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen stehen, werden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht.

Ein zurückbehaltenes Investment wird als Finanzinstrument bilanziert, wie im Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen“ erläutert.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die zum Fair Value bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst. Umrechnungsdifferenzen aus nicht monetären Posten, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind (Eigenkapitaltitel), werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst. Bei der Veräußerung eines solchen Vermögenswerts werden die kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung übertragen und sind Bestandteil des dort ausgewiesenen Gesamtgewinns oder -verlusts aus der Veräußerung des Vermögenswerts.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte, Verbindlichkeiten sowie das Eigenkapital von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden unmittelbar als Anteile ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Bei Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt bei Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Erträge werden berücksichtigt, wenn die Höhe der Erträge und der dazugehörigen Aufwendungen verlässlich bestimmbar ist, der wirtschaftliche Nutzen der Transaktion mit großer Wahrscheinlichkeit realisiert wird und der Fertigstellungsgrad der Transaktion verlässlich bestimmt werden kann. Dieses Konzept wird auf die wesentlichen ertragsgenerierenden Konzernaktivitäten wie folgt angewandt:

Zinsüberschuss. Zinsen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden. Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren, die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios.

Sobald eine Wertminderung für einen Kredit oder ein zur Veräußerung verfügbares festverzinsliches Wertpapier erfasst wurde, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der vertraglichen Bedingungen des Finanzinstruments eingestellt. Dessen ungeachtet erfolgt die Erfassung von Zinserträgen auf Basis des Zinssatzes, der zur Abzinsung zukünftiger Cashflows für die Ermittlung des Wertminderungsverlusts verwendet wurde. Bei einem Kredit würde der ursprüngliche Effektivzinssatz verwendet. Bei einem zur Veräußerung verfügbaren festverzinslichen Wertpapier hingegen würde jeweils bei Vorliegen eines Wertminderungsbedarfs ein neuer Effektivzinssatz festgelegt, da die Wertminderung auf Basis des Fair Value bemessen wird und somit auf dem aktuellen Marktzinssatz beruht.

Im Fall einer Umklassifizierung von finanziellen Vermögenswerten aus den Kategorien „Handelsaktiva“ oder „zur Veräußerung verfügbar“ zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft wird ein neuer Effektivzinssatz auf Grundlage des Fair Value am Umwidmungsstichtag und des besten Schätzwerts der zukünftigen Cashflows festgelegt.

Provisionsüberschuss. Die Erfassung von Provisionserträgen richtet sich nach dem Zweck, für den diese erhoben wurden, sowie nach der Bilanzierungsmethode für mögliche zugehörige Finanzinstrumente. In den Fällen, in denen ein zugehöriges Finanzinstrument existiert, werden Provisionen, die integraler Bestandteil des Effektivzinssatzes dieses Finanzinstruments sind, in die Bestimmung des Effektivzinses einbezogen. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum Fair Value bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres Fair Value keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen. Die Vereinnahmung von Gebühren für Leistungen, die über einen bestimmten Zeitraum erbracht werden, erfolgt über die Periode der Leistungserbringung. Gebühren, die mit der vollständigen Erbringung einer bestimmten Dienstleistung oder einem signifikanten Ereignis verbunden sind, werden vereinnahmt, wenn die Dienstleistung vollständig erbracht wurde oder das signifikante Ereignis eingetreten ist.

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die nicht als zum Fair Value bewertet bilanziert werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Leistungsabhängige Provisionen oder Provisionskomponenten werden erfasst, wenn die Leistungskriterien erfüllt sind.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum erbrachten Dienstleistungen: Investmentfondsmanagement-, Treuhand-, Depot-, Portfolio-, sonstige Verwaltungs- und Beratungsprovisionen sowie kreditbezogene Gebühren und Provisionserträge. Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen aus dem Emissionsgeschäft, dem Corporate-Finance- sowie dem Brokeragegeschäft.

Vertragsverhältnisse, die Lieferungen mehrerer Dienstleistungen oder Produkte vorsehen. Für Vertragsverhältnisse, bei denen sich der Konzern zur Lieferung mehrerer Produkte, Dienstleistungen oder Rechte an einen Vertragspartner verpflichtet, ist zu untersuchen, ob die insgesamt erhaltene Gebühr für Zwecke der Ertragsrealisierung aufgeteilt und den verschiedenen Komponenten des Vertragsverhältnisses zugeordnet werden sollte. Vom Konzern durchgeführte strukturierte Transaktionen sind die wichtigsten Beispiele für solche Arrangements und werden auf Einzeltransaktionsbasis untersucht. Diese Untersuchung berücksichtigt den Wert der bereits gelieferten Elemente und Leistungen, um sicherzustellen, dass das andauernde Engagement des Konzerns in Bezug auf andere Aspekte des Vertragsverhältnisses nicht wesentlich für die bereits erbrachten Dienstleistungen oder Produkte ist. Es werden außerdem der Wert der noch nicht gelieferten Elemente und, sofern Rückgaberechte für die gelieferten Elemente bestehen, die Wahrscheinlichkeit der Erbringung der verbleibenden, noch nicht gelieferten Elemente überprüft. Sofern festgestellt wird, dass es angemessen ist, die Teilelemente als separate Komponenten zu betrachten, wird die erhaltene Gegenleistung auf Basis der relativen Werte der einzelnen Elemente aufgeteilt.

Liegt für den Wert der gelieferten Elemente kein verlässlicher und objektiver Nachweis vor oder ist ein individuelles Element mit dem Fair Value anzusetzen, wird der Residualansatz verwendet. Unter dem Residualansatz entspricht der für die gelieferte Leistung zu vereinnahmende Ertrag dem Restbetrag, der verbleibt, nachdem ein angemessener Ertrag allen anderen Komponenten des Gesamtarrangements zugeordnet wurde.

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern teilt seine finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in die nachstehenden Kategorien ein: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte und sonstige finanzielle Verpflichtungen. Der Konzern klassifiziert seine finanziellen Vermögenswerte nicht als „bis zur Endfälligkeit gehalten“. Die angemessene Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes oder der Umgliederung festgelegt.

Finanzinstrumente, die als zum Fair Value bewertet eingestuft werden, beziehungsweise finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert werden, werden am Handelstag erfasst. Als Handelstag gilt das Datum, an dem sich der Konzern dazu verpflichtet, die betreffenden Vermögenswerte zu kaufen oder zu verkaufen respektive die finanziellen Verpflichtungen zu begeben oder zurückzuerwerben. Alle anderen Finanzinstrumente gehen am Erfüllungstag zu oder ab.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Der Konzern klassifiziert bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen zum Zeitpunkt der Erstfassung entweder als zu Handelszwecken gehalten oder als zum Fair Value bewertet. Diese finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen werden zum Fair Value angesetzt und als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise Verpflichtungen dargestellt. Die entsprechenden realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste sind im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen enthalten. Für zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente werden Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Handelsaktiva und -passiva. Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben oder zum Zweck des kurzfristigen Rückkaufs eingegangen wurden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Physische Rohstoffe, die vom Warenerminhandelsbereich des Konzerns gehalten werden, sind ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet und werden zum Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelsaktiva und -passiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Diese Vermögenswerte und Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte und/oder finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Fair-Value-Basis gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (a) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (b) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum Fair Value bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der Fair Value verlässlich bestimmbar ist.

Kreditzusagen

Bestimmte Kreditzusagen werden nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert. Wie in dem Abschnitt „Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen“ erläutert, sind einige Kreditzusagen als zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen zu bilanzieren. Alle anderen Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst. Daher werden für diese außerbilanziellen Kreditzusagen Änderungen des Fair Value infolge von Änderungen der Zinssätze oder Kreditspannen nicht berücksichtigt. Jedoch werden diese außerbilanziellen Kreditzusagen wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ ausgeführt, individuell und, sofern angemessen, kollektiv auf Wertminderung untersucht.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Kredite umfassen selbst begebene und erworbene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen. Diese finanziellen Vermögenswerte werden weder an einem aktiven Markt gehandelt noch als zum Fair Value bewertete oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert. Ein aktiver Markt liegt vor, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchen-Gruppe, einem Pricingservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen.

Kredite, die nicht im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden bei der Ersterfassung zum Transaktionspreis ausgewiesen, der dem dem Kreditnehmer zur Verfügung gestellten Geldbetrag entspricht. Der Buchwert von Krediten bei Ersterfassung beinhaltet außerdem den Saldo aus direkten und inkrementellen Transaktionskosten und Provisionen. In der Folge werden die Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode, reduziert um Wertminderungen, bewertet.

Kredite, die entweder im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses oder separat erworben wurden, werden zunächst mit ihrem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt erfasst. Der Fair Value zum Erwerbszeitpunkt spiegelt erwartete Cashflows wider, die die Kreditwürdigkeit dieser Kredite inklusive eingetretener Verluste berücksichtigen. Die Erfassung von Zinserträgen erfolgt nach der Effektivzinsmethode. Nach dem Erwerbszeitpunkt beurteilt der Konzern, inwiefern in Übereinstimmung mit den im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ dargelegten Bilanzierungsgrundsätzen objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird eine Wertberichtigung für Kreditausfälle mit entsprechender Gegenbuchung des Verlustbetrags als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Nachfolgende Verbesserungen der Kreditwürdigkeit dieser Kredite über ihren Buchwert zum Erwerbszeitpunkt hinaus werden als Erhöhung des Buchwerts der Kredite behandelt und der korrespondierende Gewinn wird in den Zinserträgen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte, die weder als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte noch als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert werden, werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden zunächst mit ihrem Fair Value zuzüglich der dem Kauf direkt zuordenbaren Transaktionskosten angesetzt. Auflösungen von Agios und Disagios werden im Zinsüberschuss ausgewiesen. Zukünftige Änderungen des Fair Value werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen – es sei denn, sie sind Gegenstand eines Fair Value Hedge. In diesem Fall werden Änderungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Bei monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Schuldtiteln) werden Änderungen des Buchwerts, die auf Wechselkursänderungen zurückzuführen sind, ergebniswirksam erfasst, während sonstige Änderungen des Buchwerts wie oben beschrieben im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen werden. Bei nicht monetären zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Eigenkapitalinstrumenten) beinhaltet die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) berücksichtigte Wertänderung auch den Fremdwährungsbestandteil.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wie im Abschnitt „Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ beschrieben. Realisierte Gewinne und Verluste werden als Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen. Bislang im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Gewinne und Verluste werden bei Verkauf eines zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Finanzielle Verpflichtungen umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum Fair Value bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert, abzüglich der entstandenen Transaktionskosten, entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern kann bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien „zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva)“ und „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Kategorie „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert am Umgliederungsstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umwidmungsstichtag die Absicht und Möglichkeit bestehen, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Definition des Kriteriums „auf absehbare Zeit“ lässt sich nicht auf eine allgemeingültige Zeitspanne festlegen, sondern erfordert Beurteilungen seitens des Managements. Zur Beurteilung hat der Konzern die nachfolgenden Mindestanforderungen festgelegt:

- Es darf keine Absicht bestehen, den Vermögenswert innerhalb eines Jahres zu verkaufen oder zu verbrieften, und es darf keine internen oder externen Auflagen geben, die die Halteabsicht einschränken oder einen Verkauf erforderlich machen würden; und
- der Geschäftsplan darf zukünftig nicht darauf ausgerichtet sein, von kurzfristigen Preisveränderungen zu profitieren.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wird auf Basis der individuellen Gegebenheiten die Umgliederung vorgenommen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit, die Haltestrategie einzuhalten, sind vom Management zu bestätigen.

Zusätzlich zu den obigen Kriterien muss außerdem ein überzeugender Nachweis vorliegen, der bestätigt, dass die erwartete Rückzahlung des Vermögenswerts den geschätzten Fair Value übersteigt und dass die Renditen aus dem Vermögenswert optimiert werden, indem er auf absehbare Zeit gehalten wird.

Finanzielle Vermögenswerte werden zu ihrem Fair Value am Umgliederungsstichtag umgebucht. Gewinne oder Verluste, die bereits in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden, werden nicht rückgängig gemacht. Der Fair Value des Finanzinstruments am Umwidmungsstichtag repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments. Die erwarteten Cashflows des Finanzinstruments werden am Umbuchungsstichtag geschätzt und diese Schätzungen zur Berechnung der neuen Effektivverzinsung der Instrumente verwendet. Erhöhen sich zu einem späteren Zeitpunkt die erwarteten zukünftigen Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte aufgrund einer Werterholung, wird der Effekt dieser Erhöhung als Anpassung der Effektivverzinsung und nicht als Anpassung des Buchwerts zum Zeitpunkt der Änderung der Schätzung berücksichtigt. Bei einem anschließenden Rückgang der erwarteten zukünftigen Cashflows wird der Vermögenswert auf Vorliegen einer Wertminderung analysiert, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft“ erläutert. Jede Änderung des zeitlichen Anfalls der Cashflows der umklassifizierten Vermögenswerte, die nicht als wertgemindert erachtet werden, wird durch Anpassung des Buchwerts erfasst.

Bei Instrumenten, die aus den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in die Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden, wird der im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste unrealisierte Gewinn oder Verlust anschließend unter Anwendung der Effektivverzinsung des Instruments als Zinsertrag erfasst. Wenn später eine Wertminderung des Instruments vorliegt, wird der an diesem Stichtag im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesene unrealisierte Verlust des Instruments sofort in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Wertberichtigung für Kreditausfälle erfasst.

In den Fällen, in denen Vermögenswerte, die als Forderungen aus dem Kreditgeschäft klassifiziert wurden, zurückgezahlt, restrukturiert oder unter Umständen verkauft werden und in denen der dabei erhaltene Betrag unter dem aktuellen Buchwert liegt, wird ein Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entweder als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbucht, wenn eine Wertminderung des Instruments vorliegt, oder in den Sonstigen Erträgen erfasst, wenn keine Wertminderung des Instruments vorliegt.

Ermittlung des Fair Value

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Weitere Informationen zu den bei der Bestimmung des Fair Value verwendeten wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen und -annahmen sind in Note 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Bestimmung des Fair Value beziehungsweise Methoden zur Bestimmung des Fair Value“ enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit“

Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen oder der Konzern in ein gegenläufiges Geschäft eintritt, welches das Risiko des Instruments im Wesentlichen eliminiert. In den seltenen Fällen, in denen ein Handelstagverlust entsteht, würde dieser sogleich erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass ein Verlust eingetreten ist und der Betrag verlässlich geschätzt werden kann. Weitere Informationen zu den bei der Prüfung der Beobachtbarkeit von Inputparametern und bei den Maßnahmen für die Minderung von Risiken angewandten Schätzungen und Beurteilungen sind in Note 02 „Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Bestimmung des Fair Value beziehungsweise Methoden zur Bestimmung des Fair Value“ enthalten.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken, einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen, eingesetzt. Alle frei stehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem Fair Value angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Der Konzern gibt Kreditzusagen, deren resultierende Kreditforderungen zum Verkauf bestimmt sind. Diese Posten werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen klassifiziert und die zugehörigen Gewinne und Verluste im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Kreditzusagen, die durch Barausgleich oder durch die Lieferung beziehungsweise Begebung eines anderen Finanzinstruments erfüllt werden können, werden als Derivate klassifiziert. Spezielle vom Konzern für angebotene Investmentfondsprodukte abgegebene Marktwertgarantien werden ebenfalls als Derivate klassifiziert und demzufolge zum Fair Value angesetzt, wobei Veränderungen des Fair Value im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt werden.

Bestimmte Derivate, die weder zu Handelszwecken gehalten werden noch die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung erfüllen, aber Effekte aus Transaktionen ausgleichen, die in die zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen einfließen, werden unter den Sonstigen Aktiva oder Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die realisierten und unrealisierten Änderungen des Fair Value dieser Derivate werden in denselben Positionen der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, in die auch die abgesicherte Transaktion einfließt. Die Änderungen des Fair Value aller anderen Derivate, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen, werden im Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum Fair Value erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag ausgewiesen. Einzelne hybride Instrumente wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen („Hedge Accounting“)

Im Rahmen der Rechnungslegung werden drei Arten von Sicherungsbeziehungen unterschieden, die bilanziell unterschiedlich behandelt werden: (1) Absicherung von Veränderungen des Fair Value von Vermögenswerten, Verbindlichkeiten oder bilanzunwirksamen verbindlichen Zusagen („Fair Value Hedges“); (2) Absicherung von Schwankungen zukünftiger Cashflows aus hochwahrscheinlichen geplanten Transaktionen wie auch variabel verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Cash Flow Hedges“) sowie (3) Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die Berichtswährung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“).

Wird Hedge Accounting angewandt, designiert und dokumentiert der Konzern die Beziehung zwischen dem Sicherungsinstrument und dem gesicherten Geschäft sowie Risikomanagementziel und -strategie, die der Sicherungsbeziehung zugrunde liegen, und auch die Art des abgesicherten Risikos. Teil dieser Dokumentation ist eine Beschreibung, wie der Konzern die Wirksamkeit des Sicherungsinstruments hinsichtlich der Kompensation von Risiken aus Änderungen des Fair Value des abgesicherten Grundgeschäfts oder aus Cashflows bestimmt, die dem abgesicherten Risiko zurechenbar sind. Die Effektivität wird für jede Sicherungsbeziehung sowohl zu Beginn als auch während der Laufzeit bestimmt. Selbst bei übereinstimmenden Vertragsbedingungen zwischen dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft wird die Hedgeeffektivität immer berechnet.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen. Anschließend Änderungen des Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Beim Fair Value Hedge werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des Fair Value des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des Fair Value durch Anwendung von Hedge Accounting werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Wird das Fremdwährungsrisiko eines als zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerts abgesichert, wird die aus Währungskursschwankungen resultierende Änderung des Fair Value des Wertpapiers ebenfalls in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des Fair Value aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.

Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des Fair Value vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des Fair Value über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Fair-Value-Anpassungen beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch einen Fair Value Hedge gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.

Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem Fair Value angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.

Die Hedgeineffektivität wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Fair-Value-Änderungen des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.

Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die im Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionalen Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Hedges of Net Investments in Foreign Operations“) wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des Fair Value des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem der Hedge effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung im Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des Fair Value wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des Fair Value des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Hedge, werden bei Verkauf der ausländischen Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Wertminderungen (Impairment) finanzieller Vermögenswerte

An jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist („Verlustereignis“);
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cashflows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags vorgenommen werden kann.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Der Konzern beurteilt zunächst für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt.

Damit das Management beurteilen kann, ob auf individueller Ebene ein Verlustereignis eingetreten ist, werden alle bedeutsamen Kreditbeziehungen in regelmäßigen Zeitabständen überprüft. Dabei werden aktuelle Informationen und kontrahentenbezogene Ereignisse wie erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbrüche, die sich beispielsweise im Ausfall oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen äußern, berücksichtigt.

Sofern für eine einzelne Kreditbeziehung ein Wertminderungshinweis vorliegt, der zu einem Wertminderungsverlust führt, wird der Verlustbetrag als Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits (der Kredite), einschließlich aufgelaufener Zinsen, und dem Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses oder im Fall einer Umklassifizierung des am Umbuchungsstichtag festgelegten Effektivzinses des Kredits ermittelt. In die Cashflows einzubeziehen sind auch solche, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert der Kredite wird mittels einer Wertberichtigung reduziert. Der Verlustbetrag wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Der Zweck der kollektiven Beurteilung besteht in der Bildung einer Wertberichtigung für Kredite, die entweder für sich gesehen bedeutsam sind, für die jedoch kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, oder die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, für die jedoch auf Portfolioebene wahrscheinlich ein Verlust eingetreten und verlässlich bestimmbar ist. Der Verlustbetrag setzt sich aus drei Komponenten zusammen. Die erste Komponente berücksichtigt einen Betrag für Transfer- und Konvertierungsrisiken im Zusammenhang mit Kreditenga-

gements in Ländern, bei denen erhebliche Zweifel daran bestehen, dass die dort ansässigen Kontrahenten aufgrund der wirtschaftlichen oder politischen Situation ihre Rückzahlungsverpflichtungen erfüllen können. Dieser Betrag wird unter Verwendung von Ratings für Länder- und Transferrisiken ermittelt, welche regelmäßig für jedes Land, in dem der Konzern Geschäfte tätig, erhoben und überwacht werden. Der zweite Bestandteil stellt einen Wertberichtigungsbetrag dar, der die auf Portfolioebene für kleinere homogene Kredite, das heißt für Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft, eingetretenen Verluste widerspiegelt. Die Kredite werden entsprechend ähnlichen Kreditrisikomerkmale zusammengefasst und die Wertberichtigung für jede Gruppe von Krediten wird unter Verwendung statistischer Modelle auf Basis von historischen Erfahrungswerten ermittelt. Die dritte Komponente beinhaltet eine Schätzung der im Kreditportfolio inhärenten Verluste, die weder auf individueller Ebene identifiziert noch bei der Bestimmung der Wertberichtigung für kleinere homogene Kredite berücksichtigt wurden. Kredite, die bei individueller Beurteilung nicht als wertgemindert gelten, sind ebenfalls in dieser Komponente der Wertberichtigung enthalten.

Sobald ein Kredit als wertgemindert identifiziert ist, wird die Zinsabgrenzung auf Basis der kreditvertraglichen Bedingungen eingestellt. Dessen ungeachtet wird aber der auf den Zeitablauf zurückzuführende Anstieg des Nettobarwerts des wertgeminderten Kredits auf Basis des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits als Zinsertrag erfasst.

Alle wertberichtigten Kredite werden zu jedem Bilanzstichtag auf Veränderungen des Barwerts der erwarteten zukünftigen Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinses des Kredits untersucht. Die Veränderung eines bereits erfassten Wertminderungsverlusts wird als Veränderung der Wertberichtigung erfasst und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass keine realistische Aussicht auf eine Rückzahlung der Forderung besteht, und die Sicherheiten verwertet oder auf den Konzern übertragen wurden, wird der Kredit abgeschrieben. Zahlungseingänge aus abgeschriebenem Forderungen werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Das Verfahren zur Bestimmung von Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ähnelt der Methodik, die für Forderungen aus dem Kreditgeschäft verwendet wird. Wertminderungsverluste werden in der Konzernbilanz als Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft unter den Sonstigen Passiva und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst.

Verringert sich die Höhe einer früher erfassten Wertberichtigung in einer der folgenden Berichtsperioden und ist diese Verringerung auf einen nach der Erfassung der Wertminderung aufgetretenen Sachverhalt zurückzuführen, wird die Wertberichtigung durch eine Reduzierung des Wertberichtigungskontos rückgängig gemacht. Eine solche Wertaufholung wird ergebniswirksam erfasst.

Wertminderung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beurteilt das Management zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines einzelnen Vermögenswerts vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt.

Wenn ein Wertminderungshinweis vorliegt, so sind sämtliche Beträge, die zuvor im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst wurden, in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umzugliedern und im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten zu erfassen. Der aus dem Kumulierten sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den Anschaffungskosten (gekürzt um Tilgungen und Amortisationen) und dem aktuellen Fair Value abzüglich zuvor ergebniswirksam erfasster Wertminderungsverluste dieses Vermögenswerts.

Nachfolgende Rückgänge des Fair Value eines wertgeminderten zur Veräußerung verfügbaren Schuldtitels werden erfolgswirksam erfasst, da sie als weitere Wertminderung angesehen werden. Nachfolgende Erhöhungen des Fair Value werden ebenfalls erfolgswirksam erfasst, bis der Vermögenswert nicht länger als wertgemindert angesehen wird. Ein zur Veräußerung verfügbarer Schuldtitel wird nicht länger als wertgemindert eingestuft, wenn sein Fair Value sich mindestens bis zur Höhe der ohne Berücksichtigung einer Wertminderung bestehenden fortgeführten Anschaffungskosten erholt hat. Nachfolgende Änderungen des Fair Value werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren Eigenkapitalinstrumenten werden nicht ergebniswirksam rückgängig gemacht; Erhöhungen des Fair Value nach einer Wertminderung werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, bucht der Konzern den übertragenen Vermögenswert aus, wenn die Verfügungsmacht, das heißt die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, weist der Konzern den Vermögenswert entsprechend dem Umfang des fortgeführten Engagements weiterhin aus. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die Ausbuchungskriterien werden, sofern angebracht, auch angewandt, wenn ein Teil eines Vermögenswerts anstelle des gesamten Vermögenswerts oder eine Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte in ihrer Gesamtheit übertragen wird. Wird ein Teil eines Vermögenswerts übertragen, muss es sich dabei um einen spezifisch identifizierten Cashflow, einen exakt proportionalen Anteil des Vermögenswerts oder einen exakt proportionalen Anteil eines spezifisch identifizierten Cashflows handeln.

Wenn ein bestehender finanzieller Vermögenswert durch einen anderen Vermögenswert mit demselben Kontrahenten zu wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird, oder die Vertragsbedingungen des Vermögenswerts wesentlich geändert werden, dann wird der bestehende finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer Vermögenswert eingebucht. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Verbriefungstransaktionen

Der Konzern verbrieft verschiedene finanzielle Vermögenswerte aus Transaktionen mit privaten und gewerblichen Kunden durch den Verkauf an eine Zweckgesellschaft („SPE“), die ihrerseits Wertpapiere an Investoren ausgibt. Die übertragenen Vermögenswerte können bei Anwendung der entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätze vollständig oder teilweise für eine Ausbuchung qualifizieren. Synthetische Verbriefungsstrukturen beinhalten üblicherweise derivative Finanzinstrumente, für die die oben genannten Grundsätze für die Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen zur Anwendung kommen würden. Übertragungen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllen, können als besicherte Finanzierung („Secured Financing“) bilanziert werden oder führen zur Bilanzierung von Verbindlichkeiten im Rahmen eines fortgeführten Engagements. Investoren und Verbriefungsgesellschaften haben grundsätzlich keinen Rückgriff auf die sonstigen Vermögenswerte des Konzerns, wenn die Emittenten der finanziellen Vermögenswerte nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen gemäß den ursprünglichen Bedingungen für diese Vermögenswerte zu erfüllen.

Rechte an den verbrieften finanziellen Vermögenswerten können in Form von erst- oder nachrangigen Tranchen, Zinsansprüchen oder sonstigen Residualansprüchen zurückbehalten werden („zurückbehaltene Rechte“). Soweit die vom Konzern zurückbehaltenen Rechte weder zu einer Konsolidierung der betreffenden Zweckgesellschaft noch zu einer Bilanzierung der transferierten Vermögenswerte führen, werden die Ansprüche in der Regel als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte erfasst und zum Fair Value ausgewiesen. In Übereinstimmung mit der Bewertung für gleichartige Finanzinstrumente wird der Fair Value der zurückbehaltenen Tranchen oder finanziellen Vermögenswerte beim erstmaligen Ansatz und in der Folge unter Verwendung von Marktpreisen, sofern verfügbar, oder internen Bewertungsmodellen, die Variablen wie Zinsstrukturkurven, vorzeitige Tilgungen, Ausfallraten, Größe der Verluste, Zinsschwankungen und -spannen zugrunde legen, ermittelt. Die für das Bewertungsmodell herangezogenen Annahmen basieren auf beobachtbaren Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und werden anhand externer Quellen verifiziert, soweit diese vorhanden sind. Wenn beobachtbare Transaktionen mit ähnlichen Wertpapieren und andere externe Quellen nicht vorhanden sind, sind bei der Ermittlung des Fair Value Einschätzungen durch das Management erforderlich, wie im Abschnitt „Ermittlung des Fair Value“ beschrieben.

Gewinne oder Verluste aus Verbriefungstransaktionen hängen teilweise von dem Buchwert der übertragenen finanziellen Vermögenswerte ab, wobei eine Allokation zwischen den ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten und den zurückbehaltenen Rechten auf der Grundlage ihres relativen Fair Value am Stichtag der Übertragung erfolgt.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch beziehungsweise eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos“), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos“), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum Fair Value in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt. Die Partei, welche die Barmittel zur Verfügung stellt, nimmt die Wertpapiere in Verwahrung, die als Sicherheit für die Finanzierung dienen und deren Marktwert dem verliehenen Betrag entspricht oder diesen übersteigt. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Reverse Repos erhaltenen Wertpapiere werden nicht in der Konzernbilanz erfasst, sofern die Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an den Wertpapieren verbunden sind, nicht erlangt wurden. Die im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferten Wertpapiere werden nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht, sofern die entsprechenden Risiken und Chancen nicht übertragen wurden. Im Rahmen von Vereinbarungen über Repos gelieferte Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Für bestimmte Portfolios von Repos und Reverse Repos, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an.

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen. Der Konzern überwacht die Entwicklung des Fair Value entliehener und verliehener Wertpapiere und fordert beziehungsweise leistet, soweit erforderlich, zusätzliche Sicherheiten.

Die gezahlten oder empfangenen Barmittel werden in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere ausgewiesen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Konzernbilanz separat ausgewiesen.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn, und nur wenn, eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre. Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis zehn Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Sachanlagen werden mindestens einmal im Jahr auf ihre Werthaltigkeit geprüft. Eine Wertminderung wird in Höhe des Betrags ausgewiesen, um den der erzielbare Betrag, das heißt der jeweils höhere Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert, den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Im Rahmen eines Finanzierungsleasings geleaste Anlagen werden als Sachanlagen aktiviert und über die Leasingdauer abgeschrieben.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Konzern wendet für die Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien grundsätzlich das Anschaffungskostenmodell an und der Buchwert ist in der Konzernbilanz unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Emittiert der Konzern Verbindlichkeiten, welche durch als Finanzinvestition gehaltene Immobilien unterlegt sind und eine direkt an den Fair Value oder die Rendite dieser Immobilien gekoppelte Rendite vorsehen, erfolgt eine Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zum Fair Value. Der Konzern beauftragt, sofern angebracht, externe Immobilienexperten zur Bestimmung des Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien mittels anerkannter Bewertungstechniken. Sollten Preise von kurz zuvor am Markt getätigten Transaktionen mit vergleichbaren Immobilien verfügbar sein, werden diese Transaktionen als Referenz für die Bestimmung des Fair Value herangezogen.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem Fair Value des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum Fair Value zum Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Für die Ermittlung des Goodwill werden die Fair Values der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows.

Der Goodwill aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Goodwill vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Cashinflows generieren, welche größtenteils unabhängig von den Cashinflows aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der Goodwill für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Cashinflows von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) generiert, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert, oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft. Die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns sind demzufolge Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments.

Darüber hinaus wird Goodwill, der aus nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde, einzeln auf der Ebene des nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht.

Der Goodwill aus Akquisitionen von assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen ist im Buchwert der Beteiligung enthalten und dieser wird jährlich auf seine Werthaltigkeit überprüft. Sofern ein Anhaltspunkt vorliegt, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte, erfolgt die Überprüfung häufiger.

Wenn ein Goodwill einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Goodwill bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Goodwill getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr Fair Value zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer

werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden zu Anschaffungskosten bilanziert und proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus den Verträgen anfallen, amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Es handelt sich dabei primär um Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen mit Publikumsfonds. Immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst.

Bei einem Erwerb von Versicherungsgeschäft wird der Betrag des Kaufpreises, der den Anteil des Erwerbers am Nettowert der identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten übersteigt, als immaterieller Vermögenswert bilanziert. Dieser immaterielle Vermögenswert repräsentiert den die zum Erwerbszeitpunkt bilanzierte Verbindlichkeit übersteigenden Barwert der zukünftigen Cashflows. Dieser Betrag wird als Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts bezeichnet.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird abgeschrieben. Die Wahl der verwendeten Abschreibungsrate berücksichtigt die Besonderheiten des erworbenen Versicherungsgeschäfts sowie den erwarteten Wertverzehr. Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird regelmäßig auf Wertminderungen untersucht, die als Aufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantiennehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet. Solche Garantiezusagen werden Banken, Finanzinstituten und sonstigen Vertragspartnern im Auftrag von Kunden eingeräumt, um Kredite, Kreditlinien und sonstige Bankfazilitäten zu besichern.

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Fair-Value-Basis gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum Fair Value klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstan-satz mit ihrem Fair Value bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte werden Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit sowie die diesbezüglichen Entscheidungen des Managements zugrunde gelegt.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt sowohl als Leasinggeber als auch -nehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Basierend auf einer Analyse der Konditionen dieser Verträge werden die Leasingverhältnisse aufgrund ihres wirtschaftlichen Gehalts entweder als Operating Leases oder Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert.

Leasinggeber

Vermögenswerte, die Kunden im Rahmen von Leasingverhältnissen überlassen werden, werden ungeachtet des Rechtsanspruchs als Finanzierungsleasingverhältnisse klassifiziert, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden. Werden Vermögenswerte im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses übertragen, so wird der vermietete Vermögenswert ausgebucht und eine Forderung bilanziert, deren Höhe dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, abgezinst mit dem dem Leasingvertrag zugrunde liegenden Zinssatz, entspricht. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Finanzierungsleasings anfallen, werden als Bestandteil der Forderung durch den Diskontierungszinssatz, der dem Leasingvertrag zugrunde gelegt wird, erfasst. Der Finanzierungsertrag wird über die Dauer des Leasingverhältnisses in der Weise erfasst, dass er eine konstante periodische Verzinsung der Nettoinvestition in das Finanzierungsleasingverhältnis widerspiegelt.

Leasingverhältnisse, bei denen Kunden Vermögenswerte überlassen werden, ohne dass alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, auf sie übertragen werden, werden als Operating Leases klassifiziert. Die vermieteten Vermögenswerte sind in dem Posten Sachanlagen in der Konzernbilanz enthalten und werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Mieterträge werden linear über die Laufzeit des Leasingvertrags erfasst. Direkt zurechenbare Kosten, die bei der Verhandlung sowie für die Ausgestaltung eines Operating Lease anfallen, werden dem Bilanzwert des vermieteten Vermögenswerts zugeschlagen und linear über die Laufzeit des Leasingvertrags als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer

Vermögenswerte, die im Rahmen eines Finanzierungsleasingverhältnisses gehalten werden, werden anfangs mit einem Betrag, der dem Fair Value des gemieteten Sachanlagegegenstands oder, sofern geringer, dem Barwert der Mindestleasingzahlungen entspricht, erfasst. Die korrespondierende Verbindlichkeit wird bilanziell als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasingverhältnissen erfasst. Bei der Berechnung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz als Abzinsungssatz verwendet, sofern er in praktikabler Weise ermittelt werden kann. Anderenfalls wird der Grenzfremdkapitalzinssatz verwendet. Bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Bei Sachanlagen, die Gegenstand von Operating Leases sind, werden Mietaufwendungen linear über die Mietdauer erfasst. Die Mietdauer beginnt, sobald der Leasingnehmer die physische Nutzung des Leasinggegenstands kontrolliert. Mietvergünstigungen werden als Minderung der Mietaufwendungen behandelt und ebenfalls linear über die Mietdauer erfasst. Im Rahmen von Operating Leases anfallende bedingte Mietzahlungen werden in den Perioden als Aufwand erfasst, in denen sie anfallen.

Sale-und-Leaseback-Transaktionen

Sofern eine Sale-und-Leaseback-Transaktion zu einem Finanzierungsleasingverhältnis führt, wird jeglicher Überschuss des Verkaufserlöses über den Bilanzwert des Vermögensgegenstands durch den Verkäufer nicht sofort als Ertrag erfasst, sondern abgegrenzt und über die Dauer des Leasingvertrags erfasst.

Bei Sale-und-Leaseback-Transaktionen, die einen Operating Lease begründen, hängt der Zeitpunkt der Realisierung des Verkaufsgewinns oder -verlusts vom Verhältnis des Verkaufspreises zum Fair Value ab. Entspricht der Verkaufspreis eindeutig dem Fair Value, wird der Gewinn oder Verlust (Unterschiedsbetrag aus Verkaufspreis und Bilanzwert) unmittelbar erfasst. Liegt der Verkaufspreis hingegen unter dem Fair Value, so wird ein Gewinn unmittelbar erfasst, während ein Verlust nur dann unmittelbar zu erfassen ist, wenn er nicht durch zukünftige unter dem Marktpreis liegende Mietzahlungen ausgeglichen wird. Anderenfalls ist der Verlust abzugrenzen und im Verhältnis zu den Mietzahlungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts ergebniswirksam zu verteilen. Übersteigt der Verkaufspreis den Fair Value, wird der den Fair Value übersteigende Betrag abgegrenzt und ergebniswirksam über die voraussichtliche Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands verteilt.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded“).

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Note 33 „Leistungen an Arbeitnehmer“ enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der Fair Value dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden, und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr Fair Value unmittelbar nach der Modifizierung ihren Fair Value direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des Fair Value als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzuelle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum Fair Value bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien

Terminkäufe sowie geschriebene Verkaufsoptionen, bei denen dem Kontrakt Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen, sofern die Erfüllung durch die Lieferung einer festen Anzahl von Aktien gegen einen festen Betrag an flüssigen Mitteln erfolgen muss. Die Verpflichtung wird bei Entstehung mit dem Barwert des Erfüllungsbetrags des Termingeschäfts oder der Option angesetzt. Für Terminkäufe und geschriebene Verkaufsoptionen auf Aktien der Deutschen Bank erfolgt eine entsprechende Verringerung des Eigenkapitals, die innerhalb des Eigenkapitalpostens Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesen wird.

Die Verbindlichkeiten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung („Accrual Basis“) angesetzt und die abzugrenzenden Zinsen, die Zeitwert und Dividenden beinhalten, werden als Zinsaufwendungen erfasst. Mit Erfüllung der Terminkäufe und geschriebenen Verkaufsoptionen erlischt die Verbindlichkeit, während die Verringerung des Eigenkapitals bestehen bleibt, aber eine Reklassifizierung von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien zu den Eigenen Aktien im Bestand erfolgt.

Stammaktien der Deutschen Bank, die entsprechenden Termingeschäften unterliegen, gelten nicht als ausstehende Aktien für die Berechnung des unverwässerten Ergebnisses je Aktie, sind aber bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses zu berücksichtigen, sofern sie de facto einen verwässernden Effekt haben.

Kauf- und Verkaufsoptionen, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden dann nicht als Derivate klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Diese Geschäfte werden vielmehr als Transaktionen mit Eigenkapitalinstrumenten des Konzerns erfasst. Alle anderen derivativen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst, soweit sie Geschäftsvorfälle betreffen, die direkt dem Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) belastet oder gutgeschrieben werden.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung gegenüber der Steuerbehörde besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, Cash Flow Hedges und anderen Positionen, die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Gewinn oder Verlust, auf den sich die latente Steuer bezieht, realisiert wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil ins Sonstige Ergebnis (Other comprehensive income) eingestellt. Unterschreitet der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, wird der entsprechende Steuernachteil als Steueraufwand in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung des Berichtszeitraums erfasst.

Die Anlagerenditen im Lebensversicherungsgeschäft des Konzerns in Großbritannien (Abbey Life Assurance Company Limited) unterliegen neben der regulären Körperschaftsteuer einer zusätzlichen Ertragsteuer für Versicherungsnehmer („Policyholder Tax“). Obwohl diese Steuer aus ökonomischer Sicht eine Ertragsteuer zulasten oder zugunsten des Versicherungsnehmers darstellt, ist sie im Ertragsteueraufwand des Konzerns enthalten und reduziert beziehungsweise erhöht die ausgewiesenen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Bei einer wesentlichen Auswirkung des Zinseffekts werden Rückstellungen diskontiert und zum Barwert der zur Begleichung der Verpflichtung erwarteten Ausgaben angesetzt. Dabei wird ein Abzinsungssatz vor Steuern verwendet, der die aktuellen Markteinschätzungen im Hinblick auf den Zinseffekt und die für die Verpflichtung spezifischen Risiken widerspiegelt. Der mit dem Zeitablauf verbundene Anstieg der Rückstellungen wird als Zinsaufwand erfasst.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve sowie Sichteinlagen bei Banken.

Der Konzern ordnet Cashflows den Kategorien operative Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit oder Finanzierungstätigkeit auf Basis des Geschäftsmodells zu („Managementansatz“). Die operative Tätigkeit des Konzerns besteht vor allem darin, finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu managen. So gehören beispielsweise die Begebung und das Management langfristiger Schuldtitel zum Kern der operativen Geschäftstätigkeiten, während sie bei Nichtfinanzunternehmen nicht den wesentlichen ertragswirksamen Tätigkeiten, sondern den Finanzierungstätigkeiten zuzurechnen sind.

Der Konzern ordnet die Emission vorrangiger langfristiger Verbindlichkeiten der operativen Geschäftstätigkeit zu. Vorrangige Verbindlichkeiten beinhalten strukturierte Schuldverschreibungen und Asset-backed Securities, die seitens CIB konzipiert und umgesetzt werden und insofern Bestandteil der ertragswirksamen Tätigkeiten sind. Ebenfalls enthalten sind seitens Treasury begebene Schuldtitel, die auch durch andere Finanzierungsquellen ersetzt werden können und deren Finanzierungskosten auf die jeweiligen Geschäftsfelder verrechnet werden, um deren Ertragskraft zu bestimmen.

Cashflows aus nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten und hybriden Kapitalinstrumenten („Trust Preferred Securities“) unterscheiden sich von den Cashflows aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Demzufolge lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung gezeigten Beträge stimmen nur bedingt mit den von einer Berichtsperiode zur nächsten zu beobachtenden Bilanzveränderungen überein, da sie nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Wechselkursänderungen oder Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten sind auf Veränderungen zurückzuführen, die den Buchwert beeinflussen, das heißt sowohl auf Marktbewegungen als auch Einzahlungen und Auszahlungen. Bewegungen der zum Fair Value ausgewiesenen Bilanzposten werden grundsätzlich den Cashflows aus operativer Tätigkeit zugeordnet.

Versicherungsgeschäft

Der Konzern schließt zwei Arten von Verträgen ab.

Versicherungsverträge. Dabei handelt es sich um Renten- und Universal-Life-Versicherungsverträge, bei denen der Konzern von einer anderen Partei (dem Versicherungsnehmer) ein signifikantes Versicherungsrisiko übernimmt, indem er vereinbart, dem Versicherungsnehmer eine Entschädigung zu leisten, wenn ein spezifiziertes ungewisses zukünftiges Ereignis den Versicherungsnehmer nachteilig betrifft. Die Verträge qualifizieren so lange als Versicherungsverträge, bis alle Ansprüche und Verpflichtungen erfüllt oder erloschen sind. Im Einklang mit IFRS hat der Konzern seine Rechnungslegungsgrundsätze beibehalten, die für die Bilanzierung von Versicherungsgeschäften vor der Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS angewandt wurden. Diese Rechnungslegungsgrundsätze werden nachfolgend weiter beschrieben.

Nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge“). Diese Verträge beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Derartige Verträge werden als zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert und ausgewiesen.

Finanzielle Vermögenswerte, die zur Deckung der Ansprüche aus Versicherungsverträgen gehalten werden, sind als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wohingegen solche für andere Versicherungs- und Investmentverträge gehaltene finanzielle Vermögenswerte unter Nutzung der Fair Value Option als zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte ausgewiesen werden.

Versicherungsverträge

Beiträge für Versicherungsverträge in Form von Einmalprämien werden bei Erhalt als Erträge erfasst. Der Zeitpunkt der Ertragserfassung entspricht dem Tag, ab dem der Versicherungsschutz besteht. Bei Verträgen mit laufender Beitragszahlung werden die Erträge bei Fälligkeit der Zahlung berücksichtigt. Beiträge werden vor Abzug von Gebühren ausgewiesen. Wenn Versicherungsverträge aufgrund nicht erbrachter Beiträge storniert werden, werden die bis zum Zeitpunkt der Vertragsaufhebung abgegrenzten Beitragsforderungen ebenso wie die entsprechenden Erträge und die damit verbundenen Aufwendungen storniert.

Aufwendungen im Versicherungsgeschäft werden erfasst, wenn sie angefallen sind, und beinhalten sowohl die Entschädigungszahlungen des laufenden Geschäftsjahres als auch die den Versicherungsnehmern im Vorgriff auf die endgültige Feststellung zugeordnete Überschussbeteiligung.

Die Deckungsrückstellung für Universal-Life-Versicherungsverträge ergibt sich als Saldo aus eingenommenen Beiträgen und den den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Anlageerträgen abzüglich der Aufwendungen für Sterbefälle und sonstiger Aufwendungen. Für sonstige fondsgebundene Versicherungsverträge entspricht die Deckungsrückstellung dem Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte.

Im Fall von Rentenversicherungsverträgen wird die Rückstellung dergestalt berechnet, dass für die derzeit aktiven Verträge die zukünftigen Zahlungen geschätzt und unter Berücksichtigung ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit auf den Bilanzstichtag abgezinst werden. Die Annahmen werden bei Vertragsabschluss unter Berücksichtigung einer angemessenen Sicherheitsmarge („Provisions for Adverse Deviations“) festgelegt. Der so ermittelte Rückstellungsbetrag wird mit jenem Wert verglichen, der sich ergibt, wenn man aktuelle Annahmen, einschließlich des Effektivzinses der zugrunde liegenden Vermögenswerte zugrunde legt. Ergäbe sich aufgrund dieses Vergleichs ein höherer Wert, wäre der Rückstellungsbetrag entsprechend anzupassen.

Die Deckungsrückstellung beinhaltet auch Rückstellungen für bestimmte im Zusammenhang mit fondsgebundenen Rentenversicherungsprodukten des Konzerns stehende Optionen. Diese Rückstellungen werden auf Basis der vertraglichen Verpflichtungen unter Zugrundelegung versicherungsmathematischer Annahmen ermittelt.

Die Angemessenheit der bilanzierten Versicherungsrückstellungen wird unter Berücksichtigung der erwarteten Schadensfälle, Kosten, verdienten Beiträge und anteiligen Kapitalanlageerträge ermittelt. Für langfristige Verträge ist dann eine Drohverlustrückstellung zu bilden, wenn die tatsächlichen Erfahrungen hinsichtlich Rendite der Investments, Sterblichkeit, Invalidität, Stornierungen sowie Aufwand darauf hinweisen, dass die bereits bilanzierten Rückstellungen zuzüglich des Barwerts der zukünftigen Beiträge nicht ausreichen werden, um den Barwert zukünftiger Leistungen sowie die aktivierten Abschlusskosten zu decken.

Die dem Kauf von zusätzlichem Versicherungs- und Investmentgeschäft direkt zuordenbaren Kosten werden abgegrenzt, wenn erwartet wird, dass sie aus zukünftigen Margen in den Erträgen aus diesen Verträgen erzielbar sind. Diese Kosten werden über einen Zeitraum systematisch abgegrenzt, der nicht länger ist als die Zeitdauer, innerhalb deren man erwartet, sie aus zukünftigen Margen erzielen zu können.

Investmentverträge

Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden. Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden.

Der Ausweis der Verbindlichkeiten erfolgt zum Fair Value unter den zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolice und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Die finanziellen Vermögenswerte für Investmentverträge werden zum Fair Value bilanziert und die damit verbundenen Fair-Value-Änderungen werden ebenso wie die Fair-Value-Änderungen der entsprechenden Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Rückversicherungsgeschäft

Sowohl die im Rahmen der Rückversicherung abgegebenen Beiträge als auch die in diesem Zusammenhang empfangenen Einnahmen für erbrachte Versicherungsleistungen werden von den Beiträgen respektive Aufwendungen im Versicherungsgeschäft abgezogen. Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Rückversicherungsverträgen werden brutto ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. An Rückversicherer abgetretene Teile der Versicherungsrückstellungen werden konsistent mit dem rückversicherten Risiko geschätzt. Ebenso werden die im Zusammenhang mit Rückversicherungsvereinbarungen stehenden Erträge und Aufwendungen im Einklang mit dem zugrunde liegenden Risiko des rückversicherten Geschäfts erfasst.

02 – Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Anwendung einiger der in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsätze setzt wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert.

Bestimmung des Fair Value

Bestimmte Finanzinstrumente werden zum Fair Value ausgewiesen, wobei Veränderungen des Fair Value erfolgswirksam erfasst werden. Hierzu gehören Handelsaktiva und -passiva sowie zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen. Des Weiteren werden zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value bilanziert, wobei die Änderungen des Fair Value im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen werden. Nicht zu Handelszwecken gehaltene Derivate werden erfolgswirksam zum Fair Value bilanziert, es sei denn, sie sind Bestandteil von Cashflow- oder Net Investments in Foreign Operations-Hedge-Beziehungen, wobei Wertänderungen in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, direkt im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausgewiesen werden.

Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate, Rohwaren und Handelskredite. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften und Shortpositionen. Zu den finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, zählen Repos und Reverse Repos, bestimmte Kredite und Kreditzusagen, Schuldtitel und Aktien sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen. Private-Equity-Beteiligungen, bei denen der Konzern nicht über beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss verfügt, werden ebenfalls zum Fair Value bilanziert und entweder als Handelsinstrumente, zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte oder als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte.

Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistentteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extrapolations- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Methoden zur Bestimmung des Fair Value

Ein wesentlicher Prozentsatz der zum Fair Value bilanzierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen basiert auf beobachtbaren Preisen oder Parametern beziehungsweise wird aus ihnen abgeleitet. Die Verfügbarkeit von beobachtbaren Preisen oder Parametern variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. So sind beispielsweise beobachtbare Preise oder Parameter in der Regel für liquide Wertpapiere, börsengehandelte Derivate, OTC-Derivate, die an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf notierte Wertpapiere oder Indizes verfügbar. Sind beobachtbare Preise oder Parameter verfügbar, werden sie für die Bestimmung des Fair Value genutzt, ohne dass Einschätzungen in großem Umfang erforderlich wären. Hierzu gehören Instrumente, für die der Fair Value mittels branchenüblicher Bewertungsmodelle ermittelt wird, deren Parameter direkt beobachtbar sind. Dies trifft auf viele generische Swap- und Optionskontrakte zu.

In anderen Märkten oder für bestimmte Finanzinstrumente stehen keine beobachtbaren Preise oder Parameter zur Verfügung, weswegen der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Handelskredite und sonstige Kredite oder Kreditzusagen, die nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden; neue, komplexe und langfristige OTC-Derivate; Transaktionen in wenig entwickelten oder limitierten Märkten; notleidende Schultitel und Kredite; Private-Equity-Wertpapiere und zurückbehaltene Rechte an verbrieften finanziellen Vermögenswerten. Die Anwendung von Bewertungsmodellen zur Ermittlung des Fair Value erfordert Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements, deren Umfang von der Komplexität und Liquidität des Markts abhängt. Die Bewertungsmethoden umfassen zum Branchenstandard gehörende Modelle, die auf der Analyse abgezinster zukünftiger Cashflows beruhen, welche wiederum von geschätzten zukünftigen Cashflows sowie dem angewandten Diskontierungszinssatz abhängen. Bewertungsmodelle für komplexere Produkte beinhalten komplexere Modellierungstechniken, Parameter und Annahmen wie Volatilität, Korrelationen, vorzeitige Tilgung sowie Ausfallraten und die Höhe der Verluste. Die Auswahl und Anwendung der angemessenen Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken erfordern eine Beurteilung durch das Management. Das Ziel der Anwendung einer Bewertungsmethode ist es, den Preis festzulegen, zu dem ein Marktteilnehmer zum jetzigen Zeitpunkt ein Geschäft abschließen würde. Daher umfassen die Bewertungsmethoden sämtliche Faktoren, die nach Überzeugung des Konzerns bei der Festsetzung des Transaktionspreises von den Marktteilnehmern in Erwägung gezogen würden.

Wertanpassungen sind ein weiterer integraler Bestandteil des Prozesses zur Fair-Value-Bestimmung, bei dem Einschätzungen getroffen werden müssen. Für angemessene Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Bewertungsanpassungen der Spanne zwischen Ausgabe- und Rücknahmekurs, Liquidität und Kreditrisiko (sowohl mit dem Vertragskontrahenten verbundene Kreditrisiken von finanziellen Vermögenswerten als auch ihr Kreditrisiko im Zusammenhang mit zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten) berücksichtigen.

Der Fair Value der zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen des Konzerns (beispielsweise Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften und zum Fair Value klassifizierte Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen) bezieht die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus dieser finanziellen Verpflichtung mit ein. Bei derivativen Verpflichtungen berücksichtigt der Konzern seine eigene Bonität, indem er diese Bonität dem potenziellen künftigen Risiko aller Kontrahenten gegenüberstellt. Dabei werden bereitgestellte Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Verluste bei Ausfall und sein eigenes Kreditrisiko auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Die Veränderung des eigenen Kreditrisikos für Verpflichtungen aus strukturierten Schuldverschreibungen wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows des Instruments mithilfe des Zinssatzes berechnet, zu dem ähnliche Finanzinstrumente zum Bewertungsstichtag begeben werden würden. Der ermittelte Fair Value ist eine Schätzung des Preises, zu dem die spezifische Verpflichtung zum Bewertungsstichtag mit anderen Marktteilnehmern ausgetauscht werden würde.

Soweit für die am Handelstag angewandten Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt gemäß IFRS die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis. Jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management. Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns wird nach sorgfältiger Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände getroffen, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Der Konzern hat interne Kontrollverfahren für den Bewertungsprozess eingeführt, um die Angemessenheit der angewandten Fair Values sicherzustellen. Basiert der Fair Value auf Bewertungsmodellen, werden die Modellannahmen und -techniken von einem Spezialistenteam unabhängig geprüft. Die Preis- und Parameterangaben, Annahmen und Wertanpassungen unterliegen Verifizierungs- und Überprüfungsprozessen. Soweit die Preis- und Parameterangaben beobachtbar sind, werden sie anhand unabhängiger Quellen verifiziert.

Fehlen beobachtbare Preis- und Parameterangaben beziehungsweise Annahmen, wird die Angemessenheit des Fair Value anhand von zusätzlichen Verfahren überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle, die Prüfung der Bewertungsergebnisse mittels geeigneter vergleichbarer Instrumente, die Anwendung von Sensitivitätsanalysen und Extrapolationsverfahren sowie die Berücksichtigung sonstiger Richtgrößen. Durch eine Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle unter Zuhilfenahme von Markttransaktionen wird eingeschätzt, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die den Marktmechanismen entspricht. Diese Verfahren unterliegen der Beurteilung durch das Management.

Andere Bewertungskontrollen beinhalten die Prüfung und Analyse der auf täglicher Basis erzielten Gewinne und Verluste, die Validierung von Bewertungen durch Close-out-Gewinne und -Verluste sowie Value-at-Risk Backtesting.

Anhangangaben zur Fair-Value-Bestimmung

Nach den IFRS müssen die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach der für die Bestimmung des Fair Value verwendeten Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Diese Angaben finden sich in Note 14 „Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente“. Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerte der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2010 47,3 Mrd € (2009: 58,2 Mrd €). Der Bilanzwert der zum Fair Value ausgewiesenen finanziellen Verpflichtungen der Level-3-Kategorie betrug am 31. Dezember 2010 13,0 Mrd € (2009: 18,2 Mrd €). Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Zusätzlich zu den Angaben zur Fair-Value-Hierarchie in Note 14 „Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente“ stellt der Konzern eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, veröffentlicht der Konzern den Fair Value. Diese Angaben finden sich in Note 15 „Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden“. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des Fair Value signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns werden in die nachstehenden Kategorien eingeteilt: zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder Forderungen aus dem Kreditgeschäft. Die sachgerechte Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten wird zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes festgelegt. Darüber hinaus ist es gemäß den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“, die im Oktober 2008 seitens des IASB verabschiedet und von der EU in europäisches Recht übernommen wurden, erlaubt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Kategorien zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte (Handelsaktiva) und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte in die Kategorie Forderungen aus dem Kreditgeschäft umzugliedern. Für die umzuklassifizierenden Vermögenswerte muss sich seit deren erstmaligem Ansatz die vom Management festgelegte Zweckbestimmung geändert haben und der finanzielle Vermögenswert muss am Umgliederungstichtag die Definition einer Forderung aus dem Kreditgeschäft erfüllen. Außerdem müssen am Umgliederungstichtag die Absicht und die Möglichkeit bestehen, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten. Es ist nicht möglich, den finanziellen Vermögenswert zu einem späteren Zeitpunkt in die Handelsaktiva oder in die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte zurückzuklassifizieren. Weitere Informationen zu den vom Konzern umgegliederten Vermögenswerten sind in Note 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Reclassification of Financial Assets“ enthalten.

Um die Vermögenswerte, die unter die Änderungen fallen und bei denen die erwartete Rückzahlung deren geschätzten Fair Value übersteigt, zu identifizieren, sind wesentliche Einschätzungen seitens des Managements sowie das Treffen von Annahmen erforderlich. Das Gleiche gilt, um den Fair Value der identifizierten Vermögenswerte am Umgliederungstichtag zu bestimmen (wie im Abschnitt „Bestimmung des Fair Value“ beschrieben). Dieser Fair Value repräsentiert die neuen fortgeführten Anschaffungskosten des Instruments als Forderung aus dem Kreditgeschäft. In beiden Bereichen können die Anforderungen an das Management in einem hoch volatilen und unsicheren wirtschaftlichen und finanziellen Marktumfeld besonders anspruchsvoll sein, wie es im dritten und vierten Quartal des Geschäftsjahres 2008 der Fall war. Festzustellen, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, erfordert ebenfalls wesentliche Beurteilungen durch das Management. Für die Änderung der Zweckbestimmung reicht es nicht aus, dass keine attraktiven Preise vorliegen. Ebenso ist der Terminus „auf absehbare Zeit“ nicht als der Zeitraum definiert, bis zu dem wieder attraktive Preise vorliegen. Die vom Konzern festgelegten Mindestanforderungen zur Beurteilung, ob das Kriterium „Absicht, den Vermögenswert auf absehbare Zeit zu halten“ erfüllt ist, sind in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die bei der Ermittlung der Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden für die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities und Private & Business Clients als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen sowohl der einzelnen als auch der kollektiv ermittelten Wertberichtigungen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Die Beurteilung, ob eine Wertminderung vorliegt, erfordert Einschätzungen durch das Management. Dies gilt insbesondere bei Vorliegen ökonomischer und finanzieller Unsicherheit wie zum Beispiel während der jüngsten Finanzkrise. In solchen Fällen verändern und entwickeln sich die erwarteten Cashflows schneller und sind weniger vorhersagbar.

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Risikovorsorge im Kreditgeschäft 1.273 Mio € (2009: 2.630 Mio €, 2008: 1.075 Mio €).

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, erfordert oftmals erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokale wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die finanzielle Performance des Kontrahenten sowie der Wert gehaltener Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt. In bestimmten Fällen, etwa bei bestimmten Leveraged Loans, wird zur Beurteilung der Wertminderung der Unternehmenswert des Kreditnehmers ermittelt. Dies erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management in Hinblick auf den Verkaufszeitpunkt und den Marktwert des kreditnehmenden Unternehmens. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren zeitlicher Anfall können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Wertberichtigung für Portfolios kleinerer homogener Kredite wie beispielsweise Kredite an Privatpersonen und kleine Unternehmen im Privatkunden- und Retailgeschäft sowie für Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber kein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt, wird auf kollektiver Basis ermittelt. Die kollektiv ermittelte Wertberichtigung wird auf Portfolioebene mithilfe von statistischen Modellen ermittelt, in die zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen einfließen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung zur Erfüllung ihrer Rückzahlungsverpflichtungen. Eine weitergehende Erläuterung der zur Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft angewandten Methoden ist in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten.

Wertminderungen (Impairment) sonstiger finanzieller Vermögenswerte

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden quartalsweise auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert dieser Vermögenswerte vermindert haben könnte. Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung einer Beteiligung an einem assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmen vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Für Eigenkapitaltitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Value der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Wertminderungshinweis dar. Hierzu können bestimmte Bedingungen in einer Branche oder einer geografischen Region beziehungsweise bestimmte Informationen zur Finanzlage des Unternehmens wie zum Beispiel eine Ratingherabstufung gehören. Für Schuldtitel, die als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Kredite bestimmt. Wenn Informationen erst nach Abschluss der Überprüfung des Konzerns verfügbar werden, können zukünftig Abschreibungen für Wertminderungen erforderlich sein. Da sich die Einschätzungen von Wertminderungen im Zeitablauf in Abhängigkeit von zukünftigen Ereignissen ändern können, werden diese als wesentlich erachtet. Die Werthaltigkeitsprüfungen für nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte führten im Geschäftsjahr 2010 zu Wertminderungen von 2.588 Mio € (2009: 1.125 Mio €, 2008: 970 Mio €). Weitere Informationen über zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind in Note 08 „Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“ und über nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen in Note 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ enthalten.

Wertminderungen (Impairment) nicht finanzieller Vermögenswerte

Bestimmte nicht finanzielle Vermögenswerte wie Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte unterliegen einer Werthaltigkeitsprüfung. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst, wenn der Konzern der Ansicht ist, dass die Buchwerte dieser Vermögenswerte möglicherweise nicht mehr einbringlich sind. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen (außer auf Goodwill) werden umgehend erfolgswirksam erfasst.

Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen wie etwa eine Verschlechterung des Wirtschaftsklimas darauf hindeuten, dass bei den Vermögenswerten eine Wertminderung vorliegen könnte. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Goodwill 10,8 Mrd € (2009: 7,4 Mrd €) und die sonstigen immateriellen Vermögenswerte wurden zum Jahresende 2010 mit 4,8 Mrd € ausgewiesen (2009: 2,7 Mrd €). Die Beurteilung der Werthaltigkeit dieser Vermögenswerte erfordert wesentliche Einschätzungen in mehreren Unternehmensbereichen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Wertminderungen auf sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 41 Mio € erfasst, von denen 29 Mio € im Zusammenhang mit kundenbezogenen immateriellen Vermögenswerten im Bereich GTB standen und 12 Mio € sich auf erworbene Software im Bereich AWM bezogen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 157 Mio € erfasst. Diese enthielten Wertminderungen in Höhe von 151 Mio €, die im Zusammenhang mit Investments im Konzernbereich Corporate Investments standen. Weiterhin wurden Wertaufholungen in Höhe von 291 Mio € auf sonstige immaterielle Vermögenswerte im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management erfasst, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 586 Mio € erfasst, von denen 580 Mio € im Zusammenhang mit Investments im Unternehmensbereich Asset and Wealth Management standen. Weitere Informationen zum Goodwill und zu sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind in Note 24 „Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte“ enthalten.

Latente Steuerforderungen

Latente Steuerforderungen werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig ausreichend zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Diese Bewertung erfordert in maßgeblichem Umfang Beurteilungen und Einschätzungen seitens des Managements. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen, einschließlich der Annahmen des Konzerns über die zukünftige Ertragskraft, einer Neubewertung unterzogen. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Wert nicht angesetzter latenter Steuerforderungen 2,6 Mrd € (2009: 1,3 Mrd €) und der Wert angesetzter Steuerforderungen 8,3 Mrd € (2009: 7,2 Mrd €).

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwands oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Weitere Informationen zu den latenten Steuerforderungen finden sich in Note 34 „Ertragsteuern“.

Ungewisse Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewisse Steuerpositionen

Der Konzern übt seine Geschäftsaktivitäten in zahlreichen unterschiedlichen rechtlichen, aufsichtsrechtlichen und steuerlichen Umgebungen aus. Dementsprechend können sich hieraus rechtliche Ansprüche, aufsichtsbehördliche Verfahren oder ungewisse Steuerpositionen ergeben.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren und ungewissen Steuerpositionen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“ oder IAS 12, „Income Taxes“. Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert Einschätzungen in großem Umfang. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren siehe Note 28 „Rückstellungen“.

03 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2010 zur Anwendung kamen.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Zu den wesentlichen Änderungen dieser Standards zählen, dass a) Anschaffungsnebenkosten als Aufwand der Periode erfasst werden, in der sie anfallen, b) bedingte Kaufpreisbestandteile zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value in die Bestimmung des Kaufpreises einbezogen und anschließende Änderungen des Fair Value ergebniswirksam erfasst werden, c) zuvor gehaltene Eigenkapitalanteile zum Erwerbszeitpunkt ergebniswirksam zum Fair Value Neubewertet werden, und d) Veränderungen in der Beteiligungsquote ohne Verlust der Beherrschung an einem Tochterunternehmen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst werden. Der Konzern hat IFRS 3 R und IAS 27 R prospektiv auf alle Unternehmenszusammenschlüsse angewandt, die ab dem 1. Januar 2010 abgeschlossen waren. Effekte aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards ergaben sich unter anderem aus dem Erwerb der Sal. Oppenheim-Gruppe, von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden und der Deutsche Postbank AG. Im Zusammenhang mit diesen Erwerben wurden im Geschäftsjahr 2010 akquisitionsbezogene Kosten in Höhe von 29 Mio € als Aufwand erfasst. Fair-Value-Änderungen der bedingten Kaufpreisbestandteile bezogen auf Akquisitionen in 2010 führten zu keinen wesentlichen Anpassungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Hinsichtlich der aufgrund des Erwerbs der Kontrollmehrheit erfolgten Neubewertung zuvor gehaltener Eigenkapitalanteile zum Fair Value wurde ein Verlust von 22 Mio € erfasst. Ferner wurde das Eigenkapital aufgrund von Veränderungen in den Beteiligungsquoten des Konzerns ohne Verlust der Beherrschung an einem Tochterunternehmen um 45 Mio € erhöht. Weitere Informationen sind in Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die spätestens am oder nach dem 1. Januar 2010 begonnen haben. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften sind für den Konzern von Bedeutung, waren zum 31. Dezember 2010 aber noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

Änderungen der IFRS 2010 („Improvements to IFRS 2010“)

Im Mai 2010 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IAS 24

Im November 2009 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IAS 24, „Related Party Disclosures“ („IAS 24 R“). IAS 24 R gewährt eine teilweise Ausnahme von den Offenlegungspflichten für Unternehmen, die unter der Beherrschung, der gemeinschaftlichen Führung oder dem maßgeblichen Einfluss der öffentlichen Hand stehen (sogenannte „Government-related Entities“). Die Definition von nahestehenden Dritten wurde geändert, um klarzustellen, dass die Tochtergesellschaften der assoziierten Unternehmen und die Tochtergesellschaften der Joint Ventures auch zum Kreis der nahestehenden Dritten gehören. Infolge dieser Klarstellung erwartet der Konzern, dass der Kreis der nahestehenden Dritten erweitert wird. Die überarbeitete Fassung von IAS 24 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen wird keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 7

Im Oktober 2010 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRS 7, „Disclosures – Transfers of Financial Assets“. Die neuen Regelungen beinhalten zusätzliche Offenlegungspflichten bei Übertragungen von finanziellen Vermögenswerten (zum Beispiel Verbriefungen) einschließlich möglicher Effekte aus jeglichen Risiken, die bei der übertragenden Gesellschaft verbleiben. Zudem wird die Offenlegung zusätzlicher Informationen verlangt, falls ein unverhältnismäßig großer Teil von Übertragungen zum Ende einer Berichtsperiode erfolgt. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2011 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der geänderten Offenlegungsvorschriften auf die Anhangangaben im Konzernabschluss.

IFRS 9

Im November 2009 veröffentlichte der IASB IFRS 9, „Financial Instruments“, der einen ersten Schritt seines Projekts zur Ablösung von IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, repräsentiert. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die im Anwendungsbereich von IAS 39 liegen, eingeführt. Danach werden alle finanziellen Vermögenswerte auf Basis des Geschäftsmodells des Unternehmens zur Steuerung seiner finanziellen Vermögenswerte sowie der Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts klassifiziert. Ein finanzieller Vermögenswert wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, wenn die folgenden zwei Kriterien erfüllt sind: (a) Die Zielsetzung des Geschäftsmodells des Unternehmens liegt darin, die finanziellen Vermögenswerte zu halten, um damit die vertraglich festgelegten Zahlungsströme zu erzielen; und (b) die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts führen zu Zahlungsströmen, die ausschließlich Tilgungen und Zinszahlungen darstellen. Ein finanzieller Vermögenswert, der die Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, kann nach der Fair Value Option als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden, wenn hierdurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz erheblich verringert oder beseitigt werden. Ein finanzieller Vermögenswert, der nicht beide Kriterien für die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfüllt, wird in der Folge zum Fair Value bewertet. Ferner ist unter IFRS 9 für finanzielle Basisverträge eine Trennung eingebetteter Derivate nicht mehr erforderlich. Ein hybrider Vertrag, der einen finanziellen Basisvertrag beinhaltet, ist in seiner Gesamtheit entweder zu fortgeführten Anschaffungskosten oder zum Fair Value zu klassifizieren. Nach IFRS 9 ist eine Umklassifizierung zwingend vorzunehmen, wenn sich das Geschäftsmodell des Unternehmens ändert. Solche Änderungen sind selten zu erwarten. In diesem Fall hat eine Umgliederung der betreffenden finanziellen Vermögenswerte prospektiv zu erfolgen. Für vertraglich verknüpfte Instrumente, bei denen Konzentrationen des Kreditrisikos vorliegen, wie es häufig bei Tranchen von Investments in Verbriefungen der Fall ist, gibt es spezifische Regelungen. Zusätzlich zu der Beurteilung der Klassifizierungskriterien von IFRS 9 für das einzelne Finanzinstrument ist eine Durchschau auf die Zahlungsstrom-eigenschaften des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten erforderlich. Um zu fortgeführten

Anschaffungskosten bewertet zu werden, muss das Kreditrisiko der Tranche gleich oder geringer sein als das durchschnittliche Kreditrisiko des zugrunde liegenden Pools von Finanzinstrumenten und diese Finanzinstrumente müssen bestimmte Kriterien erfüllen. Ist eine Durchschau praktisch nicht möglich, muss die Tranche als zum Fair Value bewertet klassifiziert werden. Nach IFRS 9 sind alle Eigenkapitaltitel grundsätzlich zum Fair Value zu bewerten. Allerdings besteht für Eigenkapitaltitel, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, ein Wahlrecht, unrealisierte und realisierte Fair-Value-Gewinne und -Verluste im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) auszuweisen. Dieses Wahlrecht ist nur zum Zeitpunkt des erstmaligen Bilanzansatzes fallweise ausübbar und nicht revidierbar. Fair-Value-Gewinne und -Verluste werden in den Folgeperioden nicht erfolgswirksam, Dividenden aus solchen Investments hingegen weiterhin erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. IFRS 9 ist retrospektiv anzuwenden, jedoch ist bei einer Anwendung vor dem 1. Januar 2012 keine Anpassung der Vergleichsperioden notwendig. IFRS 9 ist – wie unten erwähnt – durch IFRS 9 R abgelöst worden. Für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2013 beginnen, hat ein Unternehmen jedoch das Wahlrecht, entweder IFRS 9 oder IFRS 9 R anzuwenden. IFRS 9 ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 R

Im Oktober 2010 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9 R“). Der überarbeitete Standard ergänzt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen. Nach IFRS 9 R muss ein Unternehmen Fair Value-Änderungen von zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die auf Änderungen des Kreditrisikos der Verpflichtung zurückzuführen sind, direkt im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) ausweisen. Führt die Erfassung dieser Änderungen im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) jedoch zu Inkongruenzen bei der Bewertung, ist die gesamte Fair-Value-Änderung erfolgswirksam in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasste Beträge werden in Folgeperioden nicht erfolgswirksam erfasst, können aber kumuliert innerhalb des Eigenkapitals übertragen werden. IFRS 9 R löst IFRS 9 ab und tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Für Geschäftsjahre, die vor dem 1. Januar 2013 beginnen, hat ein Unternehmen das Wahlrecht, entweder IFRS 9 R oder IFRS 9 anzuwenden. IFRS 9 R ist seitens des IASB verabschiedet worden, bedarf aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung von IFRS 9 R auf den Konzernabschluss.

04 – Akquisitionen und Veräußerungen

Folgende Unternehmenszusammenschlüsse, die im Jahr 2010 erfolgten, werden gemäß der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 R, „Unternehmenszusammenschlüsse“ bilanziert, den der Konzern seit dem 1. Januar 2010 anwendet. Dementsprechend werden die Angaben zu diesen Transaktionen auf der Grundlage des IFRS 3 R bereitgestellt. Für die Bilanzierung von und die Angaben zu Unternehmenszusammenschlüssen, die vor dem 1. Januar 2010 abgeschlossen wurden, gelten jedoch weiter die Bestimmungen des IFRS 3, der früheren Version des Standards aus dem Jahr 2004.

Im Hinblick auf ihre Bedeutung sind Angaben bezüglich der Postbank in den jeweils anderen Notes zum Konzernabschluss einzeln genannt, in denen die Postbank einen materiellen Einfluss auf die jeweilige Note hat.

Im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Deutsche Postbank

Nach der erfolgreichen Vorlage eines freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots („Übernahmeangebot“) an die Aktionäre der Deutschen Postbank AG („Postbank“) wurde das Angebot am 3. Dezember 2010 angenommen („Abschlussdatum“). Zusammen mit den Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Übernahmeangebot besaß, erlangte er mit 113,7 Millionen Postbank-Aktien (51,98 % der Stimmrechte des Unternehmens) eine Mehrheit an der Postbank. Infolgedessen begann der Konzern zum 3. Dezember 2010 mit der Konsolidierung des Postbank-Konzerns. Unter Berücksichtigung bestimmter Finanzinstrumente auf Postbank-Aktien, die der Konzern bereits vor dem Abschlussdatum hielt (siehe nachstehender Abschnitt „Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt“), erfolgt die Konsolidierung ab dem Abschlussdatum auf der Grundlage eines Anteils an der Postbank von insgesamt 79,40 %.

Die folgenden Abschnitte liefern detaillierte Angaben über die Akquisition der Postbank, insbesondere zu den Geschäftsaktivitäten der Postbank und den erwarteten Auswirkungen, die deren Integration für den Konzern hat, dem Übernahmeangebot, der Kapitalerhöhung der Deutschen Bank, der Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt, der Kaufpreisallokation sowie weiteren akquisitionsbezogenen Informationen.

Beschreibung der Geschäftsaktivitäten der Postbank und der erwarteten Auswirkungen aus deren Integration für den Konzern. Mit rund 14 Millionen inländischen Kunden, über 20.000 Mitarbeitern, 1.100 Filialen und einer Bilanzsumme von 240 Mrd € ist der Postbank-Konzern einer der großen Anbieter von Bank- und Finanzdienstleistungen in Deutschland. Die Geschäftstätigkeit der Postbank umfasst das Geschäft mit Privat- und Firmenkunden, Geld- und Kapitalmarktaktivitäten sowie Bausparfinanzierungen (über die zum Postbank-Konzern gehörende BHW-Gruppe). In ihrem Bereich Transaction Banking bietet die Postbank Back-Office-Services für andere Finanzdienstleister an. Ihre Geschäftsaktivitäten konzentrieren sich auf Deutschland und werden um ausgewählte Geschäftseinheiten, vorwiegend in Westeuropa und Nordamerika, ergänzt.

Die Phase 4 der Management Agenda des Konzerns sieht die Fokussierung auf Kerngeschäftsfelder im Konzernbereich Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie den Ausbau der führenden Stellung im Heimatmarkt vor. In diesem Zusammenhang stärkt die Mehrheitsbeteiligung an der Postbank den Konzernbereich PCAM, vor allem den Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC). Darüber hinaus ermöglicht sie dem Konzern, seine Führungsposition auf dem deutschen Heimatmarkt zu festigen und auszubauen. Der Zusammenschluss aus Deutscher Bank und Postbank bietet wesentliches Potenzial für Kosten- und Ertragssynergien und Wachstumschancen. Darüber hinaus wird durch die Einbeziehung der Postbank-Geschäftseinheiten in den Konzernabschluss der Anteil der aus dem Privatkundengeschäft generierten Erträge erhöht. Schließlich wird durch den Anstieg der Privatkundeneinlagen die Finanzierungsbasis des Konzerns gestärkt und auf eine breitere Basis gestellt.

Übernahmeangebot. Der im Rahmen des Übernahmeangebots unterbreitete Preis je Postbank-Aktie belief sich auf 25,00 €. Die Annahmefrist des Übernahmeangebots begann mit der Veröffentlichung des Angebotsdokuments am 7. Oktober 2010 und endete mit Ablauf der weiteren Annahmefrist am 24. November 2010. Das Angebot wurde für 48,2 Millionen Postbank-Aktien angenommen. Dies entspricht einem Anteil von 22,03% des Grundkapitals und der Stimmrechte der Postbank. Demzufolge belief sich der am 3. Dezember 2010 für die im Rahmen des Übernahmeangebots erworbenen Postbank-Aktien entrichtete Gesamtkaufpreis auf 1.205 Mio €.

Am 30. November 2010 und am 3. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank bekannt gegeben, dass sie 0,5 Millionen beziehungsweise 3,9 Millionen Postbank-Aktien zu einem Preis von 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Aktie an eine Drittpartei verkauft hatte. Durch den Verkauf, welcher eine etwaige Verzögerung des Vollzugs des Angebotes durch das amerikanische Fusionskontrollverfahren vermeiden sollte, sank die rechtliche Beteiligung an der Postbank zwischenzeitlich auf unter 50%. Zusammen mit dem Verkauf schloss die Deutsche Bank Terminkaufkontrakte in Höhe der zuvor genannten Anzahl von Postbank-Aktien mit der erwähnten Drittpartei ab. Die erhaltene Gegenleistung belief sich auf 23,96 € beziehungsweise 21,75 € je Postbank-Aktie, zuzüglich einer Transaktionsgebühr von rund 0,03 € beziehungsweise 0,015 € je Aktie. Die Terminkäufe wurden am 10. Dezember 2010 nach Erfüllung kartellrechtlicher Anforderungen in den USA sowie bankaufsichtsrechtlicher Genehmigungen erfüllt. Im Ergebnis erhöhte der Konzern seinen Anteil an der Postbank auf 51,98% (entsprechend auf 113,7 Millionen Postbank-Aktien), was dem erzielten Beteiligungsniveau aus dem Übernahmeangebot entsprach. Obwohl die Aktien rechtsverbindlich an eine Drittpartei verkauft worden waren, behielt der Konzern die mit diesen Aktien verbundenen Risiken und Chancen. Die Zustimmung der US-Kartellbehörden galt als so gut wie sicher, sodass die potenziellen Stimmrechte aus diesen Aktien in die Konsolidierungsanalyse zu Zwecken der Finanzberichterstattung mit einbezogen wurden. Entsprechend wurde als Datum der Übernahme des Postbank-Konzerns der 3. Dezember 2010 festgelegt.

Kapitalerhöhung der Deutschen Bank. In enger Abstimmung mit dem Übernahmeangebot führte die Deutsche Bank eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen durch. Diese Kapitalerhöhung wurde am 6. Oktober 2010 abgeschlossen. Es wurden insgesamt 308,6 Millionen neue, auf den Namen lautende Stammaktien ohne Nennbetrag ausgegeben. Der Bruttoemissionserlös betrug 10,2 Mrd €. Der aus der Kapitalerhöhung resultierende Nettoemissionserlös von 10,1 Mrd € (nach Aufwendungen von rund 0,1 Mrd € nach Steuern) dient in erster Linie zur Deckung der Kapitalanforderungen aus der Konsolidierung des Postbank-Konzerns sowie zur Stärkung der bestehenden Kapitalbasis. Für weitere Informationen zur Kapitalerhöhung wird auf Note 31 „Stammaktien“ verwiesen.

Behandlung der Beteiligung an der Postbank in Form von Aktien und sonstigen Finanzinstrumenten, die der Konzern am Abschlussdatum hielt. Vor dem Erwerb der Kontrollmehrheit hielt der Konzern direkt 29,95% der Aktien und Stimmrechte der Postbank, wodurch er die Finanz- und Geschäftspolitik des Unternehmens maßgeblich mitbestimmen konnte. Demzufolge wurde diese Beteiligung nach der Equitymethode bilanziert.

Zusätzlich hat der Konzern eine durch die Deutsche Post emittierte Pflichtumtauschanleihe gezeichnet. Diese wurde im Rahmen eines breiter angelegten Übernahmevertrags für Postbank-Aktien erworben, den die Deutsche Bank im Februar 2009 mit der Deutschen Post abgeschlossen hatte. Gemäß diesem Übernahmevertrag wird die Pflichtumtauschanleihe 2012 vollständig in 60 Millionen Postbank-Aktien getauscht, was einem Anteil von 27,42% entspricht. Die Pflichtumtauschanleihe stellt zu Bilanzierungszwecken ein Eigenkapitalinstrument dar. Sie weist ein Risiko-/Chancen-Profil auf, das im Wesentlichen mit einem Eigentumsanteil an der Postbank übereinstimmt, und wurde deshalb nach der Equitymethode bilanziert. Mit Erfassung der Pflichtumtauschanleihe enthielt das nach der Equitymethode bilanzierte Investment weiterhin ein eingebettetes derivatives Finanzinstrument. Dieses stand in Zusammenhang mit einer mit der Deutschen Post vereinbarten Ergebnisbeteiligung über Deutsche Bank-Aktien, welche die Deutsche Post als Gegenleistung erhalten hatte. Das eingebettete Derivat wurde vom Basisinstrument separiert, da Risiken und Chancen aus der Ergebnisbeteiligung nicht eng mit dem Basisvertrag verknüpft sind. Der ursprüngliche Fair Value des eingebetteten Derivats betrug 201 Mio € und verminderte die Anschaffungskosten der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank. Nachfolgende Anpassungen des Fair Value der Option wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der abschließende Wert der Forderung aus dem eingebetteten Derivat, welches wegen des Verkaufs der Deutsche Bank-Aktien durch die Deutsche Post, die diese Aktien als Gegenleistung für den ursprünglichen Erwerb von 50 Millionen Postbank-Aktien erhalten hatte, nicht mehr neu bewertet wird, betrug 677 Mio €. Die

Forderung wird separat unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen und mit der erhaltenen Sicherheitsleistung (Verbindlichkeit) aufgerechnet werden, sobald die Pflichtumtauschanleihe fällig wird.

Im dritten Quartal 2010 war der Bilanzwert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um einen Aufwand von rund 2,3 Mrd € angepasst worden, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst worden war. Da der Konzern eine klar dokumentierte Absicht zur Kontrollerlangung über die Postbank und deren Konsolidierung im vierten Quartal 2010 dargelegt hatte, war dies bei der Bestimmung des Nutzungswertes der nach der Equitymethode bilanzierten Anteile zu berücksichtigen. Dieser Aufwand war daher auf Basis des Bilanzwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Postbank zum 30. September 2010 und eines unterstellten Fair Value der Postbank-Aktien in Höhe des von der Deutschen Bank in ihrem Übernahmeangebot genannten Angebotspreises von 25,00 € bestimmt worden. Der Aufwand wurde dem Konzernbereich Corporate Investments zugewiesen.

Am 3. Dezember 2010, dem Datum, an dem der Konzern Kontrolle über die Postbank erlangte, wurde die bestehende, nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an der Postbank gemäß IFRS 3 R zum Fair Value neu bewertet. Der Fair Value der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung wurde auf der Grundlage des Angebotspreises von 25,00 € ermittelt, woraus sich ein Fair Value zum Erwerbszeitpunkt von 3.139 Mio € ergab. Unter Berücksichtigung des anteiligen Ergebnisses aus der bestehenden Postbank-Beteiligung im vierten Quartal 2010 war der Wert der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung um rund 22 Mio € gestiegen. Dementsprechend führte die Neubewertung zum Abschlussdatum zu einem Verlust von 22 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 im „Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen“ erfasst wurde. Im Einklang mit IFRS 3 R wurde ein Verlust nach Steuern von 6 Mio €, welcher im Sonstigen Ergebnis der Konzern-Gesamtergebnisrechnung ausgewiesen wurde und welcher der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung des Konzerns an der Postbank bis zum Abschlussdatum zuzuordnen war, in die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 umklassifiziert. Diese Effekte wurden dem Konzernbereich Corporate Investments zugewiesen.

Neben der Pflichtumtauschanleihe haben die Deutsche Bank und die Deutsche Post Kauf- und Verkaufsoptionen für weitere von der Deutschen Post gehaltene 26,4 Millionen Postbank-Aktien (Anteil von 12,07 %) abgeschlossen, die zwischen Februar 2012 und Februar 2013 ausgeübt werden können. Die Kauf- und Verkaufsoptionen wurden als zum Fair Value bewertete derivative Finanzinstrumente ausgewiesen.

Ab Beginn der Konsolidierung wurden die Kauf- und Verkaufsoptionen für von der Deutschen Post gehaltene Postbank-Aktien in Eigenkapitalinstrumente umklassifiziert, da sie zu einem Derivat geworden waren, dem die physische Lieferung von Aktien einer konsolidierten Tochtergesellschaft gegen einen festen Geldbetrag zugrunde liegt. Aus diesem Grund wurde der Fair Value des Derivats (Verbindlichkeit) in Höhe von 560 Mio € in Eigenkapital (Kapitalrücklage) umklassifiziert. Dementsprechend entstand für die jeweiligen Aktien aus den Kauf- und Verkaufsoptionen eine Verbindlichkeit, die zum Barwert des erwarteten Kaufpreises erfasst wurde, da diese Aktien gemäß der Optionsvereinbarung erworben werden. In Höhe der erfassten Verbindlichkeit zum Kauf von 1.286 Mio € wurde das Eigenkapital (Kapitalrücklage) entsprechend vermindert.

Die folgende Tabelle beschreibt die direkte Beteiligung und die Anteile aus der Pflichtumtauschleihe, die der Konzern an der Postbank zum Erwerbszeitpunkt hielt, sowie die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss.

	Anzahl der Postbank-Aktien (in Mio)	Anteil in %
Direkte Beteiligung an der Postbank vor dem Übernahmeangebot	65,5	29,95
Im Rahmen des Übernahmeangebots erworbene Aktien	48,2	22,03
Direkter Eigentumsanteil	113,7	51,98
Pflichtumtauschleihe	60,0	27,42
Eigenkapitalinstrumente des Konzerns	173,7	79,40
Anteile an Postbank mit nicht beherrschendem Einfluss	45,1	20,60
Gesamtzahl Postbank-Aktien	218,8	100,00

Kaufpreisallokation und weitere akquisitionsbezogene Informationen. Die folgende Tabelle erläutert die übertragene Gegenleistung und den Fair Value der nach der Equitymethode bilanzierten Postbank-Beteiligung vor dem Unternehmenszusammenschluss. Ferner enthält sie die vorläufigen Fair-Value-Beträge der vom Postbank-Konzern erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten, die Anteile mit nicht beherrschendem Einfluss und den bei dem Unternehmenszusammenschluss erworbenen Goodwill mit Stand vom 3. Dezember 2010.

Vorläufiger Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung	
Beim Abschluss des Übernahmeangebots in bar übertragene Gegenleistung	1.205
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176
Übertragene Nettogegenleistung	1.029
Fair Value der Beteiligung des Konzerns an der Postbank vor dem Unternehmenszusammenschluss	
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung ¹ (ohne eingebettetes Derivat)	3.139
Gesamtkaufpreis	4.168
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten²	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	8.752
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	36.961
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	33.716
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	129.300
Immaterielle Vermögenswerte	1.557
Alle sonstigen Vermögenswerte	27.840
Einlagen	139.859
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	31.983
Langfristige Verbindlichkeiten	38.577
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	24.813
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	2.894
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Postbank	599
Abzug für Erfüllung zuvor bestehender Beziehungen	176
Identifizierbares den DB Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	2.119
Vorläufiger vom Konzern erworbener Goodwill	2.049
Erworbenes identifizierbares den DB Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Goodwill insgesamt	4.168

¹ Einschließlich einer direkten Beteiligung von 29,95 % und der Pflichtumtauschleihe, die beide nach der Equitymethode bilanziert wurden.

² Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Verglichen mit der wirtschaftlichen Darstellung des Kaufpreises („Illustrative economic purchase price value“) für die gesamte Postbank in Höhe von 6,4 Mrd €, wie sie in der Investorenpräsentation vom 22. September 2010 bekanntgegeben wurde, repräsentiert der Unterschied zwischen diesem Wert und dem oben genannten Gesamtkaufpreis von 4,2 Mrd € im Wesentlichen Effekte aus der Bilanzierung nach der Equitymethode bezüglich der Postbankbeteiligung, die im dritten und vierten Quartal 2010 erfassten Bewertungseffekte, eine geringere Anzahl von Aktien, die im Rahmen des Übernahmeangebots verglichen mit einer Vollabnahme erworben wurden, und enthält nicht die Kaufs- und Verkaufsoptionen.

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Kategorien der Forderungen, die von der Postbank am 3. Dezember 2010 erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Cashflows, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	118.062
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows	3.910
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows¹	114.152

¹ Repräsentiert undiskontierte erwartete Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen nach Erwerb.

Der vom Konzern zum Erwerbszeitpunkt ermittelte Fair Value dieser Forderungen betrug 106,8 Mrd € und beinhaltete Forderungen aus dem Kreditgeschäft sowohl mit Kunden als auch mit Banken. Dieser Betrag beinhaltet nicht Wertpapiere, welche der Konzern als Forderungen klassifizierte und die einen Fair Value von 22,5 Mrd € sowie einen Nominalwert von 23,2 Mrd € aufwiesen. Der vorgenannte vertragliche Bruttowert von 118,1 Mrd € stellt die bestmögliche Schätzung für die vertraglich festgelegten Cashflows dieser Forderungen dar. In Übereinstimmung mit dem Fair Value zum Erwerbszeitpunkt von 106,8 Mrd € enthält dieser Wert nicht die Wertpapiere, welche der Konzern als Forderungen klassifizierte.

Im Rahmen der vorläufigen Kaufpreisallokation wurden immaterielle Vermögenswerte von ungefähr 1,6 Mrd € als Teil des Fair Value des erworbenen identifizierten Nettovermögens erfasst. Diese Beträge stellen sowohl die bereits in der Bilanz der Postbank befindlichen immateriellen Vermögenswerte als auch die im Rahmen der Kaufpreisallokation identifizierten immateriellen Vermögenswerte dar. Die immateriellen Vermögenswerte setzen sich im Wesentlichen aus Kundenbeziehungen (836 Mio €), der Postbank-Marke (382 Mio €) und Software (298 Mio €) zusammen.

Der im Rahmen der Übernahme der Postbank entstehende Goodwill wurde gemäß der Neubewertungsmethode („Partial Goodwill Method“) nach Maßgabe der überarbeiteten Fassung des IFRS 3 bestimmt und bezieht sich lediglich auf die Mehrheitsbeteiligung des Konzerns an der Postbank. Der Goodwill repräsentiert größtenteils den Wert der erwarteten Ertrags- und Kostensynergien aus dem Erwerb der Postbank. Er wurde PBC zugewiesen und wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein.

Die Eröffnungsbilanz beinhaltet in der Position alle sonstigen Verbindlichkeiten den vorläufigen Fair Value der Eventualverbindlichkeiten für bestimmte, in der Kaufpreisallokation enthaltene Verpflichtungen. Deren aggregierter Betrag belief sich insgesamt auf rund 110 Mio €. Der Zeitraum und die tatsächliche Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Es ist davon auszugehen, dass der Großteil der Verbindlichkeiten in den kommenden 5 bis 14 Jahren beglichen werden wird. Der Konzern analysiert weiterhin die Entwicklung dieser Verpflichtungen und den möglichen Zeitrahmen für die Mittelabflüsse.

Die Anteile ohne beherrschenden Einfluss von 599 Mio € wurden in der oben genannten Darstellung des Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf der Basis deren Anteils am identifizierbaren Nettovermögen der Postbank ermittelt („Partial Goodwill Method“), das zum Fair Value am Erwerbszeitpunkt bewertet wurde.

Noch vor dem Unternehmenserwerb waren die Deutsche Bank und die Postbank an bestimmten Transaktionen beteiligt, die als zuvor bestehende Beziehungen (gemäß IFRS 3 R) galten. Dazu gehörten verschiedene Geschäfte mit Finanzinstrumenten im Rahmen der regulären Interbanken- und Hedgingaktivitäten der Parteien, bestimmte Anleihen, die vom Konzern oder von der Postbank begeben und von der jeweils anderen Seite gehalten wurden sowie spezifische Zahlungsverkehrsleistungen, die die Postbank dem Konzern zur Verfügung gestellt hat. Zum Erwerbszeitpunkt führte die Aufrechnung bestimmter vom Konzern begebener und von der Postbank gehaltener Finanzinstrumente zu einem Verlust von 1 Mio €, der unter den sonstigen Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im vierten Quartal 2010 erfasst wurde. Dementsprechend wurde die Bestimmung der übertragenen Gegenleistung und deren Zuordnung zu dem erworbenen Nettovermögen der Postbank um 176 Mio €, dem Fair Value der betreffenden Finanzinstrumente zum Erwerbszeitpunkt, angepasst.

Weiterhin besteht zwischen dem Konzern und der Postbank eine umfassende, für beide Seiten vorteilhafte Kooperationsvereinbarung. Diese Vereinbarung wurde 2008 im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an der Postbank geschlossen und umfasst die Bereiche Finanzierungs- und Investmentprodukte, das Firmenkundengeschäft und die gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Zusammenarbeit in den Bereichen Einkauf und IT-Infrastruktur.

Ab Beginn der Konsolidierung zum 3. Dezember 2010 wurden aus dem Postbank-Konzern Erträge von 423 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von 62 Mio € (einschließlich der Amortisation von Fair-Value-Anpassungen aus der vorläufigen Kaufpreisallokation) in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns erfasst. Unter Berücksichtigung bestimmter, auf Ebene des Konzerns erfasster Transaktions- und Integrationskosten von 48 Mio € führte die Konsolidierung der Postbank im Konzernbereich PBC zu einem den Deutsche Bank-Aktionären zustehenden Ergebnis vor Steuern von 30 Mio €.

Wäre die Konsolidierung zum 1. Januar 2010 wirksam geworden, hätte die Postbank mit Pro-forma-Erträgen von 3.805 Mio € und einem Pro-forma-Ergebnis nach Steuern von 138 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Diese Pro-forma-Beträge wurden auf der Grundlage der von der Postbank als eigenständiger Konzern berichteten vorläufigen Ergebnisse für das Jahr 2010 ermittelt und berücksichtigen weder die angenommene Amortisation von Fair-Value-Anpassungen aus der Kaufpreisallokation für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2010, Anpassungen aus der Konsolidierung, noch die Wertminderungen aus der Neubewertung, die der Konzern im dritten und vierten Quartal 2010 auf seine frühere, nach der Equity-methode bilanzierte Beteiligung an der Postbank erfasst hatte.

Akquisitionsbezogene, vom Konzern als Erwerber selbst getragene Kosten von 12 Mio € wurden als Sachaufwand und sonstiger Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2010 ausgewiesen.

Da die Transaktion erst kurz vor Ende des Geschäftsjahres abgeschlossen wurde und sehr komplex ist, wurde die erstmalige Bilanzierung dieses Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen.

ABN AMRO

Am 1. April 2010 hat die Deutsche Bank den Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) zu einem anfänglichen Kaufpreis von 700 Mio € abgeschlossen, der im zweiten Quartal 2010 bar gezahlt wurde. Dieser Kaufpreis wurde im vierten Quartal 2010 infolge vorläufiger Anpassungen der Schlussbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten um 13 Mio € reduziert. Der angepasste Kaufpreis von insgesamt 687 Mio € wird als vorläufig angesehen, bis die Schlussbilanz abgeschlossen ist. Der Abschluss des Erwerbs erfolgte nach der Genehmigung durch die Europäische Kommission und andere Aufsichtsbehörden. Mit Wirkung zum Abschlussdatum erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die erworbenen Geschäftseinheiten und hat diese entsprechend im zweiten Quartal 2010 erstmalig konsolidiert. Die Übernahme ist ein wichtiges Element in der Strategie der Deutschen Bank, ihr klassisches Bankgeschäft weiter auszubauen. Mit der Übernahme ist die Deutsche Bank zum viertgrößten Anbieter von Bankdienstleistungen für Firmenkunden in den Niederlanden geworden.

Die Übernahme beinhaltet den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an den erworbenen Geschäftseinheiten und umfasst die folgenden Aktivitäten:

- zwei Firmenkundeneinheiten in Amsterdam und Eindhoven, die Großkunden betreuen,
- 13 Filialen, die kleine und mittelständische Unternehmen betreuen,
- die Hollandsche Bank Unie N.V. („HBU“) mit Sitz in Rotterdam und
- die IFN Finance B.V., der niederländische Teil des zu ABN AMRO gehörenden Factoringdienstleisters IFN Group.

Die beiden Firmenkundeneinheiten, die 13 Filialen und die HBU waren bereits vor dem Erwerb in einer separaten rechtlichen Einheit zusammengefasst, die unmittelbar nach der Übernahme in Deutsche Bank Nederland N.V. umfirmiert wurde. Sowohl die Deutsche Bank Nederland N.V. als auch die IFN Finance B.V. sind jetzt direkte Tochtergesellschaften der Deutschen Bank. Die übernommenen Geschäftseinheiten, die mehr als 34.000 Kunden betreuen und 1.300 Mitarbeiter beschäftigen, verwenden den Markennamen Deutsche Bank und sind innerhalb des Konzerns in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert.

Da die erstmalige Bilanzierung des Unternehmenserwerbs noch nicht abgeschlossen ist, sind die Kaufpreisallokation sowie die Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von ABN AMRO zum Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossen. Dies umfasst die Fertigstellung der Schlussbilanz und die abschließende Bestimmung von Fair-Value-Anpassungen für bestimmte Teile der Eröffnungsbilanz der erworbenen Geschäftseinheiten. Dementsprechend ist der Unternehmenszusammenschluss im maßgeblichen Bewertungszeitraum noch nicht abgeschlossen.

Am Jahresende 2010 wurden die vorläufigen Fair-Value-Beträge für ABN AMRO zum Erwerbszeitpunkt wie folgt erfasst:

Vorläufiger Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €	
Übertragene Gegenleistung	
Übertragene Gegenleistung in bar	700
Vorläufige Kaufpreisanpassung	- 13
Gesamtkaufpreis	687
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	113
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	71
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	779
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	9.802
Immaterielle Vermögenswerte	168
Alle sonstigen Vermögenswerte	810
Einlagen	8.211
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	786
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.843
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	903
Vorläufiger negativer Goodwill	216
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt, abzüglich des negativen Goodwill	687

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurden Kundenbeziehungen im Umfang von 168 Mio € als abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Aufgrund des Unterschieds zwischen dem Fair Value identifizierbarer erworbener Nettovermögenswerte und dem Fair Value der übertragenen Gegenleistung wurde ein negativer Goodwill von 216 Mio € erfasst, der in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für 2010 als Gewinn in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen wurde. Der Hauptgrund für die Erfassung des negativen Goodwill war der Verkauf von Teilen des niederländischen Firmenkunden- und Factoringgeschäfts von ABN AMRO gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission, nachdem die ABN AMRO Holding N.V. im Oktober 2007 von einem Konsortium, bestehend aus The Royal Bank of Scotland, Fortis Bank und Banco Santander, übernommen worden war. Der erfasste Gewinn ist steuerfrei.

Im Rahmen der Akquisition stellt ABN AMRO eine anfängliche Absicherung für Kreditrisiken über 75 % der abschließenden Verluste aus dem übernommenen Forderungsportfolio (exklusive IFN Finance B.V.) bereit. Die maximale Absicherung ist auf 10 % des Portfoliovolumens begrenzt. Zum Zeitpunkt des Erwerbs belief sich der Fair Value der Garantie auf 544 Mio €, welcher über die erwartete durchschnittliche Laufzeit des zugrunde liegenden Portfolios abgeschrieben wird.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Vermögenswerte, die von ABN AMRO am 1. April 2010 erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Cashflows, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	11.503
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows	245
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows¹	11.258

¹ Repräsentiert undiskontierte erwartete Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen nach Erwerb.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 15 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Die Jahre 2009 und 2008 enthielten 8 Mio € für in diesem Zeitraum entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen.

Seit der Übernahme und ohne Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten mit Erträgen von 405 Mio € und einem Ergebnisbeitrag nach Steuern von 35 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 (ohne die Berücksichtigung des oben erwähnten Gewinns aus dem negativen Goodwill) Erträge in Höhe von 501 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 77 Mio € ausgewiesen.

Sal. Oppenheim

Am 15. März 2010 schloss die Deutsche Bank den Erwerb von 100 % der stimmberechtigten Eigenkapitalanteile an der in Luxemburg ansässigen Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A. („Sal. Oppenheim S.C.A.“), der Holdinggesellschaft der Sal. Oppenheim-Gruppe, zu einem in bar entrichteten Kaufpreis von insgesamt 1.261 Mio € ab. Vom Kaufpreis entfielen 275 Mio € auf die BHF Asset Servicing GmbH („BAS“), die zum Zeitpunkt des Erwerbs bereits als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden war und daher von der übrigen Sal. Oppenheim-Gruppe getrennt bilanziert wurde. Da am 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen vorlagen, wurde der Erwerbszeitpunkt auf diesen Tag festgesetzt und die Sal. Oppenheim entsprechend in den Konzernabschluss des ersten Quartals 2010 einbezogen. Gemäß der im vierten Quartal 2009 geschlossenen Rahmenvereinbarung wurde den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. die Option gewährt, sich mit bis zu 20 % langfristig an der deutschen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA zu beteiligen. Bezogen auf den Erwerbszeitpunkt hatte die Option zum Bilanzstichtag einen Fair Value von null.

Der Erwerb stärkt die Asset and Wealth Management-Aktivitäten des Konzerns im Bereich des gehobenen Privatkundengeschäfts sowie der Familienvermögen und Stiftungen in Europa, insbesondere in Deutschland. Die eigenständigen Vermögensverwaltungsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe werden unter der etablierten Marke der traditionsreichen Privatbank ausgebaut. Dabei soll der Charakter der Privatbank erhalten bleiben. Das integrierte Vermögensverwaltungskonzept für private und institutionelle Kunden bleibt bestehen.

Mit dem Erwerb erlangte der Konzern einen beherrschenden Einfluss über die Sal. Oppenheim S.C.A., die anschließend eine hundertprozentige Tochter der Deutschen Bank wurde. Sämtliche Geschäftsaktivitäten der Sal. Oppenheim-Gruppe, darunter die gesamte Vermögensverwaltung, die Investmentbank, die BHF-BANK Gruppe („BHF-BANK“), die BAS und das in einer eigenständigen Holding geführte Private-Equity-Dachfondsgeschäft der Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A., gingen auf die Deutsche Bank über. Im Zuge der Akquisition wurden alle Geschäftseinheiten der Sal. Oppenheim-Gruppe in den Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) integriert, mit Ausnahme der BHF-BANK und der BAS, die zunächst dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet wurden. Im zweiten Quartal 2010 wurden auch diese Einheiten in AWM übertragen.

Der Verkauf der BAS an die Bank of New York Mellon wurde im August 2010 abgeschlossen. Ferner erwarb der Konzern im Rahmen der Übernahme der Sal. Oppenheim-Gruppe die Services Généraux de Gestion S.A. und ihre Tochtergesellschaften, die im ersten Quartal 2010 weiterverkauft wurden. Im Jahresverlauf 2010 stellte die Sal. Oppenheim-Gruppe den größten Teil ihres Investmentbanking-Geschäfts durch Verkauf oder Auflösung ein. Die Bereiche Equity Trading & Derivatives sowie Capital Markets Sales and Research wurden im zweiten Quartal 2010 von der australischen Macquarie-Gruppe übernommen. Am 23. Dezember 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie sich mit der liechtensteinischen LGT Group über wesentliche Eckpunkte des Verkaufs der BHF-BANK geeinigt hat und in Bezug auf den geplanten Verkauf der BHF-BANK exklusive Verhandlungen mit der LGT Group führen wird. Die Verhandlungen zur Finalisierung der vertraglichen Details sollen im Laufe des ersten Quartals 2011 abgeschlossen werden. Dementsprechend klassifiziert der Konzern die BHF-BANK seit dem 31. Dezember 2010 als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe. Für weitere Informationen wird auf Note 25 „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ verwiesen.

Zum Bilanzstichtag wurde ein zum Erwerbszeitpunkt ermittelter Fair Value des für die Sal. Oppenheim-Gruppe und die BAS entrichteten Gesamtkaufpreises von 1.261 Mio € ausgewiesen. Gemäß der mit den früheren Gesellschaftern der Sal. Oppenheim S.C.A. geschlossenen Rahmenvereinbarung könnte sich der Kaufpreis per Saldo um bis zu 476 Mio € (zahlbar im Jahr 2015) erhöhen, vorausgesetzt, dass bestimmte Risikopositionen (insbesondere Rechts- und Kreditrisiken) bis 2015 nicht auftreten. Zum Bilanzstichtag hatte diese bedingte Gegenleistung einen geschätzten Fair Value von null.

Die Fair Value-Beträge für die Sal. Oppenheim-Gruppe (ohne die BAS) zum Erwerbszeitpunkt wurden wie folgt erfasst:

Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio €

Übertragene Gegenleistung	
Übertragene Gegenleistung in bar	986
Fair Value der bedingten Gegenleistung	0
Gesamtkaufpreis	986
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	2.638
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	3.298
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	889
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6.626
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	6.174
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.609
Immaterielle Vermögenswerte	162
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	1.884
Alle sonstigen Vermögenswerte	2.677
Einlagen	18.461
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	796
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	5.443
Langfristige Verbindlichkeiten	1.737
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	1.836
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1.534
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	150
Anteile ohne beherrschenden Einfluss an der Sal. Oppenheim-Gruppe	8
Identifizierbares den DB Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	142
Goodwill	844
Erworbenes identifizierbares den DB Aktionären zurechenbares Nettovermögen und Goodwill insgesamt	986

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Der im Rahmen der Akquisition entstandene Goodwill von 844 Mio € setzt sich hauptsächlich aus Synergien zusammen, die durch die Zusammenlegung bestimmter Geschäftsaktivitäten in den Bereichen der Vermögensverwaltung sowie aufgrund einer größeren Marktpräsenz in diesen Geschäftsbereichen in Deutschland, Luxemburg, der Schweiz und Österreich zu erwarten sind. Der Goodwill wird voraussichtlich nicht steuerlich abzugsfähig sein. Zu den immateriellen Vermögenswerten, die unter dem identifizierbaren Nettovermögen ausgewiesen wurden, zählen hauptsächlich Software, Kundenbeziehungen und die Sal. Oppenheim-Marke. Bei der Allokation des Kaufpreises setzte die Deutsche Bank eine Eventualverbindlichkeit von 251 Mio € für eine umfassende Anzahl von Sachverhalten an, die im Zusammenhang mit bestimmten von Sal. Oppenheim erworbenen Geschäftseinheiten stehen. Der Zeitraum und die Höhe der Mittelabflüsse lassen sich nicht voraussagen. Derzeit ist davon auszugehen, dass diese Verbindlichkeiten in den kommenden fünf Jahren beglichen werden. Der Konzern analysiert weiterhin die Risiken und den möglichen Zeitrahmen der Mittelabflüsse.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Vermögenswerte, die von der Sal. Oppenheim erworben und von der Deutschen Bank als Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum Erwerbszeitpunkt klassifiziert wurden.

in Mio €	
Vertraglich festgelegte Cashflows, einschließlich Zinsen (undiskontiert)	6.940
Abzüglich: Nach bester Schätzung zum Erwerbszeitpunkt ermittelte voraussichtlich nicht zu erzielende vertraglich festgelegte Cashflows	1.187
Voraussichtlich zu erzielende Cashflows¹	5.753

¹ Repräsentiert undiskontierte erwartete Cashflows aus Tilgungen und Zinszahlungen nach Erwerb.

Im Anschluss an die Akquisition, aber noch am Abschlusstag des Erwerbs, führte die Deutsche Bank bei ihrer neuen Tochtergesellschaft Sal. Oppenheim S.C.A. eine Kapitalerhöhung über 195 Mio € durch. Dieser Betrag ist nicht Bestandteil des Kaufpreises und dementsprechend nicht in der zuvor genannten Ermittlung des Goodwill enthalten.

Hinsichtlich akquisitionsbezogener Kosten wurden für 2010 in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns 2 Mio € als Sachaufwand und sonstiger Aufwand ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2009 entstandene und erfasste akquisitionsbezogene Aufwendungen betragen 11 Mio €.

Nach der Übernahme hat die Sal. Oppenheim-Gruppe (exklusive BAS) Erträge von 568 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 308 Mio € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns beigetragen. Wäre die Akquisition zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern daraus für 2010 Erträge in Höhe von 599 Mio € und einen Verlust in Höhe von 336 Mio € ausgewiesen.

Sonstige im Jahr 2010 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2010 abgeschlossene Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, beinhalten den sukzessiven Erwerb von weiteren 47,5 % der Anteile an einem bestehenden assoziierten Unternehmen auf den Philippinen. Dieser Erwerb führte zu einer Kontrollmehrheit von 95 % und der Konsolidierung des Unternehmens im ersten Quartal 2010. Der in bar entrichtete Gesamtkaufpreis von 6 Mio € wurde dem erworbenen Nettovermögen (einschließlich übernommener Verbindlichkeiten) in Höhe von 10 Mio € zugeordnet, sodass sich ein negativer Goodwill von 4 Mio € ergab. Dieser wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns im ersten Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen. Die Beteiligung ist in CB&S zugeordnet.

Ebenfalls in 2010 erwarb der Konzern für einen Kaufpreis von 2 Mio € 100 % der Stimmrechte an einem in den USA ansässigen Anlageberatungsunternehmen. Der Kaufpreis wurde vollständig dem Goodwill zugeordnet. Die Konsolidierung des Unternehmens begann im vierten Quartal 2010. Die Beteiligung ist in CB&S zugeordnet.

Die Fair-Value-Beträge für diese Unternehmenszusammenschlüsse zum Erwerbszeitpunkt wurden wie folgt erfasst.

in Mio €	
Gesamtkaufpreis, einschließlich Fair Value der Beteiligung des Konzerns vor dem Unternehmenszusammenschluss	8
Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Verbindlichkeiten¹:	
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	14
Alle sonstigen Vermögenswerte	1
Langfristige Verbindlichkeiten	7
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	1
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	10
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0
Identifizierbares den DB Aktionären zurechenbares Nettovermögen insgesamt	10
Goodwill	2
Negativer Goodwill	4
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie Goodwill, den DB Aktionären zurechenbar, abzüglich negativer Goodwill	8

¹ Nach Hauptklassen der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten.

Seit dem Erwerb haben die übernommenen Geschäftsaktivitäten insgesamt mit Erträgen und einem Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € zur Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns beigetragen. Wären die Akquisitionen zum 1. Januar 2010 wirksam gewesen, hätte der Konzern für 2010 Erträge und ein Ergebnis nach Steuern von jeweils 2 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2009 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2009 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen war einzeln betrachtet keine wesentlich. Sie werden deshalb zusammengefasst dargestellt. Diese Akquisitionen umfassten den Erwerb von Beteiligungen von jeweils 100 % zu einem Gesamtkaufpreis von 22 Mio €, der sich zusammensetzt aus einem bar zu entrichtenden Kaufpreis von 20 Mio € und Anschaffungsnebenkosten von 2 Mio €. Auf Basis vorläufiger Werte wurden vom Gesamtkaufpreis 21 Mio € aus Kundenbeziehungen den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 1 Mio € dem Goodwill zugewiesen. Zu diesen Transaktionen gehört die am 30. November 2009 abgeschlossene Akquisition des globalen Agency Securities Lending-Geschäfts der Dresdner Bank. Das Geschäft wird von London, New York und Frankfurt aus getätigt und wurde in den Unternehmensbereich Global Transaction Banking integriert. Mit dem Abschluss dieser Transaktion erweiterte der Konzern seine Custodyplattform um einen der größten depotbankunabhängigen Anbieter von Agency Securities Lending-Dienstleistungen und schloss eine strategische Produktlücke im Wertpapierdienstleistungsgeschäft.

Die nachfolgende Übersicht zeigt zusammengefasst die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz des Geschäftsjahres 2009.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	–	–	–
Goodwill	–	1	1
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	21	21
Übrige Vermögenswerte	–	–	–
Summe der Aktiva	–	22	22
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	–	–
Übrige Verbindlichkeiten	–	3	3
Summe der Verbindlichkeiten	–	3	3
Nettovermögen	–	19	19
Summe der Passiva	–	22	22

Nach Fertigstellung dieser Unternehmenszusammenschlüsse im Geschäftsjahr 2010 wurden die Gesamtkaufpreise mit 16 Mio € den als sonstige immaterielle Vermögenswerte erfassten Kundenbeziehungen und mit 6 Mio € dem Goodwill zugewiesen.

Im Zusammenhang mit diesen Akquisitionen wies der Konzern für 2009 Erträge von 1 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 1 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der 2009 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlustrechnung

Wären die zuvor aufgeführten im Berichtsjahr 2009 abgeschlossenen Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2009 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür in 2009 Erträge von 22 Mio € und ein Ergebnis nach Steuern von weniger als 1 Mio € ausgewiesen.

Im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Geschäftsjahr 2008 tätigte der Konzern mehrere Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden. Von diesen Transaktionen waren der Rückwerb der Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. sowie die Übernahme der DB HedgeWorks, LLC einzeln betrachtet wesentlich und werden deshalb separat dargestellt. Die sonstigen Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt.

Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp.

Zum 30. Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen und nachfolgend als „Maher Terminals“ bezeichnet), einen privaten Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. Maher Terminals wurde als Gründungsvermögen für den North American Infrastructure Fund erworben. Nachdem der Konzern 2007 einen Minderheitsanteil von 11,4 % seiner ursprünglich hundertprozentigen Beteiligung am RREEF North America Infrastructure Fund verkauft hatte, behielt er lediglich einen Anteil ohne beherrschenden Einfluss an Maher Terminals. Dieser wurde zum 31. Dezember 2007 nach der Equitymethode als zum Verkauf bestimmter Vermögenswert bilanziert. Im Geschäftsjahr 2008 kaufte die RREEF Infrastructure zur Restrukturierung des North America Infrastructure Fund, dessen einziges Investment Maher Terminals ist, alle ausstehenden Anteile zu einem Kaufpreis von 109 Mio € in bar zurück.

Am Ende des dritten Quartals 2008 wurde die Beteiligung nicht länger als zum Verkauf bestimmt bilanziert, sodass die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von Maher Terminals nicht länger als zum Verkauf bestimmt klassifiziert wurden und der Rückkauf als Erwerbstransaktion verbucht wurde. Die Anschaffungskosten wurden in Höhe von 33 Mio € dem Goodwill und in Höhe von 76 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. Beim Erwerb wurde Maher Terminals dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet. Aufgrund von veränderten Managementverantwortlichkeiten wurde Maher Terminals zum 1. Januar 2009 auf CI übertragen.

Zum Erwerbszeitpunkt ergaben sich folgende Auswirkungen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition (als zum Verkauf bestimmt)	Umklassifizierung von zum Verkauf bestimmt sowie Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	–	30	30
Sachanlagen	–	169	169
Goodwill	–	597	597
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	770	770
Übrige Vermögenswerte	1.840	– 1.656	184
Summe der Aktiva	1.840	–90	1.750
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	839	839
Übrige Verbindlichkeiten	983	– 845	138
Summe der Verbindlichkeiten	983	–6	977
Nettovermögen	857	–84	773
Summe der Passiva	1.840	–90	1.750

Nach der Akquisition entfielen auf Maher Terminals für 2008 negative Erträge in Höhe von 7 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 256 Mio €. Letzterer enthält eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

DB HedgeWorks, LLC

Zum 31. Januar 2008 erwarb der Konzern eine Beteiligung von 100 % am Hedgefondsadministrator HedgeWorks, LLC mit Sitz in den Vereinigten Staaten, der nach der Übernahme in DB HedgeWorks, LLC („DB HedgeWorks“) umfirmiert wurde. Durch die Akquisition baute der Konzern sein Serviceangebot im Hedgefondsgeschäft weiter aus. Der Kaufpreis setzte sich aus einer Barvergütung in Höhe von 19 Mio € und weiteren 15 Mio € zusammen, die unter der Voraussetzung gezahlt werden, dass das erworbene Unternehmen in den nächsten drei Jahren bestimmte Ergebnisziele übertrifft. Von dem Gesamtkaufpreis wurden 28 Mio € dem Goodwill, 5 Mio € den sonstigen immateriellen Vermögenswerten und 1 Mio € dem Nettovermögen zugewiesen. DB HedgeWorks ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisition auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	1	–	1
Goodwill	–	28	28
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	5	5
Übrige Vermögenswerte	1	–	1
Summe der Aktiva	2	33	35
Passiva:			
Langfristige Verbindlichkeiten	–	15	15
Übrige Verbindlichkeiten	1	–	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	15	16
Nettovermögen	1	18	19
Summe der Passiva	2	33	35

Seit dem Erwerb im Geschäftsjahr 2008 wurden für DB HedgeWorks Erträge von 6 Mio € und ein Verlust nach Steuern von 2 Mio € ausgewiesen.

Sonstige im Jahr 2008 getätigte Unternehmenszusammenschlüsse

Im Jahr 2008 getätigte sonstige Unternehmenszusammenschlüsse, die einzeln betrachtet nicht wesentlich waren, werden zusammengefasst dargestellt. Dies betrifft unter anderem die Akquisition des taiwanesischen Vermögensverwalters Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited sowie die Übernahme der Geschäftsplattform der Pago eTransaction GmbH, eines deutschen Anbieters von Dienstleistungen im Bereich Cash Management und Merchant Acquiring. Diese Transaktionen umfassten den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen zwischen mehr als 50 % und 100 % zu einem Gesamtkaufpreis von 7 Mio € einschließlich Anschaffungsnebenkosten von weniger als 1 Mio €.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Auswirkungen dieser Akquisitionen auf die Konzernbilanz.

in Mio €	Buchwert vor der Akquisition	Anpassungen auf den Fair Value	Fair Value
Aktiva:			
Barreserve	4	6	10
Verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	6	3	9
Verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten	2	3	5
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	1	1
Übrige Vermögenswerte	20	2	22
Summe der Aktiva	32	15	47
Passiva:			
Sonstige Passiva	1	7	8
Übrige Verbindlichkeiten	–	1	1
Summe der Verbindlichkeiten	1	8	9
Nettovermögen	31	7	38
Summe der Passiva	32	15	47

Für diese Akquisitionen wies der Konzern für 2008 Erträge von 2 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 4 Mio € aus.

Mögliche Auswirkungen der in 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse auf die Gewinn- und Verlustrechnung

Wären alle oben aufgeführten im Berichtsjahr 2008 getätigten Unternehmenszusammenschlüsse zum 1. Januar 2008 wirksam gewesen, hätte der Konzern dafür Erträge von 44 Mio € und einen Verlust nach Steuern von 223 Mio € ausgewiesen. Letzterer enthielt eine Belastung nach Steuern in Höhe von 175 Mio € aus der erfassten Wertminderung des Goodwill von Maher Terminals im vierten Quartal 2008.

Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen ohne Kontrollwechsel

Im Geschäftsjahr 2010 hat der Konzern Akquisitionen und Veräußerungen von Minderheitsbeteiligungen an Tochtergesellschaften abgeschlossen, bei denen der Konzern nicht der alleinige Eigentümer ist. Diese Transaktionen führten nicht zu einem Verlust der Kontrolle über die jeweiligen Tochtergesellschaften. Gemäß IAS 27 R wurden sie als Eigenkapitaltransaktionen zwischen dem Konzern und außenstehenden Aktionären bilanziert, bei denen kein Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und -Verlustrechnung erfasst wurde. Die im Rahmen dieser Transaktionen per Saldo gezahlte Barvergütung betrug insgesamt 13 Mio €. Die Bilanzwerte der jeweiligen Mehrheits- oder Minderheitsbeteiligungen wurden angepasst, um die Veränderung der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften darzustellen. Differenzen zwischen dem Fair Value der übertragenen oder erhaltenen Gegenleistungen und den Beträgen, um die die Minderheitsbeteiligungen angepasst wurden, werden direkt im Eigenkapital erfasst.

Die folgende Tabelle beschreibt die Auswirkungen der 2010 bilanzierten Veränderungen der Beteiligungen des Konzerns an diesen Tochtergesellschaften.

in Mio €	2010
Beteiligungen des Konzerns zum 1. Januar 2010	136
Nettoeffekt aus der Veränderung der Beteiligungen der Deutschen Bank	76
Anteil des Konzerns am Gewinn oder Verlust	- 11
Anteil des Konzerns am sonstigen Ergebnis	29
Anteil des Konzerns an den sonstigen Veränderungen des Eigenkapitals	-49
Beteiligung des Konzerns zum 31. Dezember 2010	181

Veräußerungen

In den Geschäftsjahren 2010, 2009 und 2008 veräußerte der Konzern mehrere Tochtergesellschaften/Geschäftseinheiten. Diese Veräußerungen enthielten den Verkauf der BAS im dritten Quartal 2010. Das betreffende Geschäft war als Teil des Sal. Oppenheim Erwerbs im ersten Quartal 2010 bereits als zum Verkauf bestimmt klassifiziert worden. Eine Liste und weitere Einzelheiten zu diesen Veräußerungen befinden sich in Note 05 „Segmentberichterstattung“. Die gesamte für diese Veräußerungen in bar erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2010, 2009 und 2008 auf 281 Mio €, 51 Mio € beziehungsweise 182 Mio €. Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio €	2010	2009	2008
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	45	49	66
Übrige Vermögenswerte	2.180	15	4.079
Summe der veräußerten Aktiva	2.225	64	4.145
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	1.932	73	3.490

Diese 2010 abgeschlossenen Transaktionen beinhalteten ebenfalls mehrere Veräußerungen, bei denen der Konzern eine Minderheitsbeteiligung an den ehemaligen Tochtergesellschaften behalten hat. Keine dieser Veräußerungen war einzeln betrachtet wesentlich. Die verbleibenden Beteiligungen an den ehemaligen Tochtergesellschaften wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zeitpunkt des Verlusts des beherrschenden Einflusses zum Fair Value ausgewiesen. Ab diesem Datum wurden die Beteiligungen nach der Equitymethode bilanziert. Der ausgewiesene Gewinn aus diesen Transaktionen betrug 15 Mio € und wird in den sonstigen Erträgen ausgewiesen. Von diesem Ergebnis entfallen 5 Mio € auf die Neubewertung zum Fair Value der verbleibenden Beteiligung an diesen ehemaligen Tochtergesellschaften.

05 – Segmentberichterstattung

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu einem Segment und zur Beurteilung seiner Performance herangezogen werden.

Segmente

Die folgenden Segmente stellen die Organisationsstruktur des Konzerns dar, wie sie in der internen Managementberichterstattung abgebildet wird.

Die Deutsche Bank ist in drei Konzernbereiche gegliedert, die sich weiter in Unternehmensbereiche untergliedern. Zum 31. Dezember 2010 bestanden folgende Konzern- und Unternehmensbereiche:

Der Konzernbereich **Corporate & Investment Bank (CIB)** beinhaltet die Corporate-Banking- und Wertpapieraktivitäten (einschließlich Handel mit und Vertrieb von Kapitalmarktprodukten und Corporate-Finance-Aktivitäten) sowie die Transaction-Banking-Aktivitäten des Konzerns. CIB betreut Firmen- und institutionelle Kunden: von mittelständischen Firmen bis hin zu multinationalen Unternehmen einschließlich Banken und staatlicher Organisationen. Diese Aktivitäten werden im Konzernbereich CIB in den globalen Unternehmensbereichen Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB) gesteuert.

- CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Markets und Corporate Finance. Diese Bereiche bieten weltweit Finanzprodukte an, angefangen bei der Emission von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren bis hin zur Erarbeitung maßgeschneiderter strukturierter Lösungen für komplexe Finanzierungsbedürfnisse.
- GTB bietet seinen Kunden weltweit in erster Linie die Beschaffung, den Transfer, die Verwahrung und die Kontrolle von Vermögenswerten an. In diesem Zusammenhang stellt der Bereich Unternehmen, Finanzinstituten sowie Staaten (einschließlich deren Institutionen) Bearbeitungs- und Treuhandleistungen zur Verfügung.

Im Konzernbereich **Private Clients and Asset Management (PCAM)** sind die Aktivitäten des Konzerns im Asset Management, im Private Wealth Management sowie im Privat- und Geschäftskundenbereich zusammengefasst. Diese Aktivitäten werden innerhalb von PCAM in den beiden globalen Unternehmensbereichen Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gesteuert.

- AWM besteht aus den Geschäftsbereichen Asset Management (AM), der das Vermögen institutioneller Kunden verwaltet und Investmentfonds und andere Anlageprodukte für Privatkunden anbietet, und Private Wealth Management (PWM), der für die Betreuung anspruchsvoller vermögender Privatkunden und ihrer Familien sowie ausgewählter institutioneller Kunden zuständig ist.
- PBC stellt Privatkunden und vermögenden Kunden sowie kleineren Firmenkunden die gesamte Produktpalette des Privatkundengeschäfts bereit.

Der Konzernbereich **Corporate Investments (CI)** steuert bestimmte Alternative Assets des Konzerns sowie andere Fremd- und Eigenkapitalanlagen.

Änderungen in der Segmentstruktur können aus veränderten Managementverantwortungen sowie aus Akquisitionen oder Desinvestitionen resultieren.

Es gab folgende Veränderungen der Managementverantwortungen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Segmentberichterstattung.

- Mit Wirkung zum 1. Juli 2010 wurde eine integrierte Managementstruktur für den gesamten Konzernbereich Corporate & Investment Bank (CIB) infolge der Veränderungen im Vorstand sowie der Verantwortung für die Bereiche Corporate Finance und Global Transaktion Banking eingeführt. Die neue Struktur soll das Wachstum der Deutschen Bank als einer der weltweit führenden Geschäfts- und Investmentbanken beschleunigen und die Erreichung der Konzernziele ermöglichen. Hieraus ergeben sich jedoch keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente.
- Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortung für die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich CI übertragen.
- Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortung bestimmter Vermögenswerte vom Unternehmensbereich Asset and Wealth Management auf den Unternehmensbereich CI übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.

Die folgenden Akquisitionen und Desinvestitionen hatten wesentlichen Einfluss auf die Segmentergebnisse:

- Zum 3. Dezember 2010 konsolidierte der Konzern erstmalig die Postbank AG, nachdem das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot vorgelegt und erfolgreich angenommen wurde. Von diesem Zeitpunkt an ist die Beteiligung an der Postbank dem Unternehmensbereich PBC zugeordnet.
- Am 1. April 2010 hat der Konzern den Erwerb von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO Bank N.V. („ABN AMRO“) abgeschlossen. Dieses Geschäft wurde dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.

- Zum 15. März 2010 erwarb der Konzern die Sal. Oppenheim Gruppe, die mit Ausnahme des Geschäfts der BHF-BANK dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde. Das Geschäft der BHF-BANK wurde dem Konzernbereich Corporate Investments zugeordnet. Im zweiten Quartal 2010 wurde das Geschäft der BHF-BANK auf den Geschäftsbereich PWM im Unternehmensbereich AWM übertragen. Diese Änderung wurde für die Darstellung zum 31. Dezember 2010 berücksichtigt.
- Im November 2009 hat der Konzern den Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank von der Commerzbank AG abgeschlossen. Diese Geschäftsaktivität ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Am 25. Februar 2009 schloss der Konzern den Erwerb eines Minderheitsanteils an der Deutschen Postbank AG, einem führenden Anbieter von Finanzdienstleistungen in Deutschland, ab. Ebenfalls zu diesem Datum hat der Konzern eine Pflichtumtauschleihe sowie Optionen erworben, um den Anteil an der Deutschen Postbank AG in Zukunft zu erhöhen. Alle Teile der Transaktion wurden bis zur Erstkonsolidierung der Postbank am 3. Dezember 2010 dem Konzernbereich CI zugeordnet.
- Im Dezember 2008 wurde von RREEF Alternative Investments eine wesentliche Minderheitsbeteiligung an Rosen Real Estate Securities LLC (RRES), einem Berater für Immobilienanlagen, erworben. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im November 2008 wurde ein Anteil von 40 % an UFG Invest erworben, verbunden mit der Option, den Anteil in der Zukunft auf 100 % zu erhöhen. UFG Invest ist das russische Wertpapierverwaltungsunternehmen von UFG Asset Management. Das Geschäft firmiert unter Deutsche UFG Capital Management. Die Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Oktober 2008 wurde der Kauf der operativen Plattform der Pago eTransaction GmbH durch die Deutsche Card Services GmbH abgeschlossen. Die Transaktion fand in Deutschland statt und ist dem Unternehmensbereich GTB zugeordnet.
- Im Juni 2008 konsolidierte der Konzern die Maher Terminals LLC und die Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“). Maher Terminals ist ein privater Betreiber von Containerterminals in Nordamerika. RREEF Infrastructure erwarb alle Anteile konzernexterner Investoren am North America Infrastructure Fund, dessen einzige Beteiligung Maher Terminals war. Diese Beteiligung ist seit dem ersten Quartal 2009 dem Konzernbereich CI zugeordnet.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die DWS Investments Schweiz AG, die das schweizerische Fondsverwaltungsgeschäft des Unternehmensbereichs AWM umfasst, an die State Street Bank.
- Mit Wirkung ab Juni 2008 verkaufte der Konzern die italienische Lebensversicherungsgesellschaft DWS Vita S.p.A. an die Zurich Financial Services Group. Dieses Geschäft war Bestandteil des Unternehmensbereichs AWM.
- Mit Wirkung ab März 2008 schloss der Konzern den Erwerb einer Beteiligung von 60 % an dem taiwanesischen Vermögensverwalter Far Eastern Alliance Asset Management Co. Limited ab. Das erworbene Unternehmen ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.
- Im Februar 2008 verkaufte RREEF Alternative Investments seinen Anteil von 50 % an der australischen DEXUS Property Group an andere Anteilseigner von DEXUS. Die Beteiligung wurde im Unternehmensbereich AWM gehalten.
- Im Januar 2008 erwarb der Konzern HedgeWorks LLC, einen Hedgefondsadministrator mit Sitz in den Vereinigten Staaten. Das Geschäft wurde in den Unternehmensbereich GTB integriert.
- Im Januar 2008 erhöhte AM seinen Anteil an Harvest Fund Management, einer Publikumsfondsgesellschaft in China, auf 30 %. Diese Beteiligung ist dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss. Erforderliche Anpassungen im Rahmen dieser Überleitung werden im Abschnitt „Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss“ dieser Note berichtet. Die dargestellten Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung von Segmentgewinnen oder -verlusten, Aktiva und anderen Informationen, welche dem „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig berichtet werden.

Die Managementberichterstattung der Deutschen Bank beruht grundsätzlich auf IFRS. In einigen Ausnahmefällen werden für die interne Managementberichterstattung Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede stehen im Zusammenhang mit Positionen, die in der Managementberichterstattung zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und im Konzernabschluss nach IFRS abgegrenzt werden (zum Beispiel bestimmte Finanzinstrumente in den Treasurybüchern von CB&S und PBC). Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der erfolgswirksamen Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien in der Managementberichterstattung (hauptsächlich in CB&S), wohingegen unter IFRS eine erfolgsneutrale Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ausweisunterschiede bestehen im Wesentlichen bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, welche dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an Erträgen, Risikoversorgen im Kreditgeschäft, Zinsunabhängige Aufwendungen und Ertragsteueraufwand entsprechen. Diese werden in den Segmenten im Ergebnis vor Steuern berücksichtigt, während sie für den Konzernabschluss über Consolidation & Adjustments (C&A) in das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis umgliedert werden.

Erträge aus Transaktionen zwischen den Segmenten werden auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarungen zugeordnet. Interne Serviceanbieter, die nicht als Profit Center geführt werden, weisen ihre zinsunabhängigen Aufwendungen den jeweiligen Serviceempfängern zu. Die Allokationskriterien beruhen in der Regel auf Vereinbarungen zwischen den beteiligten Bereichen und werden auf der Basis „Menge × Preis“, „auf Festpreisbasis“ oder „zu vereinbarten Prozentsätzen“ ermittelt. Da der Konzern in den operativen Einheiten unterschiedliche Geschäftsaktivitäten integriert hat, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Unternehmensbereichen bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Um eine Vergleichbarkeit der Unternehmensbereiche mit denjenigen Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit zugehöriger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird der Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns (nach Verrechnung mit bestimmten zugehörigen Belastungen, zum Beispiel aus der Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften) im Verhältnis zu dem jeweils zugeordneten durchschnittlichen Active Equity den Geschäftsbereichen anteilig zugerechnet.

Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im Geschäftsjahr 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögenswerte stärker berücksichtigt.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im Geschäftsjahr 2010 beschrieben:

- GTB (106 Mio €), AWM (16 Mio €) und PBC (1 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (93 Mio €) und CI (30 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche im Geschäftsjahr 2009 beschrieben:

- GTB (160 Mio €), AWM (32 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (167 Mio €) und CI (30 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Das Management nutzt bestimmte Messgrößen für das Kapital und darauf bezogene Kennziffern im Rahmen des internen Managementberichtssystems, weil es der Überzeugung ist, dass damit die Darstellung der finanziellen Performance der Segmente transparenter und aussagekräftiger ist. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse. Diese Messgrößen beinhalten:

- **Durchschnittliches Active Equity:** Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Wettbewerbern vergleichbar zu sein. Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind das durchschnittliche Kumulierte sonstige Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) ohne Anpassungen aus der Währungsumrechnung (alle Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal auf Basis eines Vorschlags eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der im folgenden Jahr stattfindenden Hauptversammlung ausgezahlt wird. Die Berechnung des durchschnittlichen Active Equity basiert auf den im Jahresabschluss für die jeweiligen Sachverhalte verwendeten Steuersätzen und nicht auf einem generellen Durchschnittssteuersatz. Die Allokation des durchschnittlichen Active Equity des Konzerns auf die Segmente und C&A erfolgt im Verhältnis ihrer ökonomischen Risiken, die sich aus dem Ökonomischen Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerten zusammensetzen. Der zuzurechnende Gesamtbetrag entspricht dem höheren Wert von ökonomischem Risiko und aufsichtsrechtlichem Kapitalbedarf des Konzerns. Für 2008 hat der Konzern den internen Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital anhand einer Tier-1-Kapitalquote von 8,5% abgeleitet. In den Geschäftsjahren 2009 und 2010 wurde dieser interne Bedarf aus einer Tier-1-Kapitalquote von 10% abgeleitet. Überschreitet das durchschnittliche Active Equity des Konzerns den zuzurechnenden Gesamtbetrag, so wird der Mehrbetrag C&A zugeordnet.
- **Eigenkapitalrendite in %**, basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity, ist definiert als der prozentuale Anteil des Ergebnisses vor Steuern, reduziert um Anteile ohne beherrschenden Einfluss am durchschnittlichen Active Equity. Beim Vergleich dieser auf Basis des durchschnittlichen Active Equity ermittelten Renditen mit denen anderer Unternehmen sind die unterschiedlichen Berechnungsweisen der jeweiligen Kennzahlen zu berücksichtigen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008. Im Zusammenhang mit den in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Änderungen der Bilanzierungsmethoden von Prämien für Finanzgarantien wurde in 2009 der Ausweis der Erträge und der zinsunabhängigen Aufwendungen für die Vorjahre angepasst.

2010 in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
Erträge insgesamt¹	17.490	3.439⁵	20.929	3.907	6.136	10.043	-2.020⁶	28.953
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	348	140	488	43	746	789	-4	1.273
Zinsunabhängige Aufwendungen	12.028	2.394	14.422	3.765	4.493	8.258	637	23.318
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	74	6	80	87	74	161	8	248
Abfindungszahlungen	215	71	286	117	33	149	1	436
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	486	-	486	0	-	0	-	486
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	-	29	29	-	-	-	-	29
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	20	-	20	-1	8	6	-2	24
Ergebnis vor Steuern	5.094	905	5.999	100	890	989	-2.649	4.339
Aufwand-Ertrag-Relation	69 %	70 %	69 %	96 %	73 %	82 %	N/A	81 %
Aktiva ^{2, 3}	1.468.863	71.877	1.519.983	65.508	346.998	412.477	17.766	1.894.282
Investitionen in langlebige Aktiva	52	1	53	11	67	78	776	907
Risikogewichtete Aktiva	185.784	25.331	211.115	23.339	104.488	127.827	4.580	343.522
Durchschnittliches Active Equity ⁴	17.096	1.548	18.644	6.737	3.897	10.635	4.168	33.446
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	30 %	58 %	32 %	1 %	23 %	9 %	-64 %	13 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	9.848	1.281	11.128	668	3.850	4.518	-118	15.528
Erträge mit externen Kunden	18.069	3.222	21.290	3.945	5.707	9.652	-2.033	28.910
Intersegmenterträge	-578	217	-361	-38	429	391	13	43
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-57	1	-56	6	-12	-6	-1.947	-2.010
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	2.108	41	2.149	259	34	292	116	2.558

N/A – nicht aussagefähig

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

⁵ Beinhaltet einen Gewinn aus der Vereinnahmung von negativem Goodwill im Zusammenhang mit dem Erwerb bestimmter Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in Höhe von 208 Mio € aus dem zweiten Quartal 2010. Dieser Gewinn wurde nicht in der Zielgrößendefinition berücksichtigt.

⁶ Beinhaltet eine Belastung bezüglich der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG in Höhe von 2.338 Mio €, die in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt wird.

2009	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	16.197	2.609	18.807	2.685	5.576	8.261	1.044	28.112
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.789	27	1.816	17	790	806	8	2.630
Zinsunabhängige Aufwendungen	10.891	1.788	12.679	2.475	4.328	6.803	581	20.063
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	72	5	77	18	69	87	8	172
Abfindungszahlungen	138	7	145	105	192	297	0	442
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	541	–	541	0	–	0	–	541
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	–291	–	–291	151	–134
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	–2	–	–2	–7	0	–7	–1	–10
Ergebnis vor Steuern	3.520	795	4.314	200	458	658	456	5.428
Aufwand-Ertrag-Relation	67 %	69 %	67 %	92 %	78 %	82 %	56 %	71 %
Aktiva ^{2,3}	1.308.222	47.414	1.343.824	43.761	131.014	174.739	28.456	1.491.108
Investitionen in langlebige Aktiva	73	17	89	56	42	98	395	583
Risikogewichtete Aktiva	188.118	15.844	203.962	12.201	36.872	49.073	16.935	269.969
Durchschnittliches Active Equity ⁴	17.881	1.160	19.041	4.791	3.617	8.408	4.323	31.772
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	20 %	68 %	23 %	4 %	13 %	8 %	11 %	17 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.480	1.040	8.519	379	3.493	3.871	–108	12.283
Erträge mit externen Kunden	17.000	2.127	19.127	2.528	5.372	7.900	1.053	28.079
Intersegmenterträge	–802	479	–323	160	204	364	–9	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	–77	1	–76	–14	1	–12	155	67
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.543	40	1.584	202	42	244	5.911	7.739

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

⁵ Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 236 Mio €, eine Wertaufholung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 291 Mio € (die zugehörige Abschreibung war im Jahr 2008 verbucht worden), eine Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

2008	Corporate & Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Investments	Management Reporting insgesamt ⁵
	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Insgesamt		
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)								
Erträge insgesamt¹	428	2.784	3.211	3.254	5.777	9.031	1.290	13.532
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	402	5	408	15	653	668	-1	1.075
Zinsunabhängige Aufwendungen	8.568	1.646	10.214	3.793	4.178	7.971	95	18.279
davon/darin:								
Abschreibungen und Amortisation	52	6	58	16	77	93	8	159
Abfindungszahlungen	334	3	337	29	84	113	0	450
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	-273	-	-273	18	-	18	-	-256
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	580	-	580	-	585
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-48	-	-48	-20	0	-20	2	-66
Ergebnis vor Steuern	-8.494	1.132	-7.362	-534	945	411	1.194	-5.756
Aufwand-Ertrag-Relation	N/A	59 %	N/A	117 %	72 %	88 %	7 %	135 %
Aktiva ^{2,3}	2.012.002	49.469	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	2.189.313
Investitionen in langlebige Aktiva	1.167	38	1.205	13	56	70	0	1.275
Risikogewichtete Aktiva	234.389	15.355	249.744	16.051	37.482	53.533	2.677	305.953
Durchschnittliches Active Equity ⁴	19.181	1.081	20.262	4.870	3.445	8.315	403	28.979
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	-44 %	105 %	-36 %	-11 %	27 %	5 %	N/A	-20 %
1 beinhaltet:								
Zinsüberschuss	7.683	1.167	8.850	486	3.249	3.736	7	12.592
Erträge mit externen Kunden	546	2.814	3.359	3.418	5.463	8.881	1.259	13.499
Intersegmenterträge	-118	-40	-158	-154	314	160	31	33
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-110	2	-108	87	2	88	62	42
2 beinhaltet:								
nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	1.687	40	1.727	321	44	365	71	2.163

N/A – nicht aussagefähig

³ Die Summe der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise dem korrespondierenden Konzernbereich. Dies gilt auch für die Summe der Konzernbereiche im Vergleich zum Management Reporting insgesamt.

⁴ Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das durchschnittliche Active Equity des Konzerns wird den Segmenten sowie Consolidation & Adjustments anteilig gemäß ihrem ökonomischen Risikoprofil zugewiesen, welches das Ökonomische Kapital, Goodwill und nicht abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte beinhaltet.

⁵ Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 1.228 Mio €, einen Gewinn aus der Veräußerung der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio € sowie eine Abschreibung auf immaterielle Vermögenswerte (Asset Management) in Höhe von 572 Mio €. Diese Positionen werden in der Zielgrößendefinition nicht berücksichtigt.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

In der nachstehenden Tabelle werden die auf Basis der Managementberichtssysteme ermittelten Segment-ergebnisse und -aktiva auf den Konzernabschluss für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008 übergeleitet.

in Mio €	2010			2009			2008		
	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt	Management Reporting insgesamt	Consolidation & Adjustments	Konzern insgesamt
Erträge insgesamt ¹	28.953	-386	28.567	28.112	-159	27.952	13.532	82	13.613
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.273	0	1.274	2.630	-0	2.630	1.075	1	1.076
Zinsunabhängige Aufwendungen	23.318	1	23.318	20.063	57	20.120	18.279	-0	18.278
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	24	-24	-	-10	10	-	-66	66	-
Ergebnis vor Steuern	4.339	-363	3.975	5.428	-226	5.202	-5.756	15	-5.741
Aktiva	1.894.282	11.348	1.905.630	1.491.108	9.556	1.500.664	2.189.313	13.110	2.202.423
Risikogewichtete Aktiva	343.522	2.683	346.204	269.969	3.507	273.476	305.953	1.779	307.732
Durchschnittliches Active Equity	33.446	7.907	41.353	31.772	2.840	34.613	28.979	3.100	32.079

¹ Zinsüberschuss und zinsunabhängige Erträge.

Im Geschäftsjahr 2010 verzeichnete Consolidation & Adjustments (C&A) einen Verlust vor Steuern von 363 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Versicherungsleistungen, die zum Teil durch die Neubildung von Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurden, sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2010 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 210 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultieren aus der Veränderung von Euro- und US-Dollar-Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 245 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Verlust vor Steuern in C&A auf 226 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten sowie weitere Sachverhalte außerhalb der Managementverantwortung der Segmente. Diese wurden zum Teil durch Umsatzsteuererstattungen ausgeglichen. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2009 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 535 Mio € verminderten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen sowie ökonomisch abgesicherte Anleiheemissionen und resultieren aus der Veränderung kurzfristiger Euro- und US-Dollar-Zinssätze.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um circa 225 Mio €.
- Derivate, mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden, führten zu einer Erhöhung um rund 460 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Im Geschäftsjahr 2008 belief sich das Ergebnis vor Steuern in C&A auf 15 Mio €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen enthielten Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, die durch positive Effekte im Zusammenhang mit Umsatzsteuererstattungen kompensiert wurden. Die Anpassungen der Erträge in C&A im Geschäftsjahr 2008 beinhalteten im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

- Überleitungen für Positionen, die in den Managementberichtssystemen zum Fair Value (Mark-to-market) ausgewiesen und nach IFRS abgegrenzt wurden. Diese Überleitungen, die die Erträge um circa 450 Mio € erhöhten, betrafen ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen und resultierten aus hohen Volatilitäten und allgemein gesunkenen kurzfristigen Zinssätzen.
- Die Währungsabsicherung des Kapitals bestimmter ausländischer Tochtergesellschaften führte zu einer Verminderung der Erträge um rund 160 Mio €.
- Handelsergebnisse aus Eigenen Aktien des Konzerns sowie bestimmten Derivaten auf Eigene Aktien werden im Unternehmensbereich CB&S ausgewiesen. Die Eliminierung dieser Ergebnisse gemäß IFRS führte zu einem Anstieg von etwa 80 Mio €.
- Eine Verringerung im Zusammenhang mit der Eliminierung von konzerninternen Mieterträgen belief sich auf 37 Mio €.
- Die übrigen Erträge stammten aus Zinsaufwendungen (per Saldo), die nicht den Segmenten zugeordnet wurden, und aus Sachverhalten, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente liegen. Diese Sachverhalte beinhalten Refinanzierungsaufwendungen (per Saldo) für nicht bereichsbezogene Aktiva/Passiva, zum Beispiel latente Steuerforderungen/-verbindlichkeiten, und Zinsaufwendungen (per Saldo) im Zusammenhang mit Steuererstattungen beziehungsweise -abgrenzungen.

Aktiva und risikogewichtete Aktiva enthalten Sachverhalte, die außerhalb der Managementverantwortung der Segmente lagen, wie zum Beispiel latente Steuern und bereichsübergreifende Abrechnungskonten.

Das durchschnittliche Active Equity in C&A reflektiert den verbleibenden, nicht den Segmenten zugeordneten Eigenkapitalbetrag, wie in dieser Note unter dem Abschnitt „Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten“ beschrieben wird.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008.

in Mio €	Corporate & Investment Bank		
	2010	2009	2008
Sales & Trading (Equity)	3.108	2.650	-736
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.740	9.557	323
Sales & Trading insgesamt	12.849	12.208	-413
Emissionsgeschäft (Equity)	706	663	334
Emissionsgeschäft (Debt)	1.199	1.127	-717
Emissionsgeschäft insgesamt	1.904	1.790	-383
Beratung	573	402	589
Kreditgeschäft	1.736	1.949	1.296
Transaction Services	3.223	2.609	2.784
Sonstige Produkte	644	-151	-661
Insgesamt¹	20.929	18.807	3.211

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Im ersten Halbjahr 2010 wurde die Zuordnung von Erträgen zu Produktkategorien überprüft. Diese Überprüfung führte in CIB zu einer Umgliederung von bestimmten Produkterträgen, die in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ im Abschnitt „Grundlage der Darstellung“ näher erläutert wird.

in Mio €	Private Clients and Asset Management		
	2010	2009	2008
Diskretionäres Portfolio Management/Fund Management	2.560	2.083	2.433
Beratungs-/Brokeragegeschäft	1.745	1.531	2.045
Kreditgeschäft	2.708	2.605	2.232
Einlagengeschäft und Zahlungsverkehr	2.029	1.875	1.968
Sonstige Produkte	1.001	167	353
Insgesamt¹	10.043	8.261	9.031

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Die Darstellung der Erträge in PCAM wurde im ersten Halbjahr 2010 aufgrund einer Überprüfung und Verfeinerung der Produktklassifizierungen angepasst. Die Änderungen betrafen vor allem die Erträge des Einlagengeschäfts, die bisher zusammen mit Erträgen aus dem Kreditgeschäft berichtet wurden. Für das Berichtsjahr 2009 wurden Erträge des Einlagengeschäfts in Höhe von 1.501 Mio € mit Erträgen aus Zahlungsverkehr zusammengefasst. Erträge aus Kreditprodukten werden jetzt separat berichtet. Erträge aus der Vermittlung von Versicherungen in Höhe von 143 Mio € im Berichtsjahr 2009, die zuvor unter Zahlungsverkehr, Kontoführung und übrige Finanzdienstleistungen ausgewiesen wurden, werden jetzt unter Beratungs-/ Brokeragegeschäft berichtet. Diese Änderungen erhöhen die Transparenz und bilden das Management der Produkte besser ab. Die Vorperioden wurden entsprechend angepasst. Die Erträge von PCAM blieben insgesamt unverändert.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008 aufgeführt. Für CIB und PCAM erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu CI und C&A werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diese Bereiche zentral wahrgenommen wird.

in Mio €	2010	2009	2008
Deutschland:			
CIB	2.864	2.353	2.997
PCAM	5.932	4.769	5.208
Deutschland insgesamt	8.796	7.122	8.205
Europa, Mittlerer Osten und Afrika:			
CIB	8.258	8.485	-619
PCAM	2.693	2.479	2.381
Europa, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt¹	10.951	10.964	1.762
Amerika (insbesondere Vereinigte Staaten):			
CIB	6.420	5.295	-838
PCAM	1.032	724	971
Amerika insgesamt	7.452	6.020	133
Asien/Pazifik:			
CIB	3.387	2.672	1.671
PCAM	387	289	471
Asien/Pazifik insgesamt	3.774	2.961	2.142
CI	-2.020	1.044	1.290
Consolidation & Adjustments	-386	-159	82
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt²	28.567	27.952	13.613

¹ In den Geschäftsjahren 2010 und 2009 trug Großbritannien rund 60 % zu diesen Erträgen bei. Im Geschäftsjahr 2008 wies Großbritannien negative Erträge aus.

² Die konsolidierten Erträge insgesamt umfassen die Zinserträge, Zinsaufwendungen und die zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle beziehungsweise von sonstigen Geschäftsstellen des Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, welche das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. Der Standort eines bilanzierten Geschäfts, an dem die Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen wie beispielsweise der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten ab.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

06 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Zinsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der Zinsen und ähnlichen Erträge sowie der Zinsaufwendungen.

in Mio €	2010	2009	2008
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	691	633	1.313
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	446	320	964
Forderungen aus Wertpapierleihen	133	67	1.011
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	15.589	13.634	34.938
Zinserträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	700	496	1.260
Dividendenerträge aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	137	91	312
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.222	10.555	12.269
Sonstige	861	1.157	2.482
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	28.779	26.953	54.549
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	3.800	5.119	13.015
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	301	280	4.425
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	278	269	304
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6.019	4.503	14.811
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	375	798	1.905
Langfristige Verbindlichkeiten	1.490	2.612	5.273
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	781	680	571
Sonstige	152	233	1.792
Zinsaufwendungen insgesamt	13.196	14.494	42.096
Zinsüberschuss	15.583	12.459	12.453

Die Zinserträge aus wertgeminderten finanziellen Vermögenswerten beliefen sich für das Geschäftsjahr 2010 auf 146 Mio € (2009: 133 Mio €, 2008: 65 Mio €).

Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio €	2010	2009	2008
Handelsergebnis:			
Sales & Trading (Equity)	198	2.148	-9.615
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	3.429	5.440	-25.212
Sales & Trading insgesamt	3.627	7.588	-34.827
Sonstige	31	-1.954	998
Handelsergebnis insgesamt	3.658	5.634	-33.829
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften	35	-73	-
Forderungen/Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	-	-2	-4
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	-331	3.929	-4.016
Einlagen	-13	-162	139
Langfristige Verbindlichkeiten ¹	83	-2.550	28.630
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen	-78	333	-912
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	-304	1.475	23.837
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	-9.992

¹ Beinhaltet 39 Mio € in 2010 (2009: minus 176 Mio €, 2008: 17,9 Mrd €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen korrespondierender Instrumente in Höhe von 163 Mio € in 2010 (2009: minus 49 Mio €, 2008: minus 20,1 Mrd €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Gesamtüberblick

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns schließen erhebliche Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten ein. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Diese Faktoren können von Periode zu Periode unterschiedlich gelagert sein. Um diese Entwicklung, bezogen auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns, besser analysieren zu können, werden im Folgenden die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten untergliedert.

Die folgende Tabelle zeigt den Zinsüberschuss zusammen mit dem Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen des Konzerns nach Konzernbereichen beziehungsweise innerhalb des Konzernbereichs Corporate & Investment Bank nach Produkten in 2010, 2009 und 2008.

in Mio €	2010	2009	2008
Zinsüberschuss	15.583	12.459	12.453
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	-9.992
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.937	19.568	2.461
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aufgliedert nach Konzernbereich/CIB-Produkt:			
Sales & Trading (Equity)	2.266	2.047	-1.895
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	9.204	9.725	409
Sales & Trading insgesamt	11.469	11.772	-1.486
Kreditgeschäft ¹	778	777	922
Transaction Services	1.497	1.180	1.368
Übrige Produkte ²	336	240	-1.821
Corporate & Investment Bank insgesamt	14.081	13.969	-1.017
Private Clients and Asset Management	4.708	4.157	3.861
Corporate Investments	-184	793	-172
Consolidation & Adjustments	331	649	-211
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	18.937	19.568	2.461

¹ Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

² Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

07 – Provisionsüberschuss

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Provisionsüberschusses.

in Mio €	2010	2009	2008
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	13.652	11.377	12.449
Provisionsaufwand	2.983	2.466	2.708
Provisionsüberschuss	10.669	8.911	9.741

in Mio €	2010	2009	2008
Provisionsüberschuss:			
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	3.529	2.925	3.414
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäftes	3.873	3.449	3.790
Gebühren für sonstige Dienstleistungen	3.267	2.537	2.537
Provisionsüberschuss	10.669	8.911	9.741

08 – Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Ergebnisses aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	2010	2009	2008
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:			
Ergebnis aus festverzinslichen Wertpapieren:	58	37	-534
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	74	119	17
Wertminderungen	-16	-82	-551
Ergebnis aus nicht festverzinslichen Wertpapieren:	120	-295	1.156
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	164	443	1.428
Wertminderungen	-44	-738	-272
Ergebnis aus Forderungen aus dem Kreditgeschäft:	18	-56	-63
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	36	9	-12
Wertminderungen	-18	-81	-52
Wertaufholungen	0	16	1
Ergebnis aus sonstigem Anteilsbesitz:	5	-89	107
Gewinne/Verluste (-) aus Verkäufen	40	-	108
Wertminderungen	-35	-89	-1
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	201	-403	666

09 – Sonstige Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der sonstigen Erträge.

in Mio €	2010	2009	2008
Sonstige Erträge:			
Ergebnis aus als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	-3	-117	8
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf von als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien	5	-2	-
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung konsolidierter Tochtergesellschaften	18	61	85
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-87	2	50
Beiträge im Versicherungsgeschäft ^{1,2}	252	129	308
Übrige sonstige Erträge ³	579	-256	248
Sonstige Erträge insgesamt	764	-183	699

¹ Versicherungsprämien abzüglich an Rückversicherer gezahlter Prämien. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf Abbey Life Assurance Company Limited zurückzuführen.

² Enthält eine Ausweisänderung von Rückversicherungsverträgen und Mortalitätsrisiko. Aufgrund dieser Ausweisänderung wurden in 2010 Aufwendungen in Höhe von 117 Mio € aus den sonstigen Erträgen in die Aufwendungen im Versicherungsgeschäft umgegliedert.

³ Der Anstieg der Übrigen sonstigen Erträge in 2010 ist zurückzuführen auf signifikant geringere Abschreibungen bezüglich der Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas, ein höheres Ergebnis aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten sowie einen Gewinn aus einem negativen Goodwill im Zusammenhang mit dem von ABN AMRO übernommenen Aktivitäten im Firmenkundengeschäft in den Niederlanden. Der Rückgang von 2008 auf 2009 in den Übrigen sonstigen Erträgen resultierte im Wesentlichen aus einer Abschreibung in Höhe von 575 Mio € auf die Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas in 2009.

10 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten des Sachaufwands und sonstigen Aufwands.

in Mio €	2010	2009	2008
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
EDV-Aufwendungen	2.274	1.759	1.818
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.665	1.457	1.434
Aufwendungen für Beratungsleistungen	1.616	1.088	1.164
Kommunikation und Datenadministration	785	672	698
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	558	408	504
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	418	406	415
Marketingaufwendungen	341	278	373
Sonstige Aufwendungen	2.476	2.334	1.933
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	10.133	8.402	8.339

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten unter anderem Kosten im Zusammenhang mit konsolidierten Investments, regulatorischen Anforderungen, andere Steuern und Versicherungen, operative Verluste sowie sonstige mitarbeiterbezogene Aufwendungen.

In 2010 ist der Anstieg der sonstigen Aufwendungen auf höhere regulatorische Anforderungen und höhere operative Kosten bei den konsolidierten Beteiligungen, insbesondere an The Cosmopolitan of Las Vegas, das im Dezember 2010 eröffnet wurde, zurückzuführen.

In 2009 resultierte der Anstieg der sonstigen Aufwendungen hauptsächlich aus einem Aufwand von 316 Mio € im Zusammenhang mit einem Vergleichsverfahren mit der Huntsman Corp. und 200 Mio € im Zusammenhang mit einem Angebot zum Rückkauf bestimmter Produkte von Privatanlegern.

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, welche durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zusätzlich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Im Dezember 2008 hat der Konzern beschlossen, bestehende Terminkaufkontrakte über insgesamt 33,6 Millionen Deutsche Bank-Aktien von der bisherigen Lieferung von Aktien auf Geldausgleich umzustellen. Diese Terminkaufkontrakte sind damit nicht weiter in der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic) und (verwässert) berücksichtigt.

Die nachfolgende Tabelle beinhaltet die Berechnung des Ergebnisses je Aktie für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008.

in Mio €	2010	2009	2008
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	2.310	4.973	– 3.835
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften und Optionen wandelbaren Schuldtiteln	– 3	– 2	– – 1
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	2.313	4.975	– 3.836
Anzahl der Aktien in Mio			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (basic)	753,3	689,4	558,5
Verwässerungseffekt aus:			
Termingeschäften	0,0	0,0	0,0
Aktioptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,0	0,1	0,0
wandelbaren Schuldtiteln	2,1	0,7	0,1
gewährten Aktienrechten	35,4	26,4	0,0
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,1	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	37,5	27,3	0,1
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	790,8	716,7	558,6
in €			
Ergebnis je Aktie (basic)	3,07	7,21	– 6,87
Ergebnis je Aktie (verwässert)	2,92	6,94	– 6,87

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung mit der Ausgabe von Bezugsrechten ab. Da der Preis der Bezugsrechte der neuen Aktien unterhalb des Marktpreises der bestehenden Aktien lag, beinhaltet die Kapitalerhöhung eine Bonuskomponente. Gemäß IAS 33 ergibt sich diese Bonuskomponente aus einer impliziten Veränderung der ausstehenden Aktien für alle Perioden vor der Kapitalerhöhung, ohne dass es zu einer proportionalen Änderung der Ressourcen kam. Infolgedessen wurden die durchschnittlich ausstehenden Aktien für alle Berichtsperioden vor dem 6. Oktober 2010 rückwirkend angepasst.

Aufgrund der Verlustsituation wurden potenziell verwässernde Finanzinstrumente bei der Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) für das Geschäftsjahr 2008 grundsätzlich nicht berücksichtigt, da dies ansonsten eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätte. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das Geschäftsjahr 2008 um 31,2 Millionen Aktien höher gewesen.

Zum 31. Dezember 2010, 2009 und 2008 waren die folgenden Instrumente ausstehend. Diese Instrumente wurden bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt, da sie eine nicht verwässernde Wirkung gehabt hätten.

Anzahl der Aktien in Mio	2010	2009	2008
Terminkäufe	0,0	0,0	0,0
geschriebene Verkaufsoptionen	0,0	0,0	0,1
geschriebene Kaufoptionen	0,0	0,0	0,3
Aktienoptionen aus aktienbasierter Vergütung	0,4	0,3	1,8
gewährte Aktienrechte	0,0	0,0	26,9

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

Die folgende Tabelle zeigt die Komponenten der zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	238.283	206.710
Sonstige Handelsaktiva ¹	33.008	28.200
Handelsaktiva insgesamt	271.291	234.910
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	657.780	596.410
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	108.912	89.977
Forderungen aus Wertpapierleihen	27.887	19.987
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	23.254 ²	12.964
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	11.873	11.072
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	171.926	134.000
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.100.997	965.320

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 23.080 Mio € zum 31.12.2010 (2009: 21.847 Mio €).

² Einschließlich 8 Mrd € zum Fair Value klassifizierte Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Postbank.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Handelspassiva:		
Wertpapiere	65.183	62.402
Sonstige Handelspassiva	3.676	2.099
Handelspassiva insgesamt	68.859	64.501
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	647.171	576.973
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	107.999	52.795
Kreditzusagen	572	447
Langfristige Verbindlichkeiten	15.280	15.395
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.303	4.885
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	130.154	73.522
Investmentverträge ¹	7.898	7.278
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	854.082	722.274

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Zum Fair Value klassifizierte Kredite und Kreditzusagen

Der Konzern hat unterschiedliche Kreditbeziehungen zum Fair Value klassifiziert. Die Kreditbeziehungen umfassen in Anspruch genommene Kredite und nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Verpflichtungen aus Kreditzusagen. Das maximale Kreditrisiko eines in Anspruch genommenen Kredits entspricht seinem Fair Value. Das maximale Kreditrisiko des Konzerns aus in Anspruch genommenen Krediten und Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 160 Mrd € (2009: 123 Mrd €). Nicht in Anspruch genommene unwiderrufliche Kreditzusagen können ebenfalls zu einem Kreditrisiko führen.

Das Kreditrisiko aus den zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihen belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 136,8 Mrd € (2009: 110,0 Mrd €). Dieses Kreditrisiko wird durch das Halten von Sicherheiten gemindert. Die Bewertung der Instrumente berücksichtigt die Kreditverbesserung durch die erhaltene Sicherheit. Dadurch ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ. Das in den zum Fair Value klassifizierten Kreditbeziehungen enthaltene Kreditrisiko belief sich zum 31. Dezember 2010 auf 23,3 Mrd € (2009: 13,0 Mrd €) und wird auf vielerlei Weise verringert. Der größte Teil des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten wird durch den Erwerb von Credit Default Swaps gemindert, während das verbleibende Kreditrisiko durch das Halten von Sicherheiten reduziert wird.

Die Bewertung der besicherten Kredite berücksichtigt die erhaltenen Sicherheiten. Wenn die Sicherheiten den Kreditbetrag übersteigen, ergeben sich für diese Instrumente keine materiellen Schwankungen des Kontrahentenrisikos, weder während des Jahres noch kumulativ. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente ergeben sich vielmehr aus den Wertveränderungen der Sicherheiten infolge von Veränderungen des Marktrisikos und der Zinssätze.

Zur Reduzierung des Kreditrisikos aus in Anspruch genommenen Krediten und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, erwarb der Konzern Credit Default Swaps für Kreditbeziehungen mit einem Nominalwert von 57,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010 (2009: 50,9 Mrd €). Der Nominalwert von Kreditderivaten, die speziell zur Reduzierung des Kreditrisikos dieser in Anspruch genommenen Kredite und nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen eingesetzt und die zum Fair Value klassifiziert wurden, betrug zum 31. Dezember 2010 38,0 Mrd € (2009: 34,7 Mrd €).

Die folgende Tabelle zeigt die der Änderung des Kreditrisikos zurechenbare Veränderung im Fair Value der Finanzinstrumente, die am Bilanzstichtag gehalten wurden.

in Mio €	31.12.2010		31.12.2009 ¹	
	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen	Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Kreditzusagen
Veränderung im Fair Value von Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen aufgrund von Kreditrisiken				
Kumulative Veränderung im Fair Value	3	490	143	66
Fair-Value-Änderung in 2010/2009	–	394	938	1.703
Veränderung im Fair Value der Kreditderivate, die zur Senkung von Kreditrisiken benutzt werden				
Kumulative Veränderung im Fair Value	–9	–151	–47	–82
Fair-Value-Änderung in 2010/2009	–27	–230	–1.250	–1.470

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Die Fair-Value-Änderung der Kredite und Kreditzusagen, die aus der Änderung des Kontrahentenrisikos resultiert, wird als der nicht auf Veränderungen von Marktrisikobedingungen zurückgehende Anteil der Fair-Value-Änderung bestimmt. Für besicherte Kredite, einschließlich Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen, dient die erhaltene Kreditsicherheit zur Reduzierung des in diesen Geschäften enthaltenen Kontrahentenrisikos. Die Fair-Value-Änderung, die sich aus dem in den Reverse Repos enthaltenen Kontrahentenrisiko ergab, war aufgrund der erhaltenen Kreditsicherheit unwesentlich.

Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen

Der Fair Value einer finanziellen Verpflichtung berücksichtigt das Kreditrisiko dieser finanziellen Verpflichtung. Die folgende Tabelle zeigt die auf das Kreditrisiko zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag. Die Fair-Value-Änderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen, die durch konsolidierte SPEs begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Fair-Value-Änderungen dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen SPE gehaltenen Sicherheit.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Kumulative Veränderung im Fair Value	76	30
Fair-Value-Änderung in 2010/2009	43	-264

Der Fair Value der begebenen Verpflichtungen berücksichtigt das Kreditrisiko des Konzerns. Wenn ein solches Instrument einen auf einem aktiven Markt notierten Preis hat, ist die auf das Kreditrisiko zurückzuführende Veränderung des Fair Value jener Teil der Fair-Value-Änderung, der nicht aus Veränderungen von Marktrisikobedingungen resultiert. Hat ein solches Instrument keinen auf einem aktiven Markt notierten Preis, wird der Fair Value mithilfe einer Bewertungsmethode bestimmt. Eine solche Bewertungsmethode berücksichtigt das Kreditrisiko durch eine Diskontierung der vertraglich festgelegten Zahlungsströme der Verbindlichkeit auf Basis einer risikoadjustierten Zinskurve, die das Zinsniveau abbildet, zu dem der Konzern am Bilanzstichtag ähnliche Instrumente begeben könnte.

Das in den nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen enthaltene Kreditrisiko entspricht in erster Linie dem Kontrahentenrisiko. Die Fair-Value-Änderung, die dem Kontrahentenrisiko der nicht in Anspruch genommenen unwiderruflichen Kreditzusagen zurechenbar ist, wurde mit dem Kontrahentenrisiko der in Anspruch genommenen Kredite offengelegt.

Für sämtliche zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen lag der bei Fälligkeit vom Konzern zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag um 23,7 Mrd € über dem Bilanzwert zum 31. Dezember 2010 (2009: 36,8 Mrd €). Der bei Fälligkeit zu zahlende vertragliche Rückzahlungsbetrag entspricht dem Betrag, den der Konzern zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin zurückzahlen müsste. Ist der Rückzahlungsbetrag nicht festgelegt, wird der vom Konzern laut Vertrag zurückzuzahlende Betrag unter Verweis auf die am Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen bestimmt.

Der größte Teil der Differenz zwischen dem Fair Value von zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen und den vertraglich vereinbarten Cashflows bei Fälligkeit entfällt auf nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen, für die dem vertraglich vereinbarten Cashflow bei Fälligkeit eine vollständige Inanspruchnahme der Kreditzusage unterstellt wird. Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem vertraglichen Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit, ohne Berücksichtigung der zum Fair Value klassifizierten nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, betrug zum 31. Dezember 2010 0,6 Mrd € (2009: 0,6 Mrd €).

13 – Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

In Übereinstimmung mit den Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“ wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Die Vermögenswerte wurden zum Fair Value zum Umwidmungszeitpunkt umgewidmet. Im Jahr 2010 wurden keine Umwidmungen vorgenommen. Umgewidmet wurde jeweils, wenn nach Einschätzung der Bank zum Umwidmungsstichtag die erwartete Rückzahlung der Vermögenswerte den aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten niedrigen Fair Value der umgewidmeten Vermögenswerte überstieg und durch ein Halten der Position die Rendite optimiert wird. Da zum Umwidmungsstichtag eine eindeutig geänderte Zweckbestimmung der Vermögenswerte vorlag sowie weder eine Beschränkung der Haltefähigkeit noch der Refinanzierung für diese Vermögenswerte bestanden, spiegelt die geänderte Bilanzierung nach Einschätzung des Konzerns den Geschäftszweck dieser Vermögenswerte besser wider.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte, die unrealisierten Fair-Value-Verluste, die direkt im Kumulierten Sonstigen Ergebnis (Accumulated other comprehensive income) erfasst wurden, die Bandbreiten der Effektivzinssätze, basierend auf gewichteten Durchschnittssätzen einzelner Geschäftsbereiche, sowie die erwarteten erzielbaren Cashflows jeweils zum Umbuchungsstichtag:

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umbuchungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Fair-Value-Bewertung, die direkt im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst wurden	–	– 1,1
Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag:		
obere Grenze	13,1 %	9,9 %
untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Cashflows am Umbuchungsstichtag	39,6	17,6

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values zum 31. Dezember 2010 und 2009 der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte:

in Mio €	31.12.2010		31.12.2009	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17.998	15.903	24.287	21.552
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	8.684	7.805	9.267	8.290
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden	26.682	23.708	33.554	29.842

Die folgende Tabelle zeigt die unrealisierten Fair-Value-Gewinne/-Verluste, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) erfasst worden wären, hätte keine Umwidmung stattgefunden:

in Mio €	2010	2009	2008 ¹
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) aus umklassifizierten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	120	-884	-3.230
Verluste aus der Wertberichtigung umgewidmeter, zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die wertberichtigt wurden	-7	-9	-209
Unrealisierte Fair-Value-Gewinne/-Verluste (-) im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	251	1.147	-1.826

¹ Umklassifizierungen wurden ab 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

Nach der Umwidmung haben die umgewidmeten finanziellen Vermögenswerte wie folgt zu dem Ergebnis vor Steuern beigetragen.

in Mio €	2010	2009	2008 ¹
Zinserträge	1.154	1.368	659
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-278	-1.047	-166
Sonstige Erträge ²	1	-	-
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	877	321	493
Zinserträge	146	227	258
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-	-205	-91
Sonstige Erträge ²	-1	-	-
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	145	22	167

¹ Umklassifizierungen wurden ab 1. Juli 2008 vorgenommen und somit repräsentieren die Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 einen Sechsmonatszeitraum.

² Die Verluste aus der Veräußerung von Forderungen in 2010 betragen 3 Mio €. Der Betrag entspricht 3 Mio € Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Es war kein Gewinn oder Verlust in Sonstigen Erträgen zu berücksichtigen.

Aus im Geschäftsjahr 2009 umgewidmeten Vermögenswerten waren vor ihrer Umwidmung entstandene unrealisierte Fair-Value-Verluste von 252 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2008 und unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009 enthalten.

Handelsaktiva, die im Geschäftsjahr 2008 umgewidmet wurden, trugen vor ihrer Umwidmung mit einem Fair-Value-Verlust in Höhe von 1,8 Mrd € zur Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 bei. Vor der Umwidmung entstandene Wertminderungsverluste aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten, die im Geschäftsjahr 2008 umgewidmet wurden, beliefen sich auf 174 Mio € und wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das Geschäftsjahr 2008 berücksichtigt. Aus diesen Vermögenswerten waren vor der Umwidmung im Geschäftsjahr 2008 zusätzliche unrealisierte Fair-Value-Verluste in Höhe von 736 Mio € entstanden, die im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) berücksichtigt wurden.

14 – Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt über ein etabliertes Kontrollsystem im Rahmen des Bewertungsprozesses, welches interne Kontrollstandards, -methoden und -verfahren enthält.

In aktiven Märkten notierte Preise: Der Fair Value von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren: Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Anwendung indikativer Preisangaben für ähnliche Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und regelmäßigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des Fair Value der Marktkurs oder Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie die Discounted-Cashflow-Analyse und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Cashflows, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder einzigartige Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern, wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten und die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich, basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen: Wertanpassungen sind ein integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Liquidität und Kontrahentenrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den Fair Value für ein Finanzinstrument am besten dar und entspricht daher dessen Fair Value. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufsposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der Fair Value eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden generell auf Portfoliobasis gesteuert und Wertanpassungen werden vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich der einzelnen Eingangsparameter abzubilden. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar und deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte, die Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn die Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Anpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik nicht bereits enthalten ist. So wird beispielsweise eine Wertanpassung erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste für OTC-Derivate abzudecken, welche in der Regel nicht in Mittelkursen oder Geld-/Briefkursen reflektiert sind. Der Betrag der Wertanpassung wird an jedem Bilanzstichtag durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber allen Kontrahenten unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, des Effekts von Nettingrahmenverträgen, des erwarteten Ausfallrisikos („Loss Given Default“) und des Kreditrisikos für jeden Kontrahenten auf der Grundlage von Marktzeichen wie historischen Ausfällen, Fundamentalanalysen von Wirtschaftsinformationen und CDS Spreads bestimmt.

In ähnlicher Weise berücksichtigt der Konzern für die Ermittlung des Fair Value von derivativen Verpflichtungen die eigene Bonität, indem das potenzielle künftige Risiko aller Kontrahenten gegenüber dem Konzern bewertet wird. Dabei werden gehaltene Sicherheiten, der Effekt von Nettingrahmenverträgen, die erwarteten Ausfallrisiken und das Kreditrisiko des Konzerns auf der Grundlage historischer Ausfälle von Gesellschaften mit vergleichbarer Bonität berücksichtigt. Infolge dieser Wertanpassung wurde im Geschäftsjahr 2010 ein unwesentlicher Gewinn ausgewiesen.

Bestehen Unsicherheiten bei den im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Risikoprämie. Sofern ein Finanzinstrument Bestandteil einer Gruppe von Transaktionen ist, deren Risikosteuerung auf Portfoliobasis erfolgt, die Transaktion selbst jedoch so komplex ist, dass die Kosten der Schließung für diese Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um diesen Umstand zu berücksichtigen.

Validierung und Kontrolle: Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Finance hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen zu überwachen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für das Geschäft mit komplexen Derivaten durchzuführen sowie die Bewertungskontrollmethoden und das Rahmenwerk der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren Fair Value anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlicher Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität der Fair-Value-Informationen zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz liefern, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, sofern möglich, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um eine Kalibrierung der Modellbewertungen anhand von Marktpreisen sicherzustellen.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Eingangspreise und -parameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, werden Verfahren angewendet, um die Angemessenheit des Fair-Value-Schätzwerts zu überprüfen. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Fair-Value-Bestimmung ermöglichen, die Marktpreisen entspricht.

Einschätzung durch das Management: Bei der Ermittlung des Fair Value sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für die Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistentteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind üblicherweise nur in geringem Umfang Einschätzungen seitens des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Die Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extrapolations- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen bestimmt wie historische Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen Fair Values für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den Fair Value am besten widerspiegelt. Ferner können bestimmte Wertanpassungen Einschätzungen vonseiten des Managements erfordern, um die Ermittlung des Fair Value sicherzustellen.

Fair-Value-Hierarchie

Die zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Fair-Value-Kategorien gemäß der IFRS-Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Inventar des Konzerns zu bewertende ist.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen hochliquide Schatzanweisungen sowie Derivate, Eigenkapitaltitel und Anleihen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, dessen sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen eine Vielzahl der OTC-Derivate (over the counter derivatives), gelistete Investment Grade Kreditanleihen, einige CDSs (Credit Defaults Swaps), eine Vielzahl der CDOs (collateralized debt obligations) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter: Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, deren Fair Value nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen ein Element auf, das nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den Fair Value hat.

Zu diesen Finanzinstrumenten zählen komplexere OTC-Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide ABS (Asset-backed Securities einschließlich einiger, die auf Wohnungsbaukrediten basieren), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, Private Equity Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente, aufgeteilt auf die drei Kategorien der Fair-Value-Hierarchie. Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

in Mio €	31.12.2010			31.12.2009		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungs- methode (Level 3)
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Wertpapiere des Handelsbestands	96.828	126.594	14.861	84.833	106.268	15.609
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	14.976	624.961	17.843	19.684	551.514	25.211
Sonstige Handelsaktiva	692	26.249	6.067	456	16.963	10.782
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	7.674	160.966	3.286	5.698	124.892	3.410
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	17.186	31.858	5.222	10.789	4.863	3.167
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹	–	8.504	–623	–	7.014	41
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	137.356	979.132	46.656	121.460	811.514	58.220
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Wertpapiere des Handelsbestands	43.967	20.966	251	43.182	18.787	431
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	12.379	623.876	10.916	18.699	542.683	15.591
Sonstige Handelspassiva	1	3.669	5	1	1.817	283
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	348	127.736	2.070	177	70.724	2.621
Investmentverträge ²	–	7.898	–	–	7.278	–
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ¹	–	6.526	–239	–	2.698	–757
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	56.695	790.671	13.003	62.059	643.987	18.169

¹ Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag nicht zum Fair Value bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird, werden unter Sonstigen zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Fair-Value-Kategorie des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum Fair Value bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Fair-Value-Kategorien aufgeteilt.

² Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value. Siehe Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

Es gab keine signifikanten Transfers von Finanzinstrumenten zwischen Level 1 und Level 2 der Fair-Value-Hierarchie.

Bewertungsverfahren

Nachstehend folgt eine Erläuterung der Bewertungsmethoden, die zur Ermittlung des Fair Value der wesentlichen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel: Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der Fair Value auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der Fair Value durch Anpassung des Vergleichswerts an die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der Fair Value anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen Discounted-Cashflow-Modelle, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („ABS“): Zu diesen Instrumenten gehören durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere und sonstige Asset-backed Securities einschließlich Collateralized Debt Obligations („CDOs“). Asset-backed Securities weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt weiter, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst Asset-backed Securities sind, wie dies beispielsweise bei vielen CDO-Instrumenten der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden Asset-backed Securities entweder anhand einer Relative-Value-Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, zum Branchenstandard gehörenden Modelle berechnen Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlustgröße) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite: Bei bestimmten Krediten lässt sich der Fair Value anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine erst vor Kurzem durchgeführten Transaktionen vorliegen, wird der Fair Value anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von Discounted-Cashflow-Modellen bestimmt. In den Discounted-Cashflow-Modellen werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird eine Discounted-Cashflow-Bewertungsmethode angewandt, bei der die Credit Spreads aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Over-The-Counter (OTC)-derivative Finanzinstrumente: Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktpräferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den Fair Value mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option: Der Fair Value der zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der Fair Value dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Cashflows mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der unter dem Abschnitt „OTC-derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum Fair Value klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des Fair Value der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen: Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der Fair Value für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den Fair Value der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem Fair Value, der mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Die folgende Tabelle zeigt die Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie zugeordnet wurden. Im Anschluss folgen eine Analyse und Erläuterung der entsprechend klassifizierten Finanzinstrumente. Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem wird durch die diesbezügliche IFRS-Ausweisvorschrift gefordert, diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto darzustellen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands:		
Schuldtitel staatlicher und quasistaatlicher Emittenten	576	335
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	6.302	7.068
Unternehmensschuldinstrumente und andere Schuldtitel	7.406	7.444
Eigenkapitaltitel	577	762
Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere insgesamt	14.861	15.609
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	17.843	25.211
Sonstige Handelsaktiva	6.067	10.782
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.740	2.905
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	546	505
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.286	3.410
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	5.222	3.167
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-623	41
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	46.656	58.220
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	251	431
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	10.916	15.591
Sonstige Handelspassiva	5	283
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Kreditzusagen	572	447
Langfristige Verbindlichkeiten	1.481	1.723
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	17	451
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	2.070	2.621
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-239	-757
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	13.003	18.169

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere: In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie durch private und gewerbliche Immobilien besicherte Wertpapiere, Collateralized Debt Obligations („CDO“) und andere Asset-backed Securities.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten: Derivate, die dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind, werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“) und andere transaktionsspezifische Faktoren.

In dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind die folgenden Derivate enthalten: kundenspezifische CDO-Derivate, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Im Jahresverlauf 2010 ging der Marktwert der derivativen Instrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie zurück. Dies wurde hauptsächlich durch die Änderung der Parameter, insbesondere der geringeren Kreditrisikoaufschläge („Credit Spreads“), verursacht. Die im Jahresverlauf beobachtbare zunehmende Liquidität der Märkte für einige Instrumente führte dazu, dass diese Instrumente von der Level-3-Kategorie in die Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie umgegliedert wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente: Zu den anderen in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Handelsinstrumenten gehören in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Die in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der Bestand ist im Jahresverlauf hauptsächlich durch Umgliederung in Level 2 der Hierarchie aufgrund zunehmend beobachtbarer Eingangsdaten in Bewertungsmodelle zurückgegangen.

Zum Fair Value klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen: Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum Fair Value klassifiziert designed wurden, sind in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungstechniken bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum Fair Value klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte: Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente werden in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie ausgewiesen, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die Erhöhung der Level-3-Vermögenswerte in der Berichtsperiode ist hauptsächlich durch die Konsolidierung der Postbank begründet.

Überleitung der Finanzinstrumente der Kategorie Level 3

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt eine Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie. Zu einigen dieser Finanzinstrumente bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Trotzdem verlangen die diesbezüglichen Vorschriften für diese Anhangangabe, die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto aufzuführen. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des Fair Value eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

Umgliederungen in die und Umgliederungen aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 im Jahresverlauf werden zu ihrem Fair Value zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Fair-Value-Hierarchie transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Cashflows der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Cashflows der Instrumente, die im Jahresverlauf aus der Fair-Value-Hierarchie Level 3 transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

31.12.2010	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	Gewinne/-Verluste insgesamt ²	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁶	Abwicklungen ⁷	Umklassifizierungen in Level 3	Umklassifizierungen aus Level 3	Bestand am Jahresende
in Mio €										
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	15.609	6	1.437	5.479	-6.292	-	-1.412	4.299	-4.265	14.861
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	25.211	74	589	32	-71	-	-2.997	1.111	-6.106	17.843
Sonstige Handelsaktiva	10.782	-	-1	1.439	-1.427	173	-1.511	424	-3.812	6.067
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.410	-	-97	294	-23	1.627	-1.909	54	-70	3.286
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.167	1.340	151 ³	1.648	-491	-	-351	881	-1.123	5.222
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	41	-623	-	-	-	-	-41	-	-	-623
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	58.220	797	2.079^{4,5}	8.892	-8.304	1.800	-8.221	6.769⁸	-15.376⁸	46.656
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	431	-	119	-	-	-	-182	3	-120	251
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	15.591	11	2.092	-	-	-	-1.952	1.531	-6.357	10.916
Sonstige Handelspassiva	283	17	-271	-	-	-	-	-	-24	5
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.621	-	258	-	-	448	-977	180	-460	2.070
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-757	-	40	-	-	-	32	446	-	-239
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	18.169	28	2.238^{4,5}	-	-	448	-3.079	2.160	-6.961	13.003

¹ Die Beträge, die unter Veränderung des Konsolidierungskreises ausgewiesen werden, beziehen sich hauptsächlich auf die Erstkonsolidierung der Postbank zum 3. Dezember 2010.

² Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste, die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen sind, sowie Gewinne/Verluste (-) im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income), nach Steuern, erfasst werden.

³ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 21 Mio €, der in der Position Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income), nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 38 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁴ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 1,3 Mrd € und für Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 184 Mio €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden im Kumulierten Sonstigen Ergebnis (accumulated other comprehensive income), nach Steuern, ausgewiesen.

⁵ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

⁶ Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

⁷ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁸ Beinhaltet 2,0 Mrd € Vermögenswerte, die 2009 nicht korrekt klassifiziert wurden. Dies wurde in den Spalten „Umklassifizierungen in Level 3“ und „Umklassifizierungen aus Level 3“ dargestellt und hat keinen Einfluss auf die Vorjahreswerte oder den Gesamtbestand der Vermögenswerte in Level 3.

31.12.2009	Bestand am Jahres- anfang	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ⁵	Abwick- lungen ⁶	Umklassi- fizierungen in Level 3	Umklassi- fizierungen aus Level 3	Bestand am Jahresende
in Mio €									
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:									
Wertpapiere des Handelsbestands	17.268	-2.304	2.883	-5.084	-	-1.570	8.410	-3.994	15.609
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	48.792	-15.563 ⁷	-	-	-	-6.397	7.510	-9.131	25.211
Sonstige Handelsaktiva	13.560	1.832	1.919	-3.057	246	-3.184	2.309	-2.843	10.782
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.805	1.507	222	-60	952	-5.267	695	-444	3.410
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1.450	-221 ²	136	-143	-	-97	2.135	-93	3.167
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	788	70	9	-	-	-	-	-826	41
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	87.663	-14.679^{3,4}	5.169	-8.344	1.198	-16.515	21.059	-17.331	58.220
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:									
Wertpapiere des Handelsbestands	666	26	-	-	-	113	186	-560	431
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	28.738	-4.374 ⁷	-	-	-	-5.546	5.034	-8.261	15.591
Sonstige Handelspassiva	174	68	-	-	-	205	-	-164	283
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	6.030	-1.753	-	-	208	-269	1.443	-3.038	2.621
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	-1.249	649	-	-	-	93	-253	3	-757
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	34.359	-5.384^{3,4}	-	-	208	-5.404	6.410	-12.020	18.169

- ¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste, die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen sind, sowie Gewinne/Verluste (-) im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die im Sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income), nach Steuern, erfasst werden.
- ² Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Gewinn von 177 Mio €, der in der Position Sonstiges Ergebnis (Other comprehensive income), nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Verlust von 398 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.
- ³ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung positive 6,6 Mrd € und für Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen negative 2,3 Mrd €. Diese Effekte resultieren im Wesentlichen aus derivativen Finanzinstrumenten. Die Wechselkursänderungen werden in der Eigenkapitalposition Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern, ausgewiesen.
- ⁴ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.
- ⁵ Die Spalte Emissionen zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.
- ⁶ Die Spalte Abwicklungen beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.
- ⁷ Gewinne und Verluste aus Derivaten resultieren aus der Veränderung der Bewertungsparameter, insbesondere aus geringeren Kreditrisikoaufschlägen („Credit Spreads“).

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 31. Dezember 2010 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene Fair Value um bis zu 3,6 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2009 wäre der Fair Value um bis zu 4,3 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 3,9 Mrd € gesunken. Um diese Auswirkungen zu berechnen, bewertet der Konzern bestimmte Finanzinstrumente neu, indem bestmögliche alternative Parameter herangezogen werden, oder nutzt eine Bewertungsmethode, die Wertanpassungen bezüglich der Geld-/Briefspanne berücksichtigt. Die Wertanpassung für Kosten der Vertragsaufhebung basiert auf der Geld-/Briefspanne, die gezahlt werden muss,

um eine gehaltene Position in Finanzinstrumenten oder eine Risikokomponente zu schließen, und spiegelt als solche Faktoren wie Illiquidität oder Unsicherheit am Markt wider.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der Fair Values von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Parametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des Fair Value zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben keine Vorhersage oder Indikation für künftige Fair-Value-Änderungen.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbliebenen Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten Fair Value relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der Fair Value auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des Fair Value eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen Fair Values bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Fair-Value-Berechnung im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Die nachfolgende Tabelle enthält eine Aufgliederung der Sensitivitätsanalyse nach Arten von Finanzinstrumenten. Gleichet sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2010		31.12.2009	
	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Fair-Value-Änderung durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Derivate:				
Kreditderivate	2.065	2.724	2.585	2.689
Aktienderivate	185	103	213	106
Zinsderivate	143	157	103	117
Hybride Derivate	321	121	342	168
Sonstige	117	69	264	314
Wertpapiere:				
Schuldtitel	303	282	311	277
Eigenkapitaltitel	91	60	36	28
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	77	59	206	50
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Leveraged Loans	3	3	5	5
Gewerbliche Kredite	51	9	88	88
Handelbare Kredite	278	287	136	83
Insgesamt	3.634	3.874	4.289	3.925

Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Diese Ergebnisse lassen sich nicht ausschließlich auf nicht beobachtbare Parameter zurückführen. Viele der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse auf Veränderungen solcher beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Fair-Value-Hierarchie sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 7 nur die Gewinne und Verluste, die aus den originären Level-3-Instrumenten resultieren.

Nachstehend die Ergebnisse, die in der Gewinn- und Verlustrechnung berichtet werden.

Im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berichtetes Ergebnis insgesamt in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	943	-433
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	2.755	-10.325
Sonstige Handelsaktiva	150	-404
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-61	554
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ¹	-30	-200
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	-31	-8
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	3.726	-10.816
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-109	-15
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-75	2.226
Sonstige Handelspassiva	-4	-35
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-194	1.121
Sonstige zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	29	-197
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-353	3.100
Insgesamt	3.373	-7.716

¹ Der Betrag resultiert aus Wertberichtigungen von zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten.

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit im Einklang mit dem in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Rechnungslegungsgrundsatz des Konzerns in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt im Jahresvergleich die Veränderung der Handelstaggewinne, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum Fair Value ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	2010	2009
Bestand am Jahresanfang	822	697
Neue Geschäfte während der Periode	268	467
Abschreibung	-243	-182
Ausgelaufene Geschäfte	-135	-138
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-117	-41
Wechselkursveränderungen	27	19
Bestand am Jahresende	622	822

15 – Fair Value von Finanzinstrumenten, die nicht zum Fair Value ausgewiesen werden

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des Fair Value von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden, entsprechen jenen, die in Note 14 „Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente“ aufgeführt sind.

Wie in Note 13 „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, Reclassification of Financial Assets“ erläutert, hat der Konzern bestimmte geeignete Vermögenswerte aus zu Handelszwecken gehalten und zur Veräußerung verfügbar in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgegliedert. Der Konzern wendet weiterhin die in Note 14 „Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente“ erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgegliederten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum Fair Value bewertet werden, werden nicht auf Fair-Value-Basis gesteuert. Dies beinhaltet zum Beispiel Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der Fair Value nur zu Ausweiszwecken kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Fair-Value-Ermittlung in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente nicht gehandelt werden.

Der Konzern wendet die folgenden Bewertungstechniken an:

Kurzfristige Finanzinstrumente: Der Buchwert stellt eine angemessene Schätzung des Fair Value für die folgenden Finanzinstrumente dar, die überwiegend kurzfristig sind.

Aktiva	Passiva
Barreserve	Einlagen
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Aktiva	Sonstige Passiva

Für längerfristige Finanzinstrumente in diesen Kategorien wird der Fair Value durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung von Zinssätzen berechnet, die für Aktiva mit ähnlichen Restlaufzeiten und Ausfallrisiken hätten erzielt werden können. Im Fall von Passiva werden Zinssätze zugrunde gelegt, zu denen entsprechende Verbindlichkeiten mit ähnlichen Restlaufzeiten am Bilanzstichtag hätten aufgenommen werden können.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Der Fair Value wird unter Anwendung von Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, die Parameter für Kreditrisiken, Zinsrisiken, Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge berücksichtigen. Die Parameter Kreditrisiko, Ausfallrisiko und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und geeignet, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Bei Kreditportfolios für Privatkunden mit einer großen Zahl homogener Kredite (zum Beispiel deutsche private Immobilienkredite) wird der Fair Value auf Portfoliobasis durch Abzinsung vertraglicher Cashflows unter Verwendung risikoloser Zinssätze berechnet. Der ermittelte Barwert wird dann um das Kreditrisiko bereinigt, indem die Kredite zu Zinssätzen abgezinst werden, zu denen ähnliche Kredite zum Bilanzstichtag begeben werden könnten. Für andere Kreditportfolios wird der Barwert ermittelt, indem der erwartete Verlust über die geschätzte Lebensdauer des Kredits unter Berücksichtigung verschiedener Parameter berechnet wird. Diese Parameter beinhalten die Ausfallwahrscheinlichkeit, den Verlust bei Ausfall und den Grad der Besicherung. Der Fair Value von Unternehmenskreditportfolios wird durch Abzinsung einer prognostizierten Marge über die erwarteten Laufzeiten ermittelt. Dabei werden Parameter aus aktuellen Marktwerten von Collateralized-Lending-Obligation (CLO)-Transaktionen verwendet, welche mit Kreditportfolios besichert wurden, die vergleichbar mit dem Unternehmenskreditportfolio des Konzerns sind.

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben wurden (Reverse Repos), entlehene Wertpapiere, Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden (Repos), und verliehene Wertpapiere: Der Fair Value wird mit Bewertungstechniken durch Abzinsung zukünftiger Cashflows unter Verwendung des entsprechenden um das Kreditrisiko adjustierten Diskontierungssatzes ermittelt. Der um das Kreditrisiko adjustierte Diskontierungssatz berücksichtigt die bei der Transaktion erhaltenen oder verpfändeten Sicherheiten. Diese Produkte sind typischerweise kurzfristig und hoch besichert, weshalb der Fair Value sich nicht signifikant vom Buchwert unterscheidet.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Sofern verfügbar, wird der Fair Value auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des Fair Value eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Cashflows mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem Instrumente mit ähnlichen Eigenschaften am Bilanzstichtag hätten emittiert werden können.

Die folgende Tabelle zeigt die ermittelten Fair Values der Finanzinstrumente des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum Fair Value ausgewiesen werden.

in Mio €	31.12.2010		31.12.2009	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Finanzaktiva:				
Barreserve	17.157	17.157	9.346	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	92.377	92.378	47.233	47.236
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	20.365	20.310	6.820	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.916	28.916	43.509	43.509
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	407.729	401.813	258.105	249.661
Sonstige Aktiva ¹	116.589	116.565	105.004	104.995
Finanzpassiva:				
Einlagen	533.984	534.442	344.220	344.700
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	27.922	27.954	45.495	45.511
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.276	3.276	5.564	5.564
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	64.990	64.912	42.897	42.833
Sonstige Passiva ¹	135.389	135.386	127.777	127.789
Langfristige Verbindlichkeiten	169.660	168.211	131.782	132.577
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	12.250	11.462	10.577	9.518

¹ Beinhaltet lediglich finanzielle Vermögenswerte beziehungsweise finanzielle Verpflichtungen.

Die Beträge in der vorstehenden Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Die Akquisition der Postbank trug zum Anstieg der nicht zum Fair Value ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Vergleich zum 31. Dezember 2009 bei. Der Beitrag der Postbank bezog sich primär auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen und langfristige Verbindlichkeiten, die zum Erwerbszeitpunkt zum Fair Value in die Konzernbilanz übernommen wurden. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Bilanzwert dieser Finanzinstrumente 129,4 Mrd €, 131,6 Mrd € beziehungsweise 33,5 Mrd €. Da seit dem Erwerbszeitpunkt keine wesentliche Veränderung des Fair Value der Forderungen aus dem Kreditgeschäft der Postbank aufgetreten ist, stellt der Bilanzwert zum 31. Dezember 2010 eine angemessene Schätzung des Fair Value dar. Für Einlagen bei der Postbank entsprach nach Einschätzung des Konzerns der Buchwert dem Fair Value. Für langfristige Verbindlichkeiten war der Fair Value nach Schätzung des Konzerns um 48 Mio € niedriger als der Bilanzwert zum 31. Dezember 2010.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert entspricht nicht dem wirtschaftlichen Nutzen und den Kosten, die der Konzern aus diesen Instrumenten erwartet. Die Differenz ergab sich in erster Linie aus einem Anstieg der vom Markt erwarteten Ausfallraten und einem Rückgang der Liquidität seit der erstmaligen Bilanzierung. Diese Wertminderungen werden teilweise durch einen Anstieg des Fair Value aufgrund von Zinsschwankungen bei festverzinslichen Instrumenten ausgeglichen.

Langfristige Verbindlichkeiten und Trust Preferred Securities: Die Differenz zwischen dem Fair Value und dem Buchwert resultierte aus der Veränderung der Zinssätze, zu denen der Konzern am Bilanzstichtag Schuldinstrumente mit einer ähnlichen Laufzeit und Nachrangigkeit hätte emittieren können.

16 – Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Die folgende Tabelle zeigt den Fair Value von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	4.053	2.585
US-Treasury und US-Regierungsbehörden	1.633	901
US-Kommunalbehörden	563	1
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	17.688	3.832
Unternehmen	19.901	4.280
Sonstige Asset-backed Securities	1.780	999
Mortgage-backed Securities, einschließlich Schuldverschreibungen von US-Bundesbehörden	154	815
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	442	438
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	46.214	13.851
Nicht festverzinsliche Wertpapiere:		
Aktien	3.296	3.192
Investmentanteile	132	76
Nicht festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	3.428	3.268
Sonstiger Anteilsbesitz	2.251	699
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.373	1.001
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	54.266	18.819

Der Erwerb der Postbank trug zum Anstieg der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, insbesondere der festverzinslichen Wertpapiere, 33 Mrd € bei.

Am 6. Mai 2010 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine verbindliche Vereinbarung über die Zeichnung neu emittierter Aktien der Hua Xia Bank Co. Ltd. („Hua Xia Bank“) zu einem Gesamtpreis von bis zu 5,7 Mrd RMB (entsprechend 649 Mio € zum 31. Dezember 2010) unterzeichnet hat. Die Zeichnung ist Teil einer Privatplatzierung von Aktien, die an die drei größten Aktionäre der Hua Xia Bank gerichtet ist. Die Emission hat einen Gesamtwert von bis zu 20,8 Mrd RMB (entsprechend 2,4 Mrd € zum 31. Dezember 2010). Vorbehaltlich aufsichtsrechtlicher Genehmigungen und mit Abschluss der Transaktion durch Registrierung der Aktien wird sich die gegenwärtige Beteiligung der Deutschen Bank an der Hua Xia Bank, die als zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswert bilanziert ist, von 17,12 % auf 19,99 % des ausgegebenen Kapitals erhöhen. Dies ist der höchste Anteil, der gemäß den in China geltenden Vorschriften auf einen einzelnen ausländischen Investor entfallen darf.

17 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equitymethode bilanziert.

Am 31. Dezember 2010 waren folgende Beteiligungen wesentlich – sie repräsentierten 75% des Buchwerts der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

Beteiligung ¹	Anteil am Kapital
Actavis Equity S.à r.l., Luxemburg ²	0,00 %
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt	28,85 %
BATS Global Markets, Inc., Wilmington ³	8,46 %
BrisConnections Investment Trust, Kedron	35,59 %
Challenger Infrastructure Fund, Sydney	20,21 %
Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A., Madrid ³	5,00 %
DMG & Partners Securities Pte Ltd, Singapur	49,00 %
Gemeng International Energy Group Company Limited, Taiyuan ³	9,00 %
Harvest Fund Management Company Limited, Schanghai	30,00 %
HHG Private Capital Portfolio No.1 L.P., London ³	17,57 %
Huamao Property Holdings Ltd., Georgetown ³	0,00 %
K & N Kenanga Holdings Bhd, Kuala Lumpur ³	16,55 %
Marblegate Special Opportunities Master Fund, L.P., Georgetown	44,62 %
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	29,58 %
Nexus LLC, Wilmington ³	12,22 %
Rongde Asset Management Company Limited, Peking	40,70 %
Spark Infrastructure Group, Sydney ³	2,28 %

¹ Alle wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen sind assoziierte Unternehmen.

² Die Bilanzierung nach der Equitymethode basiert auf der nachrangigen Fremdfinanzierung, weitere Informationen sind weiter unten verfügbar.

³ Der Konzern übt über Positionen in Aufsichtsgremien oder durch andere Maßnahmen einen maßgeblichen Einfluss auf das Beteiligungsunternehmen aus.

Actavis. Am 24. November 2010 hat die Deutsche Bank die Restrukturierung ihrer an den isländischen Generikahersteller Actavis Group hF. („Actavis“) ausgegebenen Kredite abgeschlossen.

Nach dem Abschluss der Restrukturierung stellt die Deutsche Bank Actavis weiterhin vor- und nachrangige Fremdfinanzierungen sowie eine neue PIK-Finanzierung („Payment in Kind“) bereit. Gemäß den Bedingungen für die nachrangige Finanzierung hält die Deutsche Bank eine nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung an Actavis Equity S.à r.l. („Actavis Equity“), einer hundertprozentigen Holdinggesellschaft von Actavis.

Die Bedingungen für die nachrangige Finanzierung umfassen bestimmte Minderheits-, Zustimmungs- und Vetorechte, durch die die Deutsche Bank die Finanz- und Geschäftspolitik von Actavis Equity mitbestimmen kann. Darüber hinaus stellen sie Rückzahlungen ausstehender Beträge im Rang nach, die von zahlungsunfähigen Kreditnehmern geschuldet beziehungsweise nach dem Verkauf von Actavis oder deren Tochtergesellschaften fällig werden. Unter Berücksichtigung des Effekts dieser Rechte und Beschränkungen wurde die nachrangige Finanzierung zu Bilanzzwecken als Eigenkapital ausgewiesen.

Die Bedingungen für die PIK-Finanzierung sehen auch die Nachrangigkeit von Beträgen vor, die der Deutschen Bank (in Form einer Zins- oder Rückzahlungsprämie) bei der Zahlungsunfähigkeit von Kreditnehmern beziehungsweise nach dem Verkauf von Actavis oder deren Tochtergesellschaften zustehen.

Der Buchwert von Actavis, welcher die nachrangige Fremdfinanzierung widerspiegelt, wird auf der Grundlage der Bilanz von Actavis zum 30. September 2010 ermittelt, welche um wesentliche Transaktionen nach diesem Stichtag bereinigt wurde.

Postbank. Am 31. Dezember 2009 war die Beteiligung an der Deutschen Postbank AG wesentlich, sie allein repräsentierte ungefähr 75 % des Buchwerts aller nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen. Da die Deutsche Bank am 3. Dezember 2010 einen beherrschenden Einfluss gewonnen hat, hat sie den Postbank-Konzern ab diesem Zeitpunkt vollkonsolidiert. Die Equitymethode kommt nicht mehr zur Anwendung. Weitere Informationen über den Abschluss dieses Unternehmenserwerbs enthält Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“.

Die folgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der aggregierten Finanzinformationen der wesentlichen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Summe der Aktiva	17.317	15.945
Summe der Verbindlichkeiten	12.393	11.415
Erträge	3.145	3.385
Gewinn/Verlust (-)	428	378

Die nachstehende Tabelle zeigt das Ergebnis aus allen nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

in Mio €	2010	2009
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen:		
Anteiliges Ergebnis der Beteiligungsunternehmen	457	189
Gewinne/Verluste (-) aus der Veräußerung von Beteiligungen	14	21
Wertminderungen	-2.475	-151
Ergebnis aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen insgesamt	-2.004	59

Im Geschäftsjahr war ein Aufwand von rund 2,3 Mrd € aus der nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung an der Deutschen Postbank AG vor der Konsolidierung eingeschlossen. Weitere Informationen sind in Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“ enthalten.

Es gab keine anteiligen unrealisierten Verluste aus den nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, weder in 2010 noch kumuliert.

Die nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen, für die veröffentlichte Preisnotierungen vorlagen, hatten zum 31. Dezember 2010 einen Buchwert von 280 Mio € (2009: 6,1 Mrd €) und einen Fair Value von 561 Mio € (2009: 3,8 Mrd €).

Der Konzern ist keinen signifikanten Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten der Beteiligungsunternehmen ausgesetzt.

Sofern nicht anders beschrieben, unterlag sowohl im Geschäftsjahr 2010 als auch im Geschäftsjahr 2009 keines der Beteiligungsunternehmen Transferbeschränkungen hinsichtlich Zahlungen von Dividenden oder der Rückzahlung von Krediten.

18 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Die nachfolgende Übersicht stellt die Zusammensetzung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen dar.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Banken und Versicherungen	38.798	22.002
Verarbeitendes Gewerbe	20.748	17.314
Private Haushalte (ohne Hypothekenkredite)	35.115	27.002
Private Haushalte – Hypothekenkredite	132.235	58.673
Öffentliche Haushalte	24.113	9.572
Handel	13.637	10.938
Gewerbliche Immobilien	44.120	28.959
Leasingfinanzierungen	2.321	2.078
Fund Management	27.964	26.462
Sonstige	72.841	59.698
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	411.892	262.698
Abgegrenzte Aufwendungen (-)/unrealisierte Erträge	867	1.250
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (-)/unrealisierter Erträge	411.025	261.448
Abzüglich: Wertberichtigungen für Kreditausfälle	3.296	3.343
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	407.729	258.105

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Unwiderrufliche Kreditzusagen	123.881	104.125
Eventualverbindlichkeiten	68.055	52.183
Insgesamt	191.936	156.308

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Staatliche Unterstützung

Im Rahmen seiner Geschäftsaktivitäten beantragt und erhält der Konzern regelmäßig staatliche Unterstützung in Form von Gewährleistungen von Exportversicherungen (Export Credit Agencies; ECAs). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Emerging Markets sowie in geringerem Maße in entwickelten Märkten ab, die im Bereich Structured Trade & Export Finance entstehen. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und wurden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staats, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen, die für kurz-, mittel- und langfristige Finanzierungen zur Verfügung gestellt werden, sind relativ vergleichbar. Das ist darauf zurückzuführen, dass die meisten der ECAs innerhalb des von der Organisation für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelten Regelwerks agieren. Dieser sogenannte OECD-Konsensus als zwischenstaatliche Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten legt Richtgrößen fest, anhand derer ein fairer Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sichergestellt wird.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckbestimmte Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. In ausgewählten Fällen macht der Konzern von diesen Programmen Gebrauch. Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen staatlichen Einrichtungen als Sicherheiten, um Finanzierungen zu unterstützen, die im Interesse der jeweiligen Regierungen liegen. Die Mehrheit der vom Konzern erhaltenen ECA-Gewährleistungen wurde vergeben entweder von der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, oder von der Commodity Credit Corporation, die im Auftrag der Vereinigten Staaten tätig ist.

19 – Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft zusammen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle für die angegebenen Zeiträume.

in Mio €	2010			2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938	930	775	1.705
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	562	751	1.313	1.789	808	2.597	382	702	1.084
Nettoabschreibungen:									
Abschreibungen	-896	-404	-1.300	-637	-419	-1.056	-301	-477	-778
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	-934	-509	-1.443	-670	-552	-1.222	-364	-626	-990
Wechselkursveränderungen/Sonstige	38	104	143	33	133	166	63	149	212
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bestand am Jahresende	1.643	1.653	3.296	2.029	1.314	3.343	977	961	1.938

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft des Konzerns, die sich aus Eventualverbindlichkeiten und ausleihebezogenen Zusagen zusammensetzen.

in Mio €	2010			2009			2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	83	124	207	98	112	210	101	118	219
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	-18	-21	-39	21	12	33	-2	-6	-8
Zweckbestimmter Verbrauch	-	-	-	-45	-	-45	-	-	-
Veränderung des Konsolidierungskreises	42	-	42	-	-	-	-	-	-
Bestand am Jahresende	108	110	218	83	124	207	98	112	210

In 2010 hat der Konzern aufgrund der Konsolidierung von Akquisitionen Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft als Veränderung des Konsolidierungskreises verzeichnet, die für die Postbank 34 Mio € und für Sal. Oppenheim/BHF-BANK 8 Mio € ausmachten.

20 – Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern tritt in Transaktionen ein, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte wie festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Forderungen des Handelsbestands überträgt, bei denen er aber alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Infolgedessen werden solche Vermögenswerte nicht ausgebucht, sondern als besicherte Kreditvergabe („Secured Financing“) bilanziert. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos), Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei derartigen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken zurück, die mit den Vermögenswerten und den daraus resultierenden Ergebnissen verbunden sind.

Die folgende Tabelle zeigt die Arten der übertragenen Vermögenswerte und die zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, sowie die damit verbundenen Verbindlichkeiten.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009 ¹
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften ¹	54.022	56.831
Wertpapierleihen ¹	39.454	26.858
Total Return Swaps	8.854	10.028
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	102.330	93.717
Sonstige Handelsaktiva	2.455	2.915
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.391	492
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.700	2.049
Insgesamt	112.876	99.173
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	99.957	90.543

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Vermögenswerte werden in der Regel im Rahmen eines fortgeführten Engagements bilanziert, wenn der Konzern Ansprüche auf Cashflows aus einem Vermögenswert beibehält, weiterhin einem aus dem übertragenen Vermögenswert resultierenden Ausfallrisiko ausgesetzt bleibt, sonstige Residualansprüche hält oder Derivatekontrakte mit Verbriefungs- oder Zweckgesellschaften eingeht.

Die folgende Tabelle enthält weitere Angaben zum Buchwert der übertragenen Vermögenswerte, in denen der Konzern ein fortgeführtes Engagement eingegangen ist.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009 ¹
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	2.197	4.688
Sonstige Handelsaktiva	6.011	5.007
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	2.186	2.899
Sonstige Handelsaktiva	1.713	1.429
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeit	3.910	4.253

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

21 – Als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte als Sicherheit für Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften. Diese Geschäfte werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zusätzlich verpfändet der Konzern Vermögenswerte im Rahmen von sonstigen Leihegeschäften und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften. Der Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009 ¹
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	930	59
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	101.109	97.088
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte ²	3.362	558
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	15.867	19.537
Sonstige ³	181	56
Insgesamt	121.449	117.298

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

² Die Erhöhung der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte ist hauptsächlich auf die Konsolidierung der Postbank zurückzuführen.

³ Beinhaltet als Sicherheit verpfändete Sachanlagen.

In der Konzernbilanz gesondert ausgewiesen sind verpfändete Vermögenswerte, bei denen der Sicherungsnehmer das vertragliche Recht oder Gewohnheitsrecht besitzt, die Sicherheit zu veräußern oder weiterzuerpfänden. Am 31. Dezember 2010 belief sich ihr Wert auf 95 Mrd € (2009: 80 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern Sicherheiten mit einem Fair Value von 269 Mrd € (2009: 225 Mrd €) aus Wertpapierpensions- und -leihegeschäften, Derivategeschäften, Krediten gegen Wertpapiersicherheiten und anderen Transaktionen erhalten. Diese Geschäfte werden in der Regel zu Bedingungen ausgeführt, die für standardisierte durch Wertpapiere unterlegte Leihegeschäfte und für die sonstigen beschriebenen Transaktionen üblich sind. Der Konzern hat als Sicherungsnehmer das Recht zur Veräußerung oder Weiterverpfändung der erhaltenen Sicherheiten, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesen Sicherheiten waren zum 31. Dezember 2010 249 Mrd € (2009: 200 Mrd €) veräußert oder verpfändet, um insbesondere Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und -leihegeschäfte zu bedienen.

22 – Sachanlagen

in Mio €	Eigen- genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Insgesamt
Anschaffungskosten:					
Bestand zum 1. Januar 2009	1.467	2.500	1.513	1.317	6.797
Veränderung des Konsolidierungskreises	5	-2	-2	-	1
Zugänge	4	242	70	276	592
Umklassifizierung	2	23	20	-1.121	-1.076
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-2	-	-	-	-2
Abgänge	11	75	34	-	120
Wechselkursveränderungen	4	53	25	-6	76
Bestand zum 31. Dezember 2009	1.469	2.741	1.592	466	6.268
Veränderung des Konsolidierungskreises	1.045	200	-8	4	1.241
Zugänge	115	417	156	185	873
Umklassifizierung	2.208	398	60	-361	2.305
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-161	-21	-4	-	-186
Abgänge	33	247	55	-	335
Wechselkursveränderungen	3	133	72	4	212
Bestand zum 31. Dezember 2010	4.646	3.621	1.813	298	10.378
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:					
Bestand zum 1. Januar 2009	556	1.705	824	-	3.085
Veränderung des Konsolidierungskreises	-1	-3	-2	-	-6
Abschreibungen	35	232	150	-	417
Wertminderungen	5	-	11	5	21
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	-1	10	3	-	12
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-	-	-	-	-
Abgänge	5	55	25	-	85
Wechselkursveränderungen	-	37	10	-	47
Bestand zum 31. Dezember 2009	589	1.926	971	5	3.491
Veränderung des Konsolidierungskreises	-	-1	-13	-	-14
Abschreibungen	47	293	154	-	494
Wertminderungen	6	22	-	-	28
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umklassifizierung	704	-13	-4	-5	682
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	-2	-	-	-	-2
Abgänge	16	187	39	-	242
Wechselkursveränderungen	2	92	45	-	139
Bestand zum 31. Dezember 2010	1.330	2.132	1.114	-	4.576
Bilanzwert:					
Bestand zum 31. Dezember 2009	880	815	621	461	2.777
Bestand zum 31. Dezember 2010	3.316	1.489	699	298	5.802

Im Geschäftsjahr 2009 wurde aufgrund geänderter Bilanzierungsregeln für im Bau befindliche Gebäude ein Objekt von Sachanlagen zu als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien umgewidmet, welche unter den Sonstigen Vermögenswerten ausgewiesen werden. Dieses Objekt wurde im Geschäftsjahr 2010, ausgelöst durch die Änderung seiner ökonomischen Charakteristika, wieder in die Sachanlagen umgegliedert.

Die ausgewiesenen Wertminderungen auf Sachanlagen werden in Sachaufwendungen und sonstigen Aufwendungen gezeigt.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2010 auf 192 Mio €.

Zum Jahresende 2010 beliefen sich bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen auf 18 Mio €.

23 – Leasingverhältnisse

Der Konzern tritt als Leasingnehmer für Sachanlagen auf.

Finanzierungsleasingverhältnisse

Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Finanzierungsleasingverträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Der Konzern hat einen materiellen Finanzierungsleasingvertrag, der eine für den Konzern günstige Kaufoption zum Erwerb der Immobilie am Ende der Laufzeit des Vertrages enthält.

Die folgende Tabelle zeigt den Nettobuchwert für die jeweilige Anlageklasse, der im Rahmen der Finanzierungsleasingverhältnisse gehalten wird.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Grundstücke und Gebäude	87	91
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Sonstige	3	–
Buchwert am Jahresende	92	93

Darüber hinaus hat der Konzern Untermietverträge mit einem Volumen von 5 Mio € zum 31. Dezember 2010 (2009: 67 Mio €) abgeschlossen, die als Finanzierungsleasing klassifiziert werden.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestmietzahlungen aus den Finanzierungsleasingverhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	17	25
1 bis 5 Jahre	65	106
länger als 5 Jahre	73	144
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	155	275
abzüglich Zinsanteil	111	108
Barwert der Mindestleasingzahlungen aus Finanzierungsleasing	44	167

Zum 31. Dezember 2010 betrug die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen, die aus unkündbaren Untermietverhältnissen erwartet wurde, 105 Mio € (2009 111 Mio €). Zum 31. Dezember 2010 betragen die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen bedingten Mietzahlungen 1 Mio € (2009: minus 0,7 Mio €). Die bedingten Mietzahlungen orientieren sich an Referenzzinssätzen, wie den Drei-Monats-EURIBOR; unterhalb eines bestimmten Zinssatzes erhält der Konzern eine Rückerstattung.

Operating-Lease-Verhältnisse

Der Konzern mietet den größten Teil seiner Büros und Filialen langfristig. Die Mehrzahl der vom Konzern abgeschlossenen Operating-Lease-Verträge wurde zu geschäftsüblichen Konditionen getätigt. Der Konzern hat einen materiellen Operating-Lease-Vertrag, der fünf Verlängerungsoptionen für jeweils fünf weitere Jahre und keine Kaufoption enthält.

Die nachfolgende Tabelle enthält die künftigen Mindestleasingzahlungen aus den Operating-Lease-Verhältnissen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
bis 1 Jahr	831	728
1 bis 5 Jahre	2.316	2.046
länger als 5 Jahre	2.074	2.352
Künftige Mindestleasingzahlungen insgesamt	5.221	5.126
abzüglich Leasingeinnahmen aus Weitervermietung (Mindestbetrag)	248	255
Nettomindestleasingzahlungen¹	4.973	4.871

¹ Von den Zahlungen in 2010 entfielen 425 Mio € auf die Postbank.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden im Rahmen von Miet- und Untermietverhältnissen insgesamt 890 Mio € gezahlt, davon wurden 927 Mio € für Mindestleasingzahlungen zuzüglich 2 Mio € für bedingte Mietzahlungen abzüglich erhaltener Zahlungen aus Untermietverhältnissen in Höhe von 39 Mio € geleistet.

24 – Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Goodwill

Veränderungen des Goodwill

Der Bilanzwert des Goodwill sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen des Goodwill haben sich in den Geschäftsjahren 2010 und 2009 pro Segment wie folgt entwickelt.

in Mio €	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset and Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2009	3.128	456	2.975	974	–	7.533
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	–	–	–	–	–
Zugänge	2	1	–	–	–	3
Umklassifizierungen	–	–	–306	–	306	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–14	–	–	–	–	–14
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen ¹	–	–	–	–	–151	–151
Wechselkursveränderungen/Sonstige	–11	–4	46	–	18	49
Bestand zum 31. Dezember 2009	3.105	453	2.715	974	173	7.420
Bruttobetrag des Goodwill	3.109	453	2.715	974	849	8.100
Kumulierte Wertminderungen	–4	–	–	–	–676	–680
Bestand zum 1. Januar 2010	3.105	453	2.715	974	173	7.420
Anpassungen von im Vorjahr erworbenem Goodwill zum Erwerbszeitpunkt	–	5	–4	–	–	1
Zugänge	2	–	844	2.049	–	2.895
Umklassifizierungen	–	3	–3	–	–	–
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–20	–	–	–20
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	–	–	–	–	–	–
Wertminderungen	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	225	26	192	2	21	466
Bestand zum 31. Dezember 2010	3.332	487	3.724	3.025	194	10.762
Bruttobetrag des Goodwill	3.337	487	3.724	3.025	903	11.476
Kumulierte Wertminderungen	–5	–	–	–	–709	–714

¹ Wertminderungen auf Goodwill werden als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2010 belief sich der Zugang beim Goodwill auf rund 2,9 Mrd €. Darin enthalten war ein Betrag von 2.049 Mio € im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG („Postbank“) im Dezember 2010, der dem Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) zugeordnet wurde. Durch den Erwerb der Sal. Oppenheim-Gruppe (einschließlich deren Tochtergesellschaft BHF-BANK AG („BHF-BANK“) und ohne die BHF Asset Servicing GmbH) im ersten Quartal 2010 wurde ein Goodwill von 844 Mio € ausgewiesen, der dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugerechnet wurde. Aufgrund des geplanten Verkaufs der BHF-BANK und deren Klassifizierung als Veräußerungsgruppe wurde im vierten Quartal 2010 Goodwill in Höhe von 13 Mio €, der auf den Erwerb dieser Einheit entfällt, in die Veräußerungsgruppe umgegliedert. Ferner trug der Erwerb eines Anlageberatungsunternehmens in den USA mit 2 Mio € zu einem Zugang beim Goodwill im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) bei. Aufgrund des geplanten Verkaufs einer Tochtergesellschaft im Unternehmensbereich AWM war der entsprechenden zum Verkauf bestimmten Veräußerungsgruppe ein Betrag von 7 Mio € zugewiesen worden.

Im Geschäftsjahr 2010 kam es zu keiner Wertminderung des Goodwill.

Im Geschäftsjahr 2009 belief sich der Zugang beim Goodwill auf 3 Mio € und beinhaltete 2 Mio € in CB&S, welche aus dem Erwerb der noch ausstehenden Anteile ohne beherrschenden Einfluss an einer algerischen Finanzberatungsfirma resultierten, und 1 Mio € in Global Transaction Banking (GTB), die auf den Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank zurückgehen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 und infolge eines Übertrags in der Managementverantwortung wurde Goodwill in Höhe von 306 Mio €, welcher im Zusammenhang mit Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. (zusammen „Maher Terminals“) steht, von AWM auf Corporate Investments (CI) übertragen. Im dritten Quartal 2009 wurde Goodwill in Höhe von 14 Mio € in CB&S in die Kategorie Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte umgegliedert. Dieser Goodwill bezog sich auf ein nicht integriertes Investment in ein Entwicklungsprojekt für erneuerbare Energien und wurde als Teil der Veräußerungsgruppe in die Kategorie Sonstige Aktiva übertragen (siehe auch Note 25 „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“).

CI verzeichnete im zweiten Quartal 2009 eine Wertminderung des Goodwill in Höhe von 151 Mio €. Diese entfiel auf das nicht integrierte Investment in Maher Terminals und wurde infolge anhaltend negativer Aussichten für den Containerumschlag beziehungsweise das Geschäftsvolumen ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde insgesamt eine Wertminderung des Goodwill von 275 Mio € erfasst. Von diesem Gesamtbetrag entfielen 270 Mio € auf ein Investment in AWM und weitere 5 Mio € auf ein börsennotiertes Investment in CB&S. Beide Wertminderungen entfielen auf Investments, die nicht in die jeweiligen primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von AWM und CB&S integriert waren. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments Maher Terminals in AWM wurde aufgrund eines signifikanten Rückgangs des Geschäftsvolumens infolge der damaligen Wirtschaftslage ausgelöst. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des Investments wurde auf Basis einer Discounted-Cashflow-Methode ermittelt. Die Werthaltigkeitsprüfung des Investments in CB&S wurde aufgrund von Wertminderungen bestimmter anderer Aktiva sowie der negativen Geschäftsaussichten des Investments vorgenommen. Der Fair Value abzüglich Verkaufskosten des börsennotierten Investments wurde basierend auf dessen Marktpreis bestimmt.

Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill

Ein bei Unternehmenszusammenschluss erworbener Goodwill wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Cashinflows generieren, welche größtenteils unabhängig von den Cashinflows aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Cashinflows von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) generiert, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt, einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert, oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Seit dem Mitte 2010 bekannt gegebenen Wechsel in der Führungsverantwortung für die Corporate & Investment Bank (CIB) hat die Reorganisation zur Schaffung einer integrierten Struktur für CIB wesentliche Fortschritte erzielt. Durch diese Integration werden Synergien, unter anderem in Form einer koordinierteren Betreuung von Firmenkunden, der Maximierung von Cross-Selling-Möglichkeiten und der bereichsübergreifenden Zusammenführung von Best-Practice-Lösungen, erwartet. In diesem Zusammenhang wurden die beiden ehemaligen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten Global Markets und Corporate Finance mit Wirkung vom 1. Oktober

2010 zu der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Corporate Banking & Securities zusammengefasst. Der Konzern bestätigte, dass die Änderung in der Struktur der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten innerhalb von CB&S weder eine Wertminderung des Goodwill auslöste, noch verzögerte oder vermied.

Die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns sind demzufolge Corporate Banking & Securities, Global Transaction Banking, Asset Management und Private Wealth Management im Segment Asset and Wealth Management sowie Private & Business Clients und Corporate Investments.

Die Bilanzwerte des Goodwill sowie deren relativer Anteil für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 in den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten sind in der folgenden Tabelle dargestellt.

	Corporate Banking & Securities	Global Transaction Banking	Asset Management	Private Wealth Management	Private & Business Clients	Corporate Investments	Sonstige	Goodwill insgesamt
Zum 31. Dezember 2009								
in Mio €	3.105	453	1.788	927	974	–	174	7.420
in %	42 %	6 %	24 %	12 %	13 %	N/A	2 %	100 %
Zum 31. Dezember 2010								
in Mio €	3.332	487	1.988	1.736	3.025	–	194	10.762
in %	31 %	5 %	18 %	16 %	28 %	N/A	2 %	100 %

N/A – nicht aussagefähig

Neben den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten weisen die Segmente CB&S und CI Goodwill aus, der aus dem Erwerb von nicht integrierten Investments resultiert und deshalb nicht den primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet wurde. Ein solcher Goodwill wird einzeln auf der Ebene jedes nicht integrierten Investments auf seine Werthaltigkeit hin untersucht und in der obigen Tabelle unter Sonstige zusammengefasst. Das nicht integrierte Investment in CI besteht aus der Beteiligung an Maher Terminals, die mit Wirkung zum 1. Januar 2009 von AWM auf CI übertragen wurde.

Der Goodwill wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit, die Goodwill ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Der Bilanzwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit ergibt sich aus dem Betrag an Eigenkapital, der einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wird. Dabei wird auch die Höhe des Goodwill sowie der nicht abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit berücksichtigt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Verkaufskosten und Nutzungswert. Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill für die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten führte in den Geschäftsjahren 2010, 2009 und 2008 zu keiner Wertminderung, da der erzielbare Betrag für diese zahlungsmittelgenerierenden Einheiten deren Bilanzwert überstieg.

Die folgenden Abschnitte erläutern, wie der Konzern den erzielbaren Betrag seiner primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, die Goodwill ausweisen, ermittelt. Ferner werden Informationen über bestimmte wesentliche Annahmen gegeben, die das Management für die Ermittlung des erzielbaren Betrags zugrunde legt.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf der Grundlage des Nutzungswerts und verwendet dazu ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow-Basis (DCF). Das vom Konzern angewandte DCF-Modell reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäfts und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen auf der Grundlage von Finanzplänen. Diese wurden vom Management beschlossen und werden zum Zweck der Werthaltigkeitsprüfung des Goodwill auf einen Fünfjahreszeitraum extrapoliert und auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und tatsächlichen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate in Höhe von 3,7 %, die auf den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der Nutzungswert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit reagiert sensibel auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz sowie in deutlich geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren werden mithilfe externer Informationsquellen festgelegt. Geschäftsspezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Berechnung der Diskontierungszinssätze auswirken.

Die folgende Tabelle beinhaltet eine Beschreibung wesentlicher Annahmen, auf der das Management seine Cashflow-Prognosen aufgebaut hat, eine Beschreibung des Managementansatzes zur Bestimmung der zugeordneten Werte sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die sich negativ auf die primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns auswirken könnten.

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Corporate Banking & Securities	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz und zur Komplexitätsreduktion - Erfolgreiche Integration der Investmentbank - Stabile, möglicherweise steigende Handelsvolumina und Margen - Fokus auf das kundenbezogene Geschäft und Nutzung der führenden Marktposition, gemessen am Kundenvolumen - Erhöhte Konzentration auf das Anleihegeschäft in Schwellenländern, Rohstoffe und den elektronischen Handel - Provisionsaufkommen in Corporate Finance erholt sich weiter 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Studien (Beratungs-, Research-unternehmen) - Managementschätzungen zu der Integration von CIB und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auch auf den bislang bei verschiedenen Initiativen erzielten Fortschritten 	<ul style="list-style-type: none"> - Unsicherheiten in Bezug auf das aufsichtsrechtliche Umfeld und deren mögliche Auswirkungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorhersehbar - Unvorhergesehene Entwicklung im gesamtwirtschaftlichen Umfeld und einhergehender Rückgang der Marktaktivitäten - Fluktuation und Verlust von Mitarbeitern in Schlüsselpositionen in bestimmten Sektoren sowie Wiederaufleben des Wettbewerbs - Kosteneinsparungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt
	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz und zur Komplexitätsreduktion - Nutzung von Synergien aus der Integration von CIB - Stabiles gesamtwirtschaftliches Umfeld - Zinsniveau - Erholung der Volumina im internationalen Handel, im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und bei Kapitalmaßnahmen - Vertiefung der Geschäftsbeziehungen mit Complex Corporates und institutionellen Kunden in bestehenden Regionen sowie verstärktes Wachstum in Asien - Erfolgreiche Integration von Teilen des niederländischen Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO 	<ul style="list-style-type: none"> - Die wesentlichen Annahmen basieren auf einer Kombination aus internen und externen Quellen - Makroökonomische Trends werden durch Studien belegt, während interne Wachstumspläne und Auswirkungen von Effizienzinitiativen auf Managementannahmen/übergeordneten Geschäfts-szenarien beruhen 	<ul style="list-style-type: none"> - Unerwartet schwache Erholung der Weltwirtschaft und Auswirkungen auf die Handelsvolumina, Zinssätze und Wechselkurse - Verzögerte Umsetzung von Effizienzmaßnahmen - Unsicherheiten in Bezug auf das aufsichtsrechtliche Umfeld und deren mögliche Auswirkungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorhersehbar
Global Transaction Banking	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz und zur Komplexitätsreduktion sowie die umstrukturierte AM-Plattform - Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wettzumachen, stimuliert das Interesse an alternativen Anlagen - Zunehmende Allokation in alternative Anlagen 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Wachstumsannahmen für die Aktienmärkte basieren auf internen Studien von DB Research - Sonstige Annahmen zu Geschäftswachstum und Effizienz beruhen auf Einschätzungen der Geschäftsbereichsleitung, welche von interner, unabhängiger Funktion validiert wurden - Annahmen für die Reduzierung der Plattformkosten basieren auf Wettbewerbs- und PCAM-Trendanalysen 	<ul style="list-style-type: none"> - Erneuter Anstieg der Marktvolatilität - Anhaltende Flucht der Anleger in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigeren Provisionserträgen - Kosteneinsparungen werden nicht im geplanten Umfang erzielt
	Asset Management	<ul style="list-style-type: none"> - Anhaltende Erholung an den Aktien- und Immobilienmärkten - Kontinuierlicher Vermögenszuwachs in Schwellenländern und bei Sovereign Wealth Funds - Anhaltender Trend zur privaten Altersvorsorge und Vorteile durch Produktinnovationen - Outsourcing der Vermögensverwaltung durch Versicherungsgesellschaften - Gestiegenes Interesse an Investitionen in den Klimaschutz 	

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Managementansatz zur Bestimmung der zugewiesenen Werte	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Private Wealth Management	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz und zur Komplexitätsreduktion - Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wettzumachen, stimuliert das Interesse an alternativen Anlagen - Anhaltende Erholung an den Aktien- und Immobilienmärkten - Vermögenswachstum in entwickelten Volkswirtschaften und in Schwellenländern - Marktanteil steigt in einem fragmentierten, wettbewerbsintensiven Umfeld - Akquise von Vermögen und Allokationsverlagerungen - Vorteile aus der Führungsposition im Heimatmarkt - Positive Resultate aus der Integration von Sal. Oppenheim - Organisches Wachstum in der Region Asien/Pazifik durch Neueinstellungen und intensivere Zusammenarbeit mit CIB - Komplexitätsabbau und Effizienzverbesserungen durch Implementierung einer globalen PWM-Plattform 	<ul style="list-style-type: none"> - Annahmen zur Komplexitätsreduktion basieren auf internen Annahmen - Makroökonomische und Marktannahmen (zum Beispiel anlageklassenspezifische Annahmen) basieren auf DB Research-Prognosen - Marktübergreifende Wachstumspotenziale basieren auf externen Quellen (Strategieberatungen) und historischer Performance - Sal. Oppenheim-Ziele basieren auf separater Integrationsanalyse und -strategie 	<ul style="list-style-type: none"> - Ungünstige Fiskalpolitik für Offshore-Banking - Unsicherheiten in der Euro- und USD-Zone und instabile Wechselkursumgebung - Volatilität in Schwellenländern
	<ul style="list-style-type: none"> - Kosteneinsparungen durch das konzernweite Programm zur Erhöhung der Infrastruktureffizienz und zur Komplexitätsreduktion - Führende Stellung auf dem Heimatmarkt Deutschland, starke Positionierung in anderen europäischen Märkten und Wachstumsschancen in Schlüsseländern Asiens - Generierung von Ertrags- und Kostensynergien zwischen Deutscher Bank und Postbank - Erhöhung des Marktanteils in Deutschland durch Kundenakquisitionen und Volumensteigerungen über die starke Angebotspalette im Beratungsgeschäft - Nutzung der Vorteile aus der Erweiterung des Filialnetzes in Indien und der Erhöhung der Beteiligung an der Hua Xia Bank in China 	<ul style="list-style-type: none"> - Allen Annahmen zur zukünftigen Entwicklung von PBC liegen entsprechende Projekte und Initiativen zugrunde - Alle Initiativen wurden vom Management entwickelt sowie durch interne und externe Daten validiert 	<ul style="list-style-type: none"> - Starker Rückgang des Wirtschaftswachstums - Anhaltend niedrige Zinssätze - Risiko, dass Synergien im Zusammenhang mit der Postbank nicht oder später als prognostiziert realisiert werden - Kosten zur Erreichung der Synergien höher als erwartet
Private & Business Clients			

Die in den Geschäftsjahren 2010 und 2009 zur Ermittlung des Nutzungswerts der primären zahlungsmittel-generierenden Einheiten angewandten Diskontierungszinssätze vor Steuern sind wie folgt.

Primäre zahlungsmittelgenerierende Einheiten

	Diskontierungszinssatz (vor Steuern)	
	2010	2009
Corporate & Investment Bank		
Corporate Banking & Securities	13,9 %	N/A ¹
Global Transaction Banking	11,7 %	12,5 %
Private Clients and Asset Management		
Asset Management	12,5 %	13,5 %
Private Wealth Management	12,2 %	13,2 %
Private & Business Clients	13,1 %	13,1 %

N/A – nicht anwendbar

¹ Die jeweiligen Diskontierungszinssätze im Jahr 2009 betragen 14,7 % für Global Markets und 14,5 % für Corporate Finance.

Sensitivitäten: Bei der Validierung der für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelten Nutzungswerte werden die wesentlichen Werttreiber jeder zahlungsmittelgenerierenden Einheit jährlich überprüft. Zusätzlich werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise Diskontierungszinssatz und Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen, um die Belastbarkeit der Nutzungswerte zu testen. Die erzielbaren Beträge aller primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten lagen deutlich über ihren jeweiligen Bilanzwerten. Vor diesem Hintergrund ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags der primären zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns nicht zu einer Wertminderung führen würden.

Globale Risiken für die Bankenbranche wie zum Beispiel eine unerwartet schwache Erholung der Weltwirtschaft, ein möglicher Ausfall eines staatlichen Schuldners und eine übermäßig kostenintensive und international zersplitterte neue Regulierung könnten die erwarteten künftigen Ergebnisse in einigen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns jedoch negativ beeinflussen. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Goodwill führen.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden in erworbene und selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte unterteilt. Während erworbene immaterielle Vermögenswerte weiter in nicht abzuschreibende und abzuschreibende sonstige immaterielle Vermögenswerte aufgeteilt werden, umfassen die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte ausschließlich intern entwickelte Software.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen bei den sonstigen immateriellen Vermögenswerten nach Anlageklassen in den Geschäftsjahren 2010 und 2009.

in Mio €	Erworbene immaterielle Vermögenswerte								Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Sonstige immaterielle Vermögens- werte insgesamt
	Nicht abzuschreibende				Abzuschreibende					
	Rechte aus Vermögens- verwaltungs- verträgen im Publikums- fonds- geschäft	Sonstige	Nicht abzu- schreibende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt	Kunden- bezogene immaterielle Vermögens- werte	Wert des erworbenen Versiche- rungs- geschäfts	Vertrags- basierte immaterielle Vermögens- werte	Software und Sonstige	Abzu- schreibende erworbene immaterielle Vermögens- werte insgesamt		
Anschaffungs-/Herstellungskosten:										
Bestand zum 1. Januar 2009	817	17	834	563	654	708	495	2.420	411	3.665
Zugänge	–	–	–	37	12	15	35	99	128	227
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–1	–1	–	–1
Abgänge	–	–	–	–	–	28	3	31	14	45
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–11	–11	–	–	–	–	–	–	–11
Umklassifizierung	–	–	–	–	14	–	21	35	–22	13
Wechselkursveränderungen	–9	3	–6	9	63	–5	4	71	4	69
Bestand zum 31. Dezember 2009	808	9	817	609	743	690	551	2.593	507	3.917
Zugänge	–	2	2	29	11	13	68	121	316	439
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	413	413	1.055	–	14	251	1.320	163	1.896
Abgänge	–	10	10	–	–	6	16	22	52	84
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	3	3	–27	–	–	–30	–57	–7	–61
Umklassifizierung	–	–	–	–10	–	–	3	–7	–2	–9
Wechselkursveränderungen	62	1	63	33	26	52	30	141	30	234
Bestand zum 31. Dezember 2010	870	418	1.288	1.689	780	763	857	4.089	955	6.332
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:										
Bestand zum 1. Januar 2009	380	–	380	221	40	100	251	612	329	1.321
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	61	29	40	31	161	13	174 ¹
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	–1	–1	–	–1
Abgänge	–	–	–	–	–	27	2	29	14	43
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–2	–2	–	–	–	–	–	–	–2
Wertminderungen	–	1	1	–	–	4	–	4	–	5 ²
Wertaufholungen	287	–	287	4	–	–	–	4	–	291 ³
Umklassifizierung	–	–	–	–	–	–	–1	–1	–	–1
Wechselkursveränderungen	–4	1	–3	1	4	–3	4	6	3	6
Bestand zum 31. Dezember 2009	89	–	89	279	73	114	282	748	331	1.168
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	–	–	–	80	28	41	77	226	36	262 ⁴
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–	36	36	–	36
Abgänge	–	–	–	–1	–	5	13	17	49	66
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	–	–	–	–2	–	–	–2	–4	–1	–5
Wertminderungen	–	–	–	29	–	–	12	41	–	41 ⁵
Wertaufholungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Umklassifizierung	–	–	–	–1	–	–	3	2	2	4
Wechselkursveränderungen	7	1	8	15	3	7	11	36	15	59
Bestand zum 31. Dezember 2010	96	1	97	401	104	157	406	1.068	334	1.499
Bilanzwert:										
Zum 31. Dezember 2009	719	9	728	330	670	576	269	1.845	176	2.749
Zum 31. Dezember 2010	774	417	1.191	1.288	676	606	451	3.021	621	4.833

¹ Davon waren 162 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 12 Mio € in Provisionsüberschuss enthalten. Letzterer Betrag bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

² Davon wurden 5 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.

³ 291 Mio € wurden als Umkehrung einer Wertminderung aus dem Vorjahr erfasst und werden unter Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen.

⁴ Davon wurden 249 Mio € in Sachaufwand und sonstiger Aufwand und 12 Mio € in Provisionsüberschuss erfasst. Letzterer Betrag bezog sich auf die Abschreibung von Ansprüchen aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen.

⁵ Davon wurden 29 Mio € als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Nach den Akquisitionen der Postbank, Sal. Oppenheims (einschließlich der BHF-BANK, ohne BAS) und des Firmenkundengeschäfts der ABN AMRO in den Niederlanden im Jahresverlauf 2010 ergaben die Kaufpreisallokationen für diese Transaktionen abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte von rund 1,3 Mrd €, die in der Konzernbilanz aktiviert wurden. Diese Summe enthielt vorwiegend kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte von rund 1,1 Mrd € (davon entfielen auf die Postbank 836 Mio €, auf ABN AMRO 168 Mio € und auf Sal. Oppenheim 66 Mio €) und erworbene Software von rund 214 Mio € (davon Postbank 142 Mio € und Sal. Oppenheim 72 Mio €). Ferner resultierte aus diesen Akquisitionen die Aktivierung von 163 Mio € für selbst erstellte Software in der Konzernbilanz. Von diesem Betrag entfielen 156 Mio € auf die Postbank.

Darüber hinaus erfasste der Konzern Zugänge zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten von 121 Mio €. Diese beinhalteten hauptsächlich aktivierte Aufwendungen für erworbene Software in Höhe von 68 Mio €, kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € und aktivierte Abschlusskosten für das Versicherungsgeschäft in Höhe von 11 Mio € im Zusammenhang mit den inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen. Diese Abschlusskosten stellen an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen dar (siehe auch Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“). Da der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF-BANK als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifizierte, wurden die entsprechenden Bilanzwerte für abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 55 Mio € in die Sonstigen Aktiva umgegliedert.

Im Geschäftsjahr 2010 ergaben sich Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 41 Mio €. Diese beinhalteten eine Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 29 Mio € im Zusammenhang mit dem Kundenportfolio eines erworbenen inländischen Wertpapierverwahrungsgeschäfts, die im Unternehmensbereich GTB erfasst wurde, sowie einen Verlust von 12 Mio €, der als Abschreibung auf erworbene Software dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet wurde.

Im Geschäftsjahr 2009 beliefen sich die Zugänge und Umklassifizierungen zu abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerten auf insgesamt 134 Mio €. Diese beinhalteten hauptsächlich erworbene Software in Höhe von 35 Mio €, aktivierte Abschlusskosten in Höhe von 26 Mio € für das Versicherungsgeschäft im Zusammenhang mit inkrementellen Kosten des Erwerbs von Investmentverträgen, welche an Vertriebs- und Geschäftspartner des Versicherungsgeschäfts des Konzerns zu zahlende Provisionen darstellen, sowie die Erfassung von Kundenbeziehungen aus dem Erwerb des globalen Agency-Securities-Lending-Geschäfts der Dresdner Bank in Höhe von 21 Mio € (siehe auch Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“).

Im Geschäftsjahr 2009 enthielten die Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung Wertminderungen in Höhe von 4 Mio € auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte sowie Wertaufholungen von 4 Mio € auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte, die zuvor im vierten Quartal 2008 abgeschrieben worden waren. Die Wertminderungen wurden in CB&S, die Wertaufholungen in AWM erfasst.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden Wertminderungen auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte sowie vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte (Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen) von 6 Mio € beziehungsweise 1 Mio € verzeichnet und als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte beziehungsweise im Provisionsüberschuss in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Wertminderung auf kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte wurde in AWM und die Wertminderung auf vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte in CB&S erfasst.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben (mit Ausnahme des Werts des erworbenen Versicherungsgeschäfts, wie in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ und in Note 39 „Versicherungs- und Investmentverträge“ erläutert, und der Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen).

Ansprüche aus der Verwaltung von Hypothekendarlehen werden proportional über den erwarteten Zeitraum, in dem die Erträge aus der Verwaltung anfallen, abgeschrieben. Die folgende Tabelle zeigt die Nutzungsdauer der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen.

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 25
Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	bis zu 40
Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts	bis zu 30
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei welchen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann. Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens („Income Approach“) auf Grundlage einer Discounted-Cashflow-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 774 Mio € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Asset Management zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die DWS Investments das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002 zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc. für den Konzern von unabhängiger Seite zum Fair Value bewertet.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde keine Wertminderung erfasst, da der erzielbare Betrag des Vermögenswerts, der dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten entspricht, den Bilanzwert überstieg. Der Fair Value wurde anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2009 wurde eine Wertaufholung in Höhe von 287 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte erfasst. Eine entsprechende Wertminderung war im vierten Quartal 2008 erfasst worden. Die Wertaufholung stand im Zusammenhang mit Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft für bestimmte offene Fonds und wurde in AWM ausgewiesen. Sie resultierte aus einem höheren Fair Value infolge des Anstiegs sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus diesen Vermögensverwaltungsverträgen. Der erzielbare Betrag des Vermögenswerts wurde auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde eine Wertminderung in Höhe von 304 Mio € verzeichnet und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung als Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Die Wertminderung im Zusammenhang mit Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft wurde in AWM erfasst und resultierte aus einem niedrigeren Fair Value infolge von Rückgängen sowohl der Marktwerte der Invested Assets als auch der laufenden und künftigen operativen Ergebnisse und Cashflows aus diesen Vermögensverwaltungsverträgen. Die Wertminderung war auf bestimmte offene und geschlossene Fonds zurückzuführen. Die erzielbaren Beträge der Vermögenswerte wurden auf der Grundlage des Fair Value abzüglich Verkaufskosten anhand der Residualwertmethode ermittelt.

Markenname Postbank: Als Resultat der vorläufigen Kaufpreisallokation identifizierte und verbuchte der Konzern im Dezember 2010 die Marke „Postbank“ (siehe Note 04 „Akquisitionen und Veräußerungen“) mit einem Wert von 382 Mio €. Der Vermögenswert ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Private & Business Clients zugewiesen. Da dieser Markenname für einen unbegrenzten Zeitraum Cashflows generieren dürfte, wurde er als nicht abzuschreibender immaterieller Vermögenswert klassifiziert. Die Marke wurde zum Fair Value, basierend auf einer vorläufigen externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt, bewertet, die im entsprechenden Bewertungszeitraum finalisiert wird.

Im Geschäftsjahr 2010 gab es keine Indikation, dass der Fair Value der Marke „Postbank“ von der ursprünglichen Ermittlung des Fair Value abweicht. Die Ermittlung des Fair Value für die Marke fiel mit der regulären Werthaltigkeitsprüfung zeitlich zusammen, da die Konsolidierung der Postbank im Dezember 2010 stattfand. Der Fair Value der Marke wurde anhand der Methode der Lizenzpreisanalogie ermittelt. Da die Kaufpreisallokation innerhalb der regulären Bewertungsperiode fertigzustellen ist, kann sich der Fair Value der Marke Postbank innerhalb der Zwölfmonatsperiode nach dem Erwerbszeitpunkt ändern.

Markenname Sal. Oppenheim: Im Rahmen der im Zusammenhang mit dem Erwerb des Sal. Oppenheim Konzerns 2010 durchgeführten Kaufpreisallokation wurde die Marke „Sal. Oppenheim“ mit einem Wert von 27 Mio € identifiziert. Der Vermögenswert ist der zahlungsmittelgenerierenden Einheit Private Wealth Management zugewiesen. Die Nutzungsdauer der Marke wird als unbegrenzt angesehen, weshalb keine planmäßigen Abschreibungen durchgeführt werden. Der immaterielle Vermögenswert wurde zum Fair Value basierend auf einer externen Bewertung zum Erwerbszeitpunkt bewertet.

Im Geschäftsjahr 2010 gab es keine Indikation, dass der Fair Value der Marke von der ursprünglichen Ermittlung des Fair Value in der Kaufpreisallokation abweicht. Die Bewertung der Marke als immaterieller Vermögenswert wurde im Zusammenhang mit der entsprechenden Kaufpreisallokation für den Erwerb der Sal. Oppenheim durchgeführt. Der Fair Value der Marke Sal. Oppenheim wurde anhand der Methode der Lizenzpreisanalogie ermittelt.

25 – Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte zum 31. Dezember 2010

Zum Bilanzstichtag betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 13.468 Mio €. Sie wurden unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Der Konzern hat die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des IAS 39 bewertet.

BHF-BANK

Am 23. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank bekanntgegeben, dass sie sich mit der liechtensteinischen LGT Group über wesentliche Eckpunkte des Verkaufs der BHF-BANK AG („BHF-BANK“) geeinigt hat und in Bezug auf den geplanten Verkauf der BHF-BANK exklusive Verhandlungen mit der LGT Group führen wird. Die Verhandlungen zur Finalisierung der vertraglichen Details sollen im Laufe des ersten Quartals 2011 abgeschlossen werden und der Konzern erwartet, dass die BHF-BANK innerhalb eines Jahres verkauft wird. Dementsprechend klassifizierte der Konzern die BHF-BANK ab dem 31. Dezember 2010 als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe. Die BHF-BANK wurde im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben und dem Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) zugeordnet. Die Reklassifizierung in die Kategorie Zum Verkauf bestimmt hat zu einer Wertminderung in Höhe von 62 Mio € vor Steuern geführt, die in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns für das vierte Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen berücksichtigt wurde. Die Wertminderung führte zu einer Entlastung in Höhe von 16 Mio € bei den latenten Steuern.

Nachfolgend sind die wesentlichen Komponenten der vom Konzern zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der BHF-BANK zum 31. Dezember 2010 dargestellt.

in Mio €	31.12.2010
Barreserve und Einlagen bei Kreditinstituten,	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und Wertpapierpensionsgeschäften	1.109
Zum Fair Value bewertete Handelsaktiva, Derivate und finanzielle Vermögenswerte	3.653
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	4.253
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.763
Sonstige Aktiva	1.501
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	12.280
Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	7.534
Zum Fair Value bewertete Handelspassiva (ohne Derivate), Derivate und finanzielle Verpflichtungen	2.650
Sonstige Passiva	608
Langfristige Verbindlichkeiten	981
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	11.773

Im Zusammenhang mit dem zur Veräußerung verfügbaren Portfolio der BHF-BANK wurden unrealisierte Verluste von 27 Mio € direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (accumulated other comprehensive income) ausgewiesen. Diese unrealisierten Verluste verbleiben bis zum Verkauf der Beteiligung an der BHF-BANK im Eigenkapital. Ab dem Verkaufszeitpunkt werden die Verluste nicht mehr im Eigenkapital, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Andere zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Mit dem Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung an der Postbank am 3. Dezember 2010 erlangte die Deutsche Bank Kontrolle über die indische Postbank-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. („DPHFL“), die dem Unternehmensbereich Private & Business Clients (PBC) zugeordnet ist. Wie die Postbank bereits am 1. Dezember 2010 bekanntgab, beabsichtigt sie, mit einem von der Dewan Housing Finance Ltd. geführten Käuferkonsortium eine Vereinbarung über den Verkauf der DPHFL zu schließen. Die Transaktion wird voraussichtlich im ersten Quartal 2011 abgeschlossen sein und unterliegt der Genehmigung durch die indische Aufsichtsbehörde, National Housing Bank.

Mit dem Erwerb des Sal. Oppenheim Konzerns erwarb der Konzern mehrere Beteiligungen, die dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet sind und deren Verkauf innerhalb eines Jahres erwartet wird. Entsprechend hat der Konzern mehrere dem Unternehmensbereich AWM zugeordnete Private Equity Investments, die zuvor im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben wurden, zum 31. Dezember 2010 zum Verkauf bestimmt.

Zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern eine dem Unternehmensbereich AWM zugeordnete Tochtergesellschaft zum Verkauf bestimmt. Die Transaktion wurde bereits durch die lokalen Behörden genehmigt und der Abschluss der Transaktion wird im ersten Quartal 2011 erwartet. Die Reklassifizierung in die Kategorie „Zum Verkauf bestimmt“ löste eine Umwidmung des entsprechenden Goodwill von 7 Mio € in die Kategorie „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ zum 31. Dezember 2010 aus.

Zum 31. Dezember 2010 hat der Konzern ebenfalls eine Beteiligung an einem assoziierten Unternehmen, die dem Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) zugeordnet war, zum Verkauf bestimmt. Die ursprüngliche Reklassifizierung der Beteiligung am 30. September 2010 führte zu einer Wertminderung von 72 Mio € im dritten Quartal 2010, die unter dem Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen wurde. Im vierten Quartal 2010 haben die anderen Minderheitsaktionäre dem Verkauf ihrer Anteile zugestimmt. Die Deutsche Bank könnte gemäß den Bedingungen des Gesellschaftervertrags gezwungen sein, ihren Anteil zum gleichen Preis zu verkaufen. Dementsprechend wurde die Beteiligung zum Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, abgeschrieben, was zu zusätzlichen Belastungen von 40 Mio € führte, die im vierten Quartal 2010 unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen wurden. Der Verkauf des Unternehmens, einschließlich des Anteils der Deutschen Bank, wurde am 11. Januar 2011 abgeschlossen.

Zum 31. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank ebenfalls eine Tochtergesellschaft als zum Verkauf bestimmte Veräußerungsgruppe klassifiziert und die entsprechenden Bilanzpositionen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Die Veräußerungsgruppe ist dem Unternehmensbereich CB&S zugeordnet und beinhaltet hauptsächlich eine als Finanzinvestition gehaltene deutsche Immobilie. Der Verkauf der Tochtergesellschaft wird innerhalb eines Jahres erwartet.

Nachfolgende Tabelle fasst die wesentlichen Komponenten der sonstigen vom Konzern zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum 31. Dezember 2010 sowie zum 31. Dezember 2009 zusammen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute, verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	15	16
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	235	–
Anteile an assoziierten Unternehmen	–	18
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	867	–
Sachanlagen	45	21
Sonstige Aktiva	25	51
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	1.188	106
Langfristige Verbindlichkeiten	815	21
Sonstige Passiva	10	2
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	825	23

Unrealisierte Gewinne von 16 Mio € im Zusammenhang mit den sonstigen zum Verkauf bestimmten, langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen wurden direkt im Kumulierten sonstigen Ergebnis (accumulated other comprehensive income) ausgewiesen. Diese unrealisierten Gewinne verbleiben bis zum Verkauf der Beteiligungen im Eigenkapital. Ab dem Verkaufszeitpunkt werden die Gewinne nicht mehr im Eigenkapital sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Veräußerungen in 2010

Im August 2010 verkaufte der Konzern seine Tochtergesellschaft BHF Asset Servicing GmbH, die AWM zugeordnet und zum Verkauf bestimmt war. Der Kauf dieser Tochtergesellschaft wurde als separate Transaktion neben dem Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe im ersten Quartal 2010 behandelt. Im Geschäftsjahr 2010 wurde eine Wertminderung von 4 Mio € vorgenommen und unter den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Im vierten Quartal 2010 verkaufte der Konzern mehrere zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte, die dem Unternehmensbereich AWM zugeordnet waren. Diese Beteiligungen wurden zuvor im Rahmen der Akquisition der Sal. Oppenheim Gruppe erworben.

Eine weitere Wertminderung von 2 Mio €, die im zweiten Quartal 2010 in CB&S ausgewiesen wurde, bezog sich auf eine im Juni 2010 verkaufte Veräußerungsgruppe.

Umwidmungen in 2010

Im dritten Quartal 2010 hat der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen, assoziierte Unternehmen sowie einen Kredit in CB&S nicht mehr als zum Verkauf bestimmt bilanziert. Aufgrund der aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs dieser Beteiligungen nicht vorhersehbar. Diese Umwidmungen führten zu keiner zusätzlichen Wertminderung. Im zweiten Quartal 2010 wurde eine Wertminderung von 3 Mio € vorgenommen und unter den Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte zum 31. Dezember 2009

Zum 31. Dezember 2009 hatte der Konzern mehrere Veräußerungsgruppen (bestehend aus 19 Tochtergesellschaften), drei Beteiligungen an assoziierten Unternehmen, einen Kredit sowie Immobilienvermögen im Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities (CB&S) zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu einer Wertminderung von 10 Mio € aus der Bewertung der Veräußerungsgruppen, die unter den Sonstigen Erträgen in CB&S ausgewiesen wurde. Die Veräußerungsgruppen, die Beteiligungen an den drei assoziierten Unternehmen sowie der Kredit waren Bestandteil einer Reihe von Projekten zur Entwicklung erneuerbarer Energien. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Nordamerika. Im Jahr 2010 wurden diese Vermögenswerte nicht mehr als zum Verkauf bestimmt bilanziert, da aufgrund der aktuellen Marktgegebenheiten der Zeitpunkt des Verkaufs nicht mehr vorhersehbar war.

Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte zum 31. Dezember 2008

Zum 31. Dezember 2008 hatte der Konzern Immobilienvermögen zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva unter Sonstige Aktiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Dies führte zu keiner Wertminderung in 2008. Das Immobilienvermögen umfasste Gewerbe- und Wohnimmobilien aus Rettungserwerben in Deutschland und Nordamerika in CB&S. Die Immobilien in Deutschland sowie der größte Teil der Immobilien in Nordamerika wurden 2009 verkauft.

Zum 31. Dezember 2007 hatte der Konzern drei Veräußerungsgruppen (zwei Tochtergesellschaften und einen konsolidierten Fonds) sowie mehrere langfristige Vermögenswerte zum Verkauf bestimmt. Der Konzern hat die betreffenden Aktiva und Passiva unter Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva ausgewiesen und mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert oder Fair Value, vermindert um Veräußerungskosten, bewertet. Im Geschäftsjahr 2007 führte dies zu einer Wertminderung von 2 Mio €, die im Vorsteuerergebnis des Konzernbereichs Corporate Investments (CI) ausgewiesen wurde.

Zwei der drei Veräußerungsgruppen waren AWM zugeordnet. Dabei handelte es sich zum einen um eine italienische Lebensversicherungsgesellschaft, für die im Dezember 2007 ein Verkaufsvertrag unterzeichnet und die im ersten Halbjahr 2008 verkauft wurde. Die zweite Veräußerungsgruppe bezog sich auf einen Immobilienfonds in Nordamerika, der zum 31. Dezember 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert war. Die Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Dies führte zu einem Anstieg des Sonstigen Aufwands um 13 Mio € in AWM in 2008. Der Betrag beinhaltete einen Aufwand von 3 Mio €, der auf das Geschäftsjahr 2007 entfiel. Aufgrund der aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs nicht vorhersehbar. Die dritte Veräußerungsgruppe – eine Tochtergesellschaft in CI – war bereits zum 31. Dezember 2006 zum Verkauf bestimmt worden. Da 2007 Umstände eintraten, die vorher für unwahrscheinlich erachtet worden waren, wurde die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 nicht verkauft. 2008 hat der Konzern seinen Veräußerungsplan geändert, da der beabsichtigte Verkauf aufgrund einer geänderten Interessenlage des potenziellen Käufers nicht erfolgte. Aufgrund des schwachen Marktumfelds bestehen derzeit keine Verkaufsaktivitäten bezüglich dieser Tochtergesellschaft. Die Reklassifizierung hatte keinen Einfluss auf die Erträge und Aufwendungen des Konzerns.

Die zum 31. Dezember 2007 zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte umfassten zwei in Nordamerika gehaltene Alternative Investments in AWM, mehrere Bürogebäude in CI und PBC sowie Grundbesitz aus Rettungserwerben in Nordamerika in CB&S. Während die Bürogebäude in CI und PBC sowie der größte Teil des Grundbesitzes in CB&S 2008 verkauft wurden, wurde die Anteilseignerstruktur der beiden Alternativen Investments Maher Terminals LLC und Maher Terminals of Canada Corp. geändert. Dies führte zur Erstkonsolidierung der Investments durch den Konzern zum 30. Juni 2008. Aufgrund der aktuellen Marktgegebenheiten ist der Zeitpunkt des Verkaufs dieser Beteiligungen nicht vorhersehbar. Aus diesem Grund wurden diese Aktiva und Passiva zum Ende des dritten Quartals 2008 nicht mehr als zum Verkauf bestimmt klassifiziert. Die Erträge und Aufwendungen, die während der Klassifizierung als zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte nicht anzusetzen waren, wurden zum Termin der Reklassifizierung in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Daraus resultierte ein Rückgang der Sonstigen Erträge um 62 Mio € und ein Anstieg der Sonstigen Aufwendungen um 38 Mio € in AWM in 2008. Diese Beträge beinhalten eine Belastung der Erträge von 20 Mio € sowie Aufwendungen von 21 Mio €, die das Geschäftsjahr 2007 betrafen.

26 – Sonstige Aktiva und Passiva

Die folgenden Tabellen zeigen die Zusammensetzung der sonstigen Aktiva und Passiva.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	46.132	43.890
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	11.324	6.837
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.834	9.229
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	41.133	33.496
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	103.423	93.452
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.941	3.426
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	13.468	106
Sonstige	28.397	24.554
Sonstige Aktiva insgesamt	149.229	121.538

Zum 31. Dezember 2009 beinhaltete die Position „Sonstige“ in der oben aufgeführten Tabelle die als Finanzinvestition gehaltene Immobilie The Cosmopolitan of Las Vegas mit einem Buchwert in Höhe von 946 Mio €. (bezüglich der Bewertungsmethode für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien wird auf die Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ verwiesen). Zum Zeitpunkt der Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Dezember 2010 wurde dieses Investment in Sachanlagen umklassifiziert.

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte wird auf Note 25 „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“ verwiesen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	42.596	40.448
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	27.772	31.427
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	3.137	5.708
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	42.641	33.214
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	116.146	110.797
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.956	3.713
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	12.598	23
Sonstige	49.127	39.748
Sonstige Passiva insgesamt	181.827	154.281

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten verweisen wir auf Note 25 „Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte“.

27 – Einlagen

Die Einlagen setzen sich wie folgt zusammen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Unverzinsliche Sichteinlagen	89.068	51.731
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	120.154	117.955
Termineinlagen	183.861	108.730
Spareinlagen	140.901	65.804
Verzinsliche Einlagen insgesamt	444.916	292.489
Summe der Einlagen	533.984	344.220

Der Anstieg der Einlagen ist im Wesentlichen auf die Erstkonsolidierung der Postbank zurückzuführen.

28 – Rückstellungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der einzelnen Rückstellungsarten.

in Mio €	Operationelle Risiken/Rechtsstreitigkeiten	Sonstige	Insgesamt ¹
Bestand zum 1. Januar 2009	762	446	1.208
Veränderung des Konsolidierungskreises	2	4	6
Zuführungen zu Rückstellungen	338	152	490
Verwendungen von Rückstellungen	-164	-155	-319
Auflösungen von Rückstellungen	-183	-115	-298
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	3	9	12
Sonstige	-	-	-
Bestand zum 31. Dezember 2009	758	341	1.099
Veränderung des Konsolidierungskreises	44	1.148 ²	1.192
Zuführungen zu Rückstellungen	318	225	543
Verwendungen von Rückstellungen	-511	-141	-652
Auflösungen von Rückstellungen	-130	-102	-232
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	44	15	59
Sonstige ³	-7	-17	-24
Bestand zum 31. Dezember 2010	516	1.469	1.985

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf Note 19 „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

² Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Konsolidierung der Deutsche Postbank AG zurückzuführen. Darin sind Rückstellungen im Bauspargeschäft in Höhe von € 842 Mio € enthalten.

³ Enthält hauptsächlich Umklassifizierungen in zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte.

Rückstellungen für operationelle Risiken und Rechtsrisiken

Der Konzern definiert das operationelle Risiko als den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Technologie, Projekten, Vermögenswerten sowie den Beziehungen zu Kunden, anderen Dritten oder Aufsichtsbehörden, die unter anderem durch unvorhersehbare Ereignisse, Geschäftsunterbrechungen, unangemessen definierte oder fehlgeschlagene Prozesse beziehungsweise einen Ausfall von Kontrollmechanismen und Systemen ausgelöst werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich die Gruppe bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Der Konzern bildet für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten, einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren, Rückstellungen, wenn der Bestand einer Zahlungsverpflichtung wahrscheinlich ist und die Höhe der Zahlung zuverlässig abgeschätzt werden kann. Zu bestimmten Rechtsstreitigkeiten werden gemäß IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets“, geforderte Angaben nicht gemacht, sofern der Konzern zu dem Schluss kommt, dass diese Angaben das Ergebnis des jeweiligen Rechtsstreits ernsthaft beeinträchtigen können.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen

Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, von denen die Mehrzahl mehrere Streitgegenstände umfasst, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich jeweils möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns gemäß den Anforderungen des IAS 37 beschrieben.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof („BGH“) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch die Grundlage seiner Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. Am 22. Februar 2011 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Gegen die Entscheidung kann Dr. Kirch Berufung einlegen. In diesem Verfahren hätte Dr. Kirch im Einzelnen nachweisen müssen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen sind weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Asset-backed Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften (zusammen die „Deutsche Bank“) haben Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps, beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als Sammelklagen bezeichnete Verfahren) sowohl nach Bundesrecht als auch dem Recht einzelner Bundesstaaten sowie allgemeiner Rechtsgrundsätze (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation („Countrywide“) oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere bezieht und zu dem es eine vom Gericht vorläufig genehmigte Vergleichsvereinbarung gibt, sowie ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Central District of California, das sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter Mortgage Pass-through Certificates von der Countrywide bezieht; (2) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (3) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; (4) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht; und (5) ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch der DBSI, als Platzeure verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden; und (6) eine von der Federal Home Loan Bank of San Francisco („FHLB SF“) beim United States District Court for the Northern District of California anhängige Klage bezüglich der Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank, als Emittenten und Platzeure verschiedener von der FHLB SF erworbener Mortgage Pass-through Certificates. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank, einschließlich der DBSI, Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Am 5. April 2010 hat das Gericht dem Abweisungsantrag der Deutschen Bank teilweise stattgegeben und ihn teilweise abgelehnt. Ansonsten befinden sich diese zivilrechtlichen Verfahren in einem frühen Stadium.

Von 2005 bis 2008, hat die Deutsche Bank im Rahmen ihres auf Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekarkreditgeschäfts in den USA Kredite in Höhe von circa 85 Mrd US-\$ in Form von Verbriefungen mit einem Dritten und circa 71 Mrd US-\$ durch Veräußerung von Krediten einschließlich aller Nebenrechte unter anderem an von der U.S.-Regierung geförderte Gesellschaften wie die Federal Home Loan Mortgage Corporation und die Federal National Mortgage Association verkauft. Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite zurückzukaufen oder die Käufer, andere Investoren oder Kreditversicherer von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Be-

gründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit den vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, werden von der Deutschen Bank erfüllt. Wenn die Deutsche Bank der Ansicht ist, dass es keine Anspruchsgrundlage für Rückkaufansprüche gibt, weist sie diese zurück und betrachtet sie für Zwecke der Weiterverfolgung nicht länger als offen. Zum 31. Dezember 2010 bestehen gegenüber der Deutschen Bank circa 588 Mio US-\$ noch offene Rückkaufforderungen (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Gesamtkreditbetrags). Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank Rückstellungen in nicht erheblicher und ihrer Ansicht nach angemessener Höhe gebildet. Zum 31. Dezember 2010 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Kreditbetrag, in Höhe von 1,8 Mrd US-\$, berechnet auf den ursprünglichen Kreditbetrag Rückkäufe getätigt oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen und beigelegten Ansprüchen ist die Deutsche Bank aus möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen resultieren würden, in Höhe von circa 21,9 Mrd US-\$ entlastet.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank AG und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von der Deutschen Bank AG und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Am 9. Dezember 2010 hat das Gericht das als Sammelklage bezeichnete Verfahren rechtskräftig abgewiesen. Aufgrund einer Vereinbarung können die Kläger bis zum 18. August 2011 Rechtsmittel gegen die Klageabweisung einlegen. Die Deutsche Bank AG, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in 17 Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Neun der Einzelklagen sind noch rechtshängig, während sich acht der Einzelklagen durch rechtskräftige Abweisung erledigt haben. Die Deutsche Bank AG war auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten Beklagte in zwei als Sammelklagen bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen wurde behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken. Diese zwei als Sammelklagen bezeichneten Klagen wurden jedoch am 26. Januar 2010 vom Gericht abgewiesen. Die Kläger haben hiergegen Rechtsmittel eingelegt.

Die Deutsche Bank AG und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association ab, die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, in denen sich die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohlfätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben hatten, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank AG und ihren Tochtergesellschaften erworben hatten, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamt-

summe von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank AG und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in einem zusammengefassten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Am 25. Januar 2010 ist eine erweiterte zusammengefasste Klage eingereicht worden. Ein Klageabweisungsantrag ist derzeit anhängig.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen umfassen in erster Linie Rückstellungen im Bauspargeschäft der Deutsche Postbank-Gruppe, die aufgrund von Zahlungen für Zinsboni, Rückerstattungen von Abschlussgebühren für Kunden und Zinssatzwechsel gebildet worden sind. Sonstige Rückstellungen umfassen zusätzlich verschiedene personalunabhängige Rückstellungen, die nicht in den sonstigen speziellen Rückstellungen erfasst werden.

29 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

Die nachstehende Tabelle enthält eine Zusammenfassung der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen des Konzerns.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	31.322	20.906
Sonstige	33.668	21.991
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	64.990	42.897

30 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Langfristige Verbindlichkeiten

Die folgende Tabelle fasst die langfristigen Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach vertraglichen Laufzeiten, zusammen.

in Mio €	Fällig in 2011	Fällig in 2012	Fällig in 2013	Fällig in 2014	Fällig in 2015	Fällig nach 2015	Insgesamt 31.12.2010	Insgesamt 31.12.2009
Vorrangige Verbindlichkeiten:¹								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	15.096	13.570	10.480	10.636	16.130	39.799	105.711	76.536
mit variabler Verzinsung	10.446	11.432	6.127	3.205	3.374	17.012	51.596	47.646
Nachrangige Verbindlichkeiten:¹								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	446	439	1.637	689	845	3.157	7.213	3.548
mit variabler Verzinsung	2.882	509	102	277	547	823	5.140	4.052
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten¹	28.870	25.950	18.346	14.807	20.896	60.791	169.660	131.782

¹ Die Konsolidierung der Postbank erhöhte die langfristigen Verbindlichkeiten im Jahr 2010 um 38 Mrd €.

In den Geschäftsjahren 2010 und 2009 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Die folgende Tabelle fasst die fest und variabel verzinslichen hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) des Konzerns zusammen. Diese stellen Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum dar und können im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
mit fester Verzinsung	11.218	9.971
mit variabler Verzinsung	1.032	606
Summe der hybriden Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	12.250	10.577

Zusätzliche Anhangangaben

31 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am Gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2009	570.859.015	-8.192.060	562.666.955
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	50.000.000	-	50.000.000
Erwerb Eigener Aktien	-	-476.284.991	-476.284.991
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	483.793.356	483.793.356
Stammaktien, 31. Dezember 2009	620.859.015	-683.695	620.175.320
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	-	-	-
Kapitalerhöhung	308.640.625	-	308.640.625
Erwerb Eigener Aktien	-	-325.966.381	-325.966.381
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	-	316.212.796	316.212.796
Stammaktien, 31. Dezember 2010	929.499.640	-10.437.280	919.062.360

Alle ausgegebenen Stammaktien sind voll eingezahlt.

Für den Eigenbestand erworbene Aktien beinhalten sowohl Aktien, die vom Konzern über einen bestimmten Zeitraum gehalten wurden, als auch Aktien, die mit der Absicht erworben wurden, sie kurzfristig wieder zu veräußern. Darüber hinaus hat der Konzern Aktien für die Verwendung im Rahmen der aktienbasierten Vergütung erworben sowie zur Umsetzung eines Bezugsverhältnisses von 2:1 in der Kapitalerhöhung des Geschäftsjahres 2010. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Bestand Eigener Aktien 10.437.280 Stück. Diese werden für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Geldeinlage ab. Insgesamt wurden 308.640.625 neue nennwertlose Namensaktien begeben, die zu Nettoerlösen von 10,1 Mrd € führten (nach Aufwendungen von etwa 0,1 Mrd € nach Steuern). Die neuen Aktien wurden über Bezugsrechte mit voller Dividendenberechtigung für das Jahr 2010 begeben. Die Bezugsrechte wurden zu 99,31 % ausgeübt, und somit wurden 306.511.140 neue Aktien zu einem Bezugspreis von 33,00 € pro Aktie begeben. Die verbleibenden 2.129.485 neuen Aktien wurden zu einem gewichteten Durchschnittspreis von 41,34 € im Xetra-Handel platziert.

Genehmigtes und bedingtes Kapital

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank wurde durch die zuvor erwähnte Kapitalerhöhung gegen Geldeinlage erhöht. Die Hauptversammlung hat den Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Begebung neuer Aktien um bis zu 790.120.000 € zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2010 wurde das bereits genehmigte, aber nicht begebene Kapital vollständig aufgebraucht.

Die Deutsche Bank verfügte zum 31. Dezember 2010 ebenfalls über bedingtes Kapital von 636.400.000 €. Bedingtes Kapital wird durch eine Vielzahl von Instrumenten bereitgestellt, die potenziell in Aktien wandelbar sind.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 27. Mai 2010 ermächtigt, einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionscheine beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen bis einschließlich 30. April 2015 zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital bedingt um bis zu 230.400.00 € erhöht.

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2010, 2009 und 2008.

	2010 (vorgeschlagen)	2009	2008
Bardividende ¹ (in Mio €)	697	466	309
Bardividende je Aktie (in €)	0,75	0,75	0,50

¹ Die Bardividende für 2010 basiert auf der Anzahl der ausgegebenen Aktien zum 31. Dezember 2010.

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

32 – Aktienbasierte Vergütungen

Für Neubegebungen in 2010 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Im Jahr 2010 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen unter dem DB Equity Plan gewährt. Alle Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale des DB Equity Plans zusammen.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des DB Equity Plan begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

Auf der Grundlage neuer regulatorischer Vorgaben beinhalten die Aktienrechte von ausgewählten Mitarbeitern des Senior Managements zusätzliche Verfallsklauseln im Fall des Verstoßes gegen interne Vorgaben oder Gesetze.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Im Jahr 2010 führte der Konzern ein neues Mitarbeiterbeteiligungsprogramm namens Global Share Purchase Plan (GSPP) ein. Per 31. Dezember 2010 war der neue Plan in 27 Ländern von Konzerneinheiten eingeführt.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	Gestaffelte Zuteilung in neun gleichen Tranchen im Zeitraum zwischen 12 und 45 Monaten nach Gewährung Zuteilung als Einmaltranche nach 45 Monaten	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter
	Bleibepremie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung ¹		Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.
Global Share Purchase Plan (GSPP)	Mitarbeiterbeteiligungsprogramm	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeitern in bestimmten Ländern werden jeweils bis zu 10 Aktienrechte gewährt.

¹ Gewichteter Durchschnitt der maßgeblichen Dienstzeit: 28 Monate.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Für Belegungen vor 2010 genutzte aktienbasierte Vergütungspläne

Aktienprogramme

Vor dem Jahr 2010 hat der Konzern aktienbasierte Vergütungen im Rahmen einer Reihe anderer Pläne gewährt. Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale dieser Altprogramme zusammen.

Plan		Anwartschaftsfrist	Spezielle Regelungen für vorgezogenen Ruhestand	Anspruchsberechtigung	Letztmalig gewährt in
Restricted Equity Units (REU) Plan	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 48 Monate ¹ 20 % : 54 Monate	Ja	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3 : 6 Monate 1/3 : 18 Monate 1/3 : 30 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2006
DB Share Scheme	Außerordentliche Vergütungskomponente	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.	2006
DB Key Employee Equity (KEEP) Plan	–	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Führungskräfte	2005
Global Share Plan	–	100 % : 12 Monate	Nein	Alle Mitarbeiter, Gewährung von bis zu 10 Rechten je Mitarbeiter	2007
Global Partnership Plan Equity Units	Jährliche Vergütungskomponente	80 % : 24 Monate ² 20 % : 42 Monate	Nein	Vorstand	2008
Global Share Plan – Deutschland	–	100 % : 12 Monate	Nein	Mitarbeiter in Deutschland, Gewährung von bis zu 10 Aktienrechten je Mitarbeiter ³	2008
DB Equity Plan	Jährliche Vergütungskomponente	50 % : 24 Monate 25 % : 36 Monate 25 % : 48 Monate	Nein	Jährlich gewährte Bleibepremie für ausgewählte Mitarbeiter	2009 (mit diesen Anwartschaftsfristen)
	Bleibepremie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Nein	Ausgewählte Mitarbeiter mit dem Ziel, Schlüsselkompetenzen zu gewinnen oder zu halten.	

¹ Auslieferung erfolgt nach weiteren 6 Monaten.

² Auslieferung erfolgt nach weiteren 18 Monaten.

³ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Sämtliche Pläne gewähren das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden, solange die Stammaktien noch nicht an sie ausgegeben wurden.

Die Aktienrechte können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Teilnehmer sein Arbeitsverhältnis vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist auf eigenen Wunsch beendet. Die Planregeln des REU Plans oder des DB Equity Plans für einen vorgezogenen Ruhestand erlauben jedoch auch im Fall eines Ausscheidens auf eigenen Wunsch den Fortbestand der Anwartschaft, wenn bestimmte Bedingungen bezüglich Alter und Dienstzeit erfüllt sind. In bestimmten Fällen wie der betriebsbedingten Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder beim Eintritt in den Ruhestand bleibt die Anwartschaft in der Regel bestehen. Die Anwartschaftsdauer wird abgekürzt, wenn das Arbeitsverhältnis aufgrund des Verlusts der Erwerbsfähigkeit oder durch Tod beendet wird.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde von 2007 an die Vergütung unter dem DB Equity Plan und dem Global Share Plan in einer Planvariante gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Entwicklung ausstehender Aktienrechte

Die nachfolgende Übersicht fasst die Entwicklung der ausstehenden Aktienrechte für die Pläne zusammen, die das Recht gewähren, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer bestimmten Zeit zu erhalten. Die Übersicht enthält auch die Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden, die einen Barausgleich vorsehen. Ferner beinhaltet die Übersicht die Anzahl der zusätzlichen Aktienrechte, die Mitarbeitern zum Ausgleich des wirtschaftlichen Nachteils aus der im September vorgenommenen Kapitalerhöhung gewährt wurden. Der wirtschaftliche Effekt wurde auf der Grundlage einer anerkannten Berechnungsmethode kalkuliert und führte zu einer Anpassung in Höhe von 9,59% der zum 21. September 2010 ausstehenden Awards. Die neuen Awards unterliegen den Planbedingungen und Unverfallbarkeitsfristen der ursprünglich vergebenen Awards.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Fair Value)	Global Partnership Plan Equity Units	DB Share Scheme/ DB KEEP/REU/ DB Equity Plan	Global Share Plan/ Global Share Purchase Plan	Insgesamt	Gewichteter Durchschnitt des Fair Value je Recht am Tag der Gewährung
Bestand zum 31. Dezember 2008	335	48.267	258	48.860	€ 70,22
Gewährt	–	23.809	–	23.809	€ 22,02
Ausgegeben	–93	–18.903	–253	–19.249	€ 68,76
Verfallen	–	–3.059	–5	–3.064	€ 43,51
Bestand zum 31. Dezember 2009	242	50.114	–	50.356	€ 49,61
Gewährt	–	43.942	151	44.093	€ 43,46
Ausgegeben	–92	–20.668	–	–20.760	€ 69,75
Verfallen	–	–4.774	–	–4.774	€ 39,19
Bestand zum 31. Dezember 2010	150	68.614	151	68.915	€ 40,31

Im Februar 2011 wurden ungefähr 12,1 Millionen Aktien an Begünstigte aus früheren Gewährungen im Rahmen des DB Equity Plan und des DB Share Scheme ausgegeben.

Zusätzlich zu den in der obigen Tabelle enthaltenen Aktienrechten gewährte der Konzern im Februar 2011 im Rahmen des DB Equity Plan unter für 2011 modifizierten Planbedingungen ungefähr 25,0 Millionen Aktienrechte mit einem durchschnittlichen Fair Value von 42,02 € je Aktienrecht. Davon wurden ungefähr 0,7 Millionen Aktienrechte unter der Planvariante des DB Equity Plan gewährt, die einen Barausgleich vorsieht.

Performanceoptionen

Die Deutsche Bank hat Performanceoptionen unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) zu Vergütungszwecken eingesetzt. Nach Februar 2004 wurden unter diesen Plänen keine neuen Optionen ausgegeben.

Die nachstehende Übersicht fasst die wesentlichen Merkmale der unter dem Global Share Plan (vor 2004) und dem Global Partnership Plan gewährten Performanceoptionen zusammen.

Plan	Gewährt im Jahr	Ausübungspreis	Zusätzliche Partnership Appreciation Rights	Ausübar bis	Anspruchsberechtigung
Global Share Plan (vor 2004)	2002	€ 55,39	Nein	Nov 2008	Alle Mitarbeiter ¹
Performanceoptionen	2003	€ 75,24	Nein	Dez 2009	Alle Mitarbeiter ¹
Global Partnership Plan	2002	€ 89,96	Ja	Feb 2008	Ausgewählte Führungskräfte
Performanceoptionen	2003	€ 47,53	Ja	Feb 2009	Ausgewählte Führungskräfte
	2004	€ 76,61	Ja	Feb 2010	Vorstand

¹ Teilnehmer müssen zum Zeitpunkt der Gewährung mindestens ein Jahr für den Konzern gearbeitet haben und in einem ungekündigten Arbeitsverhältnis stehen.

Jede der im Rahmen der beiden Pläne gewährten Optionen berechtigt zum Erwerb einer Deutsche Bank-Stammaktie. Der Ausübungspreis beträgt 120 % des Referenzpreises. Als Referenzpreis wurde der jeweils höhere Wert aus dem Börsenkurs der Stammaktie am Tag der Gewährung oder dem Durchschnitt der Börsenkurse der Stammaktie an der Frankfurter Wertpapierbörse in einem Zeitraum von zehn Handelstagen bis einschließlich des Tages der Gewährung bestimmt.

Im Rahmen des Global Partnership Plan wurden von 2002 bis 2004 Performanceoptionen an ausgewählte Führungskräfte gewährt. Für jede Option wurde den Teilnehmern ein Partnership Appreciation Right (PAR) gewährt. PARs verkörpern das Recht auf eine Barzahlung in Höhe von 20 % des Referenzpreises. Die Feststellung des Referenzpreises erfolgte dabei auf gleiche Weise wie zuvor für die Performanceoptionen dargestellt. PARs wurden zum gleichen Zeitpunkt und im selben Umfang wie die Performanceoptionen ausübbar. Sie werden automatisch zur gleichen Zeit und in gleichem Umfang wie die Performanceoptionen ausgeübt.

Unter dem Global Share Plan (vor 2004), einem breit angelegten Mitarbeiterplan, wurden in den Jahren 2002 bis 2003 Performanceoptionen begeben. Der Plan gewährte die Möglichkeit, in den Jahren 2002 und 2003 jeweils bis zu 20 Aktien zu erwerben. Für jede erworbene Aktie erhielten die Teilnehmer in den Jahren 2002 und 2003 jeweils fünf Performanceoptionen. Performanceoptionen unter dem Global Share Plan (vor 2004) verfallen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Teilnehmer, die in den Ruhestand gehen oder dauerhaft erwerbsunfähig werden, behalten ihren Anspruch auf Ausübung der Performanceoptionen.

Entwicklung ausstehender Performanceoptionen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der ausstehenden Performanceoptionen, die unter dem Global Partnership Plan und dem Global Share Plan (vor 2004) gewährt wurden.

in Tsd Einheiten (ausgenommen Ausübungspreise)	Global Partnership Plan Performanceoptionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis ¹	DB Global Share Plan (vor 2004) Performanceoptionen	Gewichteter durchschnittlicher Ausübungspreis
Bestand zum 31. Dezember 2008	980	€ 47,53	510	€ 75,24
Ausgeübt	–	–	–	–
Verfallen	–	–	–9	€ 75,24
Abgelaufen	–980	€ 47,53	–501	€ 75,24
Bestand zum 31. Dezember 2009	–	–	–	–
Ausgeübt	–	–	–	–
Verfallen	–	–	–	–
Abgelaufen	–	–	–	–
Bestand zum 31. Dezember 2010	–	–	–	–

¹ Der gewichtete durchschnittliche Ausübungspreis enthält keine Effekte aus den im Rahmen des DB Global Partnership Plan begebenen Partnership Appreciation Rights.

Der gewichtete durchschnittliche Aktienkurs am Ausübungstag betrug 64,31 € im Geschäftsjahr 2008. Zum 31. Dezember 2009 stehen keine Performanceoptionen mehr aus, da solche, welche im Jahr 2004 begeben wurden, bereits ausgeübt wurden, und alle übrigen, welche nicht bereits ausgeübt wurden, im Jahr 2009 verfallen sind.

Personalaufwand

Personalaufwand für Vergütungen, die durch Eigenkapitalinstrumente beglichen werden, wird auf Basis des Fair Value der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt.

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütungen, die in bar abgegolten werden, wird zu jedem Bilanzstichtag zum Fair Value neu bewertet und die entsprechende Verpflichtung wird bis zur Zahlung als sonstige Verbindlichkeit ausgewiesen. Für Rechte, die unter den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan gewährt wurden und die einen Barausgleich vorsehen, basiert die Neubewertung auf dem aktuellen Börsenkurs der Deutsche Bank-Stammaktie.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Rechnungslegungsprinzipien sind in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ enthalten.

Der Konzern berücksichtigte den Personalaufwand für seine wesentlichen aktienbasierten Vergütungspläne wie folgt.

in Mio €	2010	2009	2008
DB Global Partnership Plan	1	4	10
DB Global Share Plan/DB Global Share Purchase Plan	3	6	39
DB Share Scheme/Restricted Equity Units Plan/DB KEEP/DB Equity Plan	1.173	637	1.249
Insgesamt	1.177	647	1.298

Der Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung im Geschäftsjahr 2010 enthält ungefähr 24 Mio € (2009: 22 Mio €, 2008: 4 Mio €) aus den Planvarianten des DB Equity Plan und DB Global Share Plan, die einen Barausgleich vorsehen.

Durch aktienbasierte Vergütungstransaktionen, die in bar abgegolten werden, entstehen Verbindlichkeiten. Zum 31. Dezember 2010 beliefen sich diese Verbindlichkeiten auf ungefähr 33 Mio € (31. Dezember 2009: 26 Mio €, 31. Dezember 2008: 10 Mio €).

Zum 31. Dezember 2010 belief sich der noch nicht abgegrenzte Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütungen auf ungefähr 1,0 Mrd € (31. Dezember 2009: 0,4 Mrd €, 31. Dezember 2008: 0,6 Mrd €).

33 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aufgeschobene Vergütung

Der Konzern gewährte ausgewählten Mitarbeitern Zusagen auf aufgeschobene Barvergütung. Jede Zusage besteht aus drei Tranchen in Höhe jeweils eines Drittels des Gesamtbetrags. Die drei Tranchen werden nach jeweils einem, zwei beziehungsweise drei Jahren unverfallbar und unmittelbar nach Erreichen der Unverfallbarkeit ausgezahlt abzüglich der bis dahin nach den Planregelungen verfallenen Beträge. Der Aufwand für jede Tranche wird grundsätzlich über die jeweilige Anwartschaftsfrist verteilt. Die zugesagten Beträge kommen im Regelfall nur dann zur Auszahlung an den Mitarbeiter, wenn dieser sich zum entsprechenden Unverfallbarkeitstermin in einem ungekündigten Anstellungsverhältnis mit der Deutschen Bank befindet. Des Weiteren unterliegen die Zusagen weiteren Verfallsregelungen, zum Beispiel wenn Mitarbeiter durch ihr Verhalten gegen interne Richtlinien oder Gesetze verstoßen.

Seit 2010 enthalten die Zusagen an einen näher definierten Mitarbeiterkreis des Senior Managements darüber hinaus auf Basis der regulatorischen Anforderungen performanceindizierte Verfallsregelungen mit der Konsequenz, dass Teile der Zusagen bei Nichterreichen definierter Kennziffern nicht zur Auszahlung kommen.

Das Zusagevolumen im Februar 2010 (begeben nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan) betrug ungefähr 0,5 Mrd €. Im Februar 2009 wurden nach den Regelungen des Restricted Cash Plan ungefähr 1,0 Mrd € zugesagt.

Für Zusagen ab dem Jahr 2011 gelten bestimmte Verfallsregelungen ausschließlich für die Gruppe von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die gemäß den Vorgaben der neuen deutschen „Instituts-Vergütungsverordnung“ (InstitutsVergV) gesondert identifiziert werden.

Insgesamt wurden im Februar 2011 Zusagen in Höhe von ungefähr 1,0 Mrd € nach den Regelungen des DB Restricted Incentive Plan begeben.

Darüber hinaus gewährte der Konzern Aktienrechte, die in Note 32 „Aktienbasierte Vergütungen“ beschrieben sind.

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Pläne unterschieden werden. Die leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns werden in Pensionspläne und Gesundheitsfürsorgepläne unterteilt.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Der Konzern finanziert große Teile der Pensionsverpflichtungen in verschiedenen externen Treuhandvermögensanlagen aus.

Der Konzern verfolgt eine Finanzierungsstrategie, die – unter Beachtung spezifischer gesetzlicher und vertraglicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung der leistungsdefinierten Verpflichtung im Sinne der „Defined Benefit Obligation“ durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90 % bis 100 % abzielt. Dennoch entschied der Konzern, einige Verpflichtungen nicht auszufinanzieren, zum Beispiel wenn dies steuerlich nicht sinnvoll ist. Für derartige Verpflichtungen werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Darüber hinaus gibt es im Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Pläne wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern bildet über die aktive Dienstzeit Rückstellungen und zahlt Leistungen bei Fälligkeit aus.

Das Pensions Risk Committee des Konzerns überwacht die Risiken aller Pensionspläne des Konzerns weltweit. In diesem Rahmen erlässt es Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf die Bilanz

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung der Pensionsverpflichtung und des Fair Value des Planvermögens des Konzerns für die beiden Geschäftsjahre 2010 und 2009, den Finanzierungsstatus sowie dessen Überleitung zu den in der Bilanz erfassten Beträgen zum Ende der jeweiligen Jahre dar.

in Mio €	Pensionspläne		Gesundheitsfürsorgepläne	
	2010	2009	2010	2009
Entwicklung der Verpflichtung:				
Verpflichtung am Jahresanfang	9.416	8.189	136	119
Laufender Dienstzeitaufwand	243	186	3	3
Zinsaufwand	527	457	9	7
Zuführungen der Planteilnehmer	14	6	–	–
Versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (–)	81	846	3	14
Wechselkursveränderungen	231	181	10	–
Gezahlte Leistungen	–465	–467	–7	–7
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	–77	18	–	–
Akquisitionen ¹	2.129	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen/Plankürzungen	–30	–	–	–
Sonstige ²	2	–	–	–
Verpflichtung am Jahresende	12.071	9.416	154	136
davon: intern finanziert	1.124	201	154	136
davon: extern finanziert	10.947	9.215	–	–
Entwicklung des Planvermögens:				
Fair Value des Planvermögens am Jahresanfang	9.352	8.755	–	–
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	490	403	–	–
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (–)	224	92	–	–
Wechselkursveränderungen	210	231	–	–
Zuführungen des Arbeitgebers	388	264	–	–
Zuführungen der Planteilnehmer	14	6	–	–
Gezahlte Leistungen ³	–423	–398	–	–
Akquisitionen ¹	846	–	–	–
Veräußerungen	–	–	–	–
Planabgeltungen	–17	–1	–	–
Sonstige ²	–8	–	–	–
Fair Value des Planvermögens am Jahresende	11.076	9.352	–	–
Finanzierungsstatus am Jahresende	–995	–64	–154	–136
Noch nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	–	–	–	–
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	–3	–7	–	–
Umklassifizierung in zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte ⁴	5	–	–	–
Nettobilanzwert Vermögen/Schuld (–)	–993	–71	–154	–136
davon: bilanziert als sonstige Aktiva	609	276	–	–
davon: bilanziert als sonstige Passiva	–1.602	–347	–154	–136

¹ Postbank, Sal. Oppenheim, BHF-BANK.

² Beinhaltet die Startwerte von erstmals berücksichtigten kleineren Plänen.

³ Nur für extern finanzierte Pensionspläne.

⁴ BHF-BANK.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method“) bewertet.

Den Berechnungen liegen folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde. Diese werden als gewichtete Durchschnitte dargestellt.

	2010	2009	2008
Zugrunde gelegte Annahmen bei Pensionsplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,1 %	5,4 %	5,6 %
Inflationsrate	2,5 %	2,7 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,3 %	3,4 %	3,0 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,4 %	2,4 %	1,8 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,4 %	5,6 %	5,5 %
Inflationsrate	2,7 %	2,1 %	2,1 %
Nominale Gehaltssteigerungsrate	3,4 %	3,0 %	3,3 %
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,4 %	1,8 %	1,8 %
Erwartete Rendite des Planvermögens ¹	5,0 %	4,5 %	5,0 %
Zugrunde gelegte Annahmen bei Gesundheitsfürsorgeplänen			
zur Ermittlung der Verpflichtung am Jahresende			
Diskontierungszinssatz	5,3 %	5,9 %	6,1 %
zur Ermittlung des Aufwands für das Geschäftsjahr			
Diskontierungszinssatz	5,9 %	6,1 %	6,1 %
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren			
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	19,4	19,4	19,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	21,6	21,5	21,1
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,8	22,8	22,6
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	24,9	24,8	24,5

¹ Die erwartete Rendite des Planvermögens zur Bestimmung des Aufwands beträgt 4,9 % für das Jahr 2011.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über einen sogenannten „Yield-curve“-Ansatz über hochrangige Unternehmensanleihen ermittelt, der den tatsächlichen Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe für jeden Plan berücksichtigt. Für die Eurozone wird ein einheitlicher Ansatz basierend auf der maßgeblichen Annahme für Deutschland gewählt. Für andere Pläne wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag auf Grundlage hochrangiger Unternehmens- oder Staatsanleihen in Einklang mit den aus den Verpflichtungen resultierenden Fälligkeiten festgesetzt.

Die Annahmen zur Preissteigerungsrate in Großbritannien und der Eurozone werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationswapsätze in den betreffenden Märkten zum Bewertungsstichtag. In anderen Ländern liegt der Bezug üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur Gehaltssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, nach einem modularen Ansatz von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln die Vergütungsstruktur oder -grundsätze eines jeden Marktes wider.

Die Annahmen zur Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls sachgerecht, nach einem modularen Ansatz von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln die lokalen gesetzlichen Anforderungen oder planspezifischen Regelungen wider.

Die erwartete Rendite des Planvermögens wird gesondert für jeden Plan mithilfe eines modularen Ansatzes entwickelt, der die jeweilige Zielallokation der Portfoliostruktur sowie die erwartete Rendite jeder Anlageklasse zum Bewertungsstichtag berücksichtigt. Prinzipiell wird eine risikofreie Rendite mit Anpassungen bezüglich Duration und bestimmter relevanter Faktoren für jede größere Anlageklasse als Maßstab benutzt. Zum Beispiel wird die erwartete Rendite für Aktien und Immobilien dadurch abgeleitet, dass eine jeweilige Risikoprämie zur Rendite von Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren hinzugefügt wird.

Die Lebenserwartung ist eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der Verpflichtung aus leistungsdefinierten Plänen und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Zur Ermittlung des Aufwands für Gesundheitsfürsorgepläne wurde eine gewichtete durchschnittliche Zunahme von 8,2% für die im Rahmen dieser Pläne pro Person zu erbringenden Leistungen für das Jahr 2011 angenommen. Für diese Steigerungsrate werden ein allmählicher Rückgang auf 4,9% bis zum Ende des Jahres 2017 und eine anschließende Stabilisierung auf diesem Niveau erwartet.

Anlage des Pensionsvermögens

Vorrangiges Anlageziel des Konzerns ist es im Wesentlichen, die Bank vor starken Schwankungen des Finanzierungsstatus seiner Pensionspläne abzusichern, wobei Risiken infolge von Durationsdisparitäten und Diversifizierung der Anlageklassen in begrenztem Umfang eingegangen werden, um langfristig die Kosten des Konzerns für Leistungen an Arbeitnehmer zu reduzieren. Das Ziel besteht darin, die Erträge innerhalb des Risikotoleranzbereichs des Konzerns zu maximieren.

Die folgende nach Anlagekategorien gegliederte Tabelle zeigt die gewichtete durchschnittliche Portfoliostruktur der Pensionspläne des Konzerns zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2009 sowie die Zielallokation.

	Zielallokation	Prozentualer Anteil am Planvermögen	
		31.12.2010	31.12.2009
Anlagekategorien:			
Aktien	11 %	9 %	8 %
Verzinsliche Wertpapiere (inklusive Barmittel und Derivate)	85 %	88 %	90 %
Alternative Anlageinstrumente (inklusive Immobilien)	4 %	3 %	2 %
Anlagekategorien insgesamt	100 %	100 %	100 %

Der tatsächliche Ertrag aus Planvermögen betrug 714 Mio € im Jahr 2010 (2009: 495 Mio €).

Im Planvermögen zum 31. Dezember 2010 sind konzernintern abgeschlossene Derivate mit einem negativen Marktwert von 2 Mio € enthalten. Des Weiteren sind im Planvermögen vom Konzern emittierte Wertpapiere im Wert von 99 Mio € enthalten.

Auswirkung auf den Kapitalfluss

Die erwarteten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2011 voraussichtlich 300 Mio € betragen. Rückübertragungen von Anteilen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2011 werden nicht erwartet.

Die folgende Übersicht zeigt die voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen für jedes der nächsten fünf Jahre sowie die Leistungen für die darauf folgenden fünf Jahre insgesamt. Bei der Berechnung der Höhe der Leistungen werden zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten berücksichtigt. Die Werte beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen des Konzerns für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne.

in Mio €	Pensionspläne	Gesundheitsfürsorgepläne	
		Bruttobetrag	Erstattungen ¹
2011	517	11	- 1
2012	522	11	- 2
2013	538	12	- 2
2014	547	12	- 2
2015	568	13	- 2
2016 – 2020	3.229	69	- 11

¹ Voraussichtliche Rückerstattungen aus Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente im Rahmen des Versicherungsprogramms Medicare.

Auswirkung auf das Eigenkapital

Gemäß den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns für leistungsdefinierte Pläne werden versicherungsmathematische Gewinne und Verluste in der Periode ihrer Entstehung direkt im Eigenkapital erfasst und in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung und in der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Die folgende Tabelle zeigt den zum 31. Dezember 2010 seit dem Übergangsstichtag zu IFRS kumulierten erfassten Betrag sowie die in den Jahren 2010 und 2009 erfassten Beträge ohne Beachtung latenter Steuern. Latente Steuern werden in Note 34 „Ertragsteuern“ in einer separaten Tabelle für Ertragsteuern, die im Eigenkapital erfasst werden, ausgewiesen.

in Mio €	Erfassung im Gesamtergebnis (Comprehensive income)		
	31.12.2010 ¹	2010	2009
Pensionspläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	28	143	- 754
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten	- 3	4	1
Pensionspläne insgesamt	25	147	- 753
Gesundheitsfürsorgepläne:			
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust (-)	37	- 3	- 14
Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	37	- 3	- 14
Insgesamt erfasster Betrag	62	144	- 767

¹ Kumuliert seit dem Übergangsstichtag zu IFRS und einschließlich Wechselkursveränderungen.

Erfahrungsbedingte Anpassungen in den Verpflichtungen und Vermögenswerten

Die folgende Tabelle zeigt für die laufende und die vorangegangenen vier Bewertungsstichtage die Beträge der Verpflichtung, des Fair Value des Planvermögens und des Finanzierungsstatus sowie die erfahrungsbedingten Anpassungen, die in Bezug auf Verpflichtung und Planvermögen in den jeweils zum Bewertungsstichtag abgelaufenen Jahren entstanden.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Pensionspläne:					
Verpflichtung	12.071	9.416	8.189	8.518	9.129
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	-83	-72	24	-68	18
Fair Value des Planvermögens	11.076	9.352	8.755	9.331	9.447
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Gewinn/Verlust (-))	224	92	-221	-266	-368
Finanzierungsstatus	-995	-64	566	813	318
Gesundheitsfürsorgepläne:					
Verpflichtung	154	136	119	116	147
davon: erfahrungsbedingte Anpassungen (Verlust/Gewinn (-))	1	-	-5	-17	-27
Finanzierungsstatus	-154	-136	-119	-116	-147

Auswirkung auf den Aufwand

Der in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Personalaufwand für leistungsdefinierte Pläne und andere ausgewählte Leistungen der Geschäftsjahre 2008 bis 2010 setzte sich aus den nachstehenden Komponenten zusammen.

in Mio €	2010	2009	2008
Aufwendungen für Pensionspläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	243	186	264
Zinsaufwand	527	457	453
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	-490	-403	-446
Sofort erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (-)	-77	18	14
Planabgeltungen/Plankürzungen	-14	1	-
Sofort erfasster versicherungsmathematischer Verlust/Gewinn (-) aufgrund von Planabgeltungen/Plankürzungen ¹	-	-	9
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	-	1
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	-	-	-2
Pensionspläne insgesamt	189	259	293
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:			
Laufender Dienstzeitaufwand	3	3	2
Zinsaufwand	9	7	7
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (-) ¹	-	-	2
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	12	10	11
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	201	269	304
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	239	203	206
Pensionsaufwendungen insgesamt	440	472	510
Ausweis anderer ausgewählter Leistungen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	171	162	159
Aufwendungen für Cash-Retention-Pläne	662	688	13
Aufwendungen für Abfindungszahlungen	588	629	555

¹ Komponenten, die nach dem Korridorverfahren in den Jahren 2006 und 2007 gebucht und im Jahr 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegung storniert wurden.

Der für 2011 erwartete Aufwand beträgt 320 Mio € für die Pensionspläne und 11 Mio € für die Gesundheitsfürsorgepläne. Der erwartete Anstieg gegenüber 2010 ist maßgeblich begründet durch die Konsolidierung der Postbank und die Veränderung der Indexierung von Anwartschaften betrieblicher Altersvorsorgesysteme aufgrund eines Regierungserlasses in Großbritannien, welcher im Jahr 2010 zu nachträglichem Dienstzeitertrag von 104 Mio € führte.

Die gewichtete durchschnittliche Restdienstzeit der aktiven Planteilnehmer beträgt zehn Jahre bei den Pensions- und sechs Jahre bei den Gesundheitsfürsorgeplänen.

Sensitivitäten auf wesentliche Annahmen

Die nachfolgende Übersicht zeigt planspezifische Sensitivitäten der Verpflichtung zum jeweils angegebenen Stichtag und der Kernelemente des Aufwands (Dienstzeitaufwand, Zinsaufwand, erwarteter Ertrag aus Planvermögen) in den angegebenen Perioden für leistungsdefinierte Pläne hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen.

Anstieg/Reduzierung (–) in Mio €	Verpflichtung zum		Aufwendungen für das Jahr	
	31.12.2010	31.12.2009	2011	2010
Sensitivität bei Pensionsplänen:				
Diskontierungszinssatz (Rückgang um 50 Basispunkte)	935	695	5	5
Inflationsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	545	420	35	30
Reale Gehaltssteigerungsrate (Anstieg um 50 Basispunkte)	105	80	10	10
Lebenserwartung (Verbesserung um 10 %) ¹	245	175	15	10
Erwartete Rendite (Reduzierung um 50 Basispunkte)	–	–	55	45
Sensitivität bei Gesundheitsfürsorgeplänen:				
Gesundheitskostensteigerungsrate (Anstieg um 100 Basispunkte)	19	16	2	2
Gesundheitskostensteigerungsrate (Reduzierung um 100 Basispunkte)	–17	–14	–2	–1

¹ Eine Verbesserung der Lebenserwartung um 10 % bedeutet eine Reduzierung der Sterbewahrscheinlichkeit für jedes Alter um 10 %. Diese Sensitivität führt zu einer im Durchschnitt um ein Jahr erhöhten Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren.

34 – Ertragsteuern

Der Ertragsteueraufwand/-ertrag für die Jahre 2010, 2009 und 2008 setzt sich wie folgt zusammen.

in Mio €	2010	2009	2008
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–):			
Steueraufwand/-ertrag (–) für das laufende Jahr	1.339	970	–32
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (–)	–9	–430	–288
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	1.330	540	–320
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	700	570	–1.346
Effekt aus Steuersatzänderungen	7	3	26
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (–)	–392	–869	–205
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	315	–296	–1.525
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	1.645	244	–1.845

Der Ertragsteueraufwand für das Jahr 2010 beinhaltet einen Steueraufwand aus einer Steuer im Zusammenhang mit dem Versicherungsgeschäft von Abbey Life („Policyholder Tax“) in Höhe von 37 Mio € (2009: 1 Mio €, 2008: 79 Mio €, jeweils Steuerertrag), der durch Einkünfte entsteht, die dem Versicherungsnehmer zuzurechnen sind.

Der laufende Steueraufwand ist aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen im Geschäftsjahr 2010 um einen Steuerertrag in Höhe von 6 Mio € vermindert (2009: Verminderung des laufenden Steueraufwands um 0,2 Mio €; 2008: Erhöhung des laufenden Steuerertrags um 45 Mio €).

Der latente Steueraufwand ist aufgrund von Abwertungen aktiver latenter Steuern und der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähiger temporärer Differenzen sowie aufgrund der Wertaufholung aktiver latenter Steuern aus Vorjahren im Geschäftsjahr 2010 per Saldo um einen latenten Steueraufwand in Höhe von 173 Mio € erhöht (Erhöhung des latenten Steuerertrags um 537 Mio € in 2009 und Minderung des latenten Steuerertrags um 971 Mio € in 2008).

Die nachstehende Übersicht zeigt eine Analyse des Unterschiedsbetrags zwischen dem Steueraufwand/-ertrag, der sich bei Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes auf das Ergebnis vor Steuern ergeben würde, und dem tatsächlich ausgewiesenen Steueraufwand/-ertrag des Konzerns.

in Mio €	2010	2009	2008
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (-) bei einem Ertragsteuersatz von 30,7 % in Deutschland (30,7 % für 2009 und 2008)	1.219	1.595	-1.760
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	63	-63	-665
Steuerbefreite Einnahmen	-556	-763	-746
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	-87	-29	-36
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	335	624	403
Belastung Deutsche Postbank AG ohne korrespondierenden Steuerertrag	668	-	-
Nicht temporäre Wertminderungen des Goodwill	-	-	1
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern	167	-537	926
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung	7	3	26
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	48	-95	227
Effekt aus der „Policyholder Tax“	37	-1	-79
Sonstige	-256	-490	-142
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (-)	1.645	244	-1.845

In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position Sonstige für 2010 im Wesentlichen Effekte aufgrund verbesserter Ertragsteuerpositionen in den USA einschließlich geänderter Grundlagen für die US-Körperschaftsteuererklärung und für 2009 überwiegend die Einmaleffekte aufgrund abgeschlossener Steuerprüfungen enthalten.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und hat in den Geschäftsjahren 2010, 2009 und 2008 30,7 % betragen.

Ertragsteuern sind dem Eigenkapital (sonstiges Ergebnis/Kapitalrücklage) wie folgt belastet oder gutgeschrieben worden.

in Mio €	2010	2009	2008
Steuerbelastung (-)/-gutschrift infolge versicherungsmathematischer Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	-29	113	1
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode	-59	-195	892
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen	-47	-214	-194
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Cashflows absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode	30	90	-34
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen	-1	-2	-
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode	320	54	67
Umklassifizierung aufgrund von Gewinn- (-)/Verlustrealisierungen	-3	13	-
Ertragsteuern, die dem sonstigen Ergebnis belastet (-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	240	-254	731
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital belastet(-) beziehungsweise gutgeschrieben wurden	30	-35	-75

Nachfolgend sind die latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten vor bilanzieller Saldierung für jede Art temporärer Differenzen, bisher nicht genutzte steuerliche Verluste und Steuergutschriften dargestellt.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Latente Steuerforderungen:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	2.637	2.986
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	189	218
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.627	7.244
Sachanlagen	450	654
Sonstige Aktiva	1.522	1.544
Bewertung von Wertpapieren	1.117	563
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	593	353
Sonstige Rückstellungen	1.314	1.088
Sonstige Passiva	1.941	439
Latente Steuerforderungen insgesamt	18.390	15.089
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	8.070	6.666
Sachanlagen	62	55
Sonstige Aktiva	1.669	652
Bewertung von Wertpapieren	758	652
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	124	122
Sonstige Rückstellungen	897	932
Sonstige Passiva	776	1.017
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	12.356	10.096

Nach bilanzieller Saldierung wurden diese Beträge wie folgt ausgewiesen.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Latente Steuerforderungen	8.341	7.150
Latente Steuerverbindlichkeiten	2.307	2.157
Latente Steuerforderungen, rechnerischer Saldo	6.034	4.993

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steuerforderungen und latenten Steuerverbindlichkeiten entspricht nicht dem latenten Steueraufwand. Die Gründe hierfür sind (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umgliederungen von latenten Steuerforderungen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva dargestellt werden.

Für die folgenden Posten wurden keine latenten Steuerforderungen per 31. Dezember 2010 (31. Dezember 2009) ausgewiesen.¹

in Mio €	31.12.2010 ¹	31.12.2009 ¹
Abzugsfähige temporäre Differenzen	-676	-69
Unverfallbar	-4.206	-1.598
Verfall in der folgenden Periode	-6	0
Verfall nach der folgenden Periode	-1.801	-659
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	-6.013	-2.257
Verfall in der folgenden Periode	-	-
Verfall nach der folgenden Periode	-67	-87
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	-67	-87

¹ Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern.

Latente Steuerforderungen wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2010 beziehungsweise zum 31. Dezember 2009 hat der Konzern für Gesellschaften, die einen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steuerforderungen ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 3,3 Mrd € beziehungsweise 6 Mrd € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß welcher es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. In der Regel verwendet das Management für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen Informationen zu historischer Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2010 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 106 Mio € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2009: 105 Mio €).

35 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten sowohl zu Handels- als auch zu Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen, Risiken des Konzernobligos zu steuern und abzusichern sowie um Erträge im Eigenhandel zu generieren.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschrieben sind, werden alle Derivate zum Marktwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nichthandelszwecke gehalten werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Derivate

Verkaufs- und Handelsaktivitäten

Die Mehrzahl der Derivatetransaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Handelsaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Die Handelsaktivitäten umfassen Marktpflege- und Arbitrageaktivitäten sowie das Eingehen von Eigenhandelspositionen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften. Durch Eingehen von Eigenhandelspositionen steuert der Konzern seine Risikopositionen in der Erwartung, von günstigen Entwicklungen der Preise, Zinsen oder Indizes zu profitieren. Bei Arbitrageaktivitäten werden Preisabweichungen zwischen Märkten und Produkten ermittelt, um daraus Gewinne zu erzielen.

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Kredit- und Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) erfüllen

Für Derivate, für die die in Note 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze“ beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern Hedge Accounting an.

Fair Value Hedge Accounting

Der Konzern wendet Fair Value Hedge Accounting mittels Zinsswaps und Optionen an, um sich gegen Veränderungen des Fair Value festverzinslicher Finanzinstrumente infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Fair Value Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2010	Passiva 2010	Aktiva 2009	Passiva 2009
Derivate als Sicherungsinstrumente in Fair Value Hedges ¹	8.447	5.823	6.726	3.240

¹ Die Konsolidierung der Postbank erhöhte die Aktiva im Jahr 2010 um 0,7 Mrd € und die Passiva um 1,5 Mrd €.

Im Geschäftsjahr 2010 wies der Konzern einen Gewinn von 0,7 Mrd € (2009: Verlust in Höhe von 1,6 Mrd €) aus Sicherungsinstrumenten aus. Im gleichen Zeitraum belief sich der Verlust aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, auf 0,6 Mrd € (2009: Gewinn von 1,5 Mrd €).

Seit ihrer Konsolidierung ist die Postbank mit einem Gewinn in Höhe von 0,3 Mrd € aus Sicherungsinstrumenten und einem Verlust in Höhe von 0,3 Mrd € aus den abgesicherten Grundgeschäften, der auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen war, in den vorstehend genannten Zahlen enthalten.

Cash Flow Hedge Accounting

Der Konzern wendet Cash Flow Hedge Accounting mittels Terminkontrakten auf Aktien, Zinsswaps und Devisentermingeschäfte an, um sich gegen Risiken aus Schwankungen von Aktienindizes, Zinssätzen und Wechselkursen zu schützen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die im Rahmen von Cash Flow Hedges gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2010	Passiva 2010	Aktiva 2009	Passiva 2009
Derivate als Sicherungsinstrumente in Cash Flow Hedges	1	268	2	197

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Berichtszeiträumen mit dem Auftreten der abgesicherten Cashflows gerechnet wird und wann diese voraussichtlich ergebniswirksam werden.

in Mio €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2010				
Cashflow aus Aktiva	47	84	56	254
Cashflow aus Passiva	-27	-50	-39	-63
Nettocashflow	20	34	17	191
Zum 31. Dezember 2009				
Cashflow aus Aktiva	42	79	65	106
Cashflow aus Passiva	-40	-58	-27	-140
Nettocashflow	2	21	38	-34

Diese erwarteten zukünftigen Zahlungsströme stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit den zwei größten Hedgeprogrammen des Konzerns, mit Maher Terminals LLC und mit Abbey Life Assurance Company Limited.

Im Geschäftsjahr 2010 wies der Konzern einen Saldo von minus 321 Mio € (2009: minus 217 Mio €) im Zusammenhang mit Cash Flow Hedges im Eigenkapital aus. Von diesem Saldo entfielen im Jahr 2010 minus 44 Mio € (2009: minus 48 Mio €) auf bereits beendete Programme. Diese Beträge werden zu gegebener Zeit erfolgswirksam aufgelöst.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Verlust von 44 Mio € (2009: Gewinn von 119 Mio €) wegen effektiver Cash Flow Hedges im sonstigen Ergebnis (Other comprehensive income) berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Gewinn von 60 Mio € (2009: Verlust von 6 Mio €) vom Eigenkapital in die Gewinn- und Verlustrechnung überführt.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Verlust von 3 Mio € (2009: Verlust von 7 Mio €) wegen Hedgeineffektivität erfolgswirksam erfasst.

Mit Stand vom 31. Dezember 2010 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2027 fällig.

Net Investment Hedge Accounting

Der Konzern sichert sich über Devisentermingeschäfte und -swaps gegen Risiken aus der Umrechnung von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Reportingstichtag ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Wert der Derivate, die zur Absicherung einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb gehalten werden.

in Mio €	Aktiva 2010	Passiva 2010	Aktiva 2009	Passiva 2009
Derivate als Sicherungsinstrumente in Net Investment Hedges	81	528	94	364

Im Geschäftsjahr 2010 wies der Konzern Verluste von 197 Mio € (2009: Verluste von 238 Mio €) aus Hedgeineffektivität aus, was das Forwardelement des Sicherungsinstruments enthält.

36 – Aufsichtsrechtliches Kapital

Kapitalmanagement

Die Treasury Funktion des Konzerns führt das Kapitalmanagement konzernweit sowie regional durch, mit der Ausnahme, dass die Postbank ihr Kapitalmanagement konzernweit sowie regional selbst durchführt. Die Allokation von Finanzressourcen im Allgemeinen und Kapital im Besonderen hat zum Ziel, Geschäftsbereiche zu unterstützen, die den größtmöglichen positiven Effekt auf die Rentabilität und den Shareholder Value des Konzerns aufweisen. Aus diesem Grund ordnet Treasury den Geschäftsbereichen das Kapital in regelmäßigen Abständen neu zu.

Treasury implementiert die Kapitalstrategie des Konzerns, die vom Capital and Risk Committee entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird. Dies umfasst auch die Emission und den Rückkauf von Aktien. Es ist Ziel des Konzerns, stets eine solide Kapitalisierung vorzuweisen. Kapitalbedarf und -verfügbarkeit werden permanent überwacht und, falls notwendig, angepasst, um den Bedarf an Kapital unter verschiedenen Aspekten abzudecken. Dazu gehören das ausgewiesene Buchkapital nach IFRS, das Active Book Equity, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital. Die Zielgröße für die Tier-1-Kapitalquote liegt weiterhin bei oder mehr als 10 %.

Die Allokation des Kapitals, die Festlegung des Finanzierungsplans des Konzerns und ähnliche Ressourcenfragen werden vom Capital and Risk Committee gestaltet.

Regionale Kapitalpläne, die den Kapitalbedarf der Filialen und Tochtergesellschaften des Konzerns abdecken, werden halbjährlich erstellt und dem Group Investment Committee vorgelegt. Die meisten Tochtergesellschaften des Konzerns unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Lokale Asset and Liability Committees sorgen für die Einhaltung dieser Anforderungen unter Führung regionaler Treasury Teams. Ferner stellen sie die Einhaltung weiterer Anforderungen sicher wie beispielsweise Ausschüttungsbegrenzungen für die Dividende an die Deutsche Bank AG oder Begrenzungen des Kreditvolumens von Tochtergesellschaften an ihre Muttergesellschaft. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung des Kapitals und der Liquidität des Konzerns werden solche gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Am 6. Oktober 2010 schloss die Deutsche Bank AG eine Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital gegen Bareinlagen ab. Insgesamt wurden 308,6 Millionen neue registrierte nennwertlose Stammaktien ausgegeben, die zu einem Bruttoemissionserlös in Höhe von 10,2 Mrd € führten. Der Nettoemissionserlös betrug 10,1 Mrd € (nach Abzug der Aufwendungen von annähernd 0,1 Mrd € nach Steuern) und wurde vorwiegend zur Abdeckung des Kapitalbedarfs für die Konsolidierung der Postbank Gruppe sowie ergänzend zur Erhöhung des bestehenden Kapitals verwendet.

Treasury führt den Rückkauf von Aktien durch. Zum 1. Januar 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 0,6 Millionen. Die ordentliche Hauptversammlung 2009 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende Oktober 2010 zurückzukaufen. In der Zeit vom 1. Januar 2010 bis zur ordentlichen Hauptversammlung 2010 wurden 11,1 Millionen Aktien zurückgekauft. Davon wurden 10,6 Millionen Aktien zu Aktienvergütungszwecken eingesetzt. Zur ordentlichen Hauptversammlung 2010 am 27. Mai 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 1,0 Millionen. Die ordentliche Hauptversammlung 2010 erteilte dem Konzernvorstand die Ermächtigung, bis zu 62,1 Millionen Aktien bis Ende November 2014 zurückzukaufen. Davon können 31,0 Millionen über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2010 bis zum 31. Dezember 2010 wurden 18,8 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 0,5 Million über verkaufte Put-Optionen, die von der Gegenpartei zum Fälligkeitstermin ausgeübt wurden. 9,8 Millionen Aktien der insgesamt 18,8 Millionen zurückgekauften Aktien wurden in 2010 zu Aktienvergütungszwecken und 9,0 Millionen Aktien zur Erhöhung des Treasury Bestands des Konzerns für zukünftige aktienbasierte Vergütungspläne verwendet. Zum 31. Dezember 2010 betrug der Bestand an zurückgekauften Aktien in Treasury 10,0 Millionen.

Das insgesamt ausstehende hybride Tier-1-Kapital (im Wesentlichen nicht kumulative Vorzugsanteile, „Non-Cumulative Trust Preferred Securities“) belief sich am 31. Dezember 2010 auf 12,6 Mrd €, verglichen mit 10,6 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf die Konsolidierung von 1,6 Mrd € durch die Postbank emittierten hybridem Tier-1-Kapital sowie auf Währungskurseffekte auf das in US-Dollar begebene hybride Tier-1-Kapital infolge des Anstiegs des US-Dollar zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2010 hat der Konzern durch die Aufstockung einer ausstehenden Emission hybrides Tier-1-Kapital in Höhe von 0,1 Mrd € begeben.

In 2010 hat der Konzern nachrangiges Tier-2-Kapital in Höhe von 1,2 Mrd € begeben (anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten). Die Konsolidierung von durch die Postbank begebenem Tier-2-Kapital erhöhte das nachrangige Tier-2-Kapital um 2,2 Mrd € und das Genussscheinkapital um 1,2 Mrd €. Das Genussscheinkapital betrug nach der Konsolidierung 1,2 Mrd € und war vor der Konsolidierung der Postbank null. Das nachrangige Tier-2-Kapital belief sich am 31. Dezember 2010 auf 10,7 Mrd €, verglichen mit 7,1 Mrd € zum 31. Dezember 2009. Die kumulativen Vorzugsanteile betragen 0,3 Mrd € zum 31. Dezember 2010 und waren unverändert gegenüber dem Vorjahresende.

Kapitaladäquanz

Seit 2008 berechnete und veröffentlichte der Deutsche Bank-Konzern Kapitalquoten für die Deutsche Bank-Institutgruppe gemäß dem überarbeiteten Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“), das im Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht eingeführt wurde.

Zu den für bankaufsichtsrechtliche Meldezwecke konsolidierten Gesellschaften („Institutgruppe“) zählen gemäß Kreditwesengesetz alle Tochtergesellschaften, die als Kreditinstitute, Finanzdienstleistungsinstitute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen, Zahlungsinstitute sowie Anbieter von Nebendienstleistungen einzustufen sind. Davon ausgenommen sind Versicherungsgesellschaften oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

Bei Finanzkonglomeraten werden Versicherungsgesellschaften jedoch in die zusätzliche Berechnung der Kapitaladäquanz (auch „Solvabilitätsspanne“) einbezogen. Der Konzern ist seit Oktober 2007 ein Finanzkonglomerat. Die Solvabilitätsspanne des Konzerns als Finanzkonglomerat wird weiterhin von den Bankaktivitäten des Konzerns dominiert.

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital – und die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch haftendes Eigenkapital genannt.

- Das Tier-1-Kapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital, den Kapital- und Gewinnrücklagen sowie verschiedenen hybriden Kapitalbestandteilen wie zum Beispiel nicht kumulativen Vorzugsanteilen („Non-cumulative Trust Preferred Securities“), die auch als „Zusätzliches Tier-1-Kapital“ bezeichnet werden. Eigene Aktien im Bestand, Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Tier-1-Kapital abgezogen. Weitere aufsichtsrechtliche Anpassungen umfassen den Ausschluss des Kapitals von Gesellschaften außerhalb der Institutgruppe und die Umkehrung der Eigenkapitaleffekte aus einer Veränderung des eigenen Kreditrisikos unter der Fair Value Option auf finanzielle Verbindlichkeiten aufgrund des eigenen Kreditrisikos. Das Tier-1-Kapital ohne die hybriden Kapitalbestandteile wird als „Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente“ bezeichnet.
- Das Tier-2-Kapital umfasst in erster Linie kumulative Vorzugsanteile („Cumulative Trust Preferred Securities“), verschiedene Genussscheine, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten sowie 45 % der unrealisierten Gewinne aus bestimmten börsennotierten Wertpapieren.

Bestimmte Posten müssen vom Tier-1- und Tier-2-Kapital in Abzug gebracht werden. Diese umfassen in erster Linie abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzinstitute oder Versicherungsgesellschaften, an denen der Konzern einen Kapitalanteil von mehr als 10 % hält (im Fall der Versicherungsgesellschaften einen Kapital- oder Stimmrechtsanteil von mehr als 20 %, es sei denn, diese werden in die Berechnung der Solvabilitätsspanne des Finanzkonglomerats einbezogen). Weitere Abzugsposten sind darüber hinaus der Betrag, um den der erwartete Verlust für die Forderungsklassen Zentralregierungen, Institute, Unternehmen sowie Mengengeschäft, die auf Basis des Internal Ratings Based Approach („IRBA“) des Konzerns berechnet wurden, die Wertanpassungen und Rückstellungen für diese Positionen übersteigt; die erwarteten

Verluste für bestimmte Beteiligungspositionen („Equity Exposures“); Verbriefungspositionen, die in der Berechnung der risikogewichteten Aktiva nicht enthalten sind; und der Wert der an eine Gegenpartei gelieferten Wertpapiere zuzüglich eventueller Wiederbeschaffungskosten, sofern die geforderte Zahlung nicht innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Lieferung von der Gegenpartei geleistet und die Transaktion dem Handelsbuch der Bank zugewiesen wurde.

— Das Tier-3-Kapital besteht überwiegend aus kurzfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Nachrangige Verbindlichkeiten können nur in Höhe von maximal 50 % des Tier-1-Kapitals als Tier-2-Kapital angerechnet werden. Das gesamte Tier-2-Kapital ist auf 100 % des Tier-1-Kapitals begrenzt.

Die Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridkapital und die Tier-1-Kapitalquote sind die zentralen Kennzahlen für die Kapitaladäquanz international tätiger Banken. Mit diesen Kennzahlen werden das Tier-1-Kapital ohne Hybridkapital und das Tier-1-Kapital einer Bank ins Verhältnis zu ihren Kredit-, Markt- und operationellen Risiken gemäß Basel II (im Konzern insgesamt als „risikogewichtete Aktiva“ oder „RWA“ bezeichnet) gesetzt. Bei der Berechnung der risikogewichteten Aktiva verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne, von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe eines internen Ratingmodells im Rahmen des sogenannten IRBA bewertet. Der überwiegende Teil der Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Vielfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf der Grundlage von konzerninternen Modellen berechnet wird. Für den restlichen Teil wird das Standardverfahren angewandt. Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz („AMA“) gemäß KWG an.

Die beiden folgenden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die RWA des Konzerns ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2010	31.12.2009
Kreditrisiko	285.218	217.003
Marktrisiko ¹	23.660	24.880
Operationelles Risiko	37.326	31.593
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	346.204	273.476
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	29.972	23.790
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.593	10.616
Tier-1-Kapital	42.565	34.406
Tier-2-Kapital	6.123	3.523
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	48.688	37.929
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	8,7 %	8,7 %
Tier-1-Kapitalquote	12,3 %	12,6 %
Eigenkapitalquote	14,1 %	13,9 %

¹ Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, berechnet mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen.

Am 31. Dezember 2010 lag die Gesamtkapitalquote des Konzerns mit 14,1 % sowie mit 13,9 % am 31. Dezember 2009 deutlich über der geforderten Mindestquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente des Konzerns lag am 31. Dezember 2010 bei 30,0 Mrd € und am 31. Dezember 2009 bei 23,8 Mrd € mit einer unveränderten Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 8,7 %. Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2010 bei 42,6 Mrd € und am 31. Dezember 2009 bei 34,4 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 12,3 % am 31. Dezember 2010 und 12,6 % am 31. Dezember 2009, jeweils über dem Ziel des Konzerns von 10 %.

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2010 bei 6,1 Mrd € und am 31. Dezember 2009 bei 3,5 Mrd €. Dies entsprach 14 % beziehungsweise 10 % des Tier-1-Kapitals.

Das Kreditwesengesetz und die Solvabilitätsverordnung verlangten, dass der Konzern sein Marktpreisrisiko zum 31. Dezember 2010 mit aufsichtsrechtlichem Kapital (Tier-1 + Tier-2 + Tier-3) in Höhe von 1.893 Mio € unterlegt (31. Dezember 2009: 1.990 Mio €). Der Konzern hat diese Anforderung vollständig mit Tier-1- und Tier-2-Kapital erfüllt, das für die Mindestabdeckung des Kredit- und operationellen Risikos nicht erforderlich war.

In der nachstehenden Tabelle sind die Komponenten des Tier-1-Kapitals ohne Hybridinstrumente, des Tier-1- und Tier-2-Kapitals der für aufsichtsrechtliche Zwecke konsolidierten Gesellschaften zum 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2009 ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG aufgeführt.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Tier-1-Kapital:		
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente		
Stammaktien	2.380	1.589
Kapitalrücklage	23.515	14.830
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Anteile ohne beherrschenden Einfluss	24.797	21.807
Vollständig vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (2a) KWG in Abzug gebrachte Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	-14.489	-10.238
Teilweise vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten		
Abzugsfähige Investitionen in Banken, Finanzunternehmen und Versicherungsgesellschaften	-954	-2.120
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	-4.850	-1.033
Überschuss von erwarteten Verlusten über Risikovorsorge	-427	-1.045
Teilweise vom Tier-1-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	-6.231	-4.198
Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	29.972	23.790
Zusätzliches Tier-1-Kapital		
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.593	10.616
Zusätzliches Tier-1-Kapital	12.593	10.616
Tier-1-Kapital insgesamt gem. § 10 (2a) KWG	42.565	34.406
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	224	331
Genussscheine	1.151	-
Kumulative Vorzugsanteile	299	294
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	10.680	7.096
Teilweise vom Tier-2-Kapital gem. § 10 (6) und (6a) KWG in Abzug gebrachte Posten	-6.231	-4.198
Tier-2-Kapital insgesamt gem. § 10 (2b) KWG	6.123	3.523

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2010.

In der folgenden Tabelle wird die Überleitung des Eigenkapitals nach IFRS auf das Tier-1-Kapital gemäß Basel II ohne Berücksichtigung der Übergangsposten gemäß § 64h Absatz 3 KWG dargestellt.

in Mio €	31.12.2010	31.12.2009
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	48.843	36.647
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	298	257
Abgegrenzte künftige Dividende	–697	–466
Active Book Equity	48.444	36.438
Goodwill und immaterielle Vermögenswerte	–15.594	–10.169
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.549	1.322
Sonstiges (Konsolidierungs- und aufsichtsrechtliche Anpassungen)	1.804	397
Nicht kumulative Vorzugsanteile ¹	12.593	10.616
Teilweise vom Tier-1-Kapital in Abzug gebrachte Posten	–6.231	–4.198
Tier-1-Kapital	42.565	34.406

¹ Enthielt 20 Mio € stille Beteiligungen zum 31. Dezember 2010.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben erwähnten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, der Konzern nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung seiner Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2010 betrug der Übergangsposten 390 Mio €, verglichen mit 462 Mio € am 31. Dezember 2009. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die gesamten risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldete Tier-1-Kapitalquote und die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 12,4 % beziehungsweise 14,2 % am 31. Dezember 2010, verglichen zu 12,7 % beziehungsweise 14,0 % am 31. Dezember 2009.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen oder andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2010 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

37 – Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen mit einer Reihe von nahestehenden Dritten. Geschäfte mit diesen Dritten werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Die folgende Tabelle zeigt den Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen.

in Mio €	2010	2009	2008
Kurzfristig fällige Leistungen	23	22	9
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3	3
Andere langfristig fällige Leistungen	3	–	–
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	2	–	–
Aktienbasierte Vergütungen	6	7	8
Insgesamt	37	32	20

Am 31. Dezember 2010 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 10 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 9 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Im Geschäftsjahr 2010 erhielt eine Person in Schlüsselposition Zahlungen von einem Konzernunternehmen. Die vertraglich durchsetzbaren Zahlungen sind nicht in dem oben offengelegten Personalaufwand für die Personen in Schlüsselpositionen enthalten. Zum Zeitpunkt der Entstehung der vertraglichen Vereinbarung gehörte das zahlende Unternehmen nicht dem Konsolidierungskreis des Konzerns an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten und werden nachfolgend offengelegt.

Kredite

in Mio €	2010	2009
Bestand am Jahresanfang	965	834
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft ¹	3.564	366
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	148	209
Veränderung des Konsolidierungskreises ²	-179	-83
Wechselkursveränderungen/Sonstige	16	57
Bestand am Jahresende³	4.218	965
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	31	4
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	26	31
Garantien und sonstige Verpflichtungen ⁴	231	135

¹ Der Anstieg der Forderungen aus dem Kreditgeschäft zum 31. Dezember 2010 resultiert hauptsächlich aus der Restrukturierung eines Kreditgeschäfts. Weitere Informationen sind in Note 17 „Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen“ enthalten. Im Zusammenhang mit diesem Geschäft entstandene Zinserträge beliefen sich auf 24 Mio €.

² Im Jahr 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, wurden bei der Konsolidierung eliminiert.

³ Im Jahr 2010 war keine dieser Forderungen überfällig. Im Jahr 2009 waren in dieser Summe 15 Mio € überfällig. Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2010 Sicherheiten in Höhe von 299 Mio € (2009: 375 Mio €). Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 31. Dezember 2010 4 Mio € (2009: 4 Mio €) auf Joint Ventures. Für diese Forderungen aus dem Kreditgeschäft bestand kein Wertberichtigungsbedarf.

⁴ Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	2010	2009
Bestand am Jahresanfang	367	246
Einlagenzuflüsse	160	287
Einlagenabflüsse	220	161
Veränderung des Konsolidierungskreises ¹	-93	-6
Wechselkursveränderungen/Sonstige	2	1
Bestand am Jahresende²	216	367

¹ Im Jahr 2010 wurden einige Unternehmen vollkonsolidiert. Im Jahr 2009 ist ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, verkauft worden.

² Die Einlagen sind unbesichert. Zum 31. Dezember 2010 waren im Bestand 0,4 Mio € (2009: 0,4 Mio €) Einlagen von Joint Ventures enthalten.

Sonstige Geschäfte

Zum 31. Dezember 2010 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 140 Mio € (Dezember 2009: 3,7 Mrd €). Zum 31. Dezember 2010 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 15 Mio € (Dezember 2009: 3,0 Mrd €). Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus der Vollkonsolidierung eines Unternehmens, das vormals nach der Equitymethode bilanziert wurde. Weitere Transaktionen mit nahestehenden Dritten betreffen folgende Ereignisse:

Xchanging etb GmbH: Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Sal. Oppenheim-Gruppe erhöhte der Konzern seinen Anteil an der Xchanging etb GmbH von 44 % auf 49 %. Der Konzern bilanziert diesen Anteil nach der Equitymethode. Die Xchanging etb GmbH ist die Muttergesellschaft der Xchanging Transaction Bank GmbH („XTB“). Zwei der fünf Geschäftsführer der Xchanging etb GmbH und zwei Mitglieder des Aufsichtsrats der XTB sind Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Die zwischen dem Konzern und Xchanging getroffenen Vereinbarungen beinhalten einen Auslagerungsvertrag über zwölf Jahre mit der XTB über Wertpapierabwicklungsdienstleistungen und einen Auslagerungsvertrag über zehn Jahre über die Bereitstellung von Wertpapierabwicklungsdienstleistungen für Sal. Oppenheim. Die Auslagerungsverträge zielen auf die Reduzierung der Kosten des Konzerns bei gleichzeitiger Sicherstellung der Servicequalität ab. 2010 belief sich das Volumen der vom Konzern von der XTB erhaltenen Serviceleistungen auf 113 Mio € (2009: 104 Mio €). In 2010 stellte der Konzern der XTB Unterstützungsleistungen (zum Beispiel in Form von EDV- und verschiedenen Immobilienbetriebsdienstleistungen) im Volumen von 20 Mio € (2009: 29 Mio €) zur Verfügung.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Bestimmte Pläne für Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden nach IFRS als nahestehende Dritte erachtet. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, für die er Finanzdienstleistungen, einschließlich der Vermögensanlage, erbringt. Pensionspläne des Konzerns können Aktien oder andere Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen.

in Mio €	2010	2009
Wertpapiere der Deutschen Bank im Planvermögen:		
Aktien	–	–
Schuldverschreibungen	16	–
Sonstige Wertpapiere	83	26
Insgesamt	99	26
Von der Deutschen Bank selbst genutzte Immobilien/sonstige Vermögenswerte	–	–
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	–2	177
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	14.966	11.604
Von Pensionsfonds an Deutsche Bank Vermögensverwaltung gezahlte Gebühren	24	21

38 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Wesentliche Tochtergesellschaften

Die folgende Tabelle zeigt die wesentlichen Tochtergesellschaften, an denen die Deutsche Bank AG direkt oder indirekt beteiligt ist.

Tochtergesellschaft	Sitz der Gesellschaft
Taunus Corporation ¹	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Trust Company Americas ²	New York, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Securities Inc. ³	Delaware, Vereinigte Staaten von Amerika
Deutsche Bank Luxembourg S.A. ⁴	Luxemburg
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft ⁵	Frankfurt am Main, Deutschland
DB Valoren S.á.r.l. ⁶	Luxemburg
DB Equity S.á.r.l. ⁷	Luxemburg
Deutsche Postbank AG ⁸	Bonn, Deutschland

¹ Holdinggesellschaft für die meisten Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika.

² Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Trust Company Americas ist eine in New York State zugelassene Bank, die im Kredit- und Einlagengeschäft tätig ist und zahlreiche Bank- und Finanzdienstleistungen erbringt.

³ Tochtergesellschaft der Taunus Corporation. Deutsche Bank Securities Inc. ist eine bei der amerikanischen Börsenaufsicht (SEC) als Broker registrierte Gesellschaft, Mitglied der New Yorker Börse (New York Stock Exchange) und wird von der Financial Industry Regulatory Authority reguliert. Daneben unterliegt sie den Bestimmungen einzelner staatlicher Wertpapieraufsichtsbehörden in den Staaten, in denen sie ihr Geschäft betreibt.

⁴ Die Gesellschaft ist vor allem in den Bereichen Treasury und Markets aktiv und stellt im Deutsche Bank-Konzern insbesondere Euroliquidität zur Verfügung. Weitere Geschäftsfelder sind das Internationale Kreditgeschäft, wo sie als kreditausreichende Stelle für Kontinentaleuropa und seit 2010 als Risikozentrale für den Bereich Loan Exposure Management Group aktiv ist, sowie das Private Banking.

⁵ Die Gesellschaft erbringt Bankdienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden.

⁶ Holdinggesellschaft für die Deutsche Bank-Teilkonzerne in Australien, Neuseeland und Singapur und Holdinggesellschaft der DB Equity S.á.r.l.

⁷ Holdinggesellschaft für einen Teil des Anteils an der Deutsche Postbank AG.

⁸ Die Geschäftsaktivitäten von diesem Unternehmen umfassen das Privat- und Geschäftskundengeschäft, die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten sowie das Bauspargeschäft.

Der Konzern hält 100 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an den zuvor genannten wesentlichen Tochtergesellschaften mit Ausnahme der Deutschen Postbank AG. Der Konzern hält zum 31. Dezember 2010 52,03 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile an der Deutschen Postbank AG und unter Berücksichtigung bestimmter Finanzinstrumente einen gesamten Kapitalanteil in Höhe von 79,45 %. Die wesentlichen Tochtergesellschaften erstellen Jahresabschlüsse zum 31. Dezember und sind in den Konzernjahresabschluss einbezogen. Der Schwerpunkt ihrer Geschäftstätigkeit liegt in den Ländern, in denen sie ihren Sitz haben.

Tochtergesellschaften können in ihrer Fähigkeit zum Mitteltransfer, etwa bei Dividendenzahlungen und Darlehenstilgungen, an die Deutsche Bank AG beschränkt sein. Gründe für derartige Beschränkungen sind zum Beispiel:

- Beschränkungen der Zentralbanken aufgrund von lokalen Gesetzen zur Devisenbewirtschaftung,
- Anforderungen der Zentralbanken hinsichtlich einer angemessenen Kapitalausstattung,
- lokale gesellschaftsrechtliche Bestimmungen. Zum Beispiel bestehen Beschränkungen bezüglich des Mitteltransfers zum Mutterunternehmen, wenn die betreffende Einheit einen Verlustvortrag hat, der nicht durch Gewinnrücklagen oder andere Kapitalbestandteile gedeckt ist.

Tochtergesellschaften, an denen der Konzern 50 % oder weniger der Stimmrechte hält

Der Konzern konsolidiert einige Tochtergesellschaften, an denen er 50 % oder weniger der Stimmrechte hält. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Zweckgesellschaften („SPEs“), deren Gründung der Konzern für eine Vielzahl von Zielsetzungen unterstützt.

Geschäftsbeziehungen zu SPEs ergeben sich im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit vor allem aus Verbriefungen von Vermögenswerten, Commercial-Paper-Programmen, Repackaging und Investmentprodukten, dem Management von Investmentfonds, strukturierten Transaktionen, gewerblichem Immobilienleasing sowie dem Management von geschlossenen Fonds. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten des Konzerns zählen die Übertragung von Vermögenswerten auf die Zweckgesellschaften, der Abschluss von Derivatekontrakten mit den SPEs, die Bereitstellung von Garantien und Liquiditätsfazilitäten an die SPEs, das Erbringen von Anlage-management- und Verwaltungsleistungen für die SPEs sowie das Halten von Beteiligungen an den SPEs.

Gesellschaften, an denen der Konzern mehr als 50 % der Stimmrechte hält

Der Konzern hält direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte von Gesellschaften, beherrscht diese aber nicht, wenn

- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, kraft einer mit dem Konzern abgeschlossenen Vereinbarung über mehr als die Hälfte der Stimmrechte zu verfügen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, gemäß einer Satzung oder sonstigen Vereinbarung die Finanz- und Geschäftspolitik der Gesellschaft zu bestimmen;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans zu ernennen oder abzuberufen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt;
- ein anderer Investor die Möglichkeit hat, die Mehrheit der Stimmen bei Sitzungen des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder eines gleichwertigen Leitungsgremiums zu bestimmen, wobei die Verfügungsgewalt über die Gesellschaft bei diesen Organen liegt.

39 – Versicherungs- und Investmentverträge

Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen

in Mio €	31.12.2010			31.12.2009		
	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert	Bruttowert	Rück- versicherung	Nettowert
Versicherungsverträge	4.899	– 158 ¹	4.741	4.613	– 1.534	3.079
Investmentverträge	7.898	–	7.898	7.278	–	7.278
Insgesamt	12.797	– 158	12.639	11.891	– 1.534	10.357

¹ Im Zusammenhang mit der Änderung in der Darstellung der Rückversicherungen auf Erlebensfallversicherungen, die der Darstellung der netto Cashflows dient, stellen die für Rückversicherungen oben dargestellten Beträge die erwarteten Nettozahlungen aus solchen Verträgen dar. In der Folge reduzieren sich die Beträge 2010 um einen Betrag, der dem Brutto-Bilanzwert der Rentenversicherungen mit Rückversicherungsbezug in Höhe von 1.423 Mio € entspricht.

Generell werden Beträge, die aus Rückversicherungsverträgen resultieren, brutto ausgewiesen, es sei denn, sie haben einen unwesentlichen Einfluss auf die entsprechenden Bilanzpositionen.

Buchwert

Die folgende Übersicht zeigt eine Analyse der Änderung von Verbindlichkeiten aus Versicherungs- und Investmentverträgen.

in Mio €	2010		2009	
	Versicherungs- verträge	Investment- verträge	Versicherungs- verträge	Investment- verträge
Buchwert am Jahresanfang	4.613	7.278	3.963	5.977
Zugänge	257	153	121	171
Inanspruchnahmen	– 463	– 609	– 285	– 549
Sonstige Veränderungen	331	843	427	1.145
Wechselkursveränderungen	161	233	387	534
Buchwert am Jahresende	4.899	7.898	4.613	7.278

Die Sonstigen Veränderungen der Vermögenswerte in Investmentverträgen in Höhe von 843 Mio € im Geschäftsjahr 2010 (2009: 1.145 Mio €) gehen hauptsächlich auf Marktwertveränderungen der zugrunde liegenden Vermögenswerte zurück.

Wesentliche Annahmen im Versicherungsgeschäft

Die Verbindlichkeiten ändern sich in Abhängigkeit von Veränderungen der Zinssätze (dies gilt insbesondere für garantierte zukünftige Leistungen), der Anlageerträge sowie der Aufwendungen für Lebensversicherungs- und Rentenversicherungsverträge, für die sich die künftige Sterbewahrscheinlichkeit nicht mit Sicherheit vorhersagen lässt.

Annahmen werden für alle Faktoren getroffen, die zukünftige Cashflows wesentlich beeinflussen. Dazu gehören Annahmen über zukünftige Zinssätze, Sterblichkeitsraten und Kosten. Die Annahmen, die langfristige Versicherungsaktivitäten am stärksten beeinflussen, sind die zur Abzinsung der Cashflows verwendeten Zinssätze und die Sterbewahrscheinlichkeiten, diese insbesondere für Rentenversicherungsverträge.

Die Annahmen werden im Folgenden erläutert:

Zinssätze

In den zugrunde gelegten Zinssätzen spiegeln sich Schätzungen über zukünftige Anlageerträge wider. Sie beinhalten insofern Annahmen über Art und Laufzeit der zur Deckung der Verbindlichkeiten dienenden Vermögenswerte. Darüber hinaus werden angemessene Risikoabschläge zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken berücksichtigt.

Sterbewahrscheinlichkeit

Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf veröffentlichten Sterbetafeln, die entsprechend angepasst wurden, um sowohl den Änderungen der Daten seit Veröffentlichung als auch unternehmensspezifischen Erfahrungswerten und aktualisierten Prognosewerten Rechnung zu tragen. Wenn erforderlich, wird eine angemessene Sicherheitsmarge hinzugefügt, um zukünftige nachteilige Abweichungen von den Erwartungswerten zu berücksichtigen. Die Sterbewahrscheinlichkeit für Rentenversicherungsverträge wird so angepasst, dass sie zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung von Begünstigten Rechnung trägt. Derzeit wird bei Rentenversicherungsverträgen für die Ermittlung der Erhöhung der Lebenserwartung eine mittelfristige Kohortenprognose genutzt, wobei von einer Mindesterhöhung von 1,25 % pro anno ausgegangen wird.

Aufwendungen

Für Verträge, die nicht fondsgebunden sind, werden Aufwendungen für zukünftige Versicherungskosten in Abzug gebracht.

Sonstige Annahmen

Zum Jahresende 2010 wird davon ausgegangen, dass im Rentenversicherungsgeschäft Optionen auf garantierte Rentenzahlungen zu 64 % (2009: 60 %) in Anspruch genommen werden.

Wesentliche Annahmen zum Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts im Zusammenhang mit der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited entspricht dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt. Die in diesem Zusammenhang zu treffenden Annahmen berücksichtigen die geschäftsspezifischen Erfahrungswerte für zukünftige Sterbewahrscheinlichkeiten, Invaliditätsraten, Bestandsfestigkeit und sonstige Aufwendungen. Des Weiteren wurden bei Erwerb auch grundsätzliche Annahmen anhand gesamtwirtschaftlicher Indikatoren zugrunde gelegt.

Der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts wird über die erwartete Nutzungsdauer des Abbey Life-Geschäfts abgeschrieben, und zwar entweder proportional zu den erwarteten Gewinnen oder dem erwarteten Wert der zu erbringenden Versicherungszahlungen. Zum Ende jeder Berichtsperiode ist der noch bilanzierte Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts mit dem Barwert der zukünftigen Zahlungsströme für den Versicherungsbestand zum Erwerbszeitpunkt zu vergleichen.

Sollten die erwarteten zukünftigen Zahlungsströme unzureichend sein und der Barwert der zukünftigen Zahlungsströme den Bilanzwert unterschreiten, ist der Wert des erworbenen Versicherungsgeschäfts entsprechend zu verringern.

Wesentliche Änderungen der Annahmen

Bei der Akquisition der Abbey Life Assurance Company Limited im Oktober 2007 wurden deren bis dahin auf Basis regulatorischer Anforderungen berechneten Verbindlichkeiten für Versicherungsverträge, in Übereinstimmung mit den Vorschriften von IFRS 4, auf Basis von bestmöglicher Schätzung neu berechnet. Die zu diesem Zeitpunkt getroffenen Annahmen für nicht wirtschaftliche Faktoren haben sich nicht geändert. Allerdings wurden die für wirtschaftliche Faktoren getroffenen Annahmen unter Berücksichtigung von Veränderungen wesentlicher Wirtschaftsindikatoren überprüft. Die Verbindlichkeit für Rentenversicherungsverträge wurde mit dem bei erstmaliger Bilanzierung ermittelten Wert angesetzt.

Sensitivitätsanalyse für Versicherungsverträge

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkung von Änderungen der wesentlichen Annahmen, die der Berechnung der Verbindlichkeiten des Versicherungsgeschäfts zugrunde liegen, auf das Ergebnis vor Steuern und das Eigenkapital. Die Veränderung einer jeden Annahme erfolgt ceteris paribus.

in Mio €	Veränderung des Ergebnisses vor Steuern		Veränderung des Eigenkapitals	
	2010	2009 ²	2010	2009 ²
Annahme:				
Sterbewahrscheinlichkeit ¹ (Verschlechterung um 10 %)	- 12	- 11	- 9	- 8
Aufwand (Anstieg um 10 %)	- 2	- 2	- 1	- 1
Zinssätze (Anstieg um 1 %)	14	7	- 112	- 108

¹ Dem Effekt der Sterbewahrscheinlichkeit liegen ein Rückgang im Rentenversicherungsgeschäft um 10 % und ein Anstieg im sonstigen Geschäft um 10 % zugrunde.

² Vorjahreswerte wurden angepasst.

Für bestimmte Versicherungsverträge enthält die Bewertungsgrundlage eine sogenannte Sicherheitsmarge („Provision for Adverse Deviations“). Für diese Verträge würde eine Verschlechterung der Annahmen für die Einflussfaktoren so lange keine Anpassung der Rückstellung zur Folge haben, bis die Sicherheitsmarge aufgezehrt ist. Ebenso bewirkte eine Verbesserung der Annahmen für die Einflussfaktoren keine Erhöhung der Rückstellung. Deshalb handelt es sich bei den in der Sensitivitätsanalyse gezeigten Auswirkungen im Fall einer angenommenen Verschlechterung der Einflussfaktoren um jenen Betrag, um den die Verbindlichkeit die Sicherheitsmarge am Bilanzstichtag überschreitet. Aus diesem Grund sollten die in dieser Tabelle bereitgestellten Informationen nicht dazu verwendet werden, Rückschlüsse auf die Auswirkungen anderweitiger Veränderungen zu ziehen. Ebenso lässt sich daraus nicht ableiten, welche Veränderungen zu einem anderen Zeitpunkt auftreten könnten.

40 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Die folgenden Tabellen zeigen die Gliederung der zum 31. Dezember 2010 und zum 31. Dezember 2009 in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerte nach ihren Realisierungs- oder Erfüllungszeitpunkten.

Die Aktivpositionen zum 31. Dezember 2010 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2011	nach 2011	31.12.2010
Barreserve	17.157	–	17.157
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	91.471	906	92.377
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	19.923	442	20.365
Forderungen aus Wertpapierleihen	28.916	–	28.916
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.069.579	31.418	1.100.997
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	7.859	46.407	54.266
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	2.608	2.608
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	128.157	279.572	407.729
Sachanlagen	–	5.802	5.802
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	15.594	15.594
Sonstige Aktiva	137.751	11.478	149.229
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	2.048	201	2.249
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.502.861	394.428	1.897.289
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	8.341
Summe der Aktiva			1.905.630

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
	in 2011	nach 2011	31.12.2010
Einlagen	475.255	58.729	533.984
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	26.314	1.608	27.922
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	3.078	198	3.276
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	833.642	20.440	854.082
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	64.990	–	64.990
Sonstige Passiva	169.192	12.635	181.827
Rückstellungen	2.204	–	2.204
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	960	1.776	2.736
Langfristige Verbindlichkeiten	28.870	140.790	169.660
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	1.334	10.916	12.250
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.605.839	247.092	1.852.931
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	–	–	2.307
Summe der Verbindlichkeiten			1.855.238

Die Aktivpositionen zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2009
	in 2010	nach 2010	
Barreserve	9.346	–	9.346
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	46.383	850	47.233
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	6.587	233	6.820
Forderungen aus Wertpapierleihen	43.509	–	43.509
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	943.143	22.177	965.320
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	3.605	15.214	18.819
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	–	7.788	7.788
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	93.781	164.324	258.105
Sachanlagen	–	2.777	2.777
Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte	–	10.169	10.169
Sonstige Aktiva	113.255	8.283	121.538
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.247	843	2.090
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	1.260.856	232.658	1.493.514
Steuerforderungen aus latenten Steuern	–	–	7.150
Summe der Aktiva			1.500.664

Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2009 gliedern sich wie folgt:

in Mio €	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt 31.12.2009
	in 2010	nach 2010	
Einlagen	310.805	33.415	344.220
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	45.453	42	45.495
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	5.098	466	5.564
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	702.804	19.470	722.274
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	42.897	–	42.897
Sonstige Passiva	147.506	6.775	154.281
Rückstellungen	1.307	–	1.307
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	729	1.412	2.141
Langfristige Verbindlichkeiten	18.895	112.887	131.782
Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)	746	9.831	10.577
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	–	–	–
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	1.276.240	184.298	1.460.538
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	–	–	2.157
Summe der Verbindlichkeiten			1.462.695

41 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 315a HGB

Gemäß § 315a Handelsgesetzbuch („HGB“) sind in einem Konzernabschluss nach IFRS die nachfolgenden Zusatzangaben bereitzustellen.

Personalaufwand

in Mio €	2010	2009
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	10.786	9.336
Soziale Abgaben	1.885	1.974
davon: für Altersversorgung	440	472
Insgesamt	12.671	11.310

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 82.434 (2009: 79.098), darunter befanden sich 34,529 (2009: 33,400) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 51.268 (2009: 51.183) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Im Jahr 2010 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 33.230.174 € (2009: 35.023.965 €), davon entfielen im Geschäftsjahr 2010 23.022.336 € (2009: 28.224.619 €) auf variable Vergütungsbestandteile.

An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2010 18.083.535 € (2009: 19.849.430 €) gezahlt.

Der Aufsichtsrat erhielt für 2010 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.453.000 € (2009: 2.436.000 €). Eine variable, erfolgsabhängige Vergütung wurde für 2010 nicht gezahlt, da die in der Satzung festgeschriebenen Hürden hinsichtlich der Dividende und des Gewinns pro Aktie (verwässert) nicht erreicht wurden (variable Vergütung für 2009: 125.316 €).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2010 insgesamt 167.660.106 € (2009: 171.135.197 €).

Am 31. Dezember 2010 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 7.321.343 € (2009: 8.128.645 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 2.633.122 € (2009: 1.166.445 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2010 Kredite in Höhe von 174.314 € zurück.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter <http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/entsprechenserklaerungen.htm> publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Die Tabelle zeigt die vom Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die Geschäftsjahre 2010 und 2009 in den folgenden Kategorien.

Kategorie in Mio €	2010	2009
Prüfungshonorare	53	45
davon an KPMG Europe LLP	37	29
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	9	6
davon an KPMG Europe LLP	7	4
Honorare für Steuerberatung	7	5
davon an KPMG Europe LLP	4	2
Sonstige Honorare	2	–
davon an KPMG Europe LLP	1	–
Summe der Honorare	71	56

Weitere Informationen zu den Prüfungshonoraren sind in der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthalten.

42 – Anteilsbesitz

Verbundene Unternehmen – 327

Zweckgesellschaften und ähnliche Strukturen – 349

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen – 364

Andere Unternehmen, an denen mindestens 20% der Kapitalanteile gehalten werden – 368

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5%
der Stimmrechte überschreitet – 370

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

- 1 Control-Verhältnis über geschäftsführenden Komplementär.
- 2 Control-Verhältnis durch Repräsentanz im Leitungsgremium.
- 3 Control-Verhältnis, da jederzeit ausübbar Optionen gehalten werden, die den Anteil des Deutsche Bank-Konzerns auf über 50% erhöhen können.
- 4 Spezialfonds.
- 5 Control-Verhältnis.
- 6 Gemäß IFRS 5 als zur Veräußerung gehaltener Vermögenswert klassifiziert.
- 7 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
- 8 Bestehend aus 768 eigenständigen Trusts (nur abweichend in Nummer / Laufzeit), die kommunale Schuldverschreibungen kaufen und hierfür Short Puttable Exempt Adjusted Receipts (SPEARs) und Long Inverse Floating Exempt Receipts (LIFERs) ausgeben, die dann an Investoren verkauft werden.
- 9 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikantem Einfluss.
- 10 Name der Gesellschaft per 18.01.2011 geändert von Argon New S.à r.l.
- 11 Kein Control-Verhältnis.
- 12 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 13 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende Zweckgesellschaft klassifiziert.
- 14 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet, da zur Veräußerung verfügbare Wertpapiere.
- 15 Anteile werden als Sicherheit gehalten.
- 16 Nicht nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, sondern mit beizulegendem Zeitwert (Fair Value) bewertet.
- 17 Muttergesellschaft ist als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung bewertet.

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		
2	A-AT Gestion	Paris		99,9
3	Abbey Life Assurance Company Limited	London		100,0
4	Abbey Life Trust Securities Limited	London		100,0
5	Abbey Life Trustee Services Limited	London		100,0
6	ABFS I Incorporated	Baltimore		100,0
7	ABS Leasing Services Company	Chicago		100,0
8	ABS MB Limited	Baltimore		100,0
9	Absolute Energy S.r.l.	Rom		100,0
10	AC VII Privatkunden GmbH & Co. KG	München	1	0,0
11	Acanfeld Limited	Bangkok		99,9
12	Accounting Solutions Holding Company, Inc.	Wilmington		100,0
13	ADARA Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
14	ADD ONE GmbH & Co. KG	München	1	0,0
15	Advent Chestnut VI GmbH & Co. KG	München	1	0,1
16	Affordable Housing I LLC	Wilmington		100,0
17	Agripower Buddosò Società Agricola a Responsabilità Limitata	Pesaro	2, 3	9,0
18	AheadCom Beteiligungs-GmbH	Frankfurt		100,0
19	Airport Club für International Executives GmbH	Frankfurt		84,0
20	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Baltimore		100,0
21	Alex. Brown Investments Incorporated	Baltimore		100,0
22	Alex. Brown Management Services, Inc.	Baltimore		100,0
23	Alfred Herrhausen Gesellschaft - Das internationale Forum der Deutschen Bank - mbH	Berlin		100,0
24	Allsar Inc.	Wilmington		100,0
25	Alpha Investment Management S.A.M.	Monte Carlo		100,0
26	Altamira LLC	Wilmington		100,0
27	"Alwa" Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
28	AMADEUS II 'D' GmbH & Co. KG	München		99,9
29	America/Asia Private Equity Portfolio (PE-US/ASIA) GmbH & Co. KG	München	1	0,2
30	Americas Trust Servicios de Consultoria, S.A.	Madrid		100,0
31	Anemos ITA 1 S.r.l.	Rom		100,0
32	Annandale LLC	Wilmington		100,0
33	Antelope Pension Trustee Services Limited	London		100,0
34	AO DB Securities (Kazakhstan)	Alma Ata		100,0
35	Apex Fleet Inc.	Wilmington		100,0
36	APOLLON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
37	Aqueduct Capital S.à r.l.	Luxemburg		100,0
38	Arche Investments Limited	London		100,0
39	Argent Incorporated	Baltimore		100,0
40	ATHOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
41	Atlantic No. 1 Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
42	Autumn Leasing Limited	London		100,0
43	Avatar Finance	Georgetown		100,0
44	AXOS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
45	B.T. Vordertaunus (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
46	B.T.I. Investments	London		100,0
47	B.V. Matura Handelmaatschappij	Amsterdam		100,0
48	BAG	Frankfurt	4	100,0
49	BAG 2	Frankfurt	4	100,0
50	Baincor Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
51	Bainpro Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
52	Bainsec Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
53	BAL Servicing Corporation	Wilmington		100,0
54	Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie. (Schweiz) AG	Zürich		100,0
55	Bankers Company, Inc.	Trenton		100,0
56	Bankers International Corporation	New York		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
57	Bankers International Corporation (Brasil) Ltda.	Sao Paulo		100,0
58	Bankers Trust Caribe Capital Markets, Inc.	Hato Rey		100,0
59	Bankers Trust International Finance (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
60	Bankers Trust International Limited	London		100,0
61	Bankers Trust Investments Limited	London		100,0
62	Bankers Trust Nominees Limited	London		100,0
63	Barkly Investments Ltd.	St. Helier		100,0
64	Bayan Delinquent Loan Recovery 1 (SPV-AMC), Inc.	Makati Stadt		100,0
65	Beachwood Properties Corp.	Wilmington	5	0,0
66	Bebek Varlik Yönetim A.S.	Istanbul		100,0
67	Beheer- en Beleggingsmaatschappij Evergreen Global Intellectual Transaction Services B.V.	Amsterdam		100,0
68	Bellstead Holdings Limited	Gibraltar		100,0
69	Berliner Bank Beteiligungs AG	Berlin		100,0
70	Beteiligungsgesellschaft für Flugzeugleasing mit beschränkter Haftung i.L.	Frankfurt		100,0
71	Betriebs-Center für Banken AG	Frankfurt		100,0
72	Betriebs-Center für Banken Processing GmbH	Frankfurt		100,0
73	Bfl-Beteiligungsgesellschaft für Industrierwerte mbH	Frankfurt		100,0
74	BHF Club Deal GmbH	Frankfurt		100,0
75	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
76	BHF Grundbesitz-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. am Kaiserlei OHG	Frankfurt		100,0
77	BHF Immobilien-GmbH	Frankfurt		100,0
78	BHF Lux Immo S.A.	Luxemburg		100,0
79	BHF PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
80	BHF PEP II Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
81	BHF PEP III Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
82	BHF Private Equity Management GmbH	Frankfurt		100,0
83	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 1	München	1	0,4
84	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 2	München	1	0,3
85	BHF Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG Nr. 3	München	1	0,4
86	BHF Private Equity Treuhand- und Beratungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
87	BHF Trust Management Gesellschaft für Vermögensverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
88	BHF Zurich Family Office AG	Zürich		100,0
89	BHF-BANK (Schweiz) AG	Zürich		100,0
90	BHF-BANK Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
91	BHF-BANK International S.A.	Luxemburg		100,0
92	BHF-Betriebsservice GmbH	Frankfurt		100,0
93	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		100,0
94	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG	Hameln		100,0
95	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		100,0
96	BHW Direktservice GmbH	Hameln		100,0
97	BHW Eurofinance B.V.	Arnheim		100,0
98	BHW Financial S.r.l.	Verona		100,0
99	BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH	Hameln		100,0
100	BHW Holding Aktiengesellschaft	Berlin		100,0
101	BHW Immobilien GmbH	Hameln		100,0
102	BHW Invest, Société à responsabilité limitée	Luxemburg		100,0
103	Billboard Partners L.P.	Georgetown		99,9
104	Biomass Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
105	Bleeker Investments Limited	Wilmington		100,0
106	Blue Cork, Inc.	Wilmington		100,0
107	Blue Ridge CLO Holding Company LLC	Wilmington		100,0
108	Bluewater Creek Management Co.	Wilmington		100,0
109	BNA Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
110	Bonsai Investment AG	Frauenfeld		100,0
111	Borfield S.A.	Montevideo		100,0
112	BRIMCO, S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
113	Britannia Limited	London		100,0
114	Broome Investments Limited	Wilmington		100,0
115	BT (Far East) Limited	Hongkong		100,0
116	BT American Securities (Luxembourg), S.à r.l.	Luxemburg		100,0
117	BT Azure No. 1 Limited	Georgetown		100,0
118	BT Ben Nevis Limited	Georgetown		100,0
119	BT Cayman Income No. 1	Georgetown		100,0
120	BT Commercial Corporation	Wilmington		100,0
121	BT CTAG Nominees Limited	London		100,0
122	BT Devonport Limited	Georgetown		100,0
123	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0
124	BT Harborside Urban Renewal Corporation	West Trenton		100,0
125	BT International (Nigeria) Limited	Lagos		100,0
126	BT Maulbronn GmbH	Eschborn		100,0
127	BT McKinley Limited	Georgetown		100,0
128	BT Milford (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
129	BT Money Markets Fund No. 1 Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
130	BT Muritz GmbH	Eschborn		100,0
131	BT Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
132	BT Opera Trading S.A.	Paris		100,0
133	BT Pension Fund Trustees Limited	London		100,0
134	BT Sable LLC	Wilmington		100,0
135	BT Vorderaunus Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
136	BT/ABKB Partnership Management	Los Angeles		99,9
137	BTAS Cayman GP	Georgetown		100,0
138	BTD Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
139	BTFC - Portugal, Gestao e Investimentos (Sociedade Unipessoal) S.A.	Funchal		100,0
140	BTVR Investments No. 1 Limited	St. Helier		100,0
141	Buxtal Pty Limited	Sydney		100,0
142	C. J. Lawrence Inc.	Wilmington		100,0
143	CAM DREI Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	14,5
144	CAM Initiator Treuhand GmbH & Co. KG	Köln		100,0
145	CAM PE Verwaltungs GmbH & Co. KG	Köln		100,0
146	CAM Private Equity Consulting & Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
147	CAM Private Equity Evergreen GmbH & Co. KG UBG	Köln	1	0,0
148	CAM Private Equity Nominee GmbH & Co. KG	Köln		100,0
149	CAM Private Equity Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
150	CAM Secondary Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
151	CAM Secondary Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
152	CAM SEL I Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
153	CAM SEL II Initiator GmbH & Co. KG	Köln	1	15,3
154	CAM Select I Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
155	CAM Select I GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
156	CAM Select II Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
157	CAM Select II GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
158	Campanology Leasing Limited	Georgetown		100,0
159	3160343 Canada Inc.	Toronto		100,0
160	3613950 Canada, Inc.	Toronto		100,0
161	Caneel Bay Holding Corp.	Chicago	5	0,0
162	Cape Acquisition Corp.	Wilmington		100,0
163	CapeSuccess LLC	Wilmington		82,6
164	CapeSuccess, Inc.	Wilmington		100,0
165	Capital Solutions Exchange Inc.	Wilmington		100,0
166	Cardales UK Limited	Liverpool		100,0
167	Career Blazers Consulting Services, Inc.	Albany		100,0
168	Career Blazers Contingency Professionals, Inc.	Albany		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
169	Career Blazers Learning Center of Los Angeles, Inc.	Los Angeles		100,0
170	Career Blazers LLC	Wilmington		100,0
171	Career Blazers Management Company, Inc.	Albany		100,0
172	Career Blazers New York, Inc.	Albany		100,0
173	Career Blazers of Ontario, Inc.	London, Ontario		100,0
174	Career Blazers Personnel Services of Washington, D.C., Inc.	Washington D.C.		100,0
175	Career Blazers Personnel Services, Inc.	Albany		100,0
176	Career Blazers Service Company, Inc.	Wilmington		100,0
177	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York	5	0,0
178	Cashforce International Credit Support B.V.	Rotterdam		100,0
179	Castlewood Expansion Partners, L.P.	Wilmington		87,5
180	Castor LLC	Wilmington	5	0,0
181	Cathay Advisory (Beijing) Company Ltd	Peking		100,0
182	Cathay Asset Management Company Limited	Port Louis		100,0
183	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Port Louis		67,6
184	CBI NY Training, Inc.	Albany		100,0
185	Cedar Investment Co.	Wilmington		100,0
186	CELENA Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
187	Centennial River 1 Inc.	Denver		100,0
188	Centennial River 2 Inc.	Austin		100,0
189	Centennial River Acquisition I Corporation	Wilmington		100,0
190	Centennial River Acquisition II Corporation	Wilmington		100,0
191	Centennial River Corporation	Wilmington		100,0
192	Channel Nominees Limited	London		100,0
193	Charlton (Delaware), Inc.	Wilmington		100,0
194	China Recovery Fund LLC	Wilmington		85,0
195	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington	5	0,0
196	CITAN Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
197	City Leasing (Avonside) Limited	London		100,0
198	City Leasing (Clydeside) Limited	London		100,0
199	City Leasing (Donside) Limited	London		100,0
200	City Leasing (Fleetside) Limited	London		100,0
201	City Leasing (Medwayside) Limited	London		100,0
202	City Leasing (Severnside) Limited	London		100,0
203	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0
204	City Leasing (Wearside) Limited	London		100,0
205	City Leasing and Partners	London		100,0
206	City Leasing and Partners Limited	London		100,0
207	City Leasing Limited	London		100,0
208	Civic Investments Limited	St. Helier		100,0
209	Clark GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
210	ClarksonX Inc.	Wilmington		100,0
211	CNS Cayman Holdings One Ltd.	Georgetown		100,0
212	Consumo Finance S.p.A.	Mailand		100,0
213	Coronus L.P.	St. Helier		100,0
214	CREDA Objektanlage- und verwaltungsgesellschaft mbH	Bonn		100,0
215	Crosby Investments Limited	Wilmington		100,0
216	CTXL Achtzehnte Vermögensverwaltung GmbH	München		100,0
217	Custom Leasing Limited	London		100,0
218	Cyrus J. Lawrence Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
219	D B Rail Holdings (UK) No. 1 Limited	London		100,0
220	D F Japan Godo Kaisha	Tokio		100,0
221	D.B. International Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
222	Dahlbusch Projektentwicklungsgesellschaft Leipzig/Lindenau mbH i.L.	Frankfurt		100,0
223	DAHOC (UK) Limited	London		100,0
224	DAHOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
225	Dark Blue Investments Limited	Georgetown		100,0
226	DB (Gibraltar) Holdings Limited	Gibraltar		100,0
227	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
228	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0
229	DB (Pacific) Limited	Wilmington		100,0
230	DB (Pacific) Limited, New York	New York		100,0
231	DB (Tip Top) Limited Partnership	Toronto		99,9
232	DB Advisors Risk Managed Alpha (RMA) Investment Trust	Salem		100,0
233	DB Advisors US Large Cap Core Investment Trust	Salem		100,0
234	DB Advisors US Large Cap Value Investment Trust	Salem		100,0
235	DB Advisors US Small Cap Growth Investment Trust	Salem		100,0
236	DB Alex. Brown Exchange Fund I, L.P.	Baltimore	5	4,1
237	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0
238	DB Alternative Trading Inc.	Wilmington		100,0
239	DB Americas Funding Corp.	Wilmington		100,0
240	DB Americas Infrastructure Holdings, L.L.C.	Wilmington		100,0
241	DB Anton Limited	St. Helier		100,0
242	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0
243	DB Athena S.à r.l.	Luxemburg		100,0
244	DB Bedford Investments Limited	Wilmington		100,0
245	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
246	DB Bluebell Investments (Cayman) Partnership	Georgetown		100,0
247	DB Broker GmbH	Frankfurt		100,0
248	DB Canada GIPF - I Corp.	Calgary		100,0
249	DB Capital Advisers, Inc.	Wilmington		100,0
250	DB Capital Management, Inc.	Wilmington		100,0
251	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt		100,0
252	DB Capital Partners (Asia), L.P.	Georgetown		99,7
253	DB Capital Partners (Europe) 2000 - A Founder Partner LP	Wilmington		80,0
254	DB Capital Partners (Europe) 2000 - B Founder Partner LP	Wilmington		80,0
255	DB Capital Partners Asia GP, Limited	Georgetown		100,0
256	DB Capital Partners Europe 2002 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
257	DB Capital Partners General Partner Limited	London		100,0
258	DB Capital Partners Latin America, G.P. Limited	Georgetown		100,0
259	DB Capital Partners, Inc.	Wilmington		100,0
260	DB Capital Partners, Latin America, LP	Georgetown		80,2
261	DB Capital, Inc.	Wilmington		100,0
262	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0
263	DB Cartera de Inmuebles 2, S.A.U.	Pozuelo de Alarcón		100,0
264	DB Chambers LLC	Wilmington		100,0
265	DB Chestnut Holdings Limited	Georgetown		100,0
266	DB Commodities Canada Ltd.	Toronto		100,0
267	DB Commodity Services LLC	Wilmington		100,0
268	DB Concerto (LP) Limited	Georgetown		100,0
269	DB Concerto Limited	Georgetown		100,0
270	DB Consortium S. Cons. a r.l. in liquidazione	Mailand		100,0
271	DB Consorzio S. Cons. a r. l.	Mailand		100,0
272	DB Crest Limited	St. Helier		100,0
273	DB Delaware Holdings (Europe) Limited	Wilmington		100,0
274	DB Delaware Holdings (UK) Limited	London		100,0
275	DB Depositor Inc.	Wilmington		100,0
276	DB Elara LLC	Wilmington		100,0
277	DB Emerald Limited	Dublin		100,0
278	DB Energy Commodities Limited	London		100,0
279	DB Energy Trading LLC	Wilmington		100,0
280	DB Enfield Infrastructure Holdings Limited	St. Helier		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
281	DB Enfield Infrastructure Investments Limited	St. Helier		100,0
282	DB Enterprise GmbH	Sössen-Gostau		100,0
283	DB Enterprise GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG	Sössen-Gostau		100,0
284	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0
285	DB Equity Limited	London		100,0
286	DB Equity S.à r.l.	Luxemburg		100,0
287	DB ESC Corporation	Wilmington		100,0
288	DB Export-Leasing GmbH	Frankfurt		100,0
289	DB Fillmore Lender Corp.	Wilmington		100,0
290	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0
291	DB Finance Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
292	DB Finance International GmbH	Eschborn		100,0
293	DB Finanz-Holding GmbH	Frankfurt		100,0
294	DB Franklin Investments Inc.	Wilmington		100,0
295	DB Funding Corporation # 1	Wilmington		100,0
296	DB Funding Corporation # 3	Wilmington		100,0
297	DB Funding LLC #4	Wilmington		100,0
298	DB Funding LLC #5	Wilmington		100,0
299	DB Funding LLC #6	Wilmington		100,0
300	DB Funding, L.P.	Baltimore		100,0
301	DB Galil Finance, Inc.	Wilmington		100,0
302	DB Gamla (Cayman)	Georgetown		100,0
303	DB Ganymede 2006 L.P.	Georgetown		100,0
304	DB Global Alternative Agribusiness Master Portfolio Ltd.	Georgetown		100,0
305	DB Global Markets Multi-Strategy Fund I Limited	Georgetown		100,0
306	DB Global Processing Services, Inc.	Wilmington		100,0
307	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0
308	DB Green Holdings Corp.	Wilmington		100,0
309	DB Green, Inc.	New York		100,0
310	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0
311	DB Hawks Nest, Inc.	Wilmington		100,0
312	DB Hedgeworks Fund Services Limited	Georgetown		100,0
313	DB HedgeWorks, LLC	Wilmington		100,0
314	DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0
315	DB Holdings (South America) Limited	Wilmington		100,0
316	db home lending holdings llc	Wilmington		100,0
317	db home lending llc	Lake Forest		100,0
318	DB Horizon, Inc.	Wilmington		100,0
319	DB HR Solutions GmbH	Eschborn		100,0
320	DB Hubert Investments Limited	Wilmington		100,0
321	DB Hypernova LLC	Wilmington		100,0
322	DB iCON Investments Limited	London		100,0
323	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Sössen-Gostau		100,0
324	DB Industrial Holdings GmbH	Sössen-Gostau		100,0
325	DB Infrastructure Holdings (UK) No.1 Limited	London		100,0
326	DB Infrastructure Holdings (UK) No.2 Limited	London		100,0
327	DB Infrastructure Holdings (UK) No.3 Limited	London		100,0
328	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0
329	DB International Investments Limited	London		100,0
330	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0
331	DB Invest Fundo de Investimento Multimercado	Sao Paulo		100,0
332	DB Investment Management, Inc.	Wilmington		100,0
333	DB Investment Managers, Inc.	Wilmington		100,0
334	DB Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
335	DB Investment Resources (US) Corporation	Wilmington		100,0
336	DB Investment Resources Holdings Corp.	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
337	DB Investments (GB) Limited	London		100,0
338	DB Io LP	Wilmington		100,0
339	DB IROC Leasing Corp.	New York		100,0
340	DB Jasmine (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
341	DB Jefferson Investments Limited	Wilmington		100,0
342	DB Kamchatka Limited	Georgetown		100,0
343	DB Keystone, LLC	Wilmington		100,0
344	DB King Investments Limited	Wilmington		100,0
345	DB Kredit Service GmbH	Berlin		100,0
346	DB Lafayette Investments Limited	Wilmington		100,0
347	DB Laight Investments Limited	Wilmington		100,0
348	DB Leasing Services GmbH	Frankfurt		100,0
349	DB Legal, Risk & Capital Services GmbH	Berlin		100,0
350	DB Leroy Investments LLC	Wilmington		100,0
351	DB Lexington Investments Inc.	Wilmington		100,0
352	DB Liberty, Inc.	Wilmington		100,0
353	DB Like-Kind Exchange Services Corp.	Wilmington		100,0
354	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0
355	DB Madison, LLC	Wilmington		100,0
356	DB Maia LLC	Wilmington		100,0
357	DB Malta Commercial Services One Ltd.	St. Julians		100,0
358	DB Malta Commercial Services Two Ltd.	St. Julians		100,0
359	DB Malta Holdings Ltd.	St. Julians		100,0
360	DB Management Partners, L.P.	Wilmington		100,0
361	DB Management Support GmbH	Frankfurt		100,0
362	DB Managers, LLC	West Trenton		100,0
363	DB Marcassin (Cayman) Holdings Limited	Georgetown		100,0
364	DB Master Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Não-Padronizados de Precatórios Federais	Rio de Janeiro		100,0
365	DB Mezzanine Fund Managing Member, LLC	New York		100,0
366	DB Moore Investments Limited	Wilmington		100,0
367	DB Mortgage Investment Inc.	Baltimore		100,0
368	DB Mortgage Services, LLC	Wilmington		100,0
369	DB Nexus Iberian Investments (UK) Limited	London		100,0
370	DB Nexus Investments (UK) Limited	London		100,0
371	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
372	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
373	DB Operaciones y Servicios Interactivos, A.I.E.	Barcelona		99,9
374	DB Overseas Finance Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
375	DB Overseas Holdings Limited	London		100,0
376	DB Paris Investissements	Paris		100,0
377	DB Partnership Management II, LLC	Wilmington		100,0
378	DB Partnership Management Ltd.	Wilmington		100,0
379	DB Perry Investments Limited	Wilmington		100,0
380	DB Platinum Advisors	Luxemburg		100,0
381	DB Portfolio Southwest, Inc.	Houston		100,0
382	DB Print GmbH	Frankfurt		100,0
383	DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0
384	DB Private Equity GmbH	Köln		100,0
385	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0
386	DB PWM Collective Management Limited	Liverpool		100,0
387	DB Pyrus (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
388	DB Rail Trading (UK) Limited	London		100,0
389	DB RE Global Real Estate Management 1A, Ltd.	Georgetown		100,0
390	DB RE Global Real Estate Management 1B, Ltd.	Georgetown		100,0
391	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
392	DB Real Estate Canadainvest 1 Inc.	Toronto		100,0
393	DB Real Estate Opportunities Group Advisors (UK) Limited	London		100,0
394	DB Realty Resources, Inc.	New York	5	0,0
395	DB Renewable Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
396	DB Rivington Investments Limited	Georgetown		100,0
397	DB RMS Leasing (Cayman) L.P.	Georgetown		100,0
398	DB Road (UK) Limited	Georgetown		100,0
399	DB Rugby Finance (Cayman)	Georgetown		100,0
400	DB Samay Finance No. 2, Inc.	Wilmington		100,0
401	DB Saturn Investments Limited	London		100,0
402	DB Second Funding Corp.	Wilmington		100,0
403	DB Securities S.A.	Warschau		100,0
404	DB Securities Services NJ Inc.	New York		100,0
405	DB Sedanka Limited	Georgetown		100,0
406	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0
407	DB Service Uruguay S.A.	Montevideo		100,0
408	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0
409	DB Services New Jersey, Inc.	West Trenton		100,0
410	DB Servicios México, S.A. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
411	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0
412	DB Shenandoah LLC	Wilmington		100,0
413	DB Sirius (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
414	DB Stanton Investments LLC	Wilmington		100,0
415	DB Sterling Finance Limited	Georgetown		100,0
416	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0
417	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0
418	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0
419	DB Structured Transaction VH-OJL Pty Limited	Sydney		100,0
420	DB Trips Investments Limited	Georgetown	5	0,0
421	DB Trust Company Limited Japan	Tokio		100,0
422	DB Trustee Services Limited	London		100,0
423	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
424	DB Tweed Limited	Georgetown		100,0
425	DB U.K. Nominees Limited	London		100,0
426	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0
427	DB UK (Saturn) Limited	London		100,0
428	DB UK Australia Finance Limited	Georgetown		100,0
429	DB UK Australia Holdings Limited	London		100,0
430	DB UK Bank Limited	London		100,0
431	DB UK Holdings Limited	London		100,0
432	DB UK PCAM Holdings Limited	London		100,0
433	DB Valiant (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
434	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0
435	DB Vandam Investments Limited	Wilmington		100,0
436	DB Vanquish (UK) Limited	London		100,0
437	DB Vantage (UK) Limited	London		100,0
438	DB Vantage No.2 (UK) Limited	London		100,0
439	DB Vantage No.3 (UK) Limited	London		100,0
440	DB Venture Partners (Europe) 2000 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
441	DB Venture Partners (Europe) 2001 Founder Partner LP	Wilmington		80,0
442	DB Venture Partners General Partner Limited	London		100,0
443	DB Vestry Investments Limited	Wilmington		100,0
444	DB Vita S.A.	Luxemburg		75,0
445	DB Warren Investments Limited	Georgetown		100,0
446	DB Waverly Investments Limited	Wilmington		100,0
447	DB West Financing LLC	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
448	DB Willow (UK) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
449	DB Wilton Holdings, LLC	Wilmington	5	0,0
450	DBAB Wall Street, LLC	Wilmington		100,0
451	DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0
452	DBAH Funding Corp.	Wilmington		100,0
453	DBAS Cayman Holdings 1 Limited	Georgetown		100,0
454	DBAS Cayman Holdings 2 Limited	Georgetown		100,0
455	DBC Continuance Inc.	Toronto		100,0
456	DBCCA Investment Partners, Inc.	Wilmington		100,0
457	DBCIBZ1	Georgetown		100,0
458	DBCIBZ2	Georgetown		100,0
459	DBD Mezzanine Corp.	Wilmington		100,0
460	DBD Pilgrim America Corp.	Wilmington		100,0
461	DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0
462	DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
463	DBGB Finance (No. 2) Limited	London		100,0
464	DBNY Brazil Invest Co.	Wilmington		100,0
465	DBNZ Overseas Investments (No.1) Limited	Georgetown		100,0
466	DBOI Global Services (UK) Limited	London		100,0
467	DBOI Global Services Private Limited	Mumbai		100,0
468	DBP Commercial Mortgage LLC	Wilmington		100,0
469	DBRMS4	Georgetown		100,0
470	DBRMSGP1	Georgetown		100,0
471	DBRMSGP2	Georgetown		100,0
472	DBS Technology Ventures, L.L.C.	Wilmington		100,0
473	DBUKH Finance Limited	London		100,0
474	DBUSBZ1, LLC	Wilmington		100,0
475	DBUSBZ2, LLC	Wilmington		100,0
476	DBUSH Funding Corp.	Wilmington		100,0
477	DBUSH Markets, Inc.	Wilmington		100,0
478	DBVR Investments No. 3 Ltd.	Wilmington		100,0
479	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0
480	DBX Strategic Advisors LLC	Wilmington		100,0
481	De Meng Innovative (Beijing) Consulting Company Limited	Peking		100,0
482	DeAM Infrastructure Limited	London		100,0
483	DeAM Investor Services, Inc.	Boston		100,0
484	DEBEKO Immobilien GmbH & Co Grundbesitz OHG	Eschborn		100,0
485	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Düsseldorf		100,0
486	Deer River, L.P.	Wilmington		100,0
487	DEGRU Erste Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
488	DeKon Service GmbH	Eschborn		100,0
489	Delowrezham de México S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
490	DEMOS Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
491	DEUFRAN Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
492	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt		100,0
493	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0
494	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0
495	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0
496	Deutsche (SRV) Investment Corporation	Wilmington		100,0
497	Deutsche Aeolia Power Production S.A.	Athen		80,0
498	Deutsche Alt-A Securities, Inc.	Wilmington		100,0
499	Deutsche Alternative Asset Management (Global) Limited	London		100,0
500	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited	London		100,0
501	Deutsche Asia Pacific Finance, Inc.	Wilmington		100,0
502	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0
503	Deutsche Asset Management (Asia) Limited	Singapur		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
504	Deutsche Asset Management (Australia) Limited	Sydney		100,0
505	Deutsche Asset Management (Hong Kong) Limited	Hongkong		100,0
506	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0
507	Deutsche Asset Management (Japan) Limited	Tokio		100,0
508	Deutsche Asset Management (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
509	Deutsche Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0
510	Deutsche Asset Management (UK) Limited	London		100,0
511	Deutsche Asset Management Canada Limited	Toronto		100,0
512	Deutsche Asset Management Group Limited	London		100,0
513	Deutsche Asset Management International GmbH	Frankfurt		100,0
514	Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH	Frankfurt		100,0
515	Deutsche Asset Management Schweiz	Zürich		100,0
516	Deutsche Auskunftei Service GmbH	Hamburg		100,0
517	Deutsche Australia Limited	Sydney		100,0
518	Deutsche Aviation Leasing Limited	London		100,0
519	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
520	DEUTSCHE BANK (CHILE) S.A.	Santiago		100,0
521	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0
522	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0
523	Deutsche Bank (Malta) Ltd	St. Julians		100,0
524	Deutsche Bank (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
525	Deutsche Bank (Perú) S.A.	Lima		100,0
526	Deutsche Bank (Portugal), S.A.	Lissabon		100,0
527	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0
528	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0
529	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0
530	Deutsche Bank Americas Finance LLC	Wilmington		100,0
531	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0
532	Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
533	Deutsche Bank Berkshire Mortgage, Inc.	Wilmington		100,0
534	Deutsche Bank Capital Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
535	Deutsche Bank Capital Markets S.r.l.	Mailand		100,0
536	Deutsche Bank Corretora de Valores S.A.	Sao Paulo		100,0
537	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt		100,0
538	Deutsche Bank Financial Inc.	Wilmington		100,0
539	Deutsche Bank Financial LLC	Wilmington		100,0
540	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
541	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Baltimore		100,0
542	Deutsche Bank Insurance Agency of Delaware	Wilmington		100,0
543	Deutsche Bank Insurance Agency of Massachusetts Incorporated	Boston		100,0
544	Deutsche Bank International Limited	St. Helier		100,0
545	Deutsche Bank International Trust Co. (Cayman) Limited	Georgetown		100,0
546	Deutsche Bank International Trust Co. (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
547	Deutsche Bank International Trust Co. Limited	St. Peter Port		100,0
548	Deutsche Bank Investments (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
549	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0
550	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0
551	Deutsche Bank México S.A. Institución de Banca Múltiple	Mexiko Stadt		100,0
552	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0
553	Deutsche Bank Nederland N.V.	Amsterdam		100,0
554	Deutsche Bank Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
555	Deutsche Bank PBC Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
556	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		100,0
557	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft	Frankfurt		100,0
558	Deutsche Bank Real Estate (Japan) Y.K.	Tokio		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
559	Deutsche Bank Realty Advisors, Inc.	New York		100,0
560	Deutsche Bank S.A.	Buenos Aires		100,0
561	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0
562	Deutsche Bank S.A. / N.V.	Brüssel		100,0
563	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0
564	Deutsche Bank Securities Limited	Toronto		100,0
565	Deutsche Bank Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0
566	Deutsche Bank Società per Azioni	Mailand		99,8
567	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0
568	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0
569	Deutsche Bank Trust Company New Jersey Ltd.	Jersey City		100,0
570	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0
571	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0
572	Deutsche Bank Trustee Services (Guernsey) Limited	St. Peter Port		100,0
573	Deutsche Bank Zártkörűen Működő Részvénytársaság	Budapest		100,0
574	Deutsche Bank Österreich AG	Wien		100,0
575	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española	Madrid		99,7
576	Deutsche Berri	Paris		100,0
577	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0
578	Deutsche Capital Financing (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0
579	Deutsche Capital Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
580	Deutsche Capital Markets Algeria SPA	Algier		100,0
581	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0
582	Deutsche Capital Singapore Limited	Singapur		100,0
583	Deutsche Card Services GmbH	Frankfurt		100,0
584	Deutsche Cayman Ltd.	Georgetown		100,0
585	Deutsche Climate Change Fixed Income QP Trust	Salem		100,0
586	Deutsche Clubholding GmbH	Frankfurt		95,0
587	Deutsche Colombia S.A.	Bogota		100,0
588	Deutsche Commodities Trading Co., Ltd.	Schanghai		100,0
589	Deutsche Courcelles	Paris		100,0
590	Deutsche Custody Global B.V.	Amsterdam		100,0
591	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0
592	Deutsche Custody Nederland B.V.	Amsterdam		100,0
593	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0
594	Deutsche Emerging Markets Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		99,9
595	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0
596	Deutsche Equity Funds Holdings Limited	London		100,0
597	Deutsche Family Office GmbH	Frankfurt		100,0
598	Deutsche Far Eastern Asset Management Company Limited	Taipeh		60,0
599	Deutsche Fiduciary Services (Suisse) SA	Genf		100,0
600	Deutsche Finance Co 1 Pty Limited	Sydney		100,0
601	Deutsche Finance Co 2 Pty Limited	Sydney		100,0
602	Deutsche Finance Co 3 Pty Limited	Sydney		100,0
603	Deutsche Finance Co 4 Pty Limited	Sydney		100,0
604	Deutsche Finance No. 1 Limited	London		100,0
605	Deutsche Finance No. 2 (UK) Limited	London		100,0
606	Deutsche Finance No. 2 Limited	Georgetown		100,0
607	Deutsche Finance No. 3 (UK) Limited	London		100,0
608	Deutsche Finance No. 4 (UK) Limited	London		100,0
609	Deutsche Finance No. 6 (UK) Limited	London		100,0
610	Deutsche Financial Services Puerto Rico Corporation	San Juan		100,0
611	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0
612	Deutsche Friedland	Paris		100,0
613	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd	Singapur		100,0
614	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
615	Deutsche Group Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
616	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0
617	Deutsche Grundbesitz Beteiligungsgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
618	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mbH & Co Löwenstein Palais	Eschborn		100,0
619	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		99,8
620	Deutsche Haussmann, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
621	Deutsche Holdings (BTI) Limited	London		100,0
622	Deutsche Holdings (Chile) S.A.	Santiago		100,0
623	Deutsche Holdings (Malta) Ltd.	St. Julians		100,0
624	Deutsche Holdings (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
625	Deutsche Holdings Limited	London		100,0
626	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		100,0
627	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		100,0
628	Deutsche Holdings No. 4 Limited	London		100,0
629	Deutsche Hume Investments Pty Limited	Sydney		100,0
630	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		100,0
631	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0
632	Deutsche International Corporate Services (Delaware) LLC	Wilmington		100,0
633	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited	Dublin		100,0
634	Deutsche International Corporate Services Limited	St. Helier		100,0
635	Deutsche International Custodial Services Limited	St. Helier		100,0
636	Deutsche International Finance (Ireland) Limited	Dublin		100,0
637	Deutsche International Holdings (UK) Limited	London		100,0
638	Deutsche International Trust Company N.V.	Amsterdam		100,0
639	Deutsche International Trust Corporation (Mauritius) Limited	Port Louis		100,0
640	Deutsche Inversiones Dos S.A.	Santiago		100,0
641	Deutsche Inversiones Limitada	Santiago		100,0
642	Deutsche Investment Management Americas Inc.	Wilmington		100,0
643	Deutsche Investments (Holland) B.V.	Amsterdam		100,0
644	Deutsche Investments (Netherlands) N.V.	Amsterdam		100,0
645	Deutsche Investments Australia Limited	Sydney		100,0
646	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0
647	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0
648	Deutsche IT License GmbH	Eschborn		100,0
649	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0
650	Deutsche Leasing New York Corp.	New York		100,0
651	Deutsche Long Duration Government/Credit QP Trust	Salem		100,0
652	Deutsche Managed Investments Limited	Sydney		100,0
653	Deutsche Master Funding Corporation	Wilmington		100,0
654	Deutsche Morgan Grenfell Group Public Limited Company	London		100,0
655	Deutsche Morgan Grenfell Nominees Pte Ltd	Singapur		100,0
656	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0
657	Deutsche Mortgage Securities, Inc.	Wilmington		100,0
658	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		100,0
659	Deutsche Nominees Limited	London		100,0
660	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0
661	Deutsche PM Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
662	Deutsche Postbank AG	Bonn		52,0
663	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Munsbach		100,0
664	Deutsche Postbank Financial Services GmbH	Frankfurt		100,0
665	Deutsche Postbank Home Finance Limited	Neu Delhi		100,0
666	Deutsche Postbank International S.A.	Munsbach		100,0
667	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A.	Munsbach		100,0
668	Deutsche Private Asset Management Limited	London		100,0
669	Deutsche Representaciones y Mandatos S.A.	Buenos Aires		100,0
670	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		75,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
671	Deutsche Securities (Perú) S.A.	Lima		100,0
672	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		75,0
673	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		75,0
674	Deutsche Securities Algeria SPA	Algier		100,0
675	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong		100,0
676	Deutsche Securities Australia Limited	Sydney		100,0
677	Deutsche Securities Corredores de Bolsa Ltda.	Santiago		100,0
678	Deutsche Securities Inc.	Tokio		100,0
679	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0
680	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0
681	Deutsche Securities Limited	Hongkong		100,0
682	Deutsche Securities Mauritius Limited	Port Louis		100,0
683	Deutsche Securities Menkul Degerler A.S.	Istanbul		100,0
684	Deutsche Securities New Zealand Limited	Auckland		100,0
685	Deutsche Securities Nominees Hong Kong Limited	Hongkong		100,0
686	Deutsche Securities Saudi Arabia LLC	Riad		100,0
687	Deutsche Securities Sociedad de Bolsa S.A.	Buenos Aires		100,0
688	Deutsche Securities Venezuela S.A.	Caracas		100,0
689	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0
690	Deutsche Securitisation Australia Pty Ltd	Sydney		100,0
691	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt		100,0
692	Deutsche Transaction France	Paris		100,0
693	Deutsche Transnational Trustee Corporation Inc	Charlottetown		100,0
694	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0
695	Deutsche Trustee Services (India) Private Limited	Mumbai		100,0
696	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0
697	Deutsche Ultra Core Fixed Income QP Trust	Salem		100,0
698	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt		78,0
699	DFC Residual Corp.	Reno		100,0
700	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH	Eschborn		100,0
701	DI Deutsche Immobilien Baugesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG	Eschborn		100,0
702	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Eschborn		100,0
703	DIB-Consult Deutsche Immobilien- und Beteiligungs-Beratungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
704	DIL CONTRACT Projektmanagement GmbH	Düsseldorf		100,0
705	DIL Deutsche Baumanagement GmbH	Düsseldorf		100,0
706	DIL Financial Services GmbH & Co. KG	Düsseldorf		100,0
707	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
708	DIV Holding GmbH	Frankfurt		100,0
709	DMG Technology Management, L.L.C.	Wilmington		100,0
710	DMJV	New York	5	0,0
711	DNU Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
712	DowningX LLC	Wilmington		100,0
713	DPB Financial Consultants Limited	Gurgaon		100,0
714	DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited	London		100,0
715	DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited	London		100,0
716	DPBI Immobilien KGaA	Munsbach		100,0
717	Dritte DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		94,2
718	Drolla GmbH	Frankfurt		100,0
719	DRT Limited International SRL	Bukarest		100,0
720	DSL Holding Aktiengesellschaft	Bonn		100,0
721	DSL Portfolio GmbH & Co. KG	Bonn		100,0
722	DSL Portfolio Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
723	DTS Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
724	DVCG Deutsche Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds II KG i.L.	München		69,2
725	DWS (Austria) Investmentgesellschaft mbH	Wien		100,0
726	DWS Finanz-Service GmbH	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
727	DWS Helios	Luxemburg		99,7
728	DWS Holding & Service GmbH	Frankfurt		100,0
729	DWS Investment GmbH	Frankfurt		100,0
730	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0
731	DWS Investments (Spain), S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0
732	DWS Investments Annuities and Life Services Inc.	Wilmington		100,0
733	DWS Investments Distributors, Inc.	Wilmington		100,0
734	DWS Investments Fund Accounting Corporation	Wilmington		100,0
735	DWS Investments Service Company	Wilmington		100,0
736	DWS Polska TFI S.A.	Warschau		100,0
737	DWS Schweiz GmbH	Zürich		100,0
738	DWS Società di Intermediazione Mobiliare S.p.A.	Mailand		100,0
739	DWS Trust Company	Salem		100,0
740	easyhyp GmbH	Hameln		100,0
741	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG	Hamburg		65,2
742	ECT Holdings Corp.	Wilmington		100,0
743	EDORA Funding GmbH	Frankfurt		100,0
744	Elba Finance GmbH	Eschborn		100,0
745	ELBI Funding GmbH	Frankfurt		100,0
746	ELDO ACHTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
747	ELDO ERSTE Vermögensverwaltungs GmbH	Eschborn		100,0
748	Elizabethan Holdings Limited	Georgetown		100,0
749	Elizabethan Management Limited	Georgetown		100,0
750	Emerald GmbH	Frankfurt		100,0
751	Enterprise Fleet Management Exchange, Inc.	Wilmington		100,0
752	ERATO Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
753	Erda Funding GmbH	Eschborn		100,0
754	Ero Properties, Inc.	New York		100,0
755	Erste DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		94,2
756	Estate Holdings, Inc.	St. Thomas	5	0,0
757	EUROKNIGHTS IV GmbH & Co. Beteiligungs KG	München	1	0,0
758	European Asian Bank (Hong Kong) Nominees Limited	Hongkong		100,0
759	European Private Equity Portfolio S.A., SICAR	Luxemburg	1	1,1
760	Evergreen International Holdings B.V.	Amsterdam		100,0
761	Evergreen International Investments B.V.	Amsterdam		100,0
762	Evergreen International Leasing B.V.	Amsterdam		100,0
763	Evergreen Overseas Investments B.V.	Amsterdam		100,0
764	Exinor SA	Malmedy		100,0
765	Exporterra GmbH	Frankfurt		100,0
766	EXTOREL Private Equity Advisers GmbH	München		100,0
767	FARAMIR Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
768	Farezco I, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
769	Farezco II, S. de R.L. de C.V.	Zapopan		100,0
770	Fenix Administración de Activos S. de R.L. de C.V.	Mexiko Stadt		100,0
771	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.L.	Mailand		100,0
772	Filaine, Inc.	Wilmington	5	0,0
773	Finanza & Futuro Banca SpA	Mailand		100,0
774	Firstee Investments LLC	Wilmington		100,0
775	FJC Property Corp.	Wilmington		100,0
776	Fondo de Inversión Privado NPL Fund Two	Santiago	4	70,0
777	FRANKFURT CONSULT GmbH	Frankfurt		100,0
778	Frankfurt Family Office GmbH	Frankfurt		100,0
779	Frankfurt Finanz-Software GmbH	Frankfurt		100,0
780	FRANKFURT-TRUST Invest Luxemburg AG	Luxemburg		100,0
781	FRANKFURT-TRUST Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
782	Frankfurter Beteiligungs-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
783	Frankfurter Vermögens-Treuhand Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
784	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
785	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados-Precatório Federal 4870-1	Rio de Janeiro		100,0
786	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados-Precatórios Federais DB I	Rio de Janeiro		100,0
787	Fundo de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados-Precatórios Federais DB II	Rio de Janeiro		100,0
788	Fundo de Investimento em Quotas de Fundos de Investimento em Direitos Creditórios Nao-Padronizados Global Markets	Rio de Janeiro		100,0
789	Funds Nominees Limited	London		100,0
790	Fünfte DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		94,2
791	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl >>Rimbachzentrum<< KG	Bad Homburg		74,0
792	G Finance Holding Corp.	Wilmington		100,0
793	GACC Funding Corporation	Wilmington		100,0
794	GAFCo Funding Corp.	Wilmington		100,0
795	GAVDOS GmbH	Wuppertal		100,0
796	GbR Goethestraße	Köln		94,0
797	Gemini Technology Services Inc.	Wilmington		100,0
798	German American Capital Corporation	Baltimore		100,0
799	German European VCPII GmbH & Co. KG	München	1	0,0
800	Glacier Mountain, L.P.	Wilmington		100,0
801	Global Alliance Finance Company, L.L.C.	Wilmington		100,0
802	Global Commercial Real Estate Special Opportunities Limited	St. Helier		100,0
803	Global Markets Centre Private Limited	Mumbai		100,0
804	Global Markets Fundo de Investimento Multimercado	Rio de Janeiro		100,0
805	Global Markets III Fundo de Investimento Multimercado - Crédito Privado e Investimento No Exterior	Rio de Janeiro		100,0
806	GlobalX LLC	Wilmington		100,0
807	Greene Investments Limited	Georgetown		100,0
808	GreenwichX LLC	Wilmington		100,0
809	Greenwood Properties Corp.	New York	5	0,0
810	Grundstücksgesellschaft Frankfurt Bockenheimer Landstraße GbR	Troisdorf		94,9
811	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI mbH	Köln		100,0
812	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		59,7
813	Gulara Pty Ltd	Sydney		100,0
814	Guo Mao International Hotels BV	Amsterdam		100,0
815	Gut Kaden Golf und Land Club GmbH	Alveslohe		100,0
816	Hac Investments Ltd.	Wilmington		100,0
817	HAC Investments Portugal - Servicos de Consultadoria e Gestao Ltda.	Lissabon		100,0
818	HAH Limited	London		100,0
819	Hakkeijima Godo Kaisha	Tokio		95,0
820	Herengracht Financial Services B.V.	Amsterdam		100,0
821	Hertz Car Exchange Inc.	Wilmington		100,0
822	Hessische Immobilien-Verwaltungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Eschborn		100,0
823	Home Closer LLC	New York		100,0
824	HTB Spezial GmbH & Co. KG	Köln		100,0
825	Hudson GmbH	Eschborn		100,0
826	HudsonX Inc.	Wilmington		100,0
827	Hypotheken-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
828	I Synfuels, LLC	Wilmington		100,0
829	IB Associate, LLC	New York		100,0
830	IC Chicago Associates LLC	Wilmington	5	0,0
831	Ifigal Gestion	Paris		100,0
832	IFN Finance B.V.	Rotterdam		100,0
833	IFN Finance N.V.	Antwerpen		100,0
834	IKARIA Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
835	IMM Associate, LLC	New York		100,0
836	Imobal - Imobiliária e Administradora Ltda.	Sao Paulo		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
837	Imodan Limited	Port Louis		100,0
838	Indigo (Cayman) Holding Limited	Georgetown		100,0
839	Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
840	International Operator Limited	London		100,0
841	IOS Finance EFC, S.A.	Barcelona		100,0
842	Iphigenie Verwaltungs GmbH	Bonn		100,0
843	Ironland Limited	London		100,0
844	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0
845	ITAPEVA II Multicarteira FIDC Não-Padronizado	Sao Paulo		100,0
846	IVAF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
847	IVAF II Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
848	Ivy Kroner Unit Trust I	Georgetown	4	0,0
849	JADE Residential Property AG	Eschborn		100,0
850	JPCB-Bero GmbH	Oberhausen	6	100,0
851	JR Nominees (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
852	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0
853	KAPPA IT VENTURES Zweite Beteiligungs GmbH i.L.	Bonn		93,5
854	KAPPA IT VENTURES Zweite Holding GmbH i.L.	Bonn		100,0
855	KARPATOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
856	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt		100,0
857	KHP Knüppe, Huntebrinker & Co. GmbH	Osnabrück		100,0
858	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0
859	Kiewo Ltd.	Georgetown		100,0
860	Kingfisher Nominees Limited	Auckland		100,0
861	KITHOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
862	Klößner Industriebeteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
863	Konsul Inkasso GmbH	Essen		100,0
864	KOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
865	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0
866	Lammermuir Leasing Limited	London		100,0
867	Laser Leasing Limited	Georgetown		100,0
868	Latin America Recovery Fund LLC	Wilmington		100,0
869	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0
870	Leasing Verwaltungsgesellschaft Waltersdorf mbH	Schönefeld		100,0
871	LGB Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
872	Liberty Investments Limited	Georgetown		100,0
873	Licorne Gestion	Paris		100,0
874	Linder LP	Georgetown		100,0
875	Lindoro LLC	Wilmington		100,0
876	Lokki Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
877	London Industrial Leasing Limited	London		100,0
878	Long-Tail Risk Insurers, Ltd.	Hamilton		100,0
879	Luxembourg Family Office S.A.	Luxemburg		100,0
880	LWC Nominees Limited	Auckland		100,0
881	MAC Investments Ltd.	Georgetown		100,0
882	MacDougal Investments Limited	Wilmington		100,0
883	Makapuu Inc.	Wilmington		100,0
884	Mallard Place, Inc.	Wilmington		100,0
885	Marine Investments YK	Tokio		100,0
886	Matura Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
887	Maxblue Americas Holdings, S.A.	Madrid		100,0
888	Mayfair Center, Inc.	Wilmington		100,0
889	Media Entertainment Filmmanagement GmbH	Pullach		100,0
890	MEF I Manager, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
891	Mercer Investments Limited	Wilmington		100,0
892	Merkur I SICAV-FIS	Luxemburg		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
893	Merkur II SICAV-FIS	Luxemburg		100,0
894	Metis Properties Limited	London		100,0
895	Mezzanine Capital Europe (MC-EU) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
896	Mezzanine Capital Europe II (MC-EU II) GmbH & Co. KG	München	1	0,0
897	Mezzanine Capital USA (MC-US) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
898	Mezzanine Capital USA II (MC-US II) GmbH & Co. KG	München	1	0,1
899	MHL Reinsurance Ltd.	Burlington		100,0
900	Miami MEI, LLC	Dover	5	0,0
901	Mira GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
902	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0
903	MMDB Noonmark L.L.C.	Wilmington		100,0
904	"modernes Frankfurt" private Gesellschaft für Stadtentwicklung mbH	Frankfurt		100,0
905	Morgan Grenfell & Co. Limited	London		100,0
906	Morgan Grenfell (Local Authority Finance) Limited	London		100,0
907	Morgan Grenfell (Local Authority Services) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
908	Morgan Grenfell Capital (G.P.) Limited (in member's voluntary liquidation)	Edinburgh		100,0
909	Morgan Grenfell Development Capital Holdings Limited	London		100,0
910	Morgan Grenfell Development Capital Nominees Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
911	Morgan Grenfell Development Capital Syndications Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
912	Morgan Grenfell Private Equity Limited	London		100,0
913	Morgan Nominees Limited	London		100,0
914	Mortgage Trading (UK) Limited	London		100,0
915	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0
916	MortgageIT, Inc.	New York		100,0
917	MXB U.S.A., Inc.	Wilmington		100,0
918	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0
919	NEPTUNO Verwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
920	New Prestitempo S.p.A.	Mailand		100,0
921	Newhall LLC	Wilmington		100,0
922	Newport Harbor Corporation, Delaware	Wilmington		100,0
923	NewportX Inc.	Wilmington		100,0
924	NIDDA Grundstücks- und Beteiligungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
925	Nordwestdeutscher Wohnungsbauträger Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
926	norisbank GmbH	Berlin		100,0
927	North American Income Fund PLC	Dublin		67,1
928	Novoquote Limited	London		100,0
929	Oakwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
930	Office Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
931	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0
932	OP Cash Euro Plus	Luxemburg	4	61,7
933	OP-Fonds OPAL	Köln	4	100,0
934	OP-INVEST CHF Management S.A.	Luxemburg		100,0
935	OPB KRITI GmbH	Königstein		100,0
936	OPB Verwaltungs- und Beteiligungs-GmbH	Köln		100,0
937	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0
938	OPB-Decima GmbH	Köln		100,0
939	OPB-Holding GmbH	Köln		100,0
940	OPB-Mosel GmbH	Köln		100,0
941	OPB-Nona GmbH	Frankfurt		100,0
942	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0
943	OPB-Quarta GmbH	Köln		100,0
944	OPB-Quinta GmbH	Köln		100,0
945	OPB-Rhein GmbH	Köln		100,0
946	OPB-Septima GmbH	Köln		100,0
947	OPB-SIKINOS GmbH i.L.	Köln		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
948	OPB-Structuring GmbH	Köln		100,0
949	Open joint-stock company "Deutsche Bank DBU"	Kiew		100,0
950	Oppenheim ACA GmbH	Frankfurt		100,0
951	Oppenheim AM GmbH	Wien		100,0
952	OPPENHEIM Asia Select GmbH & Co. KG	Köln		100,0
953	Oppenheim Asset Management Services S.à r.l.	Luxemburg		100,0
954	Oppenheim Beteiligungs-AG	Köln		100,0
955	OPPENHEIM Beteiligungs-Treuhand GmbH	Köln		100,0
956	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0
957	Oppenheim Capital Management GmbH	Köln		100,0
958	Oppenheim Eunomia GmbH	Köln		100,0
959	OPPENHEIM Flottenfonds IV GmbH & Co. KG	Köln	1	0,0
960	OPPENHEIM Flottenfonds V GmbH & Co. KG	Köln		83,3
961	Oppenheim Fonds Trust GmbH	Köln		100,0
962	OPPENHEIM Immobilien Dachfonds III GmbH & Co. KG	Köln		100,0
963	Oppenheim Immobilienfonds Rüttenscheider Tor GmbH & Co. KG	Köln	1	5,4
964	Oppenheim International Finance	Dublin		100,0
965	OPPENHEIM Internet Fonds Manager GmbH i.L.	Köln		100,0
966	Oppenheim Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
967	OPPENHEIM Mezzanine GmbH & Co. KG	Frankfurt	1	2,6
968	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Manager GmbH	Köln		100,0
969	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
970	Oppenheim Research GmbH	Köln		100,0
971	Oppenheim VAM Kapitalanlagegesellschaft mbH	Köln		100,0
972	Oppenheim Vermögenstreuhand GmbH	Köln		100,0
973	OPS Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
974	OVT Trust 1 GmbH	Köln		100,0
975	OVV Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
976	PacificX LLC	Wilmington		100,0
977	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
978	Pan Australian Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
979	Paribus Köln I GmbH	Köln		100,0
980	PB (USA) Holdings, Inc.	Wilmington		100,0
981	PB (USA) Realty Corporation	New York		94,7
982	PB Capital Corporation	Wilmington		100,0
983	PB EuroTurks Finanzdienstleistungen GmbH i.L.	Bonn		100,0
984	PB Factoring GmbH	Bonn		100,0
985	PB Finance (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
986	PB Firmenkunden AG	Bonn		100,0
987	PB Hollywood I Hollywood Station, LLC	Dover	5	0,0
988	PB Hollywood II Lofts, LLC	Dover	5	0,0
989	PB Sechste Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
990	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen	Frankfurt		99,6
991	PBC Carnegie, LLC	Wilmington	5	0,0
992	PBC Services GmbH der Deutschen Bank	Frankfurt		100,0
993	PE-US/ASIA Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
994	PEIF II (Manager) Limited	St. Helier		100,0
995	Pelleport Investors, Inc.	New York		100,0
996	Pembol Nominees Limited	London		100,0
997	Percy Limited	Gibraltar		100,0
998	PHARMA/wHEALTH Management Company S.A.	Luxemburg		99,9
999	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Manila		95,0
1000	Phoebus Investments LP	Wilmington		100,0
1001	Phoebus Leasing Limited	Georgetown		100,0
1002	Pilgrim Financial Services LLP	Wilmington		100,0
1003	PLAKIAS Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1004	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0
1005	Plinius Verwaltungs AG	Zürich		100,0
1006	PMG Collins, LLC	Tallahassee	5	0,0
1007	Pollus L.P.	St. Helier		100,0
1008	Polydeuce LLC	Wilmington		100,0
1009	POND VENTURES II GmbH & Co. KG	München		99,9
1010	POSEIDON Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
1011	Postbank Akademie und Service GmbH	Hamel		100,0
1012	Postbank Beteiligungen GmbH	Bonn		100,0
1013	Postbank Direkt GmbH	Bonn		100,0
1014	Postbank Filial GmbH	Bonn		100,0
1015	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		100,0
1016	Postbank Finanzberatung AG	Hamel		100,0
1017	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH	Bonn		100,0
1018	Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG	Bonn		90,0
1019	Postbank Leasing GmbH	Bonn		100,0
1020	Postbank P.O.S. Transact GmbH	Eschborn		100,0
1021	Postbank Support GmbH	Köln		100,0
1022	Postbank Systems AG	Bonn		100,0
1023	Postbank Versicherungsvermittlung GmbH	Bonn		100,0
1024	Primelux Insurance S.A.	Luxemburg		100,0
1025	Private Equity Asia Select Company III S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1026	Private Equity Global Select Company IV S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1027	Private Equity Global Select Company V S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1028	Private Equity Select Company S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1029	Private Financing Initiatives, S.L.	Barcelona		51,0
1030	PS plus Portfolio Software + Consulting GmbH	Rödermark		80,2
1031	PT. Deutsche Securities Indonesia	Jakarta		99,0
1032	Pyramid Acquisitions B.V.	Amsterdam		100,0
1033	Pyramid Investments Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1034	Pyramid Office Properties Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1035	Pyramid Ventures, Inc.	Wilmington		100,0
1036	RALOS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG	Pullach		94,0
1037	RBM Nominees Pty. Limited	Sydney		100,0
1038	Reade, Inc.	Wilmington		100,0
1039	Red Lodge, L.P.	Wilmington		100,0
1040	registrar services GmbH	Eschborn		100,0
1041	Regula Limited	Road Town		100,0
1042	REIB Europe Investments Limited	London		100,0
1043	REIB International Holdings Limited	London		100,0
1044	REO Properties Corporation	Wilmington		100,0
1045	RHODOS Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0
1046	Rimvalley Limited	Dublin		100,0
1047	Ripple Creek, L.P.	Wilmington		100,0
1048	Riverton Investments LLC	Wilmington		100,0
1049	RMS Investments (Cayman)	Georgetown		100,0
1050	RoCal, L.L.C.	Wilmington		100,0
1051	RoCalwest, Inc.	Wilmington		100,0
1052	Romeo U.S. Group, Inc.	Wilmington		100,0
1053	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0
1054	RoSmart LLC	Wilmington		100,0
1055	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0
1056	RREEF Agency S.r.l.	Mailand		100,0
1057	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0
1058	RREEF China REIT Management Limited	Hongkong		100,0
1059	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1060	RREEF Fondimmobiliari Società di Gestione del Risparmio S.p.A.	Mailand		100,0
1061	RREEF India Advisors Private Limited	Mumbai		100,0
1062	RREEF Investment GmbH	Eschborn		99,9
1063	RREEF Management Company	Wilmington		100,0
1064	RREEF Management GmbH	Eschborn		100,0
1065	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0
1066	RREEF North American Infrastructure Onshore Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
1067	RREEF Opportunities Management S.r.l.	Mailand		100,0
1068	RREEF REFlex Fund L.P.	Wilmington		86,7
1069	RREEF REFlex Fund Ltd.	Georgetown		92,3
1070	RREEF Shanghai Investment Consultancy Company	Schanghai		100,0
1071	RREEF Spezial Invest GmbH	Eschborn		100,0
1072	RREEFSmart, L.L.C.	Wilmington		95,0
1073	RTS Nominees Pty Limited	Sydney		100,0
1074	Rüd Blass Vermögensverwaltung AG	Zürich		100,0
1075	SAB Real Estate Verwaltungs GmbH	Hamel		100,0
1076	Sagamore Limited	London		100,0
1077	SAGITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1078	Sal. Oppenheim (France)	Paris		100,0
1079	Sal. Oppenheim Alternative Asset Management S.A.	Luxemburg		100,0
1080	Sal. Oppenheim Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
1081	Sal. Oppenheim Asia Alternative Investments GmbH	Köln		100,0
1082	Sal. Oppenheim Boulevard Konrad Adenauer S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1083	Sal. Oppenheim Corporate Finance North America Holding LLC	Wilmington		100,0
1084	Sal. Oppenheim Global Invest GmbH	Köln		100,0
1085	Sal. Oppenheim Healthcare Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
1086	Sal. Oppenheim Investments GmbH	Köln		100,0
1087	Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. Kommanditgesellschaft auf Aktien	Köln		100,0
1088	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungen S.A. (Luxembourg)	Luxemburg		100,0
1089	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
1090	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Corporate Finance (Schweiz) AG	Zürich		100,0
1091	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär AG	Köln		100,0
1092	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Komplementär S.A.	Luxemburg		100,0
1093	Sal. Oppenheim jr. & Cie. S.C.A.	Luxemburg		100,0
1094	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Securities Inc.	Wilmington		100,0
1095	Sal. Oppenheim PEP International S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1096	Sal. Oppenheim PEP Treuhand GmbH	München		100,0
1097	Sal. Oppenheim Private Equity Partners S.A.	Luxemburg		100,0
1098	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US L.P.	Wilmington		100,0
1099	Sal. Oppenheim Private Equity Partners US LLC	Wilmington		100,0
1100	SALOMON OPPENHEIM GmbH i.L.	Köln		100,0
1101	SAMOS Vermögensverwaltungs GmbH	Köln		100,0
1102	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1103	Sapphire Aircraft Leasing and Trading Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1104	Schiffsbetriebsgesellschaft Brunswik mit beschränkter Haftung	Hamburg		100,0
1105	Sechste DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		100,0
1106	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fehrenbach KG	Düsseldorf		94,7
1107	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle II KG	Düsseldorf		100,0
1108	Seneca Delaware, Inc.	Wilmington		100,0
1109	Seneca Leasing Partners, L.P.	Wilmington		99,0
1110	Service Company Two Limited	Hongkong		100,0
1111	Serviced Office Investments Limited	St. Helier		100,0
1112	Servicegesellschaft der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden mbH	Frankfurt		100,0
1113	Sharps SP I LLC	Wilmington		100,0
1114	Sherwood Properties Corp.	Wilmington		100,0
1115	Shopready Limited	London		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1116	Silver Leaf 1 LLC	Wilmington		100,0
1117	SIMA Private Equity 1 Beteiligungs GmbH	Köln		100,0
1118	SIMA Private Equity 1 GmbH & Co. KG	Hamburg	1	0,0
1119	SOAR European Equity Fund Public Limited Company	Dublin		100,0
1120	SolRenovable Fotov., S.L.	Palma de Mallorca		67,7
1121	SOPEP Global Infrastructure Fund, SICAV-FIS	Luxemburg		100,0
1122	Spring Leasing Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1123	SSG Middle Market CLO LLC	Wilmington		100,0
1124	Stoneridge Apartments, Inc.	Wilmington	5	0,0
1125	Stores International Limited	Georgetown		100,0
1126	Story L.P.	Georgetown		100,0
1127	Structured Finance Americas, LLC	Wilmington		100,0
1128	Sunbelt Rentals Exchange Inc.	Wilmington		100,0
1129	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		100,0
1130	Tapeorder Limited	London		100,0
1131	Taunus Corporation	Wilmington		100,0
1132	Technology Ventures Five GmbH i.L.	Bonn		100,0
1133	Technology Ventures Six GmbH i.L.	Bonn		100,0
1134	Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH	Frankfurt		100,0
1135	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1136	Tempurrite Leasing Limited	London		100,0
1137	Tenedora de Valores S.A.	Santiago		100,0
1138	TeraGate Beteiligungs-GmbH	Frankfurt		100,0
1139	Tertia Büromaschinen Vermiet- und Leasing-Verwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1140	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Halle I KG	Düsseldorf		100,0
1141	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordhausen I KG	Düsseldorf		100,0
1142	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0
1143	The World Markets Company GmbH i.L.	Frankfurt		74,8
1144	THEMIS Beteiligungs- und Verwaltungs GmbH	Köln		100,0
1145	Tilney (Ireland) Limited	Dublin		100,0
1146	Tilney Acquisitions Limited	Liverpool		100,0
1147	Tilney Asset Management International Limited	St. Peter Port		100,0
1148	Tilney Funding Limited	Liverpool		100,0
1149	Tilney Group Limited	Liverpool		100,0
1150	Tilney Holdings Limited	Liverpool		100,0
1151	Tilney International Limited	Hamilton		100,0
1152	Tilney Investment Management	Liverpool		100,0
1153	Tilney Management Limited	Liverpool		100,0
1154	TILOS Vermögensverwaltungs GmbH	Köln		100,0
1155	TIM (London) Limited	Liverpool		100,0
1156	TOKOS GmbH	Sössen-Gostau		100,0
1157	TQI Exchange, LLC	Wilmington		100,0
1158	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt		100,0
1159	Trevona Limited	Road Town		100,0
1160	Triplereason Limited	London		100,0
1161	TTM Investor GmbH	Frankfurt		100,0
1162	U.F.G.I.S. Holdings (Cyprus) Limited	Larnaka		100,0
1163	Unter Sachsenhausen Beteiligungs GmbH i.L.	Köln		100,0
1164	Urbistar Settlement Services, LLC	Wilmington		100,0
1165	US Real Estate Beteiligungs GmbH	Frankfurt		100,0
1166	Varick Investments Limited	Wilmington		100,0
1167	VB Glas-Großhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung	Köln		100,0
1168	VCG Venture Capital Fonds III Verwaltungs GmbH	München		100,0
1169	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH	München		100,0
1170	VCM Capital Management GmbH	München		100,0
1171	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG	München	1	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1172	VCM III Institutional Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
1173	VCM III Institutional Equity Partners GmbH & Co. KG	München	1	0,1
1174	VCM MIP 2001 GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1175	VCM MIP 2002 GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1176	VCM MIP II GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1177	VCM MIP III GmbH & Co. KG	München	1	8,0
1178	VCM MIP IV GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1179	VCM PEP I Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
1180	VCM PEP II Beteiligungsverwaltung GmbH	München		100,0
1181	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. Beteiligungs KG II	München	1	4,8
1182	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1183	VCM Private Equity Portfolio GmbH & Co. KG IV	München	1	2,1
1184	VCM REE Beteiligungstreuhand GmbH	München		100,0
1185	VCM Treuhand Beteiligungsverwaltung GmbH	München		100,0
1186	VCM VI Institutional Private Equity (B) GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1187	VCP Treuhand Beteiligungsgesellschaft mbH	München		100,0
1188	VCP Verwaltungsgesellschaft mbH	München		100,0
1189	VCPII Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH	Tutzing		100,0
1190	Vertriebsgesellschaft mbH der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden	Berlin		100,0
1191	VEXCO, LLC	Wilmington		100,0
1192	VI Resort Holdings, Inc.	New York	5	0,0
1193	Vierte DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		94,2
1194	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH	Bonn		75,0
1195	Wealthspur Investment Company Limited	Labuan		100,0
1196	WEBA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1197	Welsh, Carson, Anderson & Stowe IX GmbH & Co. KG	München	1	0,0
1198	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1199	WERDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1200	WestX Inc.	Wilmington		100,0
1201	Whale Holdings S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1202	Whispering Woods LLC	Wilmington		100,0
1203	Whistling Pines LLC	Wilmington		100,0
1204	Wilhelm von Finck AG	Grasbrunn		100,0
1205	Wilmington Trust B6	Wilmington		100,0
1206	Wintercrest Inc.	Wilmington		100,0
1207	WMH (No. 1) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1208	WMH (No. 10) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1209	WMH (No. 15) Limited	London		100,0
1210	WMH (No. 16) Limited	London		100,0
1211	WMH (No. 17) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1212	WMH (No. 4) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1213	WMH (No. 5) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1214	WMH (No. 7) Limited (in member's voluntary liquidation)	London		100,0
1215	Woodwardia LLC	Wilmington		100,0
1216	World Trading (Delaware) Inc.	Wilmington		100,0
1217	5000 Yonge Street Toronto Inc.	Toronto		100,0
1218	ZAO "Deutsche Securities"	Moskau		100,0
1219	ZELLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1220	Zweite DB Immobilienfonds Beta Dr. Rühl KG	Eschborn		94,2
1221	Zweite Industrie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1222	Zürich - Swiss Value AG	Zürich		50,1
1223	Zürich - Swiss Value Invest AG	Steinhausen		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1224	ABATE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1225	ABATIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1226	ABRI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1227	ACHAP Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1228	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1229	ACHTUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1230	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1231	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1232	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1233	ACTIUM Leasobjekt GmbH & Co. Objekt Bietigheim OHG	Düsseldorf		
1234	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1235	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1236	ADMANU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1237	AETAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1238	Affiliated Loan Program for Students Funding Trust 2009-1	Wilmington		
1239	AGLOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1240	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1241	AKRUN Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1242	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1243	ALMO Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1244	Almutkirk Limited	Dublin		
1245	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1246	Alternative LN TR 2007-HY9	New York		
1247	Ameriquest NIM 05-RN111	New York		
1248	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1249	Andramad Limited	Dublin		
1250	Annapolis Funding Trust	Toronto		
1251	Apexel LLC	Wilmington		100,0
1252	APUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1253	AQ FIN NIM Trust 2001-2	New York		
1254	AQNIM 2001-2	New York		
1255	Asian Hybrid Investments LLP	Singapur		0,0
1256	Aspen Funding Corp.	Charlotte		
1257	Asset Repackaging Trust B.V.	Amsterdam	7	
1258	Asset Repackaging Trust Five B.V.	Amsterdam	7	
1259	ATAUT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1260	Atlas Investment Company 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1261	Atlas Investment Company 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1262	Atlas Investment Company 3 S.à r.l.	Luxemburg		
1263	Atlas Investment Company 4 S.à r.l.	Luxemburg		
1264	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		0,0
1265	Atlas SICAV - FIS	Luxemburg	7	
1266	Avizandum Limited	Dublin		
1267	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1268	Avon Investments S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1269	BAKTU Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1270	BALIT Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1271	BAMAR Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1272	BARDA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1273	BIMES Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1274	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2
1275	Blue Ridge CLO 2009-1	Wilmington		
1276	BNP Paribas Flexi III - Fortis Bond Taiwan	Luxemburg		
1277	BNP Paribas Flexi III - RMB Corporate Bonds	Luxemburg		100,0
1278	Bolsena Holding GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1279	Bozarche Limited	Georgetown		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1280	Bridge No.1 Pty Limited	Sydney		
1281	BS 2 Y.K.	Tokio		100,0
1282	Business Support One Y.K.	Tokio		100,0
1283	Canadian Asset Acquisition Trust 2	Toronto	7	
1284	Canal New Orleans Holdings LLC	Dover		
1285	Canal New Orleans Hotel LLC	Wilmington		
1286	Canal New Orleans Mezz LLC	Dover		
1287	Cathay Capital (Labuan) Company Limited	Labuan		
1288	Cathay Capital Company Limited	Port Louis		9,5
1289	Cathay Strategic Investment Company Limited	Hongkong		
1290	Cathay Strategic Investment Company No. 2 Limited	Georgetown		
1291	Cepangie Limited	Dublin		
1292	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		
1293	Charitable Luxembourg Three S.à r.l.	Luxemburg		
1294	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		
1295	CIBI Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1296	CIG (Jersey) Limited	St. Helier		
1297	CLASS Limited	St. Helier	7	
1298	Compartment AXA PLAN 2005 Global of the FCPE Shareplan AXA Direct Global	Paris		90,0
1299	Comprehensive Trust - IBP	Osaka		
1300	Comprehensive Trust - Sumitomo Chemical Co., Ltd.	Tokio		
1301	Comprehensive Trust - Wakachiku Construction Co., Ltd.	Kita-Kyushu		
1302	Concept Fund Solutions PLC	Dublin	7	19,6
1303	Coriolanus Limited	Dublin	7	
1304	COUNTS Trust Series 2007 - 3	Newark	7	
1305	Cranfield Aircraft Leasing Limited	Georgetown		
1306	Crystal CLO, Ltd.	Georgetown		
1307	D & S Capital Y.K.	Tokio		100,0
1308	DAGOBA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1309	DAINA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1310	Dariconic Limited	Dublin		
1311	DARKU Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1312	DARUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1313	Dawn-BV LLC	Wilmington		100,0
1314	Dawn-BV-Helios LLC	Wilmington		100,0
1315	Dawn-G LLC	Wilmington		100,0
1316	Dawn-G-Helios LLC	Wilmington		100,0
1317	DB Aircraft Leasing Master Trust	Wilmington		0,0
1318	DB Aircraft Leasing Master Trust II	Wilmington		0,0
1319	DB Akela, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1320	DB Alternative Strategies Limited	Georgetown		100,0
1321	DB Artemis Investments GP	Wilmington		68,1
1322	DB Asia Pacific Holdings Limited	Georgetown		100,0
1323	DB Bagheera, S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1324	DB CRE Empire Hawkeye HoldCo LLC	Wilmington		100,0
1325	DB Cross Limited	St. Helier		100,0
1326	DB Dawn, Inc.	Wilmington		100,0
1327	db ETC Index plc	St. Helier	7	
1328	db ETC plc	St. Helier	7	
1329	DB Global Masters Multi-Strategy Trust	Georgetown		100,0
1330	DB Immobilienfonds 1 Wieland KG	Eschborn		
1331	DB Immobilienfonds 4 GmbH & Co. KG	Frankfurt		0,2
1332	DB Immobilienfonds 5 Wieland KG	Frankfurt		
1333	db Investor Solutions	Dublin	7	
1334	DB Jasmine Holdings Limited	London		100,0
1335	DB Platinum	Luxemburg	7	4,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1336	DB Platinum II	Luxemburg	7	1,1
1337	DB Platinum III	Luxemburg	7	1,9
1338	DB Platinum IV	Luxemburg	7	4,5
1339	DB Platinum V	Luxemburg	7	100,0
1340	DB Safe Harbour Investment Projects Limited	London		100,0
1341	DB Silver Finance (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0
1342	DB Sylvester Funding Limited	Georgetown		100,0
1343	DB Venture Partners (Europe) 2000 LP	St. Helier		20,0
1344	db x-trackers	Luxemburg	7	2,5
1345	db x-trackers (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1346	db x-trackers Holdings (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0
1347	db x-trackers II	Luxemburg	7	9,4
1348	DB Xylophone Holdings Limited	Georgetown		100,0
1349	DB-New York Nuclear Uranium Fund	Wilmington		100,0
1350	DBARN Series 2007-AR3N1 Trust	Georgetown		
1351	DBARN Series 2007-OA3N Trust	Georgetown		
1352	DBARN Series 2007-OA4N Trust	Georgetown		
1353	DBARN Series 2007-OA5N Trust	Georgetown		
1354	DBVP Europe GP (Jersey) Limited	St. Helier		20,0
1355	De Heng Asset Management Company Limited	Peking		
1356	Deco 17 - Pan Europe 7 Limited	Dublin		
1357	Decofinance S.A.	Luxemburg		66,2
1358	Defeased Loan Trust 2010-2	Wilmington		
1359	Deutsche Alt-A Series 2007-2	Wilmington		
1360	Deutsche Alt-A Series 2007-3	Wilmington		
1361	Deutsche Alt-A Series 2007-OA5	Wilmington		
1362	Deutsche Alt-A Series 2007-RS1	New York		
1363	Deutsche Bank Capital Finance LLC I	Wilmington		100,0
1364	Deutsche Bank Capital Finance Trust I	Wilmington		0,0
1365	Deutsche Bank Capital Funding LLC I	Wilmington		100,0
1366	Deutsche Bank Capital Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1367	Deutsche Bank Capital Funding LLC IX	Wilmington		100,0
1368	Deutsche Bank Capital Funding LLC V	Wilmington		100,0
1369	Deutsche Bank Capital Funding LLC VI	Wilmington		100,0
1370	Deutsche Bank Capital Funding LLC VII	Wilmington		100,0
1371	Deutsche Bank Capital Funding LLC VIII	Wilmington		100,0
1372	Deutsche Bank Capital Funding LLC X	Wilmington		100,0
1373	Deutsche Bank Capital Funding LLC XI	Wilmington		100,0
1374	Deutsche Bank Capital Funding LLC XII	Wilmington		100,0
1375	Deutsche Bank Capital Funding LLC XIII	Wilmington		100,0
1376	Deutsche Bank Capital Funding LLC XIV	Wilmington		100,0
1377	Deutsche Bank Capital Funding LLC XV	Wilmington		100,0
1378	Deutsche Bank Capital Funding LLC XVI	Wilmington		100,0
1379	Deutsche Bank Capital Funding Trust I	Newark		0,0
1380	Deutsche Bank Capital Funding Trust IV	Wilmington		0,0
1381	Deutsche Bank Capital Funding Trust IX	Wilmington		0,0
1382	Deutsche Bank Capital Funding Trust V	Wilmington		0,0
1383	Deutsche Bank Capital Funding Trust VI	Wilmington		0,0
1384	Deutsche Bank Capital Funding Trust VII	Wilmington		0,0
1385	Deutsche Bank Capital Funding Trust VIII	Wilmington		0,0
1386	Deutsche Bank Capital Funding Trust X	Wilmington		0,0
1387	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI	Wilmington		0,0
1388	Deutsche Bank Capital Funding Trust XII	Wilmington		100,0
1389	Deutsche Bank Capital Funding Trust XIII	Wilmington		100,0
1390	Deutsche Bank Capital Funding Trust XIV	Wilmington		100,0
1391	Deutsche Bank Capital Funding Trust XV	Wilmington		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1392	Deutsche Bank Capital Funding Trust XVI	Wilmington		100,0
1393	Deutsche Bank Capital LLC I	Wilmington		100,0
1394	Deutsche Bank Capital LLC II	Wilmington		100,0
1395	Deutsche Bank Capital LLC III	Wilmington		100,0
1396	Deutsche Bank Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1397	Deutsche Bank Capital LLC V	Wilmington		100,0
1398	Deutsche Bank Capital Trust I	Newark		0,0
1399	Deutsche Bank Capital Trust II	Newark		0,0
1400	Deutsche Bank Capital Trust III	Newark		0,0
1401	Deutsche Bank Capital Trust IV	Newark		0,0
1402	Deutsche Bank Capital Trust V	Newark		0,0
1403	Deutsche Bank Contingent Capital LLC I	Wilmington		100,0
1404	Deutsche Bank Contingent Capital LLC II	Wilmington		100,0
1405	Deutsche Bank Contingent Capital LLC III	Wilmington		100,0
1406	Deutsche Bank Contingent Capital LLC IV	Wilmington		100,0
1407	Deutsche Bank Contingent Capital LLC V	Wilmington		100,0
1408	Deutsche Bank Contingent Capital Trust I	Wilmington		0,0
1409	Deutsche Bank Contingent Capital Trust II	Wilmington		0,0
1410	Deutsche Bank Contingent Capital Trust III	Wilmington		0,0
1411	Deutsche Bank Contingent Capital Trust IV	Wilmington		0,0
1412	Deutsche Bank Contingent Capital Trust V	Wilmington		0,0
1413	Deutsche Bank SPEARs/LIFERs Trusts (DB Series)	New York	8	
1414	Deutsche Beta Finance GmbH	Frankfurt		100,0
1415	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		100,0
1416	Deutsche GUO Mao Investments (Netherlands) B.V.	Amsterdam		100,0
1417	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS1	New York		
1418	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS3	New York		
1419	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS4	New York		
1420	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS5	New York		
1421	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS6	New York		
1422	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS7	New York		
1423	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2007-RS8	New York		
1424	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2008-RS1	New York		
1425	Deutsche Mortgage Securities, Inc. Series 2009-RS4	Santa Ana		
1426	Deutsche OBU Pty Limited	Sydney		100,0
1427	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0
1428	Deutsche Postbank Funding LLC II	Wilmington		100,0
1429	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0
1430	Deutsche Postbank Funding LLC IV	Wilmington		100,0
1431	Deutsche Postbank Funding Trust I	Wilmington		100,0
1432	Deutsche Postbank Funding Trust II	Wilmington		100,0
1433	Deutsche Postbank Funding Trust III	Wilmington		100,0
1434	Deutsche Postbank Funding Trust IV	Wilmington		100,0
1435	DI 2 Y.K.	Tokio		100,0
1436	DI Investments Corporation Y.K.	Tokio		100,0
1437	DIL Beteiligungs-Stiftung	Düsseldorf		
1438	DIL Europa-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0
1439	DIL Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1440	DONARUM Holding GmbH	Düsseldorf		50,0
1441	DREIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1442	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1443	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1444	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1445	Dusk LLC	Wilmington		100,0
1446	DWS Bond Flexible	Luxemburg		100,0
1447	DWS Institutional Money plus	Luxemburg		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1448	DWS Institutional USD Money plus	Luxemburg		
1449	Dyna Holding GmbH	Eschborn		100,0
1450	Earls Eight Limited	Georgetown	7	
1451	EARLS Trading Limited	Georgetown		
1452	Earls Twelve Limited	Georgetown	7	
1453	1221 East Denny Owner, LLC	Wilmington		
1454	EBEMUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1455	EGOM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		
1456	EINATUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		10,0
1457	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1458	Eirles Four Limited	Dublin	7	
1459	Eirles Three Limited	Dublin	7	
1460	Eirles Two Limited	Dublin	7	
1461	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Erfurt		50,0
1462	ELFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1463	Elmo Funding GmbH	Eschborn		100,0
1464	Elmo Leasing Achte GmbH	Eschborn		100,0
1465	Elmo Leasing Dreiundzwanzigste GmbH	Eschborn		100,0
1466	Elmo Leasing Dreizehnte GmbH	Eschborn		100,0
1467	Elmo Leasing Dritte GmbH	Eschborn		100,0
1468	Elmo Leasing Elfte GmbH	Eschborn		100,0
1469	Elmo Leasing Neunte GmbH	Eschborn		100,0
1470	Elmo Leasing Sechste GmbH	Eschborn		100,0
1471	Elmo Leasing Siebte GmbH	Eschborn		100,0
1472	Elmo Leasing Vierzehnte GmbH	Eschborn		100,0
1473	Elmo Leasing Zwölfte GmbH	Eschborn		100,0
1474	Emerging Markets Capital Protected Investments Ltd	Georgetown	7	
1475	EOP Manager, LLC	Wilmington		100,0
1476	EOP Pool 1 Manager, LLC	Wilmington		100,0
1477	Equinox Credit Funding Public Limited Company	Dublin	7	
1478	Equipment Management Services LLC	Wilmington		100,0
1479	Erste Frankfurter Hoist GmbH	Frankfurt		100,0
1480	Escoyla Limited	Dublin		
1481	Eurohome (Italy) Mortgages S.r.l.	Conegliano		
1482	Fandaro Limited	Dublin		
1483	Farsala Investment SRL	Bukarest		
1484	Film Asset Securitization Trust 2009-1	New York		
1485	Fortis Flexi IV - Bond Medium Term RMB	Luxemburg		100,0
1486	FÜNFTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1487	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1488	FÜNFUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1489	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1490	G.O. III Luxembourg Oxford S.à r.l.	Luxemburg		
1491	GC Re	Hamilton	7	
1492	GEM ERI Limited	Georgetown		
1493	Gemini Securitization Corp., LLC	Boston		
1494	Gestione Partecipazioni S.p.A.	Mailand		100,0
1495	GEWE-Falkenberg Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1496	Global Diversified Investment Grade Private Trust	Toronto		100,0
1497	Global Kamala, S.L.	Madrid		100,0
1498	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		
1499	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Wilmington		
1500	GMS Global Investment Strategy Fund	Frankfurt		100,0
1501	Godo Kaisha Jupiter Two	Tokio		
1502	Godo Kaisha Mars Capital	Tokio		50,0
1503	GOPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Hannover		38,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1504	Gottex ABI II Fund Limited	Georgetown		
1505	HABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Solingen KG	Düsseldorf		
1506	Hamildak Limited	Dublin		
1507	Harbour Finance Limited	Dublin		
1508	Hatsushima Godo Kaisha	Tokio		50,0
1509	HAWSER Trust Series 2007-1	Santa Ana	7	
1510	Herodotus Limited	Georgetown	5	0,0
1511	HESTA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1512	Hotel Majestic LLC	Wilmington		100,0
1513	HSBC Funding (Deutschland) GmbH	Bad Soden am Taunus		14,4
1514	Huron Leasing, LLC	Wilmington		98,5
1515	IKB Leasing Limited Partnership	London		100,0
1516	ILV Anlagen Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1517	Immobilien-Vermietungsgesellschaft von Quistorp GmbH & Co. Objekt Altlandsberg KG	Düsseldorf		
1518	Infigate GmbH i.K.	Essen		48,0
1519	Infrastructure Holdings (Cayman) SPC	Georgetown		
1520	IQ-Markets SA	Luxemburg		
1521	IRADO Funding, S.à r.l	Luxemburg		100,0
1522	IRADO Holding Limited	Georgetown		100,0
1523	Ital Gas Storage S.r.l.	Rom		60,0
1524	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		
1525	Ixon Public Limited Company	Dublin	7	
1526	Izumo Capital YK	Tokio		100,0
1527	Japan Asset Eleven Holding Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		
1528	Kelsey Street LLC	Wilmington		100,0
1529	Kelvivo Limited	Dublin		
1530	Kingfisher (Ontario) LP	Toronto		100,0
1531	Kingfisher Canada Holdings LLC	Wilmington		100,0
1532	Kingfisher Holdings I (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1533	Kingfisher Holdings II (Nova Scotia) ULC	Halifax		100,0
1534	Kingfisher Holdings LLC	Wilmington		100,0
1535	KOMPASS 3 Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1536	KOMPASS 3 Erste Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Euro KG	Düsseldorf		
1537	KOMPASS 3 Zweite Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. USD KG	Düsseldorf		
1538	Kradavimd UK Lease Holdings Limited	London		100,0
1539	La Fayette Dedicated Basket Ltd.	Road Town		
1540	Labuan (Cranfield) Aircraft Leasing Limited	Labuan		
1541	Lambourn Spółka z ograniczona odpowiedzialnoscia	Warschau		100,0
1542	LARS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hagen KG	Düsseldorf		
1543	Lebus L.P.	Georgetown		100,0
1544	LECTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Weimar KG	Düsseldorf		
1545	Legacy BCC Receivables, LLC	Wilmington		100,0
1546	Leo Consumo 1 S.r.l.	Conegliano		
1547	Leo Consumo 2 S.r.l.	Conegliano		
1548	Leonardo Charitable 1 LLC	Wilmington		9,9
1549	Linker Finance plc	Dublin	7	
1550	Luscina Limited	Dublin		
1551	Maestrals Projects (Holding) S.A.	Luxemburg		49,7
1552	Maher 1210 Corbin LLC	Wilmington		100,0
1553	Maher Chassis Management LLC	Wilmington		100,0
1554	Maher Terminals Holding Corp.	Toronto		100,0
1555	Maher Terminals LLC	Wilmington		100,0
1556	Maher Terminals Logistics Systems LLC	Wilmington		100,0
1557	Maher Terminals USA, LLC	Wilmington		100,0
1558	MAN Investments SAC Limited	Hamilton		
1559	Maritime Indemnity Insurance Co	Hamilton		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1560	Mars Investment Trust II	New York		100,0
1561	Mars Investment Trust III	New York		100,0
1562	Master Aggregation Trust	Wilmington		
1563	Maxima Alpha Bomaral Limited	St. Helier		
1564	Mazuma Capital Funds Limited	Hamilton	7	
1565	MEFIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		43,0
1566	Merlin I	Georgetown		
1567	Merlin II	Georgetown		
1568	Merlin XI	Georgetown		
1569	Micro-E Finance S.r.l.	Rom		
1570	Mikrofinanz Beteiligungsgesellschaft ZWEI GmbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1571	MIRABILIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berching KG	Düsseldorf	7	
1572	Montage Funding LLC	Dover		
1573	Monterey Funding LLC	Wilmington		
1574	Moon Leasing Limited	London		100,0
1575	MortgageIT Capital Trust I	Newark		3,0
1576	MortgageIT Capital Trust III	Wilmington		3,0
1577	MortgageIT Trust 2004-1	New York		
1578	MortgageIT Trust 2005-1	New York		
1579	MortgageIT Trust 2005-2	New York		
1580	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1581	Mountain Recovery Fund I Y.K.	Tokio		100,0
1582	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1583	MRF2 Y.K.	Tokio		100,0
1584	MSN 22952 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1585	MSN 22953 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1586	MSN 22955 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1587	MSN 22957 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1588	MSN 23316 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1589	MSN 23317 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1590	MSN 23318 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1591	MSN 23319 Delaware Statutory Trust	Wilmington		
1592	MSTC Y.K.	Tokio		100,0
1593	Muni Structured Products Collapsible TOB Trust	New York		
1594	Muni Structured Products Credit Enhanced TOB Trust	New York		
1595	Nanba PJ Tokutei Mokuteki Kaisha	Tokio		
1596	Nantucket Funding Corp., LLC	Wilmington		
1597	Nashville Capital Yugen Kaisha	Tokio		
1598	NBG Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1599	NC Finance Trust 2003-2	New York		
1600	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0
1601	NeoAnemos S.r.l.	Mailand		
1602	Netron Investment SRL	Bukarest		
1603	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1604	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1605	Nevada Mezz 1 LLC	Wilmington		100,0
1606	Nevada Parent 1 LLC	Wilmington		100,0
1607	Nevada Property 1 LLC	Wilmington		100,0
1608	Nevada Restaurant Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
1609	Nevada Retail Venture 1 LLC	Wilmington		100,0
1610	New Hatsushima Godo Kaisha	Tokio		50,0
1611	NewLands Capital Corp Limited	Hamilton		
1612	NewLands Financial Limited	Hamilton		
1613	NewLands Holdings Limited	Hamilton		
1614	Newport Funding Corp.	Charlotte		
1615	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1616	Nineco Leasing Limited	London		100,0
1617	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1618	North Las Vegas Property LLC	Wilmington		100,0
1619	Norvadano Limited	Dublin		
1620	Novelties Distribution LLC	Wilmington		100,0
1621	NYLIMAC 2010-SS-1, LLC	Wilmington		100,0
1622	Odin Mortgages Limited	London		
1623	Okanagan Funding Trust	Toronto		
1624	Oona Solutions, Fonds Commun de Placement	Luxemburg	7	
1625	OP Bonds Global Opportunities T	Köln		30,0
1626	OPAL	Luxemburg	7	
1627	Optima Emerging Markets Fund Limited	Hamilton		
1628	Option One Mortgage Loan Trust 2002-4	New York		
1629	Opus One Private Real Estate Fund	Seoul		
1630	Oran Limited	Georgetown		
1631	Ornegin Investment SRL	Bukarest		
1632	OTM Capital GK	Tokio		100,0
1633	Owner Trust MSN 199	Salt Lake City		
1634	Owner Trust MSN 23336	Salt Lake City		
1635	Owner Trust MSN 23337	Salt Lake City		
1636	Owner Trust MSN 23338	Salt Lake City		
1637	Owner Trust MSN 23344	Salt Lake City		
1638	Owner Trust MSN 23887	Salt Lake City		
1639	Owner Trust MSN 240	Salt Lake City		
1640	Owner Trust MSN 241	Salt Lake City		
1641	Owner Trust MSN 24452	Salt Lake City		
1642	Owner Trust MSN 24453	Salt Lake City		
1643	Owner Trust MSN 24788	Salt Lake City		
1644	Owner Trust MSN 25120	Salt Lake City		
1645	Owner Trust MSN 25259	Salt Lake City		
1646	Owner Trust MSN 25884	Salt Lake City		
1647	Owner Trust MSN 264	Salt Lake City		
1648	Owner Trust MSN 27833	Salt Lake City		
1649	Owner Trust MSN 87	Salt Lake City		
1650	Owner Trust MSN 88	Salt Lake City		
1651	Oystermouth Holding Limited	Nikosia		
1652	PADEM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1653	PADOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1654	PAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1655	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1656	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg		
1657	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1658	PALLO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Seniorenresidenzen KG	Düsseldorf		
1659	PanAsia Funds Investments Ltd.	Georgetown	7	
1660	PANIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1661	PANTIS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1662	PANTUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1663	PARTS Student Loan Trust 2007-CT2	Wilmington		100,0
1664	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1665	PB Consumer 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1666	PB Consumer 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1667	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1668	PEDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Briloner KG	Düsseldorf		
1669	PEDUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1670	PEIF II S.C.A.	Luxemburg		99,9
1671	PENDIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1672	PENTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1673	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1674	PERGOS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1675	PERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1676	PERLIT Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1677	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1678	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1679	Pertwee Leasing Limited Partnership	London		100,0
1680	Peruda Leasing Limited	London		100,0
1681	Perus 1 S.à r.l.	Luxemburg		
1682	Perus 2 S.à r.l.	Luxemburg		
1683	Perus Investments S.à r.l.	Luxemburg		
1684	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1685	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1686	Picture Financial Funding (No.2) Limited	Newport		
1687	Picture Financial Jersey (No.2) Limited	St. Helier		
1688	Picture Home Loans (No.2) Limited	London		
1689	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1690	Port Elizabeth Holdings LLC	Wilmington		100,0
1691	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1692	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1693	PRATES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1694	Prince Rupert Luxembourg S.à r.l.	Senningerberg		100,0
1695	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1696	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0
1697	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1698	PROVIDE Domicile 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1699	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1700	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1701	PUKU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Velbert KG	Düsseldorf		
1702	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1703	PURIM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Burscheid KG	Düsseldorf		
1704	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1705	Quartz No. 1 S.A.	Luxemburg	5	0,0
1706	QUELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1707	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1708	R/H Hawthorne Plaza Associates, LLC	Wilmington		
1709	Reference Capital Investments Limited	London		100,0
1710	Regal Limited	Georgetown	7	
1711	Residential Mortgage Funding Trust	Toronto		
1712	Rhein - Main Securitisation Limited	St. Helier		
1713	Rhein Main Sussex Ltd	Dublin		
1714	Rhein-Main No. 12 Limited	St. Helier		
1715	Rhein-Main No. 14 Limited	St. Helier		
1716	Rhein-Main No. 5 Mortgage Purchase Limited	St. Helier		
1717	Rheingold No.1 Limited	St. Helier		
1718	Rheingold No.10 Limited	St. Helier		
1719	Rheingold No.14 (Jersey) Limited	St. Helier		
1720	Rheingold No.9 Limited	St. Helier		
1721	Rheingold Securitisation Limited	St. Helier		
1722	RHOEN 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1723	Riverside Funding LLC	Dover		
1724	RM Ayr Delaware LLC	Dover		
1725	RM Ayr Limited	Dublin		
1726	RM Cheshire Delaware LLC	Dover		
1727	RM Cheshire Limited	Dublin		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1728	RM Chestnut Delaware LLC	Dover		
1729	RM Chestnut Limited	Dublin		
1730	RM Delaware Multi-Asset LLC	Wilmington		
1731	RM Delaware Triple-A LLC	Dover		
1732	RM Fife Delaware LLC	Dover		
1733	RM Fife Limited	Dublin		
1734	RM Multi-Asset Limited	Dublin		
1735	RM Sussex Delaware LLC	Dover		
1736	RM Triple-A Limited	Dublin		
1737	RREEF G.O. III Luxembourg One S.à r.l.	Luxemburg		
1738	RREEF G.O. III Malta Limited	Valletta		
1739	RREEF Global Opportunities Fund III, LLC	Wilmington		
1740	RREEF GO III Mauritius One Limited	Port Louis		
1741	RREEF GO III Mauritius Two Limited	Port Louis		
1742	RREEF North American Infrastructure Fund A, L.P.	Wilmington		99,9
1743	RREEF North American Infrastructure Fund B, L.P.	Wilmington		99,9
1744	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1745	SABRE Securitisation Limited	Sydney		
1746	SAITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		60,0
1747	Sajima Godo Kaisha	Tokio		
1748	SALIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1749	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1750	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Brandenburg KG	Düsseldorf		
1751	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Dresden KG	Düsseldorf		58,5
1752	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schwarzheide KG	Düsseldorf		
1753	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1754	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nürnberg KG	Düsseldorf		
1755	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1756	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hafen KG	Düsseldorf		
1757	SANO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1758	Saratoga Funding Corp., LLC	Wilmington		
1759	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1760	SATINA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1761	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1762	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Datteln KG	Düsseldorf		
1763	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Eisenach KG	Düsseldorf	7	
1764	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Iserlohn KG	Düsseldorf		
1765	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1766	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Siekmann KG	Düsseldorf		
1767	SCHEDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1768	Schiffsbetriebsgesellschaft FINNA mbH	Hamburg		100,0
1769	Schiffsbetriebsgesellschaft GRIMA mbH	Hamburg		100,0
1770	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1771	SCLF Godo Kaisha	Tokio		
1772	Scottish Widows Investment Partnership Investment Funds ICVC - European Fund	London		61,5
1773	Scottish Widows Investment Partnership Investment Funds ICVC - Global Fund	London		50,7
1774	Scottish Widows Investment Partnership Investment Funds ICVC - Japanese Fund	London		53,0
1775	Scottish Widows Tracker and Specialist Investment Funds ICVC - American Smaller Cos Fund	London		88,5
1776	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1777	SCUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kleine Alexanderstraße KG	Düsseldorf		95,0
1778	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1779	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1780	SECHSUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1781	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1782	SEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1783	Sedona Capital Funding Corp., LLC	Charlotte		
1784	SEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1785	SEGU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1786	SELEKTA Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1787	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1788	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1789	SERICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Frankfurt KG	Düsseldorf		
1790	SGP Capital YK	Tokio		50,0
1791	Sharps CDO II Limited	New York		
1792	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1793	SIEBENUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		
1794	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1795	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1796	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1797	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1798	SILANUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bonn KG	Düsseldorf		
1799	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1800	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rostock und Leipzig KG	Düsseldorf		
1801	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH Objekt Eduard Dyckerhoff OHG	Düsseldorf		
1802	SILIGO Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1803	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1804	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Markdorf KG	Düsseldorf		
1805	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Tübingen KG	Düsseldorf		
1806	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Uhingen KG	Düsseldorf		
1807	SIMILA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1808	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0
1809	SIRES-STAR Limited	Georgetown	7	
1810	Sixco Leasing Limited	London		100,0
1811	SMART SME CLO 2006-1 Ltd	Georgetown		
1812	SOLATOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1813	SOLIDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1814	SOLOON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1815	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1816	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1817	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heidelberg KG	Düsseldorf		
1818	Sonata Securities S.A.	Luxemburg	7	
1819	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1820	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hutschenreuther KG	Düsseldorf		
1821	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lüdenscheid KG	Düsseldorf		
1822	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Mainz KG	Düsseldorf		
1823	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1824	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Prima KG	Düsseldorf	7	
1825	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Sekunda KG	Düsseldorf	7	
1826	SPAN No.5 Pty Limited	Sydney		
1827	SPESSART 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1828	SPhinX Limited	Georgetown		50,2
1829	SPINO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1830	SPLENDOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1831	Spring Asset Funding LLC	Wilmington		
1832	Spring Asset Funding Ltd	Georgetown		
1833	SS Aggregation Trust	Wilmington		
1834	STABLON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1835	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1836	STATOR Heizkraftwerk Frankfurt (Oder) Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1837	Stewart-Denny Holdings, LLC	Wilmington		
1838	Stichting Perus Investments	Amsterdam		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1839	STUPA Heizwerk Frankfurt (Oder) Nord Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1840	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1841	SUBU Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1842	SULPUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1843	Sunflower Fund	Luxemburg		
1844	Sunrise Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt		100,0
1845	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1846	SUPERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Speyer KG	Düsseldorf		
1847	SUPLION Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1848	Survey Solutions B.V.	Amsterdam		
1849	Survey Trust	Wilmington		
1850	SUSA Mobilien-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1851	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1852	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Cottbus KG	Düsseldorf		
1853	Swabia 1 Limited	Dublin		
1854	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH	Frankfurt		100,0
1855	SWIP Capital Trust	London		100,0
1856	Sylvester (2001) Limited	Georgetown		100,0
1857	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1858	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1859	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Hameln KG	Düsseldorf		
1860	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Nordsternpark KG	Düsseldorf		
1861	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Osnabrück KG	Düsseldorf		
1862	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Ulm KG	Düsseldorf		
1863	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Wendelstein KG	Düsseldorf		
1864	TAF 2 Y.K.	Tokio		100,0
1865	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1866	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0
1867	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1868	Tahoe Funding Corp., LLC	Melville		
1869	TAKIR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1870	TARES Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1871	Taunus 2008-1 GmbH	Frankfurt		
1872	Taunus 2009-1 GmbH	Frankfurt		
1873	TEBA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0
1874	TEBOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1875	TEMATIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1876	Tennessee Capital Godo Kaisha	Tokio		50,0
1877	TERGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1878	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1879	TERRUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bernbach KG	Düsseldorf		0,0
1880	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1881	Thaumat Holdings Limited	Nikosia		
1882	The Admiral Charitable Trust	St. Peter Port		
1883	The CAP Accumulation Trust	Wilmington		
1884	The CIG Trust	St. Helier		
1885	The GIII Accumulation Trust	Wilmington		
1886	The Glanmore Property Euro Fund Limited	St. Peter Port		
1887	The GPR Accumulation Trust	Wilmington		
1888	The Life Accumulation Trust	Wilmington		
1889	The Life Accumulation Trust II	Wilmington		
1890	The Life Accumulation Trust III	Wilmington		
1891	The Life Accumulation Trust IV	Wilmington		
1892	The Life Accumulation Trust IX	Wilmington		
1893	The Life Accumulation Trust V	Wilmington		
1894	The Life Accumulation Trust VIII	Wilmington		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1895	The Life Accumulation Trust X	Wilmington		
1896	The Life Accumulation Trust XI	Wilmington		
1897	The Life Accumulation Trust XII	Wilmington		
1898	The PEB Accumulation Trust	Wilmington		
1899	The SLA Accumulation Trust	Wilmington		
1900	THRENI Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1901	Tilney Group Limited Employee Incentive Trust	St. Peter Port		
1902	Tintin II SPC	Georgetown		
1903	Tintin III SPC	Georgetown		
1904	TONGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1905	TOREUT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0
1906	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1907	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1908	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0
1909	TRENTO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1910	TRINTO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1911	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0
1912	Triplepoint Special Opportunities Financing Trust	Wilmington	7	
1913	TRS 1 LLC	Wilmington		100,0
1914	TRS Aria LLC	Wilmington		100,0
1915	TRS Babson I LLC	Wilmington		100,0
1916	TRS Bluebay LLC	Wilmington		100,0
1917	TRS Bruin LLC	Wilmington		100,0
1918	TRS Callisto LLC	Wilmington		100,0
1919	TRS Camulos LLC	Wilmington		100,0
1920	TRS Cypress LLC	Wilmington		100,0
1921	TRS DB OH CC Fund Financing LLC	Wilmington		100,0
1922	TRS Eclipse LLC	Wilmington		100,0
1923	TRS Elara LLC	Wilmington		100,0
1924	TRS Elgin LLC	Wilmington		100,0
1925	TRS Elm LLC	Wilmington		100,0
1926	TRS Feingold O'Keeffe LLC	Wilmington		100,0
1927	TRS Fore LLC	Wilmington		100,0
1928	TRS Ganymede LLC	Wilmington		100,0
1929	TRS GSC Credit Strategies LLC	Wilmington		100,0
1930	TRS Haka LLC	Wilmington		100,0
1931	TRS HY FNDS LLC	Wilmington		100,0
1932	TRS Io LLC	Wilmington		100,0
1933	TRS Landsbanki Islands LLC	Wilmington		100,0
1934	TRS Leda LLC	Wilmington		100,0
1935	TRS Metis LLC	Wilmington		100,0
1936	TRS Plainfield LLC	Wilmington		100,0
1937	TRS Poplar LLC	Wilmington		100,0
1938	TRS Quogue LLC	Wilmington		100,0
1939	TRS Scorpio LLC	Wilmington		100,0
1940	TRS SeaCliff LLC	Wilmington		100,0
1941	TRS Stag LLC	Wilmington		100,0
1942	TRS Stark LLC	Wilmington		100,0
1943	TRS SVCO LLC	Wilmington		100,0
1944	TRS Sycamore LLC	Wilmington		100,0
1945	TRS Thebe LLC	Wilmington		100,0
1946	TRS Tupelo LLC	Wilmington		100,0
1947	TRS Venor LLC	Wilmington		100,0
1948	TRS Watermill LLC	Wilmington		100,0
1949	Tsubasa Angel Fund Y.K.	Tokio		100,0
1950	Tucson Funding LLC	Dover		

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
1951	TUDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1952	TUGA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1953	TXH Trust	Wilmington		
1954	TYRAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1955	UDS Capital Y.K.	Tokio		100,0
1956	Varapradha Real Estates Private Limited	Hyderabad		
1957	VARIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1958	Varta Aktiengesellschaft	Hannover		
1959	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1960	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1961	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1962	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1963	Village Hospitality LLC	Wilmington		100,0
1964	Volga Investments Limited	Dublin		
1965	Warwick Lane Investments B.V.	London		25,0
1966	Wheatfield GmbH & Co. KG	Frankfurt		100,0
1967	Winchester House Master Trust	Hamilton	7	100,0
1968	Wohnungs-Verwaltungsgesellschaft Moers mbH	Düsseldorf		50,0
1969	Wohnungsgesellschaft HEGEMAG GmbH	Düsseldorf		50,0
1970	XARUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1971	XELLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1972	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1973	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1974	XERIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1975	Y.K. Agura Partners	Tokio		50,0
1976	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1977	ZAKATUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1978	ZALLUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1979	Zamalik Limited	Dublin		
1980	ZANTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1981	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1982	ZARAT Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Leben II KG	Düsseldorf		93,2
1983	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1984	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0
1985	ZEDORA 3 GmbH & Co. KG	München		
1986	ZEDORA 36 GmbH & Co. KG	München		
1987	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1988	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1989	ZELAS Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Leben I KG	Düsseldorf		93,0
1990	ZENO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1991	ZEPTOS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1992	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1993	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1994	ZIBE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
1995	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1996	ZIMBEL Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1997	ZINUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1998	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
1999	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2000	ZITRAL Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2001	ZITUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0
2002	ZONTUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2003	ZORUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2004	Zugspitze 2008-1 GmbH	Frankfurt		
2005	Zumirez Drive LLC	Wilmington		100,0
2006	ZURET Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2007	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2008	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2009	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2010	ZWEIUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2011	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2012	ZYLUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2013	AcadiaSoft, Inc.	Wilmington		8,8
2014	Actavis New S.à r.l.	Luxemburg	9, 10	0,0
2015	Admiral Private Equity SL	Madrid		45,0
2016	Advent Chestnut VII GmbH & Co. KG	München		36,7
2017	Afinia Capital Group Limited	Hamilton		40,0
2018	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		28,8
2019	Alpha Trains (Malta) Holdco 1 Limited	Valletta		15,0
2020	Alternative Investment Strategies Mauritius Ltd.	Grand Bay		31,2
2021	Aqueduct Capital (UK) Limited	Redhill		10,0
2022	Argantis GmbH	Köln		50,0
2023	Argantis Private Equity GmbH & Co. KG	Köln		25,1
2024	Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG	Köln		27,8
2025	Arvoreda Investments Limited	Georgetown		47,1
2026	Asia Retail Group Limited	Douglas		9,4
2027	Atriax Holdings Limited (in member's voluntary liquidation)	Southend-on-Sea		25,0
2028	Baigo Capital Partners Fund 1 Parallel 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt		49,8
2029	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt		30,0
2030	BATS Global Markets, Inc.	Wilmington		8,5
2031	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0
2032	BHS tabletop AG	Selb		28,9
2033	Bocaina L.P.	Georgetown	11	53,3
2034	BrisConnections Holding Trust	Kedron		35,6
2035	BrisConnections Investment Trust	Kedron		35,6
2036	BVT-CAM Private Equity Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
2037	BVT-CAM Private Equity Management & Beteiligungs GmbH	Grünwald		50,0
2038	Caherciveen Partners, LLC	Chicago		20,0
2039	Challenger Infrastructure Fund	Sydney		20,2
2040	Cipio Partners Fund V GmbH & Co. KG	München		21,1
2041	Cipio Partners Fund Va GmbH & Co. KG	München		21,1
2042	CKI RREEF JV Holdings Pty Limited	Sydney		50,0
2043	Coalition Development Limited	London		9,7
2044	Comfund Consulting Limited	Bangalore		30,0
2045	Compañía Logística de Hidrocarburos CLH, S.A.	Madrid		5,0
2046	Craigs Investment Partners Limited	Tauranga		49,9
2047	Crescent Gold Limited	Subiaco		35,2
2048	Danube Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2049	DB Alpha Discovery Fund Limited	Georgetown	9	0,0
2050	DB Development Holdings Limited	Lamaka		49,0
2051	DB Funding (Gibraltar) Limited	Gibraltar	12	100,0
2052	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		34,5
2053	DB Secondary Opportunities Fund II, LP	Georgetown		50,0
2054	DBG Eastern Europe II Limited Partnership	St. Helier		25,9
2055	DBG Osteuropa-Holding GmbH i.L.	Frankfurt		50,0
2056	DD Konut Finansman A.S.	Istanbul		49,0
2057	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		16,2
2058	Deutsche Financial Capital I Corp.	Greensboro		50,0
2059	Deutsche Financial Capital Limited Liability Company	Greensboro		50,0
2060	Deutsche Grundbesitz-Beteiligungsgesellschaft Dr. Rühl & Co. -Anlagefonds 2/Verwaltungsgebäude Stuttgart-Möhringen-KG i.L.	Frankfurt		23,7
2061	Deutsche Private Equity Fund	Sydney		8,0
2062	Deutsche Regis Partners Inc	Makati Stadt		49,0
2063	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0
2064	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Bonn		25,1
2065	DFM Deutsche Fonds Management GmbH	Grünwald		40,0
2066	DIL Czech Baumanagement Koncernová s.r.o. i.L.	Prag		49,0
2067	DIL Czech Contract Koncernova s.r.o.	Prag		49,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2068	DIL Internationale Leasinggesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2069	DMG & Partners Securities Pte Ltd	Singapur		49,0
2070	Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH	Berlin		21,1
2071	DPG Deutsche Performancemessungs-Gesellschaft für Wertpapierportfolios mbH	Frankfurt		20,0
2072	Duxton Asset Management Pte. Ltd.	Singapur		20,0
2073	DWS Global Agricultural Land & Opportunities Fund Limited	Georgetown		8,5
2074	Edmonton Holding Limited	Georgetown	9	0,0
2075	Elbe Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2076	EOL2 Holding B.V.	Amsterdam		45,0
2077	eolec	Issy-les-Moulineaux		33,3
2078	equiNotes Management GmbH	Düsseldorf		50,0
2079	Erica Società a Responsabilità Limitata	Mailand		40,0
2080	EVROENERGIAKI S.A.	Alexandroupolis		40,0
2081	Exchange Place Holdings, L.P.	Wilmington		21,2
2082	Fondo Immobiliare Chiuso Piramide Globale	Mailand	4	42,5
2083	FREUNDE DER EINTRACHT FRANKFURT Aktiengesellschaft	Frankfurt		30,8
2084	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. >>Leipzig-Magdeburg<< KG	Bad Homburg		40,7
2085	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden >>Louisenstraße<< KG	Bad Homburg		30,6
2086	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		15,7
2087	Gemeng International Energy Group Company Limited	Taiyuan		9,0
2088	German Public Sector Finance B.V.	Amsterdam		50,0
2089	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Industrie- und Handelskammer/Rheinisch-Westfälische Börse	Düsseldorf		10,0
2090	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7
2091	GIPF-I Holding Corp.	Calgary		2,0
2092	giropay GmbH	Frankfurt		33,3
2093	Global Salamina, S.L.	Madrid		50,0
2094	Global Skyline Capital GmbH	Frankfurt		15,0
2095	Gordian Knot Limited	London		32,4
2096	Great Future International Limited	Road Town		43,0
2097	Grundstücksgesellschaft Köln-Ossendorf VI GbR	Troisdorf		44,9
2098	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		33,2
2099	Grundstücksgesellschaft Schlossplatz 1 mbH & Co. KG	Berlin		18,4
2100	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Tankstelle Troisdorf Spich GbR	Troisdorf		33,0
2101	Gulf Home Finance	Riad		40,0
2102	Hanoi Building Commercial Joint Stock Bank	Hanoi		10,0
2103	Harvest Fund Management Company Limited	Schanghai		30,0
2104	Helios AMC, LLC	Wilmington	9	0,0
2105	HHG Private Capital Portfolio No.1 L.P.	London		17,6
2106	Huamao Property Holdings Ltd.	Georgetown	9	0,0
2107	Hydro S.r.l.	Rom		45,0
2108	I.B.T. Lighting S.p.A.	Mailand		39,0
2109	iCON Infrastructure Management Limited	St. Peter Port	11	99,9
2110	iFast India Investments Pte. Ltd.	Singapur		49,0
2111	IG BCE Mitglieder-Service GmbH	Hannover		50,0
2112	IGCF General Partner Limited	Georgetown		24,5
2113	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0
2114	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt Am Flughafen Bindersleben II GbR	Troisdorf		50,0
2115	Inn Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2116	Interessengemeinschaft Frankfurter Kreditinstitute GmbH	Frankfurt		23,3
2117	Investcorp Coinvestment Partners I, L.P.	Wilmington		20,2
2118	Iperval	Laroque d'Olmes		50,0
2119	Isar Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2120	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		20,0
2121	IZI Düsseldorf Informations-Zentrum Immobilien GmbH & Co. Kommanditgesellschaft	Düsseldorf		21,6
2122	Japan Value Added Fund II Limited	Tokio	9	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2123	Japan Value Added Fund One Limited	Tokio	9	0,0
2124	K & N Kenanga Holdings Bhd	Kuala Lumpur		16,6
2125	Kenanga Deutsche Futures Sdn Bhd	Kuala Lumpur		27,0
2126	Key Capital Private Limited	Dublin		50,0
2127	Kinneil Leasing Company	London		35,0
2128	KölnArena Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		20,8
2129	Liegenschaft Hainstraße GbR	Frankfurt	9	0,0
2130	Lion Indian Real Estate Fund L.P.	Georgetown	9	0,0
2131	Lion Residential Holdings S.à r.l.	Luxemburg		17,4
2132	London Dry Bulk Limited	London		49,0
2133	Magyar RTL Televízió Zartkoruen Mukodo Reszvenytarsasag	Budapest		2,0
2134	Main Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2135	Manuseamento de Cargas - Manicargas, S.A.	Matosinhos		38,3
2136	Marblegate Special Opportunities Master Fund, L.P.	Georgetown		44,6
2137	Markit Group Holdings Limited	London		6,4
2138	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG	Grünwald		29,6
2139	MidOcean (Europe) 2000-A LP	St. Helier		19,9
2140	MidOcean (Europe) 2000-B LP	St. Helier		19,9
2141	MidOcean (Europe) 2002 LP	St. Helier		15,9
2142	MidOcean (Europe) 2003 LP	St. Helier		20,0
2143	MidOcean Partners, LP	New York		20,0
2144	Millennium Marine Rail, L.L.C.	Elizabeth		50,0
2145	Miller Brothers Retail Limited (in member's voluntary liquidation)	Doncaster		40,0
2146	Millexim	Paris		35,0
2147	Motion Picture Markets Holding GmbH i.L.	Grünwald		33,3
2148	Nexus LLC	Wilmington		12,2
2149	North Coast Wind Energy Corp.	Vancouver	11	93,4
2150	Novacare	Laval-sur-Vologne		23,7
2151	Oder Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2152	Omnium Leasing Company	London		7,1
2153	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Holding GmbH & Co. KG	Köln		0,4
2154	Otto Lilienthal Fünfte GmbH & Co. KG	München		19,6
2155	P.F.A.B. Passage Frankfurter Allee Betriebsgesellschaft mbH	Berlin		22,2
2156	Pago e Transaction Services GmbH	Köln		50,0
2157	Parkhaus an der Börse GbR	Köln		37,7
2158	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2159	Pilgrim America High Income Investments Ltd.	Georgetown		14,9
2160	Plenary Group (Canada) Limited	Vancouver		20,0
2161	Plenary Group Pty Limited	Melbourne		20,9
2162	Private Partners AG	Zürich		30,0
2163	PT. Deutsche Verdhana Indonesia	Jakarta		40,0
2164	PX Holdings Limited	Stockton on Tees		43,0
2165	QPL Lux, S.à r.l.	Luxemburg		6,0
2166	QW Holdings, LLC	Wilmington		12,2
2167	Rama Cylinders Private Limited	Mumbai		20,0
2168	Regent's Park Estates (GP) Limited	Douglas		50,0
2169	Regent's Park Estates Limited Partnership	Douglas		48,8
2170	Relax Holding S.à r.l.	Luxemburg		20,0
2171	Relax Wind Park II Sp.z o.o.	Warschau		49,0
2172	Relax Wind Park IV Sp.z o.o.	Warschau		49,0
2173	REON - Park Wiatrowy I Sp. z o.o.	Warschau		50,0
2174	REON-Park Wiatrowy II Sp. z o.o.	Warschau		50,0
2175	REON-Park Wiatrowy IV Sp. z o.o.	Warschau		50,0
2176	Residential Real Estate Partners III, LLC	Wilmington		10,0
2177	Rhine Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2178	Roc Capital Group, LLC	Wilmington		8,5

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2179	Roc Capital Management, L.P.	Wilmington		8,5
2180	Rongde Asset Management Company Limited	Peking		40,7
2181	Rosen Consulting Group, LLC	Wilmington		40,0
2182	Rosen Real Estate Securities LLC	Wilmington		33,3
2183	RPWire LLC	Wilmington		33,3
2184	S/D Partnership	Johannesburg	9	0,0
2185	Sakaras Holding Limited	Birkirkara	9	0,0
2186	Satrix Managers (Pty) Ltd	Johannesburg		50,0
2187	Schiffahrtsgesellschaft MS "Simon Braren" GmbH & Co KG	Kollmar		25,5
2188	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Köln		33,2
2189	Shunfeng Catering & Hotel Management Co., Ltd.	Peking		6,4
2190	Spark Infrastructure Group	Sydney		2,3
2191	Spin Holdco Inc.	Wilmington		35,0
2192	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5
2193	Starpool Finanz GmbH	Berlin		50,0
2194	SunAmerica Affordable Housing Partners 47	Los Angeles		10,3
2195	Teesside Gas Processing Plant Limited	London		49,0
2196	Teesside Gas Transportation Limited	London		45,0
2197	TeraGate AG Storage Optical Network	München		49,2
2198	The Glanmore Property Fund Limited	St. Peter Port		5,3
2199	The Portal Alliance LLC	Wilmington		10,0
2200	The Porterbrook Partnership	Edinburgh		16,7
2201	The Topiary Fund II Public Limited Company	Dublin		3,7
2202	The Topiary Select Equity Trust	Georgetown	11	59,1
2203	THG Beteiligungsverwaltung GmbH	Hamburg		50,0
2204	TIP (Guernsey) GP Limited	St. Peter Port		9,1
2205	TLDB Partners Limited	Tokio		50,0
2206	Trave Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2207	Triton Gesellschaft für Beteiligungen mbH	Frankfurt		33,1
2208	Turquoise Global Holdings Limited	London		7,1
2209	U.F.G.I.S. Advisors Limited	Larnaka		40,0
2210	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III KG	München		37,0
2211	VCG Venture Capital Gesellschaft mbH & Co. Fonds III Management KG	München		26,7
2212	VCM / BHF Initiatoren GmbH & Co. Beteiligungs KG	München		48,8
2213	VCM Shott Private Equity Advisors, LLC	Wilmington		50,0
2214	VCM VII European Mid-Market Buyout GmbH & Co. KG	München		28,8
2215	Verwaltung ABL Immobilienbeteiligungsgesellschaft mbH	Hamburg		50,0
2216	Volbroker.com Limited	London		23,8
2217	VR Bavaria GmbH	Ingolstadt		1,0
2218	VR Maasmechelen Tourist Outlets Comm. VA	Antwerpen		25,0
2219	W2001/Fifty-Two B.V.	Amsterdam		50,0
2220	Welsh Power Group Limited	Cardiff		19,9
2221	WERSE Schiffahrts GmbH & Co. KG MS "DYCKBURG"	Münster		41,5
2222	Weser Properties S.à r.l.	Luxemburg		25,0
2223	WestLB Venture Capital Management GmbH & Co. KG	München		50,0
2224	Wilson HTM Investment Group Ltd	Brisbane		19,5
2225	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen mbH & Co. KG i.L.	Eschborn		33,3
2226	WohnBauEntwicklungsgesellschaft München-Haidhausen Verwaltungs-mbH i.L.	Eschborn		33,3
2227	Xchanging etb GmbH	Frankfurt		49,0
2228	Zapf GmbH	Bayreuth		24,1
2229	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt		25,0
2230	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3
2231	ZINDUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0
2232	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2233	AFFIRMATUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	13	50,0
2234	Alpha DB Lindsell Limited S.C.S.	Luxemburg	12	100,0
2235	AV America Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Frankfurt	12	75,0
2236	Avacomm GmbH i.L.	Holzkirchen	14	27,5
2237	B.L.E. Laboratory Equipment GmbH i.L.	Radolfzell	14	30,5
2238	Belzen Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2239	Benefit Trust GmbH	Sössen-Gostau	12	100,0
2240	Beta DB Lindsell Limited S.C.S.	Luxemburg	12	100,0
2241	Beteiligungsgesellschaft für Deutsche Handelsimmobilien mbH & Co. Alpha KG	Düsseldorf	14	50,0
2242	BLI Internationale Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	13	32,0
2243	Blue Ridge Trust	Wilmington	13	26,7
2244	CANDOR Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft i.L.	Düsseldorf	13	34,4
2245	DB (Barbados) SRL	Christ Church	12	100,0
2246	DB (Gibraltar) Holdings No. 2 Limited	Gibraltar	12	100,0
2247	DB Advisors SICAV	Luxemburg	12	100,0
2248	DB Funding (Gibraltar) No. 2 Limited	Gibraltar	12	100,0
2249	DB Lindsell Limited	Gibraltar	12	100,0
2250	DB Petri LLC	Wilmington	12	100,0
2251	DBR Investments Co. Limited	Georgetown	12	100,0
2252	3-DD Digital Media AG i.L.	München	14	27,1
2253	Deutsche River Investment Management Company S.à r.l.	Luxemburg	13	49,0
2254	Deutz-Mülheim Grundstücksgesellschaft mbH	Düsseldorf	13	40,2
2255	Dogan Gazetecilik A.S.	Istanbul	15	23,1
2256	EQR-Vantage Pointe B Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2257	EQR-Vantage Pointe B, LLC	Wilmington	12	100,0
2258	EQR-Vantage Pointe F Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2259	EQR-Vantage Pointe F, LLC	Wilmington	12	100,0
2260	EQR-Vantage Pointe G Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2261	EQR-Vantage Pointe G, LLC	Wilmington	12	100,0
2262	EQR-Vantage Pointe H Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2263	EQR-Vantage Pointe H, LLC	Wilmington	12	100,0
2264	EQR-Vantage Pointe I Limited Partnership	Wilmington	12	100,0
2265	EQR-Vantage Pointe I, LLC	Wilmington	12	100,0
2266	Euro 7 Investment	Georgetown	14	21,2
2267	European Private Equity Portfolio (PE-EU) GmbH & Co. KG	München	14	20,4
2268	FRM Levered Diversified Fund LP	Wilmington	16	49,2
2269	Gettysburg Investments LP	Georgetown	12	100,0
2270	Goldman Sachs Multi-Strategy Portfolio XI, LLC	Wilmington	11	100,0
2271	Gottex ABI Master Fund Limited	Georgetown	13	35,3
2272	Grundstücksvermietungsgesellschaft Wilhelmstr. mbH	Düsseldorf	12	100,0
2273	HealthCap 1999 GbR	Berlin	14	41,5
2274	Helios AMC California, Inc.	Wilmington	17	100,0
2275	HQ Limited Partnership	Tokio	13	37,5
2276	iCON Founder Partner, L.P.	St. Peter Port	12	100,0
2277	iCON GP Limited	St. Peter Port	12	100,0
2278	iCON Infrastructure Partners, L.P.	St. Peter Port	14	83,6
2279	iCON Master Holdings (EUR) S.à r.l.	Luxemburg	11	100,0
2280	iCON Master Holdings (GBP) S.à r.l.	Luxemburg	11	100,0
2281	Immobilien-Vermietungsgesellschaft Schumacher GmbH & Co. Objekt Rolandufer KG	Berlin	13	20,5
2282	JG Japan Grundbesitzverwaltungsgesellschaft mbH i.L.	Eschborn	12	100,0
2283	LEA Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Esslingen OHG	Düsseldorf	13	48,4
2284	Leyou.com Co., Ltd.	Georgetown	14	30,9
2285	Lindsell Finance Limited	Valletta	12	100,0
2286	Lindsell Malta Investments Limited	Valletta	12	80,7
2287	Lion Global Infrastructure Fund Limited	St. Peter Port	13	50,0
2288	M Cap Finance Mittelstandsfonds GmbH & Co. KG	Frankfurt	14	99,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2289	Mariscal LLC	Wilmington	17	100,0
2290	Memax Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2291	Merit Capital Advance, LLC	Wilmington	14	20,0
2292	Metro plus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	13	40,0
2293	Midsel Limited	London	12	100,0
2294	moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mit beschränkter Haftung	Köln	14	50,0
2295	Mount Hope Community Center Fund, LLC	Wilmington	14	50,0
2296	MRF Financing Ippan Shadan Hojin	Tokio	13	50,0
2297	Nortfol Pty. Limited	Sydney	12	100,0
2298	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG	Köln	13	27,7
2299	PARTS Funding, LLC	Wilmington	12	100,0
2300	Paternoster Limited	Douglas	14	40,3
2301	Public Propaganda Music Group AG i.l.	Düsseldorf	14	41,2
2302	Safron AMD Partners, LP	Georgetown	14	22,0
2303	Safron NetOne Partners, L.P.	Georgetown	14	21,7
2304	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heiligenstadt KG	Düsseldorf	12	71,1
2305	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	12	100,0
2306	SOLOON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Heizkraftwerk Halle KG i.L.	Halle/Saale	13	30,5
2307	STC Financing Ippan Shadan Hojin	Tokio	13	50,0
2308	SUBLICA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Promohypermarkt Gelsenkirchen KG	Düsseldorf	13	48,7
2309	Sundial Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt	12	100,0
2310	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	13	50,0
2311	TIEDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lager Nord KG	Düsseldorf	13	25,0
2312	Twirlix Internet Technologies GmbH	Frankfurt	14	32,7
2313	Unibanco Participacoes Societárias S.A.	Sao Paulo	13	49,0
2314	Value Retail Barcelona, S.L.	Barcelona	14	23,4
2315	Value Retail Madrid, S.L.	Las Rozas de Madrid	14	26,9
2316	Zenwix Pty. Limited	Sydney	12	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %
2317	Abode Mortgage Holdings Corporation	Vancouver		8,5
2318	Abraaj Capital Holdings Limited	Georgetown		8,8
2319	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH	Berlin		5,6
2320	Bürgschaftsbank Brandenburg GmbH	Potsdam		8,5
2321	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4
2322	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3
2323	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,2
2324	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,7
2325	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7
2326	Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg GmbH	Hamburg		8,7
2327	ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		16,8
2328	EFG Eurobank Properties S.A.	Athen		5,8
2329	EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		16,8
2330	Hayes Lemmerz International, Inc.	Wilmington		10,1
2331	Hua Xia Bank Company Limited	Peking		17,1
2332	HumanOptics AG	Erlangen		11,2
2333	HYPOPORT AG	Berlin		9,7
2334	Ingenious Media Active Capital Limited	St. Peter Port		13,9
2335	IVG Institutional Funds GmbH	Wiesbaden		6,0
2336	Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt		8,5
2337	Net Sol Holdings LLC	Dover		6,5
2338	NexPak Corporation	Wilmington		6,5
2339	NÜRNBERGER Beteiligungs-Aktiengesellschaft	Nürnberg		6,6
2340	Philipp Holzmann Aktiengesellschaft i.I.	Frankfurt		19,5
2341	Prader Bank S.p.A.	Bozen		10,0
2342	Private Export Funding Corporation	Wilmington		7,5
2343	Reorganized RFS Corporation	Wilmington		6,2
2344	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		11,8
2345	SearchMedia Holdings Limited	Georgetown		10,3
2346	Società per il Mercato dei Titoli di Stato - Borsa Obbligazionaria Europea S.p.A.	Rom		5,0
2347	The Clearing House Association L.L.C.	Wilmington		9,1
2348	United Information Technology Co. Ltd	Georgetown		12,2
2349	3W Power Holdings S.A.	Luxemburg		9,2
2350	W.E.T. Automotive Systems Aktiengesellschaft	Odelzhausen		9,2

03 -

Bestätigungen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers – 372

Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 374

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den beigefügten Konzernabschluss der Deutsche Bank Aktiengesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, Konzern-Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010 – geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der Standards des Public Company Accounting Oversight Board (United States) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften sowie den IFRS insgesamt und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2010 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den beigefügten Konzernlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die gesetzlichen Vertreter der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 4. März 2011

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Dielehner
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 1. März 2011



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

04 -

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat – 376

Rechnungslegung und Transparenz – 386

Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 387

Wirtschaftsprüfung und Controlling – 387

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex – 389

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht

Alle in dieser Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht enthaltenen Angaben geben den Stand vom 18. Februar 2011 wieder.

Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands und der von ihm eingesetzten Ausschüsse sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Mit Ablauf des 30. September 2010 ist Michael Cohrs aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Ressortzuständigkeiten hat Anshuman Jain zusätzlich zu seinen bestehenden Aufgaben übernommen. Nachstehend folgen nähere Informationen zu den derzeitigen Mitgliedern des Vorstands einschließlich ihres Alters, des Jahres ihrer ersten Bestellung und des Jahres, in dem ihre Bestellung endet, ihrer aktuellen Position und ihres Verantwortungsbereichs sowie ihrer sonstigen Mandate außerhalb der Bank, wobei sich unsere Vorstandsmitglieder verpflichtet haben, keinen Aufsichtsratsvorsitz außerhalb des Konzerns anzunehmen.

Dr. Josef Ackermann

Alter: 63

Erste Bestellung: 1996

Bestellt bis: 2013

Dr. Josef Ackermann wurde mit seinem Eintritt in die Deutsche Bank AG im Jahr 1996 Mitglied unseres Vorstands, wo er für den Bereich Investment Banking zuständig war. Am 22. Mai 2002 übernahm er die Funktion des Vorstandssprechers. Am 1. Februar 2006 wurde Dr. Ackermann zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt.

Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaften an der Universität St. Gallen war er dort am Volkswirtschaftlichen Institut als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig und promovierte zum Dr. oec. Dr. Ackermann begann seine berufliche Laufbahn 1977 mit Eintritt in die Schweizerische Kreditanstalt (SKA), für die er in London, New York und in der Schweiz in verschiedenen Bereichen des Corporate Banking, Foreign Exchange/Money Markets und Treasury, Investment Banking sowie Multinational Services tätig war. Von 1993 bis 1996 war er Präsident der Generaldirektion der SKA, der er seit 1990 angehörte.

Dr. Ackermann ist Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG (2. stellvertretender Vorsitzender), Vizepräsident des Verwaltungsrats der Belenos Clean Power Holding Ltd.; Non-executive Mitglied des Board of Directors der Royal Dutch Shell Plc und Vizepräsident des Verwaltungsrats der Zurich Financial Services Ltd.

Dr. Hugo Bänziger

Alter: 55

Erste Bestellung: 2006

Bestellt bis: 2014

Dr. Hugo Bänziger wurde am 4. Mai 2006 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Risk Officer. Er trat als Leiter Global Markets Credit im Jahr 1996 in die Deutsche Bank in London ein. Im Jahr 2000 wurde er zum Chief Credit Officer und in 2004 zum Chief Risk Officer for Credit and Operational Risk ernannt.

Dr. Bänziger begann seinen beruflichen Werdegang 1983 bei der Eidgenössischen Bankenkommission in Bern. Von 1985 bis 1996 arbeitete er bei der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) in Zürich und London, zunächst im Bereich Retail Banking und anschließend als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance. 1990 wurde er zum Global Head of Credit für CS Financial Products ernannt.

Er studierte moderne Geschichte, Recht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschließend in Wirtschaftsgeschichte.

Dr. Bänziger ist Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Clearing AG, Mitglied des Aufsichtsrats der EUREX Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der EUREX Zürich AG.

Jürgen Fitschen

Alter: 62

Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Jürgen Fitschen wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Fitschen ist seit 1987 bei der Deutschen Bank, war bereits von 2001 bis Anfang 2002 Mitglied des Vorstands und ist seit 2002 Mitglied des Group Executive Committee und seit 2005 Leiter Regional Management. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Regional Management verantwortlich.

Herr Fitschen studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hamburg und schloss das Studium 1975 als Diplom-Kaufmann ab.

Von 1975 bis 1987 hatte er verschiedene Positionen bei der Citibank in Hamburg und Frankfurt am Main inne. 1983 wurde er in die Geschäftsleitung Deutschland der Citibank berufen.

Herr Fitschen ist Mitglied des Verwaltungsrats der Kühne + Nagel International AG, Mitglied des Aufsichtsrats der METRO AG und Mitglied des Aufsichtsrats der Schott AG.

Anshuman Jain

Alter: 48

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Anshuman Jain wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Herr Jain kam 1995 zur Deutschen Bank und wurde 2001 Leiter von Global Markets sowie 2002 Mitglied des Group Executive Committee. Als Mitglied unseres Vorstands ist er für den Bereich Corporate und Investment Bank Group Division zuständig.

Herr Jain studierte Wirtschaftswissenschaften am Shri Ram College der Universität Delhi und machte 1983 einen BA-Abschluss. Danach folgte ein Studium der Finanzwissenschaften an der Universität von Massachusetts, das er 1985 mit einem MBA in Finanzen abschloss.

Nach Abschluss seines Studiums arbeitete Herr Jain bis 1988 für Kidder Peabody, New York im Bereich Derivatives Research. Von 1988 bis 1995 war er für den Aufbau und die Leitung des globalen Hedgefonds Betreuungsteams bei Merrill Lynch, New York, zuständig.

Herr Jain war Non-executive Director der Sasol Ltd. bis November 2010.

Stefan Krause

Alter: 48

Erste Bestellung: 2008

Bestellt bis: 2013

Stefan Krause wurde am 1. April 2008 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Financial Officer.

Zuvor war Herr Krause über 20 Jahre in der Automobilindustrie tätig und hatte verschiedene Senior-Management-Positionen mit einem starken Fokus auf die Bereiche Finance und Financial Services inne. Er begann seine Karriere 1987 im Controlling von BMW in München und ging 1993 in die USA, wo er den Financial-Services-Bereich des Unternehmens in Nord- und Südamerika aufbaute und schließlich leitete. 2001 kehrte er nach München zurück und übernahm den Posten des Head of Sales Western Europe (ohne Deutschland). Im Mai 2002 wurde er zum Mitglied des Vorstands der BMW Group ernannt. Dort war er bis September 2007 für das Ressort Finanzen und danach für das Ressort Vertrieb und Marketing zuständig.

Herr Krause studierte Betriebswirtschaftslehre in Würzburg und schloss das Studium 1986 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Krause hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Hermann-Josef Lamberti

Alter: 55

Erste Bestellung: 1999

Bestellt bis: 2014

Hermann-Josef Lamberti wurde 1999 Mitglied unseres Vorstands. Er ist unser Chief Operating Officer. Er trat 1998 als Executive Vice President in die Deutsche Bank in Frankfurt am Main ein.

Herr Lamberti begann seine berufliche Laufbahn 1982 bei Touche Ross in Toronto und wechselte anschließend zur Chemical Bank in Frankfurt. 1985 bis 1998 war er bei IBM tätig, zunächst in Deutschland in den Bereichen Controlling, Interne Anwendungsentwicklung und Sales Banken/Versicherungen. 1993 wurde er zum General Manager der Abteilung Personal Software für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei IBM Europe in Paris bestellt. Als Vice President für Marketing und Brand Management war Herr Lamberti ab 1995 für IBM in den USA tätig. 1997 kehrte er nach Deutschland zurück und übernahm den Vorsitz der Geschäftsführung von IBM Deutschland in Stuttgart.

Herr Lamberti studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten in Köln und Dublin und schloss das Studium 1982 als Diplom-Kaufmann ab.

Herr Lamberti ist Mitglied der Aufsichtsräte des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G., der BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V., der BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG, der Deutsche Börse AG, Mitglied des Board of Directors der European Aeronautic Defence and Space Company EADS N.V. und Mitglied des Aufsichtsrats der Carl Zeiss AG.

Rainer Neske

Alter: 46

Erste Bestellung: 2009

Bestellt bis: 2012

Rainer Neske wurde am 1. April 2009 Mitglied unseres Vorstands. Er begann seine Tätigkeit für die Deutsche Bank in 1990 und wurde 2000 zum Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG bestellt. Seit 2003 ist er Mitglied des Group Executive Committee und Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG. In unserem Vorstand verantwortet er den Bereich Privat- und Geschäftskunden.

Herr Neske studierte Informatik und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Karlsruhe und erlangte 1990 den Abschluss des Diplom-Informatikers.

Herr Neske hat keine zu veröffentlichenden externen Mandate.

Group Executive Committee

Das Group Executive Committee wurde im Jahr 2002 gebildet. Es besteht aus den Mitgliedern des Vorstands sowie Führungskräften unserer Regionen und Geschäftsbereiche innerhalb unserer kundenorientierten Konzernbereiche, die vom Vorstand ernannt wurden. Dr. Ackermann, Vorsitzender des Vorstands, ist auch Vorsitzender des Group Executive Committee.

Das Group Executive Committee dient der Koordination der globalen Geschäftsbereiche und Regionen und hat folgende Aufgaben und Verantwortlichkeiten:

- fortlaufende Unterrichtung des Vorstands über Geschäftsentwicklungen und spezifische Transaktionen;
- regelmäßige Überprüfung der Geschäftssegmente der Bank;
- Erörterung strategischer Fragen mit dem Vorstand sowie Beratung desselben;
- Vorbereitung von Vorstandsentscheidungen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, unmittelbar eingebunden. Regelmäßig wird er vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik sowie grundsätzliche Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage, das Risikomanagement und das Risikocontrolling unterrichtet. Mindestens einmal jährlich wird ihm über die Unternehmensplanung berichtet. Der Aufsichtsrat setzt auf Vorschlag des Präsidialausschusses die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest, beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, und überprüft es regelmäßig. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat. Er hält mit dem Vorstand, insbesondere dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement. Über wichtige Ereignisse, die für die Lage und Entwicklung sowie die Leitung der Deutsche Bank-Gruppe von wesentlicher Bedeutung sind, wird er vom Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Geschäfte, zu deren Vor- nahme die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich ist, sind in § 13 unserer Satzung aufgeführt. Bei Bedarf tagt der Aufsichtsrat ohne den Vorstand. Der Aufsichtsrat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben nach eigenem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Die Aufgaben, Verfahrensregeln und Ausschüsse des Aufsichtsrats sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt, die in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) zur Verfügung steht.

Die als Vertreter unserer Aktionäre fungierenden Mitglieder wurden auf der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 gewählt, mit Ausnahme von Herrn Dr. Siegert, der von der Hauptversammlung 2007 bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012 gewählt worden war. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter erfolgte am 8. Mai 2008. Die nachstehende Tabelle enthält nähere Angaben zu den derzeitigen Mitgliedern des Aufsichtsrats. Aufgeführt sind Angaben zu ihrem Alter, dem Jahr ihrer erstmaligen Wahl oder Bestellung, dem Jahr, in dem ihr Mandat endet, ihrer Haupttätigkeit, ihrer Mitgliedschaft in Aufsichtsräten anderer Gesellschaften und sonstigen Mandaten.

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Wolfgang Böhr* Alter: 48 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Düsseldorf der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Dr. Clemens Börsig Alter: 62 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG, Frankfurt	Linde AG; Bayer AG; Daimler AG; Emerson Electric Company
Dr. Karl-Gerhard Eick Alter: 57 Gerichtlich bestellt: 2004 Gewählt bis: 2013	Unternehmensberater, KGE Asset Management Consulting Ltd., London	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG (Vorsitzender)
Alfred Herling* Alter: 58 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Gemeinschaftsbetriebsrats Wuppertal/Sauerland der Deutschen Bank; Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats (bis März 2010); Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Gerd Herzberg* Alter: 60 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2013	Stellvertretender Vorsitzender der ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Berlin	Franz Haniel & Cie GmbH (stellv. Vorsitzender); BGAG – Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften AG; Vattenfall Europe AG (stellv. Vorsitzender)
Sir Peter Job Alter: 69 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2011		Schroders Plc (bis Juli 2010); Tibco Software Inc.; Royal Dutch Shell Plc (bis Mai 2010)
Prof. Dr. Henning Kagermann Alter: 63 Erstmals gewählt: 2000 Gewählt bis: 2013	Präsident der acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, München	Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft Aktiengesellschaft; Nokia Corporation; Deutsche Post AG; Wipro Technologies; BMW Bayerische Motoren Werke AG (seit Mai 2010)
Peter Kazmierczak* Alter: 53 Erstmals gewählt: 2002 Gewählt bis: 2013	Mitarbeiter der Deutschen Bank AG, Essen	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Martina Klee* Alter: 48 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Betriebsrats GTO Eschborn/Frankfurt der Deutschen Bank; Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Mitglied des Konzernbetriebsrats der Deutschen Bank (seit Juni 2010)	Sterbekasse für die Angestellten der Deutschen Bank VVa.G.
Suzanne Labarge Alter: 64 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013		Coca-Cola Enterprises Inc.
Maurice Lévy Alter: 69 Erstmals gewählt: 2006 Gewählt bis: 2012	Chairman und Chief Executive Officer Publicis Groupe S.A., Paris	Publicis Conseil S.A. (Vorsitzender); Medias et Régies Europe S.A.; MMS USA Holdings, Inc.; Zenith Optimedia Group Ltd. (UK); Publicis Groupe U.S. Investments LLC; MMS USA Investments, Inc.; MMS USA LLC Investments, Inc.
Henriette Mark* Alter: 53 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats München und Südbayern der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank; Vorsitzende des Europäischen Betriebsrats	Keine zu veröffentlichenden Mandate

Name	Haupttätigkeiten	Aufsichtsratsmandate und sonstige Mandate
Gabriele Platscher* Alter: 53 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Vorsitzende des Gemeinschaftsbetriebsrats Braunschweig/Hildesheim der Deutschen Bank; Mitglied des Konzern- und des Gesamtbetriebsrats der Deutschen Bank (bis April 2010)	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (stellv. Vorsitzende); BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V. (stellv. Vorsitzende); BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG (stellv. Vorsitzende)
Karin Ruck* Alter: 45 Erstmals gewählt: 2003 Gewählt bis: 2013	Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG; Senior Vertriebscoach in der Region Frankfurt/Hessen-Ost; Mitglied des Gemeinschaftsbetriebsrats Filiale Frankfurt der Deutschen Bank	Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG (bis Dezember 2010); BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.; BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.; BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG
Dr. Theo Siegert Alter: 63 Gerichtlich bestellt: 2006 Gewählt bis: 2012	Geschäftsführender Gesellschafter der de Haen Carstanjen & Söhne, Düsseldorf	E.ON AG; ERGO AG (bis Mai 2010); Merck KGaA; E. Merck OHG (Mitglied des Gesellschafterrats); DKSH Holding Ltd. (Mitglied des Verwaltungsrats); Henkel AG & Co. KGaA
Dr. Johannes Teyssen Alter: 51 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der E.ON AG, Düsseldorf (seit Mai 2010)	E.ON Energie AG; E.ON Ruhrgas AG; E.ON Energy Trading SE (Vorsitzender) (bis Juni 2010); Salzgitter AG; E.ON Nordic AB (bis Juni 2010); E.ON Sverige AB (bis August 2010); E.ON Italia S.p.A. (vormals E.ON Italia Holding s.r.l.) (bis August 2010); E.ON US Investments Corp. (Vorsitzender) (seit Mai 2010)
Marlehn Thieme* Alter: 53 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Director Infrastructure/Regional Management Communications Corporate Citizenship Deutsche Bank AG, Frankfurt	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Tilman Todenhöfer Alter: 67 Gerichtlich bestellt: 2001 Gewählt bis: 2013	Persönlich haftender Gesellschafter der Robert Bosch Industrietreuhand KG, Stuttgart	Robert Bosch GmbH; Robert Bosch Internationale Beteiligungen AG (Präsident des Verwaltungsrats); HOCHTIEF AG
Stefan Viertel* Alter: 46 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Senior Sales Manager CIB/GTB Cash Management Financial Institutions, Leiter CMFI Österreich und Ungarn Deutsche Bank AG, Frankfurt	Keine zu veröffentlichenden Mandate
Werner Wenning Alter: 64 Erstmals gewählt: 2008 Gewählt bis: 2013	Vorsitzender des Vorstands der Bayer AG, Leverkusen (bis September 2010)	E.ON AG; Henkel AG & Co. KGaA (Mitglied des Gesellschafterausschusses); HDI VVa.G.; Talanx AG

* Von den Arbeitnehmern in Deutschland gewählt.

Leo Wunderlich war als Arbeitnehmervertreter bis zum 30. Juni 2010 Mitglied des Aufsichtsrats. Nach seinem Ausscheiden aus der Bank wurde er für den Rest seiner Amtszeit durch sein gewähltes Ersatzmitglied Peter Kazmierczak ersetzt, der 2002 erstmals in den Aufsichtsrat gewählt wurde und dessen erstes Mandat 2003 endete. Von 2006 bis 2008 war er wiederum Mitglied des Aufsichtsrats.

Heidrun Förster war als Arbeitnehmervertreterin bis zum 31. Juli 2010 Mitglied des Aufsichtsrats. Nach ihrem Ausscheiden aus der Bank wurde sie für den Rest ihrer Amtszeit durch ihr gewähltes Ersatzmitglied Stefan Viertel ersetzt.

Dr. Clemens Börsig war bis zum 3. Mai 2006 Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG. Dr. Börsig hat erklärt, in seiner Funktion als Mitglied des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse bei allen Fragen, die seine frühere Mitgliedschaft im Vorstand betreffen und einen Interessenkonflikt begründen könnten, an den diesbezüglichen Erörterungen und Abstimmungen nicht teilzunehmen.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrats zuverlässig sein und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen be-

treibt, erforderliche Sachkunde besitzen. Der Aufsichtsrat hat unter Berücksichtigung dieser Anforderungen gem. Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex die nachfolgenden Ziele für seine Zusammensetzung festgelegt, die auch in § 4 der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat übernommen wurden (www.deutsche-bank.de/corporate-governance):

Der Aufsichtsrat soll so besetzt sein, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandats ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrats soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstands in einer international tätigen, breit aufgestellten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen und das Ansehen des Deutsche Bank-Konzerns in der Öffentlichkeit wahren. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen geachtet werden. Ziel ist es, dass im Aufsichtsrat insgesamt sämtliche Kenntnisse und Erfahrungen vorhanden sind, die angesichts der Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns als wesentlich erachtet werden.

Dem Aufsichtsrat sollen ferner eine ausreichende Anzahl an unabhängigen Mitgliedern und nicht mehr als zwei ehemalige Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG angehören. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sollen keine Organfunktionen oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern ausüben. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats, die Mitglieder des Vorstands einer börsennotierten Aktiengesellschaft sind, nehmen – außerhalb des Kreises der abhängigen Gesellschaften dieser Aktiengesellschaft – insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate beziehungsweise Mandate in Aufsichtsgremien von Gesellschaften mit vergleichbaren Anforderungen wahr.

Es besteht für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Regelaltersgrenze von 70 Jahren. In begründeten Einzelfällen kann ein Aufsichtsratsmitglied für einen Zeitraum gewählt beziehungsweise bestellt werden, der längstens bis zur Beendigung der dritten ordentlichen Hauptversammlung reicht, die nach Vollendung seines 70. Lebensjahres stattfindet. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlungen wurde diese Altersgrenze berücksichtigt und soll auch bei den nächsten Aufsichtsratswahlen beziehungsweise der Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen Berücksichtigung finden.

Der Aufsichtsrat achtet auf Vielfalt bei der Besetzung des Aufsichtsrats. Mit Blick auf die internationale Ausrichtung der Deutschen Bank soll darauf geachtet werden, dass dem Aufsichtsrat eine ausreichende Anzahl an Mitgliedern mit internationaler Erfahrung angehören. Derzeit haben fünf Mitglieder des Aufsichtsrats ihren beruflichen und privaten Mittelpunkt im Ausland. Darüber hinaus verfügen alle Anteilseignervertreter des Aufsichtsrats aufgrund ihrer derzeitigen oder ehemaligen Tätigkeit als Vorstand/CEO international tätiger Konzerne über langjährige internationale Erfahrung. Nach Auffassung des Aufsichtsrats wird der internationalen Tätigkeit des Unternehmens auf beiden Wegen hinreichend Rechnung getragen. Es ist das Ziel, das derzeit bestehende internationale Profil beizubehalten.

Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung wird der Aufsichtsrat auf eine angemessene Beteiligung von Frauen achten. Bereits bei den letzten Aufsichtsratswahlen im Jahr 2008 wurde hierauf im Auswahlprozess besonders Wert gelegt. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen wiederum qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 25 % und 35 % der Mitglieder des Aufsichtsrats Frauen. Derzeit gehören sechs Frauen dem Aufsichtsrat an. Dies entspricht 30 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diese Anzahl mindestens zu wahren und die Anzahl der Frauen wenn möglich auf der Anteilseignerseite zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Beset-

zung des Aufsichtsrats nehmen kann (zu den verschiedenen Diversity Initiativen der Deutschen Bank siehe auch Seite 55 im Jahresbericht 2010, verfügbar unter http://www.deutsche-bank.de/ir/de/content/berichte_2010.htm, unter http://www.banking-on-green.com/de/content/nachhaltig_handeln/diversity.html sowie im Karriereportal auf den Internet-Seiten der Deutschen Bank unter http://www.deutsche-bank.de/careers/content/de/to_diversity.html).

Der Aufsichtsrat hat gemäß Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Unser Aufsichtsrat hat die folgenden fünf ständigen Ausschüsse eingerichtet. Über die konkrete Ausschussarbeit im vergangenen Geschäftsjahr informiert der Bericht des Aufsichtsrats (siehe dazu die Seiten 43 bis 49 im Finanzbericht 2010).

Präsidialausschuss: Der Präsidialausschuss ist insbesondere für Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten zuständig. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern, einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung vor. Außerdem unterbreitet er dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bezüge der Vorstandsmitglieder. Er ist zuständig für den Abschluss, die Änderung und Beendigung der Dienst- und anderen Verträge unter Beachtung der alleinigen Entscheidungszuständigkeit des Aufsichtsratsplenums zu den Bezügen der Vorstandsmitglieder und für die Erteilung der Zustimmung des Aufsichtsrats zur Übernahme von Mandaten, Ehrenämtern oder Sonderaufgaben außerhalb des Konzerns durch einzelne Mitglieder des Vorstands nach § 112 AktG und zu bestimmten Verträgen mit Aufsichtsratsmitgliedern nach § 114 AktG. Darüber hinaus bereitet er die Entscheidungen des Aufsichtsrats auf dem Gebiet der Corporate Governance vor. Im Geschäftsjahr 2010 fanden zehn Sitzungen sowie zwei Telefonkonferenzen des Präsidialausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Präsidialausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Alfred Herling (seit August 2010), Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Nominierungsausschuss: Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl beziehungsweise die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner vor. Dabei orientiert er sich an den vom Aufsichtsrat benannten Kriterien für die Zusammensetzung. Im Geschäftsjahr 2010 fanden keine Sitzungen des Nominierungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Nominierungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Tilman Todenhöfer und Werner Wenning.

Prüfungsausschuss: Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Überwachung der Rechnungslegung, inklusive des Rechnungslegungsprozesses und der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, Fragen des Risikomanagements und insbesondere der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der Wirksamkeit des internen Revisionssystems, der Compliance sowie der Abschlussprüfung. Dem Prüfungsausschuss obliegen die Vorprüfung der Unterlagen zum Jahres- und Konzernabschluss sowie die Erörterung der Prüfungsberichte mit dem Abschlussprüfer. Er bereitet die Entscheidungen des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Billigung des Konzernabschlusses vor und erörtert wesentliche Änderungen der Prüfungs- und Bilanzierungsmethoden. Der Prüfungsausschuss erörtert ferner die Zwischenberichte und die Berichte über die prüferische Durchsicht der Zwischenberichte vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand und dem Abschlussprüfer. Zudem erteilt der Prüfungsausschuss den Prüfungsauftrag an den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer. Er beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers und überwacht

dessen Unabhängigkeit, Qualifikation und Effizienz. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ist neben dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats berechtigt, Auskünfte direkt beim Leiter der Compliance-Abteilung einzuholen. Der Prüfungsausschuss ist zuständig für die für die Kenntnisnahme von Mitteilungen über wesentliche Kürzungen des Compliance-Budgets und die Entgegennahme und Behandlung des Berichts des Leiters der Compliance-Abteilung über die Angemessenheit und Wirksamkeit der Grundsätze, Mittel und Verfahren nach § 33 Abs.1 Satz 2 Nr. 5 WpHG (Compliance-Bericht). Der Compliance-Bericht erfolgt mindestens einmal jährlich. Der Leiter der internen Revision berichtet regelmäßig über die Tätigkeit der Revision. Der Prüfungsausschuss wird über etwaige Sonderprüfungen und erhebliche Beanstandungen sowie sonstige außergewöhnliche Maßnahmen der Bankaufsichtsbehörden unterrichtet. Er ist zuständig für die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden im Zusammenhang mit der Rechnungslegung sowie internen Prüfverfahren und Fragen der Abschlussprüfung. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zu Aufträgen für nicht prüfungsnahe Dienstleistungen an den Abschlussprüfer (siehe dazu auch wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen auf den Seiten 387 bis 389 der Erklärung zur Unternehmensführung/Corporate-Governance-Bericht). Im Geschäftsjahr 2010 fanden sechs Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind Dr. Karl-Gerhard Eick (Vorsitzender), Dr. Clemens Börsig, Sir Peter Job, Henriette Mark, Karin Ruck und Marlehn Thieme.

Risikoausschuss: Der Risikoausschuss ist zuständig für die Behandlung von Krediten, die gemäß Gesetz oder unserer Satzung eines Beschlusses des Aufsichtsrats bedürfen. Er gibt nach Prüfung seine Zustimmung zum Erwerb von Beteiligungen an anderen Unternehmen in Höhe von 2 % bis zu 3 % unseres haftenden Eigenkapitals, wenn es sich um eine Beteiligung handelt, die voraussichtlich nicht länger als zwölf Monate im vollen oder teilweisen Besitz der Bank verbleiben soll. In seinen Sitzungen berichtet der Vorstand über Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationelle sowie Rechts- und Reputationsrisiken. Er berichtet ferner über die Risikostrategie, Kreditportfolios, Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen, Fragen der Kapitalausstattung und Angelegenheiten, die nach den damit verbundenen Risiken von besonderer Bedeutung sind. Im Geschäftsjahr 2010 fanden sechs Sitzungen des Risikoausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Risikoausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Prof. Dr. Henning Kagermann und Sir Peter Job. Suzanne Labarge und Dr. Theo Siegert sind Ersatzmitglieder des Risikoausschusses und werden zu allen Sitzungen eingeladen und nehmen regelmäßig an ihnen teil.

Vermittlungsausschuss: Zusätzlich zu diesen vier Ausschüssen unterbreitet der gesetzlich zu bildende Vermittlungsausschuss Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Er tagt nur bei Bedarf. Im Geschäftsjahr 2010 fanden keine Sitzungen des Vermittlungsausschusses statt.

Die derzeitigen Mitglieder des Vermittlungsausschusses sind Dr. Clemens Börsig (Vorsitzender), Wolfgang Böhr, Karin Ruck und Tilman Todenhöfer.

Weitere Details zum Präsidialausschuss, Nominierungsausschuss, Risikoausschuss und Prüfungsausschuss sind in Geschäftsordnungen geregelt, die wie die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat in der jeweils aktuellen Fassung auf der Webseite der Deutschen Bank (www.deutsche-bank.de/corporate-governance) veröffentlicht sind.

Erfolgsorientierte Vergütung

Zur Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der aufgrund der Bestimmungen des Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetzes auf den Seiten 128 bis 137 des Lageberichts abgedruckt ist.

Aktienprogramme

Informationen zu unseren aktienbasierten Vergütungsplänen sind in Note 32 „Aktienbasierte Vergütungen“ des Konzernabschlusses enthalten.

Rechnungslegung und Transparenz

Aktienbesitz von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern

Vorstand. Zum Aktienbesitz des Vorstands verweisen wir auf den ausführlichen Vergütungsbericht, der im Lagebericht abgedruckt ist.

Aufsichtsrat. Der individuelle Aktienbesitz (einschließlich Aktienanwartschaften gemäß unseren Aktienvergütungsprogrammen) der Mitglieder des Aufsichtsrats setzt sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Anzahl der Aktien	Anzahl Ansprüche auf Aktien
Wolfgang Böhr	30	–
Dr. Clemens Börsig ¹	137.919	–
Dr. Karl-Gerhard Eick	–	–
Alfred Herling	996	10
Gerd Herzberg	–	–
Sir Peter Job	4.000	–
Prof. Dr. Henning Kagermann	–	–
Peter Kazmierczak	122	10
Martina Klee	615	10
Suzanne Labarge	–	–
Maurice Lévy	–	–
Henriette Mark	525	10
Gabriele Platscher	827	4
Karin Ruck	165	–
Dr. Theo Siegert	–	–
Dr. Johannes Teyssen	–	–
Marlehn Thieme	190	10
Tilman Todenhöfer	1.541	–
Stefan Viertel	54	–
Werner Wenning	–	–
Insgesamt	146.984	54

¹ Darin nicht enthalten sind 270 Deutsche Bank-Aktien, die einer in Familienbesitz befindlichen Gesellschaft bürgerlichen Rechts beziehungsweise Erbengemeinschaft zuzurechnen sind, an der Dr. Börsig mit 25 % beteiligt ist, und 16.018 Deutsche Bank-Aktien, die einer gemeinnützigen und rechtsfähigen Stiftung, der Gerhild- und Clemens Börsig Jugend- und Sozialstiftung, zuzurechnen sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats halten 146.984 Aktien, was weniger als 0,02 % der am 18. Februar 2011 ausgegebenen Aktien entspricht.

Die Spalte „Anzahl Ansprüche auf Aktien“ in der Tabelle zeigt diejenigen Aktienansprüche der Aufsichtsratsmitglieder, die Mitarbeiter der Deutschen Bank sind, die im Rahmen des Global Share Purchase Plan Gratisaktien („Matching Awards“) erhalten haben, die ihnen am 1. November 2011 zugeteilt werden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Informationen zu Geschäften mit nahestehenden Dritten sind in Note 37 „Geschäfte mit nahestehenden Dritten“ enthalten.

Wirtschaftsprüfung und Controlling

Finanzexperten des Prüfungsausschusses

Der Aufsichtsrat hat die folgenden Mitglieder des Prüfungsausschusses zu „Finanzexperten des Prüfungsausschusses“ gemäß der Begriffsdefinition in Section 407 der Ausführungsbestimmungen der Securities and Exchange Commission zum Sarbanes-Oxley Act 2002 benannt: Dr. Clemens Börsig und Dr. Karl-Gerhard Eick. Die genannten Finanzexperten des Prüfungsausschusses sind entsprechend der Rule 10A-3 des US-amerikanischen Börsengesetzes (Securities Exchange Act) von 1934 und § 100 Absatz 5 AktG von der Bank „unabhängig“. Entsprechend §§ 107 Absatz 4, 100 Absatz 5 AktG verfügen sie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Verhaltens- und Ethikkodex

Der Verhaltens- und Ethikkodex gilt für alle Mitarbeiter der Deutschen Bank und behält eine Selbstverpflichtung von Vorstand und Aufsichtsrat. Zielsetzung und Identität ist es, der weltweit führende Anbieter von Finanzlösungen für anspruchsvolle Kunden zu sein und damit nachhaltig Mehrwert für unsere Aktionäre und Mitarbeiter zu schaffen. Er beinhaltet die grundlegenden Anforderungen an das Verhalten jedes Einzelnen. Gleichzeitig stellt er den verbindlichen Rahmen für alle Organisationseinheiten dar, die spezielle Richtlinien und Regelwerke herausgeben.

Entsprechend Section 406 des Sarbanes-Oxley Act 2002 enthält der Verhaltens- und Ethikkodex besondere Verpflichtungen für Senior Financial Officers. Derzeit sind dies bei der Deutschen Bank der Vorsitzende des Vorstands, der Chief Financial Officer und der Head of Group Accounting sowie die Mitglieder des Group Finance Committee. Der Verhaltens- und Ethikkodex ist auf der Webseite der Deutschen Bank in der jeweils aktuellen Fassung unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht. Im Berichtsjahr 2010 wurden dem Corporate-Governance-Beauftragten keine Verstöße gegen den Ethikkodex angezeigt.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Nach deutschem Recht wird der Abschlussprüfer von der Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats gewählt. Der Prüfungsausschuss unseres Aufsichtsrats bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl des Abschlussprüfers vor. Nach der Wahl des Abschlussprüfers erteilt der Prüfungsausschuss das Mandat, genehmigt in eigener Verantwortung Bedingungen und Umfang der Abschlussprüfung sowie sämtliche Prüfungshonorare und überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. 2009 und 2010 wählte die Hauptversammlung die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit Jahren als unser Abschlussprüfer fungiert, als Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2009 und 2010.

Die unten stehende Tabelle zeigt die gesamten von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für die letzten beiden Geschäftsjahre in den folgenden Kategorien: (1) Prüfungshonorare, das heißt Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer, in Verbindung mit satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Prüfungen, die in den betreffenden Geschäftsjahren in Rechnung gestellt wurden; (2) Honorare für prüfungsnaher Dienstleistungen, das heißt Honorare für Gutachten und zugehörige Dienstleistungen, die in engem Bezug zu der Durchführung der Abschlussprüfung stehen und nicht

unter Prüfungshonorare ausgewiesen werden; (3) Honorare für Steuerberatung, das heißt Honorare für professionelle Dienstleistungen zur Sicherstellung der Einhaltung von Steuervorschriften, Steuerberatung und Steuerplanung; sowie (4) alle sonstigen Honorare für Produkte und Dienstleistungen, die nicht unter Prüfungshonorare, Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen und Steuerberatung fallen. In diesen Beträgen sind Aufwendungen eingeschlossen, Umsatzsteuer ist nicht eingeschlossen.

Kategorie in Mio €	2010	2009
Prüfungshonorare	53	45
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	9	6
Honorare für Steuerberatung	7	5
Sonstige Honorare	2	–
Summe der Honorare	71	56

Der Anstieg der Summe der Honorare in Höhe von 15 Mio € resultierte hauptsächlich aus in 2010 getätigten Akquisitionen. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthielten Honorare für Beratungsleistungen, Due-Diligence-bezogene Leistungen im Zusammenhang mit aktuellen oder geplanten Zukäufen und Verkäufen, Gutachtertätigkeiten und sonstige vereinbarte Dienstleistungen. Die Honorare für Steuerberatung, inklusive Dienstleistungshonoraren, enthielten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Strategien und Initiativen für die konzernweite Steuerplanung unter Beachtung der jeweiligen steuerlichen Regelungen. Die sonstigen Honorare umfassten projektbezogene Beratungsleistungen.

US-amerikanische Gesetze und Vorschriften sowie unsere eigenen Richtlinien sehen generell vor, dass jede Beauftragung unseres Abschlussprüfers vorab durch unseren Prüfungsausschuss oder gemäß den von diesem verabschiedeten Richtlinien und Weisungen genehmigt wird. Für prüfungsfremde Dienstleistungen unseres Abschlussprüfers hat unser Prüfungsausschuss folgende Richtlinien und Weisungen festgelegt: Anfragen zur Beauftragung müssen in erster Instanz unserem Group Finance Committee vorgelegt werden, das sich aus unserem Chief Financial Officer und leitenden Mitarbeitern unserer Finance- und Steuerabteilungen zusammensetzt. Bezieht sich eine Anfrage auf Dienstleistungen, welche die Unabhängigkeit unseres Abschlussprüfers gefährden würden, muss diese abgelehnt werden. Für bestimmte zulässige Gutachter- und Finanzberatungsleistungen sowie Steuerberatungsleistungen hat der Prüfungsausschuss eine Vorabgenehmigung erteilt, soweit die erwarteten Honorare für die einzelnen Leistungen 1 Mio € nicht übersteigen. Entsprechende Anfragen kann das Group Finance Committee genehmigen, hat darüber aber regelmäßig dem Prüfungsausschuss zu berichten. Betrifft eine Anfrage zur Beauftragung weder unzulässige noch vorab genehmigte prüfungsfremde Dienstleistungen, muss sie vom Group Finance Committee zur Prüfung an den Prüfungsausschuss weitergeleitet werden. Um die Prüfung von Anfragen zur Beauftragung zwischen den Ausschusssitzungen zu erleichtern, hat der Prüfungsausschuss zudem die Genehmigungskompetenz an mehrere seiner Mitglieder delegiert, die gemäß Definition der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange „unabhängig“ sind. Diese Mitglieder berichten dem Prüfungsausschuss über jede von ihnen erteilte Genehmigung in der jeweils nächsten Sitzung.

Darüber hinaus kann nach den geltenden US-amerikanischen Gesetzen und Vorschriften für die Beauftragung von prüfungsfremden Dienstleistungen, die insgesamt nicht mehr als 5 % der an unseren Abschlussprüfer bezahlten Honorare ausmachen, auf die Notwendigkeit der Vorabgenehmigung verzichtet werden, wenn der entsprechende Auftrag von uns zum Zeitpunkt der Beauftragung nicht berücksichtigt und unverzüglich dem Prüfungsausschuss oder einem dafür zuständigen Ausschussmitglied gemeldet sowie vor Abschluss der Prüfung genehmigt wurde. In den Geschäftsjahren 2009 und 2010 lag der Prozentsatz der an unseren Abschlussprüfer gezahlten Honorare, die durch Nichtprüfungsleistungen in den einzelnen Kategorien anfielen und für die auf eine Vorabgenehmigung verzichtet werden konnte, unter 5%.

Einhaltung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 des Aktiengesetzes (Entsprechenserklärung 2010)

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 27. Oktober 2010 die Entsprechenserklärung 2010 gemäß § 161 des Aktiengesetzes abgegeben. Demnach hat die Bank den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ wie folgt entsprochen:

„Die letzte Entsprechenserklärung erfolgte am 28. Oktober 2009. Eine Anpassung erfolgte zum 1. Januar 2010. Nach diesem Zeitpunkt hat die Deutsche Bank AG allen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 18. Juni 2009, veröffentlicht im elektronischen Bundesanzeiger am 5. August 2009, bis zum Inkrafttreten der neuen Kodexfassung am 2. Juli 2010 ohne Ausnahmen entsprochen. Vor dem 1. Januar 2010 hat die Deutsche Bank AG den Empfehlungen mit der folgenden Ausnahme entsprochen:

Für die Mitglieder des Aufsichtsrats bestand traditionell eine D&O Versicherung ohne Selbstbehalt (Kodex Ziffer 3.8). Bei der D&O Versicherung der Bank handelt es sich um eine Gruppenversicherung für eine Vielzahl von Personen im In- und Ausland. Im Ausland ist ein Selbstbehalt unüblich. Im Hinblick auf die erforderliche Vereinbarung eines Selbstbehalts für den Vorstand wurde ein solcher auch für den Aufsichtsrat diskutiert und letztlich im Rahmen der Erneuerung der bestehenden D&O Versicherung zum 1. Januar 2010 eingeführt.

Die „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ legte am 26. Mai 2010 eine neue Kodexfassung vor, die am 2. Juli 2010 im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Auch der neuen Fassung entsprach die Deutsche Bank mit Ausnahme der neu gefassten Ziffer 5.4.1:

Aufgrund der Neuregelung hinsichtlich der Zielsetzungen bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats wurden in der Aufsichtsratssitzung am 27. Juli 2010 in einem ersten Schritt die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats, des Präsidial- und des Nominierungsausschusses angepasst. Nach der erforderlichen eingehenden Diskussion wurden die konkreten Ziele in der Aufsichtsratssitzung am 27. Oktober 2010 beschlossen.

Ab heute entspricht die Deutsche Bank AG den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Kodexfassung vom 26. Mai 2010 ohne Ausnahmen.“

Die Entsprechenserklärung 2010 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Webseite der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht, wo auch die aktuelle Fassung des Deutschen Corporate Governance Kodex zu finden ist.

Stellungnahme zu den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die Bank entspricht freiwillig den Anregungen des Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 mit folgenden Ausnahmen:

- Die von der Bank benannten Stimmrechtsvertreter sind für Teilnehmer der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Aktionäre, die den Stimmrechtsvertretern schon zuvor Vollmacht erteilt haben, erreichen diese am Tag der Hauptversammlung bis 12.00 Uhr über das Weisungstool im Internet (Kodex Ziffer 2.3.3). So kann das Risiko aus etwaigen technischen Störungen unmittelbar vor der Abstimmung weitgehend ausgeschlossen werden. Zudem endet auch die Übertragung der Hauptversammlung im Internet spätestens zu diesem Zeitpunkt, so dass für die Meinungsbildung der nur über Stimmrechtsvertreter teilnehmenden Aktionäre keine verwertbaren Informationen nach diesem Zeitpunkt mehr zu erwarten sind.
- Die Übertragung der Hauptversammlung im Internet (Kodex Ziffer 2.3.4) erfolgt für die Eröffnung durch den Versammlungsleiter und den Bericht des Vorstands. Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.

05 -

Ergänzende Informationen

Vorstand – 392

Aufsichtsrat – 393

Advisory Boards – 395

Der Konzern im Fünfjahresvergleich – 400

Patronatserklärung – 401

Glossar – 402

Impressum – Publikationen – 408

Vorstand

Dr. Josef Ackermann
Vorsitzender

Dr. Hugo Bänziger

Michael Cohrs
bis 30. September 2010

Jürgen Fitschen

Anshuman Jain

Stefan Krause

Hermann-Josef Lamberti

Rainer Neske

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*
– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*
Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick
Unternehmensberater, KGE Asset
Management Consulting Ltd.,
London

Heidrun Förster*
bis 31. Juli 2010,
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Alfred Herling*
Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*
Stellvertretender Vorsitzender
der ver.di Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft,
Hamburg

Sir Peter Job
London

Prof. Dr. Henning Kagermann
Präsident acatech - Deutsche Akade-
mie der Technikwissenschaften,
Königs Wusterhausen

Peter Kazmierczak*
ab 1. Juli 2010,
Deutsche Bank AG,
Herne

Martina Klee*
Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge
Toronto

Maurice Lévy
Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*
Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert
Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teysen
Vorsitzender des Vorstands
der E.ON AG ab 1. Mai 2010,
Oberding

Marlehn Thieme*
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer
Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Stefan Viertel*
ab 1. August 2010,
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Werner Wenning
Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG bis 30. September 2010,
Leverkusen

Leo Wunderlich*
bis 30. Juni 2010,
Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*
bis 31. Juli 2010

Alfred Herling*
ab 1. August 2010

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Sir Peter Job

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Marlehn Thieme*

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer

Werner Wenning

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

**Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Reitzle**
– Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands der
Linde AG, München

**Professor Dr. h.c.
Roland Berger**
Roland Berger Strategy
Consultants GmbH, München

Dr. Kurt Bock
Mitglied des Vorstands der
BASF SE, Ludwigshafen

Lord John Browne of Madingley
Managing Director und Managing
Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC;
ehemaliger Chief Executive Officer, BP,
London

Michael Cohrs
ab 1. Oktober 2010
Ehemaliges Vorstandsmitglied der
Deutsche Bank AG, London

Dr. Karl-Ludwig Kley
Vorsitzender der Geschäftsleitung und
persönlich haftender Gesellschafter
der Merck KGaA,
Darmstadt

Peter Löscher
Vorsitzender des Vorstands der
Siemens Aktiengesellschaft,
München

Francis Mer
Ehemaliger französischer
Minister für Ökonomie,
Finanzen und Industrie,
Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov
Vorsitzender des Vorstands,
Severstal;
Generaldirektor der Severstal-Group,
Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker
Persönlich haftender
Gesellschafter der
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer
Ehemaliger Präsident und Chief
Executive Officer von Compaq
Computer Corporation,
Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder
Urfahrn

Antonio Puri Purini
ab 1. September 2010
Ehemaliger Botschafter von Italien in
der Bundesrepublik Deutschland,
Rom

Dr. rer. pol. Michael Rogowski
Vorsitzender des
Aufsichtsrats der J. M. Voith AG
bis 5. März 2010,
Heidenheim

Håkan Samuelsson
bis 29. April 2010,
München

Maria-Elisabeth Schaeffler
Gesellschafterin und Vorsitzende des
Aufsichtsrats der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann
Vorsitzender des Gesellschafteraus-
schusses der Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche
Vorsitzender des Vorstands der
Daimler AG und Leiter
Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine
Ehemaliger Chief Executive
Officer und Chairman,
Lockheed Martin

John E. Bryson
Chairman, BrightSource Energy;
ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
Edison International

Michael D. Capellas
Chief Executive Officer, Acadia;
ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
First Data Corp.

James Ireland Cash, Jr., Ph. D.
Emeritus Professor und
Senior Associate
Dean, Harvard Business School

Anthony W. Deering
Chairman, Exeter Capital LLC;
ehemaliger Chairman & Chief
Executive Officer, The Rouse Co.

Archie W. Dunham
Ehemaliger Chairman,
ConocoPhillips

Benjamin H. Griswold
Chairman, Brown Advisory;
ehemaliger Senior Chairman,
Deutsche Banc Alex. Brown

The Honorable Chuck Hagel
Distinguished Professor, Georgetown
Universität und Universität von
Nebraska in Omaha;
ehemaliger US-Senator, (R-NE)

William R. Howell
Ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer,
J.C. Penney, Inc.

Robert L. Johnson
Gründer und Chairman,
The RLJ Cos.; Gründer und
ehemaliger Chairman,
Black Entertainment Television (BET)

Edward A. Kangas
Ehemaliger Chairman und
Chief Executive Officer, Deloitte

Ellen R. Marram
Präsidentin, The Barnegat Group LLC;
ehemalige Präsidentin und Chief
Executive Officer, Tropicana und
Nabisco Biscuit Cos.

The Honorable Lynn M. Martin
Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Robert P. May
Ehemaliger Chief Executive
Officer, Calpine Corp.; ehemaliger
Chairman und Chief Executive Officer,
HealthSouth Corp.

Michael E. J. Phelps
bis 30. September 2010
Chairman, Dornoch Capital Inc.

The Honorable John W. Snow
Chairman, Cerberus Capital
Management LP;
ehemaliger US-amerikanischer
Finanzminister

Latin American Advisory Board

Mauricio Novis Botelho
bis 15. März 2010
Chairman und ehemaliger
Präsident und Chief Executive Officer,
Embraer

Fernando Henrique Cardoso
Ehemaliger Präsident
der Föderativen Republik
von Brasilien

Armando Garza Sada
Chairman, Alfa

Enrique Iglesias
Generalsekretär der ibero-
amerikanischen Gemeinschaft;
ehemaliger Außenminister
von Uruguay

Pedro Pablo Kuczynski
Partner und Senior Advisor,
The Rohatyn Group;
ehemaliger Premierminister
von Peru

The Honorable Lynn M. Martin
Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Luis Alejandro Pagani
Präsident, Arcor Group

Horst Paulmann
Gründer und Präsident,
Cencosud S.A.

Jesús Reyes-Heroles
ab 1. Juni 2010
Ehemaliger Chairman und Chief
Executive Officer, Petroleos
Mexicanos (Pemex); ehemaliger
Botschafter von Mexico in den
Vereinigten Staaten von Amerika

Miguel Urrutia Montoya
Professor, Universidad
de los Andes;
ehemaliger Gouverneur der
Zentralbank von Kolumbien

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

bis 31. Dezember 2010
Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, Vinashin Group, Vietnam

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und Wirtschaftslehre, Columbia Business School, International

Toru Hashimoto

Ehemaliger Präsident und Chief Executive Officer sowie ehemaliger Chairman, The Fuji Bank Ltd.; ehemaliger Chairman, Deutsche Securities Inc., Japan

Nobuyuki Idei

Gründer und Chief Executive Officer, Quantum Leaps Corporation; Vorsitzender des Beraterkreises, Sony Corporation, Japan

Gang-Yon Lee

Chairman, Korea Gas Corporation, Korea

Dr. David K.P. Li

Chairman und Chief Executive Officer, The Bank of East Asia, Hong Kong

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Office of Strategy and Development Committee, Chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde, China

Subramanian Ramadorai

Vice Chairman, Tata Consultancy Services Limited, Indien

Dr. Tony Tan Keng Yam

Deputy Chairman und Executive Director, The Government of Singapore Investment Corp. Pte. Ltd., Singapur

Sofjan Wanandi

Chairman, Santini Group; Chairman des Arbeitgeberverbands von Indonesien (APINDO), Indonesien

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökonomie und Akademiemitglied, Chinese Academy of Social Science, China

Climate Change Advisory Board

Lord John Browne of Madingley
Managing Director und Managing
Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC;
ehemaliger Chief Executive
Officer, BP

John Coomber
Mitglied des Board of Directors,
Swiss Re;
Chairman, The Climate Group

Fabio Feldmann
Chief Executive Officer,
Fabio Feldmann Consultores;
ehemaliger Vorstandssekretär,
Brazilian Forum on Climate Change

Amory B. Lovins
Chairman und Chief Scientist,
Rocky Mountain Institute

Lord Oxburgh
Mitglied des Beraterkreises,
Climate Change Capital;
ehemaliger Chairman, Shell

Dr. R. K. Pachauri
Chairman, Intergovernment Panel on
Climate Change

**Professor Hans Joachim
Schellnhuber**
Gründungsdirektor, Potsdam-Institut
für Klimafolgenforschung (PIK)

Professor Robert Socolow
Co-Director, The Carbon
Mitigation Initiative;
Professor, Princeton University

**Professor Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus Töpfer**
Bundesminister für Umwelt, Natur-
schutz und Reaktorsicherheit sowie
Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau a.D.; ehemaliger Exekutiv-
direktor des Umweltprogramms der
Vereinten Nationen (UNEP)

Professor Hongren Zhang
Ehemaliger Präsident,
International Union of Geological
Science;
ehemaliger chinesischer
Vizeminister für Geologie und
Mineralressourcen

Der Konzern im Fünfjahresvergleich

Bilanz in Mio €	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006
Bilanzsumme	1.905.630	1.500.664	2.202.423	1.925.003	1.520.580
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	407.729	258.105	269.281	198.892	178.524
Summe der Verbindlichkeiten	1.855.238	1.462.695	2.170.509	1.885.688	1.486.694
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	48.843	36.647	30.703	37.893	33.169
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	1.549	1.322	1.211	1.422	717
Tier-1-Kapital	42.565	34.406	31.094	28.320	23.539
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	48.688	37.929	37.396	38.049	34.309
Gewinn- und Verlustrechnung in Mio €	2010	2009	2008	2007	2006
Zinsüberschuss	15.583	12.459	12.453	8.849	7.008
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.274	2.630	1.076	612	298
Provisionsüberschuss	10.669	8.911	9.741	12.282	11.192
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	3.354	7.109	-9.992	7.175	8.892
Sonstige zinsunabhängige Erträge	-1.039	-527	1.411	2.523	1.476
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	12.984	15.493	1.160	21.980	21.560
Personalaufwand	12.671	11.310	9.606	13.122	12.498
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	10.133	8.402	8.339	8.038	7.143
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	485	542	-252	193	67
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	29	-134	585	128	31
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-13	192
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	23.318	20.120	18.278	21.468	19.931
Ergebnis vor Steuern	3.975	5.202	-5.741	8.749	8.339
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	1.645	244	-1.845	2.239	2.260
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	2.330	4.958	-3.896	6.510	6.079
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	20	-15	-61	36	9
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	2.310	4.973	-3.835	6.474	6.070
Kennziffern	2010	2009	2008	2007	2006
Ergebnis je Aktie (basic) ¹	3,07 €	7,21 €	-6,87 €	12,29 €	11,66 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ¹	2,92 €	6,94 €	-6,87 €	11,80 €	10,44 €
Dividendenzahlung je Aktie, gezahlt in der Periode	0,75 €	0,50 €	4,50 €	4,00 €	2,50 €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	5,5 %	14,6 %	-11,1 %	17,9 %	20,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	9,5 %	15,3 %	-16,5 %	24,1 %	27,9 %
Aufwand-Ertrag-Relation	81,6 %	72,0 %	134,3 %	69,6 %	69,8 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente ²	8,7 %	8,7 %	7,0 %	6,9 %	6,9 %
Tier-1-Kapitalquote ²	12,3 %	12,6 %	10,1 %	8,6 %	8,5 %
Eigenkapitalquote ²	14,1 %	13,9 %	12,2 %	11,6 %	12,5 %
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	102.062	77.053	80.456	78.291	68.849

¹ Die Anzahl der durchschnittlich ausstehenden Aktien (basic und verwässert) wurde für alle Perioden angepasst, um den Effekt der Bonuskomponente von Bezugsrechten, die im September 2010 im Rahmen der Kapitalerhöhung ausgegeben wurden, zu berücksichtigen.

² Quoten für 2009 und 2008 basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss 2004 präsentierten Eigenkapitalstandard (Basel II), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde. Quoten für 2007 und 2006 basieren auf dem Basel I-Standard und sind daher auf einer nicht vergleichbaren Basis berechnet. Die Kapitalquoten setzen das jeweilige Kapital in Beziehung zu den Risikoaktiva für das Kredit-, Markt- und Operationelle Risiko. Enthält keine Übergangsposten gemäß 64h Absatz 3 KWG.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH, vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Holdings (Malta) Ltd., St. Julians
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank ZRt., Budapest	IFN Finance B.V., Rotterdam
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	VAT Deutsche Bank DBU, Kiew
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, Sao Paulo	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind in Note 42 „Anteilsbesitz“ gekennzeichnet.

Glossar

A

Alternative A (Alt-A)

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit einer Bonität besser als ▶ Subprime, aber schlechter als ▶ Prime verstanden werden. Zur Bestimmung von Alt-A Positionen werden bankenspezifische Standards wie ▶ FICO-Bewertungen und ▶ Loan-to-Value-Kennzahlen angewandt.

Alternative Assets/Investments

Direkte Investitionen in ▶ Private Equity, Wagniskapital, ▶ Mezzaninekapital, Immobilienkapitalanlagen und Anlagen in Leveraged-Buy-out-Fonds, Wagniskapitalfonds sowie ▶ Hedgefonds.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Die ehemals als Minderheitsanteile bezeichneten Beträge des Eigenkapitals eines Tochterunternehmens, das einem Mutterunternehmen weder unmittelbar noch mittelbar zugeordnet wird.

Asset-backed Securities

Besondere Form verbriefter Zahlungsansprüche in Form von handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Strukturierung bestimmter Finanzaktiva entstanden (▶ Verbriefungen).

Auction Rate Securities

Lang laufende Anleihen (meist 20 bis 30 Jahre) mit variablem Zinssatz. Die Höhe dieses Zinssatzes wird in regelmäßigen Auktionen festgesetzt.

Aufrechnungsvereinbarungen

Bilaterale Vereinbarungen zwischen dem Konzern und einem Vertragspartner, welche für die einbezogenen Geschäfte sicherstellen, dass im Fall der Eröffnung eines Insolvenz- oder Konkursverfahrens nach der Aufrechnung von sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten nur ein einziger Nettobetrag von einer Partei an die andere Partei geschuldet wird.

Aufsichtsrechtliche Kapitalquote

Zentrale Kennzahl für Banken, dargestellt als prozentuales Verhältnis zwischen dem ▶ aufsichtsrechtlichen Kapital und der zusammengefassten aufsichtsrechtlichen Risikoposition, bestehend aus ▶ Kredit-, ▶ Markt- und ▶ operationellen Risiken nach Basel II. Die einzuhaltende Mindestkapitalquote beträgt 8 %. Grundsätzlich muss mindestens die Hälfte des regulatorischen Kapitals aus Kernkapital bestehen, was zu einer Mindestkernkapitalquote von 4 % führt.

Aufsichtsrechtliches Handels- und Anlagebuch

Das aufsichtsrechtliche Handelsbuch ist definiert in § 1a KWG. Es umfasst Finanzinstrumente und Waren, die mit Handelsabsicht oder zum Zweck der Absicherung des ▶ Marktrisikos aus anderen Handelsbuchpositionen gehalten werden, ferner Pensions- und Darlehensgeschäfte, welche sich auf Handelsbuchpositionen beziehen, sowie Aufgabengeschäfte und Forderungen, die mit Positionen des Handelsbuchs unmittelbar verknüpft sind. Finanzinstrumente und Waren, die dem Handelsbuch zugerechnet werden, müssen handelbar oder absicherungsfähig sein. Das aufsichtsrechtliche Anlagebuch umfasst alle Positionen und Geschäfte, die nicht dem Handelsbuch zugerechnet werden.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Bankaufsichtsrechtlich anerkanntes Eigenkapital in Übereinstimmung mit der Baseler Eigenkapitalvereinbarung von 2004 für Kreditinstitute. Das Eigenkapital gemäß ▶ Basel II setzt sich zusammen aus:

– Tier-1-Kapital: vor allem Grundkapital, Rücklagen und bestimmte ▶ hybride Kapitalinstrumente,

– Tier-2-Kapital: insbesondere Genussrechtskapital, kumulative Vorzugsaktien, langfristige nachrangige Verbindlichkeiten und nicht realisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren,

– Tier-3-Kapital: im Wesentlichen kurzfristige nachrangige Verbindlichkeiten und überschüssiges Tier-2-Kapital.

Tier-2-Kapital kann nur bis zur Höhe des Tier-1-Kapitals angerechnet werden, wobei noch zusätzlich die Anrechenbarkeit der langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten im Tier-2-Kapital auf 50 % des Tier-1-Kapitals beschränkt ist.

Aufwand-Ertrag-Relation

Kennzahl zur Kosteneffizienz eines Unternehmens, die das Verhältnis der betrieblichen Aufwendungen zu den betrieblichen Erträgen abbildet.

Ausfallwahrscheinlichkeit

Die Wahrscheinlichkeit des Ausfalls eines Geschäftspartners wird für den Zeitraum der nächsten zwölf Monate bestimmt und als Prozentsatz angegeben. Der Konzern beurteilt diese nicht für die Gesamtlaufzeit der Transaktion. Die Ausfallwahrscheinlichkeit ist die primäre Messgröße für die Kreditwürdigkeit eines Geschäftspartners. Die numerischen Wahrscheinlichkeiten werden in eine 26-stufige Ratingskala überführt, welche den von internationalen Ratingagenturen verwendeten Ratingskalen ähnlich ist.

B

Backtesting

Verfahren zur Überprüfung der Vorhersagekraft der ▶ Value-at-Risk-Berechnungen. Hierbei werden auf täglicher Basis hypothetisch erzielte Gewinne und Verluste unter einer Buy-and-hold-Annahme mit den durch das Value-at-Risk-Modell prognostizierten Werten verglichen.

Basel II

Eigenkapitalvorschriften des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht, auch Basel II genannt, welche die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen stärker auf die zugrunde liegenden Risiken ausrichten.

Basel III

Beim G20-Gipfel im November 2010 verabschiedete Neufassung der internationalen Standards zur Kapitaladäquanz des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht. Ziel dieser Neufassung ist es, die globalen Kapital- und Liquiditätsvorschriften zu stärken, um die Stabilität des Bankensektors zu erhöhen. Bis 2019 werden durch die überarbeiteten Standards schrittweise die Mindestkapitalanforderungen für Banken erhöht und ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie ein bankspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer eingeführt. Darüber hinaus wird Basel III erstmals international abgestimmte Anforderungen an die Liquidität mit strengen kurz- und langfristigen Kennzahlen beinhalten. Die Umsetzung der neuen Vorschriften in deutsches Recht wird über die ► Solvabilitätsverordnung erfolgen.

Broker/Brokerage

Broker nehmen Wertpapieraufträge von Banken und privaten Investoren an und führen sie im Auftrag des Kunden aus. Für seine Tätigkeit (Brokerage) erhält der Broker üblicherweise eine Provision.

Buy-out

Kauf (vollständig oder teilweise) eines Unternehmens beziehungsweise bestimmter Unternehmensaktivitäten.

C

Cash Management

Beinhaltet die Verwaltung von liquiden Mitteln in Dollar, Euro und sonstigen Währungen für Unternehmen und Finanzinstitute zur Optimierung von Finanztransaktionen.

Clearing

Die Übermittlung, Abstimmung und in bestimmten Fällen die Bestätigung von Zahlungsaufträgen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

► Asset-backed Securities, die mit Krediten, Schuldverschreibungen oder ► Derivaten besichert wurden.

Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS)

► Mortgage-backed Securities (MBS), die Kredite für gewerbliche Immobilien verbriefen.

Credit Default Swap

Ein ► Kreditderivat, welches Kreditrisiken im Zusammenhang mit Darlehen, Schuldverschreibungen oder anderen kreditbezogenen Wertpapieren absichert. Die besicherte Partei zahlt im Allgemeinen einen festen Coupon über eine festgelegte Periode und erhält nur dann eine Zahlung, wenn ein bestimmtes im Kreditvertrag definiertes Ereignis, beispielsweise ein Zahlungsausfall aufgrund der Insolvenz eines Kreditnehmers, eintritt.

Credit Linked Note

Wertpapiere, die ein ► Kreditderivat, meist einen ► Credit Default Swap, enthalten.

Custody

Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren sowie zusätzliche Dienste im Wertpapierbereich.

D

Derivate

Finanzinstrumente, deren Bewertung sich überwiegend vom Preis, von den Preisschwankungen und den Preiserwartungen der zugrunde liegenden Basisinstrumente (beispielsweise Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) ableitet. Zu den Derivaten zählen insbesondere ► Swaps, ► Optionen und ► Futures.

Durchschnittliches Active Equity

Der Konzern berechnet das Active Equity, um besser mit seinen Wettbewerbern vergleichbar zu sein. Das durchschnittliche Active Equity fließt in die Berechnung verschiedener Kennziffern ein. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach ► IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem durchschnittlichen Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären

zurechenbare Eigenkapital bereinigt wird, sind die durchschnittlichen unrealisierten Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und die durchschnittlichen Fair-Value-Anpassungen von Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die nach Zustimmung der Hauptversammlung einmal jährlich ausgezahlt wird.

E

Eigenkapitalrendite

(Return on Equity, RoE)

Grundsätzlich: Kennziffer zur Ertragslage eines Unternehmens, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt. Hier: Ergebnis in Prozent des im Jahresdurchschnitt eingesetzten Eigenkapitals.

Eigenkapitalrendite vor Steuern

(basierend auf dem ► durchschnittlichen Active Equity)

Prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (annualisiert), das sich errechnet aus dem Ergebnis vor Steuern abzüglich von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss, am ► durchschnittlichen Active Equity.

Equitymethode

Bewertungsmethode für Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann. Anteilige Jahresüberschüsse/(-fehlbeträge) des Beteiligungsunternehmens erhöhen (vermindern) den Beteiligungsbuchwert und gehen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Ausschüttungen/Dividenden vermindern den Beteiligungsbuchwert, ohne die Gewinn- und Verlustrechnung zu berühren.

Ergebnis je Aktie

Nach ▶ IFRS ermittelte Kennziffer, die den Gewinn, der den Aktionären der Gesellschaft zurechenbar ist, der durchschnittlichen Zahl an ausstehenden Stammaktien gegenüberstellt. Neben der Kennziffer Ergebnis je Aktie ist zusätzlich ein verwässertes Ergebnis je Aktie auszuweisen, wenn sich aus der angenommenen Wandlung und Ausübung ausstehender Aktienoptionen, noch nicht unverfallbarer zugeteilter Aktienrechte und wandelbarer Schuldtitel und bestimmter Terminkontrakte die Zahl der Aktien erhöhen kann.

Erwarteter Verlust

Messung für Verluste, die durch ▶ Kredit- und ▶ operationelle Risiken innerhalb eines Jahres auf der Grundlage historischer Verlustdaten zu erwarten sind.

Event-Risk-Szenarien

Szenarien, die erhebliche Ereignisse wie beispielsweise große Bewegungen in Zinsen oder Wechselkursen darstellen.

Exposure

Geldbetrag, welcher der Bank bei Eintritt eines Verlusts aus einem eingegangenen Risiko, beispielsweise beim Ausfall eines Kreditnehmers oder Vertragspartners, verloren gehen kann.

F

Fair Value

Betrag, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer aktuellen Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) ausgetauscht werden könnte.

FICO-Bewertung

FICO ist die Abkürzung für die Fair Isaac Corporation, der Urheber der FICO Scores. Unter Anwendung mathematischer Modelle, berücksichtigen die FICO Scores verschiedene Faktoren in den folgenden fünf Kategorien, um die Kreditwürdigkeit zu bestimmen: Zahlungshistorie, aktuelle Schuldensituation, in Anspruch genommene

Kreditarten, Länge der Kredithistorie sowie neu aufgenommene Kredite. Ein FICO Score kann zwischen 300 und 850 liegen. Grundsätzlich indiziert ein FICO Score über 650, dass der Kreditnehmer eine sehr gute Kreditwürdigkeit hat. Bei FICO Scores unter 620 wird es substanzial schwieriger, eine Finanzierung zu günstigen Zinsen zu erhalten.

Futures

Hinsichtlich Menge, Qualität und Liefertermin standardisierte Terminkontrakte, bei welchen zu einem bestimmten zukünftigen Zeitpunkt ein dem Geld- und Kapital-, Edelmetall- oder Devisenmarkt zugehöriges Handelsobjekt zum festgesetzten Kurs zu liefern beziehungsweise abzunehmen ist. Häufig ist bei derartigen Kontrakten (beispielsweise Terminkontrakten auf Basis von Aktienindizes) zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtung anstelle einer Wertpapierlieferung oder -abnahme eine Ausgleichszahlung zu leisten.

G

Geschäftsrisiko (Business Risk)

Risiko, das aufgrund potenzieller Änderungen in den Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten sowie technischem Fortschritt entsteht und die Ertragslage des Konzerns beeinträchtigen kann, wenn sich dieser nicht zügig auf die veränderten Bedingungen einstellt.

Goodwill

Ein Vermögenswert, der den zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen aus anderen, bei einem ▶ Unternehmenszusammenschluss erworbenen Vermögenswerten darstellt, die nicht einzeln identifizierbar sind. Goodwill (auch Geschäfts- oder Firmenwert) wird erfasst als positiver Unterschiedsbetrag zwischen den ▶ Fair Values der vom Erwerber übertragenen Gegenleistung und den identifizierbaren Vermögenswerten und Schulden des erworbenen Geschäftsbetriebs.

H

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Absicherungsgeschäften, die bestimmten Bedingungen unterliegt. Solche Geschäfte sichern bestimmte, meist finanzielle Risiken ab, indem

sie diese gegenläufig abbilden. Aufgrund dieser Gestaltung können Risiken teilweise oder vollständig kompensiert werden. Unterschieden wird zwischen dem Grundgeschäft, welches das Risiko beziehungsweise die Risiken begründet, und dem Sicherungs- oder Hedgegeschäft, welches die Risiken mindert.

Hedgefonds

Fonds, der normalerweise von institutionellen Anlegern und vermögenden Privatpersonen gezeichnet wird. Hedgefonds zählen zu den sogenannten ▶ Alternativen Investments. Sie unterliegen keinen oder zumindest keinen strengen regulatorischen Anforderungen und haben daher die Möglichkeit, sich Anlageinstrumenten und -strategien zu bedienen, die für Investmentfonds nicht erlaubt sind. Beispiele sind Leerverkäufe, hohe Fremdvverschuldung und ▶ Derivate. Hedgefonds bieten die Chance auf eine hohe Rendite, bergen aber auch ein Risiko des Kapitalverlusts in sich; ihre Renditen sind daher nicht mit den Renditen traditioneller Anlagewerte vergleichbar.

High-Yield-Anleihen

Festverzinsliche Wertpapiere, bei denen der Emittent einer niedrigen Bonitätseinstufung unterliegt. Sie bieten eine im Vergleich zu Papieren mit besserer Bonitätseinstufung höhere Verzinsung, unterliegen jedoch größeren Risiken.

Hybride Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities)

Kapitalinstrumente, die sich durch gewinnabhängige Zinszahlungen auszeichnen. Soweit im Verlustfall ausgefallene Zinszahlungen nicht nachgeholt werden (nicht kumulative Trust Preferred Securities) und die Papiere kein festgelegtes Fälligkeitsdatum besitzen beziehungsweise durch die Gläubiger nicht kündbar sind, gehören sie aufsichtsrechtlich zum Tier-1-Kapital. Andernfalls sind sie dem Tier-2-Kapital zuzurechnen (zum Beispiel kumulative Trust Preferred Securities).

I IFRS (International Financial Reporting Standards)/vormals IAS (International Accounting Standards)

Rechnungslegungsstandards des International Accounting Standards Board, die eine weltweit transparente und vergleichbare Bilanzierung und Publizität sicherstellen sollen. Maßgeblicher Zweck ist die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Informationen, insbesondere für Investoren.

Investment Banking

Sammelbegriff für kapitalmarktorientierte Geschäfte. Hierunter fallen insbesondere Emission und Handel von Wertpapieren und ihren ▶ Derivaten, Zins- und Währungsmanagement, Corporate Finance, Beratung bei Übernahmen und Fusionen, strukturierte Finanzierungen und ▶ Private Equity.

K

Konfidenzniveau

Im Rahmen des ▶ Value-at-Risk-Konzepts sowie des ▶ Ökonomischen Kapitals die berechnete Wahrscheinlichkeit, mit der ein tatsächlicher Verlust den potenziellen Verlust, wie er durch den Value-at-Risk oder das Ökonomische Kapital geschätzt wurde, nicht übersteigt.

Kreditderivate

Finanzinstrumente, mittels derer das mit Darlehen, Anleihen oder anderen Risikoaktiva beziehungsweise Marktrisikopositionen verbundene ▶ Kreditrisiko auf als sogenannte Sicherungsgeber auftretende Parteien übertragen wird. Dabei werden die ursprünglichen Kreditbeziehungen der Sicherungsnehmer (die Parteien, welche die Kreditrisiken abgeben) weder verändert noch neu begründet.

Kreditrisiko

Risiko, dass Kunden ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Das Kreditrisiko umfasst Ausfall-, ▶ Länder- und Abwicklungsrisiken.

L Länderrisiko

Risiko, dass dem Konzern in einem beliebigen Land ein Verlust aufgrund verschlechterter ökonomischer Bedingungen, politischer und sozialer Unruhen, Verstaatlichungen und Enteignungen, staatlicher Nichtanerkennung von Auslandsschulden, durch Devisenkontrollen oder eine Abwertung der Landeswährung entsteht.

Latente Steuern

Zukünftig zu zahlende oder zu erstattende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen zwischen Steuer- und Handelsbilanz resultieren, oder der Wert nicht genutzter steuerlicher Verlustvorträge oder anderer steuerlicher Anrechnungsguthaben. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den Finanzämtern dar.

Leverage Ratio

Verhältnis von Bilanzsumme zu Eigenkapital.

Leveraged-Finance-Aktivitäten

Finanzierung eines Unternehmenskaufs mittels hoher Fremdkapitalaufnahme (Leverage).

Liquiditätsrisiko

Risiko, dass der Konzern möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, seine Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.

Loan-to-Value-Kennzahl

Kennzahl, die den Beleihungswert zeigt, in dem der Kreditbetrag in Relation zum Wert der Immobilie gesetzt wird.

M

Mark-to-market-Bewertung

Bewertung zu aktuellen Marktpreisen. Gilt zum Beispiel für Handelsaktivitäten.

Marktrisiko

Resultiert aus der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen, Wechselkursen und Rohwarenpreisen) sowie den zwischen ihnen bestehenden Korrelationen und ihren Volatilitätsniveaus.

Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method)

Die gemäß IAS 19 vorgeschriebene versicherungsmathematische Bewertungsmethode zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen und dem damit verbundenen Dienstzeitaufwand. Es handelt sich um ein Ansammlungsverfahren, nach dem die Verpflichtung mit dem versicherungsmathematischen Barwert des am Bewertungsstichtag verdienten Versorgungsanspruchs unter Berücksichtigung anzunehmender zukünftiger Leistungssteigerungen anzusetzen ist.

Mezzanine

Flexible Mischform zwischen Eigen- und Fremdkapital. Hier: langfristiges nachrangiges Finanzierungsinstrument zur Wachstumsfinanzierung, das gleichzeitig die wirtschaftliche Eigenkapitalbasis stärkt.

Monolineversicherer

Versicherer, die Kreditversicherungen für Emittenten von Schuldverschreibungen und andere Marktteilnehmer anbieten.

Monte Carlo-Simulation

Monte Carlo-Methoden werden verwendet, um (komplexe) Instrumente, Portfolios und Investments zu bewerten und zu analysieren. Dies erfolgt durch Simulation der verschiedenen unsicheren Einflüsse auf den Wert des Instruments und anschließende Bestimmung des durchschnittlichen Werts aus der Bandbreite der resultierenden Ergebnisse.

Mortgage-backed Securities (MBS)

▶ Asset-backed Securities, die Hypothekenkredite verbriefen. Unterkategorien sind ▶ Residential Mortgage-backed Securities (RMBS) und ▶ Commercial Mortgage-backed Securities (CMBS).

N

Negativer Goodwill

Im Rahmen eines ► Unternehmenszusammenschlusses als Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasster Unterschiedsbetrag zwischen dem Anteil des Erwerbers an dem Nettobetrag des ► Fair Value der erworbenen Vermögenswerte und Schulden und dem Betrag der übertragenen Gegenleistung.

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie

Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (basic) ergibt sich durch Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals durch die Anzahl der ausstehenden Stammaktien (basic, beide zum Bilanzstichtag).

O

Ökonomisches Kapital

Messgröße, anhand derer mit einem hohen Maß an Sicherheit das Eigenkapital ermittelt werden kann, das zu einem beliebigen Zeitpunkt benötigt wird, um unerwartete Verluste aus dem aktuellen Engagement aufzufangen.

Operationelles Risiko

Potenzieller Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Diese Definition schließt rechtliche und aufsichtsrechtliche Risiken ein, jedoch nicht das allgemeine ► Geschäfts- und ► Reputationsrisiko.

Option

Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt beziehungsweise in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).

OTC-Derivate

Finanzinstrumente (► Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over-the-Counter) gehandelt werden.

P

Personalaufwandsquote

Prozentualer Anteil des Personalaufwands an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Portfolio

Allgemein: Teil oder Gesamtheit einer oder aller Klassen von Vermögenswerten (zum Beispiel Wertpapiere, Kredite, Beteiligungen oder Immobilien). Die Portfoliobildung dient primär der Risikostreuung. Hier: Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder ► Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.

Positionswert

Der erwartete ausstehende Kreditbetrag gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls.

Prime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit hoher Bonität verstanden werden.

Prime Brokerage

Eine Dienstleistung, die ► Clearing, Abwicklung von Handelsgeschäften, ► Custody, Aufstellung von Abschlüssen und Finanzierung für institutionelle Anleger beinhaltet.

Private Banking

Geschäft mit anlageorientierten vermögenden Kunden.

Private Equity

Kapitalbeteiligung an nicht börsennotierten Unternehmen, zum Beispiel Wagniskapital und Buy-out-Fonds.

R

Rating

Die objektive Beurteilung der zukünftigen wirtschaftlichen Situation – insbesondere der Ausfallwahrscheinlichkeit – von Kunden, die von aktuellen Charakteristika und Annahmen ausgeht. Die Methoden für die Zuordnung von Ratings hängen von der Kundenart und den verfügbaren Informationen ab. Eine große Methodenanzahl wird für die Beurteilung des ► Kreditrisikos angewendet wie zum Beispiel Expertensysteme und ökonomische Ansätze.

Repogeschäft

(Repurchase Agreement)

Rückkaufvereinbarung bei Wertpapiergeschäften (echte Pensionsgeschäfte, deren Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.

Reputationsrisiko

Risiko, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in den Konzern negativ beeinflusst wird.

Residential Mortgage-backed Securities (RMBS)

► Mortgage-backed Securities (MBS), die Wohnungsbaukredite verbriefen.

Risikogewichtete Aktiva

(Risk-weighted Assets, RWA)

Risikogewichtete Aktiva sind mit ► Kredit-, ► Markt- und/oder ► operationellen Risiken behaftete Positionen, die entsprechend aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewichtet wurden. RWA ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen, multipliziert mit dem Faktor 12,5. Anders ausgedrückt, betragen die Kapitalanforderungen 8 % der RWA.

S

Sachaufwandsquote

Prozentualer Anteil des zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, an den Erträgen insgesamt, die als Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus zinsunabhängige Erträge definiert sind.

Sarbanes-Oxley Act (SOx)

US-Kapitalmarktgesetz aus dem Jahr 2002, das als Reaktion auf eine Anzahl von Bilanzskandalen die Corporate Governance stärken und damit das Vertrauen der Investoren in den Kapitalmarkt zurückgewinnen soll. Die neuen und erweiterten Regelungen gelten für alle an einer US-Börse gelisteten Unternehmen und reichen von zusätzlichen Vorstandsaufgaben bis zu strafrechtlichen Bestimmungen.

Seed Investments

Anfängliche Aufwendungen für Marktforschung und/oder Maßnahmen im Zusammenhang mit Investmentfonds.

Segmentberichterstattung

Offenlegung von Vermögens-, Ergebnis- und sonstigen Informationen eines Unternehmens, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).

Shareholder Value

Managementkonzept, das dauerhafte Wertsteigerungen des Unternehmens in den Mittelpunkt strategischer und operativer Entscheidungen stellt. Kerngedanke ist, dass nur Renditen, die über den Eigenkapitalkosten liegen, Wert für die Aktionäre schaffen.

Solvabilitätsverordnung

Deutsche Verordnung über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Instituten, Institutgruppen und Finanzholdinggruppen, mit der das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004, auch bekannt als ▶ Basel II, in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Subprime

Begriff, unter dem im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt Kredite an Kreditnehmer mit geringer Bonität verstanden werden. Zur Bestimmung von Subprime-Risikopositionen werden bankenspezifische Standards wie ▶ FICO-Bewertungen und ▶ Loan-to-Value-Kennzahlen angewandt.

Sukzessiver Erwerb

Bei einem sukzessiven Erwerb erlangt der Erwerber die Beherrschung eines erworbenen Unternehmens, an welchem er unmittelbar vor dem Erwerbszeitpunkt bereits einen Eigenkapitalanteil hält (auch als schrittweiser ▶ Unternehmenszusammenschluss bezeichnet). Bei solchen Transaktionen hat der Erwerber seinen zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteil zu dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden beizulegenden ▶ Fair Value neu zu bestimmen und den daraus resultierenden Gewinn oder Verlust gegebenenfalls in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Swaps

Grundsätzlich: Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswaps: Tausch von Zahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswaps: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in unterschiedlichen Währungen.

U

Unternehmenszusammenschluss

Eine Transaktion, durch die ein Erwerber die Beherrschung über einen Geschäftsbetrieb erlangt. Dies betrifft den Erwerb von Anteilen an einer Gesellschaft oder deren einzelner Vermögenswerte und Schulden, ebenso wie die Aufstockung bestehender Eigenkapitalanteile (▶ sukzessiver Erwerb). Häufig beinhaltet dies auch den Ansatz eines ▶ Goodwill.

V

Value-at-Risk

Misst für ein gegebenes ▶ Portfolio den potenziellen künftigen Verlust (bezogen auf den Marktwert), der unter normalen Marktbedingungen in einer bestimmten Periode und mit einem bestimmten ▶ Konfidenzniveau nicht überschritten wird.

Verbriefungen

Schaffung von handelbaren Wertpapieren aus Forderungen, Einlagen (das heißt zukünftigen Zahlungsströmen) oder Eigentumsrechten im weiteren Sinne. Beispiele sind ▶ Asset-backed Securities und ▶ Mortgage-backed Securities. Diese Wertpapiere werden häufig von Zweckgesellschaften ausgegeben, die allein der Begebung solcher Wertpapiere dienen und deren Vermögen aus den dazu eingebrachten Vermögenswerten besteht.

Verlustquote bei Ausfall

Die Verlustquote bei Ausfall bemisst das wahrscheinliche Verlustausmaß bei einem Ausfall des Geschäftspartners. Sie ist eine Schätzung des Risikopositionsteils in Prozent, der bei einem Ausfallereignis uneinbringlich ist, und stellt daher die Schwere eines Verlusts dar.

W

Wrapped Bond

Schuldverschreibung, die von Dritten versichert oder garantiert wird.

Z

Zielgrößendefinition

Bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Immobilien) oder signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Goodwillabschreibungen oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) werden in der Zielgrößendefinition des Konzerns unberücksichtigt gelassen, wenn sie keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder der Deutschen Bank haben.

Impressum – Publikationen

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Publikationen zum Jahresabschluss
Bitte beachten Sie, dass der Geschäftsbericht des Deutsche Bank-Konzerns aus zwei separaten Teilen, dem Jahresbericht 2010 und dem Finanzbericht 2010, besteht.

- **Jahresbericht 2010**
(in Deutsch und Englisch)
- **Finanzbericht 2010**
(in Deutsch und Englisch)
- **Annual Report 2010 on Form 20-F**
(in Englisch)
- **Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2010**
(in Deutsch und Englisch)
- **Verzeichnis der Beiratsmitglieder**
(in Deutsch)
- **Gesellschaftliche Verantwortung – Bericht 2010**
(ab Mai 2011 in Deutsch und Englisch)

Bestellmöglichkeiten:
E-Mail – Internet
service-center@bertelsmann.de
www.deutsche-bank.de/10

Fax
(0 18 05) 07 08 08

Telefon
(0 18 05) 80 22 00

postalisch
arvato logistics services
Bestellservice Deutsche Bank
Gottlieb-Daimler-Straße 1
D-33428 Harsewinkel

Online
Jahresbericht 2010 und
Finanzbericht 2010 im Internet:
www.deutsche-bank.de/10

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen sowie die zugrunde liegenden Annahmen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen beziehen sich deshalb nur auf den Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer Managementagenda, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren sind in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 15. März 2011 im Abschnitt „Risk Factors“ im Detail dargestellt. Dieses Dokument ist auf Anfrage bei uns erhältlich oder unter www.deutsche-bank.com/ir verfügbar.

2011

28. April 2011

Zwischenbericht zum 31. März 2011

26. Mai 2011

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Mai 2011

Dividendenzahlung

26. Juli 2011

Zwischenbericht zum 30. Juni 2011

25. Oktober 2011

Zwischenbericht zum 30. September 2011

2012

02. Februar 2012

Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2011

20. März 2012

Geschäftsbericht 2011 und Form 20-F

26. April 2012

Zwischenbericht zum 31. März 2012

31. Mai 2012

Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

01. Juni 2012

Dividendenzahlung

31. Juli 2012

Zwischenbericht zum 30. Juni 2012

30. Oktober 2012

Zwischenbericht zum 30. September 2012